Chile nach dem nationalen Protesttage S. 42



Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 251, 22. 10. 84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

In dieser Ausgabe

Viele Legenden ranken sich um die Stätte **Jalta**. Heute meistgebraucht als Beginn des »sowjetischen Sozialimperialismus« und als zu beseitigenden Hindernis auf dem Wege der »Deutschen Einheit«. In einem Beitrag gehen wir den Tatsachen nach S.25



Kohl geflickt

Es begann eher harmlos, als der grüne Bundestagsabgeordnete Jürgen Reents am 18.10. zum Schluß seines Debattenbeitrags zur China-Reise Kohls feststellte, daß der Weg Kohls an die Parteispitze der CDU *„von Flick freigekauft wurde"*. Die Überreaktion des CSU-Politikers Richard Stücklen, der nach 23 Jahren Bonner Langeweile erstmals wieder Abgeordnete von Sitzungen ausschloß, hat die Reents-Aussage und ihren

Kohl geflickt

Es begann eher harmlos, als der grüne Bundestagsabgeordnete Jürgen Reents am 18.10. zum Schluß seines Debattenbeitrags zur China-Reise Kohls feststellte, daß der Weg Kohls an die Parteispitze der CDU *„von Flick freigekauft wurde"*. Die Überreaktion des CSU-Politikers Richard Stücklen, der nach 23 Jahren Bonner Langeweile erstmals wieder Abgeordnete von Sitzungen ausschloß, hat die Reents-Aussage und ihren
Hintergrund erst populär gemacht. Was wie eine politische Dummheit der einen aussieht, erweist sich als Stich ins Wespennest der anderen. Reents' Volltreffer hat ins Herz der Bonner Biedermänner gezielt. Immer heftiger wird das lautstarke Getöne von den grünen „Feinden der Demokratie", immer absurder die Gleichsetzung der Grünen mit den Nazis. Was der „SPIEGEL" vom 22.10. an Details aus den Flick-Akten enthüllt, läßt verstehen, was diese Koalition bewegt hat, die totale (allerdings gescheiterte) Partei-Spenden-Amnestie durchzuziehen. Nahezu alles, was Rang und Posten hat im christlich-liberalen Regierungsgespann taucht irgendwann einmal in der Spendenliste des Flick-Konzerns auf. Penibel hat der Bestechungsstab des Großindustriellen alles zu Papier gebracht, was an finanziellen Transaktionen und Beeinflussungen in der Bonner Politik gelaufen ist. Da läßt sich nachlesen, wie CDU-Kanzlerkandidat Barzel nach seiner Wahlniederlage 1972 mit viel Geld und lukrativen Posten zugunsten des Newcomers Helmut Kohl hinweggelobt wurde. Da steht schwarz auf weiß, daß nach Kohls Wahlniederlage 1976 der neue Favorit Franz Josef Strauß hieß, Gelder flossen an die entsprechenden Stiftungen. 1980 hieß der Kanzlerkandidat der Union F.J.S. Selbst unser neuer Oberster Repräsentant, der ehrenwerte Bundespräsident Richard von Weizsäcker, taucht in der Spendenliste auf.

Wir dokumentieren die vollständige Rede von Jürgen Reents, seinen begründeten Einspruch gegen den Ausschluß, den Vorgang im Bundestag, und wir fragen: Parallelen zu Weimar?

Seite 3 bis 5.

US-Präsidentschaftswahl

Kampfansage an den Rest der Welt

Anfang November wählen die Bürger der USA einen neuen Präsidenten — für ein Land, das jederzeit für sich in Anspruch nimmt, das Maß für Freiheit, Demokratie und Fortschritt zu sein. Ob dieser Präsident demokratisch oder Republikanisch ist — für die Völker der Welt ein us-amerikanischer Alptraum.

Mit knapp 42 Millionen Stimmen gewann Ronald Reagan im November 1980 die Wahl gegen das Gespann Carter-Mondale. Damals hatten von etwas mehr als 160 Millionen stimmberechtigten US-Amerikanern 82,5 Millionen gewählt und damit kam in diesem ein Politiker an die Macht, der von höchstens 27% der Wahlbürger unterstützt wurde. Solche geringen Wahlbeteiligungen sind für US-Präsidentschaftswahlen nichts ungewöhnliches: 1976 betrug die Wahlbeteiligung 46%, und im Jahr der höchsten Wahlbeteiligung in diesem Jahrhundert 58,5%, das war 1960. Carter verlor damals die Wahl im ganzen Land, 44 Staaten unterstützten Reagan, lediglich 7 den Ex-Präsidenten. Carters Niederlage und Reagans Sieg wurden dem nationalen Frust über die Rolle Amerikas in der Welt und dem Niedergang des imperialistischen Einflusses weltweit zugeschrieben. „Der Wind weht nicht mehr von der intellektuellen Ostküste, sondern aus der Tiefe der Prärie; aber ob die Beschwörung des Pioniergeistes ein neues, wiedererstarktes Amerika schaffen kann, muß dennoch bezweifelt bleiben. ... Auch Reagan wird wahrscheinlich ein Übergangspräsident sein, der den Selbstfindungsprozeß Amerikas mit anderen, aber kaum tauglicheren Mitteln fortführt, ..." (FR, 6.11.80). Reagan konnte 1980 die Wahlen nur mit vielen Stimmen aus dem ehemals demokratischen Lager gewinnen. Die „Stimnme des kleinen Mannes" ging an die Republikaner. „Denn seit einem Jahrzehnt, seit die Unruhen der Mittsechzigerjahre abzuebben begannen, bestimmt eine breite Mitte das politische Bild Amerikas. Ihre Vertreter wollen Maß, Ruhe, Ordnung, Sicherung dessen, was sie noch immer als natürlichen Anspruch aller Amerikaner ansehen." (FAZ, 6.11.80).

Fortsetzung auf Seite 7

sem ein Politiker an die Macht, der von höchstens 27% der Wahlbürger unterstützt wurde. Solche geringen Wahlbeteiligungen sind für US-Präsidentschaftswahlen nichts ungewöhnliches: 1976 betrug die Wahlbeteiligung 46%, und im Jahr der höchsten Wahlbeteiligung in diesem Jahrhundert 58,5%, das war 1960. Carter verlor damals die Wahl im ganzen Land, 44 Staaten unterstützten Reagan, lediglich 7 den Ex-Präsidenten. Carters Niederlage und Reagans Sieg

blikaner. „Denn seit einem Jahrzehnt, seit die Unruhen der Mittsechzigerjahre abzuebben begannen, bestimmt eine breite Mitte das politische Bild Amerikas. Ihre Vertreter wollen Maß, Ruhe, Ordnung, Sicherung dessen, was sie noch immer als natürlichen Anspruch aller Amerikaner ansehen." (FAZ, 6.11.80).

Fortsetzung auf Seite 7

Das Wirken der SI gegen Nikaragua

Anläßlich der Mittelamerika-Solidaritätsdemonstration am 3. November in Bonn wird ein Vertreter der SPD — wahrscheinlich Willy Brandt — als Redner auftreten. Von einem großen Teil der Solidaritätsbewegung mit den Kämpfen der Völker in Mittelamerika wird dieser Auftritt mit äußerst gemischten Gefühlen gesehen. Zumal, wenn es Willy Brandt sein wird, der ja nicht nur Oberhaupt der westdeutschen Sozialdemokraten ist, sondern auch Präsident der Sozialistischen Internationale. Gegenüber der Solidaritätsbewegung versucht sich die SPD gegenwärtig als Partnerin und Unterstützerin des Kampfes der Völker in Mittelamerika anzubiedern und hat in den vergangenen zwei Jahren dort einen starken Einfluß erlangt. Nur allzu leicht ging dies, und scheinbar wird von vielen fortschrittlichen Menschen verdrängt, welche Rolle die SPD und die SI bei der Erdrosselung der Revolution in Portugal Mitte der 70er Jahre gespielt hat. Und gegenwärtig nutzt die SPD und SI die Gunst der Stunde, um dem revolutionären Prozeß in Nicaragua den Garaus zu machen.

Vor dem Sturz des Somoza-Regimes

Unter Somoza pflegte die SPD ein wirtschaftlich reibungsloses Verhältnis zu Nicaragua und Stillschweigen über die Verbrechen der Diktatur. Noch 1978 zahlte die BRD einen 10 Millionen Kredit an Somoza und lehnte es kategorisch ab, die diplomatischen Beziehungen abzubrechen. Ende 1978 kam es dann zu ersten Stellungnahmen der SI und der SPD zur Unterstützung des nicaraguanischen Volkes. Auf der Tagung der SI im September/Oktober 1978 in Lissabon wurde eine Resolution verabschiedet, die den vollständigen Abbruch aller diplomatischen Beziehungen und der wirtschaftlichen, militärischen sowie finanziellen Hilfe für die Diktatur fordert. An der Tagung nahmen als Vertreter Nicaraguas Donald Castillo, Mitglied der FAO (Frente Amplio Opositor) teil.

Fortsetzung auf Seite 6

Interview mit Jo Leinen

»Man muß hineinwachsen in Entscheidungsfunktionen«

Du hast gesagt, du willst als Umweltminister im Saarland an verantwortlicher Stelle herausfinden, was realpolitisch durchsetzbar ist. Kannst du deine Erwartungen schildern?

Ich bin seit zehn Jahren in der außerparlamentarischen Umweltschutzbewegung aktiv. Wir haben durch unsere Arbeit die ökologische Krise von einem Randthema zu einem zentralen Thema der politischen Auseinandersetzung gemacht. Alle Umfragen zeigen ein wachsendes Umweltbewußtsein in der Bevölkerung; alle Parteien schreiben den Umweltschutz auf ihre Fahnen. Es kann jetzt nicht noch einmal zehn Jahre lang dauern, bis unsere Forderungen in die Tat umgesetzt werden. Die jüngere Generation hat auch die Verantwortung, in Entscheidungsfunktionen hineinzuwachsen und ökologische Zielsetzungen durchzusetzen. Das geht auf Regierungsebene besser als mit den Möglichkeiten einer Bürgerinitiative. Die Herausforderung der nächsten Jahre ist die gezielte Umorganisation der Industriegesellschaft, der Umbau ganzer Wirtschaftsbereiche hin zu ökologisch verträglichen Produktionen, sowie ökologisch verträglichen Konsumgewohnheiten in der Gesellschaft.

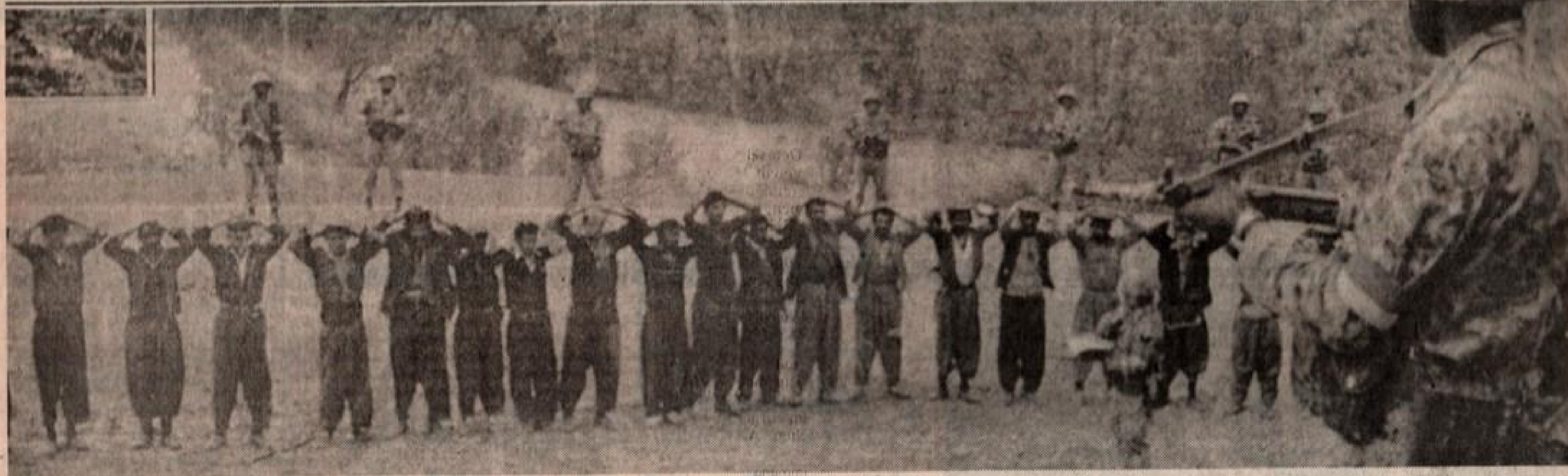
Was heißt das konkret?

Die Handlungsfelder für eine ökologische Wende liegen ziemlich deutlich vor uns: Der Umbau des Energieversorgungssystems auf dezentralisierte und ökologisch verträgliche Energiequellen, der Umbau des Transportsystems: Weg vom Auto, hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln und Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, der Umbau der Abfallwirtschaft hin zu getrennter Abfallsammlung und Wiederverwertung oder die Veränderung der chemisierten Landwirtschaft hin zu einem Öko-Landbau.

Mit ein wenig Vorüberlegung muß man eigentlich dazu kommen, daß Lafontaine Dich zum Umweltminister machen will, um den Grünen Stimmen wegzufangen. Nun weiß jeder, daß die SPD mit den Grünen als parlamentarischen Faktor bei einer Machtübernahme im Saarland rechnen muß. Ferner hat die Existenz der Grünen bisher als Druck auf die SPD gewirkt. Sägst du nicht den eignen Ast ab, auf dem Du und andere jahrelang z.B. im BBU Politik gemacht haben?

Ich sehe das anders. Die Grünen haben ihr eigenes und mittlerweile gefestigtes Wählerreservoir. Um in der Bundesrepublik erfolgreich Ökologiepolitik betreiben zu können ist es jedoch notwendig, daß auch die Sozialdemokratie und Gewerkschaften ökologische Forderungen aufnehmen.

Fortsetzung auf Seite 8



Die türkische und die irakische Regierung haben sich auf eine gemeinsame „neue Strategie" gegen den Terrorismus der Kurden geeinigt. In einem Gebiet von 120 km Länge und 30 km weit in den Irak hinein will das türkische Militär diesen Raum von „Räubern und Banditen" säubern. 15 Dörfer im Gebiet um Hakkari in Türkisch-Kurdistan überfallen, die Bewohner zusammengetrieben (aus „Hürriyet", 19.10.84). Insgesamt wurden bei Militäroperationen in den letzten Wochen nach offiziellen Angaben 1.400 Menschen festgenommen — knapp die Hälfte davon wieder freigelassen. „Operation Sonne" nenen die „neuen Demokraten" in der Türkei ihre Niederschlagung der türkischen Opposition.

Otelo angeklagt

Gegen 46 portugisische Linke, die seit Juni unter erschwerten Bedingungen inhaftiert sind, wurde am 15.10. formell Anklage erhoben. Sie sollen die sog. „terroristische" Organisation FP-25 (Volksstreitkräfte des 25. April) „gegründet, geleitet und unterstützt" haben. FP-25 hat in den letzten Jahren eine Reihe von gewaltsamen Aktionen unternommen, bei denen es auch Tote gegeben hat. Den Angeklagten wird jedoch nicht angelastet, etwa Bankbesuche mit (symbolisch) enteignendem Charakter oder ähnlich Verwerfliches begangen zu haben. Auch geht es nicht um direkte Beihilfe, logistische Unterstützung usw., sondern um einen rein politischen Tatbestand: Vorgeworfen wird eine Art intellektuelle Führerschaft. Die Anklage unternimmt den Versuch, einen „legalen Arm" von FP-25 zu konstruieren und alles deutet auf Gesinnungsprozesse hin.

Bekanntester Angeklagter ist Otelo Saraiva de Carvalho, vor 10 Jahren eine der entscheidenden Persönlichkeiten beim Sturz der Salazar/Spinola-Diktatur wie auch beim anderthalb Jahre später gescheiterten Versuch, den revolutionären Prozeß weiterzuführen und die Rückkehr zu einem „normalen" kapitalistischen System westlichen Vorbilds zu verhindern (1).

Neben ihm sind einige Mitglieder der linken Gruppe FUP inhaftiert, die 1980 eine Präsidentschaftskandidatur Otelos unterstützt hatte, den damals erzielten beachtlichen Stimmenerfolg politisch aber nicht halten konnte.

Außer Otelo, der im Militärgefängnis sitzt und dort anscheinend jedenfalls nicht in extremer Weise diskriminiert wird, sind alle anderen seit dem 10. September in einem Hungerstreik gegen unzumutbare Haftbedingungen. Dieser ist im kritischen Stadium: 23 Personen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Außer Otelo, der im Militärgefängnis sitzt und dort anscheinend jedenfalls nicht in extremer Weise diskriminiert wird, sind alle anderen seit dem 10. September in einem Hungerstreik gegen unzumutbare Haftbedingungen. Dieser ist im kritischen Stadium: 23 Personen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die willkürliche Verfolgung von Linken wegen geistigen Sympathisantentums, moralischer Unterstützung für im Untergrund agierende Gruppen u.ä. ist auch hierzulande eine bekannte Erfahrung. Daß dies in Portugal derart krasse justizielle Formen annimmt, ist gleichwohl eine Besonderheit sozialdemokratischer „Liberalität", die einen Zimmermann einstweilen noch vor Neid erblassen läßt. So stehen die portugisischen Ereignisse in Zusammenhang mit einem neuen Gesetz zur inneren Sicherheit, welches in seinen Sonderbefugnissen für den Polizei- und Justizapparat noch über westdeutsche oder französische Maßstäbe hinausgeht. Man tut halt alles, um sich für den EG-Beitritt zu qualifizieren, wozu noch die ekelhafte Musterschüler-Mentalität von Premier Soares hinzukommt.

Speziell im Fall Otelos erlaubte sich die Polizei, die für den Offizier eigentlich zuständigen militärischen Instanzen schlicht zu umgehen, was damit gerechtfertigt wird, man habe ihn (am Arbeitsplatz!) „in flagranti" ertappt (hatte er gerade einen Bleistift gespitzt?).

Die Angeklagten bestreiten die gegen sie erhobenen Vorwürfe, und es gibt liberale Stimmen, die von der Regierung verlangen, den Beschuldigten entweder konkrete Straftaten nachzuweisen oder zurückzutreten. Staatschef Eanes und die ihn unterstützenden Kreise (die die Möglichkeit einer neuen Parteigründung erwägen) sind auf Distanz zu den Repressionsmaßnahmen gegangen.

Ein Aufschrei der westeuropäischen Linken, wie es noch vor gar nicht allzu langer Zeit denkbar gewesen wäre, fand nicht statt. Dies könnte daran liegen, daß Otelo es versäumt hat, ein Tempolimit auf Portugals Autobahnen zu fordern oder sich rechtzeitig mit dem Gedankengut Ghandis anzufreunden. Verübelt wird ihm auch, daß er Castro besuchte oder mit total überholten Traditionssozialisten zusammenarbeitete (so in etwa die „taz"). Freilich: Ein alternativer Reisetip ist Portugal immer noch (weil es so billig ist). Trotz alledem ist und bleibt die

zu fordern oder sich rechtzeitig mit dem Gedankengut Ghandis anzufreunden. Verübelt wird ihm auch, daß er Castro besuchte oder mit total überholten Traditionssozialisten zusammenarbeitete (so in etwa die „taz"). Freilich: Ein alternativer Reisetip ist Portugal immer noch (weil es so billig ist). Trotz alledem ist und bleibt die

Revolution (siehe aktuell Nicaragua) ungeheuer fremdenfreundlich, weil sie nicht nur internationalistisch, sondern auch humanistisch ist (also einfach Mitleid mit dem vom Imperialismus geschundenen Großstadt-Existenzen hat).

Deutsches Auto gegen Deutschen Wald?

Bald ist er dahin, der Deutsche Wald. Und weil das immer mehr Menschen dämmert, wollen sie auch Opfer bringen. 55% sollen es mittlreweile sein, die bereit sind, „Tempo 100" auf den Autobahnen zu schlucken. Für den Wald, nicht irgendeinen, nein, den Deutschen Wald, ist nichts zu teuer. Nachdem es jetzt auch die Deutsche Eiche erwischt hat, weiß inzwischen jeder — und sagt auch jeder: Es muß gehandelt werden.

„Wer hat dich, du schöner Wald...?" fragt Quizmaster Hans Rosenthal Samstagnachmittag im ZDF. Startschuß für eine Serie, täglich in BILD: Aktion „*Macht die Bäume wieder grün*". Da darf dann möglicherweise Zimmermann im Auftrag der Kraftwerksindustrie einen Sommer-Schattenplatz unter einem Baum verlosen, so wie kürzlich Blüm im Auftrag einer Bank eine Lehrstelle zur Beseitigung des Lehrstellenmangels verloste.

Aber halt! Solidarität für die Bäume: Ja. Doch Hände weg vom Auto, vom Deutschen Auto.

„*Schluß mit der Hexenjagd aufs Auto*" fordert BILD am Sonntag. Und Strauß machte für sich und für BILD den Idiotentest: 30 in München, 80 auf der Landstraße, 100 auf der Autobahn. Grausam! Staus, Fast-Unfälle, Einschlafen am Steuer, einer hat ihm sogar einen Vogel gezeigt (hat er ihn erkannt?) — typisch Tempo-Limit.

„*Angriffe, die auf das Auto zielen, aber die Freiheit meinen, müssen abge-*

Strauß machte für sich und für BILD den Idiotentest: 30 in München, 80 auf der Landstraße, 100 auf der Autobahn. Grausam! Staus, Fast-Unfälle, Einschlafen am Steuer, einer hat ihm sogar einen Vogel gezeigt (hat er ihn erkannt?) — typisch Tempo-Limit.

„*Angriffe, die auf das Auto zielen, aber die Freiheit meinen, müssen abge-*

wehrt werden", verlangt der Verband der Automobilindustrie. Der ADAC, Erfinder der intelligenten Parole „*Freie Fahrt für freie Bürger*", assistiert ihm. „*Klassenkampf auf Rädern?*" fragt die BamS. GULAG für freiheitsliebende Autofahrer?

„*Es war mal wieder eine Woche der Grünen*", kommentiert der „Spiegel" die Zerrissenheit der Nation zwischen der Liebe zum Wald und der zum Auto, jeweils dem Deutschen. Und alle Liebhaber — des Waldes wie des Autos — müssen nachziehen.

Vier Jahre Tempo-Limit — bis der Abgas-Katalysator eingeführt ist — fordert die SPD. Freiwillig Tempo 100! apellieren SPD und Grüne im hessischen Landtag. Ganz radikal überlegt der Hamburger Senat. Auf den 33 noch nicht tempobeschränkten von insgesamt 88 Kilometern Stadtautobahn wird der Alleingang gewagt.

Eile mit Weile sagt die Bundesregierung: Erst mal soll der TÜV 150 Autotypen auf Rollenprüfständen anhand von simulierten Fahrversuchen testen. „Großversuch" als Zeitgewinnler. Denn immerhin geht's um viel Geld. Erst profiliert sich Zimmermann als oberster Deutscher Umweltschützer, will den Katalysator — schon vor 20 Jahren fertig entwickelt — ab 1986 einführen. Schnellschuß. Die Industrie will langsam umstellen, Märkte gegenüber den besser vorbereiteten Japanern sichern. Also erst ab 1989 den Pflicht-Katalysator für Neuwagen; allerdings auch: frühestens 1990 spürbare Reduzierung der Stickoxide. Deutscher Wald und Deutsches Auto gerettet? Neue Hiobsbotschaften: Mehr als die Hälfte des Waldes gilt mittlerweile als krank. Unter den Autoindustriellen

über den besser vorbereiteten Japanern sichern. Also erst ab 1989 den Pflicht-Katalysator für Neuwagen; allerdings auch: frühestens 1990 spürbare Reduzierung der Stickoxide. Deutscher Wald und Deutsches Auto gerettet? Neue Hiobsbotschaften: Mehr als die Hälfte des Waldes gilt mittlerweile als krank. Unter den Autoindustriellen

gibt's Streit. Da haben wir den Salat, weil der Katalysator verzögert wurde, gibt's jetzt die Tempolimit-Debatte und der Druck nimmt zu. Nun geht's den Schnellen und Großen an den Kragen, dabei wollte gerade BMW den Katalysator eher. Mercedes fleht: „Die deutsche Volkswirtschaft ist auf eine wettbewerbsstarke Schlüsselindustrie wie die Automobilwirtschaft angewiesen. Wir brauchen den technischen Vorsprung, den wir heute noch in der Welt haben". Bangemann sorgt sich um die Arbeiter, „Jeder siebte Arbeitsplatz hängt vom Auto ab. Tempolimit gefährdet tausende Arbeitsplätze."

Die sind echt in Sorge, konnten sie denn ahnen, daß der Deutsche Wald s o schnell dahinsiecht?

Was sollen sie auch tun? Weder Katalysator noch Tempolimit werden den Wald retten. Ganze 6% des gesamten Stickoxid-Ausstoßes könnte durch das Tempolimit beseitigt werden, sagt das Umweltbundesamt. Etwa 9% errechneten Klaus Traube und seine Berliner Forscher — das wird auch nicht reichen. Allein radikale Gesamtmaßnahmen bei Kraftwerken, industriellen Verschmutzern und Autos würden möglicherweise etwas bewirken können. Nur ist das nicht durchsetzbar. Die hilflos weiche Umweltwelle von Regierungen und Industrie wird von der harten Welle bereits erfolgter Verschmutzung überrollt, über den Deutschen Wald noch so manche Träne vergossen werden. Dennoch ist ein kurzfristig eingeführtes Tempolimit zur Zeit die schmerzhafteste Konsequenz für die Gewinnler wie die Ideologen brutaler, umweltzerstörender Produktionsweise. Und das Gezappel der Automobilindustrie ist keine

der harten Welle bereits erfolgter Verschmutzung überrollt, über den Deutschen Wald noch so manche Träne vergossen werden. Dennoch ist ein kurzfristig eingeführtes Tempolimit zur Zeit die schmerzhafteste Konsequenz für die Gewinnler wie die Ideologen brutaler, umweltzerstörender Produktionsweise. Und das Gezappel der Automobilindustrie ist keine

Show. Zu sehr sind heute Fakten in der öffentlichen Diskussion, die gegen die Autoproduzenten sprechen. Fakten, die auch linke Geschwindigkeits- und Freiheitsrauschfans nicht länger verdrängen können. Da sind die 1,5% des Straßennetzes — die Autobahnen, über die 28% des Verkehrsaufkommens laufen, auf denen 40% der Stickoxid-Emissionen aller Autos erzeugt werden. Den höchsten Schadstoffausstoß haben die schnellen und schweren Wagen, von der Industrie bevorzugt. Der Anteil der Autos über zwei Liter Hubraum ist in den letzten zehn Jahren auf 13,1% vom Gesamt-PKW-Bestand gesteigert worden. Da haben Untersuchungen belegt, daß die günstigsten Schadstoff-Werte bei einem Tempo zwichen 80 - 100 Stundenkilometern liegen. Das Märchen von den Staus ist längst widerlegt, bei 80 - 100 liegt die günstigste Verkehrsflußgeschwindigkeit. Zeitverluste von lediglich durchschnittlich 10% im Nahverkehr und bei Urlaubsreisen rechtfertigen nicht die Horrormeldungen von den großen Nachteilen eines Tempolimits. Schließlich gibt es unabweislich den Zusammenhang zwischen immer aggressiverer Autowerbung, spurtschnellsten, immer sportlicheren Typen und Unfällen. Die Zahl der Verkehrstoten (11.700 in 1983, Rekord), die meisten Opfer zu hoher Geschwindigkeit, könnte allein durch Geschwindigkeitsbeschränkungen um ein Drittel verringert werden. Alles Argumente für das Tempolimit, auch wenn's den Wald nicht rettet. Es wird ja niemandem das Auto geklaut, wenn auch vielleicht ein Stück des Deutschen am Auto.

hr.

Impressum:

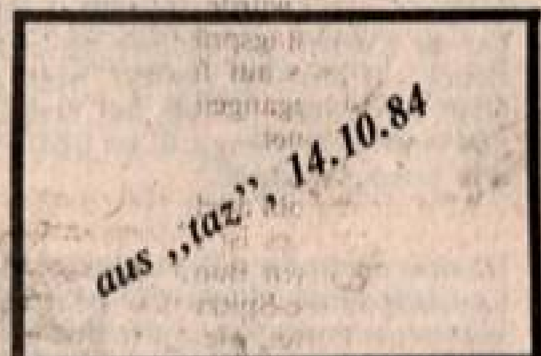
Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Europa — Asylland für Berliner Polit-Verfolgte

„Radikal"- Mitarbeiter sucht Asyl

Berlin (taz) - Wird der ehemalige „radikal"-Redakteur Hans-Jörg Schuhmacher der erste anerkannte deutsche politische Asylant in Holland seit Kaiser Wilhelm II. sein, wie er in Holland bezeichnet wurde? Jedenfalls gewinnt die Berliner Strafverfolgung in Sachen 129a und gegen „radikal" allmählich europäische Dimensionen: gestern nachmittag beantragte Hans-Jörg Schuhmacher in Amsterdam politisches Asyl, nachdem Oberstaatsanwalt Przytarski gegen ihn im September Haftbefehl ausgestellt hatte. Im Oktober 1983 war Schuhmacher bei einer Durchsuchung der Redaktionsräume von „radikal", die ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl unter Leitung von Oberstaatsanwalt Przytarski durchgeführt wurde, festgenommen worden. Ein handschriftliches Manuskript, das sich kritisch mit der Produktion der Zeitschrift auseinandersetzt, wird Schuhmacher zugeschoben.

Nachdem die Journalisten Michael Klöckner und Benny Härlin im März dieses Jahres praktisch ohne Beweise (nur aufgrund einer formellen Herausgeberschaft)



zu zwei Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe wegen Werbens für eine kriminelle Vereinigung verurteilt wurden, sah sich Schuhmacher von einer ähnlich hohen Strafe bedroht. Nachdem Klöckner und Härlin für die Grünen ins Europaparlament gewählt wurden, stehen sie unter Schutz der Immunität. Da der Berliner Justizsenator Oxfort die Aufhebung der Immunität beantragte, haben beide Abgeordnete die Möglichkeit, in einer Anhörung am 30.10. und in einer späteren Debatte den Berliner Umgang mit dem § 129a öffentlich zu machen.
Ähnlich öffentliche Kritik droht nun auch aus dem Nachbarland Holland. Der Asylantrag Schuhmachers hat schon jetzt in der holländischen Presse breite Aufmerksamkeit erregt. Die Chancen, daß ihm Asyl gewährt wird, werden von seinem Anwalt als relativ gut beurteilt, da das niederländische Strafsystem keinen dem § 129a vergleichbaren Straftatbestand kennt.
Oberstaatsanwalt Przytarski wollte sich zu dieser Sache nicht äußern. Schuhmacher ist gegenwärtig Mitarbeiter der taz.

KH

Jürgen Reents vor dem Bundestag zur Regierungserklärung von Helmut Kohl

Reents (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die demokratische Öffentlichkeit in unserem Land ist der Besuch des Bundeskanzlers in Pakistan wohl der wichtigere Teil dieser Reise gewesen, dem man zumindest mehr Aufmerksamkeit geben muß. Darüber ist am wenigsten bekannt, darüber ist am wenigsten, auch hier in der Erklärung des Bundeskanzlers, berichtet worden. Aber das hat wohl auch seinen Grund. Pakistan wird von einem Militärregime regiert, das durch einen Putsch im Juli 1977 an die Macht gekommen ist und dessen Liste von politischen Gefangenen, Gefolterten und Hingerichteten lang ist. Darüber haben wir soeben vom Bundeskanzler nichts gehört. Aber wer einen Bruderkuß mit dem obersten Kriegsrechtverwalter Zia-ul-Haq austauscht,

(Fischer (Frankfurt) (Grüne): Unappetitlich, so etwas!)

hat dazu vermutlich auch nichts zu sagen.

(Beifall bei den Grünen)

Zia-ul-Haq hat in einem Interview mit der Tagesschau am 14. Oktober gesagt, daß es im März 1985 in Pakistan „faire und freie Wahlen" geben solle. Er hat dies aber gleich wieder damit dementiert, daß er anfügte, es solle aber in Pakistan „kein Mehrparteiensystem" geben. In Nicaragua, was ein ganz anders gelagerter Fall ist, schimpft die Bundesregierung, daß die Wahlen nicht frei, daß die Wahlen nicht demokratisch seien, weil ein Teil der Opposition nicht an Wahlen teilnimmt, an denen sie teilnehmen könnte.

(Lamers (CDU/CSU): Unter welchen Bedingungen!)

Aber in Pakistan, dem deutschen Kapitalinteresse sei es getrommelt und geklagt, findet der Bundeskanzler die Scheinwahlen des Militärrigimes — wie auch in der Türkei — eine „vernünftige demokratische Wegbereitung".

(Dr. Marx(CDU/CSU): Sie haben eine scheindemokratische Argumentation vorgetragen!)

Spätestens nach diesem Interview des Bundeskanzlers, so denke ich, hat dieser Bundeskanzler tatsächlich kein Recht mehr, sich über angebliche Unfreiheit und Undemokratie von Wahlen in Nicaragua überhaupt zu äußern.

(Beifall bei den Grünen)

Weiter: In der „FAZ" vom 15. Oktober konnte man lesen, daß der Bundeskanzler in Pakistan auch über militärische Fragen gesprochen hat. Um was es dabei konkret ging, wurde nicht mitgeteilt, wurde auch hier in der Erklärung nicht mitgeteilt. Daß das nicht geschehen ist, muß uns veranlassen, ein paar Fragen dazu zu stellen.

Es ist ja bekannt, daß die USA Pakistan in großem Stil militärisch aufrüsten. Es ist bekannt, daß demnächst wieder ein Dreijahresprogramm der Bundesregierung über Ausrüstungshilfe vorliegen wird; das soll in den nächsten Wochen kommen. Aber schon heute interessiert uns: Bedeutet die Tatsache, daß dort über militärische Zusammenarbeit gesprochen wurde, daß Pakistan nun in die deutsche Ausrüstungshilfe mit aufgenommen werden soll?

Bekannt ist auch, daß die USA ihre Rapid Deployment Force vor einiger Zeit in ein reguläres Territorialkommando umgewandelt haben, dem sogenannten Central Command, dessen Einsatzgebiet westlich bis Ägypten, südlich bis Kenia und östlich bis Pakistan reichen soll.

(Frau Gottwald (Grüne): Hört! Hört!)

Auch hierzu unsere Frage: Will die Bundesregierung dabei zukünftig irgendeine militärische Rolle übernehmen? Die Frage ist nicht aus der Luft gegriffen. Es gibt gerade die erste sogenannte Besuchsfahrt eines Fregattengeschwaders der Bundesmarine durch das Mittelmeer zur Türkei, durch das Rote Meer — vorbei an der Golf-Region — nach Karatschi in Pakistan, dann weiter über Indien, Malaysia und Indonesien quer durch den Indischen Ozean und zurück. In der Presse wird dieses Geschwader bereits als deutsche Task Group bezeichnet.

(Dr. Marx (CDU/CSU): Von welcher Presse? — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Von der „TAZ"!)

Das sind schlimme Signale. Wir warnen davor, meine Damen und Herren, daß sich die deutsche Öffentlichkeit daran gewöhnt, daß deutsche Kriegsschiffe ihr Zuhause wieder auf den Weltmeeren finden.

(Beifall bei den Grünen)

Schließlich: Es gibt etwas, was man im Zusammenhang mit dieser Reise aufmerksam registrieren muß. In kurzen Abständen fährt Außenminister Genscher in den Iran, kommt der türkische Ministerpräsident Özal in die Bundesrepublik und besucht Bundeskanzler Kohl Pakistan. Iran, Türkei, Pakistan, das sind genau die drei Länder, die einmal dem inzwischen aufgelösten CENTO-Pakt angehört haben. Dieser CENTO-Pakt wurde bekanntlich 1955 von den USA als südlicher Riegel im Rahmen der Eindämmungspolitik gegen die Sowjetunion initiiert. Er wurde 1979 aufgelöst. Wir haben den Eindruck — und auch dieser Eindruck ist nicht aus der Luft gegriffen, niemand kann so tun, als ob es diese Zusammenhänge nicht gäbe —,

(Zuruf von der CDU/CSU: Gut, daß wir Sie haben!)

daß die Bundesregierung diesen CENTO-Pakt offensichtlich in neuer Form wiederbeleben will. Tatsächlich braucht man doch nur auf den Globus zu gucken, um festzustellen: Diese drei Länder plus China decken den gesamten Südgürtel um die Sowjetunion und das von sowjetischen Truppen besetzte Afghanistan ab.

(Dr. Marx (CDU/CSU): Das ist eine geostrategische Lehrstunde!)

Damit komme ich zu China. Es ist doch auffällig, meine Damen und Herren, daß die Bundesregierung inzwischen das ganze Gezeter fallengelassen hat, das sie sonst über diejenigen Länder anstellt, die zum sogenannten kommunistischen Machtbereich gehören,

(Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): Was heißt „sogenannten"? Singen Sie noch die Internationale, und setzen Sie sich hin!)

schon gar nicht mehr zu denken an dieses schrille — „Ich sage nur: — China, China, China" des ehemaligen CDU-Bundeskanzlers Kiesingers, der Ende der 60er Jahre im Wahlkampf die gelbe Gefahr kommen ließ, nachdem Adenauer ein paarmal die rote Gefahr in den Wahlkampf eingeladen hatte, die aber auch nicht gekommen ist.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt aber ist von erprobter Freundschaft die Rede. Warum? Weil die Bundesregierung offensichtlich hofft, China in die Eindämmungspolitik gegen die Sowjetunion im asiatischen Raum einbinden zu können. In einer Studie der CDU-Denkfabrik Konrad-Adenauer Stiftung über die neue deutsche Außenpolitik, erstellt unmittelbar nach der letzten Bundestagswahl, konnte man bereits lesen, daß die Eindämmungspolitik gegen die Sowjetunion wieder das oberste Ziel deutscher Außenpolitik in Asien sein soll. Und man konnte ferner lesen, auch ein Novum, daß es explizit „deutsche Sicherheitsinteressen" im asiatischen Raum gibt.

(Klein (München) (CDU/CSU): Sie sind für Ausdehnung der Sowjetunion?)

Aber für wie dumm, Herr Klein, hält uns der Bundeskanzler eigentlich,

(Zuruf von der CDU/CSU: Nicht dümmer als Sie sind!)

wenn er hier eine Erklärung über ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten abgibt? Wir können doch wohl die Presse lesen. Und wir haben schon beim Reagan-Besuch im April dieses Jahres in China gehört, daß der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang Reagan aufgefordert hat, die Stationierung der Atomraketen in Westeuropa zu stoppen, und des weiteren seine Hoffnung geäußert hat, daß die Sowjetunion ihre Gegenmaßnahmen einstelle. Was halten Sie eigentlich von diesem Zusammenhang? Warum wird er in der Erklärung verschwiegen? Die Bundesregierung stellt sich hin, beklatscht das Auftreten der VR China gegen den Hegemonialismus, aber ihre Politik hat damit nicht das Geringste zu tun.

(Beifall bei den Grünen)

Warum, Herr Bundeskanzler, erwecken Sie auch den Eindruck, als ob Ihr Ziel, diese Reise innenpolitisch auszuschlachten, wirklich erreicht worden ist? Die abgestandene Huldigung an Ihre eigene deutsch-nationale Gesinnung, die chinesische Gesprächspartner vor allen Dingen in den 70er Jahren tatsächlich noch in ihrem Repertoire hatten, haben Sie jetzt bei Ihrem Besuch in China doch so überhaupt nicht gehört. Laut der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 12. Oktober hat Sie der chinesische Parteigeneralsekretär Hu Yaobang zur Geduld ermahnt.

....er könne sich vorstellen,

— heißt es dort —

daß Deutschland über lange Zeit geteilt bleibe. Die Wiedervereinigung werde dann kommen, wenn Deutschland lange Zeit in Frieden mit seinen Nachbarn lebe.

Es ist für uns überhaupt nicht wünschenswert, daß es wieder ein Großdeutschland gibt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie lehnen die Wiedervereinigung ab?)

Frieden, kulturelle und menschliche Beziehungen kann man unserer Überzeugung nach nur entwickeln, wenn man von solchen ehrgeizigen und zweimal verderblichen Ambitionen ganz abläßt.

(Zustimmung bei den Grünen)

Aber warum verfälscht die Bundesregierung, was sie gehört hat? Was von chinesischer Seite gesagt wurde, war doch eine Aufforderung endlich alles zu tun, damit sich keines unserer Nachbarländer, keines, mehr bedroht fühlen muß, weder von der Bundesrepublik noch von dem ehemaligen Deutschland.

(Beifall bei den Grünen — Klein (München) (CDU/CSU): Schämen Sie sich! Als Deutscher reden Sie so?)

Was bleibt, ist natürlich folgendes: Die Staats- und Parteiführung der VR China ermuntert zur politischen Stärkung Westeuropas. Und Sie, Herr Bundeskanzler, suchen sich Ihren Halt selbstverständlich in solchen Ermunterungen. Sie wollen dies als politische Munition gegen diejenigen in unserem Land verwenden, die sich von einer politischen und militärischen Blockfreiheit und Neutralisierung der Bundesrepublik einen Ausweg zu einer Friedenssicherung in Mitteleuropa versprechen. Aber damit werden Sie keine Argumente ersetzen, daß Sie jetzt hinter Ihre Politik ein chinesisches Ausrufezeichen schreiben.

Zum Schluß ein paar Worte zum Bundeskanzler als Handelsreisenden für die deutsche Industrie. Ihre Reisemannschaft hat tatsächlich fast die gesamte Creme der deutschen Exportgewinnler versammelt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen — Lachen bei der CDU/CSU — Zuruf von der CDU/CSU: Es sind auch genügend Beamte dabei gewesen! — Fischer (Frankfurt) (Grüne): Ein reisendes Sozialamt!)

reisendes Sozialamt!)

Motto und Zitat dazu, nochmals aus der bereits erwähnten Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung: Die deutsche Außenpolitik müsse — ich zitiere — „das Ziel haben, die prowestliche Richtung Deng Xiaopings in der Partei zu stärken gegenüber der harten Linie der orthodoxen Marxisten, die sich gegen eine prowestliche Orientierung richtet".

(Beifall des Abg. Klein (München) (CDU/CSU)

Gleichfalls Zitat aus dieser Studie ganz allgemein: „Aufgabe der deutschen Außenpolitik in Asien muß es unter anderem sein, das positive Bild Deutschlands in der Welt wiederherzustellen, damit auch das Vertrauen zurückkehrt und das wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Modell der freien Marktwirtschaft weiterhin als erstrebenswerter gilt als sozialistische und marxistische planwirtschaftliche Vorstellungen

(Dr. Marx (CDU/CSU):Sehr gut! Hervorragend!)

Dafür sollen zukünftig auch VW Santanas durch China und aus China heraus rollen. Dafür will die KWU ihre Atomreaktoren, die einige Länder zum Glück schon gar nicht mehr haben wollen, in China verkaufen. Dafür hat im übrigen 1980 die Weltbank ein Dokument erstellt, in dem China ein „exportgeleitetes Wachstum" und eine Auslandsverschuldung von mal eben 79 Milliarden Dollar bis 1990 vorgeschlagen wird. Wo das endet — wir können nur hoffen, daß dies in China in vollem Umfang begriffen wird —, sieht man in Mexiko, Brasilien, Südkorea, Philippinen und anderswo. Wir lehnen insbesondere den Export von Atomreaktoren ab, ob nach China, nach Pakistan oder anderswohin.

(Beifall bei den Grünen)

Die Bundesregierung und die KWU spekulieren bei solchen Geschäften darauf, daß Länder der Dritten Welt natürlich den Wohlstandsabgrund zwischen den Industrieländern und ihnen überwinden wollen.

(Klein (München) (CDU/CSU): Sie wollen sie in Armut halten, oder?)

Aber sie liefern ihnen falsche und letztlich unnütze Technologien dafür.

(Beifall bei den Grünen)

Sie verschweigen ihnen, welche Fehler und Gefahren, die zum Teil erst durch den Gebrauch dieser Technologien hier bei uns analysiert wurden, sie sich damit aufladen.

(Rühe (CDU/CSU): Sie sitzen auf dem Thron der Sattheit! — (Klein) (München) (CDU/CSU): Wo wären Sie ohne unseren Wohlstand, Herr Reents? Es gäbe Sie nicht als Abgeordneten!)

— Herr Klein, ich habe in Kuba — denen hat die Sowjetunion ein AKW in Cienfuegos aufgedrängt — bei einer Delegationsreise unserer Fraktion erlebt, daß der Stand der wissenschaftlichen Diskussion über Gefahren der Atomenergie dort nicht einmal bekannt ist, wie er hier bei uns ist.

(Rühe) (CDU/CSU): Dies hängt mit der Pressezensur dort zusammen!)

Die Sowjetunion hat ebensowenig diese kritische wissenschaftliche Debatte mitgeliefert. Genauso handelt diese Bundesregierung. Sie sorgt dafür, daß die Atomenergie ins Ausland kommt. Aber die kritische wissenschaftliche Debatte dazu wird in diese Länder nicht mitgeliefert.

(Beifall bei den Grünen)

Das gleiche ist es auch, wenn Sie der Volksrepublik China auslaufende Fahrzeuge und Altmotoren aufgeschwatzt haben.

(Frau Gottwald (Grüne): Krempel!)

Sie verschweigen hier, was in China debattiert wird, was in China diskutiert wird, die gesellschaftspolitische Diskussion. Sie verschweigen dort in China bei Ihrer Reise, was bei uns diskutiert wird,

(Beifall bei den Grünen)

nämlich die Diskussion über die ökologischen Folgen einer falschen Industrialisierungspolitik.

(Frau Gottwald (Grüne): Das nennt man kritischen Dialog!)

Das hat auch Karl Grobe in seinem Kommentar in der „Frankfurter Rundschau" sehr deutlich angemerkt, daß es ein großes politisches Versagen ist, daß Sie darüber in China nicht gesprochen haben, und daß sich deswegen vermutlich auch bald neue Sandbänke zwischen Bonn und Peking — wie er sich ausdrückte — auftun, wenn erst einmal VW und KWU Chinas Umwelt verpesten.

Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, die besondere Bedeutung Chinas nur mit den drei Begriffen,

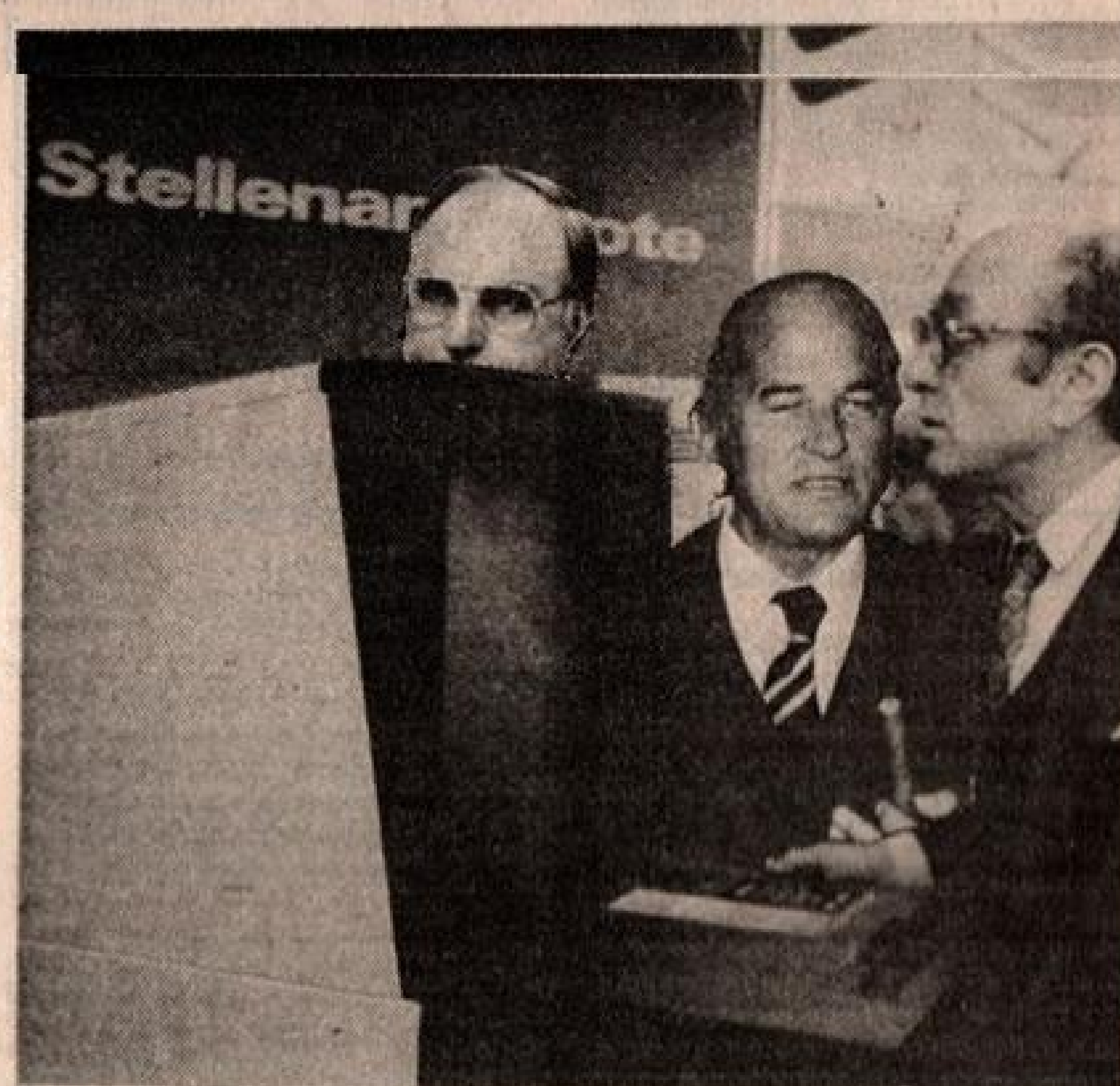
(Dr. Marx (CDU/CSU): Steinzeitphilosophie ist das!)

seine Größe, seine geographische Lage und sein gewaltiges Entwicklungspotential, erfassen und damit offensichtlich den Fischer-Weltalmanach als ihr wichtigstes außenpolitisches Arbeitsinstrument hier zur Kenntnis geben und wenn Sie, nach dem Konzept Ihrer Asienpolitik befragt, mit der aufregenden Antwort kommen — ich zitiere aus der FAZ —, daß es angesichts der Aufbruchstimmung auf diesem Kontinent geraten sei, nicht abseits zu stehen, dann haben Sie tatsächlich nicht mehr in der Hand und nicht mehr im Kopf als die Bilanzen deutscher Unternehmen.

(—Beifall bei den Grünen)

Aber es ist wohl auch nicht anders zu erwarten, und es ist auch wohl angemessen für einen Bundeskanzler, dessen Weg an die Spitze seiner Fraktion und seiner Partei, wie wir in diesen Tagen erfahren haben, von Flick freigekauft wurde.

(Beifall bei den Grünen — Dr. Schäuble (CDU/CSU): Müssen wir uns eigentlich alles bieten lassen? — Zuruf von der CDU/CSU: Rausschmeißen!)



Beeil Dich, Otto ...

»Eine Frage wäre, ob Herr Kohl ... noch das Parlament betreten dürfte«

Auszüge aus dem Einspruch von Jürgen Reents gegen seinen Ausschluß

Der Ausschluß wurde vom sitzungsleitenden Bundestagspräsidenten Stücklen mit Verweis auf folgende Passage meines vorangegangenen Debattenbeitrages angeordnet:

„Aber es ist wohl auch nicht anders zu erwarten, und es ist auch wohl angemessen für einen Bundeskanzler, dessen Weg an die Spitze seiner Fraktion und seiner Partei, wie wir in diesen Tagen erfahren haben, von Flick freigekauft wurde."

Der sitzungsleitende Bundestagspräsident sah darin einen „ungeheuren Vorwurf". Gegen wen Herr Stücklen diesen „ungeheuren Vorwurf" gerichtet sah, hat er bei der Anordnung seines Ausschlusses bedauerlicherweise nicht mitgeteilt. Da in dem beanstandeten Satz zwei Personen genannt sind, der Bundeskanzler Kohl und Herr Flick, Herr Flick aber nicht persönlich Mitglied des Deutschen Bundestages ist, der § 38 der Geschäftsordnung des Bundestages dem Präsidenten aber nur die Möglichkeit eines Ausschlusses bei „gröblicher Verletzung der Ordnung" des Bundestages einräumt, muß ich von der Annahme ausgehen, daß der sitzungsleitende Präsident diesen „ungeheuren Vorwurf" gegen Herrn Dr. Kohl als Bundeskanzler und MdB gerichtet sah.

Diese Schlußfolgerung ist keineswegs zwingend.

Ich habe mich mit meiner Passage ersichtlich auf Informationen bezogen, die in den letzten Tagen einen Teil der Berichterstattung in den Medien beherrschen, die mit Dokumenten belegt sind, die nicht dementiert, sondern teilweise sogar ausdrücklich bestätigt wurden, und über die es mithin auch vor den weiteren Erörterungen im Flick-Untersuchungsausschuß keinen Zweifel geben kann. Diese Informationen besagen:

Fortsetzung nächste Seite

Protokoll einer Farce

ap Bonn – Das vorläufige, unkorrigierte Protokoll des Bundestages gibt Aufschluß darüber, wie sich der Tumult um den Ausschluß der beiden Grünen Reents und Fischer entwickelte.

Bundestagsvizepräsident Richard Stücklen: „Der Stenographische Bericht, die Niederschrift über die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Reents, liegt mir vor. Der Abgeordnete Reents hat erklärt – ich zitiere: ‚Aber es ist wohl auch nicht anders zu erwarten, und es ist auch wohl angemessen für einen Bundeskanzler, dessen Weg an die Spitze seiner Fraktion und seiner Partei, wie wir in diesen Tagen erfahren haben, von Flick freigekauft wurde'. Für diesen ungeheueren Vorwurf schließe ich den Abgeordneten Reents von der Teilnahme an dieser Plenarsitzung aus. Über den Umfang der Ordnungsmaßnahmen werde ich im Anschluß an diese Plenarsitzung und nach dem Ältestenrat entscheiden."

(Beifall bei der CDU/CSU – Schwenninger (Grüne): „Der ist doch gar nicht da!" – Zuruf von der CDU/CSU: „Der hat sich selber ausgeschlossen!" Nach Tumulten später die Abgeordnete Christa Nickels (Grüne): „Mein Kollege Jürgen Reents ist von der Sitzung ausgeschlossen worden, weil er folgendes gesagt hat: ...)

Vizepräsident Stücklen: „Frau Abgeordnete Nickels, ..."

(Fischer (Frankfurt) (Grüne): „Unglaublich! Jetzt fängt er schon wieder an!")

„... entsprechend Paragraph 36 der Geschäftsordnung kann die Ordnungsmaßnahme hier nicht diskutiert werden".

(Fischer (Frankfurt) (Grüne): „Es geht nicht um eine Diskussion der Ordnungsmaßnahme, sondern um eine Begründung der Unterbrechung!")

Frau Nickels (Grüne): „Ich will die Ordnungsmaßnahme nicht diskutieren, Herr Präsident. Ich will hier begründen, warum meine Fraktion Bedarf an einer Sondersitzung noch während der Debatte hat. Wenn man das will, muß man die Sitzung unterbrechen, damit wir nicht von der Debatte ausgeschlossen werden. Wir haben Bedarf an einer Fraktionssitzung, weil mein Fraktionskollege Jürgen Reents hier ausgeschlossen worden ist."

Vizepräsident Stücklen: „Frau Abgeordnete Nickels, ich entziehe Ihnen das Wort!"

(Unruhe bei den Grünen)

Frau Nickels (Grüne): „Gemäß Paragraph ..."

Vizepräsident Stücklen: „Ich habe Sie darauf aufmerksam gemacht ..."

(Schwenninger (Grüne): „Jetzt geht's aber los! Autoritär!" Fischer (Frankfurt) (Grüne): „Unerhört, was Sie hier machen!" – Schwenninger (Grüne): „Wo sind wir denn?")

„... Frau Abgeordnete Nickels, ich habe Ihnen das Wort entzogen und habe Sie darauf aufmerksam gemacht, daß Sie zu diesem Punkt nicht Stellung beziehen dürfen. Nach Paragraph ..."

(Schwenninger (Grüne): „Sie können uns ja gleich alle ausschließen!" – Fischer (Frankfurt) (Grüne): „Ja, am besten gleich alle ausschließen!" – Schwenninger (Grüne): „Autoritärer Gaukler!" – Weitere Zurufe von den Grünen – Zuruf von der SPD: „Das hat's ja noch nie gegeben!")

„... Nach Paragraph 36 der Geschäftsordnung bitte ich Sie, das Rednerpult zu verlassen. Ich bitte darum, das Mikrofon freizugeben."

(Schwenninger (Grüne): „Wo sind wir denn? – Fischer (Frankfurt) (Grüne): „Unglaublich, was Sie hier machen!")

„Sie haben den Antrag auf Unterbrechung begründet. Darf ich Sie bitten, *(Unruhe und Zurufe von den Grünen)* Herr Abgeordneter Fischer, ich rufe Sie zur Ordnung!"

(Weitere Zurufe des Abgeordneten Fischer (Frankfurt) (Grüne) und von den Grünen)

„Herr Abgeordneter Fischer, ich rufe Sie zum zweitenmal zur Ordnung!"

(Weitere Zurufe des Abgeordneten Fischer (Frankfurt) (Grüne)

„Herr Abgeordneter Fischer, ich schließe Sie von der weiteren Teilnahme an der Sitzung aus!"

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Unruhe bei den Grünen)

„Meine Damen und Herren, ..."

(Fischer (Frankfurt) (Grüne): „Schließen Sie uns doch am besten gleich alle aus!" – Weitere Zurufe von den Grünen)

„Ich unterbreche die Sitzung des Bundestages, bis der Herr Abgeordnete Fischer, der von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen ist, den Plenarsaal verlassen hat."

(Unruhe bei den Grünen)

„Die Sitzung ist unterbrochen."

Penetranter Duft von Korruption

Was bedeutet es für Sie, wenn's stimmt, daß Rainer Barzel jahrelang auf der Gehaltsliste des Flick-Konzerns stand?

Fischer: „Barzel ist wohl der teuerste Sozialfall der Republik. Und da er das Geld ja offensichtlich für den Rücktritt vom Parteivorsitz bekommen hat, muß diese Position in der CDU 1,7 Millionen Mark wert sein. Daß der zweithöchste Mann im Staat auf Flicks Gehaltsliste stand, zeigt, daß bestimmte Karikaturen über den Kapitalismus auf diese Republik bezogen noch zu milde sind: Diese direkte Käuflichkeit von Politikern — wie aus dem Bilderbuch der Stamokap-Theorie."

Barzel sagt, er habe von Flick nichts bezogen ...

Fischer: „Eine Schutzbehauptung! Man bekommt nicht einfach 1,7 Millionen, ohne zu wissen, woher und ohne etwas dafür zu tun."

Halten Sie ihn noch für tragbar als Bundestagspräsident?

Fischer: „Mittlerweile fragt man sich, wer hier überhaupt noch tragbar ist. Es gibt doch eine ganze Latte politischer Halbleichen bis Leichen, die hier auf Kabinettsposten herummodern. Da ist die Frage eher, wie lange man diesen Verwesungsgeruch noch ertragen kann, diesen penetranten Duft von Korruption und Zerfall."

Also, seinen Rücktritt fordern Sie nicht?

Fischer: Diese Republik hat die Repräsentanten, die sie verdient. Da wird der mottenzerfressene Teppich dieses hohen Hauses auch noch Rainer Candidus ertragen. Interessant wird nur sein, wieweit der Kanzler an Barzels Freikauf beteiligt war."

Aus: Kölner „Express", 17.10.84

Fischer: „Eine Schutzbehauptung! Man bekommt nicht einfach 1,7 Millionen, ohne zu wissen, woher und ohne etwas dafür zu tun."

noch Rainer Candidus ertragen. Interessant wird nur sein, wieweit der Kanzler an Barzels Freikauf beteiligt war."

Aus: Kölner „Express", 17.10.84

Fortsetzung von vorheriger Seite

— daß Herr Dr. Barzel, früherer Fraktions- und Parteivorsitzender der CDU, ab 1973 für die Frankfurter Anwaltskanzlei Albert Paul tätig war, wie von ihm auch bestätigt wurde, und als „wissenschaftlicher Mitarbeiter" dieser Anwaltskanzlei bis 1982 knapp 1,7 Mio. DM eingenommen hat;
— daß die Aufnahme dieser Tätigkeit durch Herrn Dr. Barzel nach der Niederlegung seiner Ämter zunächst als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag (10.5.1973) und kurz darauf auch als Parteivorsitzender der CDU folgte, wobei in beide Ämter Herr Dr. Kohl als Nachfolger gewählt wurde;
— daß der Flick-Konzern nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft im erwähnten Zeitraum 1973 bis 1982 insgesamt ca. 1,75 Mio. DM an die Anwaltskanzlei Albert Paul in Frankfurt überwiesen hat.

Eine genaue Textanalyse meiner Formulierung, die die Begründung meines Ausschlusses durch den sitzungsleitenden Präsidenten abgab, wird keine andere Interpretation als zwingend zulassen, als daß ich die Aussage getroffen habe: die Niederlegung des Partei- und Fraktionsvorsitzes der CDU bzw. CDU/CSU durch Herrn Dr. Barzel ist durch Zahlungen des Flick-Konzerns an die Frankfurter Anwaltskanzlei erleichtert worden. Mein Vorwurf richtet sich in dieser Formulierung also gegen den Flick-Konzern, und nicht gegen ein Verfassungsorgan. Ich habe weder die Aussage getroffen, daß Herr Dr. Kohl auf diese Zahlungen des Flick-Konzerns direkt oder indirekt Einfluß genommen hat, noch daß er über diese Erleichterung bei der Übernahme seiner Ämter informiert war. Dies wird — neben anderen Behauptungen in diesem Zusammenhang, die ich nicht aufgestellt habe — tatsächlich der Flick-Untersuchungsausschuß klären müssen, z.B.:

„Es geht darum, ob Kohl einen Beratervertrag zwischen der Sozietät und dem Flick-Konzern vermittelt hat." (Rhein-Neckar-Zeitung, 16.10.84);
daß Herr Dr. Barzel seine Tätigkeit für die genannte Anwaltskanzlei „durch Vermittlung von Brauchitsch, Biedenkopf, Köppler und Kohl im August 1973 begonnen hatte" (Rudolf Augstein in „Der Spiegel" v. 15.10.84);
daß Herr Dr. Kohl „vermutlich auch Mitwisser jenes anrüchigen Dreiecks-Geschäfts (war), dessen Aufdeckung nun den Bundestagspräsidenten Barzel ... in den Sog der Flick-Affäre gezogen hat." (Der Spiegel v.15.10.84);
daß Herr Dr. Kohl „in den Berichten" über die geschilderten Tatsachen „als ‚Drahtzieher' hingestellt wird" (Lübecker Nachrichten, 16.10.84).

Sollten sich diese Behauptungen ganz oder zum Teil bestätigen, dann handelt es sich zwar nicht um einen „ungeheuren Vorwurf", aber um einen ungeheuren Sachverhalt, aus dem Herr Dr. Kohl die Konsequenzen ziehen müßte. Die Frage wäre, ob Herr Dr. Kohl dann nach Meinung des dann amtierenden Bundestagspräsidenten noch das Parlament betreten darf.

Parallelen zu Weimar?

„Es war mal wieder eine Woche der Grünen", so beschrieb der „Spiegel" am 15.10.84 die Situation, nachdem allerorten über das Waldsterben, Tempolimit und Abgas-Katalysator geredet wird. Und nach dem Ausschluß zweier grüner Bundestagsabgeordneter jammerte die „FAZ": *„Diese Woche in Bonn war wieder eine Zeit, in der das Wasser reichlich auf die Mühlen der Grünen floß. Und es sieht so aus, als sollte das nun noch einige Wochen so weitergehen."* Als *„niederschmetternd"* empfindet der Kommenator *„eine berauschende Zunahme von Pluspunkten"* für die Grünen (20.10.84). In der Tat: Das Phänomen der ständigen Zunahme für die Grünen und der Abnahme für die Etablierten ist ungebrochen. Stimmanstieg der Grünen bei den Europawahlen in diesem Jahr, bei den Kommunalwahlen in NRW, Sympathiezunahme beim Umweltschutz und jetzt auch infolge des Bekanntwerdens des Flick-Barzel--Kohl-Skandals bereiten den Bürgerlichen zunehmende Sorge. Wie die eigenen Verluste und die Hinwendung zu den Grünen stoppen?

Die Flucht in Bürgerängste scheint eine verstärkt angewandte Methode zu sein. Der Schrecken vom Ende der Weimarer Republik wird zunehmend beschworen. Dabei war der Vorgang im Bundestag am 18.10. auf den ersten Blick eigentlich harmlos; er wurde erst durch die nachfolgende Intervention Stücklens so bedeutsam. Warum? Warum wirkten die Äußerungen des *„heißspornigen und scharfzüngigen Reents"* (Weserkurier, 18.10.84) so viel brisanter, als der Reim des grünen Bundestagsabgeordneten Schwenninger am selben Tag im selben Haus: *„Deutsche Waffe, deutsches Geld — morden mit in aller Welt"*? Kein Schwein hat sich darüber ausgeregt. Reents' Äußerung zielt in ein unpolulares Machtgefüge, das typisch ist für die bürgerliche Demokratie im Kapitalismus. Die Abhängigkeit ‚freier' bürgerlicher Parteien und Politiker von großindustriellen Interessen, Machtverfilzungen verbunden mit maßlosen finanziellen Vorteilen, knacksen das Ansehen der parlamentarischen Demokratie, in der der einzelne Abgeordnete nur *„seinem Gewissen"* verantwortlich ist, bei der Bevölkerung erheblich an. Darin liegt die Brisanz des Flick-Skandals. Die Reaktion auf die Reents-Äußerung läßt erahnen, welche Angst vor weiteren Tatsachenenthüllungen besteht. Ginge es nur um den einen oder anderen bestochenen Politiker, man könnte ihn fallenlassen. Die Aktennotizen von Eberhard von Brauchitsch an Flick, die bislang bekannt wurden, bestärken einen anderen Verdacht. Viel stärker, als bislang vermutet, verdichtet sich die Vermutung, daß der Großkapitalist Flick und seine Leute direkt auf politische Entscheidungen Einfluß genommen haben; daß sie die CDU-Politiker Kohl und Gaddum sowie *„andere Herren in Bonn"* mit dacht. Viel stärker, als bislang vermutet, verdichtet sich die Vermutung, daß der Großkapitalist Flick und seine Leute direkt auf politische Entscheidungen Einfluß genommen haben; daß sie die CDU-Politiker Kohl und Gaddum sowie *„andere Herren in Bonn"* mit mehr als nur mit Geld ausstatteten.

Von „Grünhemden" und Schleyer-Mördern

„Die Methoden, die Sie anwenden, haben in früheren Jahren schon einmal zur Zerstörung einer Demokratie, nämlich der Weimarer Republik, geführt", sagte der CDU-Abgeordnete Seiters am 20.10. im Bundestag an die Adresse der Grünen gerichtet. „Weimar" als Synonym für den Niedergang einer ehrbaren Demokratie, aufgerieben zwischen Nazis und Kommunisten, danach Faschismus, danach Krieg. So haben wir's in der Schule gelernt. Dies Stichwort wird zunehmend Teil einer CDU/FDP-Kampagne gegen die Grünen. Stichwortgeber ist Geißler, der jetzt erneut den eigenen Laden in einem Hirtenbrief darauf ausgerichtet hat: Widerstand sei angesagt gegen den *„kalkulierten Versuch der Grünen ... durch Verleumdungen und Verdächtigungen im Stile der Nationalsozialisten und Kommunisten in der Weimarer Republik Ehre und Ansehen des Bundeskanzlers zu verletzen und herabzuwürdigen"*. Reents sei 1970 — 1979 im Kommunistischen Bund in Hamburg Mitglied gewesen und habe *„dort die totalitären Methoden der Diffamierung und der Agitation gegen Demokraten gelernt und eingeübt"* (zitiert nach FAZ, 20.10.84).

Der Sprecher der christlich-konservativen Fraktion im Europaparlament, Stefan Schnell (CDU) spricht von *„Pöbeleien der Grünhemden"* (assoziativ zu den Nazi-Braunhemden). Deren *„Chaotentum"* erinnere ihn *„an die Zerstörung der Demokratie im Jahre 1933 durch totalitäre Abenteurer, Nazis und Kommunisten"* (zitiert nach FR, 20.10.84).

Ähnliche Äußerungen häufen sich in der letzten Zeit. Im Zusammenhang mit den Vorgängen im Bundestag, die dramatisch zur „Tollhaus-Atmosphäre" hochstilisiert werden, läßt nahezu keine der CDU nahestehende Zeitung den Weimarer Vergleich aus. Auch in der FDP mehren sich solche Stimmen. Lambsdorff schreibt in der BILD-Zeitung: *„Die Weimarer Republik wurde über die Arbeitslosigkeit ausgehebelt, die Grünen versuchen es über den Umweltschutz."* Und: *„Die Nazis ersetzten Argumente durch Marschmusik, die Grünen durch Rock"* (BILD, 28.9.84). Hermann von Schaubert, Geschäftsführer der Thomas-Dehler-Stiftung der FDP, hält die Bezeichnung der Grünen als *„Bewegung"* *„für ein sehr verräterisches und makabres Indiz und verweist auf die Nazi-Bewegung, da auch diese ‚zunächst nur aus Protest gewählt wurden'"*. Er entdeckt sogar einen „grünen Juden": *„Der ‚Jude' ist jetzt der technisch-wissenschaftliche Fortschritt"*. An die Stelle des Führers setzten die Grünen *„das Diktat der Basis"* (zitiert nach FR, 3.10.84). Parteifreund Rudolf Wickel, NRW-Landesvorsitzender der FDP, fühlt sich bei den Grünen an Hitlers „Mein Kampf" erinnert. Man müsse zur Kenntnis nehmen, so mahnt er, Grüne sind *„keine Umweltschützer, es sind Systemveränderer"*; diese Erinnerung deshalb, weil man einer früheren Generation *„immer zum Vorwurf gemacht hat, daß sie ein bestimmtes Buch nicht gelesen hat"* (nach FR, 27.8.84).

Helmut Kohl hat schließlich dem Ganzen in einer Rede vor den Arbeitgeberverbänden Nordrhein-Westfalens die Krone aufgesetzt: *„Er habe während der Zwischenfälle im Bundeshaus an die Ermordung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer denken müssen, der vor genau sieben Jahren von Terroristen der Roten Armee-Fraktion erschossen worden war"* (ap-Meldung vom 18.10.84).

Grün raus, große Koalition rein

Nun mag man darüber schmunzeln. Maßlos überzogen in der Demagogie ist jeder einzelne dieser Vorwürfe. Und das wachsende Grünen-Wählerpotential wird man damit auch nicht überzeugen können. Doch zielt diese Kampagne darauf?

Im Lager der bürgerlichen Rechten wächst die Unzufriedenheit mit den derzeitigen politischen Verhältnissen. „Rot"-grüne Zusammenarbeit in Hessen gefährdet zwar nicht das System, sie ist aber ein Ärgernis für die eingeleitete und erwartungsgemäß weiterzuführende Wende in den politischen und ökonomischen Zielen. Hessische derzeitigen politischen Verhältnissen. „Rot"-grüne Zusammenarbeit in Hessen gefährdet zwar nicht das System, sie ist aber ein Ärgernis für die eingeleitete und erwartungsgemäß weiterzuführende Wende in den politischen und ökonomischen Zielen. Hessische Ausländerpolitik und die Auseinandersetzung um die Genehmigung für ALKEM und NUKEM sind störend und nicht geradlinig. Das Gezappel um Buschhaus und den Wald mit Auswirkungen auf das Auto (und die Industrie) ist hinderlich. Die Erwartung immer unklarerer Mehrheitsverhältnisse bei zukünftigen Wahlen steigert diese Stimmung, ebenso wie der desolate Zustand der FDP. Der Fall Lambsdorffs und Möllemanns ist nicht vergessen. Die Regierung, die diese Wende zunächst einmal einleiten sollte, verfängt sich in ihre eigenen Fallstricke, gefährdet die mit der Bundestagswahl 1983 als so sicher angesehene satte Mehrheit. Lassen wir zu dieser Unzufriedenheit wieder einmal einen „FAZ"-Kommentator zu Wort kommen. Unter der Überschrift *„Ein Schwelbrand"* wird dort geklagt: *„Die bürgerliche Regierung hat es bisher nicht verstanden, ihre Existenz als einen Erfolg zu verkaufen. Generalsaffäre, Amnestie, Buschhaus, Katalysator und nun Barzel: es ist ein bißchen viel, wenn auch alles für sich genommen wenig ist. Das, was die Regierung getan hat an mühsamen kleinen Schritten zur wirtschaftlichen Konsolidierung wird von einer Gesellschaft, die nach wie vor etwas Hans-Guck-in-die-Luft-Artiges hat, nicht recht wahrgenommen ... Die Regierung ... hat ihre Chance, aber wenn sie sie nicht nutzt oder kein Glück hat, geht es eben andersherum."* Und die Alternative? *„Der Lehrsatz ließe sich leicht aussprechen, wenn eine solide Opposition bereitstünde, mit anderen Akzenten die Geschäfte weiterzuführen. Aber dort steht eine SPD, die eine Mehrheit nur zusammen mit machtbesessenen Chaoten gewinnen kann."* Der Rat an die CDU: Die Sache Barzel schnell zu begraben, bevor sie sich *„als ein Beispiel des ‚Versagens einprägt"* (FAZ, 19.10.84).

Das herrschende Dilemma ist damit beschrieben; der gute Rat als Lösung dürfte kaum selber ernst genommen werden, besagter Schaden kaum noch zu begrenzen sein. Setzen immer größere Teile der Kapitalisten mittlerweile auf eine Ablösung Kohls? Ist das von der „taz" am 17.10. veröffentlichte CSU-Geheimpapier (das diese als Fälschung dementiert hat) doch ernster zu nehmen? In diesem Papier wird bezweifelt, daß die Kohlregierung das Ende ihrer Legislaturperiode erlebt. Die *„Führungsschwäche"* des Bundeskanzlers wird angeprangert. Eine große Koalition mit der SPD erscheint als das *„kleinere Übel"*, *„wenn ein starker Bundeskanzler der Unionsparteien in der Lage wäre, sie an der kurzen Leine zu führen"*. Die Westberliner Wahlen sollten als Probe einer solchen großen Koalition genutzt werden.

Vieles in der derzeitigen „Weimar"-Kampagne spricht für solche Überlegungen. Draufknüppeln auf die Grünen, damit zumindest die Mehrheit merkt und glaubt: Mit denen geht nichts. Schluß mit allen Spekulationen, man könne die Grünen „demokratiefähig" machen, wie dies insbesondere in der Sozialdemokratie geglaubt wird: *„Es ist an der Zeit, sich von bequemen Illusionen über die Grünen und ihr Hineinwachsen in die Demokratie zu trennen"*, schreibt die „FAZ" am 18.10.. Und die „Welt" vom selben Tag schreibt, *„Tumulte gibt es in allen Parlamenten, selbst im allerfeinsten zu London"*. Unter den etablierten Parteien übliche Ausfälle der Vergangenheit *„ebneten den Weg zur Wiedergewinnung der Heiterkeit"*. Im Falle der Reents-Äußerung gehe es aber um etwas anderes. Sie *„zielt ... auf das verachtete System, das er* (Anm.: Kohl) *repräsentiert. Es ist sicher nicht falsch, in diesem Zusammenhang an die trüben Stunden der Weimarer Republik zu erinnern, die nicht am schlechten Stil, sondern an böser Absicht zugrunde gegangen ist, an der offenen Verachtung für den liberal verfaßten Staat, der nicht ohne Fehl und Tadel ist, aber mit Sicherheit ohne annehmbare Alternative ..."*.

Und die ebenfalls zum Springer-Konzern gehörende „Berliner Morgenpost" (18.10.) winkt ganz deutlich in SPD-Richtung: *„Wohin die Fahrt in Bonn geht, kann besonnenen Sozialdemokraten nicht verborgen bleiben. Da*

Fortsetzung nächste Seite





Wer hat diesen Herrn
in gleicher Weise ausgestattet
wie die anderen Herren in Bonn?

Fortsetzung von vorheriger Seite

spricht im Zusammenhang ... (Anm.: mit Barzel) *der SPD-Abgeordnete Scheer von Ereignissen, die schlimmer sein könnten, als Watergate. Da wird von SPD-Seite daran erinnert, daß die Großindustrie die Machtergreifung Hitlers gefordert hat. Kohl ein später Hitler? Ist es auch Unsinn, so hat er doch Methode*''. Doch was nützt es der SPD? ,,*Die Grünen jedenfalls, nicht die SPD, sammeln in diesen Tagen, in denen Rainer Barzel auf bedrückende Weise ins Zwielicht gerückt ist, Punkte bei den Wählern.*''

Wohlgemerkt: Im rechtsbürgerlichen Lager wird diskutiert, vieles ist im Fluß, aber die Meinungen in die angedeutete Richtung scheinen sich zu verdichten.

Bild am Sonntag Kommentar

Klaus Besser

Es grünt so braun...

Nun grünt es auch im Bundestag zu Bonn, allerdings mehr ins bräunliche gehend, wie das halt im Herbst so der Fall ist.

...

Wenn eine so starke und bisher staatstragende Partei wie die SPD die gemeinsame demokratische Basis mit der Regierungspartei verläßt und sich mit den Erzfeinden des „Systems" – sprich der freiheitlichen Demokratie – verbündet, dann tritt die deutsche Innenpolitik wieder in das Stadium vor 1933 ein. Die Geschichte wiederholt sich doch, weil Politiker immer wieder die gleichen Fehler machen.

Wenn es einer kleinen Minderheit gelingt, eine große Partei wie die SPD auf ihre Seite zu ziehen, damit sie mit den System-Feinden gemeinsame Sache macht, sind wir nicht weit von jenem „legalen" Staatsstreich entfernt, den uns die Kommunisten in den heute sozialistisch regierten Ostblock-Ländern bereits so erfolgreich vorexerziert haben.

Da dürfen wir uns nicht wundern, wenn eines Tages die Volkskarmee der „DDR" auch bei uns nach dem Rechten sieht und uns von den bösen Kapitalisten befreien will. Wo die von den Grünen zitierten „Arschlöcher" dann hinwandern, dürfte wohl klar sein. Sibirien ist groß ...

Die Grünen sind ein Haufen von Intellektuellen im Prolet-Look, nützliche Idealisten oder Idioten, wie Lenin sagte, ohne daß sie auch nur das Geringste mit der Arbeiterschaft oder dem normalen Bürger am Hut haben.

Sympathien haben sie nur deshalb so reichlich, weil die Leute glauben, die Grünen mac[h] den eta „Feuer ur Gefährl im Bündr den. Der werden braun.



An die Pöbeleien von NSDAP-Abgeordneten in SA-Uniform im Deutschen Reichstag erinnerten die unflätigen Ausfälle des grünen Abgeordneten Jürgen Reents (35).

Der Mathematik-Student Reents kam 1970 zum Kommunistischen Bund Hamburg und gab jahrelang das KB-Zentralorgan „Arbeiterkampf" heraus.

1979 kam der von einer „Neuen Sozialistischen Partei" träumende Reents zu den Grünen. Sein bis zum Haß gesteigerter Anti-Amerikanismus schockte selbst „grüne Kollegen".

aus: „Bild am Sonntag, 21.10.84

„Auf Wahlstimmen keine Rücksicht mehr nehmen"

Und was hat das Ganze mit Weimar zu tun? Die politische und ökonomische Lage ist grundlegend unterschieden von der Weimarer Endzeit. Weder gibt es eine vergleichbar tiefgreifende Krise, noch die massenhaft Pauperisierten, ansprechbar für faschistische Ideologie. Wohl aber gibt es einen zunehmenden Druck des Kapitals, bzw. zunehmender Teile des Großkapitals, innenpolitisch die Voraussetzungen für einen ungehemmten ökonomischen Sprung nach vorn im internationalen Wettbewerb zu machen, und den technologischen Anschluß an Japan und die USA nicht zu verlieren. Das ist ein Ziel der ,,Wende'' gewesen. Politisch stabile Verhältnisse sind eine Bedingung dafür. So wenig ,,Rot-Grün'' das kapitalistische System gefährdet, so wenig die 35-Stunden-Wochen-Auseinandersetzung systemsprengend ist, so hinderlich ist dies alles ebenso wie die sozialdemokratische ,,Erblast'' des ,,Sozial-Klimbims'' und der Mitbestimmung für die eigenen Zielsetzungen.

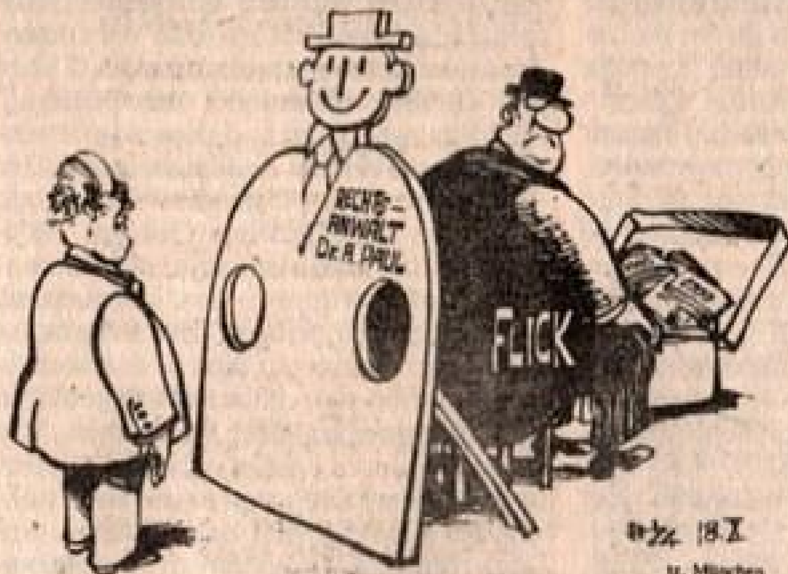
Die politische Instabilität ist es, die nervös macht. Als vor 1933 diverse Wahlen wieder und wieder keine klaren Mehrheiten brachten, schlug ein relevanter Teil des Großkapitals sich auf die Seite der Nazis, weil diese die notwendige Stabilität garantierten. Im November 1932 appellierten führende Großindustrielle an Reichstagspräsidenten Hindenburg, Hitler zum Reichskanzler zu machen. Sie hatten das Vertrauen in die mehrheitsbildende Kraft immer neuer Wahlen verloren: ,,*Es ist klar, daß eine, des öfteren wiederholte, Reichstagsauflösung mit sich häufenden, den Parteikampf immer weiter zuspitzenden Neuwahlen nicht nur einer politischen, sondern auch jener wirtschaftlichen Beruhigung und Festigung entgegenwirken muß.*'' ,,*Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu bejahender Kraft mitreißen*''. (1)

Nachdem es auch in der Weimarer Republik üblich war, die diversen Parteien mit Geldern zu schmieren, wurde 1932 ein Freundeskreis von Industriellen gebildet (Keppler-Kreis, nach 1933 Freundeskreis Himmler), der die NSDAP finanziell unterstützte. Hindenburg erklärte Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler. Für die letzten Wahlen im März 1933 stellten besagte Großindustrielle drei Millionen Reichsmark für die Nazis zur Verfügung. Zu diesen Wahlen und der erwarteten Wende schrieb die Zeitung der Schwerindustriellen, ,,Stahl und Eisen'', am 2. März 1933: ,,***Die Entscheidung vom 30. Januar hat ja nun hoffentlich die dauernde feste Grundlage für eine klare, starke und auf weite Sicht gerichtete oberste Führung geschaffen. Die Wahlen vom 5. März haben nur dann einen Sinn, wenn sie — mögen sie so oder so ausfallen — auf absehbare Zeit wirklich die letzten sind. Gerade die Wirtschaft muß und kann verlangen, daß jetzt endlich Schluß ist mit jeder Art von Störungen der politischen Stetigkeit ... Nur wenn auf Wahlstimmen keinerlei Rücksicht mehr zu nehmen ist, werden die ausstehenden großen Änderungen in Verfassung und Verwaltung, in steuerlichen und sozialpolitischen Fragen durchgeführt, nur dann werden auch die so schwierigen Aufgaben unserer Handelspolitik rein nach dem Gebot der Allgemeinbelange gelöst werden können***''. (1)

Bonn ist nicht Weimar und Geschichte wiederholt sich nicht beliebig. Aber wenn im aktuellen Zusammenhang Parallelen zu Weimar gezogen werden können, dann sind es die: Die Bourgeoisie hat nur so weit Interesse an der parlamentarischen Demokratie wie sie für ihre Interessen funktionalisierbar ist — und sie hält sich ihre Parteien, finanziert sie und kauft sich Leute. Die Grünen würden gut daran tun, auf diesen Zusammenhang zu Weimar ihrerseits offensiv zu verweisen. Denn die lauten Demagogen von heute sind möglicherweise die Totengräber der bürgerlichen Demokratie von Morgen.

hr.

1) Zitiert nach: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst/Kunstamt Kreuzberg (Hg.): Faschismus. Reozo Vespignani. Westberlin (= Elefanten Press) 1976.



„Guten Tag Paul, ich bin demnächst wieder ein Sozialfall

Ein Fall von Armut: Sozialfall Barzel

,,*In diesem Zusammenhang berichtete Kohl, daß R.*(**ainer**) *B.*(**arzel**) *seit der Niederlegung des Fraktionsvorsitzes im Jahre 1972* ***wirtschaftlich außerordentlich schlecht gestellt*** *gewesen sei. Die CDU-Partei und die Fraktion hätten ihm mit monatlichen Zuschüssen unter die Arme greifen müssen, damit er (R.B.) nicht auf die reinen Abgeordneten-Diäten angewiesen sei. R.B. sei damit etwa auf eine Verdoppelung seiner Abgeordneten-Diäten gekommen. Zusätzlich seien ihm Fahrer etc. von der Partei zur Verfügung gestellt worden*'' (Eberhard von Brauchitsch, Flick-Manager, in einer Aktennotiz an Friedrich Karl Flick, zitiert in FR, 19.10.84).

Die Höhe der Abgeordneten-Diäten für diesen ,,wirtschaftlich außerordentlich schecht gestellten'' Mann betrug 1973 über 70.000 DM im Jahr.

Die Verdoppelung dieser Summe aus der CDU-Fraktionskasse lief bis 1976.

Von 1973 bis 1979 erhielt Barzel jährlich 250.000 DM aus seiner Beratertätigkeit für die Anwaltskanzlei Paul; gezahlt wurde das Geld vom Flick-Konzern.

Die Firma Oetker soll im Vierten Quartal 1975 11.250 DM, die Chase Manhattan Bank drei Monate vorher 30.000 DM an Barzel überwiesen haben.

Alle noch im Dunkel liegenden Gelder außen vorgelassen, hat der Sozialfall Barzel von 1973 bis 1979 — in sieben Jahren — etwa 2,4 Millionen DM erhalten.

Ein alleinstehender Facharbeiter mit monatlich 1.800 DM müßte dafür 111 Jahre arbeiten; ein Sozialhilfeempfänger mit monatlich 800 DM käme bei dem Geld 250 Jahre über die Runden.



Das "Wunder von Stammheim" S. 5

Arbeiterkampf

Jg. 7 Nr. 116 31.10.77 — **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** — 2,- DM






Wir glauben nicht an Selbstmord!

AKW-Gegner und Parlamentswahlen

Russell-Tribunal: Volldampf voraus!

Der Plan eines internationalen Russell-Tribunals über die Repression in der BRD nimmt nach gut anderthalb Jahren Auseinandersetzungen und Vorbereitungen jetzt feste Konturen an. Eine internationale Jury ist benannt

Am Abend des 18.10.84, nach der tumultarisch verlaufenen Bundestagsdebatte, war Kanzler Kohl zu Gast auf der Unternehmertagung der Nordrhein-Westfälischen Arbeitgeberverbände in Düsseldorf. Kohl erklärte, ,,*er habe während der Zwischenfälle im Bundestag an die Ermordung von Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer denken müssen, der vor genau sieben Jahren von Terroristen der Roten Armee-Fraktion erschossen worden war*'' (AP-Meldung vom 18.10., 19.46 Uhr).

Vor genau sieben Jahren ... Am Morgen des 18.10.77 wurden Gudrun Ensslin und Andreas Baader tot, Jan Carl Raspe sterbend und Irmgard Möller schwerverletzt im ,,bestbewachten Gefängnis der Bundesrepublik'', Stuttgart-Stammheim, aufgefunden. Eine knappe Stunde später ließ der badenwürttembergische Justizminister über dpa verbreiten, die Gefangenen hätten **Selbstmord** begangen. Um 14 Uhr desselben Tages erklärte das gleiche Regierungssprecher Bölling im Namen der Bundesregierung und aller im Parlament vertretenen Parteien. Und am Abend ließ Bundespräsident Scheel das Fernsehvolk wissen: Es war Selbstmord.

Wunder über Wunder wurden bemüht, um die ,,Selbstmorde'' der Gefangenen zu erklären. Nebst einem kompletten Kommunikationssystem wurde im ,,Terroristentrakt'' ein ganzes Waffenlager entdeckt: Pistolen, Munition und Sprengstoffpakete wurden teils hinter Fußleisten gefunden, teils aus den Betonmauern bzw. dem Gußasphalt-Fußboden herausgemeißelt. Es war offensichtlich: Andreas, Gudrun, Irmgard und Jan waren — da sie häufig von einer in die andere Zelle verlegt worden waren — nicht nur mit ihrem Waffenarsenal, sondern auch mit Betonmischern und Bohrmaschinen durch den Trakt gezogen, um sofort und überall neue Verstecke anzulegen. Und die Bewacher haben — ,,Prost, Herr Baader! Zum Wohl, Frau Ensslin!'' — Bier geholt.

Während die gesamte bürgerliche bundesdeutsche Presse und auch der allergrößte Teil der bundesdeutschen Linken die absurdesten Erklärungen für die ,,Selbstmorde'' willig schluckte, wo nicht gar dem Staat mit Bekundungen der Ergebenheit huldigte, auch nicht aufmerkte, als einen Monat später Ingrid Schubert im München-Stadelheimer Knast ebenfalls an ,,Selbstmord'' starb — währenddessen war für große Teile der ausländischen bürgerlichen wie linken Presse der Fall klar. Die griechische ,,Eleftherotipia'' warnte: ,,*Im Westdeutschland des sozialdemokratischen Helmut Schmidt ... schlagen seit dem vergangenen Dienstag* (dem ,,Selbstmord''-Tag — Anm. AK) *die Glocken eines neuen unmenschlichen und dämonisch-bestialischen Faschismus.*'' Das dänische ,,Ektrabladet'' erschien mit der Schlagzeile: ,,*Baader, Ensslin und Raspe wurden ermordet*''. Und in der niederländischen linksliberalen ,,Haagse Post'' wurde konstatiert, daß Revolutionäre, die über ein solches Waffenarsenal verfügen, sich — anstatt einen Fluchtversuch zu unternehmen — niemals selbst umbringen würden; die ,,Selbstmorde'' seien vielmehr das Werk des einen oder anderen Geheimdienstes, ,,*wobei an den Bundesnachrichtendienst zu denken ist und an die Möglichkeiten der Einflußnahme durch die CIA*''.

Wir haben den ,,deutschen Herbst'', wir haben unsere toten Genossen nicht vergessen!

Wir haben nichts vergessen!

K., Hamburg

Fortsetzung von Seite 1

Das Wirken der SI gegen Nicaragua

Die FAO war ein Zusammenschluß von 16 politischen Organisationen und Gewerkschaften, dessen Bandbreite von der bürgerlichen Opposition bis zu Sympathisanten der FSLN reichte. Ernesto Cardenal konnte auf der Tagung eine Rede halten — aber lediglich als Person und Schriftsteller, und nicht als Mitglied der FSLN. Direkt nach der Konferenz schrieb Willy Brandt einen Brief an Sergio Ramirez, einen der Führer der Opposition, in dem er versicherte, daß ,,sich die SPD an der Seite der Kräfte befindet, die wirkungsvoll für eine Erneuerung der Demokratie kämpfen''. Vom Abbruch der Beziehungen zum Somoza-Regime war nicht die Rede.

Nach dem Sturz Somozas

Eine andere Haltung der SI zeichnete sich zum 14. Kongreß desselben Jahres in Vancouver ab. Als Anfang November 1978 ein militärischer Sieg der FSLN in greifbare Nähe rückte und die bürgerliche Opposition in ihrem Bemühen einen Somozismus ohne Somoza anzustreben, zerfiel, wurde Ernesto Cardenal als offizieller Repräsentant der FSLN zum SI-Kongreß eingeladen. Neben Solidaritätsbekundungen sagte die SI ,,humanitäre Hilfe'' von 50.000 Dollar monatlich zu. Diese Summe wurde aber nur einmal ausgezahlt. In der Folgezeit bis zum Sieg der FSLN wurde in allen internationalen Veröffentlichungen der SI die volle Solidarität mit dem Kampf des nicaraguanischen Volkes, der FSLN und der ,,Dritten Strömung'' innerhalb der FSLN ausgedrückt, die als nicht so radikal wie die andern beiden eingeschätzt wurde.

All dies hinderte die sozial-liberale Koalition nicht, die diplomatischen Beziehungen zur Diktatur aufrechtzuerhalten und im Mai 79 einem Kredit des IWF über 66 Millionen Dollar zuzustimmen. Nach dem Sieg der Revolution wurde eine Delegation der SI unter Führung von Mario Soares nach Nicaragua geschickt, die eine Unterstützung an Forderungen knüpfte. Nach seiner Rückkehr aus Managua verkündete Soares, daß ,,die Kubanisierung von Nicaragua den Prozeß der Demokratisierung in ganz Lateinamerika blockieren würde''. ,,Das, was in Nicaragua passiert, ist für uns ein Test. Die politischen Veränderungen, die Portugal und Spanien durchgemacht haben, beweisen, daß eine Diktatur mit friedlichen Mitteln gestürzt werden kann. In Nicaragua handelt es sich darum, darüberhinaus zu zeigen, daß eine bewaffnete Revolution zu einer pluralistischen Demokratie führen kann. Trotz unserer Ablehnung von Kampfformen, die auf Gewalt und Terrorismus basieren, waren wir uns immer im klaren, daß es in Nicaragua keine andere Lösung gab. Wir haben auch von Anfang an die Sandinisten unterstützt. Repräsentanten dieser Organisation haben an unserem letzten Kongreß teilgenommen. Mehrere Minister der heutigen Regierung stehen uns ideologisch sehr nahe.''

Nicaragua und Portugal ...

Aufgrund seiner Erfahrungen wurde der portugisische Funktionär Soares ausgewählt. In Portugal hatte die SPD bewiesen, daß durch eine gezielte Einflußnahme die politischen Verhältnisse eines ganzen Landes verändert werden können. Die PS Portugals wurde im Exil in einer Schule der Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet und erhielt massive personelle und finanzielle Unterstützung durch die SPD. Der PSP gelang es, den Einfluß der portugiesischen KP erheblich einzuschränken und die Ansätze einer radikalen Veränderung der portugiesischen Gesellschaft erst zu kanalisieren und später rückgängig zu machen. Auch wenn die SI anfangs gegenüber Nicaragua eine Hilfe ohne ,,politische und ideologische Bedingungen'' ankündigte, versuchte sie in ihrer Praxis erheblichen Einfluß auf die Entwicklung zu nehmen. Dies unter den Prämisseb: Gemischte Wirtschaft, demokratische Freiheiten und eine strikte Blockfreiheit als Ziele.

Als Anfang 1982 Frankreich Waffen an Nicaragua lieferte, rief dies einen Proteststurm in US-Regierungskreisen hervor. Mitterand dazu: ,,Die Blockfreiheit der Regierung in Managua zu fördern, ist auf lange Sicht die einzige erfolgversprechende Lösung.'' Das grundsätzliche Ziel Frankreichs bei dieser Aktion sei es, ,,zu verhindern, daß Nicaragua weiterhin völlig von Cuba und der Sowjetunion abhängig sei.'' Willy Brandt unterstützte Mitterand: ,,Es bestehen keinerlei wesentliche Unterschiede zwischen der Situation in Polen und der Entwicklung der Krise in Nicaragua. Beide Phänomene stellen die Führung der dominierenden Macht in Frage.''

Starker Druck auf die FSLN

Ende Februar sollte ein Treffen der SI in Caracas stattfinden, und in der Vorbereitung zu diesem Trefe gab es Streit in der SI. Der Vorsitzende der venezolanischen AD (Acción Democrática), Mitglied der SI, forderte Brandt in einem offenen Brief auf, das Treffen auf unbestimmte Zeit zu verschieben, um das Erscheinen einer offiziellen Delegation der FSLN zu verhindern. In der Presse erklärte er: ,,Wir haben uns nicht daran beteiligt eine Diktatur zu stürzen, um eine andere unter einem anderen Firmenschild zu etablieren, und es scheint uns, daß die sandinistische Regierung diese Richtung einschlägt. Wir haben erklärt, daß inzwischen die Möglichkeit besteht, einen Pluralismus in diesem Land zu verwirklichen, und wir mit ihnen zusammenarbeiten würden. Ich glaube, daß es jetzt an der Zeit ist, daß wir unsere Position der Unterstützung der FSLN in dieser Situation überprüfen.'' Brandt sagte aufgrund dieser Intervention das Treffen in Caracas ab. Der Präsident des lateinamerikanischen Komitees der SI, Pena Gomez, versicherte, daß natürlich alle sozialdemokratischen Führer Latein-Amerikas hinter der FSLN beim Sturz Somozas gestanden hätten. ,,Aber die Sandinisten müßten sich mehr anstrengen, den Verpflichtungen nachzukommen, die Revolution in einem pluralistischen Rahmen zu halten und eine Außenpolitik der Blockfreiheit zu verfolgen. Gomez fügte hinzu, daß diese Enttäuschung über die Politik der Sandinisten noch kein Bruch wären, aber es könnte dazu kommen, wenn die nicaraguanischen Revolutionsführer nicht mit mehr Intelligenz und Flexibilität ihre Innen- und Außenpolitik gestalten würden.'' Dagegen erklärte Schwedens Pierre Schori, daß die SI Nicaragua weiterhin unterstützen werde und daß es keinerlei Anzeichen gäbe, daß die Sandinisten ihre pluralistische Politik aufgegeben hätten. Auch Felipe Gonzales meldete sich zweideutig zur Unterstützung Nicaraguas. Er bekräftigte, daß die SI das ursprüngliche Konzept der sandinistischen Revolution voll unterstütze, das er als eine gemischte Wirtschaft nach innen und eine Blockfreiheit nach außen definierte. Trotz dieser Beteuerungen kam es im Juli 1983 zu einem Ultimatum an die FSLN. Nach einem Treffen von Felipe Gonzales, Brandt, Carlos Andres Perez und Daniel Oduber in Madrid wurde ein Brief an die FSLN geschrieben, in dem die nicaraguanischen Regierung aufgefordert wurde, entweder innerhalb eines Jahres freie Wahlen durchzuführen und die Pressefreiheit wiederherzustellen, oder die Unterstützung der SI verlieren würde.

Schon im Juni 82 hatte Brandt offene Distanz zur FSLN gezeigt, als er Eden Pastora in Bonn empfing, der wenige Monate vorher zum gewaltsamen Sturz der Regierung in Managua aufgerufen hatte. Im Mai hatte Mario Soares, der schärfste Kritiker der Sandinisten unter den Führern der europäischen sozialdemokratischen Parteien versucht, Pastora gleichberechtigt mit Bayardo Arce, dem damaligen Koordinator der Politischen Kommission der FSLN für das SI-Treffen in Helsinki einzuladen. Dieses Vorhaben war damals von Brandt gestoppt worden.

Der ultimative Brief von Brandt & Co. an die FSLN fand aber keineswegs ungeteilte Unterstützung in der SI. Sowohl die französische PS als auch die schwedische Sozialdemokratie ging auf Distanz zu diesem Brief. Palme initiierte sogar ein Treffen von rund 200 Sozialdemokraten Nord- und Westeuropas, um für Nicaragua größere wirtschaftliche und politische Unterstützung zu erreichen. Schweden gab den entscheidenden Kredit für die Wahlen in Nicaragua über Millionen Dollar.

Die Konferenz von Rio '84

Bekanntlich gaben die Wahlen der Opposition bisher ungeahnte Möglichkeiten, gegenüber dem Ausland das Bild eines angeblich undemokratischen Nicaraguas zu schaffen. Niemand diskutiert heute mehr über den Einfluß der nicaraguanischen Bevölkerung auf das politische Leben, sondern nur noch über die Forderungen der Opposition. Auch die SI schaltete sich mehrfach ein, um den Forderungen der Opposition Nachdruck zu verleihen.

Auf der SI-Konferenz Anfang Oktober '84 in Rio wurden die Verhandlungen am Rande der Konferenz zwischen Bayardo Arce als Vertreter der FSLN und Arturo Cruz zum beherrschenden Thema. Nachdem die FSLN auf alle Forderungen, die dort erhoben wurden, eingegangen war, aber Cruz eine Einstellung der Contra-Aktivitäten ablehnte, blieb es beim ursprünglichen Wahltermin. Auch eine Reise Brandts nach Managua und Gespräche mit FSLN und Opposition konnten nichts mehr ändern.

Erheblichen Anteil hatte die SI an der Entwicklung des Contadora-Planes, der von der SI von Anfang an unterstützt wurde. Nach der Zustimmung Nicaraguas zu diesem Plan, wurden Costa Rica, Honduras, El Salvador u.a. von den USA zur Distanzierung ,,aufgefordert''. Alle Staaten außer Nicaragua zogen daraufhin ihre Zustimmung zurück, und reden selbst mittlerweile von einer Revision des Vertragsentwurfs. Die Verhandlungen darüber fanden in Madrid unter aktivster Beteiligung von Felipe Gonzales statt.

An der Politik der SI gegenüber Nicaragua wird sehr deutlich, daß die SI keineswegs eine Solidarität und Unterstützung ohne jegliche politische Bedingungen betreibt. Stattdessen ist es ihr Ziel in Nicaragua eine Entwicklung zu verhindern, deren Ziel und Ergebnis vor allem vom nicaraguanischen Volk selbst bestimmt werden. Den Handlungsspielraum für ihre Politik erhält die SI erst durch die ständigen Interventionsdrohungen der USA. Mit diesem Knüppel im Hintergrund wurden und werden der FSLN Ultimaten gestellt, die ohne eine drohende US-Aggression nur als anmaßend erscheinen müßten. Die SI gibt vor, die wesentliche Kraft zu sein, die in der Lage ist, die Intervention zu verhindern. Tatsächlich ist die FSLN auf die materielle Hilfe und Unterstützung von Ländern mit sozialdemokratischen Regierungen wie Schweden oder Frankreich angewiesen. Dies ist ein wesentlicher Grund für die Bereitschaft der FSLN Zugeständnisse zu machen. In dem Bemühen, in Nicaragua eine Entwicklung herbeizuführen, die die Revolution in portugiesische Bahnen lenkt und ein Überspringen des nicaraguanischen ,,Bazillus'' auf die anderen mittelamerikanischen Länder verhindert, treffen sich die Ziele der SI und der Contadora-Staaten. Letztendlich besteht die Politik der SI gegenüber Nicaragua darin, den Druck der USA für sich auszunutzen und eine Entwicklung einzuleiten, die Portugal zum Vorbild hat.

Imperialismus-Kommission

Alle Informationen sind der Pressezusammenstellung über die Politik der SI in Mittelamerika „El Parcial" 11. Dezember 1983 entnommen.

Willy Brandt soll nach dem Willen der Mehrheit des KA der Friedensbewegung am 3. November bei der Mittelamerika-Solidaritätsdemonstration in Bonn sprechen

Als Linke/r ist mensch sofort auf 180: Nur zu genau kennen wir die Rolle der Sozialdemokraten in der Vergangenheit. Am wenigsten schlimm waren die Sozialdemokraten immer noch dort, wo sie ,,nur'' integriert haben: die Friedensbewegung der 50er Jahre, große Teile der Studentenbewegung, der Anti-AKW-Bewegung und andere. Haben sie mal regiert, war's immer noch übler: Notstandsgesetze, Berufsverbote, demokratische Rechte überhaupt, Polizeiaufrüstung, Terroristenhetze — und natürlich der ganze ,,Rüstungswahnsinn''. Das ,,Modell Deutschland'' eben. Für all das steht Willy Brandt.

Als Mensch aus der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung kommt man aus dem Staunen nicht mehr 'raus: Die SPD hat nichts dazu gesagt, daß in El Salvador täglich die Zivilbevölkerung in den kontrollierten Zonen bombardiert wird. Sie hat die Wahlen in El Salvador grundsätzlich akzeptiert (und damit auch deren Rolle als politisches Manöver der Yankees zum leichteren Verkaufen der militärischen Lösung) und nur formal kritisiert. Sie lehnt den Aufbau von Organen der direkten Beteiligung der Bevölkerung in Nicaragua (die Sandinistischen Verteidigungskomitees) strikt ab und reduziert die Revolution auf ihre eigenen bürgerlichen Inhalte wie Pluralismus, gemischte Wirtschaft und Blockfreiheit. Sie steht nicht einmal klar zu den Wahlen am 4.11., sondern fordert immer noch einmal mehr von der FSLN ein Eingehen auf die Forderungen der Contra. Als ob die Sandinisten da nicht schon mehr als genug, ja viel zu viel getan hätten!

Um dem ganzen die Krone aufzusetzen, stellt sich Uwe Holtz, Vorsitzender des Entwicklungspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, am 27.1.84 in einer Parlamentsdebatte hin und sagt: ,,Wenn man argumentiert, Nicaragua sei ein kommunistischer Brückenkopf, so erinnere ich an die Analogie zu Portugal. Es gibt einen Kollegen, der seinerzeit gesagt hat: Portugal entwickelt sich zum kommunistischen Brückenkopf, zum Brückenkopf Moskaus. Damals war man (die SPD-Regierung — WR) bereit, Risikokapital einzusetzen. Ich bitte Sie: handeln Sie jetzt ähnlich, und verurteilen Sie nicht schon vorab!'' Das Bundestagsprotokoll vermerkt hier ausdrücklich ,,Beifall bei der SPD''. Das ist nun das Allerletzte, das wir in Nicaragua wollen, ein neues Portugal!!

Als Mensch, der die Friedensbewegung kennt, kann man sich nicht mal mehr wundern: Fast die Hälfte der 30 Vertreter im Koordinationsausschuß der Friedensbewegung besitzen ein SPD-Parteibuch. Dazu kommen eine ganze Reihe, die von ihrem Politikverständnis her da auch reinpassen würden. Auch noch so friedensbewegte Sozialdemokraten sind nun aber mal keine linken Kräfte. Und die DKP stimmt im KA in solchen Fragen immer brav mit. Also den KA und die Demo abhaken? Oder vielleicht eher doch nicht! Denn trotz Willy Brandt hat sich ja etwas bewegt.

Noch vor drei Jahren, am 10.10.81, durfte ein Dritte-Welt-Redner gar nicht erst auftreten, weil er auch für die PLO sprechen wollte. Zum 3.11. gibt es immerhin einen Aufruf, der klar Stellung für die FSLN in Nicaragua, die FMLN in El Salvador und die guatemaltekische Befreiungsbewegung URNG bezieht. Die formulierten Forderungen sind durchaus auch unsere, auch wenn wir noch weitergehende haben:

- ▶ Den Abzug aller US-Militärs aus Mittelamerika
- ▶ Die Einstellung jeglicher Aggression gegen Nicaragua
- ▶ Die Einstellung der kriegerischen Aktionen gegen die Bevölkerung El Salvadors und Guatemalas
- ▶ Die Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe für die augenblicklichen Regierungen von El Salvador, Guatemala und Honduras
- ▶ Die Auszahlung der zugesagten Entwicklungshilfe an die Regierung von Nicaragua durch die Bundesregierung.

Unbestreitbar betrachten auch die revolutionären Bewegungen in Zentralamerika die Sozialistische Internationale weltweit als möglichen Bündnispartner gegen eine offene US-Militärintervention. Also wäre es falsch, die Einladung an Willy Brandt zum Anlaß zu nehmen, aus der Demonstration auszusteigen. Aber das kann und wird uns natürlich nicht daran hindern, sehr deutlich zu machen, daß er für andere Inhalte steht als wir und daß diese unterschiedlichen Inhalte nicht miteinander in Einklang zu bringen sind.

Es kann und darf vor allem aber auch nicht dazu führen, die Strategie der Sozialdemokraten zu übersehen, in der Friedensbewegung zwar linke Themen zuzulassen, sie aber mit eigenen, sozialdemokratischen Inhalten zu füllen und so völlig zu verwässern. Brandts Auftritt am 3.11. ist ja Ausdruck dieser Absicht. Deshalb ist es interessant, einmal genau nachzuvollziehen, wie es zur Einladung an Willy Brandt kam.

Am 5./6. Mai beschloß die Aktionskonferenz grundsätzlich, daß am 3.11. eine Solidaritätsaktion mit Mittelamerika stattfinden solle. Der Koordinationsausschuß präzisierte das auf Vorschlag der Komitees dahingehend, daß dies eine zentrale Demonstration sein sollte und bildete eine Arbeitsgruppe zur technischen Vorbereitung. Von all den sozialdemokratischen Organisationen im KA beteiligten sich daran nur zwei: Falken und Jusos.

Die AG traf sich Mitte Juni und vereinbarte, zuerst die Inhalte zu diskutieren, also vorrangig an der Erstellung eines Aufrufs zu arbeiten. Die Rednerfrage wurde bewußt von allen zurückgestellt, um sie auf der Basis einer Klärung der politischen Inhalte sachlich und nicht persönlich zu diskutieren.

Trotzdem brachte Rudolf Hartung, ehemaliger Juso-Bundesvorsitzender, bei der nächsten KA-Sitzung den Vorschlag ein, Willy Brandt als Redner zum 3.11. einzuladen. Er begründete das damit, daß niemand ihm vorwerfen solle, er habe sich nicht rechtzeitig genug unmißverständlich ausgedrückt. Damit war eine politisch-inhaltliche Diskussion fast unmöglich geworden, allerorten ging es um die Person Brandt.

Die Sozialdemokraten begründeten ihr Eintreten für Brandt mit seiner Opposition gegen eine offene US-Militärintervention in Nicaragua, mit seiner internationalen Bedeutung und der von ihm ausgehenden Mobilisierungswirkung. Die Komitees wiesen immer wieder darauf hin, daß es bei der SPD in der Mehrheit der Führung keine Einsicht in die Zusammenhänge ganz Zentralamerikas gibt, daß sie vielmehr isoliert auf die offene Intervention allein in Nicaragua schaut; daß sie zwar positiv zu den Wahlen in El Salvador steht, aber nicht zu denen in Nicaragua; daß sie sich nicht positiv auf den revolutionären Prozeß in Nicaragua bezieht; daß sie verstärkt auf konservative bis reaktionäre Kräfte in der Region setzt (Pastora, Robelo, Duarte). Das mögen zwar nicht an allen Punkten auch Brandts persönliche Positionen sein, aber er trägt sie mit und integriert sie — in der SozialistischenInternationale übrigens noch stärker als in der SPD.

Der KA beschloß auf Vorschlag der AG dann, daß ein inhaltliches Gespräch zwischen Komiteevertreter/inne/n und Sozialdemokraten im KA geführt werden solle. Der Juso-Vertreter, der dessen Initiierung übernommen hatte, hatte das dann angeblich nicht so ganz richtig verstanden und brachte lediglich einen Hauptamtlichen aus dem Juso-Apparat mit, der die Jusos im KA vertritt, thematisch durchaus qualifiziert ist, aber eben keine politische Funktion hat. Beide erklärten uns, daß sie unsere Probleme nicht sehen (Willy Brandt sei doch ,,für Nicaragua''), daß sie deshalb unwiderruflich für Brandts Redebeitrag seien und daß es weder die Notwendigkeit noch irgendeine Möglichkeit gäbe, auf die Inhalte von Brandts Rede Einfluß zu nehmen. Es sei auch nicht möglich zu erfahren, was er denn nun tatsächlich zu sagen gedenke und ob er überhaupt reden wolle.

Dies blieb wochenlang der Stand sowohl in der AG als auch im KA. Gleichzeitig kümmerte sich gezielt niemand der Fürsprecher Brandts darum, nun einmal genau zu klären, ob er denn überhaupt reden wolle und wenn ja, unter welchen Bedingungen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung wurde peinlichst vermieden. Dafür wurde massiv mit dem ,,Argument'' gearbeitet, daß die ganze Diskussion jetzt schon so bekannt sei, daß eine Nichteinladung einem Affront gleichkomme. Alle Versuche, eine inhaltliche Debatte zu führen, wurden mit dem stereotypen Hinweis beendet, alles sei Spekulation und Brandt werde schon etwas Richtiges sagen.

Dieser Zustand dauerte bis Mitte September. Dann beschloß die Geschäftsführung, in der sich inzwischen ein Patt pro und contra Brandt gebildet hatte, daß der Vertreter der sozialdemokratischen ,,Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit'' im KA schriftlich aufgefordert werden solle, nun endlich sowohl die Frage der Bereitschaft Brandts definitiv zu klären, als auch ein inhaltliches Gespräch zwischen der SPD und der AG zu vermitteln. Innerhalb der festgesetzten Frist bis zur nächsten KA-Sitzung geschah nichts dergleichen.

Dort gab es dann eine Wiederholung des vorherigen Beschlusses der Geschäftsführung. Ein Gespräch mit der Internationalen Abteilung der SPD fand dann unter Anwesenheit von Komiteevertretern statt. Die erwarteten Positionen wurden bestätigt, darüberhinaus aber zugesagt, daß es sehr bald klare Festlegungen der SPD zu den Bombardierungen in El Salvador, zur Notwendigkeit eines Dialogs ohne Vorbedingungen zwischen Regierung und FMLN/FDR und zur positiven Bewertung des revolutionären Prozesses in Nicaragua geben werde.

Bis zum 1.10. geschah nichts. Dafür wurde dann aber die Einladung an Brandt mit den Stimmen der DKPler, der SPDler und der Linksliberalen gegen alle anderen Organisationen mit 12 ja, 8 nein, 3 Enthaltungen beschlossen. Uns wurde versichert, man sehe inzwischen weitgehend unsere inhaltlichen Bedenken sehr wohl, aber man brauche nun einmal einen prominenten Redner und es werde ja seitens der SPD inhaltliche Festlegungen geben. Bis heute stehen sie noch aus.

Werner Rätz, Mittelamerikakomitee Bonn

Werner Rätz arbeitet im Mittelamerika-Komitee Bonn und ist von der Bundeskonferenz der Dritte-Welt-Gruppen (BuKo) in den Koordinationsausschuß delegiert.

US-Präsidentschaftswahl

Kampfansage an den Rest der Welt

Fortsetzung von Seite 1

Nach vier Reagan-Jahren sind die USA aufs neue ein Land, das von den Völkern der ,,3. Welt'' gefürchtet wird. Die Invasion Grenadas Ende 1983 unterstrich den Willen der USA, überall, jederzeit und mit allen Waffen zu intervenieren. Das ,,Wall Street Journal'' — die Zeitung der Finanzkapitalisten — ,,nimmt die öffentliche Reaktion in den USA auf das Unternehmen Grenada als Zeichen für das nach Vietnam nun veränderte politische Bewußtsein, der Gebrauch von Gewalt zur Verteidigung gegen die Übergriffe eines totalitären Imperialismus sei berechtigt'' (NZZ, 7.11.83). Das direkte Eingreifen im Nahen Osten, die Unterstützung der Contra in Nicaragua und der Regimes von Duarte bis Marcos, der Aufbau der Schnellen Eingreiftruppe, die nukleare Aufrüstung, das kaltblütige Aufklärungsunternehmen mittels einer zivilen Boing 747 und dem Tod von über 250 Menschen im Sommer 83 usw., das sind die Spuren, die die Reagan-Regierung hinterlassen hat.

Die ,,Allgegenwart des Terrorismus''

Die agressive Außenpolitik dieser US-Regierung spiegelt sich auch in der innerstaatlichen Feinderklärung wieder. Im April 1984 gab sich Präsident Reagan selbst die Vollmacht Präventivschläge durch die US-Streitkräfte gegen vermutliche Terroristen zu befehlen. Formale Grundlage dafür ist die National Security Decision Directive 138, die den Einsatz des US-Militärs und der Geheimdienste gegen Personen oder Gruppen vorsieht, die verdächtigt werden gegen die US-Regierung im In- oder Ausland Aktionen zu unternehmen. Die Direktive 138 soll auf ,,staatlich unterstützten Terrorismus'' abzielen. US-Außenminister Shultz nannte jn diesem Zusammenhang den Iran, Syrien, Nord Korea und Libyen, aber Nicaragua, Cuba und natürlich die Sowjetunion werden ebenfalls in die den ,,Terror unterstützenden Länder'' eingeordnet. Wer nun als Terrorist eingestuft wird liegt im Ermessen des US-Präsidenten, zu bestimmten Zeitpunkten zählte dazu die Befreiungsorganisation FMLN aus El Salvador ebenso wie die PLO.

Zumindest während der Reagan-Regierung spielt eine solche Terrorlegende eine übergeordnete propagandistische Rolle. Im Dezember 1981 weilte angeblich ein libysches Terrorkommando in den USA, auf Reagan selbst angesetzt. Nach dem Angriff auf die libanesische US-Botschaft im Herbst 1983 wurde das Weiße Haus mit Boden-Luftraketen bestückt und die Umgebung gegen ,,Selbstmordkommandos'' abgesichert. Durch solche Kampagnen unterstützt erhielt die CIA legale Möglichkeiten in den USA selbst

Umgebung gegen ,,Selbstmordkommandos'' abgesichert. Durch solche Kampagnen unterstützt erhielt die CIA legale Möglichkeiten in den USA selbst

zu arbeiten, und das FBI baute eine paramilitärische ,,Geiselbefreiungs-Gruppe'' von 50 Mann auf, die größte Truppe dieser Art, die die USA je hatte.

Seit August 1984 liegt dem Kongress ein Gesetz vor, das inhaltlich eine Weiterentwicklung der Direktive 138 ist; das Gesetz gibt dem Außenminister die Vollmacht, ein Land, eine Gruppe von Personen oder auch Einzelne als ,,den Terrorismus unterstützend'' zu qualifizieren. Wenn der Außenminister einmal ein Land oder eine Gruppe solcherart eingestuft hat, wird die Unterstützungsarbeit jedwederart für die vermeindlichen Terroristen kriminalisiert.

Parallel mit der Diskussion um dieses Gesetz ging das FBI offensiver gegen die Unterstützungsbewegung für den Kampf der Völker in Mittelamerika vor. Im August 1984 veröffentlichte das New Yorker ,,Center for Constitutional Rights'' (CCR) eine Übersicht über die Arbeit des FBI, die beweist daß hier systematisch Mitglieder und Gruppen der Solidaritätsbewegung überwacht, verfolgt und kriminalisiert werden. In der Hauptsache waren die ,,Central America Solidarity Coalition'' und das ,,Commitee in Solidarity with the People of El Salvador'' Opfer dieser Kampagne, aber auch Rückreisende aus Nicaragua. Standardfrage: ,,Wußten Sie, daß Ihr Nachbar mit Terroristen zusammenarbeitet?'' Auch ist es üblich im Rahmen von Verhören den Aktivisten — soweit sie keine US-Bürger sind — im Austausch für Informationen Hilfe bei der Einwanderungsbehörde anzubieten. In ihrem Grundmuster erinnert diese Kampagne an die McCarthy-Zeit, nur ist der ,,Kommunist'' von ehemals heute ein ,,Terrorist''.

Reich gegen Arm

In solch schamloser Weise wie die gegenwärtig regierenden Bürgerlichen hat das reiche Amerika schon lange nicht mehr die Klassengrenze zwischen reich und arm, weiß und schwarz, mächtig und ohnmächtig gezogen. Auch mitten im Wahlkampf: ,,Barbara Bush, die Gattin des amtierenden Stellvertreters im Weissen Haus, hatte dieser Tage für Aufregung gesorgt, indem sie — empört über die Attacken der Demokraten auf die Steuererklärung ihres Mannes — erklärt hatte, sie und ihr Mann hätten Freude an ihrem Lebensstil und gäben nicht vor, arm zu sein, wie das ,Vier-Millionen-Weibsbild' '' (NZZ, 11.10.84). Mit ,Weibsbild' war die Kandidatin für die Vize-Präsidentschaft, G. Ferraro, gemeint. Steuerkürzung für die Wohlhabenden, Kürzungen der Sozialleistungen, der Krankenversicherungen, staatlicher Wohlfahrt; heute ist die Armutsrate die höchste seit 1965, bevor Präsident Johnson seinen ,,Krieg gegen die Armut'' begann; 35 Millionen Menschen gelten nach offiziellem Standard als arm, das sind 15,3% der Bevölkerung. Für die Schwarzen liegt der Anteil an Armen aus ihren Reihen bei 36%, für die Latinos bei 28%. Die Arbeitslosenquote liegt bei 10%, von den jugendlichen Schwarzen ist fast jeder Zweite arbeitslos.



Parteitag der Republikaner 1984 in Dallas



Armut in Amerika

Insgesamt brachten die vier Jahre der Reagan-Regierung eine massive Propanda zugeschnitten auf die kleinbürgerlichen Schichten der USA. Unter anderem setzte sich der republikanische Präsident für die Wiedreinführung des obligatorischen Schulgebets ein. Die Mehrheit im Senat stimmte dagegen. Vom Kongress wurde jedoch ein Gesetz verabschiedet, das religiöse Zusammenkünfte in High-Schools nach dem Ende der Unterrichtszeit zuläßt. An diesem Beispiel ist zu sehen, daß die konservative Regierung auch an Grundsätzen rüttelt, die die Fundamente der bürgerlichen Verfassung — die strikte Trennung von Kirche und Staat — bildeten.

Zum weiteren Inhalt der republikanischen Agitation gehört
die Frage der Abtreibung. Nach dem Gesetz steht den Frauen die Entscheidung zur Schwangerschaftsunterbrechung in den ersten drei Monaten frei. Jedoch ist dieses Recht durch die Kürzungen von öffentlichen Mitteln faktisch untergraben worden. Eine Koalition aus katholischen Klerikern, evangelischen Fundamentalisten, Fernsehpredigern und eine konservative Mittelschicht läuft Sturm gegen die schon eingeschränkte Möglichkeit zur Abtreibung. Immerhin hat diese ,,Right to Life Bewegung'' erreicht, daß der republikanisch orientierte Kongreß die Sperrung von Bundesmittel verfügte. 18 Bischöfe der Neuengland-Staaten, klerikale ,,Gebieter'' über fast vier Millionen Katholiken, haben ihr Klientel aufgefordert, gegen Politiker zu stimmen, die sich nicht eindeutig gegen die Abtreibung aussprechen.

Wenn Reagan das große Los zieht, wird er die Möglichkeit haben, die freiwerdenden Stühle im Verfassungsgericht mit weiteren konservativen Politikernzu zu besetzen. Angesichts dieser Aussichten überkommt auch so manchen Bürgerlichen das Frösteln: ,,Wenn Reagan wiedergewählt wird und das Gericht einen seiner beiden alternden liberalen Richter verliert, wird das konservative Abdriften zu einem Gezeitenwechsel'' (Time, nach FR, 5.10.). Die Entscheidungen dieses Verfassungsgerichts haben Gesetzesrang, und es ist absehbar, daß hier die Entscheidungen über das Abtreibungsgesetz, Schulgebet ja oder nein, Abbau des Schutzes von Farbigen, usw. lahden werden.

Die Demokratische ,,Alternative''

Die Lehre aus der Wahlniederlage des Gespanns Carter-Mondale ist eine Wahlkampfstrategie der Demokraten, die aus dem
50%-Nichtwählerreservoir zusätzliche Wähler und Wählerinnen an die Urnen bringen soll. Zielgruppen sind dabei für die Demokraten die Frauen und die Minoritäten der USA.

In den Auswertungen der Wahl 1980 wurde deutlich, daß die Frauen ein deutlich anderes Wahlverhalten hatten als die Männer. Der durchscnittliche Reagan-Wähler war männlich, weiß, konservativ. Frauen waren wesentlich weniger geneigt der Propaganda von militärischer Stärke und dem monetaristischen Wirtschaftskonzept ihre Stimmen zu geben. Mit der Vorliebe für Schlagworte wurde daraus das ,,Gender-Gap'' (gender = Geschlecht; gap = Lücke). Die us-amerikanischen Frauenverbände forcierten von den Demokraten unterstützt die ,,gender-gab-Kampgane'' mit dem einfachen Kalkül: Wenn Frauen für die Wahl gewonnen werden, wird sich dies automatisch für die Demokraten positiv auswirken. Die National Organisation for Women (NOW) und andere, zum Teil feministische Gruppierungen traten offen für die Unterstützung der Demokraten auf, und die Kandidatur von Mrs. Ferraro ist ein Ergebnis dieser Kampagne. Mitte 1984 wurde diese Kampagne bereits von über 60 Gruppierungen getragen, und der Erfolg oder Mißerfolg dieser Kampagne wird darüber entscheiden, ob Mondale ins Weiße Haus einziehen wird.

Weiterhin bestand das Kalkühl der Demokraten darin, mit dem schwarzen Kandidaten Jesse Jackson das schwarze Wählerpotential an die Urnen zu bekommen. Jesse Jackson bezeichnete sich selbst als der Vertreter der Unterdrückten in den USA und in der Welt. Bis hier nach Europa ist er durch seine Aktionen im Nahen Osten und auf Kuba bekannter geworden. Zum ersten Mal in der Geschichte der USA versuchte ein Schwarzer in den Kampf um das höchste Amt in diesem Land einzugreifen. Allein dies ist als positive Entwicklung in der politischen Landschaft der USA zu bewerten, wenn es auch ,,nur'' um einen Fortschritt ging, daß

das höchste Amt in diesem Land einzugreifen. Allein dies ist als positive Entwicklung in der politischen Landschaft der USA zu bewerten, wenn es auch ,,nur'' um einen Fortschritt ging, daß

Schwarze in der bürgerlichen Politik auf dieser Ebene mitmischen. In der jüngeren Vergangenheit hatten zwar schon andere Schwarze Bürgermeisterämter in größeren Städten übernommen (Andrew Young z.B. in Atlanta), aber sonst blieb die große Politik den Weißen vorbehalten. Innerhalb der politischen Gruppierungen der Schwarzen führte das Auftreten Jacksons zu grundsätzlichen Kontroversen, ob sich ein Scharzer überhaupt mit dieser an sich ,,weißen'' Politik gemein machen sollte. Jackson entschied diese Frage aber für sich als Einzelperson. In den Vorwahlen konnte Jackson einige Erfolge verbuchen, besonders in ,,farbigen'' Regionen. Der größere Teil der us-amerikanischen Anti-Interventionsbewegung unterstützte den schwarzen Kandidaten, ebenso wie fortschrittliche Gewerkschafter und Bürgerrechtskomitees. Im Rahmen der Demokratischen Partei mußte Jackson jedoch darum kämpfen, nicht allein als Stimmenfänger benutzt zu werden. Schon frühzeitig wurde deutlich, daß Mondale Jackson als Konkurrenten in den eigenen Reihen lieber weniger engagiert gesehen hätte. Auch konnten sich die Repräsentanten der ,,Black Community'', darunter Doretha King, nicht zu einer gemeinsamen Position gegenüber Mondale durchringen. Jedenfalls war Jackson in diesem Wahlkampf die Person, die eine — auch nach unseren verwöhnten europäischen Maßstäben — fortschrittliche Opposition an seine Person binden konnte. Persönlicher Mut gehörte auf jeden Fall für Jackson dazu, in einem Land, wo es nicht verwunderlich ist, wenn solch ein Politiker umgebracht wird.

Imperialismus Kommission

Soweit keine Quellen genannt sind die Informationen der linken US-Zeitung ,,The Guardian'' und der Tagespresse seit August 1984 entnommen.

Wahlplattform der Republikaner

Sicherheit für den Einzelnen

Heute haben wir mehr Vertrauen in die selbstverständlichen Wahrheiten dr Demokratie als zu irgendeiner Zeit nach

tionalen Sicherheit der Vereinigten Staaten. Dies erfordert eine starke nationale Verteidigung, tatkräftige Verfolgung der

Wahlplattform der Republikaner

Sicherheit für den Einzelnen

Amerika ist auf die Institutionen Heim, Familie, Religion und Nachbarschaftshilfe gebaut. Auf der Grundlage dieser Bausteine wuchsen selbstsichere Individuen, bereit Rechte und Pflichten auszuüben. (...)

Liberale Experimentierer haben den Gemeinschaftssinn zerstört, der lokale Institutionen am Leben erhält, indem sie die Verantwortung für soziale Programme in Washington zentralisierten. Washintons regierende Elite dachte sie wüßte besser als das Volk wie das Geld des Volkes auszugeben sei. Sie spielte schnell und verantwortungslos mit unseren Schulen, mit dem Recht, der Wohlfahrt, mit den Wohnungen. Das Ergebnis war Zunahme des Analphabetismus und der Lernunlust, eine Epedemie an Kriminalität, eine massive Zunahme der Unterhaltsabhängigkeit, die Verslumung unserer Städte.

Und das schlimmste von allem: Sie versuchten ihre Brave New World durch die Verleumdung unserer Grundwerte zu errichten. Sie mäkelten an der Arbeitstugend. Sie griffen die Integrität unserer Familie und die elterlichen Rechte an. Sie beachteten unsere traditionelle Moral nicht.
(..)

Kriminalität

Republikaner glauben, daß die Menschen für ihr Tun verantwortlich sind. Diejenigen, die Verbrechen begehen, sollten auf jeden Fall durch unser Rechtssystem zur Verantwortung gezogen werden. Das oberste Ziel des Strafrechts ist die öffentliche Sicherheit; und die sich schwerer Verbrechen schuldig gemacht haben, sollten schnell eingesperrt werden; und sicher; und lange genug um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. (...)

Amerika sicher und die Welt in Frieden

Die Zukunft unserer Außenpolitik

Präsident Reagan hat den Glauben des Amerikanischen Volkes an die Prinzipien der freien Demokratie wiederhergestellt. Heute haben wir mehr Vertrauen in die selbstverständlichen Wahrheiten dr Demokratie als zu irgendeiner Zeit nach dem 2. Weltkrieg. (...)

Der heroische Ansatz in El Salvador, eine Demokratie auszubauen, ist brutal von kommunistischen Guerillas angegriffen worden — uinterstützt von Kuba und den Sandinisten. Ihre Gewalt gefährden die Fortschritte der Menschenrechte, legt das wirtschaftliche Wachstum lahm, und macht die Konsolidierung der Demokratie unmöglich. El Salvador liegt näher an Texas als Texas und New England auseinanderliegen ... In der Tradition der Hilfe Präsident Trumans für Europa nach dem Weltkrieg hat Präsident Reagan dem Vok El Salvadors geholfen, sich selbst zu verteidigen. (...)

(Aus: Congressional Quarterly, 25.8.84)

Wahlplattform der Demokraten

Die Demokratische Alternative: Ein blühendes Amerika in einer sich verändernden Welt

(...) Die Leistungsfähigkeit Amerikas ist unbegrenzt. Es ist eins unserer Ziele Amerika wieder auf den langen Weg zu führen, der sowohl Wachstum als auch breitverankerte ökonomische Möglichkeiten sichert. ... Erstens werden wir eine allumfassende Wirtschaftspolitik einführen die die Zinsraten senkt, freie Ersparnisse aus privaten Investitionen zusichert, einer weiteren Explosion der Inflationsrate vorbeugt, und den Dollar auf eine wettbewerbsfähige Basis hebt. Zweitens werden wir in die Zukunft investieren — in unser Volk und unsere Infrastruktur. ... Und schließlich wird die Regierung mit der Privatwirtschaft zusammenarbeiten, um zu sichern daß die Amerikanische Wirtschaft und die Amerikanischen Arbeiter voll und ganz wettbewerbsfähig sind in einer sich ändernden Weltwirtschaft. (...)

Die Demokratische Alternative: Eine sicherere Zukunft für unsere Nation und die Welt

Es gibt kein höheres Ziel für die Demokratische Partei als die Sicherung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten. Dies erfordert eine starke nationale Verteidigung, tatkräftige Verfolgung der Rüstungsbegrenzung, und eine Außenpolitik die der Verbesserung der Interessen Amerikas und der Kräfte der Freiheit und Demokratie gewidmet ist — in einer Periode weltweiter Wandlungen. (...)

Außenpolitik (Zentralamerika)

... ein Demokratischer Präsident wird die Gewalt beenden und eine politische Verhandlungslösung verfolgen — in Zusammenarbeit mit unseren demokratischen Verbündenten der Contadora-Gruppe. Er oder sie wird sich der Zentralamerikapolitik auf folgende Weise nähern: Erstes muß es eine unzweideutige Unterstützung für den Contadora-Prozeß geben und für die Anstrengungen dieser Länder eine politische Lösung für die Konflikte zu finden, die Zentralamerika plagen. Zweitens (...) Wir müssen unsere Unterstützung für die Contras und andere paramilitärische Gruppen beenden, die in Nicaragua kämpfen. Ein Demokratischer Präsident wird einen multilateralen Rahmen anstreben um die Sicherheit und Unabhängigkeit der Region zu sichern (...) Diese diplomatische Anstrengung kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn alle Länder in Zentralamerika, einschließlich Nicaragua, einwilligen die Souverenität und Integrität ihrer Nachbarn zu beachten, ihre militärischen Kräfte zu begrenzen, ausländische Militärbasen zu verweigern (andere als im Panama-Kanalvertrag bestimmte) (...) Die Gangbarkeit eines jeden Sicherheitsvertrages ,für Zentralamerika würde durch eine progessive Entwicklung des Pluralismus in Nicaragua erhöht. Schlußendlich sind die für November geplanten Wahlen wichtig; wie sie durchgeführt werden wird ein Indikator für Nicaraguas Bereitschaft sein in die Richtung einer wirklichen Demokratie zu gehen. (...) Viertes wird ein Demokratischer Präsident den neu gewählten Präsidenten El Salvadors unterstützen ..., indem die US-Hilfe über ihn geleitet wird und an die Bedingung geknüpft ist, die regierungsunterstützten Todesschwadronen auszuschalten und an die Fortschritte bei der Landreform, der Menschenrechte, und ernsthaften Verhandlungen mit konkurrierenden Kräften in El Salvador ...
(Aus: Congressional Quarterley, 21. Juli 1984)

Fortsetzung von Seite 1

Interview mit Jo Leinen

Seit dem Abgang von Helmut Schmidt sind ökologische Positionen in der Parteibasis der SPD stärker verankert Hinzu kommen neue politische Köpfe. Leuten wie Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine — um zwei Symbolfiguren zu nennen — ist es ein ernsthaftes inneres Anliegen, Umweltschutz politisch auf allen Ebenen durchzusetzen und nicht nur, um Umweltschutz als taktische Manövriermasse gegenüber den Grünen vor sich herzuschieben. Insofern ist der Wunsch von Oskar Lafontaine, mich als Umweltminister zu gewinnen, auch aus der Einsicht geboren, daß die SPD selbst aus eigenem Antrieb Ökologiepolitik betreiben muß und nicht immer nur als Reflex auf die Grünen und die Umweltbewegung handeln darf.

Nur haben die Grünen bisher ziemlich zum Druck auf die SPD beigetragen.

Klar, es ist auch meine feste Überzeugung und Hoffnung, daß die außerparlamentarische Ökologiebewegung wie die Partei der Grünen am Drücker bleiben müssen und dieses Druckpotential gegenüber der SPD nicht verloren gehen darf. Ich sehe deutlich, daß Ökologiepolitik nicht überall in der SPD verankert ist, daß es auch viele Scheinheiligkeiten gibt und die Ökothematik sich nur durchsetzen läßt, wenn die SPD weiterhin von außen Druck verspürt.

Stell dir vor, du wärest Umweltminister in Hessen und hättest mitzuentscheiden, ob die Atombetriebe NUKEM und ALKEM weiterbetrieben oder ausgeweitet werden sollen. Was würdest du bei einer Mehrheit der SPD für die Ausweitung der Betriebe machen?

Ich bin ein Gegner der Atomenergie. Ich könnte mir deshalb nicht vorstellen, Atomfabriken zu genehmigen. Ich wäre auch nie als Minister in Hessen oder Nordrhein-Westfalen angetreten, weil diese Probleme dort nicht zufriedenstellend geregelt sind. Im Saarland gibt es keinerlei Atomanlagen, von daher stellt sich dort diese Frage nicht.
Die SPD hat auf ihren Parteitagen den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Es ist deshalb unlogisch, neue Genehmigungen für eine Expansion des Nuklearkreislaufes zu erteilen. Ich hoffe, daß es innerhalb der SPD über Nukem und Alkem noch zum Streit kommen wird.

Und im Saarland? Wenn du dir anschaust, daß die Saarbergwerke, an denen das Land mit 26%, d.h. einer möglichen Sperrminorität beteiligt ist, im Urangeschäft in Südafrika drinsteckt, was ist damit?

Wir müssen versuchen, die Saarbergwerke aus allen Nuklearunternehmungen herauszuziehen. Glaubwürdigkeit heißt, hier nicht die Augen zu verschließen, sondern der Atomindustrie Stück für Stück das Betätigungsfeld zu entreißen. Der Staat muß seine Einflußmöglichkeiten wahrnehmen, wo er über Kapitalanteile verfügt und in Aufsichtsratsräten etc. in solchen Nuklearbetrieben sitzt.

Die IG Metall tritt für den Bau des Saarkanals ein und benutzt dazu die Argumentation, daß damit ARBED-Saarstahl seine Position verbessern könne und somit Arbeitsplätze zu retten wären. Nach der neuen Position der SPD bzw. ihres Vorstandes soll der Kanal bis Völklingen gebaut werden, kurz davor wollte Lafontaine noch 20 km weniger haben. Die Grünen fordern den sofortigen Baustopp. Welche Lösung stellst Du dir vor ?

Der Saar-Mosel-Kanal ist über weite Strecken schon in Angriff genommen und die Zerstörung des Saartals ist zum großen Teil schon passiert. Man wird an den Strecken keine Landschaftsruinen zurücklassen können. Sehr wahrscheinlich ist dieser Kanal bis zur Metallstadt Dillingen nicht mehr zu verhindern. Für den weiteren Ausbau müßte eingehend geprüft werden, welche ökologischen und finanziellen Auswirkungen der Kanal nach sich zieht, insbesondere für die Transporte der Massengüter Kohle und Stahl bei der Bundesbahn. ARBED-Saarstahl wie auch die Stahlwerke Dillingen müssen ein erhebliches Transportaufkommen nachweisen können. Es wäre ein Schildbürgerstreich, einen Kanal zu bauen, der bei seiner Fertigstellung vielleicht gar nicht mehr gebraucht wird. Bis Dillingen ist der Kanal überall im Bau; dort wird auch ein Anliegerhafen entstehen müssen, weil sonst der Kanal gar keinen Sinn gehabt hätte.

Du siehst hier also die Notwendigkeit, z.B. mit der IG-Metall in den Clinch zu gehen?

Ich will es so sagen: eine zukünftige Saarländische Regierung muß aus übergeordneten ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten handeln und da kann es möglich sein, daß kontroverse Positionen entstehen. Man muß allerdings sehen, daß der Kanal nur Sinn macht, wenn die Stahlwerke in Dillingen und Völklingen angeschlossen werden, ansonsten wären die Milliarden völlig weggeschmissen. Dort, zwischen Dillingen und Völklingen handelt es sich um eine Industrieregion. Die schlimmsten ökologischen Folgen hatte der Kanal dort, wo er bereits gebaut ist.

Die Grünen fordern die Stillegung der Müllverbrennungsanlage in Neunkirchen, die SPD möchte eine neue bauen. Wie wird sich ein Umweltminister Leinen dazu verhalten?

In den letzten Monaten hat sich deutlicher denn je gezeigt, daß Müllverbrennungsanlagen keinerlei Alternative und Perspektive für die Bewältigung des Abfallproblems darstellen. Es darf nicht sein, daß wir Umweltgifte über solche Verbrennungsanlagen wieder fein verteilt die in Umwelt bringen. Solche Verbrennungsanlagen sollten der Vergangenheit angehören, und ich kann mir nicht vorstellen, daß eine SPD-Landesregierung solche Müllverbrennungsanlagen in der Weise genehmigt, wie sie in dem Plan der jetzigen Regierung vorgesehen sind.

Der Fordkonzern produziert im Saarland überaus gefährliche Lackschlämme. Die Grünen fordern die Stillegung oder Umrüstung der Produktion auf Verfahren ohne diese Giftproduktion, die SPD möchte dafür eine Sondermülldeponie bauen. Wie ist deine Meinung dazu?

Meine Position ist ziemlich klar und eindeutig : Es darf in Zukunft nicht mehr toleriert werden, daß Industrieproduktionen mit Giftmüllabfall verbunden sind. Diese Industrie muß gezwungen werden, sich umweltverträgliche Verfahren und Produktionsabläufe einfallen zu lassen, die nur geklärte und neutralisierte Stoffe zurücklassen. Wir werden den Konzern-Multi Ford veranlassen, seine Klärschlämme zu entgiften und nicht mit der Hoffnung auf Sondermülldeponien dieses Problem weiter unverantwortlich vor sich herzuschieben.

Innerhalb der SPD gibt es starke Kräfte, die auch dann in eine große Koalition streben, wenn die Grünen als Voraussetzung für ein Bündnis lediglich marginale Forderungen — wie etwa in Hessen — erheben. Könntest du dir vorstellen, auch einer CDU-geführten Regierung als Umweltminister anzugehören?

Das rot-grüne Bündnis ist die einzige Alternative zum konservativen Block. Für den Rest dieses Jahrhunderts gibt es meines Erachtens für die SPD auf kommunaler, landesweiter oder bundesweiter Ebene keine Alternnative. Ich sehe allerdings auf beiden Seiten, bei der SPD wie bei den Grünen, noch viele Unklarheiten und Verwirrungen in dieser Frage. Hermann Rappe bei der SPD fabuliert über eine Große Koalition, bei den Grünen scheint mir der Bahro-Flügel, der sogar eine Tolerierung von SPD-Minderheitsregierungen grundsätzlich ablehnt, derzeit auf dem Vormarsch zu sein. Insofern stehen die Aussichten für rot-grüne Bündnisse im Moment auf wackeligen Füßen. Die SPD hat meines Erachtens in einer großen Koalition mit der CDU keine politische Perspektive, und ich werde mich tatkräftig dafür einsetzen, daß es zu solch rechtslastigen Koalitionen nicht kommt.

Trittst du aus der SPD aus, wenn sie eine Große Koalition eingeht ?

So ein Fall würde mit Sicherheit zu Zerreißproben und zu Abspaltungen innerhalb der SPD führen. Ich kann allerdings im Moment nicht erkennen, wo die Kräfte sein sollen, die sich in der Frage der Großen Koalition durchsetzen könnten.

Kannst du dir vorstellen, daß es Situationen geben wird, in denen die außerparlamentarische Bewegung eine SPD-Grüne Regierung ähnlich behandeln müßte, wie etwa die Sozialliberale oder die jetzige CDU-geführte Regierung?

Außerparlamentarische Bewegungen muß es auch bei einer SPD-Grüne-Regierung geben, weil es auch nach einer Regierungsübernahme viele interne und externe Widerstände gibt, eine fortschrittliche Politik zu betreiben. Jede Regierung unterliegt dem Zwang zu Kompromissen. Insofern ist das Spannungsverhältnis außerparlamentarische Bewegung und Parlamentarismus immer vorhanden, und auch in Perioden rot-grüner Regierung kann es Konflikte mit außerparlamentarischen Bewegungen geben. Man muß allerdings sehen, daß eine neue politische Mehrheit nur zustande kommt, wenn sowohl SPD und Grüne wie auch die außerparlamentarischen Bewegungen sich aufeinanderzu bewegen und ein politisches Programm entwickeln, das gegenüber dem konservativen Block mehrheitsfähig ist. Über inhaltliche Annäherungen werden ein großer Teil der Konflikte überflüssig, die wir jetzt mit der konservativen Bundesregierung haben, bzw. mit der sozial-liberalen Regierung hatten. Im Verlaufe der Regierungstätigkeit werden aber gewiß Probleme auftauchen, die das Spannungsverhältnis parlamentarisch-außerparlamentarisch wieder stärker hervortreten lassen. Ich fürchte allerdings mehr, daß es gegen eine rot-grüne Regierung außerparlamentarische Bewegungen von rechts geben könnte. In Frankreich erleben wir das ganz plastisch.

Was ist deiner Meinung nach bundesweit mit einer rot-grünen Koalition friedenspolitisch durchsetzbar?

Die Außen- und Friedenspolitik ist sicherlich der härteste Knochen. Denn die Einbindung der Bundesrepublik in die NATO und die globalen Interessen der USA werden enorme Widerstände gegen jedwede Veränderung der bundesrepublikanischen Politik mit sich bringen. Ich kann mir vorstellen, daß eine rot-grüne Koalition die atomare Aufrüstung stoppt, die Chemiewaffen und einen Großteil der Atomwaffen aus der Bundesrepublik herausschafft und bei der konventionellen Rüstung keine neuen Offensivsysteme mehr zuläßt, d.h. Rogersplan und Air-Land-Battle-Konzept für die Bundesrepublik ablehnt. Die Forderung nach einem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO wird sicherlich mit der SPD auf absehbare Zeit nicht zu machen sein, wobei eine Politik der Auflösung der Militärblöcke eine historische Angelegenheit bleibt, die in den nächsten Jahren auf Realisierung wartet. In diesem Punkt muß die Friedensbewegung weiterhin politischen Druck ausüben.

Was würdest du den Grünen raten? Sollen sie an der Forderung der Rücknahme der bis 1987 oder 1991 erfolgten Stationierung neuer Mittelstreckenraketen und der bis dahin erfolgten Installierung neuer offensiver konventioneller Systeme nach dem Rogersplan kompromißlos festhalten, wenn es zu entsprechenden parlamentarischen Mehrheiten kommen sollte?

Der Abbau dieser atomaren und konventionellen Systeme wird sicherlich Gegenstand einer Koalitions- oder Tolerierungsvereinbarung zwischen SPD und Grünen sein. Nun kann sich jeder leicht vorstellen, daß diese Forderungen nicht von heute auf morgen zu verwirklichen sind. Es wird deshalb einen Zeitplan geben müssen, innerhalb dessen Schritt für Schritt diese Waffensysteme, auch durch einseitige Maßnahmen, aus der Bundesrepublik verschwinden. Es wird ein Test für die Glaubwürdigkeit der Grünen und der SPD, ob sie nur den Status quo festschreiben oder die Massenvernichtungswaffen und Offensivsysteme abschaffen. Die militärische Lage ist bereits jetzt so brisant, daß schon die vorhandenen Systeme abgebaut und abgeschafft werden müßten und erst recht neuartige Waffensysteme mit einer Friedenspolitik unvereinbar sind.

Kannst du dir vorstellen, daß dafür der außerparlamentarische Widerstand absolut notwendig sein wird?

Unbedingt. Jeder weiß, daß die Abschaffung von Waffensystemen eine ungemein schwierige Aufgabe ist. Vor allem,wenn die USA und die NATO nein sagen. Jede Bundesregierung wird einen außerordentlichen gesellschaftlichen Druck brauchen. Hinzu kommt, daß Abrüstungspolitik nach Konzepten der Rüstungskonversion suchen muß, um die Widerstände innerhalb der Gewerkschaften zu mildern. Ansonsten fürchte ich, daß insbesondere die SPD Rüstungsabbau nicht durchhalten wird. Zu diesem Umbau ganzer Produktionsbereiche wird eine starke außerparlamentarische Bewegung notwendig sein.

Vielen Dank für das Gespräch. Spätestens 1987 fragen wir nach, was aus deinen jetzigen Erwartungen geworden ist.

GRÜNE und SPD in Hessen vor der Scheidung?

... daß das Bündnis zwischen SPD und Grünen in Hessen platzt, fragt die bürgerliche Presse. Als ob das von entscheidender Bedeutung wäre. Ist es so weit, müßte die Frage eigentlich lauten, daß in der BRD die militärische Seite des Atomprogramms in Aussicht genommen wird?! Dann wären wir an einem historisch entscheidenden Punkt angelangt.

Zwei Nuklearfirmen produzieren im hessischen Hanau seit beinahe 10 Jahren ohne die erforderliche Genehmigung nach dem Atomgesetz. Und eigentlich genauso lang hat die Anti-AKW-Bewegung gebraucht, um auf diese Betriebe, auf das Atomzentrum Hanau aufmerksam zu werden. Noch während der Verhandlungen zwischen SPD und Grünen um eine parlamentarische Tolerierung der Landesregierung wurde der warnende Hinweis auf den Sprengsatz NUKEM/ALKEM mit geradezu kindischen Ausflüchten beiseite getan. Nun schickt sich der neue Wirtschaftsminister (und gerade der wurde von der grünen Landesgruppe peinlicherweise mit Vorschußlorbeeren bedacht!) an, die erste Teilerrichtungsgenehmigung für die neue Brennelementefabrik NUKEM II zu erteilen und die bereits vorgenommenen Veränderungen der Anlagen bei ALKEM nachträglich abzusegnen. Erst während des Erörterungsverfahrens ging den grünen Parlamentariern auf, daß die Sache so nicht laufen kann. Anfang Oktober schließlich faßte eine Landesmitgliederversammlung der Ökopartei einen klaren Beschluß: ALKEM muß stillgelegt werden. NUKEM II darf nicht genehmigt werden, sonst ist Feierabend. Die sog. Realpolitiker stimmten zu. Doch wären sie allzu gern bereit, einem Kompromiß mit den Sozialdemokraten zuzustimmen: Alles darf bleiben, wie es ist, nur neu hinzukommen soll nichts an Atomanlagen. Die SPD jedoch denkt nicht daran, auf diesen Vorschlag einzuschwenken. Was rechtmäßig sei, müsse genehmigt werden — Sachzwang bleibt Sachzwang. Gerüchte werden (von den Sozialdemokraten) gezielt lanciert, wonach die FDP bereit sei, dem in der Beratung befindlichen Landeshaushalt zuzustimmen — bis auf 7 Millionen für Alternativbetriebe. Auf diese platte Weise sollen die Grünen erpreßt werden: Sage keine, Flicksches Politikverständis gebe es nur in Bonn (und da nur bei den Regierungsparteien).

Es gibt aber ein Faktum, an dem in Wiesbaden weder die Grünen noch, wohlgemerkt, die SPD vorbeikommen werden: Das sind die 6,7 Tonnen Plutonium, die die ALKEM, und die 6 Tonnen angereichertes Uran, die NUKEM lagern wollen. Keine der beiden Firmen hat es bisher für nötig gehalten, zu begründen, w o z u man derartige Mengen benötige. Dafür hat aber die Bundesregierung in nicht zu überbietender Deutlichkeit erklärt, die Plutonium-Lagerung sei ohnehin ihre Befugnis, und sie werde sich da nicht hereinreden lassen. Ferner braucht man nur noch zu wissen, daß der Atomwaffensperrvertrag die militärische Nutzung von Kernmaterialien keineswegs, wie die gängige Meinung ist, vollständig ausschließt (sondern nur die unmittelbare Produktion von Atombomben), und die Schulkenntnisse, die für die Mittlere Reife verlangt werden: Hier ist etwas ziemlich Unheilschwangeres im Gange. Sozusagen eine Startbahn hoch drei.

Ist es ein Zufall, daß die Gier nach waffenfähigem Material zeitlich zusammenfällt mit der Aufhebung des Verbots, daß die BRD Längstrecken-Waffen produziert? Ist es ein Zufall, daß Südafrika beispielsweise seit dem letzten Jahr seine Uranförderung um 50% gesteigert hat, obwohl z i v i l danach absolut kein Bedarf besteht?

Wenn es stimmt, daß wir in einer heftigen Krise, in einer Vorkriegszeit leben, und es stimmt leider, dann sind dies keine Zufälle. Dann wird gerüstet, was das Zeug hält, und zwar auf a l l e n Ebenen. Dann wird es jede Menge Leute geben, die es nicht bei den verbalen Vorstößen eines Todenhöfers oder eines Kollers belassen wollen. Die jetzt drängen, daß ernst gemacht wird. Atombomben kann man sehr leicht zusammenbauen (vor allem sehr schnell!), wenn man über die entsprechenden „Bauteile" verfügt. Deswegen verwundert es auch nicht, daß die großen Betonbunker, die in Hanau bereits errichtet sind, nicht nur als L a g e r - sondern auch als P r o d u k t i o n s s t ä t t e n konzipiert sind. Der westdeutsche Imperialismus will nicht den Fehler machen, den die Nazis seinerzeit machten: Daß nämlich Heisenberg und ein paar andere Deppen in irgendwelchen schwäbischen Höhlen zwecklose Experimente für eine neue Waffe durchführten, während in Los Alamos erfolgreich hunderte von Wissenschaftlern und Technikern, großzügigst ausgestattet, wirklich die Bombe konstruierten. Das passiert uns nicht nochmal ...

Es ist ein Witz der Geschichte, daß die Produktionsstätten ausgerechnet im „rotgrünen" Hessen liegen sollen. Die Grünen wären bald erledigt, wenn sie das mitmachten. Interessanter ist es mit der SPD: Das Bekenntnis zur friedlichen, aber ebenso die Abwehr der militärischen Nutzung der Kernenergie in der BRD war für sie nach 1945 „identitätsstiftend". Leute wie Börner haben in den fünfzigern noch mit kurzen Hosen und weniger als der Hälfte Körpergewicht gegen deutsche Atomwaffen demonstriert. Wenn jetzt der „Sachzwang" für Hanau spricht, können sie eigentlich dichtmachen. Wofür noch eine sozialdemokratische Partei? Kann das jemand erklären? Ein vollkommen unnützer Luxus in der Parteienlandschaft. Aber diese Erkenntnis hätte sich ja eigentlich schon 1914 durchsetzen müssen. Irgendwie ist der Kapitalismus schon irrational. Er erhält völlig überflüssige Dinge am Leben. Richtig altmodisch.



Grüne und SPD

»Du glaubst zu schieben, und Du wirst geschoben«

„Die Grünen im Nacken" — so ein J.B. in der „FAZ" (9.10.) — hat die SPD ganz gewiß, jedenfalls wenn Wahltag ist. Sozialdemokratische Zugewinne an bisherigen CDU/FDP-Wählern werden durch reichliche Abgänge in das grün-alternative Lager zunichte gemacht — siehe Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen. Die daraus abgeleitete „Beweisführung" des „FAZ"-Kommentators, die Grünen hätten mit ihren Wahlerfolgen auch allein die politische Initiative übernommen, während die stagnierende SPD handlungsunfähig *„auf den lähmenden Einfluß langer Zeiträume und auf einen Abnutzungseffekt in der (grünen) Bewegung"* warten müsse, ist dagegen reine CDU-Propaganda. Hier wird Geißlers Gruselstory von der drohenden rot-grünen „anderen" Republik (Ursprungsland Hessen) speziell für den Geschmack der „klugen Köpfe" hinter der „FAZ" noch einmal neu aufbereitet.

Die Behauptung schließlich, „die Grünen wissen ganz genau, was sie von der SPD wollen", wird niemanden mehr verblüffen als die Grünen selbst. Die sind im Vorfeld ihres Parteitages (7. bis 9. Dezember in Hamburg; wichtigster Tagesordnungspunkt: die Koalitions-/Tolerierungsfrage) weitgehend mit sich selbst beschäftigt. Der folgende Artikel vermittelt Eindrücke vom hektischen Treiben der grünen Koalitionsbefürworter, Tolerierer und Fundamentalisten. Um der Beantwortung der Frage „Wer schiebt wen?" näher zu kommen, zunächst einige (längere) Bemerkungen zu den Vorgaben des „geborenen Partners" (Otto Schily) der Grünen, der SPD.

SPD-Wähleranalyse: Wie „Feuer und Wasser"

Die SPD überläßt nichts dem Zufall, und schon gar nicht wartet sie darauf, daß die Grünen ihre mehr oder weniger umfangreichen Tolerierungskataloge an sie herantragen. Eine halbe Million hat der Parteivorstand locker gemacht, um sich über die Struktur der eigenen Wählerschaft und die ihrer Konkurrenten klarer zu werden. Die von den Sozialforschungsinstituten Sinus und Infratest nach Befragung von 5000 (wie behauptet: repräsentativ ausgewählten) Wahlberechtigten verfaßte Studie stellte Bundesgeschäftsführer Peter Glotz im September der Presse vor (vgl. „Spiegel" vom 17.9.). Danach hat die SPD ihre stärksten Bastionen im *„traditionellen Arbeitermilieu"* (52% gegenüber 34% für die CDU und 1% für die Grünen) und im *„traditionslosen Arbeitermilieu"* (SPD: 49%, CDU: 31%, Grüne: 6%), daneben aber auch im *„alternativ linken Milieu"* (SPD: 46%, CDU: 13%, Grüne: 32%) und im *„hedonistischen Milieu"*, wo sich — wie es im „Spiegel"-Jargon heißt — *„junges, lebensfrohes Volk sammelt, das viel vom ‚alternativen Leben' redet"* (SPD: 42%, CDU: 17%, Grüne: 27%). Es folgen die *„aufstiegsorientierten"* und die *„technokratisch-liberalen"* Wähler mit 40 bzw. 39% SPD-Anteilen. Abgeschlagen ist die SPD bei den „Kleinbürgern", im „Spiegel" definiert als *„Hauptschüler, kleine Angestellte, Bauern, denen Sicherheit wichtiger als Karriere ist"* (SPD: 29%, CDU: 55%, Grüne: 1%), und bei den *„gehobenen Konservativen"*.

Zahlenmäßig bedeutend sind nach dieser eigenwilligen Klassenanalyse Kleinbürger (29%) und Aufstiegsorientierte (21%), während die „Hedonisten" 8% und die „linken Alternativen" nur 4% des Wahlvolks stellen.

„Meinungsführerschaft" angestrebt

Maximal erreichbar — sagen die Demoskopen — seien für die SPD 54%, vorausgesetzt, sie gewinnt 8% von der CDU und 4% von den Grünen dazu. Ein *„kräftiges Sowohl-als-auch"* (Willy Brandt) ist also gefordert, damit die SPD *„auf dem Markt konkurrierender Problemlösungsansätze von Gruppen mit sonst unterschiedlichen Wertorientierungen als die attraktivere Partei angesehen wird"* (Sinus/Infratest-Studie, zit. aus „Spiegel" vom 17.9.). Wie Ende der 60er Jahre, als vor allem die „Neue Ostpolitik" die SPD mehrheitsfähig machte, gelte es nun, „Meinungsführerschaft" in einigen zentralen Themenbereichen zu erringen, um politisch noch wenig festgelegte Wähler aus den Lagern der „Aufstiegsorientierten" und der „liberalen Technokraten" zu gewinnen.

Welche Themen das sein sollen, hat Peter Glotz im ZDF („Bonner Perspektiven" am 23.9.) schon verraten:

nokraten" zu gewinnen.
Welche Themen das sein sollen, hat Peter Glotz im ZDF („Bonner Perspektiven" am 23.9.) schon verraten:

„Das ist das Thema Sozialstaat ... Es ist zweitens das Thema Umweltschutz. Das ist sehr, sehr breit. Und das ist drittens das Thema Außenpolitik oder Friedenspolitik. In all diesen drei Punkten hat die SPD eine strukturelle Mehrheit." Die Kampagnen um das „abgasarme Auto" und um regierungsamtliche „Pannen in der Deutschland-Politik" sind jüngste Beispiele für dieses Ringen der SPD um „Meinungsführerschaft", das Wähler auch aus bisher der Sozialdemokratie reserviert gegenüberstehenden Lagern mobilisieren und die (angebliche) „strukturelle" Mehrheit zur Stimmenmehrheit machen soll. Dazu gehört auch die Produktion identifikationsträchtiger Slogans: Ziel sozialdemokratischer Umweltpolitik ist ab sofort die *„ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft"*, eine Formel, die für jeden etwas bietet. Innerparteiliche Zerreißproben, von der CDU-orientierten Presse immer wieder vorausgesagt, werden solche neuen Etiketten nicht auslösen. Ganz so unflexibel sind auch stramme SPD-Rechte nicht, wie der „Spiegel" (24.9.) zu berichten weiß: *„Im Gewerkschaftsrat der SPD sprechen bereits rechte Genossen wie der IG-Chemie-Chef Hermann Rappe von der Gleichwertigkeit der Arbeits-*

weiß: „Im Gewerkschaftsrat der SPD sprechen bereits rechte Genossen wie der IG-Chemie-Chef Hermann Rappe von der Gleichwertigkeit der Arbeits-

plätze und des Umweltschutzes."

Problematischer könnte die Umsetzung einer anderen neuen Peter-Glotz-Idee verlaufen. Bei der Präsentation der „ökologischen Modernisierung" betonte Glotz die Notwendigkeit, *„nicht nur die Köpfe, sondern auch Hoffnungen und Gefühle"* anzusprechen: *„Wir brauchen symbolische Akte, damit die Menschen das erfühlen"* („Hamburger Abendblatt", 20.9.). Mit den „symbolischen Akten" dürften sich einige seiner Parteifreunde noch schwer tun: IG-Bergbau-Vorsitzender und Buschhaus-Befürworter Adolf Schmidt etwa oder Dattelns berüchtigter Bürgermeister Horst Niggemeier, nach der NRW-Kommunalwahl eifriger Warner vor „grüner Anpassungspolitik". Zu Herzen gehende symbolische Akte — öffentlich einen Baum pflanzen; mit dem Rad ins Büro fahren o.ä. — sind von denen so schnell nicht zu erwarten. Hier wäre eher für die noch verbliebenen Jusos ein breites Betätigungsfeld, auf dem sie endlich mal ungehindert wirken können — symbolisch.



Zuckerbrot und Dachlatte für die Grünen

Zuckerbrot und Dachlatte für die Grünen

In den unzähligen Kommentaren zum Thema „rot-grünes Bündnis", die Faktenarmut durch wilde Spekulationen über zu erwartende umwälzende Ereignisse wettzumachen versuchen, erscheint die SPD-Führungsspitze häufig als eine Ansammlung von Individualisten mit jeweils höchst originellen Ansichten über das richtige Umgehen mit der grünen Konkurrenz. Namentlich der „Spiegel", dessen Mitarbeiter laut Redaktionsstatut verpflichtet sind, politische Vorgänge möglichst einfach nachvollziehbar als das Werk von nicht übermäßig vielen handelnden Personen darzustellen, hat in etwa folgende Rangfolge ermittelt: Apels Abneigungen gegen die Grünen sind noch ausgeprägter als die von Börner; reserviert verhält sich Rau; ausgesprochene Grünen-Freunde sind Lafontaine und Schröder; Brandt, Vogel und Glotz versuchen zu vermitteln.

Tatsächlich gibt es in der SPD-Spitze nicht nur strategisch, sondern auch in taktischen Detailfragen weitgehende Übereinstimmung. Kaum umstritten dürfte der von Glotz für den Parteivorstand herausgegebene Katalog von Verhaltensmaßregeln gegenüber den Grünen sein, der als sozialdemokratische Antwort auf die Geißler-„Dokumentation" über die grüne Partei an die Presse ging. Folgende Leitsätze sind danach für die SPD verbindlich:

1. Die SPD widersetzt sich der christdemokratischen „Ausgrenzungskampagne" gegen die Grünen. Da die Grünen nun einmal in die Parlamente gewählt werden, muß es auch erlaubt sein — „prinzipiell" jedenfalls —, mit ihnen zu koalieren oder überhaupt zusammenzuarbeiten. Weiteren Propagandafeldzügen der CDU soll offensiv entgegengetreten werden. *„Einen neuen Radikalen-Erlaß werden wir von vornherein bekämpfen. Die vorschnelle Etikettierung abweichender Meinungen als antidemokratisch verletzt die moralischen Prinzipien der freiheitlichen Demokratie."*

2. Die SPD geht differenziert an die Grünen heran, weiß sie doch, daß es grüne Fraktionen gibt, *„mit denen eine Zusammenarbeit für Sozialdemokraten schwierig bis unmöglich ist ... In einzelnen Großstädten zum Beispiel sind die grünen Parteien von früheren Funktionären kommunistischer Splittergruppen beeinflußt* (keineswegs nur von früheren, in mindestens einer uns wohlbekannten Großstadt sogar von noch amtierenden Funktionären — Anm. AK). *Mit solchen Fraktionen sind die Chancen einer sachlichen Zusammenarbeit im Parlament gering."*

3. *„Vor dem Wahltermin ist jede Koalitionsdiskussion wert- und sinnlos."* Für die bevorstehenden Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen wird das von den so gegensätzlichen Charakteren Lafontaine und Rau schon befolgt. Die gemeinsame Parole heißt: absolute Mehrheit. Lafontaines weithin als Bündnisangebot mißverstandene Aufforderung an die Grünen, „Regierungsverantwortung" in Form von Ministerämtern zu übernehmen, wird an einer Stelle sogar in der „FAZ" als cleverer Schachzug gewürdigt: *„Man weiß in der SPD, daß es die Machtfrage ist, die die Grünen an den Rand der Spaltung bringen kann"* („FAZ", 4.10.)

4. Statt „Koalitionsgerede" soll allen Konkurrenten und potentiellen Regierungspartnern ein Katalog von vier „Prüfsteinen" präsentiert werden. Unverzichtbar sind für die SPD: Abrüstung, *„gestützt auf eine demokratische Bundeswehr und das westliche Bündnis"*; *„Erhaltung der Grundpfeiler des Sozialstaates"*; *„ökologische Modernisierung usw."*; *„Innere Liberalität, Kultur für alle und die Verteidigung unserer europäischen Identität"*.

Wie speziell die Grünen mit diesen Prüfsteinen angegangen werden sollen, haben Apel und Glotz in Fernseh-Interviews veranschaulicht. Apel: *„Da gibt es klare Positionen: Gewaltfreiheit, Parlamentarismus, klare westliche Bindung. Und wenn die Fragen — man könnte noch mehr dazupacken — nicht eindeutig beantwortet sind, dann heißt das, es geht nicht"* (ARD-„Redezeit", 22.9.) Und Glotz erklärt seine Prüfsteinpolitik am Beispiel „westliches Bündnis": Zwar könne man sich mit den Grünen wohl eher als mit der CDU auf die Notwendigkeit der Abrüstung — nicht auf konrete Abrüstungsmaßnahmen! — einigen. *„Aber wir sind jemand, der sagt, die SPD, auf der Basis einer demokratischen Bundeswehr, gestützt auf eine demokratische Bundeswehr und auf das westliche Bündnis. Da fangen dann manche Grüne an, schon zu wackeln. Und da wird es dann darauf ankommen, ob sie wackeln oder ob sie mit uns eine solche Politik vollziehen."*

Daß es derzeit — seit dem Absprung von Gruhl und Springmann — keinen einzigen prominenten Grünen gibt, der

Politik vollziehen."
Daß es derzeit — seit dem Absprung von Gruhl und Springmann — keinen einzigen prominenten Grünen gibt, der

sich auf das „westliche Bündnis" stützen möchte (auf eine „demokratische Bundeswehr" schon eher), dürfte Glotz nicht verborgen geblieben sein. Vielleicht traut er sich zu, den Grünen in der Frage einen „Kompromiß" besonderer Art abhandeln zu können: Zustimmung der SPD zu einem Appell, daß sich sämtliche Militärblöcke mal irgendwann auflösen sollen; dafür Zurückstellen der ohnehin nur von wenigen Grünen getragenen Forderung nach einseitigem Austritt der BRD aus der NATO. Ein eindeutiges grünes „Bekenntnis" zur NATO wäre das zwar noch nicht, den sozialdemokratischen Verteidigungsminister als Anführer der „demokratischen Bundeswehr" und Verbindungsmann zum „westlichen Bündnis" brauchen derlei Feinheiten bei der Führung seiner Amtsgeschäfte aber nicht zu belasten.

Käme ein solcher „Kompromiß" nicht zustande, weil sich bei den Grünen die bekanntlich politikunfähigen „moralischen Rigoristen" durchsetzen, hat die SPD folgendes Rezept parat: *„Wesentlicher taktischer Punkt der Strategie, die in der SPD zunehmend Anhänger gewinnt: Sollten sich die Grünen nicht dareinfinden, sollten sie die Rolle des Juniorpartners nicht akzeptieren wollen, so solle man die ganze rot-grüne Veranstaltung ‚platzen lassen', und zwar am besten ‚mit Aplomb* (gleich Nachdruck; auch: Dreistigkeit - Anm.AK) *und an einem typisch sozialdemokratischen Thema' — ob schon im Laufe der Tolerierungsgespräche oder erst in den ersten Regierungsmonaten, das sei weniger bedeutsam. Dies sei eine Linie, die nach außen, in der Wählerschaft, Eindruck machen und bei der auch dem Gewerkschaftsflügel viel wohler sein werde, wird gesagt. Vor allem sei dies eine Linie, die am Ende zum Erfolg führe: Eine Landes-SPD, die sich in Regierungsverhandlungen als kantiger Garant von Industriepolitik, Arbeitsplatzfürsorglichkeit, aber auch behutsamer, verläßlicher Erneuerung erwiesen haben werde, könne die Grünen höflich auf die Union verweisen (‚Nun toleriert mal eine CDU-Regierung') und, sollte das nichts fruchten, Neuwahlen herbeiführen, mit dem Ziel der absoluten Mehrheit (Dohnanyi hat es in Hamburg versucht und geschafft). In diese Richtung denkt auch Lafontaine, dem manch einer emotionale Affinitäten zu den Grünen zugeschrieben hat."* (Dieter Wenz in der „FAZ" vom 4.10.)

Dieser intelligente Beobachter hat auch erkannt, daß die Glotz'schen Prüfsteine *„genau besehen, so ziemlich alle Möglichkeiten offenlassen"*. Insbesondere die Möglichkeit Großer Koalitionen, sei es als direktes Regierungsbündnis oder in Form stillschweigender Tolerierung des jeweils stärkeren Partners. Letzteres ist insbesondere für Nordrhein-Westfalen denkbar, wo dank Landesverfassung Johannes Rau im dritten Wahlgang schon mit einfacher Mehrheit erneut zum Ministerpräsidenten — wenn auch als Chef eines Minderheitskabinetts — gewählt werden könnte.

Aufregung bei den Grünen

Die SPD, nach Ansicht besonders scharfsinniger „Bonner Beobachter" wenn nicht überhaupt im Schlepptau der Grünen so doch zumindest im Zustand weitgehender Bewegungslosigkeit, hat durch einen simplen Trick fast die gesamte Grüne Partei in Aufregung versetzt. Jene Partei also, deren

stand weitgehender Bewegungslosigkeit, hat durch einen simplen Trick fast die gesamte Grüne Partei in Aufregung versetzt. Jene Partei also, deren

Mitglieder so genau wissen, *was sie von der SPD wollen"* („FAZ", 9.10). Oskar Lafontaines Stellenangebot an grüne Landesminister im Saarland löste eine Kette von Erklärungen, Dementis öffentlichen Vorwürfen und Verdächtigungen aus. Der erste Beitrag lag notgedrungen bei Joschka Fischer, der mit Lafontaine an einem Tisch saß,

Fortsetzung nächste Seite

Peter Glotz denkt vor

SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz, laut „Spiegel" der „Vordenker" seiner Partei und auch in manchen anderen Publikationen penetrant zum „Intellektuellen" gestempelt, hat in seinem Anfang des Jahres erschienenen Buch **„Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken"** die sozialdemokratische Herbstoffensive 84 tatsächlich schon mal „vorgedacht". Dem Intellektuellen-Image verpflichtet, hat er da allerdings einige begriffliche Anleihen — vor allem bei Gramsci — gemacht. Einige Kostproben:

Über die Grünen: *„Die Bildung neuer sozio-kultureller Bewegungen in den 70er Jahren war wohl unvermeidlich ... Daß wir aber zugelassen haben, daß die Themen Ökologie, Rüstungskontrolle und Gleichstellung der Frau zu 'parteierzeugenden' Problemen wurden, ist ein politischer Kunstfehler, der vermeidbar gewesen wäre ..."*.

Nach Verlust der Regierungsämter und zur Vermeidung weiterer „Kunstfehler" muß die Frage beantwortet werden: *„Wie gewinnt die Linke* (gemeint ist die SPD; Anm. AK) *'kulturelle Hegenomie' als Vorstufe politischer Macht?"* Das Rezept: *„Die Linke, heißt das, muß drei, vier oder fünf 'Diskurse' beginnen. Nicht zwanzig; wir dürfen uns nicht verzetteln ... Man muß immer wieder auf dieselben Stellen schlagen; sehr lang, sehr hart."*

Wie gesagt, geschrieben wurde das Anfang des Jahres. Inzwischen sind die „Diskurse" zum „Dilettantismus" der Kohl-Regierung in der „Deutschlandpolitik" und zur „ökologischen Modernisierung" voll angefacht. Aber ob die umworbenen 8 % CDU- und 4 % Grünen-Wähler auch merken (und am Wahltag ihre Schlüsse daraus ziehen), daß die „kulturelle Hegemonie" mehr und mehr in der Bonner SPD-Baracke liegt?!

Fortsetzung von vorheriger Seite

als dieser sein sensationelles Angebot vom Stapel ließ: vor laufenden Fernsehkameras in der Diskussionsrunde zum Thema „Rot-grüne Gefahr'' (ARD, 22.9.). Fischers Antwort war vergleichsweise zurückhaltend: „*Ich warne meine eigene Partei davor, jetzt in Koalitionen reinzugehen. Wir würden zerschlissen und wahrscheinlich unsere Seele verlieren.*'' Im gleichen Atemzug allerdings nahm er das, an Lafontaine gewandt, (halb) wieder zurück: „*Und wenn Sie an dem Punkt dann sagen würden, obwohl wir uns in der Sache geeinigt haben, in wesentlichen Punkten etwa der Sanierung des Saarlandes, und wenn's dann noch dran hängt, ob Grüne, meinetwegen ein Grüner, ein Ministerium übernimmt, dann würde ich sagen, das ist doch dann wirklich eine Albernheit, an der's hängt; dann sollte man ...*'' Ja, was nun? Worin besteht für Joschka Fischer die ''Albernheit'': in Lafontaines Beharren auf mindestens einem grünen Minister oder in der Weigerung der Grünen, diesem Drängen nachzugeben? Diese spannende Frage wurde in er Folgezeit leider von niemandem wieder aufgegriffen. Neue Meinungsäußerungen zum Thema hielten die Partei in Atem, vor allem eine von Bundesvorstand und Landesvorstand Saar auf einer gemeinsamen Sitzung zwei Tage später beschlossene Erklärung „Grüne gegen Regierungsbeteiligung'', die als persönliche Erklärung von Vorstandssprecher Rainer Trampert an die Presse ging. Bundesvorstand und Landesvorstand Saar hätten den Eindruck gewonnen, daß die saarländischen Grünen in ihrer Mehrheit von einer Koalition mit der SPD nichts wissen wollen. „*Der Bundesvorstand spricht sich entschieden gegen Regierungsbeteiligungen aus — ob an der Saar, in Nordrhein-Westfalen oder im Bund.*'' Wegen der „*realen Machtkonstellationen*'' wäre ein „*grüner Minister oder auch Ministerialdirektor eine traurige Karikatur. Durch Regierungsbeteiligung würden wir grüne Politik und Ziele der sozialen Bewegungen diskreditieren.*'' Deshalb komme „*unter den gegebenen Umständen allenfalls eine Tolerierungspolitik in Frage, bei der Die Grünen nicht bloße Mehrheitsbeschaffer für sozialdemokratische Politik wären, wie in Hessen.*'' Zu Lafontaines „Bündnisangebot'' fragt sich Trampert, „*ob Oskar Lafontaine ein Bündnis mit den Grünen nicht stärker abgelehnt hat als Hans Apel. Lafontaine weiß genau, daß es bisher bei den Grünen keine Neigung gibt, sich an der Bildung einer Regierung im Saarland zu beteiligen. Wenn er die Bedingung stellt: ,Entweder Regierungsbeteiligung oder gar keine Zusammenarbeit mit den Grünen', dann kalkuliert er offensichtlich die Nichtzusammenarbeit mit den Grünen ein.*''

Proteste gegen „fundamentalistischen Schwachsinn''

Proteste gegen „fundamentalistischen Schwachsinn''

Als erster meldete der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Wolfgang Ehmke seinen Protest gegen den „*fundamentalistischen Schwachsinn*'' des Bundesvorstands an. Ehmke, nach Gert Bastians Fraktionsaustritt Anfang des Jahres als möglicher nächster Aussteiger beargwöhnt, nutzte seinen „*uneingeschränkten Medienzugang*'' (Bundesgeschäftsführer Eberhard Walde) zu der via Bildschirm übermittelten rhetorischen Frage an Rainer Trampert, „*wie er die Hoffnungen unserer Wähler auf Abwendung der Kriegsgefahr und der Umweltkatastrophe so schnell wie jetzt nötig verwirklichen will, wenn er die Verantwortung für Gegenmaßnahmen verweigert*''. Gleichzeitig verwahrte er sich gegen den „*wiederholten Versuch*'' des grünen Bundesvorstandes, „*einem Landesverband seine dogmatische Linie aufzuzwingen*''. In die gleiche Kerbe schlugen die Grünen im Wiesbadener Landtag, die dieses verabscheuungswürdige „*Beispiel für Willensbildung von oben nach unten*'' geißelten.

Der Bundesvorstand konterte mit dem Hinweis, es habe sich bei der gemeinsamen Beratung mit den saarländischen Parteifreunden eben herausgestellt, „*daß Landesvorstand und Bundesvorstand übereinstimmend die Festlegung auf eine Koalition mit der SPD ablehnen.*'' Im übrigen werde Tramperts Erklärung durch den seit dem Hagener Bundesparteitag im November 1982 unverändert gültigen Beschluß „Zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien im nächsten Deutschen Bundestag'' voll gedeckt.

Auf diese Position zog sich auch die Mehrheit der Bundestagsfraktion zurück. Auf Antrag von Nachrücker Christian Schmidt (GAL Hamburg) wurde am 2.10. mit 20:8:6 Stimmen beschlossen, daß seit Hagen keineswegs eine „neue Lage'' eingetreten sei: „*Die Grünen im Bundestag sehen keine Veranlassung, die Entscheidung der Bundesdelegiertenkonferenz von November 82 in Hagen, ,die Grünen sind grundsätzlich nicht bereit, die Fortsetzung der lebensbedrohenden Politik, wie sie derzeit von den im Bundestag vertretenen Parteien betrieben wird, mitzuverantworten', zu verändern.*''

Auf weitere Festlegungen konnte man sich nicht einigen. Die in Christian Schmidts Beschlußvorlage enthaltene Aufforderung zur „Einmischung'', da die Tolerierung unveränderter SPD-Politik auf kommunaler- und Länder-Ebene „*die Glaubwürdigkeit (des) politischen Eingreifens und Auftretens*'' auch der Bundestagsgrünen „*entscheidend mindern*'' würde, wurde knapp abgelehnt. Vermutlich erhoffen sich die Sympathisanten grüner „Verantwortungsübernahme'', daß ohne warnende Begleitmusik aus Bonn die Dinge in den Bundesländern sich „naturwüchsig'' in ihrem Sinne entwickeln. Anhaltspunkt dafür ist das hessische Beispiel: auf der Bundesebene (Vorstand, Bundeshauptausschuß, Parteitag) gab es für die Hessen-Linie nirgendwo Mehrheiten, weil selbst Leute wie Schily, der sich schon als Postminister in einer künftigen Koalition mit dem „geborenen Partner'' SPD sieht („Vorwärts'', 5.7.84), mit Blick auf Hessen dankbar darauf verweisen können, daß sie es sooo billig nun auch wieder nicht machen wollen.

Ablehnungsfront bröckelt

Das Hessen-Beispiel markiert eine der Schwierigkeiten, mit denen die Anhänger der „Trampert-Linie'' bei den Grünen konfrontiert sind. Ihre Standhaftigkeit gegenüber dem von Otto Schily („FR'', 10.9.) behaupteten Wunsch der „übergroßen Mehrheit'' der Grünen-Wähler nach grünen Landesministern ist allein mit der Formel „Koalition nein, Tolerierung ja'' auf Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Auch wenn der von Schily in Anspruch genommene „Wählerwille'' überhaupt nicht meßbar ist, dürfte klar sein, daß der Druck in diese Richtung in dem Maße zunehmen wird, wie die Partei weiter an Stimmen gewinnt. Die Argumentation der Trampert-Erklärung, warum grüne Minister nichts ausrichten würden, ist da ziemlich zeitlos-allgemein ausgefallen. Wer die Hinterlist des Lafontaine-Vorstoßes durchschaut wie Trampert oder Fraktionssprecherin Antje Vollmer (sie spricht von „*Unredlichkeit*'', „FR'', 10.10.), braucht zwar nicht mit gleicher Münze zurückzuzahlen, könnte dem Herrn Lafontaine aber doch einige unangenehme Fragen stellen: was er denn an politischen Zugeständnissen anzubieten hat, und welche „unpopulären Maßnahmen'' er insgeheim plant, die er meint, nur über direkte grüne Regierungsbeteiligung absichern zu können.

Wo derzeit innerhalb der Grünen

politischen Zugeständnissen anzubieten hat, und welche „unpopulären Maßnahmen'' er insgeheim plant, die er meint, nur über direkte grüne Regierungsbeteiligung absichern zu können.
Wo derzeit innerhalb der Grünen

überhaupt über unverzichtbare Forderungen an die SPD diskutiert wird, scheint sich darüberhinaus eine Verengung des Blickwinkels allein auf umweltpolitische Fragen durchzusetzen (Nordrhein-Westfalen). Im Acht-Punkte-Katalog der Hagener Erklärung von 1982 stand noch an erster Stelle die „Verhinderung der NATO-Aufrüstung''. Neben „Stopp des Atomprogramms'', „Sofortmaßnahmen gegen das Waldsterben'' und Stopp verschiedener „Großprojekte'' wurden auch „Verhinderung des weiteren Abbaus von Demokratie und Grundrechten'' sowie „Gleichberechtigung von Frau und Mann'' und „Breitbandverkabelungsstopp'' gefordert.

Wie mit solchen Katalogen dann Politik gemacht wird, ist eine weitere Frage, die sich mit der Parole „Koalition nein, Tolerierung ja'' nicht beantworten läßt. Zwischen der Politik der hessischen Grünen — ein klarer Fall von Tolerierung — und der vor zwei Jahren erprobten „Hamburger Linie'' gibt es gravierende Unterschiede.

Hagener Erklärung noch aktuell?

Der „Dogmatismus''-Vorwurf der Herren Ehmke und Kunz trifft mehr noch als den Bundesvorstand die Fraktion, wenn auch nicht im Sinne der Kritiker, die unter Dogmatismus alles verstehen, was ihren speziellen Ambitionen hinderlich sein könnte. Aber die Bekräftigung der Hagener Erklärung hat gegenwärtig auch nicht mehr Aussagekraft als die Überschrift von Rainer Tramperts Presse-Erklärung: „Die Grünen gegen Regierungsbeteiligung in Bund und Ländern''. Genau genommen bezieht der Text sich ohnehin nur auf den Bundestag in seiner gegenwärtigen Legislaturperiode, braucht ehrgeizige grüne Landespolitiker im Saarland also nicht weiter zu stören. Wichtiger allerdings ist, daß die Hagener Erklärung für etwaige — dann durch das Wahlergebnis gegenstandslose — Tolerierungsverhandlungen kaum zu gebrauchen gewesen wäre. Der erwähnte Acht-Punkte-Katalog umreißt, genau besehen, die „wichtigsten Aufgaben'' für die grüne Parlamentsfraktion, er ist kein Tolerierungskatalog und wäre beliebig zurechtzustutzen gewesen. Der Text insgesamt richtet sich zudem unterschiedslos an die „anderen Parteien'', mit denen nach der Wahl „auszuloten'' sei, „*ob die Durchsetzung überlebenswichtiger Ziele durch Tolerierung einer Regierung möglich ist*''.

Als Instrument offensiver Auseinandersetzung mit der SPD wurde die Erklärung im Wahlkampf überhaupt nicht eingesetzt, sondern verschwand am Tag nach ihrer Verabschiedung in den grünen Aktenordnern, ein Los, das sie mit vielen anderen grünen Kompromißpapieren teilt. Die Hagener Erklärung war ein Kompromiß zwischen „Tolerierern'' (stark vertreten: die Hamburger Linie) und „Fundamentalisten'', die auf dem Parteitag eine etwa gleich große Anhängerschaft hatten. Namentlich die Hamburger Delegierten hatten übrigens erfolglos versucht, die Beschlußfassung über den — zu Recht als „diskussionsbedürftig'' empfundenen — Text zu vertagen. Ausgerechnet dieses Papier heute wieder aus den Archiven zu holen, um es als gewichtiges Argument in den — mit erheblichen Frontverschiebungen — neu entbrannten innerparteilichen Streit einzubringen, offenbart schon eine gewisse Hilflosigkeit.



Bis zum Parteitag im Dezember sollten da noch etwas „schärfere Konturen'' gezogen werden. Insbesondere sollten die Befürworter dauerhafter „Juniorpartnerschaft'' mit der Sozialdemokratie befragt werden, in welchen Bereichen sie denn so positive Änderungen in der SPD-Politik sehen. Die auf Antrag von Christian Schmidt beschlossene „Bilanz und Gewichtung'' von Erfahrungen der Bundestagsfraktion mit er SPD, die bis zum Parteitag vorliegen soll, könnte einige wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholen.

Die Frage ist allerdings: Was passiert nach dem Parteitag? Daß dort (Hamburger Heimvorteil kommt dazu) die offenen Koalitionsbefürworter ebenso abgeschmettert werden wie die Anhän-

den Boden der Tatsachen zurückholen.
Die Frage ist allerdings: Was passiert nach dem Parteitag? Daß dort (Hamburger Heimvorteil kommt dazu) die offenen Koalitionsbefürworter ebenso abgeschmettert werden wie die Anhän-

ger von Tolerierungsbündnissen auf Basis der hessischen Null-Lösung, steht jetzt schon fest. Selbst wenn es gelingen sollte, zur Frage Koalition/-Tolerierung klarere Positionen als auf dem Hagener Parteitag zu beschließen — was folgt dann daraus? „*Selten war Papier geduldiger als bei den Grünen. Kaum eine programmatische Äußerung hat — so versichern ihre Urheber — mehr als vorläufigen Bestand oder ist mehr als ein Ausdruck vorübergehender Kräfteverhältnisse*'' (Jens Huhn; in: Nicht links — nicht rechts? Über Politik und Utopie der Grünen; VSA-Verlag). Kräfteverhältnisse werden aber nicht nur auf Parteitagen verändert, sondern auch durch die „entschlossene Tat'' ehrgeiziger Männer (auch Frauen?).

Für die berufsmäßigen Beobachter der Bonner Szene von „Spiegel'' bis „FAZ'' steht das Endergebnis des langwierigen Prozesses der Grünen vom chaotischen Haufen zur Partei schon fest: „*Aber die ,Faszination der Macht' (Grünen-MdB Roland Vogt) spüren plötzlich auch andere, wie sich bislang als Straßenkämpfer* (bei den Grünen? — Anm. AK), *Verweigerer und Aussteiger verstanden. Die Fundamentalisten, die nicht ins System einsteigen wollen, sind auf dem Rückzug*'' („Spiegel'', 1.10.). Und Günter Bannas setzt in der „FAZ'' (2.10.) noch eins drauf: „*Doch wissen auch die Rigoristen unter den Grünen, daß der Zug in Richtung Regierungsbeteiligung fährt. Die neu eintretenden Parteimitglieder sind pragmatischer als die der ersten Stunde.*''

Solcher Spekulationen enthält sich eine seriöse Zeitung wie die unsere natürlich.

Js./Hamburg

CDU zwischen Exorzismus und Neuorientierung

Damit auch der Humor nicht zu kurz kommt, dokumentieren wir im folgenden einige besonders spaßige Sätze aus Geißlers **„Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition''**. Gleichzeitig tragen wir auf diese Weise der Aufforderung mancher unserer links-grünen Leser Rechnung, nicht nur dauernd an den Grünen herumzukritisieren, sondern das Positive nicht zu vergessen.

Also bitte: Bei den Grünen handelt es sich um „*Verächter des Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie*'', die „*Gewalt und Rechtsbruch als Mittel der politischen Auseinandersetzung'' betrachten. Seitdem Willy Brandt „bereits 1982 die Parole ausgegeben (hat), nach einer Mehrheit links von der Union zu suchen ... stehen sich auf absehbare Zeit zwei politische Lager gegenüber: Das öko-marxistische Bündnis von SPD und Grünen und die Koalition der Mitte von Unionsparteien und FDP.*'' Die SPD hat in ihrem Lager seit Beginn des „Modellfalls'' „rot-grünes Bündnis in Hessen'' die Initiative verloren. „*Im Gegenteil, die SPD zeigt das typische Schlepptau-Syndrom: Immer mehr paßt sie sich in ihrer Programmatik, Politik, Personalauswahl, in ihren Aktionsformen den Grünen an. Sie hat den Grünen die politische Führungsrolle in der Opposition überlassen.*'' Als Zeugen für die These, daß die Grünen „*von der Partei der Umweltschützer zur Partei der Systemveränderer*'' geworden sind, zitiert Geißler neben den Ökolibertären auch den „*führenden Vertreter des Kommunistischen Bundes und der 'Z-Fraktion'*'', Thomas Ebermann, der 1979 seine Unterwanderungsabsichten offen ausgesprochen hatte: „*Es geht um das Wahrnehmen einer möglichst umfassenden Einflußnahme und Bündnispolitik gegenüber der grünen Wahlbewegung, um das Überleben der Kommunisten in dieser Situation zu sichern ...*''. Und nun haben diese Kommunisten — alle Wege des Marxismus führen bekanntlich nach Moskau — in den Grünen eine „*Unterwerfungspolitik gegenüber der Sowjetunion*'' durchgesetzt und erreicht, daß die Grünen „*unsere Verbündeten, die unsere Sicherheit und Freiheit garantieren, verleumden*'', dagegen aber „*die Bedrohung durch die Sowjetunion verharmlosen oder leugnen*''.

In Hessen geht vollends alles drunter und drüber. „*Sieben Millionen DM Steuergelder für öko-sozialistische Betriebe*'' wurden locker gemacht, auch „*der Haschischkonsum soll straffrei*

„die Bedrohung durch die Sowjetunion verharmlosen oder leugnen''.
In Hessen geht vollends alles drunter und drüber. „Sieben Millionen DM Steuergelder für öko-sozialistische Betriebe'' wurden locker gemacht, auch „der Haschischkonsum soll straffrei

werden''. Überhaupt wird in Hessen kräftig daran gearbeitet, „*Räte-Herrschaft anstelle von Volksherrschaft*'' zu etablieren.

Demnächst Kurskorrektur?

Vor dem Hintergrund solcher Erkenntnisse von Geißler ist es schwer vorstellbar, was Peter Glotz über die Möglichkeit von Bündnissen auch zwischen CDU und Grünen geschrieben hat: „*Die Linke darf sich nicht der Illusion hingeben, daß eine solche Bürgerpartei* (die Grünen; Anm. AK) *prinzipiell koalitionsunfähig mit der CDU/CSU sein würde; schon gar nicht sollte sie den geringsten Zweifel an der machtbewußten Wendigkeit der Unionsparteien in einer neuen Situation haben. Die CDU/CSU ist keine Programm-, sondern eine Machtpartei. Der Weg von der heutigen Aussperrungskampagne der CDU gegenüber den Grünen zu einer Zusammenarbeit ist nicht weiter als der Weg von der agitatorischen Deutschland- und Ostpolitik der Oppositions-CDU zur heutigen — wenn auch stolperigen — Regierungspolitik.*''

Immerhin hat selbst Strauß als Kanzlerkandidat im Bundestagswahlkampf 1980 — wenn auch nur während eines sehr kurzen Zeitraums — seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Grünen erklärt, bevor er dann abrupt zur Polemik gegen die „*trojanische Sowjetkavallerie*'' überging. Biedenkopf, westfälischer CDU-Vorsitzender mit dem Image des liberalen Professors, scheint in seinen Annäherungsversuchen schon beständiger zu sein. Nachdem die Geißler-Kampagne bei der Kommunalwahl in NRW für die CDU eher nachg hinten losgegangen ist, dürfte Biedenkopfs Position in den Reihen der Union weitere Anhänger finden. Laut Biedenkopf solle die CDU die „*Ideen, Erwartungen und Hoffnungen derjenigen, die sich in zahlreichen Initiativen und Projekten engagieren, ernst nehmen und ihnen eine politische Heimat anbieten*'' („FAZ'', 24.9.). Berührungspunkte mit den Grünen und ihren Wählern entstünden durch die im Umbruch befindliche Sozialstruktur: „*Es gehe darum, für sich und andere Verantwortung selbst zu übernehmen, Selbsthilfeprojekte und Formen ehrenamtlichen Engagements zu entwickeln, jungen Menschen zu helfen, ihren Lebensweg im Kontakt mit anderen selbst zu finden ... Auf diesen Feldern sei gerade die Union, die sich zum Subsidiaritätsprinzip und zur Stärkung der kleinen Lebenskreise* („überschaubar und dezentral'', sagen die Grünen; Anm. AK) *bekenne, aufgeschlossen gesprächsbereit*'' („FAZ'', 24.9.).

Ein grünes 1933?

Sind wir dazu verdammt, das Ende der Weimarer Republik noch einmal zu erleben? Mehr als 8% der Stimmen und über 1300 Mandate fielen in Nordrhein-Westfalen an die Grünen. Feinde unseres Rechtsstaates betreiben die Zerstörung unserer Industrie und die Herauslösung der Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis!

Grüne und SPD lauern nun auf die Chance, die Regierung Kohl zu stürzen, während die Sowjetunion zum Blitzkriegangriff auf Norwegen, West-Berlin, Schleswig-Holstein oder Österreich rüstet. Eine rot-grüne Machtergreifung bedeutete das Ende der NATO und sowjetische Hegemonie über ganz Westeuropa!

Es ist höchste Zeit zum Handeln.

Heute am 17. Oktober beteiligt sich das Schiller-Institut an einem weltweiten Aktionstag mit Millionen von Flugblättern gegen die grüne Gefahr und für die Stärkung der westlichen Allianz.

Besuchen auch Sie die 3. Internationale Konferenz des Schiller-Instituts

am 24./25. November 1984 in Washington, D.C., zu der 2000 Besucher aus aller Welt erwartet werden.

Schiller-Institut
Hinrichsring 12 · 3000 Hannover
☎ (0511) 3500631 + (06121) 449031
V.i.S.d.P.: Renate Müller, Hinrichsring 12, 3000 Hannover

2000 Besucher aus aller Welt erwartet werden.
Schiller-Institut
Hinrichsring 12 · 3000 Hannover
☎ (0511) 3500631 + (06121) 449031
V.i.S.d.P.: Renate Müller, Hinrichsring 12, 3000 Hannover

aus: „FAZ'', 11.10.84

Zwei Wochen später antwortet Biedenkopf, wegen dieser — für CDU-Verhältnisse sensationellen Überlegungen — und seiner seiner dezenten Kritik an Geißler und Kohl zum „Spiegel''-Gespräch (8.10.) gebeten, den Interviewern auf die Frage: „*Die CDU an der Spitze der grünen Bewegung?*'' — „*Die CDU ist in ihrer Grundstruktur auch eine konservative Partei im Sinne von 'konservieren', von 'erhalten', von 'beschützen'.*'' In der Umweltpolitik ist es für Biedenkopf „*ein Grundprinzip, daß die Umwelt einen Preis haben muß*'': zum Wassergeld (seit jeher unter „Betriebskosten'' auf die Miete aufgeschlagen) sollen Abgaben für das „*Ablassen von Schwefeldioxid und Kohlenwasserstoffen, Stickoxiden*'' hinzukommen, die von der „Allgemeinheit'' abkassiert werden. Solche Überlegungen stoßen bei Teilen der Grünen sicher auf Interesse.

Mögliche grüne Ansprechpartner für den „undogmatischen'' Professor wären außderdem die Super-Pragmatiker wie etwa der Landesgeschäftsführer der Grünen NRW, Martin Pannen, der am Rande der Landesversammlung am 14.10. den erstaunten Pressevertretern eine neue Variante grüner „Realpolitik'' erläuterte: „*Ob Rau oder Worms Ministerpräsident werde, sei im übrigen für die Grünen eine eher nebensächliche Frage. Ihnen komme es vielmehr darauf an, ihre landespolitischen Forderungen durchzusetzen. Pannen: 'Es ist egal, mit wem'*'' („FR'', 15.10.).

Js.

Kommunalwahlen in NRW

Wackelt die Wende?

Die Kommunalwahlen am 30.9. — gewählt wurden die Vertretungsorgane von 31 Kreisen und 23 kreisfreien Städten sowie von 373 kreisangehörigen Städten und Gemeinden — haben erdrutschartige Veränderungn in die nordrheinwestfälischen Kreistage und Rathäuser gebracht.

Sie bescherten der Bonner Regierungskoalition in den 54 Kreistagen und Rathäusern kreisfreier Städte den Verlust von sieben CDU-Mehrheiten, ua. in den Hochburgen Mönchengladbach (- 10,0%) und Münster (- 6,1%), und von acht rechnerischen CDU/FDP-Mehrheiten. Die FDP flog aus 15 Kreistagen und Rathäusern kreisfreier Städte heraus und ist jetzt nur noch 28mal vertreten.

Wahlsieger sind die Grünen, die — zum Teil in Bündnissen — in sämtliche Kreistage und Rathäuser kreisfreier Städte einzogen. Dies führte in 14 Fällen zu rechnerischen SPD/Grüne-Mehrheiten. Der Sprung ins Kommunalparlament gelang ihnen außerdem in 221 der 226 kreisangehörigen Städte und Gemeinden, in denen sie kandidiert hatten.

Die SPD schließlich ging trotz prozentualer Verluste relativ gestärkt aus der Wahl hervor. Anscheinend ist es ihr erstmals gelungen, Abgänge an die Grünen in nennswertem Umfang durch Gewinne von der CDU aufzufangen (Infas). Ihren 13 Mehrheiten in den Kreistagen und Rathäusern kreisfreier Städte des Ruhrgebiets und seiner Randzonen konnte sie noch eine (Stadt Hagen) hinzufügen.

Die neonazistische Freie Arbeiter Partei, die sich in Duisburg und Dortmund zur Wahl stellte, errang insgesamt 120 Stimmen.

Die beiden vielleicht größten Überraschungen der Wahl:

Landesweit erreichten die Grünen — in dieser Höhe erstaunliche — 8,6%, inklusive Bündnisbeteiligung 9,3%! Sie erzielten damit prozentual und absolut ihr bislang mit Abstand bestes Ergebnis in Nordrhein-Westfalen.

Die SPD überflügelte mit 42,5% (1979: 44,9%) die in Nordrhein-Westfalen traditionell starke Rathaus-Partei CDU, die bei 42,2% (1979: 46,3%) hängenblieb.

Weniger überraschend: Die Möllemann-FDP blieb mit 4,8% (1979: 6,5%& erfreulicherweise unter der 5%-Marke. Und die Wahlbeteiligung, die mit 65,8% so niedrig war wie bei keiner Kommunalwahl zuvor.

Insbesondere im Hinblick auf die Landtagswahl am 12. Mai 1985, die — zur Mitte der Legislaturperiode in Bonn — als Zwischenbilanz der Wende-Regierung gilt, ist das Wahlergebnis für die Koalitionsparteien katastrophal. Der FDP wird der Einzug in den Düsseldorfer Landtag voraussichtlich ebensowenig gelingen wie bei der Landtagswahl 1980, der ein erheblich besseres Kommunalwahlergebnis vorausging. Auch die (teilweise) Ablösung Möllemanns wird daran kaum etwas ändern. Und zerschlagen sind die Hoffnungen der CDU, die Landtagswahl mit der mobilisierenden Wirkung des Kommunalwahlerfolgs im Rücken angehen zu können; ausgeträumt der Traum von der Mehrheit oder wenigstens doch stärksten Fraktion im nächsten Landtag.

Die Grünen sind da?

Die Grünen haben sich mit ihrem Wahlerfolg als drittstärkste parlamentarische Kraft in Nordrhein-Westfalen etabliert. Ihre ungefähr 1300 gewonnenen Mandate bedeuten ua., daß derzeit etwa jede/r fünfte Grüne-Mitglied in parlamentarischen Gremien ist.

In sechs der 23 kreisfreien Städte kandidierten Wählergemeinschaften mit grüner Beteiligung, nämlich in Bottrop (GAL), Essen (GAL), Hamm (GAL), Herne (Wählergemeinschaft die Grünen), Münster (GAL) und Oberhausen (Bunte Liste/Oberhausener Demokraten; mit DKP-Beteiligung), ebenso in einigen kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Ihre Wahlergebnisse weisen signifikante Unterschiede zum grünen Trend nicht auf.

In 13 Kreisen und kreisfreien Städten wurden zweistellige Ergebnisse erzielt, die höchsten von der GAL Münster (15,5%), in Bielefeld (13,5%), Bonn (12,5%), im Rheinisch-Bergischen-Kreis (11,0%), sowie in den Ruhrgebietsstädten Mülheim (12,5%) und Dortmund (10,7%).

Damit deutet sich bereits eine der größeren Wahlüberraschungen an: Auch in den klassischen Arbeiterregionen des Ruhrgebiets konnten die Grünen die 5%-Marke bei weitem überspringen. Es gelang ihnen sogar, mit 9,3% (inklusive Bündnis-Beteiligungen) genau ihr Landesergebnis einzuhalten. Ersten Wahlanalysen aus der Stadt Duisburg zufolge stiegen die Grünen in Bezirken mit hohem Arbeiteranteil oft deutlich über 5%. Dort wählten 8,5% der 35- bis 44-jährigen grün. Bei den 45- bis 59-jährigen waren es noch immer 5,8%.

Insgesamt kontrastiert der flächendeckende Erfolg der Grünen lebhaft mit ihrer bislang überwiegend geringen kommunalpolitischen Präsenz, womit Ausnahmen natürlich nicht bestritten werden sollen. Jedenfalls kann kommunales Engagement nur in seltenen Fällen für das gute Abschneiden verantwortlich gemacht werden. Der allgemeine Trend und die endlose Folge von Umweltskandalen scheinen hingegen die eigentlichen Eltern dieses grünen Erfolges zu sein.

Die DKP

Im Landesschnitt irrelevant, hat die DKP in einigen Städten beachtliche Erfolge erzielen können. Insbesondere schaffte sie den erneuten Einzug in alle fünf Rathäuser, in denen sie bereits vertreten war; in Wülfrath (Kreis Mettmann), wo sie 1979 knapp scheiterte, konnte sie erstmals drei Ratsmandate erringen.

Überraschen darf, daß die DKP-Stimmanteile auch gegen grüne bzw. grün-alternative Kandidaturen, stabil blieben. In Bottrop (GAL: 6,5%) verbesserte sich die DKP auf 8,5% (1979: 7,2%), ebenso in Hattingen (Grüne: 8,4%) auf 5,7% (1979: 5,3%). Im münsterländischen Ahlen (Grüne: 5,3%) konnte die DKP ihren Stimmanteil von 7,9% halten. Lediglich in Gladbeck (Grüne: 6,8%) mußte sie mit 6,7% (1979: 8,7%) Verluste in Kauf nehmen.

In Gevelsberg und Wülfrath — hier kandidierten die Grünen nicht — konnte die DKP offenbar sogar zahlreiche Protestwähler, wahrscheinlich auch potentielle Grünen-Wähler, gewinnen. In Gevelsberg legte sie 4,9% zu und erreichte 12,3%. In Wülfrath verdreifachte sie mit 13,4% ihren bisherigen Stimmenanteil.

Im Vorfeld der Landtagswahl

Im Vorfeld der Landtagswahl

Tolerierungsfrage vertagt

Ohne Beschluß über die Frage der Tolerierung einer SPD-Regierung nach der Landtagswahl '85 ging am 14.10. die grüne Landesversammlung in Detmold auseinander. Die Parteibasis fühlte sich durch die ,,landespolitische Erklärung'' der Landtagswahlkommission, die erst auf der Versammlung vorgelegt wurde, überrumpelt und erreichte eine Vertagung. Das hinderte die Sprecher des Landesvorstands allerdings nicht, vor der Presse die Erklärung als ,,so gut wie beschlossen'' zu präsentieren.

Die Landtagswahlkommission bescheinigt in ihrem Papier dem Land Nordrhein-Westfalen eine ,,*traurige Spitzenposition*'' mit den ,,*schmutzigsten Gewässern, den vergiftetsten Böden, den geringsten Wald- und Landschaftsteilen und der dreckigsten Luft. Darüber hinaus leben in NRW die meisten Erwerbslosen der Bundesrepublik.*'' Verantwortlich gemacht wird die Sozialdemokratie, deren schönfärberisch ,,*sozial gesteuerte Innovation*'' genannte Wirtschaftspolitik ,,*einen Investitionsschub der Unternehmer in großem Stil initiieren*'' solle und ,,*mehr Arbeitsplätze wegrationalisieren als zusätzlich schaffen*'' werde. Dagegen stellen die Grünen ,,*eine vorrausschauende Wirtschaftspolitik*'', die ,,*sinnvolle Produktionsbereiche fördert*'' und den ,,*Beginn der Reduzierung des Einflusses der Weltmarktkonkurrenz auf unser Land*'' ermöglicht. ,,*Es geht darum, neue sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen und wirklich herrschaftsfreie, gesellschaftliche Entscheidungen über die Produktion oder Nichtproduktion von Gütern zu ermöglichen.*''

Bezogen auf die Tolerierung bedeutet das für die Landtagswahl-Kommission: ,,*Eine Zusammenarbeit in NRW wäre nur im Konsens über einen grundlegenden Kurswechsel möglich.*'' Zwar sei ,,*eine CDU-Regierung für die Grünen unannahmbar*''. ,,*Das bedeutet jedoch längst nicht, daß die Grünen einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in der Logik des 'kleineren Übels' wählen würden.*'' Voraussetzung seien ,,*vorab verabschiedete Zusagen seitens der SPD*'' zu zwei Punkten:

— Ein alternatives Energieprogramm, das die ,,*sofortige Stillegung bzw. Nichtinbetriebnahme aller Atomanlagen*'' einschließt.

— Ein ,,*Entgiftungsprogramm für NRW*''.

Zu diesen ,,*beiden zentralen Überlebensbereichen*'' sollen noch konkrete Forderungen formuliert werden.

Diese — verglichen etwa mit dem seinerzeitigen Hamburger Tolerierungskatalog — sehr eingeengten Unverzichtbarkeiten ließen sich sogar noch weiter zurechtstutzen: ,,*Klar scheint zu sein, daß die Grünen eine Landesregierung nicht tolerieren werden, 'die den Schnellen Brüter und den Hochtemperaturreaktor in Hamm ans Netz gehen läßt'*'', schreibt Jakob Sonnenschein in der ,,taz'' (16.10.). Die von ihm außerdem kritisierten mangelhaften grünen ,,*Lösungskonzeptionen z.B. im ökonomischen Bereich*'' würden dadurch, daß an die beiden behaupteten ,,*Überlebensfragen*'' noch Maßnahmen ,,*gegen die soziale Verelendung*'' und ,,*solidarische Arbeitszeitverkürzungen*'' angehängt werden, wie das Teile der Landtagswahl-Kommission beantragen, nicht überzeugender. Am konkretesten ist noch die Forderung nach Einführung der ,,*35-Stunden-Woche im landesöffentlichen Dienst*'' (MdB Eckart Strathmann u.a.).

Die Friedensfrage taucht — weil ,,landespolitisch nicht durchsetzbar?'' — überhaupt nirgendwo auf, während Frauen im Papier der Kommission ausschließlich als Arbeitslose in Erscheinung treten. Dabei würde im katholischen NRW, wo Landesvater Rau ängstlich um gute Beziehungen zu den Pfaffen bemüht ist, allein die Diskussion um eine Übernahme der §218-Initiative der ÖTV einigen Wirbel verursachen. Sollte hier die Überlegung, daß ,,die SPD das niemals mitmacht'', ausschlaggebend gewesen sein?

Befürchtungen, daß in NRW am Ende doch ein Tolerierungsbündnis zu hessischen Bedingungen herauskommen könnte, scheinen gegenwärtig allen Beteiligten ziemlich abwegig. In einem — in der ,,taz'' nicht ganz zutreffend als ökolibertär eingestuften — Papier zur Landesversammlung (Verfasser u.a. Gabriel Falkenberg, Erhard Müller, Hans Herbers und H. Wiesenthal) wird zu Recht darauf hingewiesen, daß die NRW-SPD ,,*zum reaktionärsten Teil der Bundes-SPD zählt*'' und ein Ausspruch Joschka Fischers zitiert, daß ,,*gegen die NRW-SPD ...die hessischen Sozialdemokraten eine revolutionäre Truppe*'' seien. Die Verfasser wollen im übrigen mittelfristig Koalitionen mit der SPD nicht ausschließen — ,,*im Bund für die erste Hälfte der 90er Jahre*'' (oder früher?). — ,,*Strukturelle Vorbedingung dafür müßten mehrere funktionsfähige Vorläuferkoalitionen auf Landesebene sein.*'' Für NRW im kommenden Jahr kommt das allerdings auch für sie nicht in Betracht.

Dennoch sollte sich niemand darauf zurückziehen, daß — wegen der besonders rechten SPD und der Zurückhaltung grüner Koalitionsbefürworter — die Gefahr fauler Kompromisse gar nicht bestehe. Rau hat seine Distanz zu den Grünen bisher bei weitem nicht so drastisch zur Schau gestellt wir Börner vor der Hessen-Wahl, der dann schließlich doch — und erfolgreich — verhandelt hat.

Durch eine Besonderheit der Landesverfassung könnten die Grünen sehr schnell in arge Bedrängnis geraten. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten reicht im dritten Wahlgang die einfache Mehrheit. Für den — nach dem Ergebnis der Landtagswahl allerdingsunwahrscheinlichen — Fall, daß die CDU (eventuell sogar zusammen mit der FDP) mehr Landtagssitze hat als die SPD, wären die Grünen einem enormen Druck ausgesetzt, allen guten Vorsätzen zum Trotz, bedingungslos das ,,kleinere Übel'' zu wählen.

js.

Grüne Bürgermeister und Listenverbindungen mit der CDU

Premiere in der Bundesrepublik: Drei stellvertretende Bürgermeister für die Grünen in Wuppertal, Leverkusen und Velbert, mehrere mit grüner Unterstützung gewählte Bürgermeister und Landräte der SPD, aber auch Listenverbindungen zwischen CDU und Grünen sind die bunten Folgen der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen.

Bürgermeister gelten im Land als politische Repräsentanten, sie sind nicht Inhaber der Macht. Entsprechend geringer ist das Gewicht der Stellvertreter. Die kommunalpolitische ,,Macht'' liegt bei den politischen Beamten, die vom jeweiligen Rat für mindestens sieben Jahre gewählt werden. Die nachstehend angesprochenen verschiedenen Listenverbindungen für die Bürgermeister- oder Ausschußwahlen bekommen ihren Sinn daher, daß die Verteilung der Posten nach d'Hondt (Höchstzahlverfahren) ausgezählt wird, kleinere Parteien daher nur eine Chance ab etwa 20% der Stimmen haben. Grüne oder FDP oder andere kleine Gruppen haben allein in der Regel keine Aussicht auf Posten.

Über solche Listen mit der SPD konnten die Grünen bislang drei stellvertretende Bürgermeister stellen. In Leverkusen aufgrund inhaltlicher Vereinbarung (siehe nachfolgenden Artikel); in Wuppertal gehörte u.a. die Garantie von Sitzen in kommunalen Aufsichtsräten dazu; in Velbert wurde die Bildung eines Umweltausschusses, Einrichtung eines Umweltdezernats sowie die Erklärung der Stadt zur ,,atomwaffenfreien Zone'' vereinbart. Von erheblicher Brisanz dürfte die Wahl der SPD-Bürgermeister in Wülfrath und Ahlen sein, kam sie doch nur mit den fünf bzw. vier DKP-Ratsstimmen zustände. In Ahlen haben die Grünen nach dem vorliegenden Abstimmungsergebnis ihre beiden Stimmen gesplittet: einer hat den SPD-, der andere den CDU-Kandidaten gewählt.

Ohne Listenverbindungen, aber nach Einigung in Vorgesprächen über begrenzte Zusammenarbeit wurden in Düsseldorf, Solingen, Iserlohn und Dorsten SPD-Ober- bzw. Bürgermeister mit den Stimmen der Grünen gewählt. Gleiches gilt für di Wahl von SPD-Landräten im Erftkreis und im Kreis Minden-Lübbecke. In Düsseldorf mußte aber erst das Los entscheiden, da eine grüne Ratsfrau sich enthielt, während die sieben anderen Grünen für den SPD-Kandidaten stimmten.

Aber es gab auch andere Bündnisse: In Dinslaken und Neukirchen-Vluyn einigten sich Grüne und CDU auf gemeinsame Listen für die Wahl der Ausschüsse. In Bad Salzuflen hatte es bereits eine ,,Einigung in Sachfragen'' zwischen CDU und Grünen für die Bürgermeisterwahl gegeben. Die gemeinsame Liste scheiterte aber an den Bedenken der CDU, damit gegen die anti-rot/grüne-Wahlkampflinie der Partei zu verstoßen.

Es gab auch gemeinsame SPD/CDU-Listen. In den Ruhrgebietsstädten Herne, Mülheim, Hamm und Oberhausen ging die SPD diese Bündnisse ein, obwohl sie die absolute Mehrheit hat. In Köln wurde der SPD-Oberbürgermeister nach Absprache mit CDU-Stimmen gewählt. In Bielefeld erhielt der SPD-OB eine Leihstimme von CDU oder FDP. Die neun Grünen hatten der SPD die Unterstützung versagt, weil die Verhandlungsergebnisse als ,,zu dürftig'' eingeschätzt wurden.

Wahl-Splitter

Grazien

Kurz vor der Wahl schenkte die SPD-Landtagsfraktion den Frauen eine Änderung der Gemeindeordnung, die Gleichberechtigungsstellen oder Frauenbeauftragte ermöglicht. Bei den Verhandlungen nach den Wahlen über die Einrichtung von Frauenausschüssen zeigte die SPD sich weniger flexibel. Aber unser aller Landesvater Rau sprach den Frauen sein Kompliment aus, weil der Anteil der SPD-Wählerinnen, insbesondere bei den jüngeren Frauen, zugenommen habe. Die Erfolge der SPD-Oberbürgermeisterinnen in Wuppertal und Hamm sprächen für sich. Aus Freude darüber beglückte er die staunende Damenwelt mit der Ankündigung, nach den nächsten Landtagswahlen werde auch e i n e Frau in seinem Kabinett zu finden sein. Aber bis Mai 85 will er sich das noch genau überlegen. Bis dahin fällt ihm bestimmt ein passender Bibelspruch ein.

Exzellenzen

Bischof Lettmann, Hirt (Seelen) zu Münster, fürchtete um den Ruf seiner Stadt. Gibt es dort doch eine GAL, die die ersatzlose Streichung des § 218 und die Einrichtung einer Abtreibungsklinik fordert. In einem Interview mit sei-

die Einrichtung einer Abtreibungsklinik fordert. In einem Interview mit sei-

ner eigenen Pressestelle erklärte er 10 Tage vor der Wahl: ,,*Ich sehe nicht, wie jemand es vor seinem Gewissen verantworten kann, mit seiner Stimme zur Verwirklichung dieser Forderung beizutragen.*'' Im übrigen seien ,,*Abtreibung und Kindesmord ... ein verabscheuungswürdiges Verbrechen*'' (WN, 21.9.84).

Grünerseits verbat man sich voller Empörung diese Wahlkampf-Einmischung. Erklärte aber gleichzeitig, man sei nicht für Abtreibung, sondern nur gegen den § 218. Geschwiegen wurde zu den Angriffen auf die Frauen und die § 218-Bewegung.

Bonzen

Horst Niggemeier, SPD-Rrrrechtsaußen (Chefredakteur der Zeitung der IBGE ,,Einheit'' u.v.a.m.), ist seit 1967 Bürgermeister von Datteln. Er und die sogenannte ,,Kohlemafia'' bestimmten dort die Politik.

Das änderte sich 1983, als ein Mitglied seiner Fraktion nach einem kurzen Umweg zur CDU überlief. Rechnerisch ergab sich dadurch eine schwarzgrüne Mehrheit, und Niggemeier war gezwungen, für seine Entscheidungen neue Mehrheiten zu suchen.

Im Wahlkampf beschwor er die ,,Grüne Gefahr'' und warnte vor übertriebenem Umweltschutz. Eben ein Wahlkampf auf der Grundlage der Politik der IG Bergbau/Energie.

In der Bergarbeiterstadt Datteln wurde ihm das mit einem Stimmengewinn von 3,1% honoriert. Und mit dem Besitz der absoluten Mehrheit. Beflügelt von diesem Ergebnis, fühlt sich Niggemeier jetzt angespornt, seine Politik auch in der Landesespartei zu verankern.

Revolution

Das statistische Amt in Münster hat bei der Analyse der Europawahl '84 — die Grünen erhielten 14,1% (= 16.565 Stimmen) — einen ,,*als revolutionär zu bezeichnenden Trend*'' festgestellt: In der Altersgruppe der unter-35-jährigen liegen die Grün-Alternativen in Münster schon mit 34,2% vor der CDU (26,9%) und der SPD (26,6%). Und der Anteil dieser Altersgruppe an der Menge der Wahlberechtigten wachse in Münster ständig, so das Orakel.

Wo soll das hinführen? Nun, der GAL war's recht; sie legte bei der Kommunalwahl noch 2.498 Stimmen zu und erzielte 15,5%.

KBlerinnen aus NRW

Rot-grün, schwarz-grün, nur grün?

Nach der Wahl in NRW konzentriert sich das Interesse vor allem auf d i e kreisfreien Städte und Kreistage, in denen die Grünen zwischen CDU/FDP auf der einen und der SPD auf der anderen Seite das ‚Zünglein an der Waage' spielen könnten. Wo also mit den Stimmen der Grünen über einen Oberbürgermeister der CDU oder der SPD entschieden wird.

Am spannendsten dürfte am 18.10. die Wahl des OB in D ü s s e l d o r f werden. Im Stadtrat sind CDU und FDP mit 41 Sitzen, die SPD mit 34, die Grünen mit 8 Sitzen vertreten. Nach vorliegenden Informationen soll eine Ratsfrau der Grünen bereits erklärt haben, weder einem CDU- noch einem SPD-OB-Kandidaten ihre Stimme geben zu wollen. Bei Stimmengleichheit für beide Kandidaten würde dann das Los über den Oberbürgermeister entscheiden. Unklarheit herrscht in der Grünen Ratsfraktion auch darüber, ob eine Entscheidung für den SPD-Kandidaten an die Einigung in „Sachfragen" gekoppelt, oder beides getrennt verhandelt werden soll. Die Forderungen der Grünen an die SPD konzentrieren sich auf Fragen des Umweltschutzes, auf die Vertretung in den Ausschüssen des Rats und auf die Vertretung in den Aufsichtsräten stadteigener Gesellschaften (ua. Stadtwerke, Flughafen, Stadtbahn und Sparkasse). Im Umweltbereich fordern die Grünen u. a. eine ökologische Abfallverwertung, mehr Recyclingbetriebe, eine Umwelterziehung an den Schulen und regelmäßige Luftverschmutzungsmessungen in der Innenstadt.

Die endgültige Entscheidung über die Haltung der Grünen zur OB-Wahl wird unmittelbar vor dem Wahltag (18.10.) fallen.

Keine Veranlassung sehen die Grünen in B i e l e f e l d , einen SPD-Oberbürgermeister mitzuwählen. Die „*Handlungsgrundlage hierfür ist vor dem Hintergrund der bisherigen SPD-Politik und ihrer Weigerung, zusammen mit uns eine alternative Stadtpolitik einzuleiten, nicht gegeben*" (aus dem Plenumsbrief der Bunten Liste). Trotz des guten Abschneidens der Grünen in Bielefeld von 13,5% (1979: 5,6%) wird es wahrscheinlich weiterhin wechselnde Mehrheiten geben, d. h. daß sich die SPD wahlweise die notwendigen Stimmen für ihre Politik von der CDU oder den Grünen holen wird. Die Grünen haben Minimalforderungen für die Zusammenarbeit mit der SPD formuliert. Voraussetzung für eine über die OB-Wahl hinausgehende langfristige Zusammenarbeit sind für die Grünen folgende drei Punkte:

— Schließung einer Müllverbrennungsanlage, dafür ökologische Abfallbeseitigung;
— Ausstieg aus den AKW-Projekten Grohnde und Hamm-Uentrop;
— Stop der Stadtautobahn.

Die SPD dagegen will lediglich ein „realistisches Verkehrskonzept". Die Schließung der Müllverbrennungsanlage steht für sie nicht zur Debatte; sie soll nur „*dioxinfrei arbeiten*", und über eine andere Abfallbeseitigung soll „*mehr als nur nachgedacht werden*" („Neue Westfälische", 12.10.).

Hoffnungen auf den Posten des OB macht sich auch die CDU, die erkannt hat, daß sie diesen Posten kriegen kann, wenn sich die Grünen nicht an der Wahl beteiligen sollten. Um die SPD unter Druck zu setzen, lautet das CDU-Angebot: „27 Stimmen für Schwickert (SPD) nach der Einigung in fünf Sachfragen". Demnächst also eine Große Koalition im Stadtrat von Bielfeld?

Klar ist die Situation dagen in L e v e r k u s e n und W u p p e r t a l. In beiden Städten wird es einen grünen Bürgermeister bzw. eine grüne Bürgermeisterin geben. In Leverkusen hatten die Grünen einen Katalog mit 125 Forderungen bei den Verhandlungen mit der SPD vorgelegt, die bis auf vier (Straßenbauprojekte) zwischen beiden Parteien geklärt werden konnten. An diesen vier Punkten soll nach dem Willen der Grünen die Zusammenarbeit mit der SPD nicht scheitern.

In Wuppertal einigten sich SPD und Grüne ebenfalls auf eine gemeinsame Liste zur Oberbürgermeisterwahl. Die Grünen hatten dem Wahlbündnis u. a. deswegen zugestimmt, weil die SPD zum „Ausstieg aus der Atomwirtschaft" bereit sei. Die Stadt wird demnach ihre Anteile an einer Kraftwerks-GmbH abstoßen, die ihrerseits Anteilseignerin einer Holding am Hochtemperaturreaktor in Schmehausen ist.

Die Unterstützung der Grünen in Leverkusen und Wuppertal, mit deren Hilfe die SPD die Oberbürgermeisterin stellt, dürfte mit Blick auf die Landtagswahl 1985 dem SPD-Ministerpräsidenten Rau nicht schmecken. Zwar sind seine Erklärungen zu den Grünen vor der Kommunalwahl immer moderater geworden, doch wird mit der Bildung von SPD/Grünen-Mehrheiten in einigen Rathäusern die CDU ihre Propaganda gegen das „rot/grüne Chaos" verstärken. Außerdem ist nach einer infas-Umfrage bekannt geworden, daß die SPD-Wähler in der Bewertung der anderen Parteien die CDU mit 43%, die Grünen aber immerhin mit 29% als die „zweitbeste" begreifen.

Daraus ergibt sich für die SPD das Dilemma, daß sie beim Werben um Wählerstimmen der beiden anderen Parteien (CDU und Grüne) diejenigen Wähler/innen verprellt, die die jeweils andere für die zweitbeste Wahl halten. Rau hat sich zum Ziel gesetzt, bei der Landtagswahl vor allem Stimmen von der CDU zu holen; dabei sind ihm möglicherweise die Bündnisse von Leverkusen und Wuppertal im Wege.

Im Rat der Stadt K ö l n fehlt der SPD nur ein Sitz zur absoluten Mehrheit. Bereits einen Tag nach den Wahlen signalisierte die CDU, daß sie bereit sei, dem SPD-Oberbürgermeister zur Wiederwahl zu verhelfen. Die Grünen erklärten ihre Bereitschaft, „mit allen Fraktionen über alle Fragen zu reden".

Bei einer ersten Kontaktaufnahme mit der SPD ließ diese die Grünen routiniert auflaufen. Die Neubildung von fünf Ausschüssen, ua. einem Frauenausschuß, wurde von der SPD nur im Falle eines Umweltausschusses für sinnvoll gehalten. Zur Aufforderung der Grünen, gemeinsam im Rat eine Teilnahme dreier Ratsmitglieder bei der feierlichen Indienstnahme der Fregatte „Köln" n i c h t zu beschließen, wurde ausgewichen und geschwiegen.

Nur acht Minuten dauerte einige Tage später ein Gespräch mit dem CDU-Geschäftsführer. Als die Grünen das leidige Fregattenthema ansprachen, verließ der Herr von der CDU unter Protest den Raum.

Am gleichen Tag einigten sich CDU und SPD über die Wiederwahl des Oberbürgermeisters sowie seiner Stellvertreter und sicherten ihre Zusammenarbeit über die Besetzung der Ausschüsse ab.

In R e m s c h e i d wurde die CDU zwar stärkste Fraktion, die SPD konnte mit den Stimmen der Grünen allerdings ihren Kandidaten zum Oberbürgermeister wählen. Die Grünen verzichteten auf ihren Anspruch auf einen Bürgermeister und erklärten zusätzlich, daß es keine dauernden Koalitionen, sondern wechselnde Mehrheiten geben werde.

In D o r m a g e n bildeten SPD und CDU eine Große Koalition um die Grünen rauszuhalten. Es wird jeweils zweieinhalb Jahre einen OB der SPD und CDU geben.

Die SPD als stärkste Fraktion in S o l i n g e n hat sich zum Ziel gesetzt, feste Bindungen mit den Grünen zu vermeiden. Sie beabsichtigt zur OB-Wahl eine gemeinsame Liste der etablierten Parteien, um für sich den begehrten Posten zu sichern. Sie kommt dann aber nicht darum herum, sich für die Politik die erforderlichen Mehrheiten von Fall zu Fall bei allen Parteien zu suchen.

Bald in Hamburg:

GAL als Grüner Landesverband

Im November wird sich voraussichtlich die Hamburger Alternative Liste auflösen und mit den Landesgrünen die GAL-Landesverband die Grünen bilden. Dies ist das Ergebnis zweier Mitgliederversammlungen von AL und Grünen Ende September.

Der „tageszeitung" war dies keine Meldung wert. Wohl aber leitartikelte sie am 1.10. („GAL: Schleichweg zur neuen Einheit") über Hamburger Wirrnisse, die auch dem „taz"-Leser nicht zu entwirren waren. Der „taz" war dies immerhin wichtiger, als der Bericht über die Aktionen im „Fulda Gap". Der Grund dürfte darin liegen, daß der Autor th.j. — wenn er schon nicht korrekt berichtete — so doch eines transportierte: der KB habe mal wieder Scheiße gebaut.

Und das war geschehen: Nachdem im Mai 1983 die Hamburger Grünen einen Beschluß der AL zu einer gemeinsamen Organisation nach dem Muster der Vertragslösung der Grünen mit der Westberliner AL abgelehnt hatten, beschloß die Mitgliederversammlung der Hamburger AL im Februar 1984 einen erneuten Vorstoß. Organisation und Struktur der GAL sollten den Gegebenheiten entsprechend verändert werden: die GAL war mittlerweile eine Organisation mit zwei unterschiedlichen Mitgliedschaften, grüne Bundespolitik wurde mit dem Gewicht der GAL gemacht, eine eigenständige AL gab es weder als Organisation noch existierte eine organisierte AL-Szene außerhalb der Grünen.

Zum Zwecke der Zusammenführung beider Organisationen wurde eine Kommission aus Grünen und AL vorgeschlagen, die den Weg des Zusammengehens klären sollte. Aber schnell erwies sich, daß mehrheitlich in dieser Kommission die Bereitschaft zu einem gleichberechtigten Vereinigungsprozeß fehlte.

Nach vier Monaten Tätigkeit waren die einzigen Arbeitsergebnisse, alle Arten von Ab- und Ausgrenzungen gegenüber der DKP und allen möglichen anderen Strömungen in immer neuen Varianten zu verlangen; gleichfalls wurde versucht, den KB als Ganzes einer bestimmten Sichtweise grüner Politik zu unterwerfen (obwohl er gar nicht in der GAL ist, sondern nur einzelne Mitglieder des KB) und seine Mitglieder zum Abschwören von sogenannten „grünen-feindlichen" Äußerungen des „Arbeiterkampf" zu zwingen. Anfang Juni erklärte sich der Hamburger KB dazu. Da offensichtlich ein gleichberechtigtes Zusammengehen blockiert wurde, alle in der Debatte befindlichen Lösungen aber nur eine Konsequenz hätten, nämlich Auflösung der AL und Eintritt in die Grünen, sollte dieser Schritt ohne Vorleistungen und inhaltliche Unterwerfungen vollzogen werden. Nach Lage der Dinge hieß das, einzeln, aber möglichst geschlossen überzutreten (KB-Erklärung „GAL oder rein in die Grünen" vom 4.6.84). Der Vertreter der KB-Strömung in der Kommission stellte seine Mitarbeit ein.

Wie nicht anders zu erwarten, war das nachfolgende Geschrei bei einigen groß. Der KB entziehe sich der inhaltlichen Diskussion. „*Hinter dem KB-Flugblatt steckt die Angst, daß KB bei GAL-Fusion auseinanderfliegt. KB will laut Flugblatt keine Fusion von AL und Grünen mehr*" (so ein grünes Kommissionsmitglied laut Protokollnotiz vom 6.6.84). Den Ausgrenzern in der Kommission war ihr leibhaftiges Feindbild genommen. Und siehe da, nach einer Stagnationsphase wurden erste konkrete Papiere zur GAL-Vereinigung vorgelegt, offensichtlich vorangetrieben von dem Wunsch zu beweisen, jetzt erst recht ohne den KB zum Ziel zu kommen.

Was dann veröffentlicht wurde, war zum einen der nie umstrittene Katalog der Regularien zur Gal-Vereinigung; zum anderen dort, wo es mal inhaltlich wurde, die satzungsgemäße Ausformulierung von Ausgrenzungspassagen: Mal wurde die „*individuelle Beteiligung von DKP-Vertretern*" ausgeschlossen, mal Bündnisse jeglicher Art mit Strömungen, „*deren Politik in Widerspruch zu grün-alternativer Programmatik und Praxis steht*", dann wieder wurde positiv formuliert, daß gemeinsame Kandidaturen „*nur mit Kräften möglich sind, deren politische Ziele nicht in Widerspruch zur Programmatik der GAL stehen*" (jede Formulierung meint das gleiche: prinzipiell kein Bündnis, denn ein solches setzt ja wohl Widerspruch voraus, da man sonst nur das Bündnis mit sich selber meinen kann). Gleichzeitig sollte die Bandbreite politischer Meinungsvielfalt in der GAL nach links gekappt werden, indem inhaltliche Differenzen der Vergangenheit derart nivelliert wurden, daß sich ab sofort jeder „*insgesamt positiv auf die Grünen bezieht*", die Fusion daher „*das Ergebnis einer inhaltlichen und programmatischen Annäherung*" in ausgerechnet den differenten Fragen sein sollte, statt daß die differenten Positionen zum Bestandteil der gemeinsamen Arbeit gemacht wurden. Auch weiterhin war das Vorgehen der Kommissionsmehrheit nicht auf Gemeinsamkeit, sondern auf Unterwerfung unter bestimmte Anschauungen und Ausgrenzung orientiert.

Daher konnte es auf der AL-Mitgliederversammlung am 26.9. auch keinen Konsens geben. Der Ausgrenzungsströmung in der AL ging es auf der Versammlung nur noch darum, einen Abstimmungssieg über den KB zu erreichen. Man scheute auch das taktische Bündnis mit Leuten nicht, die bislang als anti-grüne „hardliner" galten und die bereit waren, um der vermeintlichen Vereinigung willen auch einige Kröten schlucken zu müssen. Auf der Versammlung verfehlte diese Position mit 42 gegen 64 Stimmen (bei nichtgezählter Zahl von Enthaltungen) die Mehrheit (und nicht mit „hauchdünner Mehrheit", wie die „taz" schrieb).

Stattdessen beschloß die Versammlungsmehrheit: „*Die AL-MV schlägt den Grünen Hamburgs vor, den Prozeß des Zusammenwachsens damit abzuschließen, daß sich die GAL als Landesverband der Grünen konstituiert. Sollten die Grünen Hamburg diesen Vorschlag ablehnen bzw. Bedingungen für eine Fusion formulieren, so hat eine erneute AL-MV über die Auflösung der Alternativen Liste Hamburgs zu entscheiden. Ein politisch sinnvoll erscheinender Übertritt zur Bundespartei die Grünen kann dann nur individuell erfolgen.*" Bei positiver Grünen-Entscheidung erfolgt dann die Vereinigung der beiden Organisationen zur „GAL — Landesverband die Grünen Hamburg".

Drei Tage später berieten die Hamburger Grünen die Lage. Ein erstaunlich großer Teil der Versammlung, fast die Hälfte, votierte dafür, solche Bedingungen nicht zu stellen und die Vereinigung zu vollziehen (Stichabstimmung: 46 : 50). Schließlich wurde mit großer Mehrheit verabschiedet: „*Die Grünen Hamburg sind bereit, zusammen mit der AL eine GAL als Landesverband Hamburg der Grünen zu bilden*". Gleichzeitig wird dem in der Minderheit gebliebenen AL-Antrag zugestimmt und die AL **gebeten**, über die Minderheiten-Erklärung doch eine Urabstimmung durchzuführen (gleiches scheint für die Mehrheitserklärung nicht gewünscht). **Bedingungen wurden nicht verabschiedet.**

Im Eifer der Enttäuschung, daß es mit irgendwie gearteten Ausgrenzungen nicht geklappt hatte, hat nun nicht nur die „taz" übersehen, daß der Weg zu einer gemeinsamen GAL frei ist. Im GAL-Mitgliederrundbrief schreibt Ingo Borsum (neues Mitglied im grünen Landesvorstand): „*Die GAL als gemeinsame Organisation von Grünen und AL ist gescheitert*", weil die AL sich auf keine Gründungserklärung habe einigen können (als wenn die mehr Aussagekraft hätte haben können, als das bestehende GAL-Programm). „*Teile der AL-Mehrheit gehen als reine W i d e r s t a n d s t r u p p e in die Grünen*", mit diesen Leuten möchte er nicht in einer Partei sein. Und der in die Bürgerschaft hineinrotierte Abgeordnete Kurt Edler — Hauptmotor in der AL für immer neue Abgrenzungsparagraphen — weint bittere Tränen über den KB als Sieger dieser Auseinandersetzung: „*Neben der bisherigen GAL eine besondere Existenzberechtigung nachzuweisen, war schwierig genug. Neben einer geschlossenen vereinigten GAL, in die die AL als Ganzes übergeht, wäre der Nachweis einer Existenzberechtigung fast unmöglich. Schon heute hat fast der gesamte KB-Anhang in Hamburg sein Herz an die GAL gehängt. Da verschafft es einem doch etwas Luft, wenn man sich zukünftig neben einem bloßen grünen Landesverband profilieren darf, gegen den man kräftig polemisieren wird, daß er den Namen GAL zu Unrecht trägt*" (GAL-Mitglieder-Rundbrief, 8/84).

Dem Mann kann geholfen werden. Nachdem sich der Rauch der MVs verzogen hat, sieht es so aus, daß sich die AL in der ersten Novemberhälfte in die GAL — Landesverband die Grünen auflöst, ohne Vorbedingungen und inklusive der KB-Mitglieder in der AL, und bereits Ende November, noch vor dem grünen Bundesparteitag, die erste gemeinsame Mitgliederversammlung stattfindet. Bleibt damit doch die Hoffnung erhalten, den KB auseinanderfliegen zu sehen.

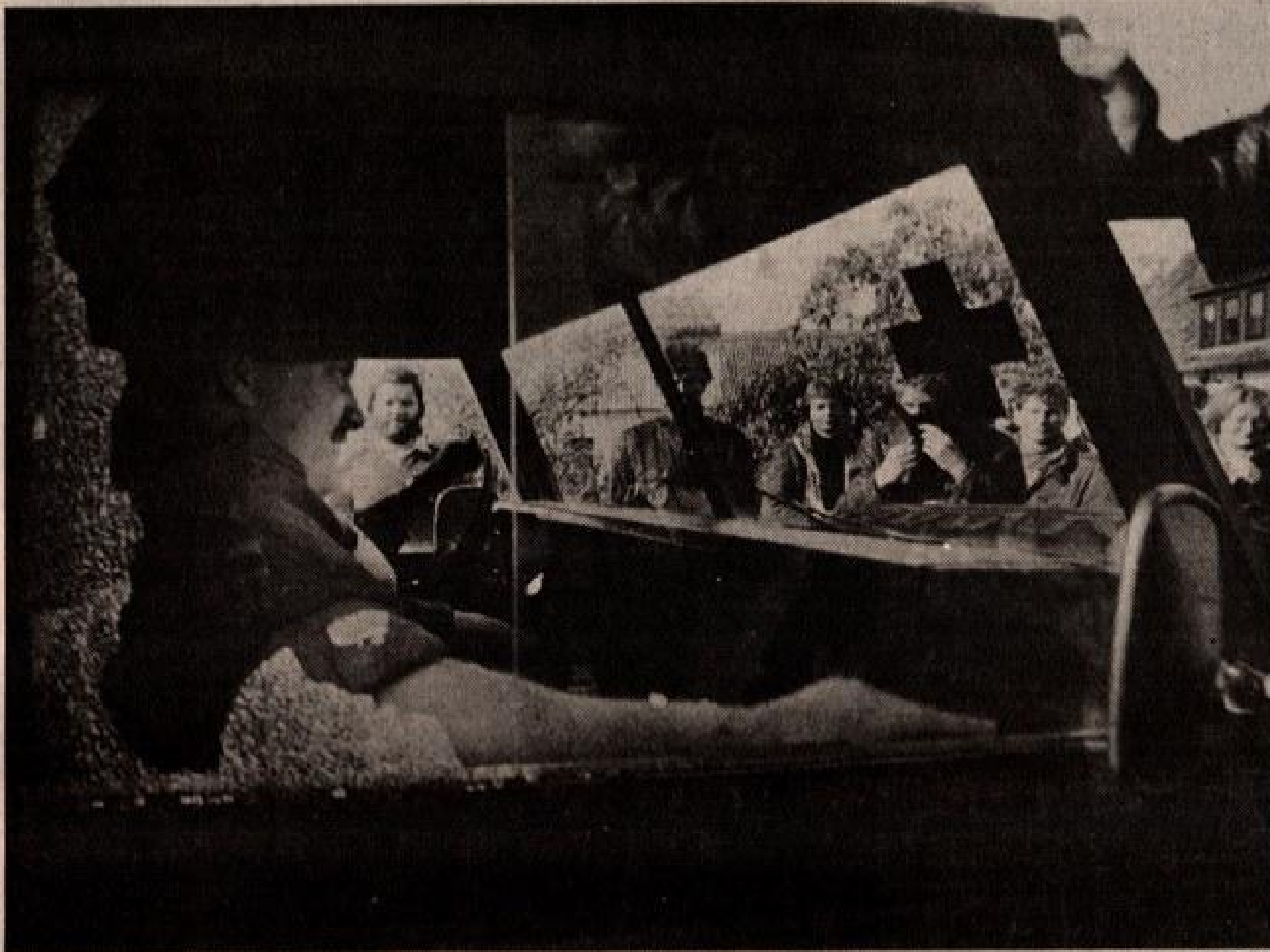
hr.

Herbstaktionen '84

400.000 Teilnehmer werden von den Veranstaltern für die drei großen Kundgebungen im Norden, Süden und Mitte angegeben: 150.000 für die Menschenkette vom Arbeitsamt in Duisburg bis zum Cruise Missiles-Stationierungsort Hesselbach im Hunsrück, 80.000 - 100.000 für die Kundgebung im Bonner Hofgarten (diese Zahlen können nicht einfach addiert werden, weil viele Teilnehmer, die vorher bei der Kette dabei waren, anschließend nach Bonn gefahren sind), 80.000 für Hamburg und 100.000 für Stuttgart.

Verglichen mit den Zahlen, die von den Veranstaltern für das Vorjahr genannt worden waren — Bonn: 600.000, Hamburg: 400.000, Stuttgart: 200.000; insgesamt: 1,2 Millionen — ist die Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung erheblich zurückgegangen. Natürlich weiß alle Welt, daß die Zahlen im letzten Jahr ins Gigantomanische gesteigert worden und unter zu Hilfenahme der Zählung von Armen und Beinen zustande gekommen sind. Damit ist für die diesjährigen Kundgebungen ein ungeheurer Druck erzeugt worden, der bei den Veranstaltern (hauptsächlich Kofaz-, SPD-, DKP-Spektrum) dazu geführt hat, die zahlenmäßigen Erwartungen für den 20.10.84 viel höher zu schrauben als aufgrund realistischer Einsicht in den Stand der Friedensbewegung nach der Stationierung angemessen gewesen wäre.

Diese Erwartungen sind enttäuscht worden, wobei noch berücksichtigtwerden muß, daß auch die diesjährigen Zahlen wieder nach oben korrigiert worden sind, teiweise mehr als verdoppelt wurden. So gesehen sagen weniger die absoluten Zahlen etwas über die Mobilisierungsfähigkeit und den Stand der Friedensbewegung, sondern diese Zahlen (400.000 zu 1,2 Millionen) im Verhältnis zueinander.



Pan Foto



Foto: AK

Das Menschennetz am 29.September

Zunächst mußten einige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, bis diese neue Aktionsform — eine Variante der bekannten Menschenschlange — den Abschluß der Manöverbehinderungen im Fulda Gap bilden konnte. Da war zum einen die Kautionsforderung von DM 20.000, die der CDU-Oberbürgermeister Hamberger den Veranstaltern aufbürden wollte, da er Beschädigungen an historisch wert-

wollen.

Alexander Schubart (,,Aschu''), der als letzter sprach, kommt das Verdienst zu, nicht nur eine Analyse der Friedensbewegung vorgetragen, sondern auch eine Perspektive angegeben zu haben. Er bekam dafür den meisten Beifall, wenn auch nur noch die Hälfte der Demonstranten auf dem Domplatz ausgeharrt hatten. Mit den beiden großen Herbstaktionen, Hildesheim und



Pan Foto

Foto: AK

Das Menschennetz am 29.September

Zunächst mußten einige Hindernisse aus dem Weg geräumt werden, bis diese neue Aktionsform — eine Variante der bekannten Menschenschlange — den Abschluß der Manöverbehinderungen im Fulda Gap bilden konnte. Da war zum einen die Kautionsforderung von DM 20.000, die der CDU-Oberbürgermeister Hamberger den Veranstaltern aufbürden wollte, da er ,,Beschädigungen an historisch wertvollen Gebäuden'' befürchtete und ,,Anlagenpflanzungen'' bedroht sah. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof entschied dann am Freitagabend in einem Eilverfahren, daß die Stadt Fulda berechtigt sei, immerhin noch DM 5000 zu verlangen. Eine weitere Reduzierung nahmen die Veranstalter selbst vor: sie kappten mangels Aktivistenmasse das Menschennetz fast um die Hälfte. Statt der geplanten 110 Kilometer sollten nur noch 60 Kilometer Menschen das Gebiet um Fulda überziehen. Diese Zahl halbierte Jo Leinen auf der Pressekonferenz am Sonnabend noch einmal, so daß die Vernetzung insgesamt 30 Kilometer betrug.

Das war auch realistisch, denn nur ca. 30.000 Teilnehmer bevölkerten am Sonnabendnachmittag den Domplatz von Fulda und lauschten den zahlreichen Reden. Apropos Reden. Nicht weniger als 38 Sprecher kamen bei den verschiedenen Auftaktveranstaltungen und der Abschlußkundgebung zu Wort. Eine weitere Errungenschaft der Friedensbewegung: nach den immer länger werdenden Menschenverstickungen wird die Liste der Redner/innen auch immer länger. Dabei hätte in Fulda mindestens auf die Hälfte der Beiträge verzichtet werden können — denn sie waren schlicht überflüssig. Vier sind erwähnenswert. Die eine von Luise Rinser, weil sie so peinlich war: ,,*und als ich fragte, ob ich beim Betreten des Platzes eventuell verhaftet würde, hoben mir die Polizisten den Stacheldraht hoch*''; die andere von Karam Khella, der dankenswert auf den Zusamenhang mit den Befreiungsbewegungen hinwies und einen antiimperialistischen Schwerpunkt setzte; eine weitere von Alfred Mechtersheimer, der den Schritt von der Antiraketen- zur Antikriegsbewegung als längst überfällig bezeichnete und unter dem Beifall der 30.000 die Abberufung des Kommandierenden Generals des V. US-Korps in Frankfurt, Robert L. Wetzel, forderte: ,,*Er hat sein sich selbst erwiesenes Gastrecht verwirkt.*'' Wetzel hatte Mitglieder der Friedensbewegung als ,,*Anarchisten und Kriminelle*'' bezeichnet und vom hessischen Innenminister Horst Winterstein besseren Schutz von amerikanischen Militäreinrichtungen einklagen wollen.

Alexander Schubart (,,Aschu''), der als letzter sprach, kommt das Verdienst zu, nicht nur eine Analyse der Friedensbewegung vorgetragen, sondern auch eine Perspektive angegeben zu haben. Er bekam dafür den meisten Beifall, wenn auch nur noch die Hälfte der Demonstranten auf dem Domplatz ausgeharrt hatten. Mit den beiden großen Herbstaktionen, Hildesheim und Fulda Gap, so Aschu, ,,*hat die Friedensbewegung trotz herabgesetzter Mobilisierungsfähigkeit einen qualitativen Schritt nach vorne getan.*'' Denn es ginge um die Gesamtheit des Wettrüstens und den Militärapparat und um die dahinter stehenden Strategien, wie Air land Battle und das Field Manual 100/5. Wenn auch die Aktionen etwas dilletantisch angemutet hätten, sei nicht Aktionsperfektionismus entscheidend, sondern das, was ,,*wir mit unseren Aktionen in den Köpfen der Menschen verändern*''.Unter großem Beifall fuhr Aschu fort: ,,*Es ist unabdingbar, daß manifeste Verweigerung gegenüber den zivilen und militärischen Kriegsvorbereitungen um sich greifen, daß gewaltfreier Widerstand von immer mehr Menschen geleistet wird und daß ziviler Ungehorsam ein integraler Bestandteil der politischen Kultur in diesem Lande wird*''. Von diesem Zustand sei man allerdings noch weit entfernt. Denn die von der Friedensbewegung neu thematisierten Bereiche — die Militärstrategien der USA — seien überhaupt nicht von der Öffentlichkeit und den Medien aufgegriffen worden. Aber in den fünf Friedenscamps hätten Fragen der Dritten Welt einen breiten Raum eingenommen, denn ,,*was in der Dritten Welt geschieht, hat auch sehr viel mit uns zu tun. Eine Friedensbewegung, die nur auf Air Land Battle und Rogers Plan starren würde und der die offenen oder verdeckten Kriege in der Dritten Welt, der Ausbeutung und Unterdrückung, Hunger und Elend, Kolonialismus und Rassismus, der das Vorenthalten des Selbstbestimmungssrechts der Völker gleichgültig wäre, die wäre ihres Namens 'Friedensbewegung' nicht wert*''. Von allen Konfliktherden seien gegenwärtig die in Nicaragua und in El Salvador die am meisten zugespitzten. Aschu forderte zu einer Solidaritätsbewegung auf, so wie es ,,*in den sechziger Jahren eine Solidaritätsbewegung gegen den Krieg der USA in Vietnam gegeben hat! Warten wir nicht solange mit unserer Solidarität, bis Managua so in Schutt und Asche bombadiert worden ist, wie seinerzeit die nordvietnamesische Hauptstadt Hanoi!*''.

KB-Gruppe Frankfurt

Störmanöver im Fulda-GAP

An den Hunderttausenden von Demonstranten gegen die Raketenstationierung vom vergangenen Herst messen Kritiker Erfolg und Mißerfolg der Störmanöver von Hildesheim und im Fulda Gap. Und in der Tat sind die dreißig- bis vierzigtausend Demonstranten in Osthessen von der Mobilisierung her in keiner Weise mit den Zahlen der Anti-Raketen-Bewegung zu vergleichen. Dafür schlägt positiv zu Buch, daß während der 14-tägigen Störungen mit bemerkenswerter Unbekümmertheit kleinere Manöver behindert, in militärische Sperrbezirke eingedrungen und eine Vielzahl antimilitaristischer Sachbeschädigungen begangen wurden. Und sicher ist es auch nicht von vornherein absurd, davon auszugehen, daß eben w e g e n der angekündigten Friedensaktivitäten das Fulda Gap erstmals seit acht Jahren von den hier überlicherweise besonders intensiven NATO-Herbstmanövern fein säuberlich ausgespart worden ist.

Noch wichtiger als die ,,praktischen Erfolge'' der Störmanöver ist aber der Umstand zu werten, daß der aktivste Teil der Friedensbewegung sich nicht weiter allein gegen die weithin akzeptierte Bedrohung durch die Aufstellung westlicher Atomraketen wandte, sondern gegen die NATO-Angriffsdoktrin der ,,Vorwärtsverteidigung'', wie sie sich in ,,integrierten'' Konzepten à la ,,Air-Land-Battle'', ,,Field-Manuell 100-5'' etc. ausdrücken. Das Fulda Gap ist eine der Ausgangspositionen für diese Kriegskonzepte. Es ist in den letzten Jahren entsprechend ausgebaut und militarisiert worden und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen. Das Aufgreifen dieser Entwicklung durch die Manöverstörer dürfte die eigentliche Ursache für die Kritik jenes Teils der Friedensbewegung sein, der zwar eine Abkopplung von den US-Atomkriegsplänen durch die BRD fordert, in den sonstigen militärischen Aktivitäten aber keine speziellen Kriegs- oder gar Angriffskriegsvorbereitungen sieht, sondern eher notwendige und gerechtfertigte Verteidigungsmaßnahmen. Folgerichtig wandte sich dieser Teil schon vor Beginn der Herbstmanöver in der Person ,,Prominenter'' wie Eppler, Böll, Lafontaine, Albertz und natürlich Generalmajor a.D. Bastian gegen Aktionen im Fulda Gap mit der Behauptung, daß die hier von der Friedensbewegung unterstellten Voraussetzungen für eine Angriffsstrategie überhaupt nicht gegeben seien. Mensch geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Intervention der ,,Promis'' im Erich-Ollenhauer-Haus, der SPD-Baracke, ausgekocht worden ist. Jedenfalls nahmen Friedensfreunde wie Glotz und Börner etc. diese Argumente der ,,wichtigsten Personen der Friedensbewegung'' wieder und wieder zum Beweis dafür, daß Manöverbehinderungen nutzlos, sektiererisch und unberechtigt seien, während man gegen ,,anständige'' Friedensdemonstrationen natürlich nichts habe, sondern diese schärfstens begrüße. In dieselbe Richtung zielt auch die nachträgliche Kritik aus der gleichen Ecke. General Bastian wußte schon während der Manöver, daß die ,,negative Bilanz der Manöverbehinderung offenkundig'' sei, da die ,,Mehrzahl derer nicht überzeugt'' werden könne, die im letzten Jahr noch gegen Atomraketen protestiert hätten (taz 5.10.). ,,Die einfachen Menschen fühlten sich mit den Soldaten verbunden und seien für die konventionelle Landesverteidigung'' (FR 24.9.).

Auf die mangelhafte ,,Vermittlung'' der Aktionen gründet sich auch die Kritik von Leuten wie Deile oder Zumach von der Aktion Sühnezeichen. Dabei wird immer unterstellt, als handele es sich bei der Beurteilung der Ma-



Foto: AK

növerstörungen durch Menschen aus der Region vorwiegend um eine Frage der Aktionsform (Gewalt gegen militärische Sachen, Begrifflichkeiten wie Manöverstörung statt Manöverbeobachtung etc.). Das tatsächliche Problem ist aber, wie General Bastian ganz richtig feststellt, daß die Mehrheit der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

westdeutschen Bevölkerung z.Zt. — eben nicht nur in Osthessen — durchaus für eine „Landesverteidigung" ist und eben bisher nur dann kalte Füße bekommt, wenn durch die Raketenaufstellung die Wahrscheinlichkeit immens steigt, demnächst selber eins aufs Dach zu bekommen. Und in Osthessen, wo selbst die wenigen SPD-Bürgermeister so schwarz sind, daß sie noch im Kohlenkeller Schatten werfen, regt sich bisher allemal nur dann Widerstand der „direkt betroffenen Bevölkerung", wenn sie durch irgendwelche neuen Baumaßnahmen (Erweiterung von Schießplätzen, Errichtung neuer Tanklager oder Hubschrauberplätze) und den damit einhergehenden Sauereien und Belästigungen konfrontiert wird. Das Maß der Aktionen der Friedensbewegung kann sich nicht allein an einer derartigen „Vermittelbarkeit" orientieren, wenngleich sich natürlich auch hier Ansätze für einen Widerstand bieten, die aufgegriffen werden müssen. Zentrale Aufgabe der Friedensbewegung ist es jedoch, sich mit den westlichen Kriegsplänen und dem hierzulande so verbreiteten „Verteidigungsgedanken" auseinanderzusetzen. Genau dies dokumentierte sich in offensiver Weise mit den Störmanövern dieses Herbstes. Nachdem noch zu den Hildesheimer Aktionen die öffentliche Berichterstattung ausschließlich auf die „Gewaltfrage" beschränkt werden konnte, gelang es bei den folgenden Störungen im Fulda Gap nicht mehr, die Nachrichtensperre und -selektion durchzuhalten; z.T. wohl auch auf Grund von Patzern der Militärs und Sicherheitspolitiker selber.

Aktions-Chronik

Der folgende, bei weitem nicht vollständige Überblick (aus der Tagespresse) über die Aktionen von den fünf Friedenscamps aus zeigt einen Ansatz, der — breiter durchgeführt — die Militärs durchaus vor erhebliche Probleme stellen dürfte und auf Dauer eine Auseinandersetzung über die einzelnen Kriegsplanungen auch mehr in die Breite tragen wird. Apropos Breite: Die „FRIEDEN JETZT"-Zeitung der Initiative Hessisches Volksbegehren für den Frieden wurde zum siebtenmal in der Auflage von 100.000 Exemplaren in Hessen verteilt. Inhaltlicher Schwerpunkt: Air-Land-Battle und Mobilisierung ins Fulda Gap.

15.9. 1.000 Demonstranten blockieren das „Gateway to Europe" der „Rhein-Main-Air-Base". Die BI gegen Flughafenerweiterung und das unabhängige Friedensplenum Frankfurt wollen mit dieser Aktion auf die Versorgungs-/Transport-Funktion des Frankfurter Flughafens für das Fulda Gap hinweisen.

16.9. Frankfurter Grüne mauern die Sprengschächte der Frankfurter Friedensbrücke über den Main vom Wasser aus zu. Alle Beteiligten werden zur Personalienfeststellung festgenommen.

22.9. Open air concert in Fulda mit „Futtköppe", „Checkpoint Charly", „Sigurd kämpft", „Embryo" und Bettina Wegener („Traurig bin ich sowieso"). Mit nur 800 Besuchern wird das Konzert zur Pleite.

18.9. In Steinau-Ulmbach (Main-Kinzig-Kreis) blockieren Grebenhainer Campbewohner das neue Feuerwehrgerätehaus, daß zur Kommandozentrale der PzGrenBrig 35 im Manöver „Wilde Hatz" umgewidmet worden ist. Auf Veranlassung des CDU-Ortsvorstehers bringt die Feuer(Bürger)wehr daraufhin die Spritze zum Einsatz und bedroht die Demonstranten nach bester hessischer Art unter den Augen der Polizei (Lagezentrum Schützenhaus!) mit Dachlatten. Im Zuge der „Wilden Hatz" kommt es noch bei anderer Gelegenheit zu herzlicher Zusammenarbeit zwischen „direkt betroffener Bevölkerung" und Landsern: in Wüstenwillenroth bilden Zivilisten und Uniformierte eine gemeinsame Kette, um die Weiterfahrt von Panzern zu sichern. Trotzdem gelang es während des Manövers, mehrfach Kolonnen zu behindern, Panzer zu bemalen und vereinzelt zu besetzen. Auf der Panzerringstraße des Schießplatzes Gersfeld macht am selben Tag die grüne Landtagsgruppe einen Erkundungsspaziergang.

24.9. In der Nacht zum Montag werden auf der Mainbrücke in Hanau Steinheim Sprengdeckel entfernt und 25 Reifen von Hanauer Bullenautos zerstochen. Am Abend des gleichen Tages dringen Fuldaer Friedenscamper auf den Hubschrauberplatz-Fulda-Sickels vor und besprühen Panzer. In Hanau Großauheim werden Panzer besprüht und am Nato-Lager Gundhelm bei Schlüchtern wird ein Stück Zaun niedergemacht. An den Down Barracs in Fulda besprühen Demonstranten nach Überwinden des Zaunes Panzer.

25.9. Vorm Haupteingang in Bayern blockieren ca. 200 Friedensfreunde den Schießplatz Wildflecken. Nach mehreren Räumungen kommt es zu Festnahmen. Eine amerikanische Friedensfrau wird nur gegen Kaution wieder freigelassen. In Hanau-Wolfgang kommt es am Zaun der immer bekannter werdenden Plutoniumfabriken Alkem und Nukem zum wohl gefährlichsten Zwischenfall der Herbstmanöver. Hanauer Streifenpolizisten geben zuerst Warnschüsse, dann gezielte Schüsse in Richtung Demonstranten ab, die in Happeningform auf sie zugerannt sind. Hessens Innenminister Winterstein stellt sich rückhaltlos vor seine „in Notwehr" befindlichen Polizisten und lobt ihr „besonnenes Handeln".

26.9. 200 Leute aus Grebenhain demonstrieren am dortigen Giftgaslager. 30 werden beim Versuch, den Zaun zu überwinden, festgenommen. Abends wird zwischen den Hanauer US-Kasernen demonstriert.

27.9. Die Polizei durchsucht das Friedenscamp Fulda. Als einzelne Festgenommene zur ED-Behandlung abtransportiert werden sollen und die Bullen blockiert werden, kommt es zur Knüppelei. Frauen versuchen gleichentags eine Teilnahme am Gottesdienst anläßlich der Fuldaer Bischofskonferenz. Hanauer Camp-Bewohner statten dem US-Flugplatz Erlensee einen Besuch ab. 150 Demonstranten treiben sich den ganzen Tag am Gelände herum und verschönern die Schilder. — Und auch das darf nicht fehlen: An der „Demarkationslinie" lassen Fuldaer Camp-Bewohner Luftballons zu unseren Brüdern und Schwestern schweben. Es scheint sich aber während der Störmanöver um die einzige Entgleisung dieser Art zu handeln.

28.9. Die spektakulärste und wohl auch größte Aktion findet einen Tag vor Abschluß der Störmanöver statt. 800 Demonstranten besetzen oder begehen mehrere Schießbahnen auf dem Schießplatz Gersfeld/Wildflecken, mit 78 ha in seiner Art wohl größten in Westeuropa. Auf drei Schießbahnen wird das Programm daraufhin abgesetzt, an anderen nicht erreichten Bahnen geht der Schießbetrieb weiter. 161 Festnahmen. — Beachtung finden müssen auch die während der gesamten Manöver vollzogenen Verschönerungen der Gegend. In der ganzen Region wird man kaum noch ein Nato-Schild, Brückenbelastungs-, Panzersperrschild o.ä. finden, das nicht besprüht oder schlicht entfernt worden ist. Sauber.

KB-Gruppe Frankfurt

US-Vasallen

Daß es schließlich doch noch gelang, die weitgehende Nachrichtensperre über Störungen und Behinderungen der Herbstmanöver zu durchbrechen, ist maßgeblich auch das Verdienst des US-Generals Wetzel und des hessischen Innenministers Horst Winterstein. Der frisch ernannte Chef des V. US-Korps fiel nach einigen Tagen zahmen Ärgers mit Demonstranten aus der Rolle und klassifizierte im besten Reagan-Stil ihr Friedensengagement als *„Aktionen von Anarchisten und Kriminellen"*. Er kündigte öffentlich *„alles in seiner Macht stehende"* an, um in Zukunft *„Beschädigungen an amerikanischen Manövereinrichtungen und Gefahren für Gesetz, Ordnung und Sicherheit zu verhindern. Die Armee werde dafür sorgen, daß Straftäter von den deutschen Behörden festgenommen und nach deutschem Recht verurteilt würden"* („FAZ", 28.9.). Innenminister Winterstein reagierte mit der Impulsivität, die wir an ihm so lieben: *„Wetzels Erklärung sei völlig deplaziert, ruppig und unangemessen."* Die BRD *„sei kein Vasall der Amerikaner"*. Und der hessische Regierungssprecher Thielemann setzte noch eins drauf: *„Wir sind hier nicht in Mittelamerika."*

Eklat! Je nach Standort wurde Winterstein gelobt oder verdammt. Sympathisch nahmen die Grünen im Landtag seine Aussagen auf, daß Demonstrationsrecht zu verteidigen. Der CDU-Landtagskrakeeler Friedrichs dagegen bezeichnete ihn als *„einen Vasall Moskaus"*. CDU-Fraktionschef Milde warf Winterstein vor, *„sich bereitwillig zum Sprachrohr der Friedensstörer gemacht"* zu haben und in den USA *„antideutsche Gefühle"* zu schüren.

Im Verlauf der folgenden Amerikanismus-Antiamerikanismus-Debatte stellte sich heraus, daß der US-General die Lage etwas zu düster geschildert hatte; Noch tags zuvor hatten US-Militärs und hessische Polizeichefs im Innenministerium einvernehmlich darüber konferiert, wie sie Manöverstörer einfangen und vor den Kadi bringen könnten. Uns so geschah es auch. Im Verlauf mehrerer Aktionen wurden jeweils z.T. über 100 Demonstranten festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Fulda gibt an, bisher 288 Ermittlungsverfahren eingeleitet zu haben. Dieses Vorgehen der hessischen Vollzugsorgane sollte bedenken, wer dem neuen Innenminister überschwengliches Lob spendet, der nota bene den Schußwaffengebrauch Hanauer Polizisten gegen Demonstranten rückhaltlos gerechtfertigt hat.

Stuttgarter Friedenskartoffel

Aus der Luft betrachtet sah der „Menschenstern" in und um Stuttgart am 20. Oktober eher wie eine Kartoffel aus: Die Straßenführung hatte dies so erzwungen ...

Zwar nahmen statt der erwarteten 70.000 Teilnehmer schließlich nur etwa 45.000 „Friedensfreunde" (DKP-Jargon) an dem Happening teil, doch die Veranstalter putzten dies per Ansage auf schwärmerische 90.000 heraus. Indes — die lückenhafte Kettenschließung war ein deutlicher Gegenbeweis. Sonst aber verlief alles nach Plan: Der VFB hatte wegen der Demonstration sein Bundesligaspiel verlegt, OB Rommel mit einem Bannstrahl eine Zirkusgruppe vom vorgesehenen Kundgebungsort verscheucht, und die Städtischen Verkehrsbetriebe extra Friedensfahrkarten gedruckt. Jaja, der „Friedensherbst" gehört in Stuttgart schon zum festen Programm der touristischen Sensatiönchen.

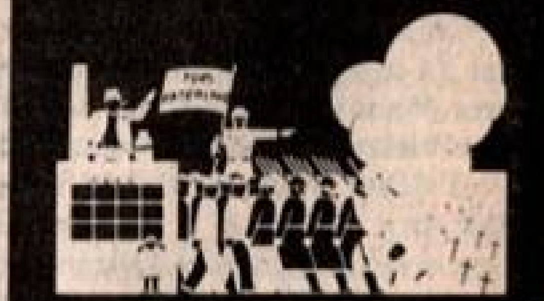
Im alternativen Milieu hatte es allerdings ziemlichen Stunk um die Mammut-Show gegeben: Der „unabhängige" Teil der Friedensbewegung, der sich im Januar von der DKP-dominierten „Landesberatung" abgeseilt und eine eigene Koordination („Süddeutsches Friedensforum") eröffnet hatte, hatte jede Mobilisierung zum 20.10. abgelehnt. Dies umfaßte immerhin so wichtige Organisationen wie „Ohne Rüstung Leben", Pax Christi, Die Grünen, Die Falken und die Gewaltfreie Koordination. Die Jungsozialisten allerdings, bisher ebenfalls mit dem barmherzigen Etikett „unabhängig" Schwindel treibend, hatten den Partner gewechselt: Obwohl immer noch beim „Friedensforum" aktiv, rührten sie plötzlich die Werbetrommel für den 20.10., zusammen mit der übrigen SPD, und dem DGB von Bayern und Baden-Württemberg. Wahrscheinlich war ihnen die Mobilisierung nach Fulda, auf die sich die „Unabhängigen" konzentriert hatten, denn doch politisch zu heikel. Die Sozialdemokratischen Frauen (ASF) hingegen hielten im Gegensatz dazu bis zuletzt an ihrer Kritik am „Stern des Südens" fest.

Somit war der 20.10. obwohl in der Hauptstadt der Schwaben angesiedelt, mehr ein Erfolg für die bajuwarischen Getreuen, die an diesem Tag — die Reihen fest geschlossen, d.h. ohne „unabhängige" Sperenzchen — in großer Zahl geströmt waren: Auf ein Drittel bis knapp die Hälfte schätzen „gewöhnlich gut informierte Kreise" den Teilnehmeranteil aus dem Land des Großen Emu.

Zum Schluß — wie es sich gehört — ein wunderbares Friedensfest (Spötter hatten als Motto vorgeschlagen: „Der 3. Weltkrieg steht vor der Tür — wolle mer en reilosse?"). Und als dann der VFB sein Heimspiel auch noch 3:0 gewonnen hatte, war es auch dem letzten klar: Ein großer Friedens- und Freudentag war erfolgreich zuende gebracht worden.

Jürgen/Stuttgart

Kalender gegen den Krieg 85



Friedens-, Frauen-, Öko-, Aussteiger- und ähnliche Taschenkalender schwemmen dieser Tage wieder auf die Tische des (linken) Buchhandels. Manch nützliches Produkt ist dabei in Gefahr, schlicht übersehen zu werden. Manch nützliches Produkt: dem **„Kalender gegen den Krieg 85"** gebührt unbedingt dieses Prädikat.

Der redaktionelle Teil erhält u.a. knappe und informative Artikel zum Krieg der Sterne, Air Land Battle, Fulda Gap, über Rüstungsexport, antimilitaristische Frauenarbeit, Kriminalisierung, Friedenspolitik in der DDR, Arbeitsbrigaden in Nicaragua und ein hilfreiches „Kleines Alphabet gegen Krieg und Militarismus". Des weiteren enthält der Kalender einen sehr umfangreichen Adressenteil, in dem einzelne Gruppierungen auch kurz vorgestellt werden; Literaturempfehlungen und eine umfangreiche Filmliste nebst Verleihadressen.

Der Kalender ist in einen dunkelblauen Plastikumschlag eingebunden, hat 256 Seiten und kostet DM 8,80 (ab 10 Stück gibt es 30 % Wiederverkäuferrabatt). Wer den „Kalender gegen den Krieg" bei ihrem/seinem Buchhändler nicht bekommt, der tadele a) den Buchhändler und bestelle sodann b) bei der **Werkstatt, Lotzestr. 24a, 3400 Göttingen.**

K.

Ausweitung der Bundeswehr beschlossen

Der Hamburger Schulsenator Grolle hat für Wörners Sorgen mit den geburtenschwachen Jahrgängen ein Patentrezept: „*Wenn die Zahl der Rekruten nicht ausreicht, eine Kaserne zu füllen, dann sollten Sie die Kaserne schließen*", schrieb er an Wörner, das mache er im Schulbereich auch so. Niemand käme im Schulbereich auf die „bizarre Idee", dann einfach die Dauer der Schulpflicht zu verlängern. Eine Vertragslogik, die eine feste Zahl von Soldaten unabhängig von der Zahl der vorhandenen Männer festlegen wolle, habe weder mit demokratischer noch mit militärischer Vernunft zu tun, sondern „*mit der fatalen Tendenz zu einer militarisierten Gesellschaft*".

Das rief in Hamburg ziemliches Gekreisch bei Politikern anderer Parteien hervor: Für Klaus Francke von der CDU war nun gleich die ganze SPD „gegen Bundeswehr und Bündnis", für CDU-Boysen war der „*unsinnige Vorschlag von blindem Haß gegen die Bundeswehr diktiert*". Hamburgs FDP-Landesvorsitzender Peter-Heinz Müller-Link, sah bei einer Verwirklichung von Grolles Rezept schon den Frieden „aufs Spiel gesetzt". Denn, fragte „Bild" den Senator, werde nicht mit einseitigem Truppenabbau „unser Land verteidigungsunfähig"?

In Bonn haben Wörner und das Kabinett denn auch ganz anders entschieden: Am 17.10. beschloß das Bundeskabinett einhellig, ab 1989 die Wehrdienstzeit um drei Monate auf insgesamt achtzehn zu verlängern (und den Zivildienst entsprechend auf 70.000 Plätze auszubauen und auf zwei Jahre zu verlängern).

Mit diesem Kabinettsbeschluß gewinnt die Bundeswehr 42.000 Mann durch die Wehrdienstverlängerung; 12.000 Mann durch Senkung der Tauglichkeitsanforderung; 6.000 durch teilweise Aufhebung der Freistellungen für den Katastrophenschutz. Statt 86.000 soll die Bundeswehr dann 90.000 Berufssoldaten bekommen, dafür, daß die Bundeswehr Ende der 90er Jahre auf 456.000 Mann schrumpfen könnte, soll dann der Reservistenanteil von derzeit 6.000 auf ständig 15.000 angehoben werden. Mit diesen Maßnahmen wird die Kriegsstärke der Bundeswehr sogar noch einmal heraufgesetzt von derzeit 1,25 Mio. auf dann 1,34 Mio., denn 90.000 Reservisten mehr sind den USA im Wartime Host Nation Support-Programm versprochen worden.

Obwohl es weder in der Tischvorlage noch im Programm stand, sind die Pläne für eine Einbeziehung von Frauen zumindest bis Anfang der 90er Jahre vertagt worden; eine öffentliche Erklärung dafür hat Wörner verweigert. Manche Medien möchten Kohl ein „Machtwort" zuschreiben — für das „Hamburger Abendblatt" war das eh Spielerei der Politiker, die dem Heer nur Probleme gebracht hätte.

Mit der Personalplanung wurde auch ein neuer Rüstungsrahmen beschlossen, der zukünftig weitere reale Steigerungen des Rüstungshaushaltes bescheren wird, wie Wörner ankündigte. Dabei ist noch gar nicht mitgerechnet, daß es in der BRD zu den Praktiken gehört, die Kostensteigerungen erst nachträglich einzufordern. Allein die Wunschliste für die Großprojekte kostet nach heutigem Stand 100 Mrd. DM verteilt auf 12 Jahre. Davon sollen 200 Raketenwerfer „Mars" mit 80.000 Raketen angeschafft werden, 200 Jagdflugzeuge, Aufklärungs- und Kampfdrohnen, Luftabwehrraketen, 21 Panzerabwehrhubschrauber (PAH 2), 6 Fregatten, 1.500 Panzerwagen, 18 U-Boote und 65 neue Pershing I. Man rechnet schon heute, daß aus den veranschlagten 100 über 200 Milliarden werden.

Nach diesen Rüstungsbeschlüssen will die Bundeswehr auch selbst ein offensives Schlachtfeldkonzept haben. Frohe Kunde aus Brüssel: in den dortigen NATO-Stäben wird die Übernahme des Air-Land-Battle-Konzeptes vorbereitet, dafür gibt es eine neue Fassung „die durch klügere Wortwahl die Bedenken ... ausräumen soll".

Quellen:
Zu Grolle: „Hamburger Rundschau" 18.10., „Bild", „Hamburger Abendblatt" und „taz" vom gleichen Tage.
Weitere Quellen: „Welt" 15.10., „Hamburger Abendblatt" 22.9., „FAZ" 17. u. 18.10., Spiegel 8.10.84



Die Anti-NATO-Initiative

Es bleibt bei der »Einäugigkeit«

Am 6. Oktober fand in Münster ein weiteres bundesweites „Plenum" der „Initiative Kein Frieden mit der NATO — Raus aus der NATO" statt. Die Tagesordnung wurde vom Streit um die „einseitige Orientierung" der „Initiative..." bestimmt, wie sie seitens der „KPD" vom Zaun gebrochen worden war. Anlass hierzu gab das jüngste „Info" der „Initiative...", indem eine einseitige Anti-NATO-Orientierung propagiert sowie der These widersprochen wurde, daß USA und SU in gleicher Weise an der aktuellen Kriegsgefahr Schuld trägen. Desweiteren inkriminierte die „KPD" einen Artikel, der sich kritisch mit dem Bedrohungssyndrom der bundesrepublikanischen Bevölkerung bzw. dem Opportunismus weiter Teile der Friedensbewegung diesem gegenüber auseinandersetzte. Die eindeutige Mehrheit der Anwesenden bestätigte noch einmal die einseitige Orientierung gegen die NATO (bei durchaus unterschiedlichen Wertungen der SU-Außen- und Sicherheitspolitik) sowie die Notwendigkeit einer ideologischen Offensive gegen das „Sicherheitsdenken".

In diesem Sinne erfuhr der (bislang nicht minder eindeutige) Konsenskatalog noch eine Ergänzung, die nun ein für alle mal alle „Unklarheiten" beseitigen soll. Die „KPD" kündigte daraufhin ihre Mitarbeit in der Initiative auf, wird jedoch mit dem Status eines „Beobachters" weiter mit am Tisch sitzen. Für einen derartigen Beobachterstatus sollen in der nächsten Zeit auch noch dem Anliegen der Initiative wohlgesonnene Grüne gewonnen werden.

Um die Arbeit der Initiative künftig effektiver zu gestalten wurde ein „Arbeitsausschuß" eingerichtet. Aufgabe dieses „Arbeitsausschußes" ist es, dafür Sorge zu tragen, daß beschlossene Vorhaben besser und schneller umgesetzt werden.

Desweiteren wurde beschlossen, das nächste „Info" dem Verhälnis SPD — NATO zu widmen. Es soll noch vor dem Auftritt von Weinbrand-Willy Brandt am 3. November auf der Bonner Nicaragua-Demo erscheinen. Die Initiative will mit diesem Blatt dem Verlangen nach mehr „Dienstleistungen", wie es u.a. immer wieder in Zuschriften zum Ausdruck kommt, gerecht werden.

Es sei an dieser Stelle noch einmal auf die bislang erschienenen Infos der Initiative hingewiesen, die über die folgende Adresse zu beziehen sind:
ASTA-Friedensreferat
z.Hd. Hans-Peter Hubert
Schlossplatz 12
4400 Münster

Hier kann mensch auch einen Reader zum Thema „Europäisierung der NATO" bestellen, der eine Sammlung zahlreicher Artikel (nicht nur aus der linken Presse, sondern auch aus „ZEIT", „Europäische Wehrkunde", „Europa-Archiv" etc.) und DM 7,- kostet.

dsm

sem gegenüber auseinandersetzte. Die eindeutige Mehrheit der Anwesenden bestätigte noch einmal die einseitige Orientierung gegen die NATO (bei durchaus unterschiedlichen Wertungen der SU-Außen- und Sicherheitspolitik)
für Sorge zu tragen, daß beschlossene Vorhaben besser und schneller umgesetzt werden.
Desweiteren wurde beschlossen, das nächste „Info" dem Verhälnis SPD — NATO zu widmen. Es soll noch vor
NATO" bestellen, der eine Sammlung zahlreicher Artikel (nicht nur aus der linken Presse, sondern auch aus „ZEIT", „Europäische Wehrkunde", „Europa-Archiv" etc.) und DM 7,- kostet.
dsm

Nukleare Planungsgruppe der NATO beschließt Weltraumwaffenprogramm

Nukleare Planungsgruppe der NATO beschließt Weltraumwaffenprogramm

Die Tagung der nuklearen Planungsgruppe am 11.10. begann wie üblich mit neuen Erzählungen Weinbergers über die letzten Aufrüstungsmaßnahmen der Sowjetunion. Während das Londoner NATO-Institut für strategische Studien eine Verlangsamung der Rüstung in Ost und West am gleichen Tage verkündete, warnte General Altenburg, der Weinbergers Vortrag hatte anhören dürfen, „*daß selbst unter den westeuropäischen Fachleuten die sowjetischen Fähigkeiten ... unterschätzt würden*". Allerdings war die FAZ schon am 20. August bei „bald" 3.000 Sprengköpfen auf SS-20-Raketen angelangt, da kann man ja nicht jeden Tag noch obendrauf legen.

Sicher ist nur, daß die NATO neue Aufrüstungsprogramme beschlosen hat und so war es auch: Damit die USA in Krisenzeiten weitere 90.000 Mann und 1.750 Flugzeuge nach Europa (in die BRD) verlegt, muß noch ein bißchen was gebaut werden. Auf 22 Mrd. DM in den kommenden sechs Jahren einigte man sich, die BRD übernimmt davon 5,8 Mrd. DM. Zu berücksichtigen ist, daß es immer zwei solcher Infrastrukturprogramme gibt: eins läuft noch sechs Jahre (aus), das andere läuft immer parallel dazu sechs Jahre (an). Damit hier diese Eintracht erzielt werden konnte, mußte Wörner vorher erst einmal umfallen, denn im Sommer hatte er noch 1,4 Mrd. weniger bezahlen wollen. Dafür erhielt er einen Rüffel der „FAZ„: Man hätte sich doch gleich einigen können, wenn man nachher doch mehr zahlt. Dieses Umfallen mache einen unterwürfigen Eindruck. Dafür erhielt Wörner aber Lob von Weinberger. Man sei nun mit den Ausgaben für Bundeswehr und NATO zufrieden, auch wenn die BRD ihre Anschaffungen nur um real 3% gesteigert habe. Aber vielleicht zieht die US-Truppe doch erst einmal 90.000 Mann ab, denn der entsprechende Antrag im US-Senat, den die US-Regierung im letzten Jahr nur mit knapper Müh und Not hatte abbiegen können, soll diesmal angeblich gute Chancen haben. Was von der BRD aber lediglich als dezenter Hinweis begriffen werden soll, noch ein wenig schneller zu rüsten.

Und noch einen Umfaller gab es von Wörner zu verzeichnen: bei der letzten Tagung der Nuklearen Planungsgruppe hatte er sich nämlich selbst gelobt, wie hart er gegen Reagans Weltraumkrieg zufelde gezogen sei. Wörner (und die anderen Europäer) hatten mittlerweile „dazugelernt" und Jan Reifenberg applaudierte in der „FAZ" nicht umfallen, „umdenken" müsse man jetzt: „*Moderne Abwehrwaffen sollen das Risiko eines Erstschlages verringern*". Nur Ketzer wie der AK nehmen an, daß es sich um die Planung eines NATO-Erstschlages handele. Dieses flotte Umdenken der Europäer wird auch ganz offen erklärt: meinten sie anfangs, sie würden schließlich ganz allein im atomaren Regen stehen, wenn Reagan sich einen Schutzschild aufgebaut hat, so hat man in Washington diese zusätzlichen Gefährdungen für die Verbündeten erkannt und das Konzept geändert. Für Kenner kommt das nicht so überraschend, denn schon am 6.9. konnte man z.B. in der „Süddeutschen" lesen, daß sich Bonn sogar mit Geldmitteln daran beteiligen wolle, die Patriot-Raketen zur Antiraketenabwehr zu entwickeln, die USA jedenfalls geben 1985 allein dafür 250 Mio. Mark aus. Bloß leider, leider sei bis zur Verwirklichung einer umfassenden Abwehr „*eine kritische Zeitspanne von zehn bis fünfzehn Jahren zu bewältigen*" schreibt die „FAZ" (s.o.). Aber träumen und rüsten für den Atomkrieg darf man schon heute.

Leserbrief zu:

Zwischen den Weltkriegen, Teil 5 (AK 250)

Die kenntnisreiche und sorgfältige Darstellung der Vorgeschichte des Überfalls auf die Sowjetunion durch den Autoren Kt. halte ich für verdienstvoll. Auch die Einschätzung teile ich, daß Stalin — teils bis zur diplomatischen Tragikkomik (1) — den deutschen Angriff hinauszuzögern versuchte. Wahrscheinlich blieb ihm in der konkreten Situation von 1939 kaum eine andere Möglichkeit, als so zu handeln. Der Mythos vom genialen Schachzug soll die in der damaligen Sowjetdiplomatie zum Durchbruch gekommenen „Probleme und Widersprüche" (Kt.) sozialistischer Politik kaschieren. Über diese „Bauchschmerzen" sollte m.E. tiefer und breiter diskutiert werden, als die reine Tatsachenbeschreibung im AK es tut. Außerdem liegen die Bauchschmerzen der Linken z.T. in anderen Tatsachen als den dort geschilderten.

Der deutsch-sowjetische Vertrag von 9/39 ist die Spitze, in welcher der Widerspruch zwischen einer Politik des proletarischen Internationalismus und der Theorie vom Sozialismus in einem Land zum Ausdruck kommt. Aus einsichtigen Gründen änderte die Komintern in den zwanziger Jahren ihre Politik. Nachdem 1923 mehrere Revolutionsversuche in Europa fast gleichzeitig fehlgeschlagen waren, war die Sowjetunion im wesentlichen auf sich allein gestellt, isoliert und bedroht. Die Politik des inneren Aufbaus und der äußeren Sicherung des Sozialismus in einem Land beruhte im ganzen sogar auf einer realistischen Einschätzung der Entwicklung der internationalen Politik, wie sie Stalin im Gegensatz zu Trotzki darlegte. (2) Unausweichlich war mit diesem Weg aber auch die Unterordnung der Politik der nationalen KPs unter die Interessen der Sowjetdiplomatie vorgegeben. Sie wurden später zum Teil sogar den taktischen Zügen der nicht unbegründeten sowjetischen Sicherheits- und Machtpolitik geopfert (z.B. stalinistische Säuberungen in Katalonien während des spanischen Bürgerkriegs). Diese Janusköpfigkeit zeichnet auch den deutsch-sowjetischen Vertrag aus.

Denn zugemutet wurde nun den antifaschistischen Widerstandskämpfern, nicht nur die Gründe der sowjetischen Außenpolitik dazulegen, was an sich schon schwierig genug war, sondern sie mußten auch noch die lächerlichen und erniedrigenden Freundschaftsbekundungen verkraften. „Die Freundschaft der Völker Deutschlands und der Sowjetunion, die mit Blut zementiert ist, hat alle Aussicht, eine feste und dauernde Freundschaft zu werden." (3) So telegraphierte Stalin im Dezember 1939 nach Berlin in Antwort auf Hitlers Glückwünsche zu seinem sechzigsten Geburtstag. Ich denke, diese Entwicklung ging der Moral des antifaschistischen Widerstandes der Kommunisten, besonders in Deutschland, an den Nerv.

„In der Gruppe an der Tür zur Halle war eine erregte Auseinandersetzung aufgekommen. Der Pakt, rief eine Frau, werde die Korruption der deutschen Arbeiter nur noch vertiefen. ... Sie sprach von Schwächung, der Entmachtung der französischen Partei. Den französischen Kommunisten kann es wenig helfen, wenn das Abkommen als Zeichen des deutschen Friedenswillens ausgelegt wird. Ihre aufgezwungene Neutralität gegenüber dem Faschismus nimmt ihnen die letzte Stärke. Nicht nur werden sie verächtlich gemacht durch die Standhaftigkeit und den Patriotismus Frankreichs und Englands, ihre Partei auch, abhängig von der Sowjetunion, vom Verbot bedroht. Die dunkelhaarige Frau im Hintergrund, Weigel, rief, die Arbeiterklasse, verwirrt durch die sowjetischen Direktiven, strecke die Waffen." (4)

Ich habe dies nicht geschrieben, um Antworten zu geben, sondern um Fragen zu stellen und Probleme aufzuzeigen. Die „Bauchschmerzen" sind nicht unberechtigt. Sie liegen i n den Tatsachen.

KPL

Anmerkungen:
(1) „Am 14. Juni, genau eine Woche ehe der deutsche Angriff losbrach, ließ er durch die amtliche russische Nachrichtenagentur eine Erklärung verbreiten, in der er, entgegen jeden diplomatischen Brauch, den britischen Botschafter in Moskau heftig angreifen ließ, weil dieser Gerüchte über ‚einen nahe bevorstehenden Krieg zwischen der UdSSR und Deutschland' verbreite. ... Wenn er auch die Tatsachen nicht länger ableugnen konnte, daß an beiden Seiten der Grenze große Truppenkörper standen, so erklärte er doch alle Gerüchte, daß deutschen und russischen Truppen im Begriff seien, gegeneinander die Feindseligkeiten zu eröffnen als ‚erlogen und provokatorisch' ". (I. Deutscher: Josef Stalin. Eine politische Biographie. — Berlin, 1979. S. 481 f.)
(2) Z.B. siehe J.W. Stalin — Werke, Bd. 7, S. 78 ff.
(3) Prawda, 25. Dez. 1939, s. I. Deutscher, a.a.O., S. 471
(4) Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands, Bd. 2, Frankfurt, 1978, S. 167

Kampf den Atomkraftwerken

Atomstaat in Lüchow-Dannenberg

Ausnahmezustand oder Normalität?

Am 8. und 9.Oktober wurden die bestbewachten LKW-Transporte in der BRD durchgeführt, es ging um die erste Einlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen ins Zwischenlager Gorleben.

Bereits zum Auftakt gab es sieben Verhaftungen: die AKW-Beobachter in Stade wurden einkassiert, damit sie nicht telefonieren konnten, um den bundesweiten Alarm auszulösen. Die erste Straßensperre war ca. 30 km lang, die Straße von Stade nach Buxtehude wurde dicht gemacht. In Lüchow-Dannenberg und den angrenzenden Landkreisen bis dicht vor Hamburg kreisten Hubschrauber über den Köpfen der sich sammelnden AKW-Gegner — die Kontrolle über alle Bewegungen war perfekt.

Spätestens hier schlug das Konzept der autonom agierenden Kleingruppen, das sich mit seiner Unübersichtlichkeit bei der Wendlandblockade bewährt hatte, ins Gegenteil um. Zu viele Straßen führen nach Gorleben. Der erste Transport gelangte mit Hubschrauberführung ungehindert über einen kleinen Waldweg ins Zwischenlager.

In Lüchow-Dannenberg wurde der Ausnahmezustand durchgesetzt, der Unbeteiligte zu Betroffenen machte. An Straßenrändern Parkende mußten sich ausweisen und wurden zum Weiterfahren genötigt, die Dörfer, die der Transport passierte, wurden weiträumig abgesperrt, im Berufsverkehr bildeten sich lange Schlangen an den Zufahrtsstraßen. Bauern, egal ob sie aufs Feld oder zum Blockieren wollten, durften die Höfe nicht verlassen, kilometerweit war Nato-Draht an den Straßen verlegt, damit keiner vom Wald auf die Straße gelangte. Die Straßenverbindungen zwischen den Dörfern um Gorleben waren auch am späten Abend noch durch Polizei und BGS abgesperrt, passieren durfte nur, wer nachweist, daß er dort wohnt.



Pan Foto

Der Tranmsportbegleitung des Atommülls, 40 Mannschaftswagen, 50-Mann Bus, Wasserwerfer, Räumgeräte, Panzerfahrzeuge und Hundestaffeln standen auch am zweiten Tag maximal 300 AKW-Gegner gegenüber. Der Rest wartete an anderen Straßen vergeblich auf den Transport oder stand vor unüberwindlichen Polizeisperren. Polizei und BGS hatten grünes Licht, bis zum Äußersten zu gehen. Tote und Verletzte wurden einkalkuliert — das beweisen die in der ,,taz'' veröffentlichten Polizeiprotokolle (17.10). Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff hatte dies Signal bereits zwei Tage vor Einlagerungsbeginn in der HAZ gegeben. Gegen Rechtsbrecher würde man entschlossen vorgehen, ,,schrille Töne'' aus den Reihen der AKW-Gegner verbat er sich.

Blockaden wurden dann nach Polizeistaatsmanier aufgelöst. Knüppel und Chemical Mace frei, 15 Hunde auf ganzer Straßenbreite, die Autos mit Räumgerät ab in den Straßengraben. Wer noch den Mut hatte, sich mit seinem Fahrzeug alleine dem Transport in den Weg zu stellen, wurde kurzerhand rausgerissen, durchgeprügelt, in den Straßengraben geworfen, der Zündschlüssel landete im Wald.

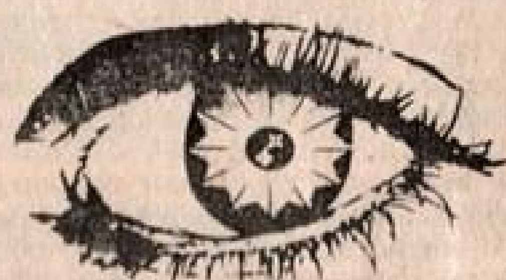
Am Tag X wurden die Grenzen direkter Aktion erreicht. Die durch die Wendlandblockade geschürten Hoffnungen und der hochgehängte Slogan ,,Sie kommen nicht durch'' bekamen einen Dämpfer. Das Wendland ist nicht Nicaragua, die wahren Kräfteverhältnisse wurden wieder deutlich.

Einschüchterung und Distanzierungen wurden von der Staatsgewalt allerdings weder durch die seit Wochen laufende Kriminalisierungskampagne noch durch die überhöhte Polizeipräsenz in der Region erreicht. Der Rundumschlag mit dem §111 (Aufforderung zu Straftaten durch Verbreitung von Schriften) bewirkte eine breite Solidarisierung bis in Bürgergruppen und die Grünen, die die Herausgabe der verbotenen ,,Tag X''-Flufblätter maßgeblich unterstützten. Die in Lüneburg durchgeführten Hausdurchsuchungen und staatsanwaltlichen Ermittlungen wegen der Aufrufe öffnete vielen erst die Augen über das, was mit Beginn der Atommülltransporte in der Region zu erwarten ist. Sogar die Präsentation des ,,Sabotagekonzepts zum Tag X'' bewirkte keine Distanzierungen.

Trotzdem konnten zum Tag X nicht alle diejenigen mobilisiert werden, die nach der Wendlandblockade zur Blockade des Atommülls bereit gewesen wären. Dies lag zum einen an den von der Gegenseite diktierten Termin und der daraus folgenden kurzfristigen Mobilisierungszeit. Eine noch größere Rolle dürfte jedoch das Konzept gespielt haben, das von vorne herein völlig einseitig auf ausgerüstete Kleingruppen und Barrikadenbau setzte und Einzelne und Gruppen, die dazu nicht bereit waren, ausschloß. Möglichkeiten sich an einer zentralen Aktion zu beteiligen, gab es nicht. Dies müßte bei künftigen Aktionen (Castor-Blockade) beachtet werden. Offen ist aber, ob mit einem Konzept, das auf breitere Beteiligung gesetzt hätte, unter den Bedingungen massiver Polizeipräsenz und totaler Kontrolle in Sachen Verzögerung mehr hätte erreicht werden können. Gelungen ist in jedem Fall, was selbst der Anti-AKW-Bewegung noch vor Monaten unvorstellbar erschien: der Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Atommüll große öffentliche Aufmerksamkeit zu verleihen.

Die Wirkung des Tag X auf den bundesweiten Widerstand ist z.Zt. nicht absehbar. Erste Treffen und die seit der Einlagerung andauernden Blockaden und Sabotageaktionen erbrachten auch überregionales Interesse, weitere Aktionen gegen die Atommülltransporte durchzuführen, um die Gewöhnung daran zu verhindern. Nächste größere Aktionen dürften jedoch erst die Blockade der Castor-Transporte bzw. die vorgeschaltete symbolische Aktion an den Transportstrecken sein.

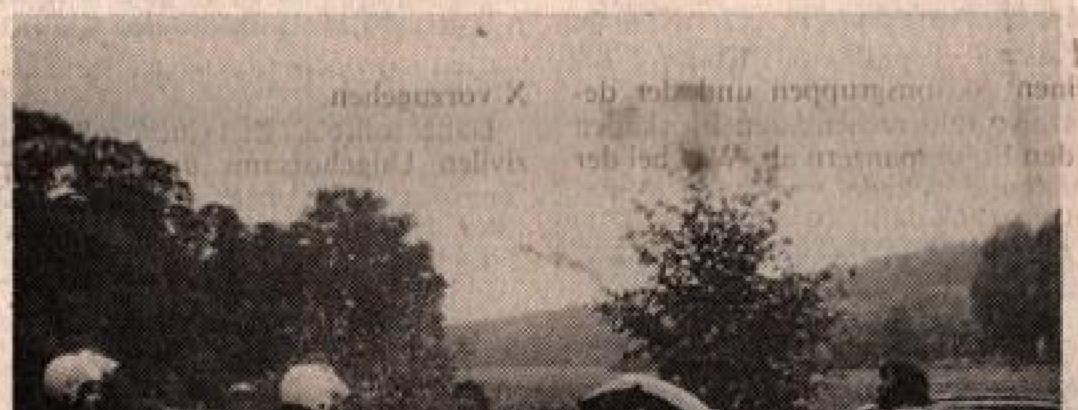
KB-Gruppe Lüneburg



Tag X: Kriminalisierung und Verfolgung

Seit dem 19.7.84 ermittelt die Staatsanwaltschaft Lüneburg nach §111 StGB (Aufforderung zu Straftaten durch Verbreitung von Schriften) gegen die immer noch unbekannten Verfasser, Hersteller sowie alle Verteiler des bundesweit in 20.000er Auflage verbreiteten und in vielen Städten nachgedruckten Flugblattes zum Tag X.

Wegen ihrer angeblichen Funktion als ,,Verantwortliche'' wur-



Der Tranmsportbegleitung des Atommülls, 40 Mannschaftswagen, 50-Mann Bus, Wasserwerfer, Räumgeräte, Panzerfahrzeuge und Hundestaffeln standen auch am zweiten Tag maximal 300 AKW-Gegner gegenüber. Der Rest wartete an anderen Straßen vergeblich auf den Transport oder stand vor unüberwindlichen Polizeisperren. Polizei und BGS hatten grünes Licht, bis zum Äußersten zu gehen. Tote und Verletzte wurden einkalkuliert — das beweisen die in der ,,taz'' veröffentlichten Polizeiprotokolle (17.10). Der niedersächsische Innenminister Möcklinghoff hatte dies Signal bereits zwei Tage vor Einlagerungsbeginn in der HAZ gegeben. Gegen

den Weg zu stellen, wurde kurzerhand rausgerissen, durchgeprügelt, in den Straßengraben geworfen, der Zündschlüssel landete im Wald.

Am Tag X wurden die Grenzen direkter Aktion erreicht. Die durch die Wendlandblockade geschürten Hoffnungen und der hochgehängte Slogan ,,Sie kommen nicht durch'' bekamen einen Dämpfer. Das Wendland ist nicht Nicaragua, die wahren Kräfteverhältnisse wurden wieder deutlich.

Einschüchterung und Distanzierungen wurden von der Staatsgewalt allerdings weder durch die seit Wochen laufende Kriminalisierungskampagne noch durch die überhöhte Polizeipräsenz in der Region erreicht. Der Run-





Pan Foto

Tag X: Kriminalisierung und Verfolgung

Seit dem 19.7.84 ermittelt die Staatsanwaltschaft Lüneburg nach §111 StGB (Aufforderung zu Straftaten durch Verbreitung von Schriften) gegen die immer noch unbekannten Verfasser, Hersteller sowie alle Verteiler des bundesweit in 20.000er Auflage verbreiteten und in vielen Städten nachgedruckten Flugblattes zum Tag X.

Wegen ihrer angeblichen Funktion als ,,Verantwortliche'' wur-den am 25.9. bei fünf Mitgliedern des Lüneburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen (LAGA) sämtliche Privaträume sowie PKWs durchsucht. Gegen vier der jetzt Betroffenen laufen bereits seit Anfang August staatsanwaltschaftliche Ermittlungen nach §111 als presserechtlich Verantwortliche der Atommüllzeitung wegen diverser Auswertungs- und Diskussionartikel zur Wendlandblockade und zum Tag X in der Sommerausgabe der Zeitung. In diesem Fall waren Staatsanwaltschaft und Kripo auf der Suche nach Flugblättern und Plakaten zum Tag X und damit in Verbindung stehenden Schreiben und Diskussionartikeln. ,,Ausbeute'' von mehr als drei Stunden Herumwühlerei unter Einsatz von 4 Staatsanwälten und ca. 20 Kripobeamten waren 277 Flugblätter und 28 Plakate, Adressenlisten, Veranstalungsankündigungen, Protokolle, Artikelkonzepte der Atommüllzeitung, eine Schreibmaschine, eine Düse zum Luftballon aufblasen, ein Tankdeckel u.a. sowie Fotos aller Räumlichkeiten aus allen nur denkbaren Perspektiven. Einige Tage vorher war die Postadresse der LAGA, die Geschäftsstelle des Kreisverbandes der Grünen und der Lüneburger Frauenbuchladen ,,Hexenhaus'' durchsucht worden. Im Hexenhaus fanden sich einige ausgelegte Flugblätter, im Büro der Grünen konnte die Polizei nur ein im Schaufenster ausgehängtes Plakat mitnehmen. Trotzdem wird gegen den Sprecher der Grünen wegen ,,Beihilfe'' zu §111 ermittelt.



Pan Foto

Nach §111 ermittelt die Staatsanwaltschaft ferner gegen die drei Autorinnen der Lüneburger Stadtzeitung ,,Moin'' wegen Publizierung eines Artikels über ein Widerstandstreffen zum Tag X, außerdem läuft gegen den presserechtlich Verantwortlichen ein Verfahren nach §20 des niedersächsischen Pressegesetzes, wegen Verletzung der Sorgfaltspflicht. Die Staatsanwaltschaft ermittelt ebenfalls gegen den Pressesprecher der BI Lüchow-Dannenberg (das BI-Büro wurde bereits mehrfach von der Kripo heimgesucht) und gegen zwei Leute aus dem Göttinger Arbeitskreis sowie einen Göttinger Drucker. Bei der Durchsuchung des Göttinger Arbeitskreis-Büros und der Druckerei ,,Aktiv-Druck'' wurden 3000 Plakate beschlagnahmt, die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Drucker. Wegen Verklebens der Plakate wird nach §111 gegen AKW-Gegner in Duderstadt und Bamberg ermittelt.

Am Tag X, 8. und 9.Oktober, wurden siebzig Festnahmen vorgenommen, gegen 26 der Betroffenen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Vorwürfe reichen von Nötigung über gefährlichen Eingriff in Straßen- und Schienenverkehr bis hin zu Landfriedensbruch. Gegen einen Bauern wird wegen schwerer Körperverletzung ermittelt, weil er mit seinem Trecker auf eine Polizeikette zugefahren sein soll.

Durchsuchungen wurden nach dem Tag X durchgeführt
— in Plattenlaase im Café Grenzbereich wegen des Verdachts der Beherbergung von Leuten, nach denen im Zusammenhang von Bahnanschlägen gesucht wird. Außerdem wurden die Unterlagen eines dort eingemieteten ,,Panorama''-Mitarbeiters beschlagnahmt, was eindeutig illegal ist, da der Betroffene als Journalist ein Zeugnisverweigerungsrecht hat.
— der Bauernhof der Eltern eines AKW-Gegners, dessen Auto am Tag X beschlagnahmt worden war, weil er eine Motorsäge — ein eigentlich gewöhnliches Werkzeug für Landwirte — mit sich führte
— in Hamburg in seiner Abwesenheit die Wohnung eines Mannes; zusätzlich wurde sein Auto beschlagnahmt, weil es angeblich in der Nähe des Platzes gesehen worden war, auf dem ,,versuchte Brandstiftung an Baufahrzeugen'' verübt worden sei
— und am 19.10 vier Hausdurchsuchungen und umfangreiche Beschlagnahmungen im Wendland; bei einem Mann wurden Schuhe, Rohre und Bierflaschen beschlagnahmt, die angeblich im Zusammenhang mit einem Brandanschlag auf eine am Bau des Zwischenlagers beteiligte Baufirma stehen.

(Nach: Flugblatt des Lüneburger Arbeitskreises gegen Atomanlagen v. 26.9. und ,,taz'' v. 20.10)

Kampf den Atomkraftwerken

Lernen aus Tag X?

Vorbereitung und Durchführung von Tag X ist untrennbar verbunden mit der Wendlandblockade vom 30.4.84.

Damals zwangen wir den Atomstaat für einen Tag in die Knie; am Tag X war es umgekehrt.

Was lief schief am Tag X? Was können wir vom 8./9. Oktober für den Tag Y, dem Tag des ersten CASTOR-Transports lernen?

In der Wendlandblockade waren 3 Aktionsformen gebündelt:

a.) Die „durchlässigen" Blockaden. Hier trafen sich dienjenigen, die durch Hindurchsickernlassen der PKWs eine Eskalation der Auseinandersetzung vermeiden wollten.

b.) Die „dichte" Blockade auf der B 216. Hier trafen sich zu einer einzigen großen Blockade aus PKWs, Material und Menschen diejenigen, die die Konfrontation mit dem Staat nicht scheuten, das Risiko für jeden einzelnen aber möglichst gering haben wollten.

c.) Die „dichte" Blockade auf der B 191. Hier wurden unzählige Materialblockaden von dezentral operierenden kleinen Aktionsgruppen errichtet; bevor die Bullizei da war, war man längst weg („Katz- und Maus-Spiel mit der Polizei").

Nach der Wendlandblockade gehörte es durchweg zum guten Ton, etwa wie in einem Göttinger Flugblatt mit geschwellter Brust zu verkünden: „Die Bullerei scheiterte an der Flexibilität der kleinen autonomen Gruppen. ... Der Guerillastrategie (gemeint ist das Bauen von Barrikaden und dann abhauen) steht für die Zukunft Tür und Tor offen." (zit. nach Atommüllzeitung 27)

Diese einseitige und den Polizeistaat insgesamt gewaltig unterschätzende Betrachtungsweise kennzeichnete die Vorbereitungen für den Tag X.

Nach dem Motto: Dezentralität, kleine autonome Aktionsgruppen, keine massenhafte Konfrontation mit dem Staatsapparat wurde ein einziges Element aus den Erfahrungen der Wendlandblockade verabsolutiert auf Kosten von Aktionsformen, die geeignet sind, viele Menschen einzubeziehen.

Tatsächlich prallte das Konzept der kleinen Aktionsgruppen und der dezentralen unberechenbaren Blockaden an den Polizeipanzern ab. Was bei der Wendlandblockade noch als „Katz- und Maus-Spiel mit der Polizei" gefeiert wurde, geriet bei diesem Polizeieinsatz zum Spiel mit uns. Nirgendwo und nirgendwann waren die kleinen, dezentralen Blockaden für die Gegenseite ernsthaft problematisch.

Gleichzeitig brachte die Verabsolutierung der Kleingruppenaktionen u.a. folgende Probleme mit sich:

— All diejenigen einheimischen ud auswärtigen AKW-Gegner, die nicht darauf vorbereitet waren, an Kleingruppenaktionen teilzunehmen, bzw. aus welchen Gründen auch immer derartige Aktionen nicht mittrugen, konnten sich am Tag X kaum oder gar nicht einbringen. Es liegt aber auf der Hand, daß Aktionsformen, die eine massenhafte Beteiligung auch der weniger „mutigen" Menschen ermöglichen, den Staatsapparat oftmals vor größere materielle und insbesondere politische Probleme („Entmischung des harten Kerns von den ‚Mitläufern' " etc.) stellen.

— Da man weitgehend auf die autonome Vorbereitung von Sabotage- und sonstigen Kleingruppenaktionen durch auswärtige Gruppen vertraute, fehlte insbesondere in Sachen Pressearbeit ein organisatorisches Gerüst der vorbereitenden Gruppen. Auch das dürfte den politischen Preis gedrückt haben, den der Staat für die Durchführung der Transporte zu zahlen hatte.

— Die Stoßrichtung auf Kleingruppenaktionen aktivierte in vielen Städten und der Region jeweils nur einen kleinen Teil der ansprechbaren AKW-Gegner. Diese sektiererische Tendenz wurde dadurch untermauert, daß für das Wochenende nach dem Tag X eine für auswärtige AKW-Gegner völlig unattraktive Kundgebung angesetzt wurde, sodaß seine Solidarität mit Gorleben nur die/der zeigen konnte, die/der an einem Wochentag für direkte Aktionen sich frei nehmen konnte und wollte.

Tag Y: CASTOR-BLOCKADE

Für die Transporte der Castor-Behälter sind die Betreiber auf die Benutzung der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg und auf die Benutzung einer einzigen Straße von Dannenberg nach Gorleben angewiesen. Andere Straßen oder Wege können diese bis zu 120 Tonnen schweren Geräte nicht tragen. Bekanntlich mußten die Atommafiosi bereits für die leichteste Übung — dem Transport von schwach- und mittelaktivem Müll — etliche Haken über Nebenstrecken schlagen. Dies wird bei den Castor-Behältern nicht möglich ein. So besteht also eine reale Chance, gegen den ersten Castor-Transport (der frühestens um die Jahreswende zu erwarten ist) noch effektiver als am Tag X vorzugehen.

Dabei sollte als Ziel eine Großaktion zivilen Ungehorsams durch Zustopfung der gesamten Bundesstraße zwischen Dannenberg und Gorleben mit Landwirtschafstfahrzeugen, PKWs, Tieren, Menschen etc. offensiv angegangen werden. Parallel hierzu sollten direkte Kleingruppenaktionen entlang der Schienenstrecke die reale Vielfalt des Widerstandes zum Ausdruck bringen. Ähnlich wie mit der Wendlandblockade vor Tag X könnte und sollte auch diese Castor-Blockade auf der Schienenstrecke und einer Straße vor dem Tag Y an einem Termin unserer Wahl geprobt werden.

M.



Pan Foto

Geheime Studie enthüllt:

Atomtransporte — größtes Risiko der Entsorgung

Auf bundesdeutschen Straßen und Schienen, auf Elbe, Weser und Nordsee wurden unbemerkt von der Öffentlichkeit in den letzten Jahren tausende Tonnen radioaktiven Materials transportiert. Nach Auskunft der Bundesregierung gab es 1982 in der BRD 1.554 Transporte von „höherem Gefährdungspotential", darunter 128 Seetransporte, 1983 stieg die Zahl auf 1.583, davon 134 auf See. Wieviel die von den Verantwortlichen immer wieder beschworene „Sicherheit" dieser Transporte wert ist, zeigen: 1. die Veröffentlichung einer bislang geheimgehaltenen Studie (Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung) des Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) zu Atomtransporten, die den BI's zugegangen war; 2. der Unfall des Frachters „Mont Louis" vor der belgischen Küste.

Durch die Recherchen von Greenpeace wurden hier erstmals einer breiten Öffentlichkeit die haarsträubenden Umstände bekannt, unter denen Atomtransporte durchgeführt werden. Die Informationspolitik der Verantwortlichen, ein Gemisch aus durchsichtigen Beschwichtigungen, Lügen und gezielten Unterschlagungen offenbarte die Unfähigkeit, die drohende Katastrophe abzuwenden und ließ die zivilmilitärische Verquickung dieser Frachten erahnen. (1) Der Wellenschlag in den Medien um die „Mount Louis" brachten zumindest das Europaparlament und die SPD in Zugzwang. Während die Europaparlamentarier eine Veröffentlichung von Transporten und Transportwegen sowie die Bekanntmachung von Katastrophenschutzplänen forderte, beschränkte sich die SPD auf die ebenso schlichte wie illusorische Forderung nach *„objektiver und umfassender Aufklärung der Bevölkerung"*, damit sich diese wieder beruhige. Die Bundestagsfraktion wollte *„weder Verharmlosung noch Hysterie"* unterstützen, mit letzterem war der von den Grünen geforderte sofortige Stopp aller Atomtransporte gemeint, mit ersterem die gezielte Desinformationspolitik der Bundesregierung.

Mit der Studie des Projekts Sicherheitsstudien Entsorgung hingegen wurde ein Katz- und Maus-Spiel betrieben. Während das niedersächsische Ministerium für Bundesangelegenheiten die Studie für *„sehr seriös"* und die darin enthaltenen für *„nicht falsch"* hielt, distanzierte sich das BMBF anläßlich einer Aktuellen Stunde im Bundestag ohne Angabe weiterer Erkenntnisse von einem Teil der PSE-Aussagen. Die Bundesregierung behauptete, die Studie mache noch keine Aussagen, Ergebnisse lägen erst 1985 vor. Daß die Atommülltransporte nach Gorleben trotz der angeblich unbekannten Risiken genehmigt werden können, wußte der in Niedersachsen zuständige Minister Hasselmann schon, obwohl ihm die Studie noch gar nicht bekannt war. (2)

Da die PSE-Studie nach wie vor nicht öffentlich zugänglich ist, werden wir im Folgenden einige brisante Angaben vorstellen.

Das Projekt Sicherheitsstudien Entsorgung (PSE) ist ein vom BMFT finanziertes Vorhaben zur Risikoermittlung in allen Bereichen der nuklearen Entsorgung (Laufzeit 1978 - 1984, Gesamtbudget rund 50 Millionen DM). Unter der Federführung des Hahn-Meitner-Instituts Berlin arbeiten rund 13 Institute mit. Zu den Atommülltransporten liegen zwei Untersuchungen vor, zum einen der Arbeitsbericht Nr. 81/10 vom Juni1981, zum anderen der „zusammenfassende Zwischenbericht Teil III", Stand Mai 1983.

Die Behauptung des Zwischenberichts, zur *„Ermittlung der Störfallkonsequenzen, Angabe und Reduktion des Risikos liegen noch keine Ergebnisse vor"*, entpuppt sich bei Durchsicht des 81er Berichtes als Schwindel, denn dort findet sich neben detaillierten Angaben zu Risiken und Unfallfolgen der Satz: *„Die erhaltene Information über die ... möglichen Störanfälle ist so detailliert, ... daß Maßnahmen für eine gezielte Verminderung des Ririkos vorgeschlagen werden können."*

Zu bemerken wäre noch, daß der 81er Bericht von einer 1.400 t WAA in Gorleben (NEZ) ausgeht, der 83er Bericht von einer 350 t WAA in Hessen. Die PSE-Studie beginnt mit der Aussage, daß *„Transporte den größten Beitrag zum Gesamtrisiko der Entsorgung leisten ..., den unfallfreien Betrieb mit eingeschlosen."* (4).

Mit Inbetriebnahme des Zwischenlagers Gorleben ist eine neue Dimension bei den Atomtransporten erreicht. Der Atommüll, bislang im AKW oder nahegelegenen Landessammelstellen gelagert, wird quer durch die BRD nach Gorleben gebracht, die abgebrannten Brennelemente bei Bau einer WAA Wackersdorf wiederum nach Süden, bei Inbetriebnahme des Endlagers Gorleben kehren sie nach Lüchow-Dannenberg zurück. Schon in Kürze sollen nach DWK-Aussagen wöchentlich zwischen einem und vier Behältern mit hochradioaktiven Materialien in Gorleben eintreffen, für die leicht- und mittelaktiven Abfälle werden Zahlen von 300 Transporten jährlich genannt.

Schon für den öffentlich als ungefährlich verkauften „Normalbetrieb" werden beim Bahntransport für die Bevölkerung entlang der Transportstrecke und das Begleitpersonal höhere Strahlenbeträge mit *„nennenswerten Kollektivdosen"* ausgemacht *„als der entsprechende Erwartungswert, der aus möglichen Transportunfällen resultieren kann."*

Überraschenderweise liegen die Kollektivdosen für den leicht- und mittelradioaktiven Atommüll (LAW/MAW)

lektivdosen für den leicht- und mittelradioaktiven Atommüll (LAW/MAW)

wegen der Transporthäufigkeit laut Studie fast um das zwanzigfache höher als für abgebrannte Brennelemente. Ein Absenken der Kollektivdosen durch Umfahren von Ballungsgebieten wird von der 81er Studie u.a. wegen „organisatorischer Probleme" bei der DB ausgeschlossen. Für den Fall eines Unfalls beispielsweise im Hamburger Hauptbahnhof errechnet die Studie **520.000** Menschen als Betroffene.

Der von den Betreibern hochgelobte, für den Transport abgebrannter Brennelemente entwickelte „Castor-Behälter" erweist sich bei den Unfallscenerien der 81er Studie als Sicherheitsrisiko ersten Ranges. Auf Fallhöhen von neun Metern „ausgelegt", stellte der TÜV bereits bei den Betreibertests Deckelundichtigkeiten fest. Detaillierte Streckenanalysen in der jüngsten Studie ergaben mögliche Fallhöhen von Brücken beim Bahntransport von 40 Metern, beim Straßentransport sogar von 94 Metern mit einer Aufprallgeschwindigkeit von 115 km/h. Unfallscenarien ergaben das „Versagen" des Behälters bei einem Fall aus neun Metern Höhe bereits bei einer Geschwindigkeit von 50 - 80 km/h (Regelgeschwindigkeit der Züge 80 - 90 km/h). Bei zusätzlichem Vorliegen eines Material- und Handhabungsfehlers versagt der Castor bereits bei einem Fall von fünf bis neun Metern bei einer Geschwindigkeit von 35 - 50 km/h. Die Folgen bei höheren Geschwindigkeiten sind also entsprechend.

Auch die von den Betreibern durchgeführten Feuertests beim Castor halten den Analysen der Studie nicht stand. Sie kommt auf Brandszenarien von vier Stunden Dauer bei Temeraturen von 800 bis 1.000 °C. Die Deckeldichtungen des Castor „versagen" bereits bei einem Brand, der **eine Stunde** überschreitet. Liegt zusätzlich ein Material- und Handhabungsfehler vor, ist es mit der „Sicherheit" des Castors bereits nach einer halben Stunde aus, kommt eine Vorschädigung durch den Unfall hinzu, reichen 0 - 0,5 Stunden aus. Die Wahrscheinlichkeit eines Feuerausbruchs ist bei schweren Unfällen, durch die dann also eine Vorschädigung vorliegt, am höchsten, bei LKW-Unfällen machen sie beispielsweise 3 - 4% aller Fälle aus.

Überwiegend durch Deckelundichtigkeiten versagt mehr als jeder tausendste Transport. US-Untersuchungen weisen mangelhafte Deckelmontagen bei einem von 511 Straßentransporten nach.

Was bedeutet „Versagen der Behälter"

Im „besten Fall" treten durch Hüllrohrrisse und -brüche freigewordene Gase aus dem Deckel des Castors aus, vom TÜV wurde für diesen Fall eine Strahlenbelastung von mehr als 13.000 Millirem errechnet. Den zusätzlichen Austritt von radioaktiven Partikeln verzeichnet die Studie beispielsweise bei einem Fall des Behälters von 9 - 25 Metern Höhe bei einer Geschwindigkeit von 50 - 80 km/h unter Annahme eines zusätzlichen Material- und Handhabungsfehlers. In diesem Fall kommt es nicht nur zu Rissen der Brennelementhüllrohre sondern zur Abtrennung der Brennelementköpfe.

Die Studie gibt zu, daß bei schweren Unfällen neben Edelgasen wie Krypton *„auch die radiologisch wichtigen Nuklide wie Jod, Tritium und bei thermischen Belastungen Cäsium in relativ großen Mengen freigesetzt"* werden, wobei mit einer Freisetzung von 6.700 - 6.900 Curie pro Störfall gerechnet wird (3). Insgesamt wird bei 46 von 430 in der Studie gebildeten „Belastungsfällen" mit Gasundichtheit gerechnet, in weiteren 284 Fällen mit dem Austritt von Gasen und Partikeln.

Atommüll auf der Straße

Ein großer Teil des LAW/MAW-Atommülls soll im LKW nach Gorleben transportiert werden, ebenso der hochaktiven Müll vom Umladebahnhof Dannenberg ins Zwischenlager. Für die Transporte müssen die unfallträchtigsten Straßen, Land-, Kreis- und Gemeindestraßen benutzt werden, die bereits heute durch den LKW-Verkehr zum Zwischen- und Endlager stark frequentiert sind und deren Belastungsgrenzen beim Bau einer WAA erreicht werden dürften. Unfälle LKW/LKW (d.h. Unfälle, in denen auf beiden Seiten LKWs beteiligt sind), werden in der Studie mit erschreckend hohen Zahlen verzeichnet, 70% aller LKW-Alleinunfälle enden mit schwerem bzw. Totalschaden. Daß die Poli-

LKW-Alleinunfälle enden mit schwerem bzw. Totalschaden. Daß die Poli-

zeieskortierung, ohnehin nur für hochradioaktiven Atommüll vorgesehen, diese Unfälle nicht verhindern kann, zeigt der spektakulären Unfall des Pershingtransportes, bei dem die Atomrakete zerbrach.

Auch im unfallfreien Betrieb steht die Gefährlichkeit des Straßentransporte nicht nach. Laut Studie ist *„die Bevölkerung entlang der Transportstrecke ... nicht zu vernachlässigender ... Strahlung ausgesetzt"*. Bei LAW-Transporten entfallen 40% der Gesamtkollektivdosis auf den Gegenverkehr, 37% auf Personen des Überholverkehrs und ca. 19% auf das Transportpersonal. Dieses ist bereits nach wenigen Transportfahrten bei einer errechneten maximalen Dauer von zwölf Stunden (ohne Pannen und Zwischenfälle) „verschlissen". Es hat dann laut Studie eine Dosis von 24 Millirem (mrem) erhalten. Die Jahreshöchstdosis für die Bevölkerung liegt bei 30 mrem, die für Atombeschäftigte allerdings deutlich höher (500 mrem).

Insgesamt wird für den Straßentransport mit Kollektivdosen von 12.100,8 mrem/a (Millirem pro Jahr) gerechnet (4), die sicherlich nicht Einzelne treffen, häufige Benutzer der Transportstrecke (Schüler, Berufsverkehr) aber überproportional.

KB/Gruppe Lüneburg

Anmerkungen:

1. Die „Mont Louis" ist ein sogenanntes Garagenschiff ohne unterteilende Schotten, d.h. dringt an einer Stelle Wasser ein, sinkt das Schiff innerhalb kürzester Zeit.
2. LZ v. 8./9.10.84.
3. PSE-Arbeitsbericht Nr. 81/10, Juni 1981.
4. PSE-Zwischenbericht, Teil III, Mai 1983.

Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik erfolgreich beendet



Mit gleich drei Großveranstaltungen endete am 13. Oktober in Köln der bundesweite „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik". Die Beteiligung war durchaus erfreulich, die Stimmung ausgezeichnet: 2.000 Menschen demonstrierten vormittags zusammen mit dem Marschkonvoi; etwa 3.000 nahmen an der Abschlußkundgebung auf der Kölner Domplatte teil. Mit gut 1.000 Interessenten gut besucht war auch die nachmittägliche Diskussions- und Kulturveranstaltung in den Räumen der Uni-Mensa, in deren Zentrum eine Podiumsdiskussion stand, die sich mit den aktuellen Entwicklungen staatlicher Ausländerpolitik sowie mit den Perspektiven des hiergegen gerichteten Widerstands auseinandersetzte. Wohl über 6.000 kamen schließlich zur Abendveranstaltung in die Kölner Sporthalle, die politisch wie kulturell einen in jeder Hinsicht begeisternden Abschluß darstellte.

Der „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" hat auf seiner 12tägigen Reise durch 50 Orte eine zwar oftmals unterschiedliche, insgesamt aber keineswegs unbeachtliche Resonanz gefunden. Ersten groben Schätzungen zufolge waren in dieser Zeit ca. 20.000 bis 30.000 Menschen an öffentlichen Empfängen, Demonstrationen, Kultur- und Diskussionsveranstaltungen des Marsches beteiligt, die jeweils zusammen mit örtlichen Inittiativen und Aktionsbündnissen durchgeführt wurden. Größere Veranstaltungen wie in Köln oder Hamburg (1.500 auf der Demonstration, ca. 600 bei der Abendveranstaltung) blieben zwar die Ausnahme, dennoch war die Beteiligung — gerade auch in kleineren Orten — überwiegend erfreulich. Beachtung wurde zumeist auch in der lokalen Presse erreicht, bei den regionalen Rundfunk- und Fernsehstationen, ganz im Gegensatz zum Verhalten der überregionalen Presse, die die Aktion vollständig ignorierte oder sich wie die „taz", bis auf die insgesamt positive Abschlußberichterstattung, mit wenigen hämisch bis gehässigen Meldungen begnügte. Lokale Politprominenz zeigte sich oftmals beflissen, die Marschteilnehmer zu empfangen: SPD-Senator Scherf in Bremen, der Bielefelder Oberbürgermeister, der sogar auf der örtlichen Kundgebung sprach und viele andere mehr, z.B. der Betriebsrat der Mannesmann AG in Duisburg, erwiesen der Aktion ihre Referenz. Der deshalb vereinzelt erhobene Vorwurf, die Marschteilnehmer hätten sich von der Sozialdemokratie vereinnahmen lassen, trifft indes nicht zu. Die einhellige Ablehnung der von der SPD betriebenen Ausländerpolitik wurde in Rede- und Diskussionsbeiträgen hinreichend zum Ausdruck gebracht und ist im bundesweiten Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell" ohnehin seit jeher Konsens gewesen.

Von einem berauschenden Mobilisierungserfolg kann andererseits sicherlich nicht gesprochen werden, wenn man/frau berücksichtigt, daß weit über 200 lokale Initiativen und Aktionsbündnisse, bundesweite Organisationen und vereinzelt auch gewerkschaftliche Gremien zu dieser Aktion aufgerufen hatten. Aber es muß hierbei eben in Rechnung gestellt werden, daß das Marschprojekt sozusagen aus dem Stand heraus organisiert werden mußte, da unter Deutschen wie Ausländern im Grunde kaum eine Protestbewegung gegen die staatliche Ausländerpolitik besteht. Politische Störmanöver aus dem Lager die IAF, der Grünen und der „taz" haben zudem die Sache nicht gerade einfacher gemacht (s. hierzu auch unseren Beitrag in AK 249).

Wir hatten im vorletzten ARBEITERKAMPF den „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" als eine Protestkundgebung gegen die staatliche Ausländerpolitik angekündigt, „wie es sie in diesem Umfang und mit einer derartigen Beteiligung noch nicht gegeben hat". Diese Einschätzung hat sich trotz aller Abstriche als zutreffend erwiesen. Obwohl es mancherorts herbe Enttäuschung über den ausgebliebenen, aber realistischerweise auch gar nicht zu erwartenden Massenzulauf gab, hat der bundesweite Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell" mit dieser Aktion seinen Unterstützerkreis und seine bündnispolitischen Möglichkeiten erheblich ausweiten können. Dies ist ein wichtiges Ergebnis und bietet bessere Voraussetzungen für weitere Aktivitäten, die angesichts einer weiterhin bevorstehenden Ausländerrechtsverschärfung notwendig sind.

Nebenstehend dokumentieren wir die Abschlußerklärung des Marsches, die sich insbesondere mit den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung zur Ausländerpolitik beschäftigt. Eine ausführliche Dokumentation zum Verlauf des Marsches ist in Vorbereitung; wir werden hierauf im AK zu gegebener Zeit hinweisen.

AG Ausländer





Dokument

Erklärung zum Abschluß des Marsches gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik

Mit der heutigen Großveranstaltung in der Kölner Sporthalle endet der vom Koordinierungsausschuß „Frankfurter Appell" organisierte bundesweite „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik". Anlaß für diesen Protestmarsch, der von zahlreichen ausländischen und deutschen Organisationen und Initiativgruppen unterstützt wurde, war die Absicht der Bundesregierung, das bestehende undemokratische und diskriminierende Ausländergesetz noch weiter zu verschärfen. Anlaß für diesen Marsch waren ebenso die in breiten Bevölkerungskreisen geschürte Ausländerfeindlichkeit sowie die im Vorfeld der Ausländerrechtsverschärfung zunehmenden Fälle alltäglicher Willkürakte von Ausländerbehörden. Die Aktion richtete sich darüberhinaus nicht nur gegen aktuell drohende Ausländerrechtsverschärfungen, sondern gegen die staatliche Ausländerpolitik überhaupt, die seit jeher — ganz gleich ob nun SPD oder CDU/CSU den Bundeskanzler stellten — darauf abzielte, die hier lebenden Ausländer durch Sondergesetze zu diskriminieren.

Seit dem 29. September sind die beiden Marschgruppen in Autokonvois durch 50 Städte der Bundesrepublik und Westberlin gezogen, in denen es jeweils zu öffentlichen Empfängen, zu Demonstrationen, Veranstaltungen und anderen politischen Aufklärungsaktionen kam. Das Ziel des Marsches, eine breitere Öffentlichkeit über die Praxis herrschender Ausländerdiskriminierung zu unterrichten und weitere Unterstützer für eine Politik der uneingeschränkten Gleichberechtigung zu gewinnen, wurde hiermit erreicht.

Nach den Beschlüssen der Bundesregierung vom 3. Oktober ist weithin der Eindruck entstanden, daß im Ausländerrecht bis auf weiteres alles beim Alten bleiben wird. Wir teilen diese Auffassung nicht:

Tatsache ist, daß die Bundesregierung nach wie vor an ihrer Absicht festhält, das Ausländergesetz zu novellieren. Tatsache ist ferner, daß mit diesem Ausländergesetz die politische Entrechtung von Ausländern vorangetrieben werden soll, eine Verschlechterung des Aufenthaltsrechts angestrebt wird, die Ausweisungstatbestände erweitert und deren Vollzug erleichtert werden sollen. Daneben geht es um die bundeseinheitliche Festschreibung der Beschränkung beim Familiennachzug und um die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen, durch die bei Bedarf weitere Einschränkungen über die Parlamente der Bundesländer hinweg verfügt werden können.

Von einer Liberalisierung auf irgendeinem Gebiet der Ausländerpolitik war in den Verlautbarungen der Bundesregierung dagegen nichts zu vernehmen. Damit hat sich die Gewißheit verstärkt, daß die Politik der Diskriminierung und Vertreibung gegen die in der Bundesrepublik lebende ausländische Minderheit fortgesetzt werden soll. Hierauf deuten im übrigen auch die Bestrebungen CDU/CSU-regierter Bundesländer hin, die wie z.B. erst kürzlich Baden-Württemberg, die Handhabung des Ausländergesetzes verschärfen. Der im August für Baden-Württemberg verfügte Erlaß sieht vor, daß ausländische Ehepartner erst nach dreijähriger Ehe in die Bundesrepublik nachkommen dürfen, daß Sozialhilfebezug zur Ausweisung führt und ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter die auf Arbeitslosenhilfe angewiesen sind, nur noch eine befristete Aufenthaltserlaubnis bekommen.

Im einzelnen stellen wir folgendes fest:

1. Die Bundesregierung nutzt gezielt die oftmals unmenschlichen ausländerrechtlichen Bestimmungen, die sich verschlechternde ökonomische Situation und Massenarbeitslosigkeit sowie die in der Bevölkerung geschürte Ausländerfeindlichkeit, um jahrelang hier ansässige Ausländer aus dem Land zu verdrängen. Der Erfolg dieser Politik läßt sich daran ablesen, daß seit 1982 die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Menschen ständig und in wachsendem Umfang abnimmt. Allein in diesem Jahr wurden weitere 300.000 Ausländer außer Landes gebracht, wobei die Empfänger sogenannter „Rückkehrprämien" Leistungsansprüche in Milliardenhöhe aufgeben mußten, die stattdessen in den Kassen der Arbeitslosenversicherung, der Rentenversicherung und der Unternehmer verblieben. Hier wurde und wird die im Land produzierte Arbeitslosigkeit und Armut in massenhaftem Umfang einfach nach Südeuropa, in die Türkei und in die „Dritte Welt" exportiert.

2. Nicht weil die FDP sich humanen oder liberalen Zielen verpflichtet fühlt, sondern weil die Politik der Ausländerbegrenzung und Verdrängung Erfolge zeigt, war die Bundesregierung bis auf weiteres bereit, die angekündigten drastischen Verschärfungen beim Familiennachzug zunächst auszusetzen. Außerdem soll dieses „Zugeständnis", zusammen mit weiterer Militär- und sog. Wirtschaftshilfe an die türkische Militärjunta, den nötigen außenpolitischen Spielraum eröffnen, um die im EG-Assoziationsabkommen ab 1986 vertraglich vorgesehene Freizügigkeit für türkische Staatsbürger in die Länder der Europäischen Gemeinschaft doch noch zu verhindern. Das türkische Regime hat zwischenzeitlich sein Einverständnis erklärt, die Rechte seiner Bürger auf diesem Wege zu verschachern.

Ansonsten bleiben die geltenden Nachzugsbeschränkungen nicht nur voll in Kraft, sondern werden durch bundeseinheitliche gesetzliche Festschreibung sogar noch verschärft. Beseitigt werden sollen hierdurch beispielsweise Regelungen wie in Hessen und Bremen, wo derzeit noch Jugendliche im Alter von bis zu 18 Jahren zu ihren Familien nachziehen können (im übrigen Bundesgebiet nur bis zu 16 Jahre). Ausgedehnt werden soll ferner die Aufenthaltserlaubnispflicht auch auf ausländische Jugendliche unter 16 Jahren, womit die gesetzliche Handhabe geschaffen wäre, die es der Bundesregierung doch noch erlauben würde, den Kindernachzug zukünftig auf bürokratischem Wege weiter einzuschränken und zu begrenzen.

3. Nicht vom Tisch sind im Übrigen alle Vorhaben des Bundesinnenministeriums, die auf eine Verschlechterung des Aufenthaltsrechts und auf eine Erweiterung der Ausweisungstatbestände abzielen. Nach der Konzeption des Bundesinnenministeriums vom 16.9.1983 bedeutet dies u.a.:

Anspruch auf die stärker gegen Ausweisung schützende Aufenthaltsberechtigung frühestens nach zehnjährigem Aufenthalt (bisher 8 Jahre) für Angehörige der hier geborenen oder aufgewachsenen 2. und 3. Ausländergeneration frühestens im Alter von 30 (!) Jahren.

Ausweisungsmöglichkeit gegenüber Ausländern, die seit einem Jahr Arbeitslosenhilfe beziehen. Der Ausweisungsgrund Sozialhilfebezug bleibt daneben voll erhalten.

Einführung einer gesetzlichen Regelausweisung bei politischen Delikten — z.B. bei wiederholten Verstößen gegen das jeder Demokratie hohnsprechende Verbot der politischen Betätigung, das in dieser Weise nur gegen Ausländer verfügt werden kann. Ausweisungsgrund soll ferner die Betätigung in sog. „extremistischen Vereinigungen" sein, womit nach herrschender Sprachregelung die Mehrheit der in der Bundesrepublik politisch organisierten Ausländer gemeint ist.

Ausweisung bei politischen oder kriminellen Delikten sollen dabei sofort vollziehbar sein, das heißt, ein Gerichtsverfahren braucht nicht mehr abgewartet zu werden. Gäbe es derartige Praktiken heute schon, befänden sich die türkischen Antifaschisten Orhan und Hassan Öner nicht mehr unter uns. Sie waren in Hannover wegen versuchten Totschlags an einem Polizisten angeklagt, wurden schließlich aber freigesprochen, nachdem die auf gefälschten Polizeiprotokollen aufgebaute Anklage vollständig in sich zusammengebrochen war.

Die Unterstützer des „Marsch gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik", der bundesweite Koordinationsausschuß „Frankfurter Appell" sowie alle anderen Kräfte, die diese Ausländerrechtsverschärfungen nicht hinnehmen wollen, werden sich in Kürze darüber verständigen müssen, wie nach Abschluß des „Marsches" der Kampf gegen diese Vorhaben ausgeweitet und verstärkt werden kann.

Hierzu rufen wir alle auf, die mit uns zusammen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der ausländischen Minderheit eintreten wollen.

Es muß Schluß gemacht werden mit der Politik der Ausweisung und Abschiebung. Es muß auch Schluß gemacht werden mit der besonderen Diskriminierung ausländischer Frauen, die bereits ausgewiesen werden können, wenn sie sich scheiden lassen oder der Ehemann verstirbt. Wir fordern daher ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für alle nachgezogenen ausländischen Ehepartner und ihre Kinder!

Wir fordern weiterhin:
- ein uneingeschränktes Niederlassungs-, Wahl- und Asylrecht sowie
- die Beseitigung aller gegen Ausländer gerichteten Sondergesetze!

Die Teilnehmer des Marsches und das Koordinationsbüro „Frankfurter Appell"

Köln, den 13.10.1984

Kirchplatz 6a, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 069/700822

Rückkehrhilfegesetz

300.000 Ausländer haben die BRD verlassen

Als „vollen Erfolg" bilanzierte Vogt vom Bundesarbeitsministerium Anfang August das Rückkehrhilfegesetz vor der Presse. 300.00 Ausländer haben die „Hilfe" angenommen und sich zur Rückkehr in die Heimat entschlossen. Da es ein erklärtes Ziel der Bundesregierung war und ist, einen bestimmten (unproduktiven) Teil der ausländischen Bevölkerung loszuwerden, muß man zustimmen: Ein voller Erfolg! Und auch unter dem Gesichtspunkt, welche Ausländer in erster Linie abgehauen sind, verzeichnet die Bundesregierung ein Plus: Die Masse der Antragsteller waren Türken, und die machen bekanntlich — laut Kohl — das „Ausländerproblem" aus. Daß die Rentenversicherungsträger mit Hilfe des Gesetzes ein nettes Sümmchen angehäuft haben, sprach Herr Vogt in diesem Zusammenhang lieber nicht.

Bereits 1982 war die Diskussion im vollen Gange, wie man am besten einen Teil der Ausländer loswerden und dies gleichzeitig als gute Tat verkaufen kann. Verschiedenste Geldbeträge wurden in der Presse gehandelt, die man den rückkehrwilligen Ausländern als „Prämie" zahlen will. 10.500 DM für jeden, der geht, hieß es da z.B. Liselotte Funke heizte die Gemüter dann richtig an, als sie — im März 1982 — davon sprach, Gastarbeiterfamilien mit Prämien bis zu 50.000 DM die Rückkehr schmackhaft zu machen. Eindeutig blieb bei diesen Pressemeldungen der Eindruck zurück, daß es hier um die Zahlung von Prämien geht und Prämie heißt auf deutsch: Belohnung, Preis: Ein Beitrag für besondere Leistungen.

Sollte sich die Bundesregierung zuguterletzt darauf besonnen haben, daß die Ausländer hier als „Gäste" gearbeitet haben und ihnen zum Abschluß ein Geschenk mit nach Hause geben?

Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Rückkehrhilfe vernebelt

Die Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der Rückkehrhilfe vernebelt

Nach geringer öffentlicher Diskussion über den Inhalt des Gesetzes, trat es dann am 19.11.83 — mit eingeschränkter Laufzeit, letztmöglicher Ausreisetermin: 30.9.84 — in Kraft. Es richtete sich vor allem an zwei Gruppen: An die durch Betriebsstillegung oder Konkurs arbeitslos gewordenen Ausländer aus den sog. Anwerbestaaten, und an Ausländergruppen, denen die Auszahlung des Arbeitnehmer-Rentenanteils angeboten wurde.

Ausländer aus den Anwerbestaaten, die durch Betriebsstillegung oder Konkurs arbeitslos geworden waren, erhielten im Fall der „freiwilligen" Rückkehr in ihr Heimatland DM 10.500 plus DM 1.500 pro Kind. Die Familie muß mit allen minderjährigen Kindern die BRD „auf Dauer" (d.h. für immer) verlassen. Die Grenzen für eine Inanspruchnahme dieser Beträge waren also von vornherein eng gezogen und die Gegenrechnung war schnell erstellt: So sagte z.B. der Hamburger CDU-Chef Perschau ganz richtig: „*Eine über lange Zeit arbeitslose Ausländerfamilie mit Anspruch auf Kindergeld, Sozialwohnung und Wohngeld, mit Bildungs- und Ausbildungsansprüchen hier zu behalten, ist viel teurer als eine einmalige Abfindung.*" („Hamburger Abendblatt", 18.2.82) Und der ehemalige Opelarbeiter Blüm machte klar, was die BRD allein an Arbeitslosen- und Kindergeld einspart: Den ca. DM 220 Mio. DM, die an „Prämien" gezahlt werden müßten, stehen Einsparungen von DM 320 Mio. DM gegenüber. Bleiben für die beiden Posten unter dem Strich DM 100 Mio. im deutschen Lande. („was tun", 7.7.83) Da so gut wie keine geeigneten Beratungsstellen vorhanden waren oder eingerichtet wurden, die sowohl über die Voraussetzungen, als auch die Nachteile hätten aufklären können, bestanden auch unter vielen Ausländern die verschiedensten illusionären Vorstellungen, wie man an dies Geld rankommt. Es wurden Fälle bekannt, wo Unternehmer ausländische Arbeitnehmer die E i g e n k ü n d i g u n g mit dem Hinweis auf die Rückkehrprämie schmackhaft gemacht haben. Wie viele auf diese Weise reingelegt wurden, wird man nie erfahren. Tatsache ist, wie Vogt mitteilte, daß 16.833 ausländische Arbeitnehmer — darunter 14.459 Türken — den Antrag auf Rückkehrhilfe gestellt haben. (Dies trifft ungefähr die Zahl, die die Bundesregierung mit 20.000 vorausgeschätzt hatten). 2.500 Anträge (15 Prozent) wurden abgelehnt. („FR", 2.8.84). Geht man davon aus, daß mit jedem Antragsteller durchschnittlich noch drei Familienangehörige die BRD verlassen haben, so kommt man auf eine Zahl von ca. 68.000. Wäre es bei dieser Zahl geblieben, Herr Vogt hätte sicher nicht von einem „vollen Erfolg" gesprochen.

Aber man hatte noch auf eine andere Gruppe spekuliert, indem man bestimmten Ausländergruppen die Auszahlung des Arbeitnehmer-Rentenanteils anbot. Bisher mußten sie zwei Jahre im Heimatland auf die Auszahlung warten, diese Wartezeit sollte nun wegfallen und der Ausländer sollte, sobald er — für immer — zurückgekehrt war, seinen Anteil erhalten. Dieses „Angebot" macht unter anderen Gesichtspunkten die Ausländerfeindlichkeit der Regierung deutlich: Das Angebot richtet sich eindeutig an Ausländer der ersten Generation, die nach 15 oder 20jähriger Malooche hier gesundheitlich ruiniert oder angeschlagen sind. Sie gehen also in einem Alter, wo sie soziale Leistungen — wie etwa medizinische Versorgung — vermehrt in

länder der ersten Generation, die nach 15 oder 20jähriger Malooche hier gesundheitlich ruiniert oder angeschlagen sind. Sie gehen also in einem Alter, wo sie soziale Leistungen — wie etwa medizinische Versorgung — vermehrt in

Anspruch nehmen müßten und werden sich stattdessen in vielen Fällen ohne Alterssicherung in der Türkei wiederfinden.

Die Auszahlung von Rentenansprüchen ist — bis auf einige Ausnahmen — für Deutsche nicht möglich; sicher eine „soziale Errungenschaft". Das Anbieten von „hohen Summen" verstärkt die Illusion vieler Ausländer, damit in der Heimat den Traum vom „kleinen Laden" zu erfüllen, wofür sie die Sicherung im Alter riskieren. Da selbst die Bundesregierung sich keine Illusionen über die wirtschaftliche Situation (und die hohe Arbeitslosigkeit) in der Türkei macht, exportiert sie bewußt größere Arbeitslosigkeit und verkehrt den Sinn der Rente in ihr Gegenteil. Der BRD-Staat bereichert sich — ganz bewußt — an den Ausländern zustehenden Leistungen. Während der westdeutsche Rentner anteilig die von ihm und dem Arbeitgeber eingezahlten Beiträge erhält, muß der Ausländer auf den Arbeitgeberanteil „verzichten".

Für Blüm sah die Rechnung so aus: Wenn 50.000 einen Antrag stellen, müssen die Rentenanstalten kurzfristig DM 680 Mio. bereitstellen. Diesem Betrag stehen aber 2,5-3 Milliarden gegenüber, die bezahlt werden müßten, wenn die 50.000 Rente bezögen. Hinzu kommen noch die den Versicherungen verbleibenden Arbeitgeberanteile. („Revier", 2.2.84)

Die Erwartungen des Ministers wurden in der Realität sogar noch weit übertroffen: 140.000 ausländische Arbeitnehmer, darunter 120.000 Türken, haben im Rahmen des Gesetzes den Antrag auf Auszahlung ihres Arbeitnehmeranteils gestellt! („FR", 2.8.84) Daß sich so viele Ausländer zu diesem Schritt entschlossen haben, hat sicher eine Menge mit dem verschärft ausländerfeindlichen Klima zu tun. Dazu kommen die Angst bzw. realistische Erwartung vor Verlust des Arbeitsplatzes hier, die nicht nur ohnehin schon bestehende rechtliche Unsicherheit ihres Aufenthaltsstatus, sondern auch die drohenden Verschärfungen durch die Zimmermann-Pläne.

Zieht man die Zahlen der beiden Gruppen zusammen und rechnet die Familienangehörigen hinzu, kommt man auf etwa 300.000, die es vorgezogen haben, die BRD für immer zu verlassen.

Vom Exodus aus Duisburg-Hüttenheim — und warum er in Duisburg-Rheinhausen nicht zustande kam!

Wahrscheinlich hätte man vom massenweisen Auszug der Ausländer kaum etwas aus den Zeitungen erfahren, gäbe es da nicht Duisburg-Hüttenheim, das direkt an Mannesmann angrenzt. 900 ausländische Kollegen haben dort das „Angebot" der Unternehmungsleitung angenommen und ihren Arbeitsplatz aufgegeben. Das Angebot bestand aus: Auszahlung einer betrieblichen Abfindung, der Rückkehrförderung und der Auszahlung des Arbeitnehmer-Rentenanteils. Das „Angebot" wurde eingeleitet durch einen Deutsch-Test, dem sich alle Ausländer unterziehen mußten. Sodann wurde in Umlauf gebracht, daß bei Nichtbestehen der Arbeitsplatz gefährdet sei. Einzeln im Personalbüro vorgeladen, wurde dann der Ausländer mit der Gesamtsumme konfrontiert, die er bei Weggang erhalten würde. Garniert wurde das Ganze mit der Vorgabe einer 4-Wochen-Frist, sonst gäbe es weniger Geld.

Der Betriebsrat verhielt sich unter dem Druck des drohenden Arbeits-

die er bei Weggang erhalten würde. Garniert wurde das Ganze mit der Vorgabe einer 4-Wochen-Frist, sonst gäbe es weniger Geld.

Der Betriebsrat verhielt sich unter dem Druck des drohenden Arbeits-

platzabbaus mehr als lasch, beruft sich auf die „freiwillige Entscheidung" (wie die Bundesregierung) und rät nur von der Auszahlung der Rente ab. Ebenso die Gewerkschaft, die insgesamt zum Rückkehrhilfegesetz zwar einige Gegenerklärungen abgegeben hat, konkret aber wenig bis gar nichts unternimmt, um konkrete Entscheidungen zu beeinflussen. So schreibt J. Werner im „Revier" (2.2.84) zu Recht, daß es wenig nützt, wenn der IG-Metall-Vorstand die Aufforderung an die Betriebsräte losläßt, sie sollten von der Inanspruchnahme des Rückkehrhilfegesetzes abraten, wenn weder ein Konzept besteht, wie das geschehen soll, noch insgesamt eine Grundlage für einen solidarischen Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze gelegt ist.

Dagegen hat der Betriebsrat und Vertrauensleutekörper bei den Krupp-Stahlwerken in Duisburg-Rheinhausen vorgemacht, daß durch eine klare Parteinahme für die ausländischen Kollegen ein gemeinsamer Kampf möglich ist, indem er die Abfindungsaktion des Unternehmers ablehnte. Er setzte durch, daß bei allen Einzel- und Gruppengesprächen mit der Werksleitung ein Betriebsratsmitglied anwesend ist und daß die einzelnen Posten (Rente, Abfindung u.s.w.) getrennt angegeben werden. Flugblätter in türkischer Sprache warnten davor, den „Rausschmißstrategen auf den Leim zu gehen." Schließlich interessierten sich von den 1.300 Ausländern bei Krupp-Rheinhausen weniger als 100 für die Rückkehr, weit weniger haben letztendlich unterschrieben. („Revier", 7/84)

Hüttenheim: Die Presse interessiert sich für Folklore und dramatische Szenen

Als Anfang des Jahres '84 die Mannesmann Arbeiter ihre Koffer packen — da wittert mit einem Mal die bürgerliche Presse ihre Chance. Wo so viele Menschen einen Stadtteil verlassen — insgesamt sollen es 4.500 sein — wird schon irgendeine Story bei rausspringen. Ganze Reporterscharen finden sich in der Arbeitersiedlung ein.

Für wenige Tage ist sie gefragt — die Bekanntschaft mit einer „typischen türkischen Familie". Wer eine „dramatische Abschiedsszene" in den Kasten bekommt, schätzt sich glücklich. Für jeden Reporter bleibt aber zum Glück genügend Müll, den es zu fotografieren lohnt. Hintergrundinformationen sind nicht gefragt. Den vielen Journalisten, die im Hüttenheimer AWO-Büro nachfragen, wird u.a. gesagt, daß es sich bei den gezahlten Geldern nicht um Geschenke handelt. Man will es nicht wissen. „*Mit 75.000 DM Abfindung — Ali fährt heim, und seine deutschen Kollegen behalten ihren Arbeitsplatz*" („Neue Revue", 10.2.84), das klingt besser.

Auch das Interesse, das die Presse plötzlich den armen ausländischen Jugendlichen entgegenbringt, ist heuchlerisch. Daß viele Jugendliche aus ihrer Umgebung, in der sie aufgewachsen sind, gerissen werden, daß sie ihre Schulklasse, ihren Ausbildungsplatz verlassen müssen, daß vielen nicht nur ihre Heimatsprache, sondern auch ihre „Heimat" fremd ist — all das wird nun zum individuellen Schicksal umgemünzt. Daß die Ausländerpolitik der Regierung mit dem Rückkehrhilfe-Gesetz genau das beabsichtigt hat, bleibt ungeschrieben. Schließlich wird, wie K. Wagemann in der „NRZ" schrieb, „*kein Türke gezwungen, die Angebote anzunehmen. Er muß selbst*

Regierung mit dem Rückkehrhilfe-Gesetz genau das beabsichtigt hat, bleibt ungeschrieben. Schließlich wird, wie K. Wagemann in der „NRZ" schrieb, „kein Türke gezwungen, die Angebote anzunehmen. Er muß selbst

abwägen und entscheiden. Die Freiheit ist und bleibt garantiert." Dazu schreibt H. Uske im „Revier" 3/84: „*Hört sich schön an, nur verschweigt der NRZ-Kommentator, daß es sich bei den Mannesmann-Angeboten um Angebote nach Art der amerikanischen Mafia handelt. Die macht ihren Opfern ja bekanntlich auch immer Angebote, die sie nicht abschlagen können. Denn die Wahl zwischen Hierbleiben und dann vielleicht bei der nächsten Entlassungsaktion arbeitslos zu werden und jetzt mit der Abfindungsaktion in die Türkei zu gehen, ist ungefähr wie die Wahl zwischen Pest und Cholera. Und welche ‚Freiheit' die Familienmitglieder haben, das hätte Wagemann im entsprechenden Gesetz nachlesen können.*"

Kaum hatten aber die vielen Tausen die BRD verlassen, galt das Motto: Aus dem Auge, aus dem Sinn. Sowenig hier den Familien die Zeit und Möglichkeit gegeben wurde, ihre Rückkehr sinnvoll zu planen, so wenig ist die Türkei auf die Rückkehrer, insbesondere auf die Kinder und Jugendlichen, vorbereitet. Die anderen Umgangs- und Verhaltensregeln, denen sich die Jugendlichen insbesondere in der Schule ausgesetzt sehen, sind ja nicht zur Ausdruck kultureller Andersartigkeit, sondern erinnern daran, daß es sich bei der Türkei um eine Diktatur handelt.

Ein voller Erfolg für die Vertreibungspolitik der Bundesregierung!

Zieht man Bilanz, bedeutet das Rückkehrhilfegesetz für Regierung/Unternehmen:

- Rationalisierung, Arbeitsplatzabbau wurden begünstigt.
- Es hat wegen der schon bestehenden hohen Arbeitslosenzahlen ausländerfeindliche Stimmungen begünstigt und die Familien unter Druck gesetzt, das „Angebot" anzunehmen. In der Öffentlichkeit wurde der Eindruck erzeugt, daß es sich um Geschenke, Prämien etc. handelt.
- Unter ökonomischen Gesichtspunkten ist das Gesetz ein voller Erfolg. Die Masse der Antragsteller hat sich den Arbeitnehmer-Rentenanteil auszahlen lassen (140.000, statt wie der von der Regierung geschätzten 50.000) und somit zu einer Sanierung der westdeutschen Renten beigetragen.

Für die Betroffenen fällt die Bilanz anders aus:

- Die meisten werden sich ihren Traum von der selbständigen Existenz nicht erfüllen können, haben stattdessen ihre Geldvorräte schnell aufgebraucht und stehen dann wieder ohne finanzielle Absicherung da. Dann wird sich ihre Lage von der, die sie zur Auswanderung nach Deutschland bewogen hat, nur dadurch unterscheiden, daß sie 15 oder 25 Jahre älter sind. Zwar besteht für die türksichen Kollegen theoretisch die Möglichkeit, sich in die Rentenkasse der Türkei einzukaufen. Bei der immens hohen Inflationsrate und einem Beitrag von DM 1.000 pro Jahr Auslandsaufenthalt, ist die Schlußfolgerung naheliegend, daß sie ein zweites Mal übers Ohr gehauen werden.
- In den vielen Jahren in der Fremde haben sie Entwicklungen in ihrer Heimat nicht miterleben können. Von ihren eigenen Landsleuten werden sie auch nicht immer gern gesehen. „*Sie sind diejenigen, — so*

— In den vielen Jahren in der Fremde haben sie Entwicklungen in ihrer Heimat nicht miterleben können. Von ihren eigenen Landsleuten werden sie auch nicht immer gern gesehen. „Sie sind diejenigen, — so

heißt es in einigen Zeitungen —, die die Heimat in schweren Zeiten verlassen haben und nun, wo es in Deutschland schwierig wird, einfach zurückkehren. Sie sind die Verräter." („taz", 30.6.84)



- Besonders schwer werden es die ausländischen Jugendlichen haben. Von denjenigen, die hier geboren und aufgewachsen sind, mußten eine Reihe gegen ihren Willen die BRD verlassen. Diejenigen, die zum Teil in der Türkei, zum Teil hier aufgewachsen sind, haben sicher noch die oft deprimierenden „Integrationsmaßnahmen" aus Deutschland im Kopf, wenn sie sich in der Türkei im sog. „Anpassungsunterricht" wiederfinden, der extra für Zurückgekehrte eingerichtet worden ist. Dort erwartet sie zum zweiten Mal die Forderung nach „Integration" und die zum Teil unverhüllte Ablehnung von Lehrern und Schülern. „*Ihr seid aus Deutschland gekommen. Dort habt ihr Schweinefleisch gegessen, so seid ihr selbst zu Schweinen geworden*" („taz", 18.9.84), war die Meinung sicher nicht nur eines Türken gegenüber seinem zurückgekehrten Schulkameraden.
- Ein Teil der Familien wird weiter auseinandergerissen sein. Töchter und Söhne, die hier geheiratet haben und sich hier ein eigenes Leben aufgebaut haben, leben jetzt — wieder — von ihren Eltern, Geschwistern etc. getrennt. Die Familienzusammenführung soll eben nach dem Willen der Regierung in der Türkei erfolgen.

AG Ausländer

Bremer Polizeisumpf

Am 25. September 1984 informierte die Initiative „Bürger kontrollieren die Polizei" auf einer Pressekonferenz darüber, daß sich in Bremen nicht nur Agenten ausländischer Geheimdienste tummeln, sondern auch V-Leute und Polizeiagenten in Initiativen und politischen Gruppen ihr Unwesen treiben würden.

Tags darauf befragte Radio Bremen den verantwortlichen Innensenator Kröning (SPD) zu den Vorwürfen. Der Senator dementierte energisch: „*Was die Problematik der verdeckten Fahndung angeht, so sage ich klipp und klar: Wir hatten und haben in Bremen keine Polizeiagenten, und wir bedienen uns lediglich in einzelnen Bereichen von Schwerkriminalität, zum Beispiel bei Drogen und Waffen, sogenannter V-Leute, und V heißt in diesem Fall nicht Spitzel, sondern Vertrauensperson. Das ist auch rechtlich einwandfrei und in allen Bundesländern üblich, und dazu stehe ich.*"

Radio Bremen: „*Das heißt, Sie werben Leute, die in Initiativen oder in politischen Gruppierungen tätig sind, an, um dann diese Gruppierungen oder Initiativen auszuhorchen?*"

Kröning: „*Nein, es geht weder um Initiativen noch um politische Gruppierungen. Politischer Extremismus oder gar Terrorismus ist sowieso in erster Linie Gegenstandsbereich des Verfassungsschutzes, der seinerseits überhaupt keine Exekutivbefugnisse hat. Da ist die Trennung zwischen Verfassungsschutz und Polizei ganz klar. Und auf der anderen Seite geht es auch nicht um Initiativen, weder Bürgerinitiativen noch dergleichen, sondern es geht ausschließlich um Schwerkriminalität und dort um das Phänomen der organisierten Kriminalität, das wir auch in Ansätzen in Bremen beobachten.*"

Keine zehn Tage später wird der Herr Senator der Lüge überführt: Eine Bremer Anti-Kriegs-Gruppe ist es gelungen, einen seit zwei Jahren bei ihnen als Spitzel arbeitenden Polizeiagenten aufzudecken!

Polizeispitzel enttarnt

Klaus Dieter Hoffmann kam Mitte 1979 nach Bremen, um bei der Bereitschaftspolizei eine dreijährige Ausbildung zu absolvieren. Ende Juni 1982 beendete er seine Ausbildung und hat in den darauf folgenden Monaten eine mehrwöchige Spezialausbildung beim Verfassungsschutz in Berlin absolviert. Anfang Oktober 1982 taucht er erstmals bei Bürgerinitiativen auf und gibt sich als arbeitsloser Studienbewerber aus. In den Initiativen zeichnet er sich weniger durch politisches als vielmehr durch aktionsbetontes und organisatorisches Wirken aus. Seit Oktober 1983 studiert er an der Bremer Universität Jura, obwohl er noch bis 1984 jeden Monat seine Bezüge als Beamter der Schutz- und Kriminalpolizei erhält. Im April 1984 wird dann seine Besoldungszahlung aus Sicherheitsgründen umgestellt, so daß er und seine Freundin zusammen seine bisherigen Nettobezüge über Konten Dritter bis heute ausgezahlt bekommen.

Klaus Hoffmann war vor allem in der antimilitaristischen Gruppe „Krieg dem Krieg" (KDK) und dem Bremer „Komitee gegen die Bombenzüge" (KGB) tätig. In das Komitee kam er schon kurz nach dessen Gründung und arbeitete später beim KDK, dem Arbeitskreis Wesermarsch, einer Großaktion für die politischen Gefangenen in der BRD und in der Initiative gegen die geplante Volkszählung mit. Darüberhinaus besuchte er die Aktionskonferenz und weitere Treffen zur Vorbereitung der Großaktion im Herbst letzten Jahres in Bremerhaven gegen die Raketenstationierung und die Kriegsvorbereitungen der NATO. Während der Bombenzugblockade im Juni 1984 in der Wesermarsch, bei der mehrere US-Munitionszüge, die von Nordenham in die US-Depots in den Süden der BRD rollten, gestoppt werden konnten, saß er im zentralen Informationsbüro und bediente das Telefon. Er notierte eifrig Telefonnummern, Namen und Aufgabenverteilung innerhalb aller Initiativen, in denen er im Staatsauftrag tätig war.



Klaus-Dieter Hoffmann, geb. 10.5.1960, 1,80 m groß, Brillenträger, Bart, sportliche Figur, braune Augen, durch einen Motoradunfall ist sein linker Arm im Ellenbogen fast steif, auffällige Narben auf dem linken Handrücken, Karatefähigkeiten (grüner Gurt), Auto-Kennzeichen HB-DP-356. Hoffmann wohnt zur Zeit in Bremen-Woltmershausen, Auf dem Bohnenkamp 94. Er studiert Jura im 3. Semester an der Bremer Uni.

Die Reaktion des Innensenators auf diese Enttarnung zeugt von großer (Begriffs-)Verwirrung in Kombination mit der Taktik „Angriff ist die beste Verteidigung": Ja, Klaus H. sei Polizeibeamter gewesen, aber kein Under-Cover-Agent, denn nach seinem Dienstantritt (November 1983) habe er nicht mehr für die Polizei gearbeitet. Er sei nämlich auf dem Gebiet des Terrorismus und Extremismus tätig. Ob für den Verfassungsschutz, wollte Kröning weder bestätigen noch verneinen.

Nein, die Tätigkeit dieses Beamten habe mit der Bespitzelung der Friedensbewegung nichts zu tun, denn seiner Ansicht nach sind „KDK" und „KGB" keineswegs „*integrale Bestandteile der Friedensbewegung*". („Weserkurier", 5.10.84).

Krönings langjähriger Parteifreund und stellvertretender Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (ASJ), Horst Isola, sieht das anders: „*Da wurde doch nur das Etikett gewechselt.*" Für ihn bleibt die Versetzung des Klaus Dieter Hoffmann von der Polizei zum VS eine politisch skandalöse Agententätigkeit innerhalb der Bremer Friedensbewegung. Er hat daraus die Konsequenz gezogen und seinen Sitz im Vorstand des SPD-Unterbezirks-Ost, aus dem auch Kröning stammt, zurückgegeben.

Bremer MEK und SEK

Wenn der Senator nun schon einmal die politische Dreckarbeit übernommen hat, den Einsatz von Polizeiagenten gegen Bürgerinitiativen zu rechtfertigen, warum dann nicht auch die Rechtfertigung anderer Formen geheimpolizeilicher Methoden?

Eine knappe Woche nach Aufdeckung des Polizeispitzels mußte Kröning die Vorwürfe gegen die Spezialeinheiten der Bremer Polizei, das Mobile Einsatzkommando (MEK) und das Spezialeinsatzkommando (SEK), im wesentlichen bestätigen. Gegen acht von insgesamt 66 Beamten laufen Disziplinarverfahren, gegen sieben von ihnen ermittelt zusätzlich die Staatsanwaltschaft. Trotzdem hält „der oberste Dienstherr der Ordnungshüter" an seinem Gesamturteil fest: „*Es handelt sich um eine vorzügliche Truppe. Die Vorwürfe sprechen weder gegen die Existenzberechtigung der Organisationseinheiten noch gegen die Integrität der ihnen angehörenden Männer ... Die Aufgaben und die Stellung der Spezialeinheiten von Kriminal- und Schutzpolizei bleiben unverändert.*" („Weserkurier", 11.10.84).

Diese „vorzügliche Truppe integrer Persönlichkeiten" war bundesweit dadurch bekannt geworden, daß sie

- wehrlose Menschen bei Einsätzen in Zivil, insbesondere bei Demonstrationen und in der Polizeiwache krankenhausreif schlagen;
- sich regelmäßig im Dienst und insbesondere vor Demonstrationseinsätzen betrinken;
- Prügeleien mit Kollegen anzetteln, wenn gerade keine linken Demonstranten greifbar sind;
- sich mit „Heil Hitler" begrüßen und Nazi-Lieder singen;
- Ganoven Tips aus Fahndungsbüchern geben und dafür freigehalten werden und „ab und zu" auch einmal ein Radio oder einen Fernseher bekommen;
- bei Hausdurchsuchungen und Festnahmen wertvolle Bilder, Drogen und andere nützliche Gegenstände in die eigene Tasche verschwinden lassen;
- an Urkundenfälschungen beteiligt sind.

Nachdem diese Praktiken nicht mehr zu vertuschen waren, werden jetzt gegen einzelne Ermittlungsverfahren eingeleitet. Selbst wenn es in Einzelfällen zu Verurteilungen kommen sollte, was höchst unwahrscheinlich ist, bleibt es nach dem Willen des Sozialdemokraten Kröning dabei: Bremen behält seine „vorzügliche" zivile Schlägertruppe.

KB Bremen



ZIVILPOLIZEI

„Das Überfallkommando" so lautet der Titel der 48-seitigen Broschüre über das Bremer SEK, das Sonderein-

„Das Überfallkommando" so lautet der Titel der 48-seitigen Broschüre über das Bremer SEK, das Sondereinsatzkommando. Der doppeldeutige Titel [illegible]

IM

spielt auf den Einsatz der für Schwerstkriminalität trainierten SEK-Turnschuhträger bei Demonstrationen an. „Zu Übungszwecken", wie der Innensenator Kröning in einem in der Broschüre abgedruckten Interview sagt. Denn, was soll man tun, wenn man von SEK-Beamten überfallen wird, die man vielleicht gar nicht als solche erkennt? Die Polizei rufen? Das geht ja nicht, sie ist schon da. Die Broschüre

ZWIELICHT

„SEK — Das Überfallkommando" beschreibt die Übergriffe auf demonstrierende Bürger, erzählt die Geschichte/n des SEK, untersucht, warum Ermittlungsverfahren und Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Polizisten so oft im Sande verlaufen und bringt einen Abdruck aus dem neuen Gössner/Herzog Buch „Im Schatten des Rechts". Erhältlich ist die von der

SEK

Bürgerinitiative „Bürger kontrollieren die Polizei" und der Bremer Jugend Presse in Zusammenarbeit herausgegebene Broschüre für DM 4,- in guten Buchläden oder bei der BI, Fehrfeld 60, 2800 Bremen 1.

BREMEN

Neue Geheimpolizei unter der Lupe

Buchvorstellung: »Im Schatten des Rechts - Methode der neuen Geheimpolizei«

Rolf Gössner
Uwe Herzog
Im Schatten des Rechts
Methoden einer neuen Geheimpolizei
Kiepenheuer & Witsch
Ratschläge zur Gegenwehr

380 Seiten.
Broschur DM 19,80
ISBN 3-462-01662-8

Rolf Gössner und Werner Herzog haben im vergangenen Monat ihr neues Buch „Im Schatten des Rechts — Methoden einer neuen Geheim-Polizei" veröffentlicht. Wir dokumentieren (leicht gekürzt) das Vorwort des Buches.

Unter dem Schlagwort „Moderne Verbrechensbekämpfung" wird in der Bundesrepublik seit Anfang der siebziger Jahre eine kriminalistische Entwicklung vorangetrieben, die in ihrer Gesamttendenz verfassungswidrige Elemente einer neuen Geheim-Polizei aufweist — der öffentlichen Kontrolle völlig entzogen.

Die geheimen Akteure: *Untergrundagenten, Agentprovokateurs/Lockspitzel, V-Leute, „Zivis", Kletten, ein dichtes Netz staatlich gelenkter anonymer Spitzel und Provokateure.*

Die geheimen Methoden: *„operative Fahndung" und „verdeckte Ermittlung", großangelegte Lausch- und Spähangriffe, Vorfelderfassung, „Verdachtsschöpfungs- und Verdachtverdichtungsstrategien" — also: nicht — wie früher polizeiüblich — abwarten, bis Anzeigen auf den Tisch flattern, sondern aktiv in die kriminellen und politisch verdächtigen Szenen eintauchen, sie konspirativ durchdringen, belauschen und observieren, erforderlichenfalls provozieren oder selbst Straftaten begehen.*

Die geheimen Mittel: *falsche Legenden, Verwendung von Tarnpapieren, Beschaffung konspirativer Wohnungen, Gründung von Scheinfirmen, Betreten von Wohnungen unter einem Vorwand, Einsatz von optischen und elektronischen Spezialgeräten wie Wanzen, Richtmikrophonen, Infrarotkameras — kurz: die breite Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel, die der Polizei nach der verfassungsmäßigen Ordnung eigentlich untersagt ist.*

Mit diesen geheimen Mitteln und Methoden ist die gesetzlich verankerte Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten — eine Konsequenz aus den mörderischen Erfahrungen mit der GeStaPo (Geheime Staatspolizei) im Nationalsozialismus — systematisch durchlöchert — ein eklatanter, aber einkalkulierter Rechtsbruch, der zu einem enormen staatlichen Machtzuwachs und zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen rechtsstaatlicher Garantien und bürgerlicher Freiheitsrechte führt. Gegenwärtig wird auf politischer und Polizeiführungsebene der Versuch unternommen, diese bereits praktizierten illegalen Methoden nicht etwa abzuschaffen, sondern zu legalisieren.

Dieses Buch handelt von einem verhängnisvollen Strukturwandel des Polizeiapparates und kriminalpolizeilicher Ermittlungsarbeit, die sich zunehmend krimineller Strukturen angepaßt und damit jenes zuvor lautstark beschworene „organiserte Verbrechen" erst klammheimlich mitschafft und mitorganisiert, anstatt es wirklich zu bekämpfen (wozu allerdings polizeiliche Mittel schon vom Ansatz her weitgehend untauglich sind).

Rolf Gößner befaßt sich in den ersten sechs Kapiteln mit dem Weg in eine neue Geheim-Polizei — bezogen auf die Bereiche „gewöhnliche" und „organisierte Kriminalität". Ausgehend von der Geschichte des Hamburger Polizeiskandals, in der es um jahrelange systematische Verflechtungen zwischen Kriminalpolizei und Unterwelt ging, schildert und analysiert er die geheimpolizeiliche Strukturentwicklung von der Planung und Rechtfertigung, über die praktische Umsetzung sowie diverse Legalisierungsversuche, bis hin zu den konkreten Auswirkungen. Anhand bisher streng geheimgehaltener Unterlagen, polizeifachlicher Literatur und zahlreicher Fälle, in denen Untergrundagenten, V-Leute und Lockspitzel agierten, arbeitet er die durch solche Einsatzmethoden wirksam werdenden Mechanismus heraus: Nämlich die nahezu zwangsläufig verbrechens- und korruptionsfördernden Strukturen moderner kriminalpolizeilicher Arbeit, die sich bis hinein in gerichtliche Verfahren verlängern und dort ihre Absicherung und Vollendung in Geheimprozessen finden.

Uwe Herzog untersucht in den folgenden Kapiteln den Einsatz geheimpolizeilicher Mittel und Methoden in alltäglichen Situationen, sowie insbesondere in politischen Zusammenhängen. Er schildert detailliert, wie Zivilbeamte, die immer häufiger und umfassender eingesetzt werden, arbeiten und welches Gefährdungspotential sie für die betroffenen Bürger darstellen — im Alltag und bei Demonstrationseinsätzen. Er untersucht darüberhinaus anhand unterschiedlicher Fälle den Einsatz von undercover agents in politisch-oppositionellen Szenen — wie sie etwa in Bürgerinitiativen eingeschleust werden und sich dort als „Mitglieder" getarnt betätigen, um unerkannt Informationen über politisch Aktive zu sammeln — aber nicht selten auch! Um zu provozieren, zu strafbaren Handlungen anzustiften, um so politische Bewegungen kriminalisieren zu können.

Für ihre geheimen Aufträge steht den getarnten Mitarbeitern der Polizei ein umfangreiches Handwerkszeug zur Verfügung. Uwe Herzog präsentiert die immer ausgeklügelteren nachrichtendienstlichen Mittel bis in technische Details; er widmet sich den sog. „Zielpersonen" und zeigt auf, wie man zu einer werden kann; er beschreibt die Observateure, wie sie arbeiten und stellt brisantes Material vor, mit dem sie geschult werden.

Dieses weite und dunkle Feld der Informationsbeschaffung leitet thematisch über zur Datenerfassung, -verarbeitung und -weitergabe. Ein vertraulicher Bericht des Bundesdatenschutzbeauftragten („VS — Nur für den Dienstgebrauch") an den Bundesinnenminister über die Prüfung der Datei des Staatsschutzes beim BKA dokumentiert auf drastische Weise, welches Ausmaß die staatliche Überwachung allein in diesem Bereich angenommen hat und in welcher unvorstellbaren Anzahl rechtswidrige Speicherungen über Jahre und Jahrzehnte hinweg aufrechterhalten wurden bzw. werden.

Ausgehend von diesem internen Dokument ... stellt Rolf Gößner die beklemmende Frage, ob Datenschutz im Sinne eines wirksamen Bürgerrechtsschutzes innerhalb des staatlichen Geheimbereichs überhaupt möglich ist. Um diese Frage beantworten zu können, analysierte er sämtliche Datenschutzberichte des Bundes und der Länder aus den vergangenen zwei Jahren und kommt zu dem Schluß, daß ein effizienter Datenschutz bisher nicht möglich ist.

Aus dieser Bilanz müssen politische Konsequenzen gezogen werden. Ein Ansatz, den wir nach Kräften unterstützen: Die Bildung von Bürgerinitiativen, die sich zum Ziel setzen, die öffentliche — nicht staatliche — Kontrolle des Polizeiapparates und von Polizeiverhalten selbst zu organisieren, den polizeilichen Alltag zu untersuchen, Polizeiopfern Hilfe zu leisten und möglichst breit über grundrechtswidrige Polizeigewalt und über gefährliche apparative und staatliche Entwicklungen aufzuklären.

Ambulante Dienste und 'Sozialstaat'

Ambulante Dienste (AD), das sind Einrichtungen, die Hilfeleistungen für pflegeabhängige Menschen (Alte und/oder Behinderte) anbieten. Ende der 70iger Jahre wurden die ersten AD von Selbsthilfeinitiativen aufgebaut, um den Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben außerhalb von Heimen und unabhängig von der Familie zu ermöglichen. Mittlerweile existieren AD in fast allen größeren Städten der BRD — die meisten Gruppen der Behindertenbewegung haben den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf AD gelegt. Gleichzeitig ist die ambulante Versorgung im Gesundheitswesen mittlerweile auch zum Reizthema staatlicher Sozialpolitik geworden. Da nämlich die ambulante Versorgung pflegeabhängiger Menschen in einem gewissen Rahmen billiger sein kann als stationäre Unterbringung, versprechen Geißler und Co. ,,mehr Geld für die häusliche Pflege'' (FR, 6.11.84) Motto: Da kann man doch mal sehen, daß Wirtschaftlichkeit und Humanität nicht im Gegensatz zueinander stehen müssen.

Das sich daraus ergebende Dilemma für die AD, gegebenenfalls mit ihrem emanzipatorischen Selbsthilfekonzept für staatliche Sozialdemontage mißbraucht zu werden, war ein immer wiederkehrendes Thema in den Veranstaltungen zu diesem Bereich auf dem Bremer Gesundheitstag.

Das gemeinsame emanzipatorische Konzept der AD, die sich und ihre Arbeit in den Veranstaltungen darstellten, basiert auf vier Prinzipien, deren Realisierung allerdings mit unterschiedlichen Modellen versucht wird:

— Der Hilfsbedarf wird vom Pflegeabhängigen je nach seinen/ihren Bedürfnissen und Wünschen selbst bestimmt, weil die Behinderten selbst die besten Experten für ihre Behinderung sind.

— Die Pflege wird von Laien erbracht, um fachlicher Überbehütung und Therapisierung entgegenzuwirken.

— Außer der Vermittlung gewisser Grundkenntnisse wird die Hilfskraft vom Pflegeabhängigen selbst angeleitet.

— Der Pflegeabhängige bezahlt die Hilfskraft nach einem festgelegten Stundensatz direkt und bar, um dadurch das physische Abhängigkeitsverhältnis ein Stück weit auszugleichen.

Indem die Betroffenen für die erbrachten Leistungen zahlt, wird es ihm zudem erleichtert, Ansprüche hinsichtlich der Ausführung der Hilfe anzumelden und durchzusetzen. Aus den Berichten der einzelnen AD über ihre Arbeit wurde allerdings deutlich, daß die Realisierung dieses Konzepts auf erhebliche Schwierigkeiten stößt.

Die Selbstbestimmung des Pflegeabhängigen bezüglich seines Bedarfs an Hilfe scheitert in den meisten Fällen daran, daß die wenigsten über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen, um ihren Bedarf zu bezahlen. Die meisten Kunden der AD haben Ansprüche gegen das Sozialamt oder andere Kostenträger. Diese müssen dem angemeldeten Bedarf aber zunächst einmal zustimmen und machen das wiederum vom Kostenumfang abhängig. Für die Betroffenen bedeutet das: **je billiger die Hilfskraft, desto größer die eigene Autonomie.**

Wollen die AD ihren Anspruch, selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, nicht aufgeben, sind sie gezwungen, möglichst billige Hilfeleistungen anzubieten. Damit das Sozialamt ,,mitspielt'', muß sich der AD in eine Solidargemeinschaft mit ihm einlassen: es wird ausgehandelt, was die leeren Kassen des Sozialbudgets noch zulassen. Gegenwärtig liegt die Verhandlungsbereitschaft der Kostenträger in Höhe des Betrags für einen mittleren Heimplatz, d.h. die AD werden so gezwungen, billiger als Heime zu sein, womit wir bei Geißlers Interessen angelangt wären.

Hinzu kommt, daß sich in nicht wenigen Städten ein Markt für ambulante Dienstleistungen entwickelt hat. Zunehmend bemächtigen sich nämlich die großen Wohlfahrtsverbände, die schon an Heimen verdienen, und Kirchen dieses Bereichs in Form von Sozialstationen u.ä. Freilich betrachten sie diese nicht als ausschließliche Alternative zum Ghetto Pflegeheim, wohl aber als billigere Versorgungsmöglichkeit pflegeleichter Menschen. Da sich diese Verbände im Gegensatz zu den AD nicht über die ambulante Hilfeleistung finanzieren müssen, weil sie andere Einnahmequellen haben und von ihrem Selbstverständnis her auch viel mit freiwilligen Helfern arbeiten, können sie die Preise der AD allemal unterbieten, wenn sie wollen, und stellen für die AD eine harte Konkurrenz dar.

Bei einigen AD hat dies dazu geführt, daß sie ihre Preise unterhalb der realen Selbstkosten angesetzt haben, was in der Ökonomie ,,Dumping-Konkurrenz'' genannt wird und als tendenziell selbstzerstörerisch gilt. Für die Hilfskräfte der AD bedeutet diese Situation, Arbeit unter frühkapitalistischen Bedingungen zu erbringen. Der durchschnittliche Stundenlohn in AD beträgt derzeit 10 DM, der niedrigste Satz liegt bei 3 DM, plus Anfahrtskosten. Von den anwesenden AD beschäftigen alle die Hilfskräfte unterhalb der Sozialversicherungsgrenze, d.h. zu der niedrigen Entlohnung kommt noch die miese arbeits- und sozialrechtliche Situation hinzu. Teilweise wird diese Situation für die Hilfskräfte dadurch abgemildert, daß die Arbeit in alternativen Projekten ein Stück mehr an Selbstbestimmung zuläßt als die herrschenden Produktionsbedingungen. Doch schleicht sich auf Dauer die Fremdbestimmung durch das Ausgeliefertsein an marktökonomische Zwänge einerseits und staatliche Abhängigkeit andererseits wieder ein. Der Kreis der Hilfskräfte setzt sich aus wenigen ABM-lern und vielen Studenten, Schülern und Arbeitslosen einerseits sowie FSJlern (FSJ = Freies Soziales Jahr) und ZDLern andererseits zusammen. Gegenwärtig kommt kein AD ohne Zivildienststellen aus. Obwohl die anwesenden AD sich darin einig waren, daß die Organisierung von AD mithilfe von Zivildienstleistenden nur eine Notlösung sein darf, und die Erbringung wichtiger sozialer Dienstleistungen durch Zwangsverpflichtete eindeutig abgelehnt wurde.

Sowohl für ZDLer als auch für den/die Pflegeabhängige/n ist die dem Zivildienst zugeordnete politische Funktion diskriminierend: Zivildienst als Strafe für die Verweigerung an der Waffe, als Disziplinarmaßnahme und Bewährungsprobe des sozialen Gewissens — der/die Behinderte als Prüfstein.

Um diesem Konzept des Bundesamtes für Zivildienst etwas entgegenzusetzen, orientiert sich der Bremer Soziale Friedensdienst in seinem Konzept der Individuellen Schwerstbehindertenbetreuung (ISB) an den Bedürfnissen der ZDLern, diese Zwangslage soweit wie möglich aufzuheben. Dort wird den Zivildienstleistenden ermöglicht, während ihres Zivildienstes an ihrer Kriegsdienstverweigerung weiterzuarbeiten. Wöchentlich treffen sich alle ZDLer 5 Stunden während ihrer Arbeitszeit, um sich mit ihrer Situation als Kriegsdienstverweigerer auseinanderzusetzen.

Obwohl sich die AD also die Zwangslage der ZDLer faktisch zunutze machen, können sie auf deren Einsatz heute nicht verzichten, denn das hätte zur Folge, daß Schwerstbehinderte zurück ins Heim selektiert würden, da unter den derzeitigen Bedingungen eine ambulante rund-um-die-Uhr-Betreuung nicht anders durchsetzbar ist.

Insgesamt wurde von den AD festgestellt, daß sie in der gegenwärtigen Situation weder ein ausschließlich an den Bedürfnissen der/des Pflegeabhängigen noch eine angemessene Bezahlung der Helfer/innen durchsetzen können. Gleichzeitig ist aber auch klar, daß die AD gegenwärtig in das sozialpolitische Konzept eingebunden sind, indem sie billig arbeiten und ihre Existenz in keinster Weise gesichert ist. Vielmehr ist zu erwarten, daß ihnen langfristig das Wasser abgegraben wird aufgrund ihres Anspruchs, durch ambulante Betreuung allen Pflegeabhängigen ein autonomes Leben unabhängig von Billigkeitserwägungen zu ermöglichen (was bei umfangreichem Hilfsbedarf auf jeden Fall teurer als Heimunterbringung ist); aufgrund ihres Anspruchs, daß die Pflege nicht zurück in die Familie verlagert werden darf, und aufgrund ihres Anspruchs, daß AD keine Ergänzung zu Heimunterbringung sein darf, sondern eine A l t e r n a t i v e ist, die helfen soll, Heime grundsätzlich abzuschaffen. Ein Anzeichen hierfür ist bereits, daß das Geißlersche Förderprogramm für ambulante Versorgung die AD explizit ausschließt und die Mittel daraus nur an die Sozialstationen der Wohlfahrtsverbände vergeben werden. Zu vermuten ist also, daß AD in der BRD solange existieren werden, wie sie sich in die Sozialpolitik einbinden lassen, was zumindest die Gefahr in sich birgt, daß die AD tendenziell die Sozialdemontage mit stabilisieren.

Das darf andererseits aber nicht dazu führen, deshalb auf die Organisierung von AD zu verzichten oder die Existenz der bestehenden AD in Frage zu stellen. Denn Fakt ist, daß ein Leben außerhalb von Heimen für Pflegeabhängige ohne AD nicht geht. Zum anderen sind die AD ein Teil des Kampfes für die Abschaffung aller Heime und Sondereinrichtungen. Nur durch AD werden die Betroffenen befähigt, gegen ihre Unterdrückung und Aussonderung anzugehen; die AD schaffen daher die Voraussetzungen für die politische Arbeit. Die ambulanten Versorgungsangebote der Kirchen und Wohlfahrtsverbände sind daher auch keine Alternative zu den Ambulanten Diensten von Selbsthilfegruppen. Zum einen ist ihre Pflegequalität eine ganz andere, da sie nicht von dem oben skizzierten emanzipatorischen Ansatz der Selbstbestimmung der Betroffenen ausgehen, sondern ambulantes Leben auf die Versorgung mit Dienstleistungen reduzieren. Zum anderen werden die Wohlfahrtsverbände die ambulante Versorgung nur solange aufrechterhalten, solange ihre Heime dadurch nicht gefährdet werden.

Eine weitere, heute ganz wesentliche politische Aufgabe der AD ist es, die Hintergründe der jüngsten Bekundungen der Bundesregierung — aber auch der ehemaligen SPD-Regierung—, künftig die ambulante Versorgung der stationären Unterbringung vorzuziehen aufzuzeigen und klar zu machen, daß deren Konzept sich letztendlich gegen die Interessen der Betroffenen wendet. Deren Ziel ist eindeutig: Institute wie Nachbarschaftshilfe sollen ausgebaut werden, um die Versorgung Pflegeabhängiger wieder den Familien-Angehörigen — und hier insbesondere der Frauen — aufzulasten.

Das paßt genau in das Blüm-Konzept der ,,sanften Macht der Familie''; die Familie als Keimzelle des Staates und Auffangnetz sozialer Probleme.

Auch das Konzept des hessischen Sozialministers Armin Claus zeigt, wo der Hase lang läuft: ,,*Die Pflege des privat pflegenden Angehörigen soll nicht durch professionelle Dienste abgelöst werden. Es geht vielmehr darum, daß der Angehörige, der die Hauptlast der Pflege trägt, soweit unterstützt und abgesichert wird, daß ihm die oftmals über Jahre gehende schwere Last der Pflege überhaupt erst zumutbar und erträglich wird*'' ... und noch deutlicher: ,,*Schon aus Kostengründen sollten die pflegenden Angehörigen nicht aus der Pflegesituation entlassen werden*'' (,,Droht eine Gesellschaft von Taschengeldempfängern?'', S. 6 und 9). Zudem soll die ambulante Versorgung auf keinen Fall die Heime ablösen, sondern die Kosten in diesem Bereich durch Herausnahme der ,,integrierfähigen'' Behinderten senken. So heißt das Ziel des Clauss-Konzepts: ,,*Bereithaltung eines qualifizierten und ausreichenden Heimbettenangebots für die Pflegefälle, die aus sozialen und medizinischen Gründen nicht mehr zuhause gepflegt werden können*'' (ebd., S.8).

Und in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, FAMILIE und Gesundheit, Band 80, zur ,,Anzahl und Situation zu Hause lebender Pflegebedürftiger'', heißt eine der wichtigsten zukünftigen Maßnahmen: ,,*Ausbau der Heimplätze und Ausbau von Sonderschulen zur Tagesstätten mit Internat*''.

Die Bayern aber sind doch mal wieder die Ehrlichsten von allen. Sie haben sich eine ganz besondere Form von Förderung der Nachbarschaftshilfe überlegt... (siehe Kasten).

th., Ffm

Ort

Ort Datum

[illegible]

An die
Gemeinde / Stadt

Zutreffendes bitte ankreuzen [x] oder ausfüllen!

Vorschlag

auf Auszeichnung mit einer Dank- und Ehrenurkunde für besondere Verdienste um pflegebedürftig behinderte Menschen;

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 14.06.84*

1 Personalien der zu ehrenden Pflegeperson

1.1 Name — Anschrift:
Vorname — Straße, Hs.-Nr.
Geburtsdat. — Postleitz. / Ort

1.2 Die Pflegeperson übt die Pflege aus

[ ] als eine dem pflegebedürftigen behinderten Menschen nahestehende Person (Ehegatte, Kind, Elternteil, Geschwister, andere Verwandte, Freund usw.)
[ ] im Wege der nachbarlichen Hilfe
[ ] im Rahmen eines anderen sozialen Dienstes

2 Personalien des gepflegten behinderten Menschen

2.1 Name — Anschrift:
Vorname — Straße, Hs.-Nr.
Geburtsdat. — Postleitz. / Ort

2.2 Der pflegebedürftige behinderte Mensch

[ ] besitzt einen gültigen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „H" (Hilflosigkeit)
[ ] ist Bezieher eines Pflegegeldes oder einer Pflegezulage

3 Die Pflege wird geleistet

[ ] im häuslichen Bereich
[ ] nicht im häuslichen Bereich (bitte nähere Angaben)

b.w.

* veröffentlicht im Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung Nr. 13 vom 01.07.84 S. A 1461 und Bayerischen Staatsanzeiger Nr. 26 vom 29.06.84)

»Kann denn Liebe Sünde sein ...«

Dieses wunderbare Lied von Zarah Leander ertönte — sicher erstmals — am 13.10. in einer katholischen Kirche: im Bonner Münster nämlich, als sich dort ca. 2000 Abtreibungsgegner zu einem ,,Sühnegottesdienst'' mit anschließender ,,Sühneprozession'' durch die Bonner Innenstadt versammelt hatten.

Nun gehörte dieses Lied selbstverständlich nicht zum Programm des Gottesdienstes. Dort waren eher fromme, doch nichtsdestotrotz flammende Fürbitten und Predigten gegen den ,,Massenmord im Mutterleib'', gegen die ,,weltweite geistige Umweltverschmutzung von bisher nicht bekanntem Ausmaß'' gefragt.

Die gelungene Störaktion mittels eines Kassettenrekorders geht auf das Konto von §218-Gruppen, die rechtzeitig von dem Vorhaben der ,,Bewegung 'Rettet das ungeborene Leben' e.V.'', der Initiatorin dieser ,,unpolitischen religiösen Veranstaltung'', wie sie selbst schreiben, Wind bekamen.

Die Veranstaltung hat aber nicht nur wegen der Störaktionen von hauptsächlich Frauen nicht zu dem Erfolg geführt, den man sich erhofft hatte: ,,*In Paris sind mehr als eine Million Katholiken für das Überleben katholischer Schulen auf die Straße gegangen. Wir hier haben das voller Bewunderung registriert und sind dann zur Tagesordnung zurückgekehrt. Frankreich ist weit. Aber hier bei uns geht es um noch viel mehr als um das Überleben katholischer Schulen. Hier bei uns geht es um das Überleben vieler tausender Kinder, etwa 700 an einem Tag. Für das Lebensrecht dieser Kinder werden am 13. Oktober, dem Fatimatag, in Bonn Menschen auf die Straße gehen. Gelingt es uns in Deutschland, für ein Anliegen, das noch wichtiger als Schulen ist, massenhaft Menschen zu mobilisieren?*'' (,,Neue Bildpost'' vom 16.9.84 — die ,,Neue Bildpost'' ist eine katholische — allerdings nicht offiziell kirchliche — Wochenzeitung im ,,Bild''-Stil mit einer Auflage von 250.000, die sich besonders für das Abtreibungsverbot einsetzt.)

10-15.000 Menschen waren beim Bonner Ordnungsamt für die ,,Sühneprozession'' angemeldet. Aus dem ganzen Bundesgebiet sollten sie anreisen — tatsächlich ist fast ausschließlich der Süden vertreten gewesen. Die Forderungen der ,,Sühneprozession'' und der anschließenden Kundgebung reichten von ,,Abschaffung der Finanzierung von Abtreibung durch die Krankenkassen'' bis hin zum Verbot aller Verhütungsmittel. Und immer wieder: der Ruf nach einer radikalen Wende, um das Aussterben des deutschen Volkes zu verhindern. Transparente und Sandwiches wurden nicht getragen, dafür Holzkreuze mit der Aufschrift ,,Sühnekreuz''. Auffallend viele Kinder, auch kleine, und eine große Anzahl Jugendlicher der ,,Europäischen Pfadfinder Mariens'' — einer uns bis dato völlig unbekannten Gruppierung — nahmen teil. Dieser nach außen hin möglichst unpolitisch, dafür religiös gehaltene Anstrich der Veranstaltung war wohl bewußt gewählt: damit hatte man gehofft, die Bistümer für die Mobilisierung zu gewinnen. Immerhin haben die schon mal allein in NRW 20.000 auf die Straße bringen können, als es darum ging, in Essen die Einrichtung eines Schwangerschaftskonfliktzentrums zu verhindern. Dieses Vorhaben ging diesmal aber völlig in die Hose: außer Kardinal Höffner — immerhin! — hat sich kein Bischof zu einem öffentlichen Aufruf zu der Aktion bewegen lassen.

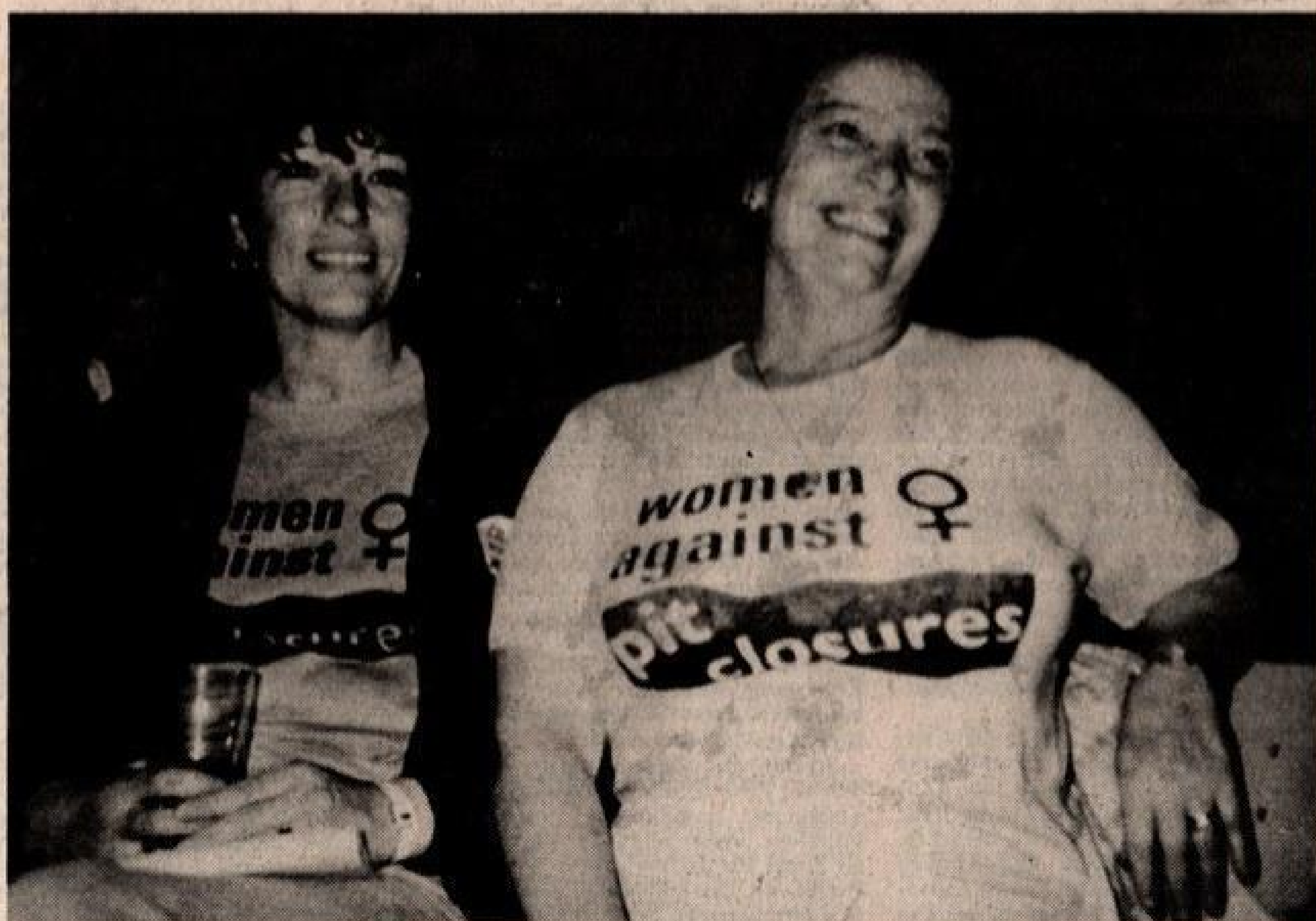
Zu diesem ,,unpolitischen Bild'' paßt auch, daß die Veranstaltung nicht mit den Namen bestehender Abtreibungsgegner-Gruppen in Verbindung gebracht werden sollte: die Bewegung ,,Rettet das ungeborene Leben'' mit Sitz in 6976 Königheim-Pülfringen scheint extra für diesen Anlaß aus der Taufe gehoben worden sein. Als Unterstützer erscheinen nirgendwo — wie eigentlich zu erwarten gewesen wäre — die bekannten Namen o.e. Gruppen, sondern harmlos und kirchlich klingende wie Kolpingfamilie, Malteser, katholisches Männer(!)werk u.a.

Zarah Leanders schöner Gesang wurde zwar schnell abgestellt, hatte aber doch die Predigt sichtlich gestört. Etwa 70 Frauen und einige Männer machten sich auch noch durch Pfeifkonzerte und Transparente, die allerdings schnell von der Polizei beschlagnahmt wurden, bemerkbar. Die Kundgebung verlief dadurch längst nicht so reibungslos, wenn sie auch nicht abgebrochen werden mußte. So schön es ist, daß diese Veranstaltung gestört werden konnte und zudem — gemessen an den Plänen der Initiatoren — eher kläglich ausfiel, ist es immerhin doch ein ernstgemeinter — und von uns ernst zu nehmender — Versuch, eine ,,moral majority'' a la USA zu organisieren. Nach dem Kongreß ,,Ehrfurcht vor dem Leben'', der vom 24. bis 27. Mai dieses Jahres von der ,,Insel für das Leben'' organisiert wurde, ist dies die zweite b u n d e s w e i t e Großveranstaltung der Abtreibungsgegner. Und: zum ersten Mal richtet sich die Bewegung von der Straße aus direkt an die Regierung. An eine konservative noch dazu!

Li., mit Unterstützung von Bi./Köln

»Women against pit closures«

Interview mit zwei britischen Bergarbeiterfrauen



Cathy und Margret auf einer Hamburger Veranstaltung am 2. Oktober

Seit März dieses Jahres streiken die Bergarbeiter in England, und vieles deutet darauf hin, daß sie diesen Streik noch länger durchhalten müssen, um ihre Ziele zu erreichen — und es offenbar auch noch können.

Entscheidenden Anteil daran, daß Entbehrungen, Aushungern, einschüchternde Polizeieinsätze und bösartige Medienhetze bislang nicht zermürbend wirkten, haben die britischen Bergarbeiterfrauen. Schon unmittelbar nach Beginn des Streiks haben die Frauen begonnen, das „Alltägliche" wie Nahrungsmittelbeschaffung, Spendensammlungen, Verteilung der Lebensmittel zu organisieren. Sie haben damit eine wichtige Grundlage für das Durchhalten des Kampfes geschaffen. Darüberhinaus haben sie Frauengruppen gebildet, von denen Initiativen für Solidaritätsaktionen und -demonstrationen zur Unterstützung der Streikenden durchgeführt werden, sie haben Kontakte zu anderen Frauengruppen, Komitees und Vereinen aufgenommen. Sie haben eine Bündnisarbeit für die Streikenden entwickelt — sie sind sogar in andere Länder gereist, um internationale Solidarität mitaufbauen zu helfen.

Dabei hat sich für die Frauen selbst auch sehr viel verändert, in ihrer Beziehung zur politischen und gewerkschaftlichen Arbeit, in ihrem Verhältnis zum Staat und zur Staatsgewalt und nicht zuletzt in ihrem Verhältnis zu ihren eigenen Männern.

Bei einer Veranstaltung zum britischen Bergarbeiterstreik machten wir mit zwei britischen Frauen — Margret und Cathy — die diesen Streik mit unterstützen, folgendes Interview in Hamburg.

Margret: Mein Name ist Margret, ich lebe in einer Bergarbeitersiedlung in South Yorkshire. Ich arbeite dort in der Kantine eines Bergwerks. Ich bin die Frau eines Bergarbeiters, d.h. ich war es. Jetzt bin ich Witwe. Ich war vorher nicht politisch aktiv. Ich habe vorher nie irgendwelche vergleichbare Erfahrungen gemacht. Ich habe viel gelernt, was ich ohne diesen Streik niemals gelernt und erlebt hätte.

Cathy: Ich heiße Cathy. Ich komme aus Sheffield in Yorkshire. Sheffield ist bekannt für seine Schwerindustrie, und ich bin neben einem großen Stahlwerk aufgewachsen. Sheffield hat eine starke Gewerkschaftstradition. Seine Geschichte dreht sich um Arbeit und die Arbeiterklasse. Das spiegelt sich auch in der Stadtverwaltung etc. wider. Wenn ihr dahin kommen sürdet, würdet ihr das merken. Mein Mann ist Maschinenbauer, der selbst während seines Arbeitslebens durch viele Arbeitskämpfe gegangen ist. Ich bin vorher eigentlich nicht aktiv in der Gewerkschaftsbewegung gewesen. Obwohl ich immer Gewerkschaftsmitglied war. Ich bin auch nicht in Parteipolitik oder dergleichen geschult, aber es gibt ein Klassenbewußtsein untereinander.

Ich begann vor kurzem in der Frauenbewegung aktiv zu werden, also noch vor dem Streik. Ich war an einem „cancer-screening"-Projekt (Krebsschutz) beteiligt, wo insbesondere die Gesundheit der Fabrikarbeiterinnen untersucht wurde. Wir haben außerdem für die Friedensfrauen in Greenham Konserven gesammelt, als eine Geste der Unterstützung.

Ich selbst habe immer Teilzeit gearbeitet, was einem wenig Glaubwürdigkeit innerhalb der Gewerkschaften in Britannien gibt. Wenn man Teilzeit arbeitet, speziell als Frau, erhält man nicht die Unterstützung, die ein Vollzeit-Arbeiter bekommt. Das soll keine Kritik sein, so ist es eben. Vor zwei Jahren bekam ich einen Job bei unserer Ortsverwaltung. Ich arbeite mit den Leuten in der Gemeinde zusammen, z.B. mit Arbeitslosen, Mietervereinigungen, Müttergruppen etc.

AK: Das Ziel des Bergarbeiterstreiks ist, die Schließung von Kohlezechen zu verhindern. Ihr habt zur Unterstützung des Streiks Frauengruppen gebildet. Welche Rolle spielen diese Gruppen?

Cathy: Mein Mann war einmal 10 Wochen an einem Streik beteiligt. Wir haben damals kein Geld gehabt, wenn uns nicht die Bergarbeiter unterstützt hätten. Die Bergarbeiter haben ein sehr

Cathy: Mein Mann war einmal 10 Wochen an einem Streik beteiligt. Wir haben damals kein Geld gehabt, wenn uns nicht die Bergarbeiter unterstützt hätten. Die Bergarbeiter haben ein sehr

großes Ansehen bei den arbeitenden Menschen in Britannien. Sie repräsentieren die wahre Stärke der Gewerkschaftsbewegung. Es ist wichtig, das zu wissen, damit ihr verstehen könnt, weshalb sie so viel Unterstützung erhalten. Sie müssen eine furchtbare Arbeit Tag für Tag unter Tage verrichten, und sie erhalten einen sehr geringen Lohn dafür.

Als dann die Bergarbeiter in den Streik traten, ging es nicht um eine Auseinandersetzung über Löhne und Arbeitsbedingungen, es war ein Kampf gegen Arbeitslosigkeit, um die Rettung von Arbeitsplätzen. Sie kämpften für den Erhalt ihrer Industrie. Wir begannen einfach damit, Nahrungsmittel für die Gruben zu sammeln, die rund um Sheffield liegen — es sind 15 Gruben und 2 Werkstätten. Unser lokaler Gewerkschaftsrat (besteht aus Vertretern verschiedener Gewerkschaften — Anm. AK) gründete dann ein Bergarbeiter-Unterstützungskomitee und unsere Frauengruppe wurde gebeten, in diesem Komitee mitzuarbeiten und eine Vertreterin zu entsenden. Das war wichtig für uns, wir waren als eine vertrauenswürdige Gruppe anerkannt. Wir standen als Gruppe immer mit der NUM (die Bergarbeitergewerkschaft: National Union of Miners — Anm. AK) in Verbindung. Es ist ihr Kampf, und wir sind ganz eindeutig dazu da, um sie zu unterstützen. Wir sind nicht hier, um den Streik anzuführen. Wir haben eine sehr gute Beziehung als Frauengruppe zu den Männern aus der NUM. Wir haben nicht versucht, uns in den Vordergrund zu spielen, sondern zusammenzuarbeiten.

Wir fingen dann an, die Frauen aus unserer Umgebung zu ermutigen, zu unseren Treffen zu kommen. Wir haben angefangen, eine Menge neuer Dinge zu tun, wie auf die Straße gehen und Geld sammeln, zu Gewerkschaftsveranstaltungen, in die Fabriken und Werkstätten gehen, um zu diskutieren.

Margret: Wir wurden durch eine Frauenunterstützergruppe aus Sheffield organisiert. Die Frauen kamen aus verschiedenen Orten und aus verschiedenen Berufen. Sie haben uns gelehrt, wie man sich organisiert, wie man Spendensammlungen durchführt, wie wir uns selbst und unsere Familien versorgen können.

Margret: Wir wurden durch eine Frauenunterstützergruppe aus Sheffield or-
wirklich nichts ist. Sie könnten evt. bei der Stadtverwaltung eine Mietminde-

Cathy: Die Frauen der Sheffielder Frauengruppe gegen die Grubenschließungen (Sheffield women group against pit closures) — das ist die Gruppe, aus der wir kommen, und über die wir sprechen — besteht aus Frauen, die aus allen Berufssparten kommen — es gibt bei uns Studentinnen, Arbeitslose, Verkäuferinnen, Lehrerinnen, Friedensfrauen, Krankenschwestern. Manche Frauen waren früher schon engagiert, viele sind neu während des Streiks dazu gekommen, um den Bergarbeitern zu helfen.

Margret: Ihr solltet aber auch noch wissen, daß es solche Gruppen nicht nur in Sheffield gibt, sondern überall im Land, in Wales, Schottland, Kent. Diese Unterstützungsgruppen verzweigen sich dann in die Bergarbeitersiedlungen und helfen dort.

AK: Seit über sieben Monaten erhalten die Bergarbeiter keine Löhne mehr. Wie organisiert und bewältigt ihr in dieser Situation das alltäglich Notwendige?

Margret: Wie wir das alltägliche Leben bewältigen? Das ist sehr schwer. Es wird von Tag zu Tag schwerer und ohne all diese Organisationen und anderen Gewerkschafter würden wir jetzt Gras essen, obwohl das, was wir täglich bekommen, nicht viel besser ist als Gras.

Wir bekommen nicht viel Geld. Ich z.B. erhalte überhaupt keins. Ein Ehepaar z.B. ohne Kinder erhält 6 Pfund 45 (entspricht etwa DM 16,- — Anm. AK) staatliche Unterstützung, was wirklich nichts ist. Sie könnten evt. bei der Stadtverwaltung eine Mietminderung beantragen.

Es gibt aus meinem Dorf ein Beispiel mit dem Verleih von Fernsehern und Videorecordern. Die Geräte sind meist auch aus dem örtlichen Laden. Der Besitzer hat sich an die Familien gewendet und gesagt: Macht euch keine Sorgen, behaltet den Fernseher, behaltet den Videorecorder, und am Ende des Streiks könnt ihr dann wieder anfangen, zu bezahlen. Das ist natürlich gut, weil er an die Menschen denkt, und er auch genau weiß, daß sein Lebensunterhalt von den Bergarbeitern dieses Dorfes abhängt.

Ja, was die Lebensmittel angeht. Wir haben eine Lebensmittelverteilung in unserem Dorf einmal in der Woche. Die Männer müssen sich in einer Schlange anstellen für eine Plastiktüte voll Essen. Nun, die Bergarbeiter sind sehr stolz. Die ersten paar Wochen, in denen wir diese Lebensmittel verteilten, konnten wir sie nicht dazu bewegen, sich in einer Schlange anzustellen. Aber die Zeiten sind härter geworden, und jetzt müssen sie es tun. Aber was mich schwerer trifft als alles andere ist, wenn keine Pakete mehr übrig sind und wir sagen müssen: Es tut mir leid, komm' nächste Woche wieder und versuch es erneut.

Die alleinstehenden Männer bekommen überhaupt kein Geld. Sie sind abhängig von den Eltern oder anderen Familienmitgliedern und von der Unterstützung anderer. Andere Gewerkschaften oder politische Gruppen übernehmen sogenannte Patenschaften, wir erhalten z.B. durch so eine Patenschaft jeden Monat für unsere Siedlung 100 Pfund (entspricht etwa DM 250,- — Anm. AK).

Cathy: Das Geld, das so eine Koordinationsgruppe, wie die in Sheffield, bekommt, wird gleichmäßig auf die 15 Gruben und 2 Werkstätten verteilt. Und das passiert überall so. Das bedeutet, daß Familien ein Nahrungsmittelpaket bekommen können, so wie Margret sagt, falls eben Geld genug vorhanden ist.

Was wir jetzt brauchen, sind warme Winterkleidung, Schuhe und Stiefel. Die Kinder wachsen, und sie brauchen neue Sachen. Da wir einen guten Sommer hatten konnten die Leute viel rausgehen. Sie benutzten keine Elektrizität, und es gab Tomaten, Salat und ähnliches Essen, was nicht so teuer war. Aber wenn es Winter ist, braucht man warmes Essen. Essen, das einen widerstandsfähig hält und Energie gibt. Deshalb müssen wir jetzt überall Suppenküchen aufbauen, wo Frauen Nahrung verteilen. Wir haben bereits Suppenküchen in Yorkshire und Schottland. Wir müssen einfach unsere Anstrengungen verdoppeln. Das ist auch der Grund, weshalb wir in die BRD gekommen sind. Wir müssen internationale Verbindungen herstellen, um Unterstützung zu bekommen. Es wird nicht leicht sein. Die Menschen werden bitter und bedrückt sein, aber sie werden den Kampf weiterführen.

ter und bedrückt sein, aber sie werden den Kampf weiterführen.

Margret: In unserem Dorf müssen wir uns jetzt neue Ideen einfallen lassen, denn ihr könnt euch vorstellen, daß wir aus den Spendensammlungen nicht allzu viel Geld erhalten, weil es so viele Streikende gibt. Wir hängen von alten Pensionären ab, die übrigens großartig sind. Wir haben Flohmärkte organisiert mit Kleidung, die niemand mehr haben wollte, viele Bergarbeiterfrauen haben warme Kleidung für ihre Kinder genommen, weil sie an den Winter dachten.

Erst kürzlich sind wir auf die Idee gekommen, Handschuhe zu stricken. Ich habe eine Anzeige am Schaufenster unseres Ladens angebracht: Habt ihr alte Wollknäuel zu Hause, hättet ihr Lust, Handschuhe zu stricken und damit Geld für die Bergarbeiter zu besorgen? Falls ja, werden wir ein „knit a mitten" (etwa: „Strick einen Handschuh")-Treff veranstalten. — Die Reaktion war phantastisch, denn die Leute hatten alte Wollknäuel, sie kamen, bekamen Strickmuster und wir begannen, Handschuhe zu stricken. Bei Mark und Spencer (englisches Kaufhaus) werden solche Handschuhe für 1 Pfund 85 verkauft. Wir werden sie für 1 Pfund das Paar verkaufen. So versuchen wir, Spenden zu bekommen.

AK: Ihr habt auch eine große Frauendemonstration durchgeführt ...

Cathy: Tatsächlich gab es zwei Frauendemonstrationen, die auch von Frauen organisiert waren. Eine fand zu Beginn des Streiks in Barnsley statt. Barnsley ist eine sehr kleine Bergarbeiterstadt. Das war im zweiten Streikmonat und 10.000 Frauen, wirklich nur Frauen kamen an diesem Tag. Die Presse schenkte uns allerdings sehr wenig Beachtung. Im August hatten wir dann die nationale Frauendemonstration, die organisiert war von Frauen aus vielen verschiedenen Bergarbeiterregionen und von Frauen aus der Gewerkschaftsbewegung in London. Bis zu 20.000 Frauen gingen an diesem Tag nach London, und wieder gab es in den Medien eine kaum nennenswerte Berichterstattung für uns.

Margret: Aber die Männer standen an den Straßenseiten und applaudierten den Frauen, sie standen einfach da und zeigten ihre Begeisterung. Es war phantastisch. Ich bin froh, daß ich dabei gewesen bin.

AK: War es für viele Frauen das erste Mal, daß sie an einer Demonstration teilgenommen haben?

Cathy: Viele Frauen sind sogar vorher nie in London gewesen.

Margret: Ich bin vorher niemals aus meiner Bergarbeitersiedlung herausgekommen.

Cathy: Viele Frauen haben nie ihre kleinen Dörfer verlassen. Viele Frauen haben niemals irgendwelchen Kontakt zu irgendeiner Art von Politik gehabt, sie waren eben eingebunden in ihre Familie, ihr Zuhause. Sie waren ängstlich bei dem Gedanken, nach London zu fahren, es war so weit weg. Aber es gab so viele Dinge, die sie das erste Mal in ihrem Leben taten, nicht wahr, Margret.

Margret: Ich hatte nie in meinem Leben etwas Vergleichbares erlebt.

AK: Wie erlebt ihr die Polizei in euren Orten?

Margret: Vor dem Streik gab es in unserem Dorf nur einen Ortspolizisten. Das Gebiet ist nicht sehr groß, einer genügte. Er war freundlich zu allen Jugendlichen, so wie sich das gehört. Die Jugendlichen grüßten ihn ebenfalls freundlich mit „Hello, Tom". Seit Streikbeginn ist dieses Verhalten anders, gerade gegenüber den jungen Burschen, die Streikposten stehen. Man war gewohnt, die Polizisten mit ihren altmodischen Helmen zu sehen. Das ist jetzt auch vorbei, sie haben Helme mit Visier, Schutzschilder und Knüppel. Sie versuchen auch, die Menschen zu demoralisieren. Ein Polizist hat zu den Frauen im Nachbardorf gesagt: „Was bekommen denn eure Kinder zu Weihnachten?" Aber die Frauen haben gut reagiert. Sie drehten sich um und antworteten: „Nun, unsere Männer werden wenigstens zu Hause sein, an welchem Einsatzort aber werdet ihr sein?" Seht ihr, sie versuchen, uns zu verletzen, aber wir halten zusammen.

Cathy: Fairerweise muß man allerdings sagen, daß die Polizei bisher nicht so gewalttätig ist, wie es uns in Berichten über die Polizei auf dem Kontinent geschildert wurde, besonders was den Einsatz von Wasserwerfern, Gas, Waffen und dergleichen angeht. Aber es hat einschneidende Veränderungen in

schildert wurde, besonders was den Einsatz von Wasserwerfern, Gas, Waffen und dergleichen angeht. Aber es hat einschneidende Veränderungen in

der Haltung der Polizei gegeben während dieser Auseinandersetzung. Wir haben Gruppen von Freiwilligen gebildet z.B. aus Lehrern, die die Polizei bei Streikeinsätzen überwachen. Sie machen Berichte an die Polizeikomitees (in den örtlichen Verwaltungen) und an die örtlichen Autoritäten (gemeint sind etwa Bürgermeister, Gemeinderäte etc.), wie die Polizei z.B. bei Verhaftungen vorgegangen ist.

AK: Frauen beteiligen sich auch an den Streikposten vor den Gruben. Was sind da eure Erfahrungen?

Margret: Zuerst waren die Männer aus meinem Dorf nicht sehr begeistert davon. Sie sagten z.B.: „Wer ist verantwortlich für euch, wenn ihr verhaftet werdet?" Oder sie sagten, daß die NUM für die Frauen keine Geldbußen zahlen würde, sie hätten schon genug für die Männer zu zahlen. Aber wir beruhigten sie, wir erzählten ihnen, daß wir Unterstützungskomitees gegründet hätten, in denen auch Anwältinnen sind, die sich mit dem Gesetz auskennen und die den Frauen helfen würden.

So gingen wir dann auf Streikposten, aber die Männer saßen da mit langen Gesichtern und waren damit nicht einverstanden. Als wir das erste Mal rausgingen, beachtete die Polizei uns nicht, sie konnten sich die Frauen nicht anders als in einem sehr traditionellen Sinne vorstellen. Aber jetzt gehen immer mehr Frauen auf Streikposten, inzwischen sind es hunderte von Frauen, und die Polizei reagiert darauf. Sie fangen an zu fluchen und reagieren mit Schmähungen und Einschüchterungen. Sie behandelt uns heute ebenso wie die Männer. Aber wir lassen uns nicht einschüchtern; was uns beschäftigt, ist, daß wir den Kampf gewinnen.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Cathy: Ja, nachdem sie gemerkt haben, daß Frauen sehr aktiv sein können, behindern sie uns auch. Jetzt sind es schon wesentlich mehr Polizisten als am Anfang. Wenn wir jetzt kommen, rollen sie mit vielen, vielen Wagen an. Neulich waren wir mit etwa 60 Frauen auf Streikposten, es war also keine besonders große Gruppe, aber es waren doppelt so viele Polizisten da. Die Frauen waren emotional aufgeladen, man wird wütend, wenn man sieht, wie arbeitende Bergarbeiter einfahren. Die Frauen riefen jedenfalls, Scab! (etwa: Streikbrecher, aber auch Schuft u.ä., es gilt als eine Beleidigung). Es war auch eine etwa 49 Jahre alte Frau dabei, sie hat 4 Kinder, und sie war vorher noch niemals aktiv. Die Polizei ging auf diese Frau zu und sagte: Du bist verhaftet, denn du hast gerufen. Wir standen etwa 1 1/2 Stunden vor ihr und deckten sie, damit die Polizisten sie nicht greifen konnten. Es wurde schon dunkel. Plötzlich stürzten Polizistinnen vor, griffen die Frau, verhafteten sie und schleppten sie die Straße hinunter. Vier Polizisten zogen die Frau, die auf dem Rücken lag, dann die Straße runter. Sie hielten sie bis um 3 Uhr am nächsten Tag auf der Wache fest. Sie hatte Quetschungen am ganzen Körper, und sie war sehr bedrückt. Es war schrecklich. Die Polizei nimmt keine Rücksicht auf Frauen. Wir haben Fotos über einen besonderen Fall, wo ein berittener Polizist versucht, eine Frau zu schlagen, die von ihm ein Photo machen wollte.

AK: Was hat sich für euch selbst durch den Streik verändert, z.B. im Verhältnis zu den Männern?

Margret: Ich habe so viele neue Erfahrungen gemacht. Es ist viel zu viel, um darüber sprechen zu können. Ich bin nach Deutschland gefahren, z.B. der Empfang hier — das war phantastisch. Aber, wenn ich das mache, dann deshalb, weil ich an die Männer und an die Kinder denke, für die wir kämpfen.

Zu den Männern — da muß ich sagen, sie haben uns akzeptiert. Das was wir tun wollen, und wir wollen helfen, können wir auch machen.

Wenn ich irgendetwas von der Sheffielder Frauengruppe erfahre, gehe ich zurück in meine Siedlung und diskutiere es mit der Gewerkschaft. Die verhalten sich sehr fair, aber wenn die glauben, daß ich falsch liege, dann sagen sie es mir.

Es gibt aber auch so etwas wie Eifersucht bei ihnen, oder sagen wir besser

ben, daß ich falsch liege, dann sagen sie es mir.

Es gibt aber auch so etwas wie Eifersucht bei ihnen, oder sagen wir besser
eine verdeckte Eifersucht. Als der Gewerkschaftsvorstand aus unserem Ort erfuhr, daß ich nach Deutschland fahre, sagte er: „Oh, du fährst nach Deutschland. Da solltest du aber vorsichtig sein, weißt du. Sie werden dir alle möglichen Fragen stellen." Aber ich habe ihm gesagt, das geht schon in Ordnung, ich habe meine Zahlen und Fakten drauf. Und hier bin ich also, und wenn ich zurückkomme, werden sie interessiert sein, meine Erfahrungen zu hören, und sie werden eifersüchtig sein, daß ich bei euch im Gewerkschaftshaus war.

Aber schließlich haben wir jetzt Gleichberechtigung. Frauen haben die gleichen Rechte in dieser Gesellschaft. Das ist es, was ich in diesem Kampf gelernt habe. Früher war ich ganz zufrieden damit, eine Tasse Tee einzugießen, dem Mann ein Brötchen zu schmieren und nach Hause zu gehen, meine Wäsche zu waschen und meine Handarbeit zu machen. Jetzt habe ich so viele neue Dinge gelernt, und ich sehe nicht, daß es wieder einen Weg zurück für mich gibt.

AK: Als letztes — wie sehen die weiteren Pläne der Frauengruppen aus?

Cathy: Im November wird eine nationale Delegiertenversammlung aller Frauengruppen, die den Streik unterstützt haben, stattfinden. Wir werden dort zu folgenden Schwerpunkten diskutieren:
- Beziehung der Frauengruppen zur Gewerkschaft
- Bildung (Schulung) der Frauen
- die Beziehung der im Streik engagierten Frauengruppen zur übrigen Frauenbewegung
- wie soll unser weiterer Kampf zur Unterstützung der Bergarbeiter aussehen.

AK: Vielen Dank Cathy und Margret. Wir wünschen euch und eurem Kampf einen großen Erfolg!

(Ausführliche Artikel zum Bergarbeiterstreik in England s. AK 249, zum TUC-Kongreß s. AK 250)

IRA verübt Anschlag auf britische Regierung



In den frühen Morgenstunden des 12. Oktober explodierte im Grand-Hotel in Brighton eine Bombe der Provisional I.R.A. Ziel des Anschlages war das gesamte britische Kabinett und dessen Chefin herself: Margaret Thatcher. Die „iron lady", verantwortlich für den tagtäglichen Terror britischer Truppen in Nordirland, und andere prominente Kabinettsmitglieder entkamen nur haarscharf dem Anschlag.

Anthony Berry (ehemaliger stellvertretender Fraktionsgeschäftsführer der „Tories" im Unterhaus), Roberta Wakeman (Frau des parlamentarischen Geschäftsführers der konservativen Partei), Eric Taylor (Bezirksvorsitzender der konservativen Partei in Nordwestengland) und Jeanne Shattock (Frau des „Tory"-Bezirksvorsitzenden von Westengland) wurden tot aufgefunden. Handelsminister Norman Tebbit, der als möglicher Nachfolger Thatchers gehandelt wird, wurde schwer verletzt.

funden. Handelsminister Norman Tebbit, der als möglicher Nachfolger Thatchers gehandelt wird, wurde schwer verletzt.

Das republikanische Pressezentrum in Dublin veröffentlichte eine Erklärung der I.R.A., in dem sich diese zum Anschlag bekannte.

Gerry Adams, Sinn Féin-Präsident und Abgeordneter des britischen Unterhauses für West-Belfast, bezeichnete auf einer Pressekonferenz die Ereignisse von Brighton als logische Folge der britischen Nordirlandpolitik. Währenddessen rätselten die Medien und „Sicherheitsexperten", wie es der I.R.A. gelingen konnte, die Bombe den strengsten Sicherheitsvorkehrungen zum Trotz im Quartier der Regierungs- und Parteispitze zu plazieren. Allerdings war es keineswegs das erstemal, daß es der I.R.A. gelang, einen hermetisch geschlossenen „Sicherheitskordon", um die Spitze des britischen Establishments zu durchbrechen. In der Vergangenheit war es der I.R.A. bereits zweimal (in Norwegen und Nordirland) gelungen, in die unmittelbare Nähe der Queen vorzudringen. Beide Male wurden Bomben mit geringer Sprengkraft und ausschließlich symbolischen Wert gezündet, die lediglich demonstrieren sollten, wozu die I.R.A. theoretisch in der Lage ist. Beide Male, darin waren sich die „Sicherheitsexperten" jeweils einig, wäre es der I.R.A. gelungen, ein Attentat auf die Queen erfolgreich durchzuführen, wenn dies tatsächlich ihrer Absicht entsprochen hätte.

Das Attentat auf Thatcher und ihr Kabinett ist nun insofern eine neue Qualität, als der Sprengkraft der Bombe wie dem Wortlaut des I.R.A.-Statements nach zu urteilen nicht beabsichtigt war, nur symbolisch aktiv zu werden.

Intensivierung des bewaffneten Kampfes

Intensivierung des bewaffneten Kampfes

Der Anschlag auf Thatcher und ihr Kabinett ist der bisherige Höhepunkt der militärischen Kampagne der I.R.A. gegen die mittlerweile 15 Jahre andauernde Besetzung des Nordens der Insel durch britische Truppen. Eine Reihe von Indizien lassen darauf schließen, daß die militärische Kampagne derzeit intensiviert wird:

— Am 20. September wurde in Kinawley eine Kaserne der nordirischen Polizei (R.U.C.) durch Mörser-Geschütze der I.R.A. fast vollständig zerstört. An der Aktion waren 20 I.R.A.-Leute beteiligt, die zuvor, ohne daß die R.U.C. dies noch verhindern konnte, ihre Apparatur vor der Kaserne aufgebaut hatten.

— Am 25. September wurde in Derry ein britischer Soldat durch I.R.A.-Schüsse schwer verletzt.

— In der Sinn Féin/I.R.A.-Zeitung „AN PHOBLACHT/REPUBLICAN NEWS" v. 4. Oktober („Irelands biggest selling political weekly" und journalistisch hervorragend gemacht) erschien die übliche Rubrik „War News" mit der Überschrift „Intensified I.R.A.-Action".

— Am 29. September sprengte die I.R.A. eine Brücke auf der ökonomisch wichtigen Bahnlinie Dublin-Belfast. In Folge des Anschlages war der Nord-Süd-Verkehr für eine Woche lahm gelegt.

— Am 30. September wurde ein U.D.R.-Soldat (U.D.R. = Parapolizei zur Unterstützung von R.U.C. und britischer Armee) bei einem Schußwechsel mit der I.R.A. schwer verletzt.

— Ebenfalls am 30. September konnte die südirische Armee, in Zusammenarbeit mit dem britischen Geheimdienst sowie FBI und CIA, in der Nähe von Cork ein Schiff aufbringen, daß einige Tonnen Waffen für die I.R.A. transportierte. Die Ladung kam aus den USA.

— Am 2. Oktober explodierte in West-Tyrone eine 700 Pfund I.R.A. Bombe. Die R.U.C., für die die Bombe bestimmt war, entkam nur knapp. Am Abend desselben Tages plazierte die I.R.A. in Derry eine Autobombe, deren Zündsystem jedoch versagte.

— Am 7. Oktober entkamen in Armagh drei nordirische Polizisten nur knapp und mit viel Glück einem I.R.A.-Anschlag.

— Am 8. Oktober wurde in Dungannon ein U.D.R.-Soldat durch I.R.A.-Schüsse getötet. In der Nacht zum darauf folgenden Tag explodierte in den Ausstellungsräumen der „Electricity Service" von Strabane eine 100 Pfund-I.R.A.-Bombe.

Es gibt bislang keinerlei Anzeichen für die Existenz von Widersprüchen zwischen Sinn Féin und I.R.A. bezüglich einer Intensivierung des bewaffneten Kampfes. Im Gegenteil: Die beiden Sinn Féin-Führer Adams und Morrison hatten eine derartige Intensivierung in den letzten Wochen mehr oder weniger unverhohlen angekündigt. Gleichzeitig betreibt Sinn Féin mit viel Kraftaufwand die Vorbereitungen für die nordirischen Kommunalwahlen, die im Frühjahr 1985 stattfinden sollen und nach allgemeiner Auffassung einen weiteren Ausbau der politisch-parlamentarischen Position der Partei bringen dürften. Im Juli brachte das britische Fernsehen ein längeres Interview mit Gerry Adams, in dem dieser betonte, daß die militärische Kampagne der I.R.A. solange völlig legitim sei, wie britische Truppen im Norden anwesend seien. Adams weiter: „Wir sind nicht der Auffassung, daß unsere Wahlpolitik die Briten zum Rückzug zwingen wird. Ich glaube nicht, daß, wenn morgen jeder in Irland Sinn Féin wählen würde, die Briten unser Land verlassen würden. (...) Republikaner, ob bei Sinn Féin oder in der I.R.A. tätig, stimmen darin überein, daß der bewaffnete Kampf eine notwendige Dimension ist, um die Dinge zu unseren Gunsten zu entwickeln. „Anlaß der BBC-2 Sondersendung war eine Erhebung des renommierten Meinungsforschungsinstitutes „MORI", die alle Behauptungen, mit den EG-Wahlen sei die Grenze des politischen Wachstums von Sinn Féin erreicht, [illegible] und vorschnell [illegible]. „MORI" gelangte vielmehr zu der Erkenntnis, daß 40 % der Wähler der gemäßigten S.D.L.P. die I.R.A. für „patriotisch". und „idealistisch" (im positiven Sinne) hält, 56 % der S.D.L.P.-Wähler eine politische Lösung des Konfliktes unter Ausgrenzung von Sinn Féin und I.R.A. für nicht möglich bezeichnet und über 50 % der S.D.L.P.-Wähler

hält, 56 % der S.D.L.P.-Wähler eine politische Lösung des Konfliktes unter Ausgrenzung von Sinn Féin und I.R.A. für nicht möglich bezeichnet und über 50 % der S.D.L.P.-Wähler
schon bei den nächsten Wahlen zur Sinn Féin übergehen könnten.

Die Konstruktion eines Widerspruches zwischen Sinn Féin-Führung und I.R.A.-„army council" ist auch insofern unsinnig, weil die I.R.A. wiederholt in Statements ihre Unterstützung der Wahltaktik erklärt hat und die I.R.A.-Spitze bereits seit geraumer Zeit (und noch vor der Übernahme der Parteiführung durch den „Adams-Flügel". auf dem Parteitag 1983) mit Leuten aus der politischen Gefolgschaft Gerry Adams besetzt ist. Denn es waren u.a. Gerry Adams und Martin McGuiness (der heute als Stabschef der „Provos" gehandelt wird und Abgeordneter des nordirischen Regionalparlamentes ist), die Anfang der 70er Jahre in Belfast bzw. Derry die Reorganisation der I.R.A. als militärischen Arm des republikanischen Widerstandes betrieben. Als Indiz für völlige Übereinstimmung von Sinn Féin und I.R.A.-Führung sei das Beispiel „Harrods" erwähnt: Sinn Féin und I.R.A.-Führung kritisierten beide und inhaltlich in gleicher Weise den Bombenanschlag einer Londoner I.R.A.-Einheit bei „Harrods", der Anfang dieses Jahres mehrere ‚Unbeteiligte' getötet hatte. Die verantwortliche I.R.A.-Einheit, so hieß es in einer Verlautbarung des I.R.A.-Hauptquartiers, habe unautorisiert gehandelt. Als Gerry Adams in seiner Antrittsrede als Parteivorsitzender auf dem Parteitag 1983 über den bewaffneten Kampf u.a. äußerte, dieser müsse von seiner Form her immer vermittelbar bleiben und es müsse noch stärker als bislang vermieden werden, daß Unbeteiligte von den Aktionen getroffen werden, gab es keinen Widerspruch von der I.R.A.-Führung. Sieht man einmal vom (unautorisierten) „Harrods"-Anschlag ab, muß man fast allen I.R.A.-Aktionen in diesem Jahr attestieren, daß sie nach dem Prinzip durchgeführt wurden, die Verletzung oder Tötung Unbeteiligter weitestgehend zu vermeiden. Wo dieses Prinzip nicht eingehalten wurde, war dies weniger dem Vorgehen der I.R.A., als der Behandlung von Bombenanschlägen durch R.U.C. und britische Armee geschuldet.

Wenn nun einmal mehr in den bürgerlichen Medien Widersprüche zwischen Sinn Féin und I.R.A. herbeigeredet werden, dann hat dies mehr mit völliger Unkenntnis des tatsächlichen Verhältnisses der beiden Organisationen zueinander zu tun, als mit seriöser politischer Analyse. Nicht anders verhält es sich mit der Behauptung, die Intensivierung der militärischen Kampagne sei ein Indiz für die relative Schwäche von Sinn Féin und I.R.A., bzw. als Reaktion auf den relativen „Mißerfolg" Sinn Féins bei den EG-Wahlen zurück zu führen. Einer derartigen Sichtweise, die ein Ansteigen militärischer Aktionen mit vorausgegangenen politischen Mißerfolgen erklärt, bzw. ein Abnehmen militärischer Aktionen mit vorausgegangenen politischen Erfolgen (soll heißen: In dem ersten Fall gewinnt der militärische Flügel die Oberhand, im zweiten Fall erringt der politische Flügel die Hegemonie) widersprechen nicht nur die Statements führender Sinn Féin- und I.R.A.-Politiker, sondern auch simple statistische Untersuchungen des Niveaus militärischer Aktionen der I.R.A. vor bzw. seit Beginn der Sinn Féin-Wahltaktik.

Die „taz": Wieder mal daneben

Unter Irland-Kennern ist die Berichterstattung der „taz" seit ehedem berühmt und vor allem berüchtigt. Trauriger bis peinlicher Höhepunkt ist bislang die Abhandlung eines Rolf Paasch über „Extremismus und Terrorismus" im Allgemeinen wie im Besonderen in Nordirland (siehe „taz" v. 24.8.84). In Sachen Thatcher-Attentat versuchte sich nun „sf" in der „taz" v. 15.10.84. Er/sie (?) gelangt zu der Erkenntnis, daß das Motiv für den Anschlag wohl in dem Verlust von 20 % Wählerstimmen bei den EG-Wahlen zu suchen sei. Auch wenn „sf" sich hier auf den „Guardian" bezieht, so wäre es ihm dennoch leicht möglich gewesen, einige Behauptungen zunächst auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. Sinn Féin hat bei den EG-Wahlen gegenüber dem von den bürgerlichen Medien durchweg als imposant und sensationell qualifizierten Ergebnis in den Wahlen zum britischen Unterhaus in Prozenten ausgedrückt exakt dasselbe Ergebnis erzielt (13,5 % in der Gesamtwertung, 43,0 % bei den „katholischen Wählern"). In absoluten Stimmen gerechnet verlor Sinn Féin 10 %, was insbesondere auf die geringere Wahlbeteiligung zurück zu führen war.

Etwas klügere bürgerliche Kommentatoren haben das Sinn-Féin-Ergebnis

men gerechnet verlor Sinn Féin 10 %, was insbesondere auf die geringere Wahlbeteiligung zurück zu führen war.

Etwas klügere bürgerliche Kommentatoren haben das Sinn-Féin-Ergebnis
später unter dem Aspekt der „Stabilisierung" des Sinn Féin Wählerreservoirs auf hohem Niveau betrachtet und in diesem Sinne als „erstaunlich" bezeichnet, zumal Sinn Féin nicht das „Zugpferd" Gerry Adams in die Schlacht geschickt hatte. Unter einem „relativen Mißerfolg" verstand man seinerzeit lediglich, daß es Sinn Féin nicht gelungen war, die gemäßigte S.D.L.P. (Social Democratic Labour Party) in der Wählergunst zu überflügeln. Gegen eine Fraktionierung in Wahltaktiker einerseits und Befürworter einer härteren Gangart in Sachen bewaffneter Kampf andererseits in der Beurteilung des Thatcher-Attentates spricht aber vor allem die Art und Weise, in der DannyMorrison, der immerhin als einer der Vordenker der Wahltaktik gehandelt wird, im Namen von Sinn Féin die Aktion von Brighton öffentlich begründete und verteidigte („The Observer", 14.10.84).

In den Ausführungen von Morrison, die im „Observer" als die „detailliertesten Erklärungen, die jemals von einem republikanischen Sprecher bezüglich des hinter dem I.R.A.-Terrorismus stehenden strategischen "Denkens" qualifiziert wurden, heißt es u.a.: „*Es hätte in britischen politischen Kreisen einen Prozeß des Überdenkens bewirkt, der möglicherweise zu einem britischen Rückzug in einer kürzeren Periode geführt hätte*" (wenn das Attentat gelungen wäre). Auf die Frage, ob „Massenmord" ein Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sein könnte, antwortete Morrison: „*Die moralische Frage ist irrelevant. Was sich die britische Regierung und das britische Volk klarmachen müssen, ist, daß ihre Handlungen zu derartigen Aktionen führen. Was die I.R.A. getan hat, ist gering im Vergleich zu dem, was die britische Regierung getan hat. Frau Thatcher hatte keine Schwierigkeiten, den Angriff auf eine Kundgebung der Sinn Féin in Belfast am 12.8. anzuordnen, bei dem leicht mehr als ein Mensch hätte getötet werden können.*" (zit. nach „taz").

dsm

„*Cruise O'Brien hält die Vorstellung für naiv, die I.R.A. habe, weil ihre Tat in Brighton Abscheu und Entsetzen erregte, sich selbst eine Niederlage zugefügt, ein Selbsttor geschossen, sie betreibe also ‚geistlose Gewalttätigkeit': Die moderne I.R.A., warnt er, werde von intelligenten und rücksichtslosen Männern geführt. Von ‚geistloser Gewalt' bei ihnen zu reden, sei ‚gefährlich irreführend, denn es unterschätzt den Feind'. Die I.R.A. wolle nämlich nicht bloß den britischen Truppenabzug. Sie wolle radikal neue Verhältnisse auf der ganzen Insel schaffen ... Großbritannien, sagt er, sollte in Nordirland bleiben und dann, ohne sich dafür zu entschuldigen, wieder direkt die Herrschaft ausüben. Truppenabzug könnte seiner Meinung für Großbritannien nur bedeuten: ‚Die siegreiche I.R.A. zum Nachbarn bekommen'.*"

(Ulrich Grudinski in der „FAZ" v. 16.10.84 über einen Aufsatz des ehemaligen südirischen Ministers und Vordenkers eines „modern-kapitalistischen" Irland Cruise O'Brien in der britischen Sonntagspresse, in dem sich dieser eingehender mit dem Brighton-Anschlag befaßt).

Euskadi

Der Kampf gegen die Ausweisungen

Anfang Oktober wurden erstmals drei baskische Widerstandskämpfer, die in Frankreich im Exil lebten, vom französischen Staat an Spanien ausgeliefert.

Zu einer Zeit als Robert Badinter noch nicht sozialistischer Justizminister war, hatte er vollmundig getönt, die (damalige) Ablehnung der Ausweisung baskischer Freiheitskämpfer bedeute *„die Anerkennung einer baskischen Nation und des politischen Charakters des Kampfes der militanten Basken"*. Auch Francois Mitterand schwor in der Regierungsopposition noch tausend Eide: *„Wir haben gesagt, daß es keine Ausweisungen geben wird, weil es kein Mittel ist, die Probleme eines großen Nachbarlandes zu lösen"* (1). Neben der Verbannung von vier baskischen Exilanten in eine ehemalige, aber treue französische Kolonie in Afrika, wurden trotz aller großen Worte drei baskische Kämpfer an den spanischen Staat ausgeliefert.

Die ETA hat mit der veränderten französischen Politik einige schwere Schläge einstecken müssen. Unabdingbare Grundlage jedweder Verhandlungen sind und bleiben für ETA seit acht Jahren jedoch die fünf Punkte der ALTERNATIVE KAS (2): 1. Freiheit für
Jahren jedoch die fünf Punkte der ALTERNATIVE KAS (2): 1. Freiheit für
alle politischen Gefangenen. 2. Legalisierung aller politischen Parteien. 3. Abzug von Guardia Civil und Nationalpolizei aus Euskadi. 4. Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Volkes. 5. Autonomiestatut für alle vier baskischen Provinzen (d.h. mit Navarra) einschließlich des Rechts auf freie Selbstbestimmung des baskischen Volkes. — Für die PSOE ist dies „unverhandelbar".

Die veränderte französische Politik hat im Süden Euskadis eine überraschend breite Solidarisierung hervorgerufen. Entstehung, Inhalt und Reaktion auf den „Brief an alle Völker" (s. Kasten) zeugen von der großen Bereitschaft, die baskische Sache und die bewaffnete Linke zu unterstützen.

Die Madrider Zeitung „servir al pueblo" führte Mitte September im Südosten Frankreichs ein Interview mit Peixoto, dem Vorsitzenden der „Versammlung der Flüchtlinge". Das auszugsweise wiedergegebene Gespräch behandelt vor allem die Einschätzung der öffentlichen Reaktion auf die Ausweisungen und die politische Situation der Exilbasken im französischen Teil Euskadis.

* * *

servir al pueblo: Was waren für Dich, als baskischer Exilant, die wichtigsten politischen Stationen in der jüngsten Vergangenheit?

Peixoto: Um unsere Situation hier in Frankreich klarzumachen: Im letzten Jahr sind elf Genossen im Exil getötet worden, sechs schwer verletzt, 24 deportiert, einer ist nach Santo Domingo entführt und acht sind im Gefängnis von Fresnes eingesperrt. Nach einer Mitteilung des dortigen Gefängnisdirektors führen sie z.Zt. einen Durststreik durch, was es so in einem französischem Gefängnis noch nicht gegeben hat. In dem Moment, als die Ausweisungsverfahren anliefen und wir sahen, daß sich aufgrund des „Briefes an die Völker" alle Parteien und Vereinigungen, die vier Episkopate Südeuskadis (= spanisches Baskenland), sowie viele Einzelpersonen mit uns solidarisierten, wußten wir, daß der Feind allein geblieben war. Wenn ich sage Feind, sind damit die zentralistischen Parteien, die Guardia Civil und die Polizei gemeint. Mit anderen Worten: 70 — 75% der baskischen Bevölkerung hat für uns Partei ergriffen. Es hat uns Mut gemacht zu sehen, wie sich Süd-Euskadi für uns, die Flüchtlinge, in Bewegung setzt.

Wie war die Reaktion im französischen Baskenland?

In Nord-Euskadi gibt es seit zwei Monaten Unterstützungsgruppen in fast allen Ortschaften. Unsere Öffentlichkeitsarbeit besteht im wesentlichen aus zwei Punkten: die Menschen in Nord-Euskadi informieren und sensibilisieren, damit sie sich darüber klar werden, was wirklich hier im Hinblick auf unsere Flüchtlinge läuft. Dies geschieht alles mit friedlichen Mitteln und zwar in der Überzeugung, daß auf die Art und Weise die Leute sich dann politisch dazu verhalten werden. Der zweite wesentliche Punkt heißt: die französischen Behörden unter Druck setzen — und hierin haben die Unterstützergruppen große Leistungen erbracht. Verständlicherweise muß die Admini-
gruppen große Leistungen erbracht. Verständlicherweise muß die Admini-
stration unter Druck gesetzt werden, aber wir haben uns darauf geeinigt, daß die Gewalt nie von uns ausgehen soll. Nach fast einem Jahr beispielloser Verfolgung in Frankreich konnten wir dank dieser Bewegung die Initiative ergreifen. Wir können jetzt hier ein klein wenig aufatmen. Was den Hunger- und Durststreik betrifft, so haben sie anfangs versucht, ihn einfach so zu verschweigen. Letztlich blieb ihnen nichts anderes übrig, als in ganz Frankreich darüber zu berichten. Aber man darf eben nicht außer acht lassen, daß die Vereinbarungen zwischen dem französischen und dem spanischen Staat verbindlich sind und die Ausweisungen dies unterstreichen sollen. In Nord-Euskadi werden wir unsere Rechte jedenfalls friedlich durchsetzen. Wir gehen davon aus, daß jedwede damit zusammenhängende Gewaltanwendung uns schwerlich nützen würde. Die Regierung in Paris wird eine menschenwürdige Entscheidung treffen oder sagen wir zu treffen haben, angesichts der von ihr selbst verursachten historischen Verantwortung.



Frankreich sollte seine Beziehungen zur jungen spanischen Demokratie sorgsam hegen.

Karikaturen aus «Euskadi Information», dem Informationsbulletin der baskischen Befreiungsbewegung Ekin.

In Süd-Euskadi hat es ja bedeutende Mobilisierungen gegeben.

Das hat uns auch Mut gemacht. Wir meinen, sowenig uns jedwede Gewaltanwendung in Nord-Euskadi hilfreich sein würde, so sehr sind im Süden alle Kampfformen Ausdruck massenhaften Empfindens. Diese Mobilisierungen geben uns Mut und moralische Kraft. Wir haben eine Reihe Kämpfer verloren und werden in Zukunft vielleicht weitere verlieren, aber ich glaube, der Feind wird seine Ziele nicht erreichen, weil das Volk sich bereits dagegen erhoben hat. Das ist letztendlich unsere Meinung und Hoffnung zugleich.

Die öffentliche und ziemlich überzeugende Ablehnung der Ausweisungen seitens der bürgerlich-nationalistischen PNV (3), die auch die politische Szene in Madrid in helle Aufregung versetzte, hat viele Leute in Euskadi aufhorchen lassen ...

Wenn ich nicht irre, hat sich die PNV zu den Ausweisungen so verhalten, daß sie, ohne den Anspruch irgendwas zu lösen, dadurch eine Belebung der Gewalt in Euskadi sieht; wofür die Ausweisungen Ursache sein könnten. Das ist ein sehr politisches, rationales Verhalten. Um die PNV zu verstehen, muß man sich auch in ihre Haut versetzen, besonders was ihre Haltung zum baskischen Autonomiestatut betrifft. Mit der Ablehnung des Madrider Handels geben sie zu, daß das nicht klappt, ja für keinen Inhalt verbürgt. Obwohl dieses Statut nach ihrem Dafürhalten der Weg für den Frieden Euskadis war. Aber heute kann weder die PNV, noch sonst wer die baskische Wirklichkeit verbergen: die Gefängnisse, die Flüchtlinge, die täglichen Folterungen, den Terror des spanischen Staates, der auch die PNV nicht verschont, den Kampf der ETA, das Problem Navarra.

Ist das Ausdruck politischer Konjunktur oder deutet sich ein grundsätzlicher Wandel der PNV an?

Mehr als zuvor glaube ich, daß die Bestrebungen der PNV anläßlich der Ausweisungen einen Wendepunkt erreicht haben. Bei der Schaffung des Plans ZEN (4) rechnete Felipe Gonzale sicherlich mit einer baskischen Opposition, aber nur einer zwischen 15 und 20%. Jetzt ist er aber mit einer Opposition von 70 — 75% konfrontiert. Ob das in Aktivitäten anderer Bereiche der PNV umschlägt? Dies wird auch davon abhängen, wie sie sich mit den nationalistischen Linken verstehen wird.

Wie waren in Frankreich die Reaktionen auf die „Aktionen gegen die französischen Interessen"?

Es ist klar, daß alle Medien daran interessiert sind, diese Aktionen des baskischen Befreiungskampfes als „gegen die Franzosen" hinzustellen. Eine Lüge, klar. Hier in Nord-Euskadi werden brennende Privatautos nicht gern gesehen. Ganz ehrlich, uns gefällt das auch nicht. Letztendlich sind das unkontrollierte Aktionen von wer weiß wem, die sich mehrheitlich gegen die Bevölkerung richten. Nun zu den Aktionen gegen französische Lastwagen in Süd-Euskadi und im spanischen Staat. Wir halten das für sehr wirkungsvoll, um gegen die französische Regierung Druck auszuüben. Wir sehen auch keine andere Möglichkeit, wie sich das baskische Volk gegen eine solch ungerechte Aggression verteidigen soll.

Welche Auswirkung hat oder kann die kürzlich gegründete Vereinigung von Händlern und Hoteliers haben, die Euch offensichtlich das Leben hier unmöglich machen will?

Bevor man darauf antwortet muß eine irrige aber weitverbreitete Einschätzung geklärt werden, nämlich die, daß die gegenwärtige Repression erst vor knapp einem Jahr mit den Ermordungen und Entführungen von ETArras begonnen hat ... Wir denken, daß dies nicht so ist, sondern die jetzige Etappe bereits vor drei Jahren als Teil des Plans ZEN eingeleitet wurde ... Im Gegensatz zu den früheren schwachen Reaktionen ist nun aber für sie etwas unerwartetes passiert: Das baskische Volk erhebt sich. In Nord-Euskadi ist es uns mit Hilfe der Aufklärungsarbeit gelungen, den Leuten die gegenwärtige Situation klarzumachen und eine Unmenge Aktionen durchzuführen. Bei einer Demonstration in Hasparren (Kleinstadt) gelang es uns, 1.500 Leute auf die Beine zu bringen — und das mitten im Sommer, den Ferien, der Erntearbeit, dem Touristenstrom. Wir machen Fortschritte in Nord-Euskadi. Die Vereinigung der Händler und Hoteliers taucht genau in dem Moment auf, in dem sie merken, daß wir die Initiative übernommen haben. Mit ihren dummen Aktivitäten werden sie uns bestenfalls die Arbeit erleichtern. Es darf auch nicht übersehen werden, daß Nord-Euskadi soziologisch gesehen ungefähr das ist, was Süd-Euskadi zu Beginn des Jahrhunderts gewesen ist. Nord-Euskadi ist sehr konservativ und rechts. Wenn ich sage „sehr konservativ", dann meine ich damit ca. 80% der Bevölkerung. Deswegen ist das Terrain hier sehr anfällig für rechte Ideen. Hier spielen immer noch die Kirche und das lokale Bonzentum eine große Rolle — und das seit Jahrhunderten.

Einleitung und Übersetzung: He./KB Nürnberg



Auslieferung „Nein" (aus „zer egin?", Zeitung d. EMK)

Anmerkungen:

1) zit. nach „servir al pueblo", 27.9.84
2) KAS = Sozialistische Patriotische Koordination (incl. ETA)
3) PNV: bürgerlich-nationalistisch; einflußreichste Partei in Euskadi. 69% ihrer Wähler sind Unabhängigkeits- oder Föderalismusbefürworter.
4) Plan ZEN = Militärischer Plan der spanischen Regierung zur Besetzung Euskadis. Zu Beginn des Jahres 1984 zum erstenmal geprobt: z.B. wurden Bürgermeister baskischer Ortschaften von Militärs zu „Scheinerschießungen" abgeholt.

Buchtip: Ein interessantes deutschsprachiges Buch zum baskischen Befreiungskampf ist „Das baskische Labyrint" von dem Schweizer Trotzkisten Josef Lang, isp-Verlag, Frankfurt/M., 1983.

„Solidarität mit Euskadi"

Wir, die folgenden Vereinigungen und Organisationen — die Christlichen Volksgemeinden Euskadis, Stiftung für Sozialstudien IPES, Kultur-Kollektiv Herria-2000 Eliza, Koordination der Pfarrer des baskischen Volkes, Ethnisch-kulturelle Vereinigung „Euskal-Garra", Vereinigung der Komitees für soziale Gefangene, Kommission zur Verteidigung einer atomfreien baskischen Küste, Antimilitarismus-Gruppe Bilbao/Kriegsdienstverweigerer — wenden uns an die Öffentlichkeit, an alle Menschen, die guten Willens sind:

1. Wir bedanken uns bei allen Bürgern und Nationen der Welt, insbesondere Zentral- und Südamerikas und allen europäischen Ländern, die tausenden von politischen Flüchtlingen Euskadis seit dem spanischen Bürgerkrieg Asyl angeboten haben.

2. Aufgrund unserer zahlreichen soziologischen Untersuchungen der baskischen Gesellschaft — ungeachtet der verschiedenen politischen Strömungen — und aufgrund der von der UNO anerkannten Menschen- und Völkerrechte, stellen wir freimütig fest, daß das sogenannte baskische Problem heute im Sommer 84 weiterhin ein wirkliches politisches Problem darstellt. Um dies zu unterstreichen, sei Folgendes angeführt:

2.1. 60% der baskischen Bevölkerung stimmten gegen die Unterstützung der gültigen spanischen Verfassung oder enthielten sich.

2.2. Alle politischen Parteien mit speziell baskischer Ausrichtung, die 70% der Bevölkerung repräsentieren, sind entweder nicht einverstanden mit dem Autonomiestatut oder sie zeigen sich nicht einverstanden mit dessen widerrechtlicher Anwendung durch die spanische Regierung.

2.3. Mehr als 700 Personen aus Euskadi sind gegenwärtig in spanischen Gefängnissen eingesperrt.

2.4. Tausende baskischer Bürger sind weiterhin gezwungen, in den verschiedensten Ländern der Erde im Exil zu leben.

2.5. Das von den jeweiligen spanischen Regierungen aufgezwungene Erziehungssystem hat die baskische Sprache an den Rand gedrängt.

3. Bedauerlicherweise müssen wir eine starke und diskriminierende Unterdrückung der baskischen Bürger durch die spanische Polizei feststellen. Gegenwärtig kommt im Baskenland ein Polizist auf 125 Einwohner. Allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden aus politischen Gründen mindestens 743 Personen verhaftet, von denen 70 eingekerkert wurden.

4. Schmerzlich müssen wir feststellen, daß die Folter im polizeilichen Gewahrsam alltäglich andauert. Mehr als 3.500 Fälle von Folter und Mißhandlungen sind in Euskadi zwischen Januar 1981 und Juni 1984 begangen worden. Diese Situation wird wiederholt aufgezeigt von folgenden Organisationen und Personen: AI, Menschenrechtsorganisationen, Bischöfen der Diözesen Euskadis, baskischen Parlamentariern im spanischen Parlament, zahlreichen Gemeinderäten in ganz Euskadi, Komitee junger Anwälte Madrids, Anwaltskommissionen von Bilbao und San Sebastian, Zusammenschlüssen von Pfarrern des baskischen Volkes.

5. Wir solidarisieren uns mit den Abgeordneten unseres Volkes, die immer wieder auf einem ernsthaften Dialog und wirklichen Verhandlungen bestehen, die die Anerkennung der unveräußerlichen Rechte des baskischen Volkes beinhalten als fundamentales Mittel und Bedingungen für die Lösung des politischen Problems. Ganz in diesem Sinne haben sich dazu u.a. geäußert der Präsident der baskischen Regierung, die Verantwortlichen der Nationalen Versammlung von Herri Batasuna, der Präsident und Mitglieder des Parteivorstands der baskischen Nationalpartei (PNV), der Generalsekretär von Euskadiko Ezkerra (Baskische Linke). Aus diesem Interesse an einem wahren Frieden im Baskenland und im spanischen Staat, an Gerechtigkeit und Freiheit erlauben wir uns, mit äußerster Dringlichkeit an das französische Volk, die französische Regierung und alle dadurch betroffenen Nationen die folgende Petition zu richten:

1. Das französische Nachbarvolk soll wie bisher die traditionelle Heimat des Asyls sein, wie es dankenswerterweise für die ganze baskische Gesellschaft und alle freiheitsliebenden Menschen im Laufe der Geschichte gewesen ist.

2. Man sollte in keinem Moment dem historischen Irrtum erliegen und die Aktionen der militanten Basken mit anderen, sogenannten sozialen Delikten vergleichen; ganz gleich, ob man erstere als Strategie nun teilt oder nicht. Diese Verwirrung würde die Befreiungsanstrengungen der kulturellen und nationalen Minderheiten Europas erheblich attackieren.

3. Die verschiedenen Nationen Europas und der Welt sollten sich mit allen Konsequenzen für die Anwendung der elementaren Menschenrechte für die politisch exilierten Basken einsetzen. „Im Falle der Verfolgung hat jede Person das Recht um politisches Asyl nachzusuchen und es in jedem Land zu genießen" (Art. 14 der Menschenrechtserklärung).

Übersetzung aus dem Spanischen: He./KB Nürnberg

JALTA



Zur Geschichte einer Legende

Jalta, ein hübsch gelegener Ort auf der Krim mit angenehmem Klima, ist in den letzten Jahren ins Gerede gekommen. Nicht als Urlaubsziel allerdings, sondern als Stätte einer verhängnisvollen Begegnung, bei der Stalin, Roosevelt und Churchill das gute alte Europa zu Grabe trugen. „Abschied von Jalta'', lautet von Schwarz bis Grün das beliebteste der einschlägigen Schlagworte, womit die einen die „Überwindung der Blockteilung'' Europas und die anderen die Auflösung des Ostblocks meinen. Was in der Praxis zwar auf das Gleiche hinauslaufen dürfte, aber eben doch ein feiner und wichtiger Unterschied ist. In den Worten von US-Außenminister Shultz: „Wir werden niemals die Idee eines geteilten Europa hinnehmen'' (1). Auf diesen Minimalkonsens sollten sich die Blocküberwinder aller Parteien eigentlich einigen können.

Was gibt es an Jalta — nicht dem Ort, sondern dem dort im Febraur 1945 geschehenen — auszusetzen? Diese Frage führt auf kürzestem Weg zu der einfachen Tatsache, daß die Polemik gegen „Jalta'' nur aus Schlagworten besteht, deren Realitätswert äußerst gering ist.

Der häufigste Vorwurf lautet, daß in Jalta die Blockteilung Europas eingeleitet, beschlossen oder gar „zementiert'' worden sei. Daß diese Behauptung unsinnig ist, ergibt sich jedoch auf den allerersten Blick: Die Konferenz von Jalta fand im Februar 1945, ein Vierteljahr vor Ende des 2. Weltkrieges statt. An Blöcken gab es damals auf der einen Seite die Achsenmächte (zusammengeschmolzen auf Deutschland und Japan) und auf der

tiert'' worden sei. Daß diese Behauptung unsinnig ist, ergibt sich jedoch auf den allerersten Blick: Die Konferenz von Jalta fand im Februar 1945, ein Vierteljahr vor Ende des 2. Weltkrieges statt. An Blöcken gab es damals auf der einen Seite die Achsenmächte (zusammengeschmolzen auf Deutschland und Japan) und auf der

anderen Seite die Alliierten, mit den Hauptmächten USA, Sowjetunion und Großbritannien. Die gegenwärtige Block-Konfrontation, zugespitzt in der Existenz von NATO und Warschauer Pakt, entwickelte sich erst nach Beendigung des Krieges gegen Deutschland und Japan. Wichtige Stationen dieses Übergangs von der Allianz zum Kalten Krieg waren der griechische Bürgerkrieg (1944-1949), und die Truman-Doktrin (12.3.47), die Ankündigung des Marshall-Plans (Juni-Juli 1947), die Berlin-Krise (Juni 48-Mai 49), die Gründung der BRD und der DDR (23.5. und 7.10.49), die Gründung der BRD und der DDR (23.5. und 7.10.49) sowie die Gründung der NATO (4.4.49).

Daß diese Entwicklung nicht von der Jalta-Konferenz ausging, ergibt sich schon aus deren Rahmenbedingungen: Im Februar 1945 standen die Truppen der Alliierten im Westen an der deutschen Grenze und im Osten an der Oder. Der Krieg war militärisch längst gewonnen, aber seine weitere Dauer (und damit auch das Ausmaß der von den Alliierten noch zu bringenden Opfer) war schwer einzuschätzen. Nach den bisherigen Erfahrungen, verstärkt durch den frischen Eindruck der deutschen Ardennen-Offensive (2), neigten die Alliierten eher dazu, den weiteren deutschen Widerstand recht hoch anzusetzen. (Das gleiche galt für Japan). In dieser Situation setzte die Durchhalte-Propaganda der Nazis alles auf den angeblich unvermeidlichen Bruch der feindlichen Allianz. In Übernahme einer Formulierung westlicher Kreise prophezeite die Nazi-Propaganda damals das Bevorstehen eines „*Dritten Weltkriegs*'' der Sowjetunion gegen ihre Partner. Von der Wirksamkeit dieser Propaganda hing der deutsche „Durchhaltewillen'' und folglich auch die weitere Dauer und Härte des Krieges ab. Die Konferenz von Jalta m u ß t e also zum praktischen Gegenbeweis gegen die Nazi-Parolen werden. Diesem Ziel entsprechend waren die Konferenzbeschlüsse nicht nur darauf angelegt, die Einheit der Alliierten für die weitere Kriegführung zu wahren, sondern sie auch über das Kriegsende h i n a u s zu erhalten.

Der „Abschied von Jalta'', den manche Grün-Alternative treudeutsch und gedankenlos einfordern, hat in Wirklichkeit in Gestalt des Kalten Krieges längst stattgefunden. Das gilt für den „Geist'' der Jalta-Konferenz ebenso wie für die meisten konkreten Vereinbarungen, die dort unterzeichnet wurden: man denke nur an den guten Vorsatz, „*für ewige Zeiten*'' (so hieß es da tatsächlich!) in Deutschland alles Militärische, von der Armee bis zur Rüstungsproduktion, zu vernichten und unmöglich zu machen. Da rennen die Jalta-Überwinder nun wirklich offene Türen ein.

Aber wenn schon aus historischen Gründen Jalta nicht der Ausgangspunkt der „Blockteilung Europas'' und der „Blockkonfrontation auf deutschem Boden'' gewesen sein kann, so hat dort doch wohl wenigstens eine Aufteilung Europas in Machtzonen der Siegermächte stattgefunden? Nicht einmal diese populäre Version läßt sich guten Gewissens aufrechterhalten. Erstes Gegenargument: Zum Zeitpunkt der Konferenz von Jalta ergaben sich mögliche künftige Einflußzonen der Alliierten als Tatsachen aus dem Kriegsgeschehen. Sowjetische Truppen kontrollierten vollständig Rumänien,

Aufteilung Europas in Machtzonen der Siegermächte stattgefunden? Nicht einmal diese populäre Version läßt sich guten Gewissens aufrechterhalten. Erstes Gegenargument: Zum Zeitpunkt der Konferenz von Jalta ergaben sich mögliche künftige Einflußzonen der Alliierten als Tatsachen aus dem Kriegsgeschehen. Sowjetische Truppen kontrollierten vollständig Rumänien,

Bulgarien und Polen, die größere Hälfte Ungarns und ein Drittel der Tschechoslowakei. Amerikanische und britische Truppen standen in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Griechenland und fast ganz Italien. Die Alliierten brauchten und konnten sich in Jalta also gar nicht irgendwelche „Einflußsphären'' insgeheim zugestehen, sondern mußten von geschaffenen politisch militärischen Tatsachen ausgehen.

Zweites Gegenargument: Nichts, aber auch wirklich gar nichts in den veröffentlichten Akten der Jalta-Konferenz und in den zum Teil auch indiskreteren Schilderungen Beteiligter stützt die Version, daß dort über die Aufteilung Europas in Machtzonen verhandelt worden wäre. In diesem Zusammenhang verdient eine Anekdote Erwähnung, die sich aber nicht auf die Konferenz von Jalta, sondern auf einen vorhergehenden Besuch Churchills in Moskau im Oktober 1944 bezieht. Churchill beschreibt den Vorgang so: Er habe beim ersten Zusammentreffen (9.10) an Stalin den Vorschlag gerichtet, über „*our affairs in the Balkan*'' zu sprechen. „*Was Großbritannien und Rußland angeht, wie wäre es, wenn Sie eine 90%ige Vorherrschaft in Rumänien haben würden, wir eine 90%ige in Griechenland, und wenn wir Halbe-Halbe in Jugoslawien machen würden?*'' Während dies für Stalin übersetzt wurde, habe Churchill auf ein halbes Blatt Papier seinen Vorschlag notiert, erweitert um Ungarn (50:50) und Bulgarien (75:25 zugunsten der Sowjetunion). „*Ich schob diesen Zettel Stalin zu, der bis dahin der Übersetzung gelauscht hatte. Es gab eine kleine Pause. Dann zückte er seinen blauen Stift, machte einen großen Haken (auf das Blatt) und schob es uns wieder zu. Das Ganze war erledigt in nicht mehr Zeit, als man zum Hinsetzen braucht ... Danach gab es ein langes Schweigen. Das beschriebene Blatt lag mitten auf dem Tisch. Schließlich sagte ich: ‚Könnte es nicht für sehr zynisch gehalten werden, wenn es so aussieht, als hätten wir über Angelegenheiten, die so schicksalhaft für Millionen Menschen sind, derart leichthin entschieden? Wir sollten das Papier verbrennen.' ‚Nein, behalten Sie es', sagte Stalin.*'' (3) Daß diese Episode, falls sie sich wirklich etwa so zugetragen hat, den Charakter einer Abmachung gehabt hätte, daß sie von Stalin überhaupt ernst genommen worden wäre, ist äußerst unwahrscheinlich. Zumal Churchills Schmierzettel den auffallenden Schönheitsfehler hatte, daß, abgesehen von Griechenland, nur über Gebiete disponiert werden sollte, die sowieso schon von sowjetischen Truppen besetzt waren oder zumindest in deren Reichweite lagen. Nicht jedoch beispielsweise über Italien. Gerade die vergnügte Schamlosigkeit, mit der Churchill diese Anekdote erzählte, läßt immerhin den Rückschluß zu, daß er es wohl kaum verschwiegen hätte, wenn sich Vergleichbares oder Ernsthafteres auch auf der Jalta-Konferenz zugetragen hätte.

BILD-Kommentar
Auf nach Berlin!
Hoffentlich verschwindet nun die Uralt-Platte aus dem Schrank: Berlin – eine sterbende Stadt.
Das Gegenteil ist wahr. Die Stadt hat

BILD-Kommentar

Auf nach Berlin!

Hoffentlich verschwindet nun die Uralt-Platte aus dem Schrank: Berlin – eine sterbende Stadt.

Das Gegenteil ist wahr. Die Stadt hat einen gewaltigen Vitaminstoß bekommen: 13 Prozent mehr Investitionen, 2,6 Prozent Wirtschaftswachstum – mehr als der Bundesschnitt. Die Berliner glauben an sich, sind optimistisch.

Und die kluge Allensbach-Professorin Noelle-Neumann weist nach: Berlin bietet glänzende Chancen, vor allem für tatendurstige junge Menschen (s. diese Seite).

Außerdem: Nur noch zwei Häuser sind besetzt; unter den SPD-Regierungen waren es mal 170.

Jeder Unsinn hört mal auf. Man muß nur an das Gute glauben, die Ärmel hochkrempeln.

Auf nach Berlin!

„Bild", 12.10.84

Die Vereinbarungen von Jalta

Zeit also, sich endlich den wirklichen Debatten und Beschlüssen der Jalta-Konferenz zuzuwenden. (4) Es waren dies, in der Reihenfolge des offiziellen Ergebnisprotokolls (5):

1. Gründung der UNO samt einigen Ausführungsbestimmungen.

2. **„Erklärung über das befreite Europa''**. Es sollte in Europa ein Weg eingeschlagen werden, „*der die befreiten Völker instand setzt, die letzten Spuren des Nazismus und Faschismus zu zerstören und demokratische Einrichtungen ihrer eigenen Wahl zu schaffen*''. Betont wird „*das Recht aller Völker, diejenige Form der Regierung zu wählen, unter der sie leben wollen*''. Die Alliierten behielten sich vor, einzelnen Ländern „beizustehen'' (bzw. in deren Angelegenheiten einzugreifen) in folgenden Punkten: a) „*Zustände eines inneren Friedens herzustellen*''; b) „*Notmaßnahmen für die Unterstützung hilfsbedürftiger Völker durchzuführen*''; c) „*Interimistische*'' (provisorische — Anm. d. Verf.) *Regierungsstellen zu schaffen, die auf breiter Grundlage alle demokratischen Elemente in der Bevölkerung repräsentieren und die sich verpflichtet haben, sobald als möglich durch freie Wahlen Regierungen zu errichten, welche dem Willen des Volkes entsprechen*''; d) „*und, wo es nötig ist, die Abhaltung solcher Wahlen zu erleichtern*''. Dies sollte seitens der drei Hauptalliierten gemeinsam und in Konsultation geschehen. Die Alliierten schrieben sich damit Rechte der Einflußnahme für die unmittelbare Nachkriegszeit zu. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, daß eine Mehrheit der befreiten Länder mit Nazi-Deutschland verbündet gewesen war und entsprechende eigene politische Systeme gehabt hatte. (6)

3. **„Teilung Deutschlands''**; im englischen Text „dismemberment''. Festgelegt wurde, daß die drei Alliierten „*bezüglich Deutschlands höchste Machtvollkommenheit haben*'' sollten. „*In der Ausübung dieser Macht werden sie solche Maßnahmen treffen, einschließlich der völligen Entwaffnung, Entmilitarisierung und Aufteilung, wie sie sie für den künftigen Frieden und die Sicherheit für notwendig halten*''. (Der Hinweis auf das „dismemberment'' fehlt in der am 12.2.45 publizierten offiziellen Version des Konferenzverlaufs). An diese Festlegung zu erinnern, ist wichtig angesichts der Unverfrorenheit oder Blödheit, mit der quer durch die politische Landschaft bis heute behauptet wird, die Alliierten seien von der E i n h e i t Deutschlands ausgegangen. Zumindest für Jalta gilt das nicht. Das berühmte Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes (und darüber hinaus die verbale Ver-

laufs). An diese Festlegung zu erinnern, ist wichtig angesichts der Unverfrorenheit oder Blödheit, mit der quer durch die politische Landschaft bis heute behauptet wird, die Alliierten seien von der E i n h e i t Deutschlands ausgegangen. Zumindest für Jalta gilt das nicht. Das berühmte Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes (und darüber hinaus die verbale Ver-

pflichtung der gesamten NATO auf dieses Postulat) ist also ein weiterer „Abschied von Jalta''. Wer nun allerdings glaubt, wenigstens die deutsche Teilung als Ergebnis von Jalta denunzieren zu können, irrt wiederum: darauf hatten sich die drei Alliierten schon während der Konferenz von Teheran, im Dezember 1943, im Prinzip geeinigt. Damals hatte Roosevelt vorgeschlagen, Deutschland in 5 Teilstaaten zu zerlegen und einige Gebiete unter internationale Aufsicht zu stellen (7). Ein Gedanke, dem angesichts der furchtbaren deutschen Taten weder politische Vernunft noch moralische Rechtfertigung abzusprechen sind. Daß dies so nicht geschah, ist wesentlich der nach Kriegsende schrittweise einsetzenden Block-Konfrontation zu verdanken oder anzulasten. (Ein Paradoxon, auf das sich die grün-alternativen Neopatrioten lieber nicht einlassen).

4. Zusätzliche Bildung einer französischen Besatzungszone in Deutschland; Vertretung Frankreichs im alliierten Kontrollrat.

5. **„Wiedergutmachung''**. „*Deutschland muß in natura für die Verluste zahlen, die es den alliierten Nationen im Laufe des Krieges zugefügt hat. Wiedergutmachungen sollen in erster Linie diejenigen Länder erhalten, die die Hauptlast des Krieges getragen, die schwersten Verluste erlitten und den Sieg über den Feind gestaltet haben.*'' Als Grundlage für die Ausarbeitung genauer Festlegungen, für die ein Ausschuß gebildet wurde, wurde ein gemeinsamer Vorschlag der sowjetischen und der amerikanischen Delegation akzeptiert. Danach sollte die Gesamtsumme der Wiedergutmachung 20 Milliarden Dollar betragen, wovon 50% an die Sowjetunion gehen sollten. Schon während der Potsdam-Konferenz (Juli 1945) wollten die US-Vertreter davon nichts mehr wissen. Als die Sowjetunion später auf der Moskauer Außenministerkonferenz 1947 ihre Reparationsforderung von 10 Milliarden Dollar vorbrachte, wurde sie endgültig abgeschmettert. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zum Kalten Krieg und ein weiterer „Abschied von Jalta''.

6. **„Hauptkriegsverbrecher''**. (Keine Festlegungen).

7. Polen. Eindeutig der umstrittenste und schwierigste Punkt der Jalta-Konferenz. Vereinbart wurde schließlich: a) Die Ostgrenze Polens soll im wesentlichen durch die sogenannte Curzon-Linie (8) gebildet werden. b) Polen soll „*einen ansehnlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen*'' auf Kosten Deutschlands bekommen, dessen genauer Umfang endgültig auf einer Friedenskonferenz festgelegt werden soll. Auf diese Grenzen hatten sich die Alliierten schon in Teheran geeinigt. Churchill versuchte vergeblich, dies in Jalta zu revidieren. c) Die provosorische Regierung in Polen soll „*auf einer breiten demokratischen Grundlage mit Einschluß demokratischer Führer aus Polen selbst und von Polen im Ausland reorganisiert werden*''. Diese Regierung soll „*so bald als möglich*'' „*freie und unbeeinflußte Wahlen*'' abhalten. Mit diesem Beschluß wurde der erbitterte Konkurrenzkampf zwischen der 1944 unter sowjetischer Patronage im befreiten Polen (zunächst in Lublin) gebildeten ‚provisorischen Regierung' einerseits und der anti-sowjetischen ‚Exilregierung' in London andererseits auf Ko-

den''. Diese Regierung soll „so bald als möglich'' „freie und unbeeinflußte Wahlen'' abhalten. Mit diesem Beschluß wurde der erbitterte Konkurrenzkampf zwischen der 1944 unter sowjetischer Patronage im befreiten Polen (zunächst in Lublin) gebildeten ‚provisorischen Regierung' einerseits und der anti-sowjetischen ‚Exilregierung' in London andererseits auf Ko-

sten der letzteren entschieden. Entsprechend lautstark und radikal waren die Proteste der polnischen Vertreter in den USA und Großbritannien, die zusätzlich über die Festlegung der Ostgrenze verbittert waren. Die Sache Polens sei in Jalta verraten worden, hieß es. Übersehen wurde bei dieser Anklage lediglich, daß sich zum Zeitpunkt der Konferenz das gesamte Polen unter sowjetischer Kontrolle befand, so daß die Aufnahme von Politikern aus dem pro-westlichen Spektrum in die Regierung immer noch ein ganz passables Zugeständnis war (9).

8. Jugoslawien. An Tito wurde die Empfehlung gerichtet, sich mit der zu dieser Zeit fast bedeutungslosen, pro-monarchistischen ‚Exilregierung' Subasic zu verständigen. Auf dieser Basis sollte eine Regierung gebildet werden. Faktisch übten zu dieser Zeit Titos Partisanen fast im gesamten Jugoslawien aus eigener Kraft die militärische und politische Gewalt aus. (10)

Fortsetzung nächste Seite

Fußballer, singt unsere Hymne!

Erinnern Sie sich noch, wie die Argentinier vor dem Länderspiel gegen Deutschland ihre Nationalhymne sangen? Unsere Spieler sangen nicht. Die Argentinier gewonnen 3:1.

Bundespräsident von Weizsäcker hat jetzt in BILD einen Satz zum Nachdenken gesagt. Er wolle dazu beitragen, daß wir ein „normales und gesundes Verhältnis" zu unserer Nation bekommen (s. Sport). Und dazu gehöre eigentlich auch, daß unsere Fußballspieler die Nationalhymne singen.

Vielleicht kennen sie ja nur den Text nicht. Und den können sie lernen.

„Bild", 13.10.84

Fortsetzung von vorheriger Seite

Einige kleine Punkte, die für unser Thema nicht von Bedeutung sind (wie z.B. zur Festlegung der italienisch-jugoslawischen Grenze), brauchen hier nicht aufgezählt zu werden. Wichtig hingegen war ein Geheimabkommen über den Kriegseintritt der Sowjetunion gegen Japan. Zwischen der Sowjetunion und Japan war im Frühjahr 1941 (also kurz vor dem Beginn des deutschen Überfalls) ein Nichtangriffsvertrag geschlossen worden, an den sich beide Staaten bis 1945 gehalten hatten. Da Japan zu Anfang 1945 immer noch über eine Riesenarmee im eigenen Land und in China verfügte, und da die US-Armee mit dem selbstmörderischen Widerstand japanischer Soldaten ihre Erfahrungen gemacht hatte, bestand die Befürchtung, daß der Krieg bis zur Kapitulation Japans noch langwierig und verlustreich werden würde. Deshalb drängten die USA auf eine Beteiligung der Sowjetunion. In dem Jaltaer Geheimvertrag nun versprach die Sowjetunion, 2-3 Monate nach der deutschen Kapitulation Japan den Krieg zu erklären. (Sie tat das am 8.8.45, genau drei Monate nach der deutschen Kapitulation). Als Gegenleistung wurden der Sowjetunion einige territoriale Vorteile auf Kosten Japans zugesichert; im wesentlichen handelte es sich dabei um Eroberungen Japans aus dem Krieg gegen Rußland 1904/05. Zusammengefaßt: Der Jalta-Konferenz war durch den Kriegsverlauf eine Aufteilung der vordem von den ,,Achsenmächten'' besetzten Länder Europas unter die Alliierten vorgegeben. Diese Aufteilung konnte und wollte in Jalta niemand in Frage stellen: die Alternative hätte in einem Bruch der Allianz oder zumindest in schwerer Uneinigkeit bestanden. Profitiert hätten davon nur Deutschland und Japan. Man konnte in Jalta allerdings eine Festschreibung des militärischen Status quo vermeiden. Man konnte darüber hinaus die gegebene Aufteilung Europas ausdrücklich als Übergangsstadium definieren. Und genau das geschah tatsächlich in den Konferenzbeschlüssen. Wie der ,,Erklärung über das befreite Europa'' und speziell den Beschlüssen zu Polen und zu Jugoslawien zu entnehmen ist, sollten in allen von den Alliierten besetzten Ländern pluralistische Übergangsregierungen gebildet werden, mit der Aufgabe baldiger demokratischer Wahlen. Es ist daran zu erinnern, daß jedenfalls der erste Teil dieser Festlegung weitgehend in die Praxis umgesetzt wurde. In Frankreich und Italien wurden die Kommunistischen Parteien an Volksfront-Regierungen beteiligt, im sowjetischen Bereich wurden bürgerliche und prowestliche Kräfte in die neugebildeten Regierungen aufgenommen. Richtig ist, daß diese Koalitionen alle schon in den Jahren 1946-48 wieder zerfielen. Vergessen wird gern, daß das nicht nur in Osteuropa so war, sondern daß auch in Frankreich und Italien die Kommunisten 1947 unter massivem Druck des Westens aus den Regierungen geworfen wurden. In Griechenland hatte Großbritannien schon Ende 1944 sogar militärisch interveniert, um eine Mach-

Großbritannien schon Ende 1944 sogar militärisch interveniert, um eine Mach-

tübernahme durch die sozialistisch/kommunistischen Kräfte zu verhindern und ein repressives Regime zu etablieren. **Die drei Hauptalliierten haben nach Beendigung des Weltkrieges in vielfacher Weise die Abmachungen von Jalta gebrochen, wobei man sich gern noch streiten kann, wer damit den Anfang gemacht und wer die schlimmeren Vertragsbrüche zu verantworten hat. Tatsache ist jedenfalls, daß die in Europa entstandene Situation nicht das Produkt von Jalta, sondern ganz im Gegenteil die Folge des totalen Bruchs mit Jalta ist. Die Vereinbarungen von Jalta, Punkt für Punkt gelesen und beim Wort genommen, hätten wahrlich eine andere Perspektive für das vom Nazismus und Faschismus befreite Europa bedeuten können.**

Ein Besuch in Goebbels' Sudelküche

Die Frage, w a r u m Jalta zu einem dermaßen aggressiv negativ besetzten Begriff werden konnte, obwohl die wirklichen Inhalte dafür genau betrachtet **nichts** hergeben, führt an die Wurzeln der Legende: die Nazi-Propaganda. Auf die bevorstehende Konferenz von Jalta hatte sich schon seit Monaten die Aufmerksamkeit der Nazi-Führung konzentriert. Man wußte, daß es erhebliche Widersprüche unter den Hauptalliierten und deren Klientelen in den befreiten Ländern gab, und man spekulierte auf den Bruch der Allianz in allerletzter Minute. Oder, sofern man selbst an diesen Bruch schon nicht mehr glaubte, nährte man zumindest im Volk Hoffnungen darauf, um den ,,Durchhaltewillen''

Norddeutsche Ausgabe
Ausgabe / 58. Jahrg. / Einzelpreis 15 Pf.
„Freiheit und Brot"

VÖLKISCHER BEOB

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Das erwartete Ergebnis der Konferenz in Jalta

Vernichtungs- und Haßparolen

Die Sargfabrikanten

„Die Konferenz bei Stalin will die feste Grundlage für einen dauerhaften Frieden schaffen!"

Acht Tage Befehlsempfang bei Stalin

Nach bolschewistischem Muster

Verhetzungsmethoden des USA.-Kriegsministeriums

bis fünf Minuten nach zwölf zu strapazieren.

Am 3.2.45, dem Tag vor der offiziellen Eröffnung der Jalta-Konferenz, notierte die Parteizeitung ,,Völkischer Beobachter'' (VB) als Fazit der Entwicklung seit der Teheraner Konferenz (Dez. 1943): ,,*Die Völker Europas wurden unzweideutig an die Sowjets verschachert. England und Amerika haben über ihr Schicksal nichts mehr mitzureden, und müssen sich mit der Rolle eines Zutreibers für Moskau begnügen, wofür sie ein Trinkgeld in Gestalt umfangreicher bolschewistischer Warenbestellungen nach dem Krieg erwarten.*'' Dieses Interpretationsmuster wurde durchgängig beibehalten. Und es erschien vom 3.2. ab bis weit in den März hinein kaum eine Ausgabe des VB, die nicht auf der Titelseite in großer Aufmachung das Thema ,,Jalta'' aufnahm. Die Bekanntgabe des offiziellen Konferenz-Kommuniques etwa kommentierte der VB am 15.2. mit den Schlagzeilen: **,,Das erwartete Ergebnis der Konferenz in Jalta / Vernichtungs- und Haßparolen / Acht Tage Befehlsempfang bei Stalin''**. Kostprobe aus dem Text: ,,*Dieses Herumreden um die laufenden Kapitulationen der Westmächte vor Moskau ist tatsächlich noch das einzige Recht, das ihnen verbleibt. In der Sache bestimmt der Kreml, was zu geschehen hat, und die Erfahrung zeigt, daß Roosevelt und Churchill dann nur obliegt, mit geschlossenen Augen zu unterschreiben, was ihnen abverlangt wird.*'' Schlagzeilen des VB vom 16.2.: **,,Unsere Kampfparole gegen die Schlächter von Jalta / Alles für Leben und Freiheit Deutschlands / Roosevelt und Churchill im Schlepptau bolschewistischer Weltrevolutionäre.''** Am 17.2.: **,,Jalta — das Todesurteil für den Kontinent / Roosevelt und Churchills Kapitulation gibt Moskau freie Hand.''** Am 18.2.: **,,Produkt gemeingefährlicher Gehirne / Jalta: Betrug und Wirklichkeit.''** Am 20.2.: **,,Wie in Jalta beschlossen: Moskau deportiert deutsche Arbeiter / Unsere Antwort: Unerbittlicher Kampf gegen die Sklavenhändler.''** Am 24.2.: **,,Stalin diktierte in Jalta Dauerkrieg / Wirklicher Friede und bolschewistische Weltrevolution schließen sich aus.''**

Nazi Deutschland, das die Völker Europas 5 Jahre lang terrorisiert und ausgeplündert hatte, warb angesichts der vordringenden sowjetischen Armee um Anerkennung seiner Rolle als Bollwerk des christlichen Abendlandes. **,,Denn es gibt kein Europa ohne Deutschland ... Ein Schrecken ohne Ende wäre das Los Europas, wenn es seine letzte Stütze am Reich verlöre ... Deutschland ist in seinem harten Ringen mit den Sowjets zugleich der Vorkämpfer für die Rettung des Kontinents vor dem Verhängnis ... Mit ihm steht und fällt die alte Welt! ...''**. (VB, 17.2.)Sogar den USA und Großbritannien diente man sich selbstbewußt als Avantgarde eines vereinten Kreuzzugs der kapitalistischen Welt gegen die Sowjetunion an: ,,*Dritter Weltkrieg? Er wäre für die Demokratien* (d.h. USA und Großbritannien; der Begriff wurde in der NS-Propaganda als Schimpfwort verstanden; Anm. d. Verf.) *verloren am Tage seines Ausbruchs! Ihn zu verhindern — das e i n z i g e Mittel, ihn zu verhindern — ist also Kampf bis aufs Messer, gestützt auf die nicht ersetzbaren, aber auch unüberwindlichen Energien einer eigenen, echten sozialen Revolution. Diesen Kampf führt heute das Deutsche Reich.*'' (VB, 17.3.)

Vervollständigt wurde die Kommentierung der Jalta-Konferenz durch täglich zwei bis vier kleine Einzelmeldungen, mit denen gezeigt werden sollte, daß über die von der Roten Armee besetzten Länder ein ,,*E i s e r n e r V o r h a n g*'' (11) niedergegangen sei, hinter dem mit Massenmord und Terror nun die ,,Bolschewisierung'' vollzogen werde. Textproben: ,,*So wird Bulgarien erdrosselt*'' (2.2.).

wird Bulgarien erdrosselt'' (2.2.).

,,*Finnland unter Moskaus Fallbeil*'' (10.2.). ,,*Der Balkan unter Moskaus Knute*'' (11.2.). ,,*Blutjustiz von Sofia macht vor keinem halt*'' (11.2.). ,,*Moskau diktiert auf dem Balkan*'' (15.2.). ,,*Polen als Musterbeispiel der Ausrottung*'' (15.2.). ,,*Rumänien-Probe auf Jalta / Der uhrwerkmäßige Ablauf der Moskauer Regie*'' (3.3.). ,,*Moskauer Sturmsignale in ganz Europa / Von Griechenland bis Belgien: Vollendete Tatsachen für die Westmächte auch auf dem politischen Sektor*'' (10.3.). ,,*Rumänien unter Moskaus Joch*'' (15.3.). ,,*Norweger fürchten Bolschewismus*''; ,,*Moskau bereitet Bürgerkrieg in Italien vor / Briten und Amerikaner als beste Wegbahner*''; *Moskau macht sich in Schweden breit*'' (alles aus der Ausgabe vom 23.3.). ,,*Bolschewisten auf Polenjagd*''; ,,*Moskauer Blutjustiz in Frankreich*''; ,,*Die Wühlarbeit in Finnland*''; ,,*30.000 Bulgaren vermißt*'' (alles aus der Ausgabe vom 10.4.).

Ein Vergleich dieser Zitate mit deutschen Pressestimmen aus den Jahren 1948-1958 würde vermutlich die nahezu totale Übereinstimmung in Wort und Geist erweisen. Daß (mit einer kurzen Unterbrechung von nicht einmal zwei Jahren) der H a u p t f e i n d des deutschen Gewaltpatriotismus der gleiche bleiben durfte, war für alle Beteiligten bequem: die Verlierer brauchten nicht allzu viel umzulernen und die Sieger konnten ein geschultes Personal mit Berufspraxis übernehmen. Für den VB-Chefkommentator jener Tage, Helmut Sündermann, reichte es immerhin zu einer zentralen Position in der rechtsextremen Szene der Bundesrepublik (12). Im VB vom 11.2.45 hatte er unter der Überschrift **,,Erzwingen wir die Wende!''** geschrieben: **,,Die Welt unserer Feinde wird durch nichts anderes zusammengehalten als durch den jüdischen Vernichtungswahn gegen das deutsche Volk und die persönlichen Interessen der drei großen Kriegsverbrecher Roosevelt, Churchill und Stalin ...''**. Später zum ,,*erfolgreichsten Nachkriegsverleger von nazistischer und radikalnationalistischer Literatur*'' (13) geworden, rechnete er 1962 in seinem Buch ,,Potsdam 1945. Ein kritischer Bericht'' mit den alliierten Konferenzen von Jalta und Potsdam ab.



Aus den Kinderjahren der Supermächte-Theorie. Diese Karikatur ist nachgedruckt in „War in Peace" (London 1971) und wird dort ohne Quellenangabe bezeichnet als „deutsche Karikatur aus den letzten Jahren des 2. Weltkriegs".

Die Jalta-Legende in den USA

Es steht außer Zweifel, daß die maßlose, über alle Tatsachen hinwegstiefelnde H e t z e gegen die Jalta-Konferenz ihren Anfang in der Nazi-Propaganda hatte. Ähnliche Töne gab es allerdings schon damals in exilpolnischen Kreisen und bei einer kleinen Gruppe der Konservativen Partei, gegen deren Verrats-Vorwürfe sich selbst Churchill im Parlament zur Wehr setzen mußte. Die Nazi-Presse registrierte alle derartigen Verlautbarungen mit größter Aufmerksamkeit. So auch die Polemik, die der mächtige Hearst-Pressekonzern in den USA gegen Roosevelts Politik führte, das verschaffte sogar dem Reichspropagandaminister Goebbels in jenen Götterdämmerungstagen noch ein paar vergnügte Momente (14).

Zur westlichen Block-Doktrin wurde die Diffamierung und ,,Überwindung'' Jaltas aber erst mit dem schrittweisen Übergang zum Kalten Krieg, der nach Roosevelts plötzlichem Tod (12.4.45) von dessen Nachfolger Truman eingeleitet wurde. In den ersten Jahren nach 1945 sah das noch so aus, daß die US-Regierung zwar in der P r a x i s die totale Demontage der Jalta-Vereinbarungen betrieb, sich aber propagandistisch immer noch zu Jalta bekannte und dessen Einhaltung von der Sowjetunion einforderte. Das lag nicht zuletzt daran, daß Truman und Roosevelt der gleichen Partei angehörten, den Demokraten, so daß ein direkter Angriff auf das politische Werk Roosevelts von d i e s e r Seite nicht opportun gewesen wäre. Dafür bemächtigten sich die oppositionellen Republikaner bald des Themas. Jalta spielte eine große Rolle, als der Senator Joseph McCarthy am 9.2.50 die Öffentlichkeit mit der Enthüllung überraschte, im Außenministerium der USA säßen mehr als 200 eingeschleuste Kommunisten. Die große Ära der Gesinnungsschnüffelei und Agentenhatz war schon seit 1947 in Gang, so daß selbstverständlich auch zu Verdächtigungen gegen das Außenministerium ein Untersuchungsausschuß gebildet werden mußte. Hier ging es u.a. um den Vorwurf, die subversiven Kommunisten im State Department seien verantwortlich für die Kapitulation vor den sowjetischen Forderungen in Jalta und Potsdam. (15)

Im Präsidentschaftswahlkampf 1952 konnte gleichfalls auf das Thema nicht verzichtet werden. Der ,,Abschied von Jalta'' wurde in der maßgeblich von Dulles formulierten Wahlplattform der Republikaner festgeschrieben. Näm-

Dulles formulierten Wahlplattform der Republikaner festgeschrieben. Näm-

lich so: ,,*Teheran, Jalta und Potsdam waren die Orte jener tragischen Fehler,*

Fortsetzung nächste Seite

„Unser Programm ist die Rettung Europas"

,,Deutschland hat ... den Weg zur Neuordnung Europas und einer glücklichen Zukunft aller europäischen Völker aufgezeigt. Kein osteuropäischer Machtbereich und kein Westeuropapakt, die den Zustand unaufhörlicher Kriege verewigen und die Völker Europas zerfleischen werden, keine Aufteilung in eine bolschewistische und eine plutokratische Interessenssphäre, die die europäischen Nationen einer tödlichen Ausbeutung anheimgibt und sie rettungslos zugrunde richtet, sondern nur die neutrale Lösung, die sich um das Reich als europäischer Kern und daher als die kontinentale Ordnungsmacht gruppiert, ist die einzig mögliche für Europa ... Unser Programm ist die Rettung Europas vor den vereinigten Barbaren aus Ost und West, die im Begriff sind, die Schöpfungen der europäischen Kultur zu vernichten, die erhabensten Werke eines Geistes brutal zu zerstören, der die Welt seit Jahrtausenden erleuchtet und ihr den ganzen Reichtum des menschlichen Fortschrittes geschenkt hat.''

(aus einer Rede des Reichspressechefs Dietrich am 12.12.1944. Zit. nach „Weltarchiv der Gegenwart", Jg. 1944, S. 6629).

Fortsetzung von vorheriger Seite

denen weitere folgen sollten. Die Führer der amtierenden Regierung handelten ohne Wissen und Zustimmung des Parlaments und des amerikanischen Volkes. Sie verrieten unsere überwältigenden Siege für einen neuen Feind und für neue Unterdrückung und neue Kriege, die schnell kommen sollten.'' Und an anderer Stelle: ,,*Die Regierung der USA wird unter republikanischer Führung alle Verpflichtungen ablehnen, die in solchen Geheimvereinbarungen wie denen von Jalta enthalten sind und die der kommunistischen Versklavung helfen.''* (16) Der republikanische Kandidat Eisenhower gewann die Wahl. Die angeblichen Geheimverträge von Jalta blieben 1952/53 ein zentrales Stück der Demagogie. So wurde beispielsweise ganz ernsthaft von einem Geheimvertrag erzählt, der in Jalta über die Zukunft Spaniens abgeschlossen und später dem Franco-Regime zugespielt worden sein sollte (17). Indessen zeichnete sich schon 1953 ab, daß unter der Präsidentschaft Eisenhowers, trotz aller wilden Reden, in der Praxis eine Beruhigung der Beziehungen zur Sowjetunion und zur Volksrepublik China angestrebt wurde. Das Thema ,,Jalta'' verlor an Interesse. 1955 gab das State Department eine vollständige Sammlung aller Aufzeichnungen, Protokolle und Beschlüsse zur Jalta-Konferenz heraus. Nun konnte sich endgültig alle Welt davon überzeugen, daß es selbst nach Auskunft der regierenden Republikaner in Jalta kein Abkommen gegeben hatte, dessen Inhalt nicht schon spätestens 1947 publiziert worden war.

Erinnerungen an Versailles

Der Republikaner Reagan ist dem äußeren Anschein nach sachkundiger als mancher Grün-Alternativer, wenn er sich in letzter Zeit mehrmals von der Legende absetzte, in Jalta sei ,,die Teilung Europas'' vereinbart worden. Da haben sich offenbar die Berater des Präsidenten die Konferenz-Dokumente genauer angesehen als die neopatriotischen Jalta-Überwinder. Das gilt auch für US-Vizeprädident Busch, wenn er sagt: ,,....*In diesem Zusammenhang* (der Teilung Europas; Anm. d.Verf.) *gebe es über die Jalta-*

d.Verf.) *gebe es über die Jalta-*

Konferenz viele Mißverständnisse. ‚Es gab kein Abkommen zu jener Zeit, Europa in Einflußsphären zu teilen'. Vielmehr seien in Jalta die gemeinsame Verantwortung der drei Alliierten für die befreiten Gebiete sowie Unabhängigkeit und freie Wahlen für Osteuropa vereinbart worden.'' (,,FR'', 22.9.83) Allerdings betraf die Vereinbarung selbstverständlich nicht nur O s t europa. Äußerungen wie diese, die gegenüber der Jalta-Schelte aus anderen Richtungen eine scheinbar gerechtere Beurteilung der Konferenz ausdrücken, dienen der strategischen Absicht, sich aus dem Jalta-Kuchen die schönsten Rosinen herauszusuchen. Wohlverweislich wird verschwiegen, daß die Vereinbarungen von Jalta nur als fester Zusammenhang genommen werden dürfen. Einzelne Punkte, wie etwa die ,,freien Wahlen'', einklagen zu wollen, und zugleich andere Vereinbarungen einfach zu verschweigen, die vom Westen längst gebrochen wurden, ist nur ein Propaganda-Trick. Zu Jalta gehörte eben auch und vor allem die eindeutige Festlegung, ,,für ewige Zeiten'' keine neue deutsche Armee und keine deutsche Rüstungsproduktion zuzulassen.

Ob nund Jalta ,,überwunden'' werden soll oder ob man sich im Stil von Reagan und Bush scheinheilig auf Jalta beruft — im Ergebnis geht es bei beiden Methoden um das ,,Offenhalten der europäischen Frage'', um das Zurückwerfen der Sowjetunion auf ihre Grenzen von 1920 bzw. langfristig um die Integration eines ,,entbolschewisierten'' Rumpfrußlands in ein Vereintes Europa.

Die grün-alternative Polemik gegen Jalta enthält zudem eine spezielle ideologische Note, die nicht ganz unerwähnt bleiben soll: Sie transportiert das Mißvergnügen schlechter Verlierer über die ihrem Land von den Siegermächten aufgezwungenen Bedingungen. Sie transportiert das fatale nationalistische Mißverständnis, wonach der schon wieder mächtigste Staat Europas eigentlich nur eine Besatzerkolonie der beiden Supermächte ist. Und sie findet, ganz sicher unbewußt, aber dafür mit einem erstaunlichen Instinkt, den direkten Anschluß an die Nazi-Propaganda gegen Jalta (18). Die ,,Überwindung des Systems von Jalta'', zur gedanken- und begriffslosen Parole reduziert, wird zur modernen Form des ,,Kampfes gegen den Versailler Schandvertrag'' in den 20er und 30er Jahren.

Kt., Hamburg

Lesen und weitergeben!

Der Panzerbär

27. April 1945

KAMPFBLATT FÜR DIE VERTEIDIGER GROSS-BERLINS

Bollwerk gegen den Bolschewismus

Berlin: Massengrab für Sowjetpanzer

Rundfunkansprache von Staatssekretär Dr. Naumann

Berlin kämpft für das Reich und Europa

Geburtsstunde eines Mythos: In den allerletzten Kriegstagen begründet Berlin seinen internationalen Ruf als Frontstadt gegen den Sowjetkommunismus

munismus

Anmerkungen

Anmerkungen

1) Shultz am 20.8.84, nach ,,Welt'', 11.9.84.

2) Die Ardennen-Offensive im Dezember 1944 war die letzte strategische Gegenoffensive der Wehrmacht. Das Ziel war, aus den Ardennen (im belgisch-deutschen Grenzgebiet) heraus die gegnerische Front keilartig zu durchstoßen und den wichtigen alliierten Nachschubhafen Antwerpen zu erreichen. Die Offensive brach nach großen Anfangserfolgen in wenigen Tagen zusammen. Die Verluste der US-Armee an Toten und Gefangenen durch diese Gegenoffensive waren erheblich, und der Zeitplan für den Vormarsch der Westalliierten wurde gestört.

3) Winston S. Churchill, The Second World War, Bd. VI, S. 198.

4) Die Dokumente der Jalta-Konferenz, soweit sie entweder offiziellen Charakter hatten oder es sich um Akten der amerikanischen Seite handelt, wurden vom State Department der USA 1955 publiziert. Deutsche Ausgabe gleichfalls 1955 unter dem Titel „Die offiziellen Jalta-Dokumente des State Departments''. Das Wort „offiziell" ist in diesem Zusammenhang etwas verwirrend: Es gibt von der Jalta-Konferenz an offiziellen Dokumenten lediglich ein nach Konferenz-Schluß publiziertes Kommunique und ein erst nach Ende des Krieges veröffentlichtes Beschlußprotokoll. Hingegen gibt es keine offiziellen, d.h. von den drei beteiligten Parteien abgestimmten Tagungsprotokolle, sondern nur die Aufzeichnungen der einzelnen Parteien. Die erwähnte Ausgabe des State Department enthält lediglich amerikanische Akten. Sowjetische Akten wurden 1967 in Moskau herausgegeben; sie enthalten zugleich Material zu den Konferenzen von Teheran und Potsdam. Eine nicht-autorisierte Übersetzung dieser Dokumentation ist: Teheran-Jalta-Potsdam. Die sowjetischen Protokolle ..., Köln 1968. Zumindest teilweise sind autorisierte Übersetzungen auch in DKP-nahen Publikationen erschienen. Eine wichtige Quelle zum Thema ist außerdem: Briefwechsel Stalins mit Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman, Berlin 1961 (Moskau 1957).

5) Das zunächst geheime Ergebnisprotokoll der Konferenz unterscheidet sich in vielen Punkten von der gleich nach Abschluß der Konferenz als Kommunique publizierten Fassung der Beschlüsse. In meinem Text wird, soweit nicht anders vermerkt, auf das Ergebnisprotokoll Bezug genommen.

6) Rumänien, Bulgarien, Ungarn sowie die Satelliten-Staaten Slowakei und Kroatien. Ferner das mit Deutschland gegen die Sowjetunion verbündete Finnland und selbstverständlich das faschistische Italien mit seiner Kolonie Albanien. Abgesehen von der Tschechoslowakei hatten vor dem Krieg in keinem Land Osteuropas parlamentarisch-demokratische Verhältnisse geherrscht.

7) Edward R. Stettinius, Roosevelt and the Russians. (The Yalta Conference). London 1950, S. 117. Die Gebiete, die unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten, waren das Ruhrgebiet, das Saargebiet, Hamburg und der Nordostsee-Kanal. — Stettinius war zur Zeit von Jalta Secretary of State, also Außenminister der USA. Auf S. 261-271 seines Buches setzt er sich mit den Verrats-Vorwürfen gegen Roosevelt auseinander und belegt Punkt für Punkt seine These, daß in Jalta von sowjetischer Seite mehr Zugeständnisse gemacht worden seien als von amerikanischer. Dabei ist zwar sein subjektives Interesse als einer der Hauptbeteiligten nicht zu vergessen, aber es bringt Fakten und Argumente.

8) Die sog. Curzon-Linie war 1919 von westlichen Politikern als Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion entsprechend den Bevölkerungsverhältnissen vorgeschlagen worden. Im Gegensatz dazu war die polnisch-sowjetische Grenze vor dem 2. Weltkrieg das Ergebnis eines Raubkrieges, den Polen 1921 mit maßgeblicher Unterstützung Frankreichs geführt hatte. Mehrere Millionen Weissrussen und Ukrainer waren auf diese Weise dem polnischen Staat zugeschlagen worden. Die nach dem 2. Weltkrieg festgelegte polnische Ostgrenze enthält gegenüber der im September 1939 durch den sowjetischen Einmarsch entstandenen Linie einige deutliche Verbesserungen zugunsten Polens.

9) Diese Erweiterung der ‚provisorischen Regierung' erfolgte im Juni 1945. U.a. wurde der Chef der Bauernpartei und frühere Führer der Londoner Exilregierung, Mikolajczyk, in die Regierung aufgenommen. Die Koalition zerbrach im Juli 1946.

10) Ein Abkommen zwischen Tito und Subasic war schon 1944 zustande gekommen. Die Konferenz von Jalta „empfahl" lediglich die unverzügliche Inkraftsetzung dieses Abkommens. Im März 1945 wurde auf dieser Grundlage eine Koalitionsregierung gebildet.

11) Als Erfinder der Anwendung des aus dem Theater stammenden Begriffs „eiserner Vorhang'' auf den sowjetischen Machtbereich gilt weithin Churchill, und zwar mit einer Rede, die er am 5.3.46 in Fulton hielt. Churchill selbst macht darauf aufmerksam, daß er diesen Begriff schon in einem Telegramm an Truman am 12.5.45 verwendete (Second World War, Bd. 6, S. 498-499; dort dokumentiert). David Horrowitz (Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, S. 55) behauptet unter Berufung auf John Lukacs (Decline and Rise of Europe, S. 47), der Begriff stamme von Goebbels, der ihn am 23.2.45 in einer Rede verwendet habe, in der er die Jalta-Konferenz verurteilte. Ich habe keinen anderen Hinweis in der Literatur finden können, daß Goebbels an jenem Tag überhaupt eine Rede gehalten hat. Es gibt eine auch im VB publizierte Rundfunkrede von Goebbels vom 28.2.45 (Wortlaut siehe „Archiv der Gegenwart'', Jg. 1944, S. 6705 ff), in der aber der Begriff „Eiserner Vorhang'' nicht vorkommt. Hingegen findet er sich in Goebbels Tagebuch (u.a.?) unter dem Datum 14.3.45. Publiziert findet er sich (u.a.?) im VB vom 2.2.45 (mit Bezug auf Bulgarien) und 10.3.45 (bez. der baltischen Staaten). Reichspressechef Dietrich verwendete den Begriff vorher schon in einer Rede auf dem Kongress der Union Nationaler Journalistenverbände, 12.12.44: „Der eiserne Vorhang ging nieder, der furchtbare bolschewistische Terror und seine grauenvolle Praxis — nunmehr von der Welt nicht mehr kontrollierbar — begann ...''. (Die in ihren antisowjetischen Passagen verblüffend aktuell anmutende Rede ist dokumentiert im „Archiv der Gegenwart'', Jg. 1944).

12) Sündermann war in der NS-Zeit Herausgeber der „Nationalsozialistischen Parteikorrespondenz'' und seit 1942 Stellvertreter des Reichspressechefs. Nach dem Krieg war er Mitgründer und führender Aktivist der rechtsextremen GfP (Gesellschaft für freie Publizistik) und Leiter des nicht weniger einschlägigen Druffel-Verlages. (nach: Kurt P. Tauber, Beyond Eagle and Swastika, Bd. 1, Middletown 1971).

13) Beyond Eagle and Swastika, Bd. 1, S. 477.

14) Unter dem vom VB zitierten „ausländischen Pressestimmen'' zur Lage nach Jalta tauchen mehrfach Blätter des Hearst-Konzerns mit Stichworten wie „Eine Niederlage der USA'' und „Polens Tragödie" auf. Goebbels vermerkte am 1.3.45 in seinem Tagebuch: „Der bekannte amerikanische Journalist von Wiegand schreibt einen Artikel über die bolschewistische Weltgefahr, der ganz genau nach einem letzten Artikel unter der Überschrift ‚Das Jahr 2000' ausgerichtet ist. Dieser Artikel von Wiegand stellt, da er in sämtlichen Hearst-Blättern veröffentlicht wird, eine wahre Pressesensation dar. Unsere Thesen sind hier in einem Umfange aufgenommen, der wahrhaft staunenerregend wirkt. Die Hearst-Blätter sind ja seit jeher antibolschewistisch eingestellt gewesen; aber daß sie sich in der jetzigen Kriegslage so weit hervorwagen, scheint mir doch einigermaßen bezeichnend zu ein. Jedenfalls wird auch Roosevelt, wenn er sich nunmehr der amerikanischen Öffentlichkeit stellt, auf eine starke Opposition stoßen.'' — Eine Hoffnung, die sich damals noch nicht erfüllte. Zitiert nach: Joseph Goebbles. Tagebücher 1945. Hamburg 1977. S. 64. Der von Goebbels erwähnte Wiegand war Chefkorrespondent der Hearst-Presse für Europa. Sein spezielles Interesse am Nazismus hatte er bereits durch Interviews mit Hitler in den Jahren 1930, 1934, 1938 und 1940 bekundet (nach Andreas Hillgruber, Hitlers Strategie, Frankf./M. 1965, S. 146).

15) nach: Richard M. Freeland, The Truman Doctrine and the Origins of McCarthyism, New York 1975, S. 347.

16) dok. in History of American Presidential Elections, Bd. 4, New York u.a. 1971, S. 3282 und 3284.

17) „Spiegel'', Nr. 7/1953, S. 16. Laut „Spiegel'' lag ein Bericht über das angeblice Abkommen inzwischen „im Geheimarchiv Francos'', von wo er anscheinend direkt an das Nachrichtenmagazin weitergeleitet worden war. Inhalt des Abkommens sollte eine Intervention der Alliierten (einzeln oder gemeinsam) sein, „um nach Beendigung des Krieges in Spanien ein demokratisches Regime zu errichten''. Ein ‚wahrer Kern' dieses vermutlich ganz gezielt ausgestreuten Gerüchts könnte sich aus folgender Mitteilung Churchills ergeben: „Stalin wanted (auf der Konferenz in Potsdam) the United Nations to break off all relations with Franco ‚and help the democratic forces in Spain' to establish a regime ‚agreeable to the Spanish people'.'' Diesen Vorschlag habe er, Churchill, abgelehnt, und das Thema sei daraufhin fallengelassen worden. (Churchill, The Second World War, Bd. VI, 1954, S. 566).

18) Verdammt modern mutet etwa ein Kommentar des VB vom 3.2.45 an, in dem als Ziel der Alliierten bezeichnet wird, „daß aus diesem Krieg kein Deutschland mehr hervorgehen dürfe, das irgendwann noch mehr bedeuten könne, als ein halbkoloniales Anhängsel dieser oder jener Weltmacht, ob sie nun im Zeichen von Hammer und Sichel steht oder als Ausbeutungsobjekt der Wallstreet ausgeliefert ist ...''.

Kühnen aus Frankreich abgeschoben

Am 5.10.84 wurde Michael Kühnen aus Frankreich abgeschoben und auf dem Kölner Flughafen verhaftet. Gegen ihn liegen zur Zeit drei Haftbefehle aus Braunschweig, Hamburg und Flensburg vor. In einem Fall — dem Haftbefehl aus Braunschweig — wurde eine Bewährung widerrufen, da sich — so die damalige Begründung — Kühnens ,,positive Perspektive'', die die Aussetzung der Strafhaft (8 Monate) zunächst bewirkt hatte, nicht erfüllt hätte. In den beiden weiteren Fällen handelt es sich um Haftbefehle, die erlassen wurden, weil Kühnen sich den Gerichtsverhandlungen in Flensburg und Frankfurt durch seine Ausreise entzogen hatte. Mit seiner erneuten Inhaftierung werden nun auch mindestens 15 weitere Verfahren, die gegen Kühnen anhängig sind und die bisher zu keinem Haftbefehl geführt hatten, verhandelbar.

Dabei hat es ganz den Anschein, als wollten die westdeutschen Behörden überhaupt nichts gegen Kühnen unternehmen. So war schon seine ,,Flucht'' in die Schweiz im März 1984 unter reichlich merkwürdigen Umständen vonstatten gegangen: Damals hatten Verfassungsschützer Kühnen direkt observiert, als dieser erst von den Schweizer Grenzbeamten zurückgewiesen wurde, später aber unter Zurücklassung von Propagandamaterial einreisen konnte.

Noch im Juli hatte Bundesjustizminister Engelhard auf entsprechende Fragen geantwortet, es sei im Fall Kühnen von ,,einer internationalen Fahndung mit dem Ziel, nach einer Festnahme die Auslieferung zu betreiben, Abstand genommen'' worden.

Nolens volens wird sich nun also die bundesdeutsche Justiz mit ihrem ungeliebtesten Kind wieder beschäftigen müssen. Kühnen selbst hatte seine Flucht ja unter anderem damit begründet, er müsse — bevor er wieder für mehrere Jahre in den Knast käme — erst noch einmal die internationalen Verbindungen ordnen.

Kühnens internationale Umtriebe

Kühnens internationale Umtriebe

In Frankreich residierte Kühnen unter dem Schutz seiner französischen Nazi-Freunde von der FNE im Landhaus eines Alt-Nazis und NS-Kollaborateurs in der Nähe von Paris. Von hier aus versuchte er u.a. Finanzquellen für die westdeutsche Nazi-Szene aufzutun. Dabei ging es vor allem um alte NS-Nazis in Südamerika, wohin Kühnen selbst Anfang 1985 reisen wollte. Dieser Teil seiner ,,Auslandsmission'' sei erfreulich verlaufen. Weniger gut anscheinend verlief Kühnens Versuch, eine ,,Europäische SA'' zusammenzutrommeln. Angeblich soll es ANS-Gruppen in der Schweiz und in den Niederlanden geben, etwas ominöse ,,logistische Basen'' werden für Südtirol behauptet, während Italien für Kühnen überhaupt kein gutes Pflaster war: Im MSI (italienische neofaschistische Partei) fand er keine Anhänger und auf der Straße wurde er schlicht überfallen und beraubt.

Seinen spektakulären Auftritt hatte Kühnen allerdings im Mai in Madrid, wo er zusammen mit seinem westdeutschen Stellvertreter Thomas Brehl den belgischen Alt-Faschisten Leon Degrelle besuchte, um ihn für eine Kampagne zur europäischen Vorbereitung von Hitlers 100. Geburtstag zu gewinnen. In der Öffentlichkeit vermochte sich selbst Degrelle allerdings nicht zu seinen westdeutschen Besuchern bekennen.

ANS in der BRD

In der BRD wird in diesem Jahr von den ANSlern zum wiederholten Mal das altbekannte Stück aufgeführt: ,,Alter Wein in neuen Schläuchen''. Der neue Schlauch, das ist die bislang selbst eingeweihtesten Kennern der bundesrepublikanischen Nazi-Szene allenfalls als Name bekannte Kleinstpartei FAP (,,Freie Arbeiter Partei'') des Martin Pape, die nun als neues Dach für die ANSler herhalten muß. Bei zwei Kommunalwahlen — in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen — trat man zur Wahl an; gerade die eigenen Mitglieder konnten für den Gang zur Urne gewonnen werden. Mehrere Versuche, die FAP in verschiedenen Städten zu gründen (Marburg, Gießen, Hannover) scheiterten an jeweils nicht einmal mit voller Kraft betriebenen antifaschistischen Mobilisierungen.

Tatsächlich leidet dieses alte Stück mittlerweile darunter, daß Besetzungssorgen das Ensemble schwächen. Nicht nur Kühnen ist nicht mehr verfügbar, auch Brehl, Marx, Mosler u.a. können nur eingeschränkt eingesetzt werden, da sie entweder schon im Knast sind oder kurz davor zu stehen scheinen.

Angesichts dieser Situation ist eine andere Entwicklung umso interessanter, die auf ein engeres Zusammenrücken der traditionellen ,,legalistischen'' Rechten mit den offenen ANS-Anhängern hindeuten.

So antwortete im Februar 1984 das Bundesinnenministerium auf eine entsprechende Anfrage der GRÜNEN: ,,Anhänger der ANS/NA verfügten vor wie nach dem Verbot über vielfältige persönliche Beziehungen und Verbindungen im gesamten rechtsextremistischen Bereich, die auch Kontakte zu Angehörigen der ,,Wiking-Jugend'' (WJ) mitumfaßten. Die WJ beteiligte sich allerdings nicht an öffentlichen Aktionen anderer Gruppen. Nach der Zustellung der Verbotsverfügung ergaben sich Hinweise darauf, daß die WJ ehemalige Mitglieder der ANS/NA in ihre Organisation integrieren will. Eine Zusammenarbeit mit der WJ wird auch von ehemaligen Anhängern der ANS/NA angestrebt, um organisatorisch wieder Fuß fassen zu können.''

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein Detail im Zusammenhang mit Kühnens ,,Flucht'' in die Schweiz. Geld und Auto hatte Kühnen nämlich von einer Frau Oppermann aus Hannover erhalten, die ihrerseits Kreisvorsitzende der ,,Deutschen Kulturgemeinschaft'' (DKG) ist, einem Konkurrenzunternehmen zum ,,Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes'' (DKEG). Die DKG hatte sich vor einigen Jahren vom DKEG abgespalten und ist vor allem in Norddeutschland tätig.

Am interessantesten allerdings ist der Fall des neonazistischen Fußball-Fanclubs ,,Borussenfront'' aus Dortmund. Mensch erinnert sich: Der Verein machte Schlagzeilen, als der ,,stern'' einen Reporter einschleuste. Noch nach der ,,stern''-Veröffentlichung versuchte der bekannte Nazi-Anwalt Schöttler, die ,,Borussenfront'' vom Vorwurf des

Noch nach der ,,stern''-Veröffentlichung versuchte der bekannte Nazi-Anwalt Schöttler, die ,,Borussenfront'' vom Vorwurf des

Neonazismus reinzuwaschen — vergeblich. Mittlerweile ist die ,,Borussenfront'' gleich mehrfach einschlägig

AKTIONSFRONT NATIONALER SOZIALISTEN

UNSER EUROPA



aufgetreten: So reiste sie zur Unterstützung der — geplatzten — FAP-Gründung nach Hannover; ihre Mitglieder kandidierten für die FAP bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen; höchstwahrscheinlich stellten sie gemeinsam mit dem Nazi-Fanclub ,,Rote Wölfe'' aus Hannover den Großteil der ,,Skin-Heads'', die das Punk-Treffen (,,Kaos-Tag'') Anfang August 1984 in Hannover stören wollten (und wegen des Eiferns der Polizei, dies selbst zu tun, nicht dazu kamen). Eben diese Borussenfront wird andererseits von der NPD zum Schutz diverser Versammlungen und Parteitage eingesetzt, wo sie gemeinsam mit anderen Skinheads auf Antifaschisten einprügeln darf.

Antifa-Kommission
KB/Hamburg

Der scharfe Schwabe

Man spricht, schreibt und liest wieder einmal über das Attentat vom 29.9.80 auf dem Münchner Oktoberfest. Der Wehrsportgruppen-Chef steht vor Gericht und erzählt Geschichten von der großen weiten Welt. Morgens auf dem Schloß, abends in der Disco, Flughafen Frankfurt, Palästinenserlager im Libanon. Also München, das war das Werk des Mossad und von SPD-Verschwörern im BKA. Das sollte ihm in die Schuhe geschoben werden, um die WSG zu vernichten. Auf Leute seines Schlages — vom Feldwebel bis zum Grenzschützer — wird das bestimmt Eindruck machen. Hoffmann, der Weitgereiste, der Beschlagene, der Faschist mit Durchblick. Daß der so lange reden kann, wußte man ja gar nicht. Und in allen Medien steht er drin! Wir erleben eine Groteske, scheinbar mit einem Bayern-Depp in der Hauptrolle. Das Stück ist nicht ganz unbekannt: Erst ein Teilgeständnis, dann Wehleidigkeit,Opfer-Pose. Beim Hoffmann-Partner Udo Albrecht folgte seinerzeit , „völlig überraschend“, die Flucht (1981). Die Methoden einer Justiz, die sich beharrlich weigert, die Wahrheit über den rechten Sumpf auf den Tisch zu legen, möchten wir mit dem Abdruck des nebenstehenden Dokuments ein wenig erhellen.

Dokumente haben meist etwas Lebloses an sich, vor allem wenn sie alt, aber noch nicht Geschichte sind. Diese Niederschrift bringt eigentlich nichts wirklich Neues, nichts, was man nicht ohnehin ahnte oder sich aus logischen Kombinationen erschließen konnte. Über die Pressekonferenz, die der Text wiedergibt, ist damals berichtet worden. Soweit uns Material vorliegt, blieb dabei jedoch das eigentliche Gesprächsthema zwischen Staatsschützern und Journalisten ausgespart (1): der konkrete Verdacht gegen mindestens zwei Personen, vom Attentäter Gundolf Köhler mehr oder weniger in seine Pläne eingeweiht worden zu sein. Darüber erfuhr man erst vor einem halben Jahr im „stern“(Nr. 10/84; siehe auch AK 245). Noch weniger haben die Medienfritzen daran gedacht, sich damit auseinanderzusetzen, wie die Staatsanwälte und Kriminaldirektoren mit den entsprechenden Zeugenaussagen umgingen. Nichts Neues, wie gesagt, aber doch immer wieder merkwürdig, umso merkwürdiger, je mehr man sich hineindenkt. Dazu müssen wir dem Text, der da schwarz auf weiß vorliegt, zunächst etwas Farbe geben. Halten wir uns also in diesem Kreis von Unsympathlingen, deren Namen wir zum ersten und vielleicht auch letzten Mal vernehmen, an den Generalvorsteher, der zwar (dreimal auf Holz geklopft, ohne abergläubisch zu sein)

würdig, umso merkwürdiger, je mehr man sich hineindenkt. Dazu müssen wir dem Text, der da schwarz auf weiß vorliegt, zunächst etwas Farbe geben. Halten wir uns also in diesem Kreis von Unsympathlingen, deren Namen wir zum ersten und vielleicht auch letzten Mal vernehmen, an den Generalvorsteher, der zwar (dreimal auf Holz geklopft, ohne abergläubisch zu sein)

kein guter, aber doch ein alter Bekannter ist: Kurt Rebmann — was fällt einem dazu ein?

„Das ist äußerlich ein gemütlicher Mensch, in Wahrheit ist das aber ein ganz scharfer“. Sagte Horst Herold, ehemaliger Präsident des Bundeskriminalamts über den amtierenden Generalbundesanwalt (GBA), daß er äußerlich gemütlich sei, ist bisher kaum aufgefallen (kann aber sein, daß ein Eisschrank am Nordpol gemütlich wirkt). Daß er so scharf ist, umso mehr. Rebmann ist der scharfe Schwabe. Um das zu konkretisieren, seien ausnahmsweise ein paar Bemerkungen über Schwaben erlaubt. Natürlich kann es hierbei nicht um drittklassige Figuren gehen, die nur im Rahmen grüner Heimatgefühle nach oben gespült werden (Späth, Eppler, Rommel). Eher schon Geißler. Aber der getretene Hund, der wildwütig nach allen Seiten schnappt, ist immer ein schwieriges Problem. Geißler ist der Parteisekretär schlechthin: Dem ist während seiner Karriere so oft in die Visage getreten worden, daß spezielle Zeichnungen, etwa durch eine Region, eine „Kültur“ (würg!) nicht mehr zu identifizieren sind. Wie soll man da noch einen Charakter erkennen? Ähnliches gilt für Hauff, wenngleich bei diesem nicht in einer so gewaltsamen Form. Er ist mehr abgewetzt,über Jahre hinweg beharrlich geschliffen, so daß er folglich im Modernismus einen Profilersatz sucht.

Damit es nicht zu langweilig wird, kommen wir lieber gleich zu demjenigen, der uns — auf dem Weg negativer Abgrenzung — weiterhelfen kann, unser vielgeplagter Verteidigungsminister. Menschlich gesehen ist Manfred Wörner der andere Schwabe, das genaue Gegenteil von Rebmann. Hölzern wirken sie ja beide. Auch das agile Wesen ist ihnen sicherlich gemeinsam. Der Unterschied sei an einem Beispiel verdeutlicht: Feierabend! Der Minister hat vier Sitzungen und zwölf Anschnauzer hinter sich, aber: alles durchgestanden. Dann hat er es gern, wenn sich seine engsten Mitarbeiter nochmal im Sitzungszimmer auf der Hardthöhe versammeln. Nicht bestellt, sondern formlos. „Jetzt muß ich noch ein Bier trinken“, sagt Wörner (auch will er noch nicht nach Hause). Er legt das Jackett ab und schmeißt es lässig (!) über ein lederbezogenes Möbel, wobei es aber zu Boden gleitet. Er bückt sich, hebt es auf, lächelt etwas verlegen. „Das war wieder ein Tag“. Läßt sich in einen Sessel fallen und krempelt die Ärmel hoch. „Also, ich bin ganz schön fertig“. Er lacht, die anderen auch. Auf seinem Hemd sieht man reichlich Spuren von Achselnässe. Dann reden sie noch ein Weilchen. Und dann ist es auch irgendwie wichtig, daß keine Frau dabei ist...

Ganz anders Rebmann. Der ist trocken wie eine knorrige Zeder. Auch wenn der Tag noch so hart war. Kein small talk nach Dienstschluß. Er steht auf in seiner Karlsruher Burg und benachrichtigt den Geleitschutz, daß seine Sekretärin noch da ist (Alter: jedenfalls über 50, also garantiert kein RAF-Sympi). Kann sein, daß sie ihm in den Mantel hilft, und da sieht sie: Schuppen! Das haben wir gleich , das wird mit einer Bürste weggemacht, damit der Herr Generalbundesanwalt...Der guckt sie nur wortlos an. Anfangs, als sie noch neu in der Stellung war, ist sie bei diesem Blick tief in ihrem Innern erschrocken. Aber inzwischen weiß sie, daß er ihr's vergilt mit einem wunderschönen Strauß Rosen zum Geburtstag. Den vergißt er nämlich nie.

Hoffentlich sind die geneigten Leser nicht genervt von diesem „unpolitischen Zeug“, vor allem die Leserinnen, ich weiß schon, wieder ständig von Männern die Rede, typisch antifa, aber andererseits ja auch ein Glück. Frei nach Lenin (schon wieder) soll man die Dinge allseitig betrachten, und so verweilen wir noch ein Momentchen bei der Person, bevor es dann spannend wird. Also Wörner — das sind die normalen kleinen Perversionen, auf die man in unserer freizügigen Zeit allenthalben stößt. Eben eine Skandalnudel. Rebmann — das sind die Perversionen, die man traditionsgemäß, so schnellebig sind wir nun auch wieder nicht, für normal hält. Würde ich diesmal frei nach Frau Mitscherlich (aber hallo!) sagen. Zweimal lebenslänglich

nend wird. Also Wörner — das sind die normalen kleinen Perversionen, auf die man in unserer freizügigen Zeit allenthalben stößt. Eben eine Skandalnudel. Rebmann — das sind die Perversionen, die man traditionsgemäß, so schnellebig sind wir nun auch wieder nicht, für normal hält. Würde ich diesmal frei nach Frau Mitscherlich (aber hallo!) sagen. Zweimal lebenslänglich

plus 15 Jahre für den Aussteiger Boock lassen doch tief blicken. Da werden Maßstäbe gesetzt. Gibt's sowas überhaupt außerhalb dieses unseres Landes? Von Psychologie ebenso unbeleckt wie von der Rechtspflege, kann ich nur ganz simpel fragen: Was ist, wenn der Boock jetzt stirbt (krank ist er ja ohnehin)? Wäre das nicht sehr herb für Rebmann? Nicht mal die 15 Jährchen wären abgegolten, der ganze Strafanspruch des Staates im Eimer. Vielleicht geschieht dies ja aus rein christlichen Motiven, denn der GBA ist ein tief gläubiger Mensch (und dies muß man, so lehrt uns die Friedensbewegung, respektieren). Nehmen wir für einen Moment an, Harmaggeddon ist gelaufen, und so steht auch Boock in der langen Schlange vor den himmlischen Richtern, bis er endlich drankommt. Da drängt sich jemand nach vorne, "Halt, stop!", rudert mit den Armen, „Laßt mich durch“, bis er endlich etwas außer Atem, aber keineswegs aufgelöst im Zeugenstand gelandet ist: „Dieser Mann hat noch ein Leben, achteinhalb Jahre, fünf Monate und dreizehn Tage abzusitzen.“ So einer ist das. Wie gesagt, das Gegenstück zu Wörner. Der ist ganz anders. Einmal standrechtlich erschießen, naja. Aber nicht zweieinhalb mal lebenslänglich. Dazu fehlt Manni die Phantasie. Er ist auch schlecht in Rechnen.

Womit wir bei einem weiteren Wesenszug des obersten Anklägers angelangt wären, den er vermutlich mit allen Chef-Inquisitoren gemeinsam hat: die Liebe zur Statistik, die man in diesem Fall mit dem sprichwörtlichen schwäbischen Fleiß zusammenbringen kann. Jede Wette, daß der Mann — privatissime! — Buch führt: Zahl der angeklagten und verurteilten Straftäter, Summe der beantragten und verhängten Gefängnisjahre, finale Fahndungserfolge, „Selbstmorde“, verschärfte Haftbedingungen bei soundsoviel Personen für soundsolange, Hungerstreiks, Zahl der Protestdemonstrationen einschließlich Teilnehmer, die allesamt n i c h t s erreicht haben, sicherlich auch die Zahl der versuchten und geplanten Anschläge auf seine Person. Das gibt doch ein sehr rundes Bild. Wohlgemerkt: alles r e c h t s s t a a t l i c h ., Bescheiden, wie er ist, lautlos, wie er arbeitet, spricht er nicht von seinen Rekorden. Aber wenn er manchmal — unvermittelt, scheinbar ohne Grund — in die Kamera lächelt, was selten genug der Fall ist, dann denkt er an die Statistik. Er ist ziemlich ehrgeizig. Er will eine bestimmte, selbstgesteckte Marke noch erreichen, keine Ahnung, vielleicht tausend Jahre Knast? Jedenfalls eine mögliche Erklärung für das rasche Anwachsen des Strafmaßes.

Warum untersucht eigentlich niemand diese Statistik? Zu klären, wofür er lebt, könnte interessanter sein, als ihm den Tod zu wünschen, was verständlicherweise viele tun. Die Arbeit wäre ganz einfach: Wieviel Angeklagte, wieviel Verurteilte, wieviel Terroristen, wieviel Unpolitische, wieviel Wirtschaftsverbrecher, wieviel Spione pflastern seinen Weg? Wieviel Linke, wieviel Rechte? Dasselbe nochmal in Prozent. Womit wir fast beim Thema wären. 90% Linke, 10% Rechte? Iwo! 95% Linke, 5% Rechte? Schon eher. 99% Linke, 1% Rechte??? 99:1 hat freilich etwas Unvollkommenes, etwas Unfertiges an sich. Der GBA ist laufend bemüht, die Statistik weiter zu verbessern. Z.B. indem er das eine Prozentchen systematisch minimiert (oder soll man sagen miniaturisiert?)

...und die Kunst des Ausermittelns

Rebmann bei der Arbeit, das ist schon ein einmaliger Eindruck. Diese Liebe zur Präzision — die kriminaltechnischen Untersuchungen, die Kleinstarbeit, die Synopsen und, „ganz kurz“, die Asservate. Dann der souveräne, schwäbisch-schlitzohrige Umgang mit der Presse („Wie kam es zu der Aussage?“ — „Indem wir den Mann befragten“ oder „Das wußte man bisher aber nicht“ — „Ich sage es Ihnen ja jetzt“). Schließlich das außerordentliche Fingerspitzengefühl für die Familie und das „persönliche Umfeld“ des Täters — ganz so, wie wir es aus den RAF-Prozessen gewohnt sind, gell?

Aber das sind nur Umwege, die der GBA beschreitet, keineswegs, weil er der Kernfrage ausweichen wollte, sondern weil er keine Gelegenheit ausläßt, zu demonstrieren, daß er Beherrscher (und nicht Teil oder Partner) des Verfahrens ist. Die Kernfrage lautet: War Gundolf Köhler in München Alleintäter, oder hatte er Mittäter bzw. handelte aus einer Gruppierung heraus? Das Thema wird von Rebmann selbst präsentiert, und wie es den Anschein hat, ausgiebig erörtert. Sehr viel ausgiebiger, als man nach der Presseberichterstattung von Ende 1980 jemals hätte vermuten können. Wir lernen daraus, wie es die oberste Anklagebehörde dieses Systems fertigbringt, obwohl ihr entgegengesetzte Zeugenaussagen vorliegen, die Akte zwei Jahre später mit folgendem Schlußvermerk zu schließen:„*Es ist nicht nachzuweisen, daß Gundolf Köhler aus einer Gruppierung heraus gehandelt hat oder daß es sonstige Tatbeteiligte Hintermänner der Tat oder Mitwisser gibt* “(zit. nach „stern“ 10/84).

Es geht um (mindestens) zwei Zeugen aus dem „Bekanntenkreis“ Köhlers, die Rebmann ausdrücklich als „nicht rechtsradikal“ und „keine Befürworter der Tat“ einstuft. Mit Sicherheit dürfte es sich dabei um die inzwischen vom „stern“ genannten Bernd Kasper und Erich Lippert handeln, Schulfreunde Köhlers aus Donaueschingen. Diese Zeugen (und ggf. weitere) haben in ersten Vernehmungen nach dem Attentat keine (interessanten) Angaben gemacht. In einer zweiten Vernehmung ca. vier Wochen später berichtete mindestens einer davon, mit Köhler über die Möglichkeit einer Beeinflussung der damaligen Bundestagswahl (Schmidt gegen Strauß) durch Bombenattentate gesprochen zu haben. In diesem Zusammenhang habe Köhler auch das Oktoberfest erwähnt.

In einer dritten Vernehmung hat der Zeuge diese Aussage wieder eingeschränkt. Die Frage eines Journalisten nach dem politischen Ziel der beabsichtigten Wahlbeeinflussung biegt Rebmann erfolgreich ab. Unausgesprochen scheint allen Anwesenden dieser Pressekonferenz klargewesen zu sein, was damals nur wenige Linke und, so muß man ehrlicherweise hinzufügen, der „Spiegel“ (2) auszusprechen wagte: daß die Bombe Strauß nutzen sollte, weil sie „linken Terroristen“ angelastet worden wäre, wenn nicht der „blöde Zufall“ passiert wäre, daß Köhler selbst beim Zünden der Bombe umkam.

Für die Ermittlungsbehörden ist die Tatsache v e r s c h i e d e n e r Aussagen desselben (derselben) Zeugen zu verschiedenen Zeitpunkten d e r (willkommene) Ansatzpunkt. Die jeweilige Plausibilität der verschiedenen Angaben wird nicht gewertet. Stattdessen: Hier sind Widersprüche, hier muß „ausermittelt“ werden (woll'n doch mal sehen, ob der Zeuge wirklich bei seiner Aussage bleibt?!). Rebmann spricht von „außerordentlich schwierigen Vernehmungen“, „starker Zurückhaltung“ und schließlich Angst der Betreffenden. All das summiert er zu einem Glaubwürdigkeitsverlust, weshalb man die zitierte Zeugenaussage „natürlich bitte mit aller Vorsicht werten muß“. LKA-Mann Ziegenaus meint, einen Einfluß der Presseberichterstattung wahrzunehmen, wo die Motive der Tat angeblich „groß und breit“ (wie wär's mit „stark und schwer“?) erörtert worden seien, was zwar eine typische CSU-Behauptung ist (schlechtes Gewissen??), aber der Nachprüfung absolut nicht standhält (bevor man sich auf den „verrückten Einzeltäter“ einigte, war damals vom KGB bis zu Ghaddafi jeder Schwachsinn ellenlang und arschbreit in den Medien, nur eben nicht das reale Motiv). Weiter zieht sich der bayerische Kriminaldirektor auf die banale Tatsache zurück, daß unter 1000 Hinweisen meist 980 „wertlose“ sind, um die genannte Zeugenaussage als „relativ schwaches Beweismittel“ darzustellen. Jedenfalls muß weiter „ermittelt“ oder „vernommen“ werden, bis die Ungereimtheiten weg sind, und es tut sich was: Der Zeuge ist „jedenfalls davon abgerückt“ bzw. „von der Wahlbeeinflussung muß wieder etwas herunter“. Wenn man sie so erlebt, die Ermittler, dann hat man volles Vertrauen, daß sie es schaffen, die Dinge „in einen Geschehensablauf zu bringen“.

Was da als gewichtiges Problem expertenmäßig aufgetischt wird, ist in Wahrheit höchst einfach und für jede(n) nachvollziehbar zu erklären: Der Zeuge hat anfangs — selbstverständlich aus Angst, was denn sonst? — den Mund gehalten und ist dadurch vermutlich nicht besonders aufgefallen. Er hat sich dann in Ruhe und über längere Zeit die Sache durch den Kopf gehen lassen und ist zu dem Schluß ge-

Was da als gewichtiges Problem expertenmäßig aufgetischt wird, ist in Wahrheit höchst einfach und für jede(n) nachvollziehbar zu erklären: Der Zeuge hat anfangs — selbstverständlich aus Angst, was denn sonst? — den Mund gehalten und ist dadurch vermutlich nicht besonders aufgefallen. Er hat sich dann in Ruhe und über längere Zeit die Sache durch den Kopf gehen lassen und ist zu dem Schluß ge-

kommen, daß es letztlich besser sei, sein Wissen preiszugeben. Dadurch ist man natürlich auf ihn aufmerksam geworden und hat ihn — offenbar recht bald — ein drittes Mal vernommen. Die dritte Aussage kam mit dem Bewußtsein zustande, daß er sich mit der z w e i t e n Aussage selbst belastet. Anders ist der Schwachsinn, der da zu Papier gebracht wurde, effektiv nicht zu erklären: ‚Ja, ich habe mit Gundolf über Wahlbeeinflussung gesprochen. Ja, er hat mir gegenüber eine Bombe auf dem Oktoberfest erwähnt. Aber ob das miteinander zusammenhing, kann ich nicht mit Bestimmtheit sagen.' Hier bewährt sich wieder die alte Volksweisheit, daß man entweder frech oder gar nicht lügen sollte . Entweder alles abstreiten oder die Wahrheit sagen; an einem Gemisch, an einer Konstruktion wie dieser wird die Lüge sofort offensichtlich.

Wie nun aber freilich oweh kam der Zeuge zu der Erkenntnis, „sich noch einmal g e n a u e r äußern zu müssen? Da dürfen wir sicher davon ausgehen, daß das gaaanz rechtsstaatlich geschah, ohne jeden Druck und ohne jede Drohung, also ganz kurz: gewaltfrei...

Einerseits bedauerlich, daß man diesen Täter nicht mehr anklagen konnte, andererseits aber auch ein Vorteil, daß kein Gericht die Ermittlungsarbeit beurteilen mußte...So hat eben jedes Ding seine zwei Seiten. Mit scheinbarer Präzision und Gründlichkeit, ja sogar demokratischer Auskunftsbereitschaft gegenüber einer Presse, von der er sicher sein kann, daß sie i.a. im Tiefschlaf dahindämmert, gelingt es Rebmann, die Klippen dieses Verfahrens mühelos zu umschiffen, um 1982 ab-

MÜNCHNER BRIEF

Informationen aus Politik und Wirtschaft

Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion

Nachrichten Meinungen Hintergründe

Nr. 19 / 81 München, 01.07.1981 B 5771 D

MÜNCHNER BRIEF

Informationen aus Politik und Wirtschaft

Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion

Nachrichten Meinungen Hintergründe

Nr. 19 / 81 München, 01.07.1981 B 5771 D

Der Oktoberfest - Anschlag ist für die Linke weiter Agitations-Anlaß;

. . . obgleich die Sonderkommission des Bayerischen Landeskriminalamtes eindeutig festgestellt hat, daß der Oktoberfestattentäter **Gundolf Köhler** am 26. September 1980 die Bombe allein gelegt hat und in den letzten Jahren keinerlei Verbindung zu rechtsradikalen Kreisen unterhielt, will die Initiative „Dem Nazi - Terror Einhalt gebieten“ den Jahrestag des Anschlages zum Vorwand für bundesweite „Aktionen gegen die zunehmenden Umtriebe der Neonazis“ benutzen. Unter der Mitwirkung der Gewerkschaftsvorsitzenden **Leonhard Mahlein** (IG Druck und Papier) und **Kurt Georgi** (Gewerkschaft Holz und Kunststoff) unterstützen neben zahlreichen Kommunisten auch 3.000 Gewerkschaftssekretäre, 700 Hochschullehrer, 250 Publizisten und 110 Juristen diese linksradikal beeinflußte Kampagne. Generalbundesanwalt **Kurt Rebmann** wird dabei als Kronzeuge zitiert. Offenbar auf Druck des Bonner Justizministeriums, in jedem Fall aber im Widerspruch zum Ermittlungsergebnis des Bayerischen LKA, hatte **Rebmann** geäußert: „Der nach wie vor bestehende Verdacht, **Köhler** habe Mittäter oder zumindest Mitwisser gehabt, wurde bisher weder bestätigt noch widerlegt.“

20. September 1981 MÜNCHNER BRIEF

Zielscheibe linker Agitation sind wieder Strauß und Tandler;

. . . in vollkommener Verdrehung der Tatsachen agitieren Linksextremisten und Sozialdemokraten Hand in Hand gegen Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** und seinen Innenminister **Gerold Tandler**. Im Vorfeld einer Großdemonstration zum Jahrestag des Oktoberfestattentates (26. September) wird behauptet, die genannten bayerischen Politiker hätten „rechtsradikale Terrororganisationen oft genug verniedlicht“. Drei Monate nach München konnte **Hoffmann** morden“, heißt es in einem Hetzartikel, in dem die Täterschaft des Führers der „**Wehrsportgruppe Hofmann**“ am Doppelmord **Levin / Poeschke** (19.12.1980) behauptet wird. In Wirklichkeit war es jedoch der bayerische Innenminister, der durch ihm unterstelle Staatsschutzorgane das Material zusammentragen ließ, aufgrund dessen der Bundesinnenminister Anfang 1980 erst das Verbot der Wehrsportgruppe aussprechen konnte. Über „500 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus ganz Bayern, unter ihnen der Vorsitzende des Verbandes der Schriftsteller **Bernt Engelmann** (SPD) und der Landtagsabgeordnete **Joachim Schmolcke**((SPD) “ fordern in dem Aufruf „Dem Naziterror Einhalt gebieten“ von den Ermittlungsbehörden, „den Mantel des Schweigens zu durchbrechen, der inzwischen über die ungeheuerlichen Geschehnisse auf dem Oktoberfest und ihren neonazistischen Hintergrund ausgebreitet wurde“. Damit versuchen diese „Demokraten“, eine Komplizenschaft zwischen rechtsradikalen Attentätern und bayerischen Behörden zu konstruieren.

•

Der MÜNCHNER BRIEF erscheint im Verlag des von FRANZ JOSEF STRAUSS herausgegebenen BAYERNKURIER

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

schließend feststellen zu können: Mittäter nicht nachzuweisen...Den Rest erledigt die Zeit.

So läuft das in diesem unserem Lande. Und doch ist es nicht die ganze Wahrheit. Beim wiederholten Studium des Textes und unter Berücksichtigung des Umstands, daß man bei Rebmann trotz aller Unzulänglichkeiten seiner Sprache sehr genau auf die Wortwahl achten muß, gewinnt man immer mehr die Überzeugnung, **daß es hier einen ganz handfesten Knatsch zwischen Karlsruhe und München gab.** Auch das ist an sich nicht neu: Bereits einen Tag nach dem Attentat startete der damalige bayerische Innenminister Tandler eine hemmungslose Schimpfkanonade gegen den GBA: Dieser habe, indem er das Verfahren an sich zog, nicht nur die Information der Öffentlichkeit behindert , sondern sogar eine Durchsuchungsaktion gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann um vier wertvolle Stunden verzögert. Trotzdem konnte man nie sicher sein, ob das nicht nur Scheingefechte waren,, und ob hinter dem Geschrei je mehr als bayerischer Jähzorn und bayerisches chronisches Beleidigt-Sein steckte. Immerhin gilt Rebmann als Rechtsaußen in der CDU, während Tandler seinerseits gar nicht daran dachte, die rasche Freilassung festgenommener Wehrsportler in den Tagen nach dem Attentat zu kritisieren; stattdessen sah er sich in seiner (!) Einzeltäter-These ,,bestätigt'', war also befriedigt.

Nun können wir etwas klarer sehen. Durch die absolut überflüssige viermalige Vorstellung dieses unsäglichen ,,Herrn Kriminaldirektors'' vom LKA Bayern und ebenso durch die wiederholte Betonung der ,,guten Zusammenarbeit'' baut sich eine eigenartig gespannte Atmosphäre auf, in der man eigentlich nur noch auf den Zeitpunkt wartet, wo sich die beiden an die Gurgel gehen. Und in der Tat: Rebmann bringt schon in seiner Einleitung zwei deutliche Seitenhiebe gegen Bayern: 1. wegen der raschen Bekanntgabe des Namens von Gundolf Köhler; 2. ,,gewisse politische Äußerungen'' (Tandler), die die Kooperation in einem falschen Licht hätten erscheinen lassen. Unübersehbar ist ferner, daß Ziegenaus versucht, Rebmanns Äußerungen zu ergänzen, zurechtzurücken oder zu korrigieren, und daß der GBA auf jeden derartigen Versuch seinerseits mit einer Korrektur antwortet. Das ist durchaus spannend: Ziegenaus behauptet, die Zeugenaussagen seien durch die Presse beeinflußt. Rebmann kontert, die Presse habe doch über Gespräche der Zeugen mit Köhler gar

hauptet, die Zeugenaussagen seien durch die Presse beeinflußt. Rebmann kontert, die Presse habe doch über Ge-

spräche der Zeugen mit Köhler gar nichts berichtet. Ziegenaus: Schon, aber sie hat die Motive der Tat lang (?) getreten.

Es gibt wirklich einen Widerspruch in der Bewertung der betreffenden Zeugenaussage(n?). Ziegenaus meint, die Zeugen hätten a n f a n g s ,,aus unter Umständen verständlichen Gründen'' Angst g e h a b t , sich zu äußern, dann seien sie durch die Presseberichterstattung ermutigt worden, und nun würden sie sich sozusagen wie Plaudertaschen verhalten, hier und da noch etwas beisteuern, was sie in Wirklichkeit nur in der Zeitung aufgeschnappt hätten und sich dadurch wichtig machen. Also: anfangs zurückhaltend, inzwischen aber überhaupt nicht mehr, eher munter, geschwätzig. Nichts anderes sagt seine Pressethese aus.

Rebmann dagegen: Die Zeugen s i n d zurückhaltend (zum Zeitpunkt des 13.11.1980), sie h a b e n Angst, in das Verfahren hineingezogen zu werden, sie haben ,, i m m e r - n o c h Muffe''. Dies wiederholt er so oft, daß eigentlich auch der letzte dahindösende Journalist darauf hätte aufmerksam werden müssen. Andererseits macht Rebmann ja hinreichend deutlich, daß e r es jedenfalls n i c h t ist, vor dem die betreffenden Zeugen Angst haben müßten, denn er hält sie weder für Mittäter noch für Befürworter der Tat, weder für Rechtsradikale noch für ,,Mitglieder einer Gruppe''. Wer also ist der böse Wolf, der den vielleicht irregeleiteten, aber harmlosen Schäfchen aus Donaueschingen Angst einjagt, so daß sie verschreckt das Maul halten? Die Bayern!

Aufschlußreich ist Rebmanns dezenter Hinweis auf die Vernehmungskünste s e i n e s Hauses. Demnach ist folgendes passiert: Erst haben irgendwelche (bayerischen?) Kriminalbeamten die Zeugen verhört und nichts herausbekommen. Dann kriegte Oberstaatsanwalt Holland aus Karlsruhe ,,in seiner sehr langen Vernehmung doch noch Einzelheiten'' heraus. Dann kamen wieder irgendwelche (bayerischen?) Kriminalbeamten und machten das wieder kaputt. Man weiß nicht, ob Rebmann selber darüber besonders unglücklich ist. Es liegt aber nahe, daß es mindestens unter seinen Mitarbeitern



Was vor dem Attentat geschah

1 12.24 Uhr: Vor dem Haus Hermann-Lingg-Straße 16 beobachtet der Hausmeister Wolfgang Ludwig einen braunmetallicfarbenen Ford-Consul mit dem Kennzeichen VS-DD 500, das Auto des Attentäters Köhler. Später parkt daneben ein gelber Kleinwagen. Zwischen den Autos stehen vier junge Leute und diskutieren

2 21.25 Uhr: Zeuge 1 sieht eine Gruppe von drei Leuten, darunter Köhler, am Zigarettenladen am Wies'n-Haupteingang

3 21.40 Uhr: Zeuge 2 sieht Köhler mit einer jungen Frau an einem Losstand

4 21.40 Uhr: Zeuge 3 beobachtet drei junge Männer, von denen zwei einen Parka anhaben, an dem Abfallkorb, in dem später die Bombe explodiert

5 22.00 Uhr: Zeuge 4 sieht Köhler zusammen mit zwei Männern in Parkas auf der Brausebadinsel. Sie diskutieren heftig

6 22.00 Uhr: Zeugin 5 und Zeuge 6 werden von einem Mann gewarnt, weiter in Richtung Haupteingang zu gehen, weil dort eine Bombe liege

7 22.10 Uhr: Zeugin 7 beobachtet Köhler am Haupteingang. Er streitet sich mit einem anderen jungen Mann um eine weiße Plastiktüte

8 22.15 Uhr: Zeuge 4 und Zeugin 8 sehen, wie Köhler mit einer schwergefüllten weißen Plastiktüte sich dem Papierkorb nähert

9 22.18 Uhr: Zeuge 9 beobachtet zwei junge Männer, die vom Haupteingang wegrennen und zwischen zwei anfahrenden Straßenbahnen hindurchspringen

10 22.20 Uhr: Zeuge 4 sieht, wie Köhler an dem Papierkorb stehen bleibt und die Plastiktüte absetzt

11 22.21 Uhr: Die Bombe ist explodiert

welche gab, die sich über das Vorgehen das LKA Bayern empörten. Irgend so etwas muß der Grund für diese Pressekonferenz gewesen sein, die der GBA selbst als ,,ungewöhnlich'' bezeichnetet, ohne ihr Stattfinden schlüssig zu begründen. Rebmann hat es noch nie Probleme bereitet, Themen aus der öffentlichen Diskussion auszuklammern. In diesem Fall jedoch schnitt er die ,,gravierenden Aussagen'' von sich aus an, um bereitwilligst Auskunft zu geben. Vielleicht sollte da etwas bekanntgegeben werden, bevor die Zeugen nach weiteren Vernehmungen (sprich: Bearbeitungen) jeden Wert verlieren würden?

nach weiteren Vernehmungen (sprich: Bearbeitungen) jeden Wert verlieren würden?

Für den Konflikt GBA-LKA (der übrigens auch später noch anhalten sollte; siehe Faksimile) gibt es eine Erklärung: Die Bayern wollten das Verfahren unbedingt bei sich behalten, u.a. damit solch häßliche Stichworte wie ,,Wahlbeeinflussung'' im Interesse ihres Vorsitzenden und Landesoberhaupts gar nicht erst ausgesprochen werden. Genau das und nichts anderes war der Hintergrund der schaumigen Ausfälle Tandlers am 27.9.80, als es um die Landes- oder Bundeszuständigkeit ging. Rebmann dagegen, der Einzeltäter-These alles andere als abgeneigt, mußte wenigstens formal einen V e r d a c h t auf die Tat einer ,,terroristischen Vereinigung'' aufrechterhalten, um die Oberaufsicht zu behalten. Daß er den Donaueschinger Zeugenaussagen mehr Gewicht beimaß als seine Münchner Kollegen, ist wohl keineswegs auf Pflichtbewußtsein oder Berufsethos zurückzuführen.

Ziemlich eigenartig ist doch der Widerspruch, daß Rebmann einerseits die Kasper/Lippert von allen nur denkbaren Vorwürfen entlastet, andererseits aber an einer Stelle sagt:,,Wir ermitteln immer noch in der Frage, ob diese Tat möglicherweise aus einer Gruppierung heraus begangen wurde''. Welche Gruppierung kommt denn sonst noch infrage?? Schweigen im Walde. Rebmann in der gewohnten Pose (wenn es um rechts geht): Er mauert.

Aber er mauert nicht fehlerfrei. Als es um den ,,Bekanntenkreis'' Köhlers geht, in dem über ,,Wahlbeeinflussung'' debattiert wurde, fragt ein Journalist: ,,Am Studienort oder zuhatse?'', und Rebmann antwortet schroff, allzu schroff, eine Spur zu schroff, daß man dies nicht ,,weiterspinnen'' solle. Freilich: Die Frage war auch genial. Sie kommt so harmlos daher, daß Rebmann sich fragen mußte, ob er hier hereingelegt werden sollte und wenn ja, wie und warum? Zuviele Fragen für einen Augenblick, so daß es ihm nicht gelingt, ebenso harmlos zu antworten — er wird grob. Warum wird er grob? Vielleicht weil die richtige Antwort ,, s o w o h l — a l s a u c h'' lautet? Vielleicht weil ihm für einen Moment durch den Kopf schoß, daß der Fragesteller in eine Richtung tappt, die er, Rebmann, auf keinen Fall zur Sprache gebracht haben wollte? Es ist möglich, daß Rebmann mit seiner Grobheit jede Diskussion über Bekannte Köhlers am Studienort — **also Tübingen, also Hochschulring Tübinger Studenten (HTS)** um Axel Heinzmann — schon im Ansatz abblocken wollte. Seine ,,ungewöhnliche'' Gesprächigkeit über die Donaueschinger Gruppe Köhler, Kasper, Lippert kann auch damit zusammenhängen, daß er die Aufmerksamkeit von anderen, interessanteren ,,Gruppierungen'' ablenken wollte.

Fahndung — mal anders

Fahndung — mal anders

Streifen wir noch die närrische Geschichte von der sog. ,,Öffentlichkeitsfahndung'' nach zwei Leuten, die zusammen mit Köhler unmittelbar vor dem Anschlag auf der Theresienwiese gesehen wurden. Wer als Linke(r) in die Fahndung gerät, tut bekanntlich gut daran, umgehend seinen letzten Willen zu verfügen, rasch noch ein paar Grüße an Freunde/innen und Genoss(inn)en aufzuschreiben usw. Ganz anders in diesem, eigentlich doch relativ schwerwiegenden Fall: **Da wird höflichst gebeten, sich zu melden.** Originalton eines ,,Fahndungsaufrufes des bayerischen LKA vom 9.10.80: ,,*Ca. 25 Minuten vor dem Ablegen des Sprengkörpers hat sich Köhler laut Zeugenaussagen zwischen dem Haupteingang (Willkommensbogen) und den Toilettenanlagen am Brausebad mit zwei jungen Männern längere Zeit unterhalten. Diese beiden Männer, bekleidet mit olivfarbenen Parkern, auf den Ärmeln das Emblem der Bundesrepublik Deutschland (schwarz-rot-gold) aufgenäht, auffallend war ihr kurzer Haarschnitt, werden gebeten, sich als wichtige Zeugen zur Verfügung zu stellen und sich umgehend mit der Sonderkommission des Bayr. Landeskriminalamtes in Verbindung zu setzen''*. Daß Rebmann meint, diese beiden würde er verdächtigen, wenn er ihre Namen hätte, und sich sorgt, ,,daß sich die Herren nicht melden werden'', ist schon unnachahmlich. Wie hat der Mann eigentlich drei ,,Generationen'' der RAF zur Strecke bringen können? So bestimmt nicht!

Es wird ja nicht einmal gefragt, ob a n d e r e Oktoberfestbesucher die beiden Parka-Leute ebenfalls gesehen hätten und weitere Angaben dazu machen könnten, von einem Phantombild

beiden Parka-Leute ebenfalls gesehen hätten und weitere Angaben dazu machen könnten, von einem Phantombild

ganz zu schweigen. Wie man nicht erst heute, sondern damals schon wußte, befand sich exakt am 26./27.9.80 die halbe Wehrsportgruppe Libanon in Bayern, möglicherweise sogar direkt im Münchner Raum. (Sie wurden am 27.9. beim Versuch, im Konvoi die Grenze nach Österreich zu passieren, festgenommen, bald darauf jedoch wieder freigelassen). Zweifellos hätte Rebmann die Möglichkeit gehabt, Fotos dieser Leute bereits am Abend des 27.9. übers Fernsehen ausstrahlen zu lassen mit der Frage, ob sie zusammen mit Köhler auf dem Oktoberfest gesehen wurden. Zweifellos wäre eine solche Maßnahme bei einem Verdacht gegen linke Täter ergriffen worden (ganz zu schweigen davon, was sonst noch alles passiert wäre...). Und auf demselben Wege hätte die Bundesanwaltschaft vier Wochen später prüfen können, ob die beiden Parka-Leute vielleicht mit Donaueschinger ,,Bekannten'' Köhlers identisch sind. Denn diese sind ganz so unschuldig nicht, wie Rebmann sie darstellt. Daß diese Versäumnisse, wie Ziegenaus behauptet, vom bayerischen LKA durch Lichtbildvorlagen wettgemacht würden, darf mensch getrost bezweifeln (in der ,,stern''-Enthüllung wurde dies vehement bestritten).

Trotzdem ist das, was man an spärlichem Wissen über die Ereignisse auf der Theresienwiese unmittelbar vor der Explosion hat, interessant. Nimmt man alle Zeugenaussagen, die in der Rebmann-Pressekonferenz erwähnt werden, als zutreffend, so kommt man auf eine Gruppe von vier bis sechs Personen (G.K., die beiden Parka-Leute, ein bis zwei Frauen und evtl. noch ein weiterer Mann). Nimmt man die im ,,stern'' referierten vollständigeren Zeugenaussagen, sämtlich für zutreffend, waren es sogar fünf bis sieben Personen (G.K., die beiden Parka-Leute, ein bis zwei Frauen und zusätzlich ein bis zwei Männer). Hinzu kommt ein Detail, das auf der Pressekonferenz der Bundesanwaltschaft (absichtsvoll?) verschwiegen wurde, vom ,,stern'' aber dreieinhalb Jahre später erwähnt wird: Derselbe Zeuge, auf dessen Beobachtungen am ,,Brausebad'' sich der bayerische Fahndungsaufruf stützt, und auf den Rebmann wie Ziegenau so großen Wert legen, sagte aus, daß Köhler und die Parka-Leute ,,ein heftiges Gespräch'' führten. Dies deutet auf eine Auseinandersetzung hin. Aber worüber streitet man 25 Minuten vor einem Attentat? Der ,,stern'' ergänzt dies mit einer weiteren Angabe, wonach eine Zeugin zehn Minuten später Köhler mit einem Mann gesehen habe: **,,Sie stritten sich um einen weißen, faltigen Gegenstand''** (die Plastiktasche, in der sich die Bombe befand). Dies paßt auch zu den Informationen, wonach einzelne Oktoberfest-Besucher von einem Mann (zwei Männer?) wenige Minuten vor der Detonation gewarnt wurden, nicht weiter in Richtung Haupteingang zu gehen, weil dort eine Bombe liege. Nehmen wir einmal den S t r e i t als zutreffend an. Dann könnte sich daraus eine neue Sicht des verheerenden Geschehens ergeben.

Nur eine Arbeitshypothese

Das Folgende beansprucht nicht, ,,wahr'' zu sein. Vielmehr geht es um einen ersten Versuch, vorhandene (gesicherte und ungesicherte) Steinchen zu einem Mosaik zusammenzulegen. Die Frage geht an alle Antifaschist(inn)en: Gibt es scheinbar unwichtige oder längst vergessene Details, die in diesem Erklärungsmuster Bedeutung gewinnen könnten? Probieren wir also einmal selber, ,,inwieweit das alles noch in einen Geschehensablauf gebracht werden kann''.

mal selber, ,,inwieweit das alles noch in einen Geschehensablauf gebracht werden kann''.

1. Gundolf Köhler hat die Bombe gezündet oder zumindest an den Explosionsort gebracht. Dieser Tatsache sollte sich auch die Familie stellen.
2. Mit seinen Donaueschinger Freunden diskutierte er nicht, wie Rebmann behauptet, ,,ganz generell'' oder nur mal eben so über Möglichkeiten von Bombenattentaten und Wahlbeeinflussung zugungsten der Rechten. Sondern er sprach mit ihnen ziehmlich konkret über seine Pläne (Diskussion über Ort und Zeitpunkt, politische Wirkung: ,,Den Linken in die Schuhe schieben'' etc.). Mit einem von ihnen fuhr er sogar in die Schweiz, um 1500 Gramm Schießbaumwolle (also Sprengstoff) zu kaufen und (vergeblich) nach Zündern zu suchen. Spätestens hier hätte wohl auch dem letzten Schwarzwald-Sepp gedämmert, was Sache ist, weshalb es ziemlich unglaubwürdig ist,zu behaupten, man habe das nicht ernst genommen. Ferner dauerten diese Diskussionen bis in die letzten Tage vor dem 26.9., wie Rebmann — übrigens das einzige Mal auf der gesamten Pressekonferenz — von seinen eigenen Mitarbeitern korrigiert wird.
3. Es ist durchaus möglich, daß Mitglieder der Donaueschinger Gruppe Köhler sogar nach München begleiteten. Köhler kam mit dem Auto seines Vaters, einem braunen Ford Consul mit Kennzeichen VS-DD 500 (diese geschmackvolle Abkürzung meint Villingen/Sigmaringen, Landkreis von Donaueschingen). Zwei Zeugen fiel am gleichen Tag unabhängig voneinander in München aber auch ein gelber Audi (ebenfalls Kennzeichen VS) auf: einmal direkt neben dem Ford parkend, ein anderes Mal nach dem Attentat wegen der ,,verstört'' wirkenden Insassen: zwei junge Männer in Parkas! (alles nach ,,stern'' 10/84). Dieses Auto könnte mit Hilfe der Donaueschinger Freunde beschafft, wenn nicht von diesen selbst gefahren worden sein. So oder so sind die Leute stärker in die Sache involviert, als Rebmann glauben machen will.
4. **Warum werden sie dann vom GBA derart gedeckt? Weil er sie für ,,kleine Fische'' hält.** In jedem anderen Fall wären derart eindeutige Festlegungen,



Aus der Serie ,,Warum wir unsere Heimat so lieben'': Oktoberfest in München

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

wie er sie auf der Pressekonferenz mehrfach von sich gibt, selbst für den skandalunempfindlichen Rebmann riskant gewesen: Wenn sich etwa später herausgestellt hätte, daß die Buben aus „VS" ebenfalls Kontakte zur WSG, zu Odfried Hepp usw. unterhielten. Schweren Herzens wollen wir ihm dies ausnahmsweise abnehmen, jedenfalls bis zum Beweis des Gegenteils. Denn es gibt noch weitere Gründe für diese Annahme:

5. Die Donaueschinger scheinen einschließlich Köhlers nicht der Menschenschlag zu sein, der eine politische Strategie von solchen Dimensionen ausheckt. Der „Spiegel" hat die Urheber solcher Ideen seinerzeit in der Grauzone zwischen CDU/CSU und Neonazis ausgemacht und dabei insbesondere Heinsmanns HTS in Tübingen genannt, wo Köhler verkehrte. Diesen recht logischen Überlegungen ist nichts hinzuzufügen.

6. Die Donaueschinger Gruppe war weder in der Lage, den Sprengstoff zu beschaffen, der sich schließlich in der Bombe befand (nicht Schießbaumwolle, sondern das anscheinend sehr viel brisantere TNT), noch die Zündkapseln. **TNT und Zünder fanden sich allerdings reichlich bei Hausdurchsuchungen von Mitgliedern der Wehrsportgruppe Hoffmann.**

7. Kleine Fische hin, kleine Fische her — wer an einem solchen Attentat beteiligt ist, kann kaum mit Milde rechnen, es sei denn... **Ja, es sei denn, er kann wirklich glaubhaft machen, daß er das, was geschehen ist, nicht wollte.** Offenbar hat es der entscheidende Zeuge fertiggebracht, den Oberstaatsanwalt Holland in dieser sehr, sehr langen Vernehmung davon zu überzeugen. Fest steht jedenfalls: Wenn dies eine sehr, sehr lange Vernehmung war, dann ist das, was Rebmann davon bekanntgab, sehr, sehr kurz. Solche Vernehmungen haben ja häufig einen protokollarischen und einen nicht protokollarischen Teil, wobei Letzterer dann der interessantere ist. Tippen wir also tollkühn ins Blaue: Holland hat dem Zeugen Straffreiheit versprochen, wenn er auspackt (Rebmann hält sich auf der Pressekonferenz penibel an den deal!). Dann könnte der Zeuge vielleicht Folgendes erzählt haben:

8. **'Wir, die Donaueschinger, haben zwar ein Attentat machen wollen, aber doch nicht so ein Riesending mit Toten und Krüppeln. Wir wollten den Leuten einen Schreck einjagen, aber das sollte auch alles sein. Die Bombe sollte doch mit der Schießbaumwolle gefüllt sein, die wir in der Schweiz besorgt hatten.** (Diese Überlegung hat das Manko, daß die Mitarbeiter dieser Zeitung von Sprengstoff absolut keine Ahnung haben, somit auch nichts Sicheres über die tatsächliche Wirkung von Schießbaumwolle wissen; Anm. AK). **Da wir aber keinen Zünder hatten, hat der Gundolf die Bombe an andere Leute, die er kannte weitergegeben, und verabredet, daß er sie am 26.9. mit eingebauter Zündung zurückbekommt.'**

9. Die großen Fische übergeben Köhler
aber keinen Zünder hatten, hat der Gundolf die Bombe an andere Leute, die er kannte weitergegeben, und verabredet, daß er sie am 26.9. mit eingebauter Zündung zurückbekommt.'

9. Die großen Fische übergeben Köhler die Bombe mit dem Hinweis, die Füllung mit Schießbaumwolle hätte sowieso nie gezündet, und man habe deshalb eine andere Füllung eingebracht. Das erklärt den beobachteten Streit. Köhler wollte nicht mehr und stritt sich deshalb mit den großen Fischen, gab dann aber klein bei. Oder Köhler gehorchte auf Befehl und stritt sich deshalb mit anwesenden Donaueschingern, die ihrerseits aussteigen wollten. Das letztere ist wohl das Wahrscheinlichere, weil es auch erklären würde, daß jemand anfing, Passanten zu warnen. Jedenfalls ist Köhler mit der umgebauten Bombe nicht vertraut und zusätzlich durch den Streit irritiert, sodaß...

Die großen Fische sind in der Wehrsportgruppe zu orten. Dafür gibt es wiederum zwei Gründe:

10. Das WSG-Mitglied Behle trinkt sich in einer Hotelbar in Damaskus, wo er auf den Chef wartet, einen Rausch an und erzählt dem Kellner (der das später zu Protokoll gibt): *„Das in München waren wir."* Rebmann dazu: Ein betrunkener Aufschneider! — Schon möglich, aber das war ja auch nicht der bedeutsame Teil von Behles Erzählungen. Bedeutsam ist, daß der WSG-Mann dem Kellner eröffnet, es habe eigentlich z w e i Bomben gegeben. *„Die andere lag in einer Ecke"*(3). Man möchte meinen, die eine explodierte Bombe müßte für perverse Aufschneiderei doch reichen. Die zweite Bombe ist sicher eine reine Erfindung Hoffmanns. Denkbar ist nämlich, daß der WSG-Chef Geschichten von zwei Bomben, vieleicht von einer Verwechslung oder von einer „falschen" Bombe, die hochging, kolportierte (und kolportiert), um Kritiker in den eigenen Reihen ruhigzustellen. Irgendwie muß Hoffmann seiner eigenen Truppe ja auch erklären, wie und wann der israelische Geheimdienst Mossad sich konkret einschalten konnte, wie er behauptet. Diese Lüge würde jedenfalls auf der hier als wahr unterstellten Tatsache aufbauen, daß Köhler nicht die Bombe zündete, die er sich ursprünglich vorgestellt hatte. Wenn Hoffmann schon damals solche Lügen verbreitete („Die Israelis haber uns ins Handwerk gepfuscht"), dann wird dadurch nicht nur umgekehrt seine eigene Verantwortung klar (man kann nicht von „unserem Handwerk" sprechen, wenn man mit einer Sache nichts zu tun hat). Er konnte vor seinen Leuten auf diese Weise auch den Mord an Shlomo Levin und Frieda Poeschke als

Verantwortung klar (man kann nicht von „unserem Handwerk" sprechen, wenn man mit einer Sache nichts zu tun hat). Er konnte vor seinen Leuten auf diese Weise auch den Mord an Shlomo Levin und Frieda Poeschke als

„Rache" begründen.

11. Auch die Tatsache, daß wenige Tage vor dem Münchner Attentat das Quartet Hepp, Hamberger, Dupper, Bergmann in der BRD-Botschaft von Beirut vorstellig wurde und sich Rückflugtickets besorgte (um dann für ein weiteres halbes Jahr zu verschwinden), spricht dafür, **daß man im engeren WSG-Kreis wußte, was anstand.** Wenn sich Hepp und Co. schon damals von der WSG Libanon absetzen wollten, dann dürfte der Termin nicht zufällig gewählt worden sein: Lieber vorher dokumentieren, daß man aussteigen will, als nachher auch noch den Attentatsvorwurf am Hals zu haben.

Womit über die ganz großen Fische noch gar nichts gesagt ist. Wohl aber einiges über den Schwaben Rebmann, der dies alles sehr viel besser weiß und dennoch die These vom „verrückten Einzeltäter" stützt. Bis zum nächsten Attentat.

**Gemeinschaftswerk
für antifaschistische Publizistik**



Klaus Hoffmann

»Das wollen wir jetzt mal weiterspinnen«

Pressekonferenz des GBA Rebmann zu den Ermittlungen über das Münchener Attentat; Karlsruhe, am 13.11.1980

Rebmann: Ich darf Ihnen vorstellen den Leiter der Sonderkommission des Bayrischen Landeskriminalamtes, er wird erst nachher kommen, ich werde ihn nachher vorstellen, Herrn Kriminaldirektor Ziegenaus, er ist der Leiter der Sonderkommission des Bayrischen Landeskriminalamts (*haben wir kapiert; Anm. AK*), dann kennen sie ja Herrn Bundesanwalt Klöckner, Oberstaatsanwalt Holland, Herr Bundesanwalt Austz (?) und andere Mirarbeiter unseres Hauses. Ich habe Sie zu diesem Pressegespräch gebeten, um Ihnen einen Zwischenbericht über den gegenwärtigen Stand der Ermittlungen wegen des Sprengstoffattentats vom 26. September 1980 auf der Theresienwiese in München zu geben. Ein solcher Zwischenbericht ist ungewöhnlich. Ich hatte mich aus verschiedenen Gründen zu ihm entschlossen. Einmal deshalb, weil ich der Öffentlichkeit darlegen will, daß zur Aufklärung des schwersten Attentats seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland von Seiten der Strafverfolgungsbehörden alles Erforderliche getan wird, sondern deshalb weil die Bundesanwaltschaft in der letzten Zeit zunehmend von vielen Seiten nach dem Stand des Verfahrens gefragt wurde, und sie konnte noch nicht absehen, bis wann die zum Teil — vor allem bei Vernehmungen — schwierigen Ermittlungen abgeschlossen sein werden. Und endlich will ich mit dem heutigen Gespräch erreichen, daß in der Öffentlichkeit dieses furchtbare Geschehen und auch seine Opfer in Erinnerung gehalten werden, und daß man darüber, gleichviel, was die Ermittlungen ergeben, nicht zur Tagesordnung übergeht (*wie schnell doch die Zeit vergeht; Anm. AK*). Ein Problem dieses Zwischenberichts und auch einer Abschlußverfügung (!) ist die Tatsache, daß Gundolf Köhler, die zentrale Figur dieses Ermittlungsverfahrens, nicht mehr lebt. Er kann sich nicht verteidigen, ich kann ihn nicht anklagen, über seine Täterschaft kann kein Strafgericht urteilen. In dieser Situation muß der Staatsanwalt die entsprechende Beurteilung treffen. Die Familie Köhler verwahrt sich, wie ich gehört und gelesen habe, gegen die Annahme, Gundolf Köhler sei der Täter gewesen. Dafür muß man Verständnis haben. Die Familie rügt vor allem die voreilige Nennung des Namens von Gundolf Köhler als Täter bereits am Samstagabend und Sonntagmorgen nach der Tat. Dieser Vorwurf betrifft nicht

Die Familie rügt vor allem die voreilige Nennung des Namens von Gundolf Köhler als Täter bereits am Samstagabend und Sonntagmorgen nach der Tat. Dieser Vorwurf betrifft nicht

mich. Ich habe den Namen Gundolf Köhlers erst in der Pressekonferenz am Nachmittag des 28.9.1980 genannt, als der Name längst in den Medien genannt worden war, und das Medienbild eine klarstellende Äußerung des GBA erforderte. Wir werden die Familie Köhler über das bisherige Beweisergebnis unterrichten. Als Termin habe ich zunächst den 20. November genannt, dann, im Hinblick auf unser heutiges Pressegespräch, den gestrigen Mittwoch angeboten. Diesen Termin wollte die Familie Köhler wegen der Verhinderung ihrer Rechtsanwälte nicht wahrnehmen. So wird sie nun am 20. November unterrichtet werden. Ich habe am 28. September dieses Jahres an dieser Stelle erklärt, Gundolf Köhler komme als Täter in Betracht. Heute kann ich eher sagen: Nach den bisherigen Ergebnissen der Ermittlungen ist die Aussage berechtigt, daß Gundolf Köhler die Explosion der Bombe verursacht hat. Dazu werde ich nachher noch näher Stellung nehmen.

Unser Pressegespräch möchte ich wie folgt abwickeln: Wir übergeben Ihnen jetzt einen schriftlichen Zwischenbericht nach dem Stand vom 13. November 1980. Diesen Zwischenbericht möchte ich dann mit Ihnen kurz durchgehen und noch einige Ergänzungen dazu machen. Dann würde ich vorschlagen, daß wir die Asservate besichtigen und dann stehe ich Ihnen zu ergänzenden Fragen zur Verfügung...

Ja, meine Damen und Herren, ich darf dann ganz kurz mit Ihnen diesen Zwischenbericht durchgehen. Sie haben auf der Seite 1 des Zwischenberichts noch einmal ganz kurz die bedauerlichen Opfer dieses schweren Attentats aufgelistet. Es wurden also 13 Personen getötet, 7 Männer, eine Frau, 2 Jugendliche, 3 Kinder. 204 Personen wurden verletzt, und zwar 58 Personen wurden schwer verletzt, bei 11 von ihnen mußten Amputationen durchgeführt werden, bei 14 Personen lagen erhebliche Organverletzungen vor, 20 Personen haben Trommelfellverletzungen erlitten und 3 haben entstellende Brandwunden und weitere 3 Personen sonstige schwere Brandwunden erlitten.

Unter römisch II habe ich ganz kurz darauf hingewiesen, wie nun diese kriminalpolizeilichen Ermittlungen angelaufen sind, und daß sie erschwert waren. Sie können sich nachher, wir haben ein Bild ausgesucht, davon unterrichten lassen, daß es außerordentlich schwierig war, den Tatort zu sichern, weil eben sehr viele Schaulustige, sehr viele Helfer, sehr viele andere Personen hier am Tatort waren. Die Ermitt-

richten lassen, daß es außerordentlich schwierig war, den Tatort zu sichern, weil eben sehr viele Schaulustige, sehr viele Helfer, sehr viele andere Personen hier am Tatort waren. Die Ermitt-

lungen im Bereich des Haupteinganges der Theresienwiese ergaben, daß der Sprengkörper in einem Abfallkorb explodiert war. Dieser Korb, wir haben ein Exemplar dieses Korbes hier aufgebaut, wurde durch die Explosion natürlich schwer beschädigt. Ich wurde am 28. September in diesem Raume gefragt, ob es zuträfe, daß in dieser Bombe auch Nägel eingebracht waren. Es ist so, daß diese Nägel, die in den Körpern der Toten und der Verletzten gefunden wurden, daß es Splitter von diesem Korb sind. Ich darf vielleicht ganz kurz Ihnen dieses eine Asservat zeigen, Sie sehen hier, daß eine ganze Reihe von Drähten dieses Korbes selbst in der Lage waren, dieses Schild beinahe zu durchschlagen, ja es ist sogar durchschlagen worden. Also, das waren die Drähte von diesem Korb, die zunächst als Nägel in der Presse angesehen wurden. Ich darf vielleicht auch nochmal ganz kurz auf den Tatort hinweisen. Der Tatort ist also hier am Eingang zur Theresienwiese, also an einer Stelle, wo erfahrungsgemäß ein starker Publikumsverkehr war, eben um 22.20 Uhr, um 23 Uhr schließt ja das Volksfest. Und wir haben hier noch einmal vom Landeskriminalamt hier einige Tatortskizzen und einige Tatortbilder bekommen.

Ich habe dann unter der Ziffer römisch III noch einmal eine kurze Prozeßgeschichte hier dargelegt, auf Seite 4 haben wir noch einmal darauf hingewiesen, daß die Ermittlungen vom bayrischen Landeskriminalamt geführt wurden, das eine Sonderkommission von zunächst nicht weniger als 88 Beamten eingesetzt hat. Der Leiter dieser Sonderkommission ist (*Obacht! Anm. AK*), wie ich schon sagte, Herr Kriminaldirektor Ziegenaus. Ich darf auch bei dieser Gelegenheit an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, daß hier hervorragende Arbeit geleistet wurde, und die Zusammenarbeit auch von Anfang an gut war, wenn dies vielleicht auch wegen gewisser politischer Äußerungen zunächst anders schien. Ich darf vielleicht noch ganz kurz einige Daten nennen zu der bisherigen Ermittlungsarbeit. Es wurden insgesamt in Zusammenhang mit der Wehrsportgruppe Hoffmann 16 Festnahmen durchgeführt, 52 Durchsuchungen im ganzen Bundesgebiet, 50 Alibi-Überprüfungen und 45 Vernehmungen. Es wurden mehr als 700 Einzel-Asservate sichergestellt und überprüft. Für etwa 400 Asservate wurden kriminaltechnische Untersuchungen veranlaßt. Aus dem Umfeld des Herrn Köhler wurden ca. 90 Zeugen und Auskunftspersonen in Donaueschingen, München, Rheinhausen, Tübingen und Freiburg gehört bzw. vernommen. Die Öffentlichkeitsfahndung hat über 800 Hinweise erbracht, wodurch nun weitere Vernehmungsverhandlungen (?) erforderlich wurden. In die Arbeit der Sonderkommission wurden auch andere Polizeibehörden einbezogen, insbeosndere auch das Bundeskriminalamt und das Landeskriminalamt Baden-Württemberg und der MAD.

Ich habe auch unter römisch IV auf Seite 5 heute nun einige Schwerpunkte der Ermittlungen hier aufgelistet. Die Ermittlungen haben sich auf 6 Fragen konzentriert:

1. Welches Tatmittel wurde eingesetzt?
2. Wo wurde es gebaut?
3. Wer hat es zum Tatort transportiert
4. Wer hat es gezündet?
5. Allein-Täter oder Gruppierung und
6. Motive.

Wir haben dann unter römisch IV nach dieser Reihenfolge nun hier die Ausführungen gemacht.

Am Tatort sowie in den Körpern der Todesopfer und bei Operationen der Verletzten wurden neben Teilen des Metall-Papierkorbs, darauf hatte ich schon hingewiesen, zwei verschiedene Arten von Metallsplittern festgestellt: Einmal dickwandige Gußteile, die können dem Körper einer britischen Mörsergranate mit Durchmesser 10,7 cm zugeordnet werden. Wir haben eine solche Granate hier... und können sie nachher etwas näher ansehen. Nach Zeugenaussagen war Gundolf Köhler im Jahre 1979 im Besitz eines solchen Granatkörpers. Bei der anderen Splittergruppe handelt es sich nach krimi-

nachher etwas näher ansehen. Nach Zeugenaussagen war Gundolf Köhler im Jahre 1979 im Besitz eines solchen Granatkörpers. Bei der anderen Splittergruppe handelt es sich nach krimi-

naltechnischen Erkenntnissen um Teile einer Kohlenstoffdioxid-Treibgasflasche für Feuerlöscher. Diese Flasche besteht aus manganhaltigem Stahl, rosarot grundiert und silberfarben lackiert. Sie wurden von einer österreichischen Herstellerfirma an eine deutsche Firma ausgeliefert. Gundolf Köhler soll nach Zeugenaussagen im Besitz einer solchen Treibgasflasche gewesen sein.

Wir haben nun auf den Seiten 6 und 7 ganz kurz (*jajaja; Anm. AK*) einige Angaben über die mögliche Konstruktion dieses Sprengkörpers gemacht. Sämtliche Beweismittel, die Aufschluß über den verwendeten Zündmechanismus geben könnten, sind bisher nicht festgestellt worden. Allerdings hat Gundolf Köhler zu einem früheren Zeitpunkt Abreißzünder gekauft. Er hat auch versucht, chemische Zünder anzukaufen.

Die Frage, wo die Bombe gebaut wurde, läßt sich heute sicher beantworten. Sie wurde gebaut in dem von Gundolf Köhler mitbenutzten Keller seines Elternhauses in Donaueschingen. Hier hat das bayerische Landeskriminalamt eine ganz ausgezeichnete kriminaltechnische Arbeit geliefert. Sie können sich ja davon überzeugen, auf den Seiten 7 und 8, daß man hier mit Kleinstteilchen einen Nachweis führen konnte. Vielleicht kann uns Kriminaldirektor Ziegenaus nachher, wenn wir die Asservate besichtigen, dazu noch einige nähere Erläuterungen geben. Wir haben in dem von Gundolf Köhler bewohnten Zimmer in seinem Elternhaus auch zahlreiche schriftliche Unterlagen über die Herstellung von Sprengkörpern gefunden. Sie können sich nachher über diese Unterlagen orientieren.

Fortsetzung nächste Seite

Anmerkungen:

(1) Immerhin berichtete die „Frankfurter Rundschau" am 14.11.80 über die Pressekonferenz: *„Wie Rebmann weiter mitteilte, habe man etwa vier Wochen nach der Tat 'gravierende Zeugenaussagen' erhalten, wonach Köhler wenige Wochen vor dem Anschlag in einem nicht näher beschriebenen Kreis im Zusammenhang mit der Bundestagswahl Möglichkeiten für einen Anschlag, so unter anderem ein Attentat auf dem Oktoberfest, diskutiert habe. Köhler habe jedoch nicht von sich als möglichen Ausführenden gesprochen. Er soll dabei auch erklärt haben, für einen derartigen Anschlag wären mindestens zwei Leute erforderlich, weil einer damit überfordert wäre".* Dieser Text wurde offenbar von dpa übernommen. Für uns seinerzeit genug, um beim Archivieren eine Markierung anzubringen, aber nicht ausreichend, um schon damals die Alarmglocken schrillen zu lassen...

(2) „Spiegel" vom 6.10.80

(3) „Plärrer — Stadtmagazin Nürnberg / Fürth / Erlangen"; Mai 1983



Vielleicht sollten Neonazis den Kopf manchmal zum Nachdenken gebrauchen. Vor allem, wenn der „Lockruf Walhallas" mit der Stimme höchst irdischer Führer erschallt.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Nun kam die weitere Frage: Wer hat den Sprengkörper von Donaueschingen nach München transportiert? Es ist davon auszugehen, daß Gundolf Köhler die Bombe von Donaueschingen nach München gebracht hat. Der PKW des Vaters war in der Nähe des Tatorts abgestellt; die Schlüssel zu diesem PKW wurden in unmittelbarer Nähe der Leiche Gundolf Köhlers gefunden. Zeugen gaben an, Gundolf Köhler mit einer Plastiktasche, in der sich erkennbar ein schwerer Gegenstand befinden mußte, auf dem Weg zum Tatort gesehen zu haben.

Nun kommt die entscheidende Frage, wer hat diese Bombe gezündet? Das jetzige Ermittlungsergebnis berechtigt zu der Aussage, daß Gundolf Köhler die Explosion der Bombe verursacht hat, wobei es durchaus naheliegen kann, daß die Bombe zu früh gezündet wurde. Anhaltspunkte für Selbstmord, das habe ich bereits am 28. September hier gesagt, bestehen nicht. Das haben eine ganze Reihe von Zeugenaussagen bestätigt. Den Gedanken eines Bombenattentates auf dem Münchner Oktoberfest, gleichwie durch wen, hat Köhler, wie ein Zeuge bekundet, einige Wochen vor den Attentat geäußert, ohne aber daß die übrigen Gesprächsteilnehmer dies für Ernst genommen hätten.

Wir haben auf der Seite 9 eine kurze Auflistung der wichtigsten Zeugenaussagen über den Standort von Gundolf Köhler zum Zeitpunkt der Explosion der Bombe. Dazu muß man noch die Verletzungen nehmen, die auf Seite 3 dieses Zwischenberichts dargelegt sind.

Die noch offenen Ermittlungen betreffen im Schwerpunkt die Frage, 1. ob Köhler Alleintäter war, 2. ob er Mittäter hatte oder 3. ob er aus einer Gruppierung heraus gehandelt hat. Alle diese Möglichkeiten sind Gegenstand der laufenden Ermittlungen. Sie konnten bis jetzt noch nicht geklärt werden. Es steht noch eine ganze Reihe von Vernehmungen der Tatopfer, von Bekannten, von den Eltern und Angehörigen aus, z.T. sind es wiederholte Vernehmungen, z.T. sind es wohl dritte Vernehmungen, die hier gemacht werden müssen. Die Vernehmungen aus dem Umfeld von Gundolf Köhler haben sich recht schwierig gestaltet, z.T. weil die ermittelnden Behörden hier doch auf eine sehr starke Zurückhaltung gestoßen sind.

Was nun diese mögliche Einbindung in eine Gruppierung anbelangt, haben wir die auf der Seite 10 Mitte dargelegten Ergebnisse ermitteln können. Sie sind für Sie nicht neu. Gundolf Köhler war zumindest zeitweise rechtsextremistisch eingestellt. Er hat sich so auch Zeugen gegenüber geäußert. Er hatte bis zum Jahre 1977 Verbindungen zur Wehrsportgruppe Hoffmann, er hat auch an einer Wehrübung teilgenommen. Er hatte Verbindungen zum rechtsextremistischen Kreis um Axel Heinzmann in Tübingen und sein Name wurde in einer Liste von Odfried Hepp registriert, der sich jetzt wegen der Gründung einer kriminellen Vereinigung vor dem Landgericht Karlsruhe zu verantworten hat, der allerdings flüchtig ist (*immer noch bzw. schon wieder; Anm. AK*).

Die Ermittlungen zum Motiv von Gundolf Köhler dauern ebenfalls an, so ist es nicht ausgeschlossen, daß als Teile eines möglichen Motivbündels eine Unzufriedenheit mit dem politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland, ein sich verstärkender Realitätsverlust, Enttäuschungen im persönlichen Bereich, der vermehrte Wunsch nach Anerkennung, aber auch seine Bewertung früher stattgefundener politischer Gewalttaten für den Tatentschluß Bedeutung erlangt haben können. Zur Motivlage wurden, ich habe das vorhin schon angedeutet, etwa 90 Zeugen allein aus dem Umfeld von Gundolf Köhler vernommen, diese Vernehmungen werden fortgeführt, und wie ich schon gesagt habe, unter Umständen wiederholt werden müssen.

Auf der Seite 12 haben wir Vergleichsgegenstände der verwendeten Tatmittel, also eine Mörsergranate und ein ... (?) mit einer CO_2-Treibgasflasche und eine CO_2- Flasche. Dabei muß man sich diese Mörsergranate wohl so vorstellen, daß sie abgeschnitten war an dem hier erkennbaren Führungsring. Und es ist durchaus wahrscheinlich, oder es ist durchaus möglich, daß man dann in diesen Granatkörper eine CO_2-Treibgasflasche, natürlich mit anderer Füllung, hineingebracht hat. Das zu diesem Zwischenbericht, meine Damen und Herren. Ich würde jetzt vielleicht vorschlagen, daß wir uns die Asservate ansehen, und daß wir dann hier Platz nehmen, damit Sie dann ergänzende Fragen stellen können.

...

Bitte sehr...



„Und dann darf ich Ihnen noch ganz kurz die Asservate zeigen, es sind mehr als 700, bei 400 wurden kriminaltechnische Untersuchungen ..."

Frage: Herr Dr. Rebmann, nur die Frage, wird eigentlich nur in Richtung Gundolf Köhler ermittelt, oder richten sich die Ermittlungen auch gegen andere mutmaßliche Täter? Gibt es Verdachtsmomente für andere?

Rebmann: Nein, es gibt eigentlich ... im Augenblick gibt es, was Mittäter anbelangt, keine gravierenden Verdachtsmomente.

Frage: Ich meine keine Mittäter, sondern Ermittlungen in eine ganz andere Richtung.

Rebmann: Ja, wir ermitteln natürlich immer noch in der Frage, ob diese — ich habe dies ja in diesem Zwischenbericht expressis verbis festgelegt, wir ermitteln immer noch in der Frage, ob diese Tat möglicherweise aus einer Gruppierung heraus begangen wurde, ob also da möglicherweise eine Gruppe da war, die beschlossen hatte, so eine Tat wird gemacht, und Gundolf Köhler führt dieses Attentat aus. Da sind wir selbstverständlich noch am Ermitteln. Wir sind auch am Ermitteln, welche Motive für eine solche Tat bestanden haben können. Ich meine, ich darf zum Beispiel einmal aus einer Zeugenvernehmung mal ganz kurz einmal Folgendes vorlesen: **„Im Rahmen dieser Diskussionen, und zwar sind es einige Bekannte gewesen, wurde einmal etwa eine Viertelstunde und zweimal etwa fünf Minuten über das Oktoberfest debattiert. Von den einzelnen angesprochenen Großstädten war München eine der wichtigsten. Das Gespräch über das Oktoberfest stand im Zusammenhang mit der Wahl. Gundolf brachte die Idee mit dem Oktoberfest ins Spiel, daß auf dem Oktoberfest so etwas durchgeführt werden könnte".** Und nun sagt der Gesprächsteilnehmer, **„Wir haben so etwas natürlich nicht ernst genommen"**. Oder eine Zeugenvernehmung, da sagt ein Zeuge: **„Als über einen Anschlag auf die Wies'n gesprochen wurde, sagte Gundolf, daß bei einer solchen Sache zwei Mann nötig wären. Einer würde den Sprengstoff befördern, der andere wäre für die eventuelle Fernzündung verantwortlich. Gundolf sagte, einer schafft es aus körperlichen und aus geistig-seelischen Gründen nicht. Hierbei wurde auch die nervliche Beanspruchung bei einem solchen Vorgehen erwähnt"**.

Das ist eine Zeugenaussage, die man natürlich bitte mit aller Vorsicht bewerten muß.

Frage: ... in welchem Kreis dieses Gespräch geführt worden ist, denn wie ist der Kontext eines solchen Gesprächs zu verstehen, also man kann ja da eigentlich nicht annehmen, daß da Leute über die Möglichkeit eines Anschlages rumblödeln oder so. Also die Prämisse dieses Gesprächs würde mich mal interessieren. Wie kam es also zu dieser Aussage?

Rebmann: Zu der Aussage? Indem wir den Mann vernommen haben.

Frage: Nee, ich meine die Frage, ich meine, der Kontext des Gesprächs, in dem ... also man sagt, da kann man ein Attentat machen, und da sind zwei für nötig, einer schafft's nicht oder so. Wie kamen also die Gesprächsteilnehmer auf dieses Thema?

Rebmann: Ja, das sage ich jetzt wieder mit allem Vorbehalt, man hat sich mal ganz generell über die Beeinflussung der Wahl unterhalten.

Frage: In welchem Kreis denn?

Rebmann: Im Kreis von Bekannten.

Frage: Bekannte von Gundolf Köhler?

Rebmann: Ja.

Frage: Am Studienort oder zuhause?

Rebmann: Das wollen wir jetzt nicht weiter spinnen. Ich meine, da sind noch weitere Vernehmungen erforderlich. Ich sage das mit allem Vorbehalt, weil ein Zeuge, will mal so sagen, die Zeugen waren anfangs, wie ich eingangs dargelegt habe, sehr zurückhaltend. Gerade in dieser näheren Umgebung, und es haben dann auch noch Vernehmungen stattgefunden durch Herrn Oberstaatsanwalt Holland, und wir haben ja dauernd zwei Staatsanwälte oben in München bei der Sonderkommission, und dann wurden in einer längeren, in einer sehr langen Vernehmung dann doch noch weitere Einzelheiten bekanntgegeben, aber wir müssen alle diese Vernehmungen vielleicht in manchen Punkten doch noch einmal durchführen, weil es schon wieder den Anschein hat, als ob manche Zeugen von manchen Erklärungen wieder abrücken wollen. Aber, das was ich auf ihre Frage gesagt habe, das kann ich nach dem Inbegriff dieser Zeugenaussage schon verantworten.

Frage: Ja, handelt es sich um rechtsradikale Kreise, wo darüber diskutiert oder gesprochen wird, deshalb frage ich.

Rebmann: Das wird man, nein, man wird nicht sagen können, daß die Gesprächsteilnehmer rechtsradikale Leute sind. Mit Ausnahme natürlich des Gundolf Köhler, ich meine, der ja nun, wie ich vorhin dargelegt habe, durchaus, sagen wir rechtsextremistischen Kreisen zugerechnet werden muß.

Frage: Man kann also jetzt daraus entnehmen, daß also diese Idee schon mal herumgeschwirrt ist vorher.

Rebmann: Das kann man sagen. Als Idee, das ist vielleicht die richtige ...

Frage: Also gut, ich meine, zur Tat keiner der hier Anwesenden wird im Zweifelsfall solche Idee jemals gehabt haben, das gibt ja schon mal Aufschluß über den Geisteszustand und Gefühlszustand eines Menschen, daß er also überhaupt mit dem Gedanken spekuliert.

... Pause ...
(Das gibt uns die Gelegenheit, die Ausführungen des letzten Fragestellers mit einem schlicht geschwungenen Satzzeichen — ? — zu versehen; Anm. AK).
... Pause ...
(Rebmann bekommt offenbar ein Stichwort von seinem Nachbarn zugeflüstert; Anm. AK).

Rebmann: Ja, Herr Direktor Ziegenaus meint, es sei auffallend, daß zunächst nach der Tat diese Details nicht geboten wurden. Sie wurden dann geboten etwa vier Wochen nach der Tat von diesen Zeugen. Dabei kann natürlich auch die Lektüre der Presse unter Umständen hier noch manche Zeugenaussage irgendwie beeinflußt haben. Allerdings, die Presse hat von solchen Gesprächen nicht berichtet. Ich muß natürlich sagen, daß in diesen Gesprächen, von denen ich eben aufgrund dieser Zeugenaussage etwas gesagt habe, nur Gundolf Köhler solche Ideen geprägt hat, und die anderen haben sich das eben angehört, und nun wissen wir ja, daß diese Bombe gezündet wurde, und wir müssen auch davon ausgehen, daß Gundolf Köhler es war, dann hat man natürlich wiederum eine gewisse Verbindungslinie.
Bitte sehr!

Frage: Ich habe noch eine Ergänzungsfrage zu Ihrem Text. Auf Seite 5 und 6 sagen Sie also einmal, nach Zeugenaussagen war Gundolf Köhler im Besitz eines solchen Granatkörpers, und dann im zweiten Punkt, nach Zeugenaussagen s o l l er im Besitz einer solchen Treibgasflasche gewesen sein. Bedeutet diese schwache Differenzierung, daß das eine sicherer ist als das andere?

Rebmann: So isch es, ja so isch es. Also das eine war eben nur klar bei einem Zeugen, ich meine, ich kann Ihnen das vielleicht einmal vorlesen, damit Sie — vor einem Jahr etwa, das war im Frühjahr 1979 — das wird aber jetzt bitte nicht mitgeschnitten, die Zeugenaussagen.

(stop)

Ziegenaus: Meine Damen und Herren, Herr Generalbundesanwalt ... Es ist natürlich außerordentlich schwer für Ermittlungsbehörden, wenn Zeugen zunächst aus unter Umständen verständlichen Gründen, weil sie Angst haben, in die Dinge hineingezogen zu werden, zurückhaltend sind, dann später nach und nach Dinge angeben, dann nach in etwa bald vier Wochen nach der Tat derartige Äußerungen kommen. Wir nehmen diese Äußerungen natürlich durchaus ernst, sehen aber dies in gewisser Weise, dies alles noch unter dem Vorbehalt, inwieweit der Zeuge durch die Berichterstattung beeinflußt wurde. Selbstverständlich ist über entsprechende Gespräche nicht in der Zeitung berichtet worden, aber natürlich über die Möglichkeit einer ..., eventuelle Möglichkeiten über die Motive sind groß und breit erörtert worden. Und wir alle wissen, daß ein Zeuge — so wertvoll er für uns ist — nur ein relativ schwaches Beweismittel unter Umständen sein kann. Vor allem kommt das auf die Form der Aussage an. Ich glaube, das schien mir doch noch mal wichtig.

Rebmann: Aber ich darf noch mal sagen, bisher, daß nichts aus den Protokollen, die vorher vorgelegt wurden, auf keinem Tonband erscheint. Es würde die Ermittlungen außerordentlich erschweren, wenn ein Zeuge in der Zeitung lesen würde, was er bei uns ausgesagt hat. Ich darf vielleicht noch etwas ergänzend sagen, mir fällt also auf, gerade bei einigen Zeugenaussagen, daß diese Zeugen offenbar Angst haben, in das Verfahren mit hineingezogen zu werden. Das ist vielleicht eine gewisse Erklärung.

(Zwischenruf)

Rebmann: ... ja, sicher nicht nur strafrechtlich, sondern auch moralisch, und das bringt natürlich eine gewisse Zurückhaltung. Bitte zur nächsten Frage.

Frage: Sie hatten gesprochen über die Gespräche, wo Köhler angeblich nur spekuliert hatte und als Wahl dann auch München nicht ausgeschlossen hatte, als ...

Rebmann: als Idee!
Frage: ... als Idee, genau. Aus welchem Zeitraum datieren denn diese Gespräche? Immer abgesehen vom Tattag. Vier Wochen vorher oder so?

Rebmann: 4 Wochen, ja, August.

Antwort (nicht Rebman): Teilweise noch Endzeit September, das letzte Gespräch Endzeit September.

Frage: D.h. unmittelbar vor der Tat?

Antwort (nicht Rebmann): Ja, genau.

Rebmann: Bitte Herr ...

Frage: Da taucht 'ne ganz neue Sache auf Seite 9 auf. Etwa eine Stunde vor der Explosion wurde Köhler von einem jungen Mann, bekleidet mit einem Parka, und einer jungen Frau begleitet. Etwa 40 Minuten vor der Explosion wollen zwei andere Zeugen Köhler in Begleitung eines etwa 18jährigen dunkelhaarigen Mädchens gesehen haben. Das ist uns bisher noch nicht mitgeteilt worden.

Rebmann: Ich teile es Ihnen ja heute mit, Herr ...

Frage: Ja-nein, aber die Fahndung, die in München da, glaube ich, rausging, wegen zwei Männern da, in den grünen Parkas, nach denen ist ja gefahndet worden. Und warum ist dann nach den anderen nicht gefahndet worden?

Rebmann: Es isch eben so, daß die Aussage des Zeugen, der nun die beiden jungen Männer mit dem kurzen Haarschnitt und den beiden Parkas gesehen haben will, daß die eine sehr eingehende Aussage ist, und daß wir eigentlich auf diese Aussage sehr viel gegeben haben und geben. Wir haben hier nur mal einige Zeugen hier aufgeführt, die eben nun aus ihrem Blickwinkel Köhler gesehen haben oder gesehen haben wollen.

Frage: Kann man sagen, daß weder der junge Mann noch die junge Frau noch das 18jährige dunkelhaarige Mädchen bisher gefunden worden sind?

Rebmann: Ja.

Ziegenaus: Ich muß vielleicht ergänzen. Die Sache ermitteln in solch einem Fall, gestaltet sich deshalb verhältnismäßig schwierig, weil über die Öffentlichkeitsfahndung, die benötigt wird, und über die mir dann natürlich eine ganze Reihe von Leuten die verschiedensten Hinweise geben. Es sind hier natürlich eine Vielzahl von Hinweisen, wenn man sie addiert, ich kann keine Zahl nennen, gegeben worden, Fahrzeugbewegungen, wo das Fahrzeug überall gesehen worden sein soll, das geht so weit, daß das Fahrzeug am Tatvormittag zweimal in der Mitte oder während des Verlaufs der Wies'n — und wer das Münchner Oktoberfest kennt, weiß, daß dies ausgeschlossen ist — zweimal durch die Wies'n-Hauptstraße hindurchgefahren worden ist. Und daß ... jemand, der Köhler sein soll, an Orten gesehen worden sein soll, an denen er — das wissen wir nicht — gewesen sein kann. *(Möglich ist hier auch: das wissen wir — nicht gewesen sein kann; Anm. AK).* Und unter diesen Zeugenaussagen, denen allen sämtlichen nachgegangen werden muß, die ausermittelt werden müssen bis zum Schluß, gewinnen dann manche etwas mehr Gewicht, bei manchen muß man gewisse Widersprüche im Raume stehen lassen und sehen, inwieweit das alles noch in einen Geschehensablauf gebracht werden kann. Diese Aussagen sind hier aufgeführt, sind schlichtweg hier aufgeführt, weil sie mit einer gewissen — mit Ausnahme des einen Zeugen, auf den der Generalbundesanwalt hingewiesen hat, dem wir sehr viel ... dessen Aussage ... von dessen Aussage wir sehr viel halten — sind hier noch einige Zeugen aufgeführt, auf deren Aussagen, die wir auch nicht vom Tisch wischen können, die uns durchaus realistisch erscheinen. Hier wird natürlich ermittelt nach den beiden Mädchen, die gesehen worden sein sollen, nach dem jungen Mann, nach dem Mädchen, hier erfolgen natürlich Lichtbildvorlagen wieder bei anderen Zeugen, mögliche Lichtbildvorlagen aus dem Umfeld, und zwar nicht nur Köhler, sondern auch aus allen möglichen Kreisen, die wir natürlich in die Ermittlungen einbeziehen. Es ..., ich glaube, ich kann Ihnen, Herr Generalbundesanwalt,, und Ihnen ... versichern, aber hier liegt eben noch kein Ergebnis vor. *(Es ist unwahr, daß dieser Text von der Münchner Lach und Schieß Gesellschaft ist. Wahr ist, daß er von der Münchner Schieß Gesellschaft ist; Anm. AK).*

Frage: Ich habe da eine ergänzende Frage zu. Sie wissen ja, daß sich die Familie bemüht, ihren Gundolf zu rehabilitieren. Da ist nun auf einmal aufgetaucht das Argument, was er denn in München überhaupt gewollt haben kann, auf die Frage, daß er da offenbar geschwärmt hat für ein Mädchen, mit dem er also im Jahr zuvor schon mal auf'm Oktoberfest war. Sie müßte sich also im Alter dieser 18jährigen hier bewegen. Ist Ihnen a) dieses Mädchen bekannt, b) haben Sie es befragt, c) ist es identisch mit diesem hier und könnte es identisch sein?

Rebmann: Nein, das Mädchen ist natürlich bekannt, sie wurde gefragt, sie ist mit diesem Mädchen nicht identisch, denn sie war nicht mit ihm auf dem Oktoberfest.

Frage: Sie war nicht mit ihm auf dem Oktoberfest?

Rebmann: Nein, das Mädchen, das Sie meinen, war nicht auf dem Oktoberfest.

Frage: ... sie war auf dem Oktoberfest ...

Rebmann: In diesem Jahr, in diesem Jahr, möglicherweise in früheren Jahren.

Frage: Sie haben vorhin gesagt, für Mittäter gäbe es keine gravierenden Verdachtsmomente. Diese Begleiter, die da möglicherweise noch gewesen sind, wären das nicht schon Anhaltspunkte dafür, auch diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen? Es sind ja auch zwei noch abzuchecken.

Fortsetzung auf Seite 33

Krieg als Psychoproblem

Regiert der Wahnsinn die Welt? Sind Reagan, Kohl und Thatcher von allen guten Geistern verlassen? Treibt die Zivilisation dem selbstgewählten Untergang entgegen? Solche Fragen stellen sich schnell ein, wirft man einen oberflächlichen Blick auf die derzeitige Weltlage: allerorts werden noch perfektere, noch verheerendere und noch tödlichere Atomwaffen stationiert. Das wechselseitige Aufrüsten scheint einem Punkt zuzustreben, an dem nur noch die gegenseitige Vernichtung steht, die Opfer ungekannten Ausmaßes fordern und in weiten Landstrichen menschliches Leben unmöglich machen wird.

Über diese höchst bedrohliche Entwicklung sind größere Teile der Bevölkerung erstmal nur erschrocken, ohne sich genauer mit Hintergründen zu befassen. So verwundert es auch nicht, wenn Theorien, die dieses Erschrecken artikulieren und eingängige Erklärungsmuster anbieten, eher aufgegriffen werden als relativ komplizierte Analysen, die viele althergebrachten Vorstellungen des Bürgers über „seinen'' Staat und dessen Absichten radikal in Frage stellen.

Einer dieser Erklärungsansätze ist der psychologische. Seit die derzeitige Friedensbewegung die Gemüter bewegt, fühlen sich Psychoanalytiker, Psychologen und Psychiater veranlaßt, die psychopathologischen Motive der Kriegsplaner zu ergründen, die psychischen Wurzeln der Militarisierung der Massenseele herauszuarbeiten und der Friedensbewegung entsprechende therapeutische Verhaltensweisen vorzuschlagen.

Zweifellos empfinden etliche ein tiefes Unbehagen gegenüber dieser Art des Psychologisierens. Und das mit Recht. Aber andererseits sollte mensch solche Theorien nicht einfach als nur „schwachsinnig'' abtun, denn sie weisen auf einige recht bedeutsame Phänomene hin.

Ausgangspunkt der psychologischen Theorien zur Kriegsgefahr ist, wie gesagt, das Erschrecken über die Tatsache, daß die herrschende Politik sehr wahrscheinlich mit einem Atomkrieg fortgesetzt werden soll. Eine solche Politik, so die Psychologen, kann nicht von vernünftig denkenden und handelnden Menschen ausgehen, sondern muß — nach den Maßstäben menschlicher Vernunft — aus irgendwelchen wahnsinnigen Beweggründen erwachsen.

Theorien, die die gegenwärtige Kriegsgefahr aus ökonomischen Interessen gewisser Personengruppen herleiten oder als Ergebnis imperialistischer Politik hinstellen, greifen ihrer Ansicht nach zu kurz. Sie müssen, so der profilierte und seit Jahren in der Friedensbewegung aktive Psychoanalytiker Horst Eberhard Richter, *„an der Einsicht scheitern, daß alle noch so schlimmen Absichten solcher Gruppen durch deren Erwartung gebremst werden müßten, in einem Atomkrieg selbst mit unterzugehen''*. (Psychologie des Friedens, Reinbek 1982, S.18) (1). Folgerichtig versuchen er und seine Kollegen nachzuweisen, *„daß die gesamte Strategie der Abschreckung von schwerwiegenden psychopathologischen Einflüssen mitbestimmt wird''*. (Ebd., S.30).

Kriegsgefahr als Beziehungsproblem

Bedauerlicherweise verharren die Psychologen bei der Analyse der psychologischen Aspekte der Kriegsgefahr an der Oberfläche. Zumeist gehen sie von der herkömmlichen Vorstellung aus, die beiden Supermächte würden aus ähnlicher Machtposition und vergleichbarer Interessenlage um die Macht in der Welt kämpfen. Die USA wie die Sowjetunion würden sich wechselseitig beschuldigen, die jeweils andere Macht sei die aggressivere, die einen zu verschlingen droht, falls man sie nicht durch eigene Hochrüstung davon abhält. *„Sozialpsychologisch spricht dieses Verhalten dafür''*, so Richter, *„daß der eine wie der andere an dem Bild des aggressionslüsternen Feindes festhalten will, um die eigenen Machtansprüche zu verdecken oder als reines* *Bild des aggressionslüsternen Feindes festhalten will, um die eigenen Machtansprüche zu verdecken oder als reines* *Verteidigungskonzept erklären zu können''*. Dieses Verhalten würde aber nur selten bewußt als Propagandatrick eingesetzt, sondern, wie Richter aus seiner sozialpsychologischen Erfahrung zu schließen meint, *„vielfach tatsächlich unbewußt ablaufen. ... Viele aggressive Planungen geschehen mit Hilfe der Illusion, nur einen übermächtigen bösen Feind fernzuhalten oder abzuwehren. Man glaubt an etwas, wozu man sich innerlich überredet und ist in diesem Sinne am Ende sogar aufrichtig, wenn man für sich das Notwehrmotiv in Anspruch nimmt.''* (Ebd., S.44f). Ost wie West würden also den jeweils anderen für den böseren halten und sich so gegenseitig per Wettrüsten in eine Höhe schaukeln, in der der gemeinsame Suizid droht.

Hat er sich die Weltlage auf diese Weise zurechtgelegt, so fällt es dem Psychologen leicht, die ihm entsprechenden Erklärungen zum Phänomen Kriegsgefahr abzugeben. Denn er befaßt sich alltäglich mit irgendwelchen Beziehungs- und Partnerkonflikten, ob nun zwischen Eltern und Kind, zwischen Ehepartnern oder sonstwem. Auch die Kriegsgefahr erscheint ihm, wie oben skizziert, als Folge eines psychopathologischen Beziehungsgefüges zwischen Ost und West. Was liegt näher, als die Erfahrungen und Theorien, die er aus dem Behandeln individueller Beziehungsprobleme gewonnen hat, auf die große Politik zu übertragen. Die Bereitschaft der Supermächte *„zu einem ewigen und am Ende möglicherweise tödlichen Machtkampf''* rührt nach Richter von Erlebnisvorlagen in der Kindheit her. Wie in der großen Politik würden tagtäglich Eltern und Kind *„unerbittlich um die Macht ringen''*. Dabei würden sich *„ungeheures Mißtrauen und massives Drohverhalten gegenseitig aufschaukeln. ... Nimmt dieses Erlebnismuster von dem kindlichen Ich ganz Besitz, schwinden für das Kind aus der Welt alle Aspekte des Libidinösen, der Liebe, des Vertrauens. Es fühlt sich verloren und tödlich bedroht, wenn es einer Umgebung nicht vollständig seinen Willen aufzwingt.''* (Ebd., S.46ff). Dieser kindliche Trotzkonflikt würde nun durch kulturelle Bedingungen fixiert. Denn *„wir leben in einer Kultur, in der Größe, Macht und Stärke als Ideale einer erfolgreichen Selbstverwirklichung verherrlicht werden''*. (Ebd., S.49). Aus diesen kindlichen Erlebnisvorlagen, gepaart mit der genannten kulturpsychologischen Bedingung, würde sich auch in der Weltpolitik ein Verhalten von gegenseitigem Mißtrauen, Machtstreben und Aggressivität durchsetzen, das zur gegenwärtigen Kriegsgefahr führt. *„Im krankhaften Beziehungssystem der Abschreckung verstärkten archaische sadistische Aggres-* *hungssystem der Abschreckung verstärkten archaische sadistische Aggres-**sivität und radikales Mißtrauen einander in ewiger Eskalation. ... Die Gegensätzlichkeit der Gesellschaftskonzepte in Ost und West wird überformt durch identische expansionistische Größenideen. ... Die krankhafte Phantasie, daß nur eigene unbezwingbare Überlegenheit Sicherheit in der Welt biete, ist der Motor für ein tödliches Rivalisieren.''* (Ebd., S.121). Andere Psychologen ziehen noch engere Vergleiche zwischen Beziehungskonflikten und dem Ost-West-Konflikt. (2). Gemeinsam ist ihnen aber allen eines: sie verfehlen das eigentliche Thema.

Wenn mensch schon psychologisieren will, so müßte doch hauptsächlich folgendes Phänomen erklärt werden: Warum die NATO und an ihrer Spitze die USA so wahnsinnig sind, einen Krieg gegen die Warschauer-Pakt-Staaten sehr konkret zu planen, wohlwissend, daß dieser Krieg -zig Millionen Menschen das Leben kosten, Mitteleuropa sehr wahrscheinlich unbewohnbar machen, möglicherweise sogar die Grundlagen imperialistischer Politik (ausbeutbare Bevölkerung, Produktionsmittel, Infrastruktur etc.) ausrotten bzw. zerstören wird und sehr gut der letzte Krieg der Menschheit sein kann, da es sie hernach nicht mehr geben wird. Diese Art Wahnsinn ist nicht mit irgendwelchen Beziehungskonflikten gleichzusetzen, denn er wird nur von einem Partner, dem imperialistischen Westen, angezettelt werden. Zu erklären wäre also die absolute, möglicherweise sogar selbstmörderische Risikobereitschaft des imperialistischen Machtblocks. Aus solcherart Risikobereitschaft sind in diesem Jahrhundert schon zwei Weltkriege begonnen worden. Beide Male griff der „zu kurz gekommene'' bzw. gebeutelte deutsche Imperialismus seine Konkurrenten an, obwohl beide Male hätte klar sein müssen, daß die Wahrscheinlichkeit, den Krieg zu verlieren, bedeutend größer war, als ihn zu gewinnen. Jedes Mal auch verkannte er die wirklichen militärischen und ökonomischen Kräfteverhältnisse, unterschätzte die Dauer, Kosten und Folgen des Krieges. Er setzte alles auf eine Karte, um den Platz an der Sonne zu ergattern. Betrachtet man die derzeitigen NATO-Kriegsplanungen gegenüber der SU, so scheint es fast, als würde die dummdreiste Zuversicht, daß alles schon nicht so schlimm kommen wird, geradezu Kennzeichen imperialistischer Politik sein. Die krasse Fehleinschätzung z.B. von Hackett, daß die Sowjetunion beim ersten harten Schlag aufgrund innerer Widersprüche wie ein Kartenhaus zusammenbrechen würde (vgl. AK 246), ist hundertprozentig identisch mit dem Zweckoptimismus der Nazi-Regierung über den erhofften desolaten Zustand der SU. Will man das Nazi-Regierung über den erhofften desolaten Zustand der SU. Will man das Kriegstreiben der NATO mit irgendwelchen individuellen Verhaltensweisen vergleichen, so bliebe doch allenfalls der Vergleich mit dem Spieler, der bereits Millionen gescheffelt hat und nun, um einen noch weitaus gigantischeren Gewinn einzuheimsen, sein ganzes Vermögen auf eine Karte setzt, obwohl er weiß, daß die Wahrscheinlichkeit, alles zu verlieren, um ein Vielfaches größer ist als die, zu gewinnen.

Dieses Phänomen wird von den Psychologen an keiner Stelle behandelt. Für sie scheint es unvorstellbar zu sein, daß die NATO, in der „ihr'' Staat eine nicht unbedeutende Rolle spielt, einen solchen Wahnsinn bewußt plant. Wenn, so meinen sie, können nur irgendwelche irrationalen, schwer ergründbaren und unbewußten Triebe Ursache sein. Sie verschweigen, wer der eigentlich Wahnsinnige ist, der zum Kriege treibt, und legen einen diffusen Psychonebel über die wahren Ursachen der Kriegsgefahr.

Es soll nicht bestritten werden, daß die Bourgeoisie in ganz gewissen Situationen Politiker an die Spitze setzt, die auch verrückt sind. Wen graust es nicht, wenn der senile Hollywood-Akteur seine makabren Witze reißt, über die es nichts zu lachen gibt, denn: er meint es ernst! Und weil er es ernst meint, weil seine Verrücktheit Methode hat und den politischen Optionen der US-amerikanischen Bourgeoisie entspricht und nicht zuletzt, weil er gelernt hat, dem Publikum die tollsten Verrücktheiten glaubhaft zu präsentieren, deshalb ist er Präsident der USA. Es soll auch nicht bestritten werden, daß die herrschenden Politiker ihren speziellen „Tick'' haben, der ihre Handlungen mit beeinflußt. Selbstredend spielen Eifersüchteleien, Karrieregeilheit und unersättliches Machtstreben in der Politik eine Rolle, müssen eine Rolle spielen. Nur speziell zugerichtete Menschen sind fähig, um der Macht und des Profites willen — auch wenn sie davon schon übergenug genossen haben — Millionen von Menschen zu unterdrücken, verhungern und gegebenenfalls abschlachten zu lassen. Diese Fähigkeiten können sich aber nur auf der Grundlage ganz bestimmter ökonomischer und politischer Verhältnisse entfalten. Nämlich solcher, die ausschließlich auf der Ausbeutung und Unterwerfung von Menschen beruhen und — wie Marx und Lenin analysierten — bei Strafe des Untergangs nur durch fortgesetztes Rauben, Plündern und Morden fortexistieren können.

Diese grundlegenden Verhältnisse werden von den Psychologen nicht wahrgenommen. Ohne sich der Mühe einer Analyse der wirklichen Verhältnisse zu unterziehen, propfen sie der Wirklichkeit ihre Theorien über. Sie betrachten das Verhalten einzelner Personen, als wäre dies losgelöst von den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisen möglich. Somit formulieren sie aus einem Absolutheitsanspruch Theorien, die so nur als spinnert erscheinen können. Dabei würde die Brisanz einer Analyse der psychologischen Aspekte der Kriegsgefahr gerade darin liegen, die subjektiven Faktoren der herrschenden Politik in Beziehung zu den objektiven Fakten der gegenwärtigen Weltlage zu setzen. Zumindest an diesem Punkt haben die Psychologen bislang nichts zur Aufklärung beigetragen, sondern eher die tatsächlichen Verhältnisse verklärt.

Das Volk hat selber schuld?!

Die gegenwärtige Kriegsgefahr ist also ein Problem des Unbewußten, entsteht aus einem Verhaltensmuster, das schon in frühester Kindheit erworben wird und durch unsere Gesellschaft, in der alles auf Macht und Siegen angelegt ist, kulturell fixiert wird. Diese psychopathologischen Meachanismen bestimmen nach Ansicht der Psychologen natürlich nicht nur das Verhalten der Politiker, sondern auch das der Bevölkerung.

Im Unterschied zu den Mächtigen hat der kleine Mann aber kaum eine Chance, seine Machtphantasien, sein „Siegen-wollen'' auszuleben, sondern ist vielmehr gezwungen, sich tagtäglich Mächtigeren unterzuordnen. *„Der einzelne''*, so Richter, *„kann sich dafür, daß er seine persönlichen Macht- und Größenwünsche weitgehend unterdrücken muß, dadurch entschädigen, daß er diese insgeheim an das Kollektiv und dessen Führer abtritt.''* Dieser Prozeß könne von der politischen Führung so gesteuert werden, daß sie ihn *„für die Festigung ihrer Herrschaft nach innen ausnützt, daß sie sich jedoch andererseits der abgespaltenen antisozialen Impulse bedient, um diese nach außen zu lenken gegen alles, was draußen in der Welt erobert und unterworfen werden kann — oder auch gegen planmäßig diskriminierte Gruppen innerhalb des eigenen Kollektivs. So* *worfen werden kann — oder auch gegen planmäßig diskriminierte Gruppen innerhalb des eigenen Kollektivs. So* *wird es verständlich, wenn ein Gemeinwesen als Ganzes aggressive größenwahnsinnige Ziele verfolgt, obwohl — oder gerade weil — jedes seiner abhängigen Mitglieder mehr und mehr zu einem fügsamen Werkzeug geschrumpft ist.''* (Ebd., S.54f). Und an anderer Stelle führt er aus, daß den kleinen Männern der Krieg als „grandiose Chance'' erscheinen mag, *„einmal aus ihrer alltäglichen Dürftigkeit auszubrechen und in der Realität etwas ganz Großes zu vollbringen''*. („FR'', 2.4.84).

Auch wenn es schwerfällt zuzugeben: so unrecht hat Richter an diesem Punkt nicht. Es ist immer wieder bestürzend mitanzusehen, wie das „dumme'' Volk die Politik der sie Unterdrückenden blindlings unterstützt. Man denke nur an den selbstmörderischen Taumel, mit dem sich 1914 -zigtausende junger Männer in die Schlachten stürzten, mit dem Deutschlandlied auf den Lippen ihre Haut für den deutschen Imperialismus zu Markte trugen. Oder man erinnere sich der nicht wegzuleugnenden Unterstützung von großen Teilen des Volkes für die bestialische Politik des NS-Regimes. Oder, um jüngere Beispiele anzuführen: der chauvinistische Jubel in England während des Falkland-Krieges; die Bundestagswahl '83, in der die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung für eine Politik des sozialen Abbaus, der Verschärfung des Klassenkampfes von oben und eine Forcierung der Kriegsvorbereitungen stimmte.

Diese Phänomene sind nicht erschöpfend durch Verführung oder Repression erklärbar. Der Imperialismus hat es in diesem Jahrhundert geschafft, sieht man von einigen allzu wenigen revolutionären Lichtblicken ab, größere Teile der Bevölkerung in seine Politik zu „integrieren'', und zwar so, daß sie eine Politik aktiv mittragen, die objektiv und für jeden klar denkenden Menschen einsichtig gegen die eigenen Interessen verstößt. (3). Entscheidend aber ist die Frage — und hier setzt die Kritik an Richter ein —, welche Bedeutung man diesem Phänomen für die gegenwärtige Kriegsgefahr beimißt.

Als Anhänger der Demokratie westlich-kapitalistischen Zuschnitts besitzt das Volk für Richter entscheidenden Einfluß auf die jeweils herrschende Politik. *„Wünschen wir uns ein eher liberales Klima, befördern wir entsprechend strukturierte Persönlichkeiten an die Spitze und ermutigen sie, soziale Zwänge zu lockern. Aber dann befällt uns Krisenangst. Autoritäre Denkmuster gewinnen die Überhand. Sehnsucht nach der starken, strengen Führerhand breitet sich aus. ... Das scheinbar passiv ergebene Publikum enthüllt seinen erheblichen Einfluß auf die Inszenierung des Spiels, das auf der sichtbaren politischen Bühne abläuft.''* (Psychologie des Friedens, S.31).

Somit erübrigt sich selbstredend jede Differenzierung zwischen der Politik der Herrschenden und des Volkes. „Wir'' bereiten den Krieg „gemeinsam'' vor. *„Es ist unser eigener rasender Sadismus, den wir jeweils im Spiegelbild des teuflischen Feindes erblicken, der uns die Welt in ein atomares Pulverfaß verwandeln läßt.''* (Ebd., S.56). Oder: *„Die Raketen bedrohen uns nicht, sondern die Bedrohung schaffen wir selbst. ... Wir selbst sind die Ungeheuer.''* („FR'', 3.4.84).

Das ist dann wohl doch recht dick aufgetragener Unsinn: Der Imperialismus bereitet den Krieg ausschließlich aus eigenen Interessen vor und nicht, weil das Volk es so will. Wenn die Bevölkerung diese Politik unterstützt bzw. relativ widerspruchslos hinnimmt, so ist dies seiner Politik zweifellos sehr zuträglich und für deren Realisierung auch in gewisser Weise unerläßlich. Andererseits wird er sich aber kaum scheuen, größere Teile der Bevölkerung brutal zu unterdrücken, sollten sie seine politischen Absichten stören. (4). Auch wenn es der Bourgeoisie gelungen ist, eine relativ große Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung für ihre Politik und ihr System zu erlangen, so ändert dies nichts daran, daß diese Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist, in der sich die Interessen und Bedürfnisse der Bourgeoisie als einzig relevante durchsetzen. Sie ist eben nicht ein diffuses Gemeinwesen, in dem Volk wie „Führer'' auf eine völlig durchgeknallte Art und Weise ihre kaputte Kindheit und Kultur abreagieren.

Trotzdem bleibt gerade für Revolutionäre die Frage noch unbeantwortet, aufgrund welcher Mechanismen (Erziehung, Ideologie, etc.) dieses System auch in den Köpfen und Bäuchen vieler Menschen herrscht und wie bzw. in welchen Situationen diese Macht zu brechen ist.

Die Krankheit annehmen

Die Krankheit annehmen

Die ganze Gesellschaft ist also von der Krankheit Unfriedlichkeit befallen, die sie in den gemeinsamen Suizid zu treiben droht. Dieser Zustand sei mit dem eines Krebskranken vergleichbar, meint unser Psychoanalytiker. Ebenso wie bei diesem Krebskranken seien es die *„Kräfte der Destruktion bzw. Selbstdestruktion, die in uns wie eine schwer heilbare Krankheit wirken''*. (S.80). Und ebenso, wie es schwerfällt, eine Krebserkrankung als Tatsache aufzunehmen, ist auch die *„Einsicht schwer erträglich, daß wir letztendlich die größte Angst vor uns selbst haben müssen und vor unserer absurden Bereitschaft, uns gemeinsam mit dem verteufelten Gegner selbst in die Luft zu jagen''*. (S.81). Lassen wir aber diese „Angst vor uns selbst'' erstmal vor unseren eigenen Seelen zu, so wäre vom therapeutischen Standpunkt aus schon viel erreicht. Allein dadurch ist die Krankheit noch nicht besiegt. Hinzukommen muß ein wirksames Heilmittel, das nach Richter im „Eros'', in der „liebenden Besorgnis'' um den alarmierenden Zustand in der Welt bestehen könnte. Diese Besorgtheit sieht Richter als die entscheidende Gegenkraft.

Wie, so die kardinale Frage, kann dieses liebevolle Heilmittel wirksam werden, welche Kraft kann es entfalten und von wem und wie muß es eingesetzt werden, um den Krieg zu verhindern.

Richter sieht dann Hoffnung für die Zukunft, wenn der aus der Liebe *„wachsende Wille zu einem sinnvolleren Leben in konkreten sozialen Strukturen Gestalt annimmt, die das starre System eines gesellschaftlichen Betriebes aufbrechen, der von dem Fortschritts- und Wachstumsmythos, der sich automatisch bis in die Totrüstungsideologie fortsetzt, besessen ist''*. („FR'', 3.4.84). Wesentlicher Hoffnungsträger sei die Basisbewegung (Selbsthilfe, Friedensbewegung), die solche Strukturen bereits aufbaue.

Es ist immer wieder interessant zu beobachten, mit welcher Inbrunst die unterschiedlichsten Leute ihre Heilsmodelle für „unsere'' marode Gesellschaft anpreisen, die letztlich nichts anderes als Ausdruck vollkommener Hilflosigkeit sind. Auf der einen Seite werden die düstersten Zukunftsprognosen ausgemalt, die atomare, ökologische oder sonstige Apokalypse beschworen. Auf der anderen Seite, und in vollem Widerspruch zu den Prognosen, werden „Kampfperspektiven'' entwickelt, die — setzt man ihre Reali-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

sierbarkeit voraus — im besten Fall auf Jahrzehnte angelegt sind. Bauriedel und Wölpert geben dies ganz offen zu: *„Wir wissen nicht, ob das alles ausreicht, um die Weltkatastrophe aufzuhalten. Aber wir g l a u b e n , daß wir keine andere Chance haben als die, uns mit unserem eigenen Veränderungsprozeß zu beschäftigen."* (Psychologie heute, Sonderheft „Warum nicht Frieden", 1984, S.35; Hervorhebung vom Verf.).

Bei den Psychologen aller Richtungen kommt zu diesem Widerspruch noch eine berufsbedingte Komponente hinzu: Alltäglich sind sie damit befaßt, Individuen von ihrem Leiden per Therapie befreien zu wollen. Ob dies den Betroffenen immer so dienlich ist, sei dahingestellt. Da nun auch die Gesellschaft, wie einige von ihnen erkannt haben, krank ist (5), muß diese ebenso therapiert werden — ein für den einzelnen schier unmögliches Unterfangen. Aber da ist noch eine Bewegung, die, falls sie sich entsprechend verhält, die Funktion als massenhafter Therapeut übernehmen kann.

Nun — ich will mal psychologisch werden — projizieren die Psychologen, die sich ihrem leidenden Klienten gegenüber oft auch allmächtig empfinden, diese Phantasie auf die Massentherapeuten, sprich die Friedensbewegung. Sie hängen allen Ernstes der Illusion an, die Friedensbewegung könne die Herrschenden von deren Politik abbringen, indem sie noch liebevoller wird, noch solidarischer miteinander umgeht und so geläutert die Bourgeoisie von der Schändlichkeit ihres Tuns überzeugt. Dann, so meinen sie in ihrem Omnipotenzwahn, könne es gelingen, den Politikern zu helfen, *„ihre innere Unsicherheit ernst zu nehmen und sich zu fragen, ob sie der Rüstungswahnsinn und die Bagatellisierung seiner Risiken nicht zu Recht nervös machen".* (Richter, Psychologie des Friedens, S.85).

„Denn j e d e r Mensch, davon sind wir überzeugt, hat die Sehnsucht nach ungefährdeter Existenz und nach Emanzipation. Auch die da oben brauchen die Erfahrung, daß sie loslassen können, ohne vernichtet zu werden. So können beide mündiger werden, die ‚Eltern' und die ‚Kinder'." (Bauriedel, Wölpert, a.a.O., S.35).

Die einzige Möglichkeit zur Überwindung der Krankheit Unfriedlichkeit besteht für Richter in folgendem: *„Einmal müssen wir uns selbst umerziehen und unsere Kinder anders erziehen. ... Wenn Menschen miteinander sanftere Lebensformen auf der Basis eines gewandelten Selbstverständnisses einzuüben vermögen, dann werden sie sich darin glaubwürdig finden, sich noch mutiger und energischer als heute gegen eine Politik des erstarrten Mißtrauens, der Sprachlosigkeit und des tödlichen Rivalisierens zu wehren. Dies ist der andere Weg, nämlich sich zusammenzuschließen und miteinander von unten auf eine Gegenmacht zu entwickeln, die nach oben hin Veränderungen anstoßen k a n n."* (Richter, Psychologie des Friedens, S.164f; Hervorhebung vom Verf.).

ist der andere Weg, nämlich sich zusammenzuschließen und miteinander von unten auf eine Gegenmacht zu entwickeln, die nach oben hin Veränderungen anstoßen k a n n." (Richter, Psychologie des Friedens, S.164f; Hervorhebung vom Verf.).

Liebe auf Erden und den Herrschenden ein Wohlgefallen

Als gewissenhafter Therapeut kann der Psychologe sich nicht auf das Behandeln der Bourgeoisie beschränken, sondern bemüht sich ebenso, der friedensliebenden Masse die therapeutisch richtigen Verhaltensweisen beizubringen. So darf die Gegenmacht, die es zu entwickeln gilt, natürlich nicht allzu mutig und allzu energisch nach „oben hin" Veränderungen „anstoßen". Denn wir hatten ja gelernt, daß nicht die Herrschenden allein den möglichen Krieg vorbereiten, sondern wir alle diesen Wahnsinn g e m e i n s a m in uns tragen. Logisch, daß der Unfrieden in uns nicht gegen die Bourgeoisie bekämpft werden kann, sondern nur g e m e i n s a m mit dieser. H.E. Richter betont ausdrücklich, daß dieser „Kampf" so zu führen ist, *„daß er nicht gesellschaftliche Spaltungen vertieft, sondern umgekehrt stets die Notwendigkeit des gemeinsamen Aufstandes gegen die gemeinsame Bedrohung betont".* (in: psychosozial 19, Reinbek 1983, S.16) (6).

Daß diese Art Kampf militante Chaoten nicht gebrauchen kann, versteht sich. Diese würden das therapeutische Setting nur zerstören und gehören ausgegrenzt. *„Jede sogenannte Friedensinitiative, die sich so verhält, daß sie gesellschaftliche Dissoziationsprozesse (Spaltungsprozesse) hinnimmt oder gar verstärkt, ist ein Widerspruch in sich selbst. Für den Frieden zu kämpfen, kann immer nur heißen, miteinander im Gespräch zu bleiben. ... Wer anderen schon ein Stück in der Heilung von Unfriedlichkeit voraus ist, hat dies dadurch zubeweisen, daß er sich in Beziehungen auch dort offen und dialogbereit verhalten kann, wo man gegen ihn Gräben aus Trotz und Mißtrauen errichtet."* (Richter, Psychologie des Friedens, S.155).

An dieser Stelle wird die objektive politische Funktion des Psychologisierens um die Hintergründe der Kriegsgefahr sehr deutlich. Diese Damen und Herren bemühen sich in keinster Weise um eine Antwort auf die Frage, wie denn diesen wahnsinnigen Politikern und Kapitalisten das Handwerk gelegt werden kann, bevor ALLES draufgeht. Vielmehr versuchen sie, deren Verantwortlichkeit für die derzeitige Situation durch Lamentieren über die Aggression „in uns selbst" zu verschleiern. Ihr Ziel scheint zu sein, die Staatstreue der Friedensbewegung, die möglicherweise tödliche Folgen haben wird, festzuklopfen bzw. noch weiter zu entwickeln. Sie bieten auch in keinster Weise Ratschläge an, wie mit irgendwelchen kollektiven Macken erfolgversprechend umzugehen wäre. Stattdessen verabsolutieren sie ihren speziellen psychoanalytischen und sozialpsychologischen Ansatz so sehr, daß alle anderen Faktoren, die auch noch, und nicht ganz unerheblich, das politische Geschehen bestimmen, relativiert oder ganz weggeredet werden.

Als Fachidioten, die die Möglichkeiten ihres Spezialfaches maßlos überschätzen, sind sie so vermessen zu meinen, die Gesellschaft könne „geheilt werden, würde sie sich nur ihrer speziellen Berufserfahrung bedienen.

So sind sie das ideale Werkzeug einer sozialliberalen Ideologie. Denn den sozialliberalen Machern und Vordenkern ist letztlich jeder Spinner recht, der irgendeine Spezialtheorie verabsolutiert und mit „wissenschaftlichem" Gerede zu verschleiern versucht, „woher die Kriege kommen", und der die wirkungslosesten Gegenstrategien anpreist, damit die einzig denkbar wirksame nicht zustande kommen möge.

Oder — um polemisch zu werden — die Psychologen haben eine tiefsitzende Angst davor, dem „Vater" Staat seine Waffen aus der Hand zu schlagen und empfehlen ihren „Geschwistern", es auf dem weniger schmerzhaften Weg des Bittens, Bettelns und Überredens zu versuchen. Dumm nur, daß so weder tyrannischen Vätern geschweige denn dem kriegslüsternen imperialistischen Staat beizukommen ist.

bs/KB-Gruppe Nürnberg

Anmerkungen:

1) Ich beschränke mich im folgenden auf H.E. Richters Gedanken zur Friedensfrage, da diese unter den verschiedenen Ansätzen immer noch die differenzierteste und intelligenteste ist.

2) So Bauriedel/Wölpert in der populär aufgemachten Fachzeitschrift „psychologie heute" — Sondernummer „Warum nicht Frieden", 1984 zum deutsch-deutschen Verhältnis: „So, wie ein Kind verpflichtet wird und sich verpflichten läßt, etwa mit der Mutter ein möglichst identisches Feindbild gegen den Vater aufzubauen, so werden die beiden Teile Deutschlands verpflichtet und lassen sich verpflichten, getreue Vasallen ihrer jeweiligen ‚Schutzmächte' gegen den ‚Feind' zu

wie ein Kind verpflichtet wird und sich verpflichten läßt, etwa mit der Mutter ein möglichst identisches Feindbild gegen den Vater aufzubauen, so werden die beiden Teile Deutschlands verpflichtet und lassen sich verpflichten, getreue Vasallen ihrer jeweiligen ‚Schutzmächte' gegen den ‚Feind' zu

sein."

3) Der einzige mir bekannte Psychologe, der sich bemüht hat, diese Phänomene aufzuarbeiten, ist der verstorbene Peter Brückner. Empfehlenswert sein Buch: Psychologie und Geschichte, Berlin 1982

4) Dies hat er in seiner relativ kurzen Geschichte oft genug bewiesen. Auch heute laufen die Planungen zur Niederhaltung aufmüpfiger Bevölkerungsgruppen schon auf vollen Touren: Notstandsgesetze, Panikprävention, Übungen zur Wehrgerichtsbarkeit sind nur einige Stichworte aus diesem umfangreichen Programm „des inneren Friedens".

5) Daß sie dies erkannt haben und sich aktiv in der Friedensbewegung engagieren, ist zweifelsohne verdienstvoll. An sich entspricht es ihrer Profession, sich immer auf Seiten der Herrschenden zu stellen und für diese ihre Fachkenntnisse einzusetzen: Die Mehrzahl der Fachkollegen von Richter sind damit befaßt, im Betrieb, in der Schule, der Bundeswehr und und und für einen reibungslosen Unterdrückungsapparat zu sorgen, der weitgehend frei ist von störenden psychischen Fehlfunktionen.

6) Wieder sind es Bauriedel und Wölpert, die es ganz offen formulieren: „Die Pershing II, Ronald Reagan, Friedrich Zimmermann und andere gelten in der Friedensbewegung weitgehend als die gemeinsamen Hauptfeinde, die abgeschafft oder beseitigt werden müssen. (...) So bedrohlich die Situation und die Exponenten der ‚Nachrüstung' auch sind: in dieser Feindbildung wiederholt sich dem Prinzip nach die Spaltung zwischen den Machtblöcken. (...) Alle Anstrengungen, die in dieser (Feind-)Haltung unternommen werden, kosten viel Kraft, die dann fehlt für die ‚innere Veränderung'." (a.a.O., S. 32)

Fortsetzung von Seite 31

Pressekonferenz des GBA Rebmann

Rebmann: Ich darf vielleicht noch ganz kurz sagen, ich hatte ja, ich wurde ja gefragt, ob wir gegen bestimmte Personen einen Verdacht der Mittäterschaft haben. Gegen namentlich bekannte nicht, natürlich suchen wir ja die beiden, wir haben über Öffentlichkeitsfahndung gesucht. Aber wir haben die große Sorge, daß sich die beiden Herren nicht melden werden. Der Ziehharmonika-Spieler, der hat sich ja gemeldet, den der eine Zeuge angab. Es hat sich auch der Zeitungsleser gemeldet, den dieser Zeuge benannte, aber diese beiden jungen Herren, die haben sich nicht gemeldet. Wenn wir deren Namen hätten, würden wir gegen die einen Verdacht haben, und so suchen wir eben nach zwei Leuten, die mit dem Köhler dort waren.

Frage: Darf ich nochmal nach der — nennen wir sie mal so — Ex-Freundin fragen. Es ist bekannt, sagten Sie, daß sie nicht mit Gundolf Köhler auf dem Oktoberfest war. Ist es bekannt, ob sie überhaupt an diesem Tag mit Gundolf Köhler zusammengetroffen ist.

Geflüster: nicht mit ihm zusammengetroffen.

Rebmann: Nein, war nicht zusammen mit ihm an diesem Tag.

Frage: War n i c h t mit ihm zusammen?

Rebmann: Ja bitte, Frau ...

Frage: Handelt es sich bei dem von Ihnen für wichtig gehaltenen Zeugen um jenen Kommilitonen, von dem in einem Gespräch des Bundesjustizministers *(damals Vogel; Anm. AK)* mit einem Vertreter des Deutschlandfunks die Rede war?

Rebmann: Ja.

Unruhe.

Rebmann: Also ich meine, wir denken an denselben Herrn, wobei i c h aber nicht erklären möchte, daß das ein Homosexueller sei.

Frage: Um eine rechtlich einwandfreie Formulierung zu haben — man kann also schreiben, daß wenige Wochen vor dem Attentat in München der Gundolf Köhler bei einer Zusammenkunft von einem nicht näher beschriebenen Kreis über Möglichkeiten von Anschlägen gesprochen hat, unter anderem auf das Oktoberfest in München. Kann man das so formulieren?

Rebmann: Den Gedanken eines Attentats durch irgend jemand, nicht durch sich, auf dem Oktoberfest, geäußert hat.

chen. Kann man das so formulieren?

Rebmann: Den Gedanken eines Attentats durch irgend jemand, nicht durch sich, auf dem Oktoberfest, geäußert hat.

Frage: ... den Gedanken ... jemand anderes — in Zusammenhang mit der Wahl.

Rebmann: Ja, gut, also das sagt der Zeuge. Ja, da hat man sich halt über die Wahl unterhalten, und dann ist dieser Gedanke — nach der Aussage eines Zeugen — geäußert worden, wobei Köhler nicht sagte, i c h habe vor, ein Attentat zu begehen, sondern er hat gesagt, das wäre doch mal ein Gedanke, und wobei die anderen Gesprächsteilnehmer diese Äußerung nicht ernstgenommen haben.

Frage: Wieviel Personen waren denn bei diesen Gesprächen jeweils dabei?

Rebmann: Das möchte ich nicht sagen.

Frage: Es gibt ja verschiedene Qualitäten von Zeugenaussagen. Wie stufen Sie diese Aussage ein?

Rebmann: Das ist außerordentlich schwierig, jetzt ein Beweismittel zu bewerten, wenn man nicht auch andere Beweismittel, die zu diesem Sachverhalt etwas aussagen können, ausgewertet hat. Wir wollen uns jetzt zunächst mal einige Synopsen machen, weil uns diese Aussage natürlich außerordentlich gravierend erscheint, um einmal zu sehen, wo bei verschiedenen Zeugen möglicherweise Widersprüche vorliegen, und dann kann ich Ihnen erst sagen, welches Gewicht dieser Zeugenaussage beigemessen wird. Wir können nicht eine Zeugenaussage herausklauben, können ... Es bedarf schon noch der Abklärung mit anderen Zeugenaussagen.

Frage: Gibt es auch schriftliche Aufzeichnungen von Gundolf Köhler, in denen er ... (unverständlich).

Rebmann: Wir haben da Schriftliches nicht gefunden.

Frage: Ich habe noch eine Frage zu diesem einen Gespräch ... da hat ... wenn er gesagt haben soll, man braucht da mindestens zwei, weil einer das physisch (?) nicht schaffen könnte. Und wenn also auch der Gedanke an die Wahl gefallen ist, dann würde einen ja in Richtung Motivsuche ja interessieren, was er sich sozusagen als Wahlbeeinflussung vorgestellt hat. Was also ein so gezieltes Blutbad ..., welche Wahlbeeinflussung da für ihn denkbar war. Also ich meine, wenn das Gespräch stattgefunden hat, dann muß — in einer Art Wahlbeeinflussung — dann muß er sich ja irgendetwas darunter vorgestellt haben. Ist also aus der Zeugenaussage ersichtlich, was er dabei für eine Vorstellung hatte?

Rebmann: Das Wort Wahlbeeinflussung, das haben nun Sie in die Debatte gebracht. Ich hatte gesagt, die Wahl, also sagen wir mal Wahlbeeinflussung ...

Frage: Es ist gefallen, es ist nicht mein Wort!

Rebmann: Also es ist so, daß dieser Zeuge zunächst durchaus in Richtung Wahlbeeinflussung, sagen wir, so etwas hat durchblickenlassen. Und jetzt

Frage: Es ist gefallen, es ist nicht mein Wort!

Rebmann: Also es ist so, daß dieser Zeuge zunächst durchaus in Richtung Wahlbeeinflussung, sagen wir, so etwas hat durchblickenlassen. Und jetzt

in einer zweiten, in einer dritten Vernehmung wieder erklärt hat — na, wo habe ich es denn ..., ich habe es jetzt nicht hier — wieder erklärt hat, ich will da gerade einmal vorlesen ...

Unruhe

Rebmann: Also er hat jedenfalls gesagt, wenn ich damals das gesagt habe, so möchte ich heute sagen, daß es möglich war oder wahrscheinlich war ... — er ist jedenfalls davon abgerückt.

Unruhe

Rebmann: Aber ich will Ihnen gerade mal vorlesen, damit Sie wissen, mit welchen Schwierigkeiten ... Also er sagt: **„Entgegen meiner Aussage vom soundsovielten möchte ich mich zu den Diskussionen mit Gundolf Köhler undundund noch einmal näher, noch einmal genauer äußern. Ich bin mir sicher, daß wir über Wahlbeeinflussung gesprochen haben, ob in diesem Zusammenhang davon gesprochen wurde, daß Wahlbeeinflussung mit einer Bombe geschehen könnte, kann ich nicht mehr genau sagen. Ich möchte das mit dem Wort ‚wahrscheinlich' bezeichnen".** Also so, daß jetzt im Grunde von der Wahlbeeinflussung wieder etwas herunter muß, nach dieser Zeugenaussage. Ich möchte das aber nur kurz zur, sagen wir, Illustration sagen, daß der Zeuge einleitend sagt, der Grund, warum ich das und das getan habe, ist der, **„daß ich immer noch Muffe hatte. Daß uns die Polizei möglicherweise als Sympathisanten des Gundolf ansieht".** Sie sehen, daß sowas wirklich sehr starke Vorbehalte, sehr starke Zurückhaltung besteht, und wir müssen halt versuchen, in diesen Kreis noch etwas weiter einzudringen, um das, was hier gesagt wird, so zu verifizieren, daß man nachher ein Tau daran festmachen kann.

Frage: Ja, es ist ja logisch, daß Leute, die in dem Dunstkreis verkehrt haben, keine große Lust haben, sich hier zum Bekannten zählen zu lassen.

Rebmann: Aber ich kann sicherlich sagen, daß diese Leute, die hier jetzt diese Aussagen gemacht haben, von uns nicht als Mitglieder angesehen werden.

Frage: Ja, das ist klar ...

Rebmann: ... und auch nicht als Befürworter einer solchen Tat.

Frage: Nein, aber jeder, der so einem Gesprächskreis angehört, hat ...

Frage: Es gibt ja Theorien, die besagen, daß sowohl die Wehrsportgruppe Hoffmann, mit der Köhler Verbindung hatte, als auch die Gruppe um Heinzmann in Wirklichkeit mutmaßliche DDR-Agenten seien. Sind in dieser Richtung auch Ermittlungen geführt worden, wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Rebmann: Wir haben keine Anhaltspunkte, daß hier solche Verbindungen bestehen.

Frage: Haben Sie Herrn Strauß überhaupt mal befragt, sich sachkundig

nis?

Rebmann: Wir haben keine Anhaltspunkte, daß hier solche Verbindungen bestehen.

Frage: Haben Sie Herrn Strauß überhaupt mal befragt, sich sachkundig

machen lassen?

Rebmann: Nein, ich meine, es wäre natürlich, ich meine, solche Verbindungen wären beim bayerischen LKA sicherlich auch bekannt und beim Bundeskriminalamt. Also die These, daß möglicherweise ...

Frage: Hat das LKA den Herrn Strauß vernommen, das ist ja sehr interessant in diesem Zusammenhang?

Rebmann: Nein.

Ziegenaus: Dazu kann man vielleicht, Entschuldigung, eines sagen. Wir — und das ist ja auch Gegenstand der Pressekonferenz — haben zu ermitteln, wer ist für diesen Gewaltanschlag in München, der — und das muß man nochmal betonen — Schreckliches bewandt hat ... sowas haben wir ja hier in der Bundesrepublik noch nicht gehabt ... Wer ist dafür verantwortlich? Eine ganz andere Frage sind in diesem Zusammenhang von Politikern geäußerte Meinungen, wieweit die aber zu diesem Ermittlungsverfahren keinen Bezug haben. Wir haben nachzuprüfen, haben geprüft und prüfen auch noch, inwieweit bestehen Verbindungen unseres, ich muß immer noch sagen: mutmaßlichen Täters, nicht als Einschränkung, wir zweifeln nicht daran — Köhlers zu derartigen Gruppierungen, und darüber hinaus laufen Ermittlungen auch ohne Ansehen der Person zu diesen Kreisen, wer käme sonst hier aus diesem Bereich ...

Zwischenruf: Nun muß ich aber doch nochmal nachhaken ...

* * * * *

Ein Richter von Format und Ausstrahlung

Senatspräsident Adalbert Schäfer ist plötzlich gestorben

tk. Wenn von ihm gesprochen wurde, fiel selten sein Name. „Der Präsident" hatte dieses oder jenes entschieden, geäußert, getan. Wer fragte, welcher Präsident gemeint sei, wies sich als Fremder auf der Frankfurter Gerichtsszene aus. Richter Adalbert Schäfer, der im Alter von 54 Jahren jäh aus Leben und Arbeit gerissen worden ist, war ein Jurist, dessen Ansehen und Autorität den seinem Berufsstand üblicherweise entgegengebrachten Respekt weit überstieg. Er war zuletzt Präsident eines Zivilsenats, nachdem er zuvor jahrelang dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt vorgesessen hatte.

Richter Schäfer hat diesen Vorsitz nicht geliebt. Die Publizität, die ihm Verhandlungen über die Schuld von Spionen, vor allem aber von Angeklagten aus terroristischen Banden einbrachte, war ihm eher gleichgültig, doch mit der Einordnung, Bewertung und damit dem Urteil über gegen den Staat gerichtete Straftaten hat er es sich nicht leicht gemacht. Kritikern galt er als strenger Richter, dessen juristischen Scharfsinn sie dennoch anerkannten. Gegner, die ihm etwas am Zeug flicken wollten, behaupteten, er lasse parteipolitisch gefärbtes Staatsverständnis in seine rechtlichen Bewertungen einfließen. Seine Kollegen nennen ihn einen liberalen Mann, der sich in rechtsstaatlichem Denken von niemandem übertreffen ließ.

In der Urteilsbegründung im Prozeß um den Startbahngegner Alexander Schubart, einem Verfahren, das weite Beachtung fand, ging Schäfer auch auf die Rolle ein, die der eloquente Angeklagte ihm und dem Senat zugedacht hatte. Hier saß eben kein Gericht, das aus Staatsraison einen unbequemen Bürger mundtot machen wollte, sondern ein Gremium, das für erwiesen hielt, daß der Angeklagte versucht hatte, die Landesregierung zu nötigen, und in schweren Landfriedenbruch verstrickt war. Daß der Bundesgerichtshof später das Frankfurter Urteil teilweise aufhob, lag an einer anderen Sicht des juristischen Begriffs von der Nötigung eines Verfassungsorgans. Der Karlsruher Spruch war indessen kein Verdikt gegen den Schäfer-Senat.

Von Statur war Senatspräsident Schäfer ein schwerer Held, der jedoch, um in der Theatersprache zu bleiben, mit der Feinnervigkeit des Charakterspielers seine Prozesse führte. Er war leise, präzis und unerbittlich, wenn die Sache des Rechts auf dem Spiel zu stehen schien. Privat entsprach er eher dem Bild des fröhlichen wohlbeleibten Mannes, der gern lachte und mit Verstand Geschmack an Essen und Trinken hatte. Ehe er der Juristerei verfiel, hatte er Priester werden wollen. Sein plötzlicher Tod macht das Oberlandesgericht um einen herausragenden Richter ärmer. Für seine Frau und seine fünf Kinder ist er nicht zu ersetzen.

„FAZ" vom 21.9.84. Offenbar handelt es sich auch bei ihm um einen tief gläubigen Christen.

Vor der Moral kommt das Geschäft

Beste (Wirtschafts-)Beziehungen BRD-Iran

Der Besuch von Aussenminister Genscher im Iran am 20.-22. Juli bedeutet eine beachtliche Aufwertung des Terror-Regimes: Zum ersten Mal besuchte ein offizieller Vertreter eines EG-Staates den Iran. Der Iran verspricht sich von der BRD, daß sie als Brücke einer außenpolitischen Öffnung zum Westen dient. Auch andere Staaten, bisher ,,Feinde der islamischen Revolution'', sollen zur Vernunft kommen und merken, daß man den Iran nicht länger isolieren könne (so Parlamentspräsident Rafsandjani). Der Genscher-Besuch ist kein Alleingang Bonns: Genscher wurde von den USA ausdrücklich zu dieser Reise ermuntert (,,FR'', 8.8.).

Doch nicht nur Seitens der Regierung der BRD erfährt der Iran politische Aufwertung: Auf Einladung der iranischen Regierung hielten sich einen Monat später, 26.-31. August, die Bundestagsabgeordneten Heinz Schwarz (CDU), Helmut Schäfer (FDP) und Norbert Gansel (SPD; ehem. Juso-Mitglied) im Iran auf. Nach ihrer Rückkehr forderten sie in einer gemeinsamen Erklärung, den Iran differenzierter zu betrachten, nicht nur die ,,Diktatur der Mullahs'' zu sehen, sondern auch ein stabiles Regime und eine durchaus funktionsfähige Verwaltung und Versorgung. Wir werden in der zweiten Hälfte dieses Artikels auf das geforderte Iran-Bild näher eingehen.

Hintergrund dieser Hofierung des iranischen Regimes ist nicht etwa, daß sich die ,,Diktatur der Mullahs'' gelockert hätte, sondern daß die Kapitalisten den Iran als die ,,Perle des deutschen Exports'' entdeckt haben: 1983 kletterte der deutsche Export in den Iran auf die Rekordhöhe von 7,72 Mrd. DM, und Iran wurde für die BRD nach den USA zweitwichtigster Übersee-Exportmarkt. Für den Iran haben die Handelsbeziehungen zur BRD einen gewichtigen Nachteil: Die BRD importiert nur wenig aus dem Iran, was dem Iran wenig Devisen und gegenüber der BRD ein ständig steigendes Handelsbilanzdefizit einbringt. Daher wurden Anfang des Jahres Importbeschränkungen für deutsche Produkte verfügt.

So diente der Genscher-Besuch dazu, mit einer Ausweitung der politischen Beziehungen weitere Beschränkungen für die BRD-Exporte zu verhindern und zusätzliche Chancen für das BRD-Kapital aufzutun: Genscher wurde selbstverständlich von Industriellen und Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer begleitet.

striellen und Mitgliedern der Industrie- und Handelskammer begleitet.

Daß die Hinrichtung von 41 Sympathisanten der Volksmodjahedin drei Tage vor dem Genscher-Besuch sowie die brutalen Aktivitäten von Schlägertrupps gegen hunderte nicht vorschriftsmäßig verhüllter Frauen zur Zeit des Genscher-Aufenthalts die Diktatur der Mullahs drastisch vor Augen führten, tut dem westdeutschen Politiker-Respekt vor der islamischen Regierung keinen Abbruch: stolz verkünden Genscher und auch der SPDler Gansel, die Menschenrechtsverletzungen angesprochen zu haben und sich immerhin auf ein Kolloquium deutscher und iranischer Wissenschaftler über Menschenrechte geeinigt zu haben.

DIHT: Dringend deutsche Spitzenmanager nach Teheran schicken

So lautet eine Schlagzeile des ,,VWD — Finanz und Wirtschaftsspiegels'' vom 17.5.83: ,,*Wenn sich die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung im Iran fortsetzt und der Krieg mit Irak beendet ist, wird nach Einschätzung des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) im Iran ein Boom einsetzen, an dem die Bundesrepublik maßgeblich partizipieren könnte. Dringend notwendig ist jedoch, wie der DIHT am Montag VWD unter Berufung auf die Deutsch-Iranische Handelskammer erklärte, der Besuch von hochrangigen gemischten Regierungs/Industrie-Delegationen aus der Bundesrepublik.*'' Die BRD sei gegenüber ihren Konkurrenten zu ,,besuchsabstinent''.,,*Die Deutsch-Iranische Hanndelskammer schätzt, daß Iran in den kommenden Jahren der einzige Wachstumsmarkt im Nah-/Mittelostbereich ist. Die derzeitige Lage des Landes sei durch Devisenreserven von zehn Mrd. bis 13 Mrd.* *US-Dollar, eine Ölförderung von 3 Mio. Bpd* (Barrel pro Tag; 1 Barrel = 159 l — Anm. AK), *keine nennenswerten Auslandschulden sowie einen enormen Revolutions- und kriegsbedingten Nachholbedarf gekennzeichnet. Es gebe eine ehrgeizige Entwicklungsplanung, Ansätze zur Liberalisierung des Reise- und Devisenverkehrs und offizielle Rückkehrangebote an qualifizierte Exil-Iraner.*''



Für die Bevölkerung ist der Krieg mit Schrecken verbunden, ...

Inzwischen bietet der Iran für das BRD-Kapital eine wichtige Voraussetzung: ,,*Die postrevolutionäre Organisation beginnt sich einzuspielen, damit hat — so der DIHT — die B e r e c h e n b a r k e i t zugenommen.*''(Hervorhebung AK). Hatte es nach dem Sturz des Schah-Regimes 1979 für die westdeutschen Kapitalisten eine Exporteinbuße von 4,42 Mrd. DM gegeben, so stieg der Export in den folgenden Jahren wieder kontinuierlich an und lag 1983 höher

Export in den folgenden Jahren wieder kontinuierlich an und lag 1983 höher

als das beste Exportergebnis zu Schah-Zeiten (vgl. nebenstehendes Schaubild). Und das, während gleichzeitig der Export in die 21 arabischen Länder im 1. Halbjahr 1983 durchschnittlich um fast 20% sank, in den Irak — vor 3-4 Jahren noch als Markt der Zukunft gepriesen — aufgrund der Zahlungsunfähigkeit des Irak sogar um mehr als 40% (1). Die BRD wurde mit einem Anteil von 10% wichtigstes Importland des Iran. Zudem wird eine ,,bessere Qualität'' der Geschäftsbeziehungen festgestellt: ,,*Während Teheran früher vor allem Großanlagen bestellte, sogenannte turn-key-Projekte in Angriff nahm, die nicht nur mit Krediten der Lieferanten, sondern auch mit denen von deutschen Banken finanziert werden mußten, läuft der Handel jetzt verstärkt nach der Methode: Waren gegen Geld.*'' (2). Gute Exportchancen haben Maschinen, Anlagen (Energieerzeugnisse), Pharmaka, Chemikalien, Düngemittel, Ersatzteile für Industrie, Technologie und Baumaschinen. Größere Aufträge haben u. a. Blohm & Voss (Hamburg; Consulting-Auftrag für den Bau der Werft in Bandar Khomeiny), Lahmeyer (Frankfurt; Bau eines Kraftwerks in Teheran), Pfaff (Beteiligung an der Herstellung von Nähmaschinen mit einer Jahreskapazität von 100.000 Stück), AEG-Kanis (Lieferung von 4 Gasturbinen für das Energieprojekt Sufiyan bei Täbriz); weiter sind deutsche Firmen bei dem Ausbau des Eisenbahnwesens tätig; nicht zu vergessen die bundeseigene Firma Fritz Werner, die seit Jahren an Gewehr- und Munitionsfabriken beteiligt ist (Heckler & Koch-Gewehr G3) und damit zur Bekämpfung der Opposition einen bedeutenden Beitrag leistet. Als 11-Mrd.-Projekt wird der Bau von 2 Atomkraftwerken in Bushir gesehen, deren Bauarbeiten 1979 eingestellt wurden. Zur Zeit befinden sich KWU-Techniker auf der Baustelle, um Vorstudien für einen Weiterbau aufzunehmen. Über die Lieferung deutscher U-Boote an den Iran, die der Schah bereits angezahlt hatte, wird seit 30 Monaten verhandelt. (3)

Gute Geschäfte durch den Krieg

Obwohl die BRD (offiziel) keine Waffen an den Iran liefert, verhehlen westdeutsche Geschäftsleute keineswegs, daß sie einen Großteil ihres Gewinns aus dem Krieg des Iran gegen den Irak ziehen: Die BRD habe in großem Umfang Fahrzeuge, Maschinen, Gerät und andere Waren verkauft, ,,*von denen anzunehmen sei, daß sie direkt oder indirekt dem militärischen Nachschub Irans dienen*''. Die ,,Welt'' zitiert einen Teheraner Geschäftsmann, bei Lastwagen z.B. gehe es nicht in erster Linie um lange Haltbarkeit, weil sie für die Kriegsfront bestimmt seien. Im 1. Quartal 1984 meldete der Maschinenbau eine Exportsteigerung von 70%. Zu Beginn des iranisch-irakischen Krieges habe es einen ähnlichen Exportboom nach Irak gegeben. Eine der wichtigsten Exportbranchen, die Chemie, hat inzwischen einen Exportrückgang zu verzeichnen, der möglicherweise darauf zurückzuführen ist, daß der Einsatz von chemischen Kampfstoffen im Krieg gegen Irak verringert wurde! (4)

Am 3.8.84 formulierte die GAL-Hamburg eine kleine Anfrage an den Senat bzgl. der Lieferung chemischer Kampfstoffe in den Iran: GAL und taz hatten nach Recherchen festgestellt, daß insgesamt 1100 t Chlorgas von der Firma Dynamit Nobel über diverse Zwischenfirmen vom Hamburger Hafen aus via Türkei nach Iran geliefert werden sollen; möglich ist sowohl die (angegebene) Verwendung zur Wasseraufbereitung als auch die (bestrittene) Verwendung für kriegerische Zwecke (5).

Im Mai 1984 kam die Hamburger Staatsanwaltschaft einem Waffenschmuggel riesigen Außmaßes auf die Spur: über eine Hamburger Maklerfirma sollten 250 amerikanische Panzer vom Typ M 48 an den Iran geliefert werden (Wert pro Panzer auf dem Schwarzmarkt: 500.000 DM) (6).

Anfang Oktober begann der Prozeß gegen einen Iraner sowie einen Iraner mit deutscher Staatsbürgerschaft, die über eine Oldenburger ,,Circle International'' GmbH von August bis Dezember 1983 Munition und Flugzeuge für rund 230 Mio. US-Dollar aus Brasilien und Israel an den Iran lieferten (7). Bekanntlich gibt es bei allen schmutzigen Geschäften eine beträchtliche Dunkelziffer.

Im Außenhandel ist der Iran der Dumme

Der größte Konkurrent der BRD auf dem iranischen Markt ist Japan (abgeschlagen folgen Großbritannien und Italien). Japan hat mit Iran langfristige Öl-Lieferverträge abgeschlossen, was zu Befürchtungen der BRD-Kapitalisten Anlaß gab, Japan könnte einspringen, falls die BRD-Exporte gedrosselt werden sollten. Die BRD hat 1983 für nur 1,57 Mrd. DM Waren aus dem Iran importiert. Das ist zwar nicht viel weniger als in den Vorjahren, doch angesichts des enormen Exportanstiegs brachte dies dem Iran ein Handelsbilanzdefizit gegenüber der BRD von 6,15 Mrd. DM. Vor 1980 lag der Iran mit rund 17% der westdeutschen Öleinfuhren noch an der Spitze, heute liegt der Anteil bei etwa 3%. Der Iran braucht natürlich Devisen für den Krieg und kann sich solche Geschäftspartner kaum leisten. So erklärte der Abgeordnete Hadi Khamenei: ,,*Unsere Wirtschaft stellt eine Wirtschaft dar, die auf dem Verkauf ihrer Reichtümer und auf dem Leben von der Substanz basiert; dieses Kapital wird von Tag zu Tag kleiner.*'' (8). Um Devisen zu bekommen, muß der Iran Öl verkaufen. So ist der Iran dazu übergegangen, mehr als die vereinbarte OPEC-Quote und dies unter Preis zu exportieren, um zahlungsfähig zu bleiben. Die Abhängigkeit des Landes vom Erdölexport vergrößert sich immer mehr, zumal der Iran kaum nennenswerte Mengen an anderen Produkten verkauft. (Anders gesagt: wieviel Mengen an Teppichen, Häuten, Trockenobst und Mineralien müssen verkauft werden, um Rüstungsgüter und Baumaschinen bezahlen zu können!) Schwankungen im Ölexport (u.a. bedingt durch die irakischen Angriffe auf Öltanker im Persischen Golf) führen zu enormen Schwankungen der iranischen Devisenreserven. Zur Schonung der Devisenreserven wurde der Import Anfang dieses Jahres gedrosselt; für den Handel mit der EG wurde Ende Januar ein Kontrollgremium eingerichtet, um zu prüfen, ob bestimmte Waren nicht aus anderen Ländern bezogen werden könnten.

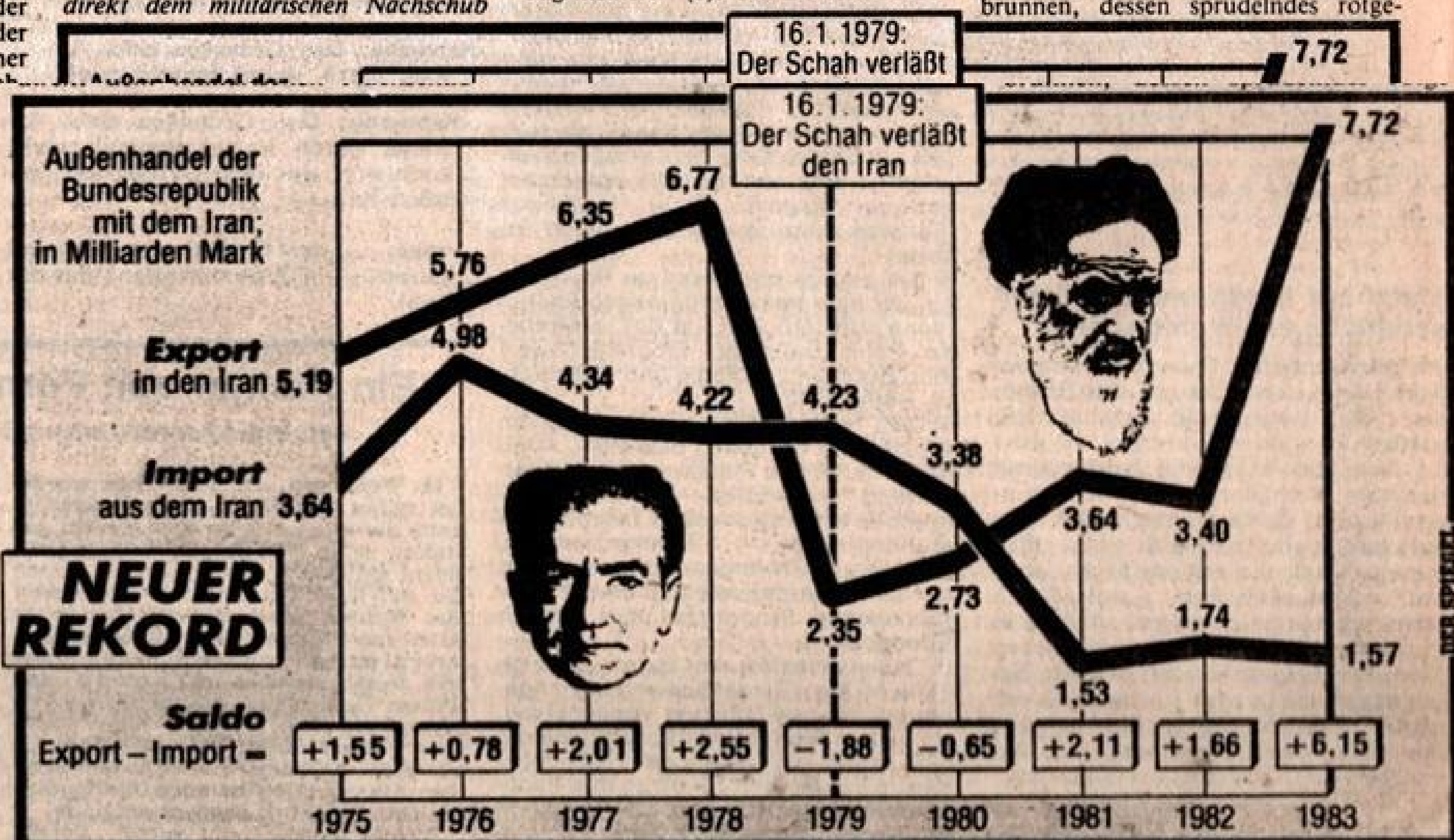
,,*Was würde ein Besuch von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Iran der Exportwirtschaft bringen? Über die Antworten — zumeist wurde auf rund 3 Mrd. Mark getippt — wurde zwar gelächelt und geschmunzelt. Aber: Der Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelsklammer in Teheran hatte den 'Wert' einer deutschen Industriedelegation, die vor einem Jahr zusammen mit dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Dieter von Würzen, das Land besucht hatte, auf rund zwei Mrd. veranschlagt.*''(10)

Ergebnisse des Genscher-Besuches: Die seit Jahren nicht mehr zusammengetretene deutsch-iranische Wirtschaftskommission soll wiederbelebt werden. Die BRD will iranische Fach- und Führungskräfte ausbilden. Bürokratische Hemmnisse für den Export (Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, Visa von kurzer Dauer) sollen abgebaut werden. Bzgl. des Ölimports habe der Iran allerdings laut Genscher bisher recht ungünstige Bedingungen angeboten. Für den Iran sei es im übrigen nicht nützlich, den Handelsaustausch bilateral zu betrachten. Daraus ist zu schließen, daß die BRD nicht gewillt ist, den Außenhandel auszugleichen.

Unterstützung der BRD für das Mörderregime

Im November 1983 betonte der damalige iranische Botschafter in Bonn die stetige Verbesserung der Beziehungen des Iran zur Bundesrepublik. Die Beziehungen seien heute besser als zu jedem anderen Land der westlichen Welt. (11) Radio Teheran würdigte den,,Respekt'' Genschers gegenüber der islamischen Regierung und die Anerkennung der neutralen Haltung Teherans im internationalen Bereich (sprich: des Antikommunismus) durch die BRD. Genscher erwies dem Mörderregime alle Ehre, indem er die Gräber von Ayatollah Beheschti und Rajai (beides Führer der Islamischen Republik, die bei Anschlägen gegen das Regime getötet wurden) und den Blutbrunnen, dessen sprudelndes rotgefärbtes Wasser an die Toten des Krieges mit dem Irak erinnern soll, besuchte. Parlamentspräsident Rafsandjani erklärte, Genscher erkenne ,,anders als andere Gäste'' die Tatsache an, daß Irak den Krieg mit einem Angriff begonnen habe. Die Pressestimmen, die der BRD vorwarfen, sie habe niemals die islamische Revolution, sondern deren Feinde unterstützt und sei ein Satellitenstaat des US-Imperialismus, verdeutlichen, daß Teile der Herrschenden des Iran sich mit einer öffentlichen Hinwendung zum Westen schwertun, doch laut Rafsandjani ist die Entscheidung für eine solche Öffnung gefallen. (12)

Außenminister Velayati appelierte



... für das BRD-Kapital mit enormen Möglichkeiten

Fortsetzung nächste Seite

Naher Osten

Fortsetzung von vorheriger Seite

an Genscher, „*die iranische Warnung an einige europäische Länder, die Terroristen unterstützen, zu übermitteln*"(13). Gemeint ist die im Ausland lebende Opposition gegen das Mullah-Regime. Nicht gemeint sind diejenigen Kräfte, die im Auftrag des Regimes international Terror verbreiten: In einem Kommunique der Volksmodjahedin wird die Bundesrepublik als das „*gegenwärtig bedeutendste Vorbereitungszentrum für Khomeinys Terroristen*" bezeichnet, mit Schwerpunkten in der Teheraner Botschaft in Bonn und dem „Iranischen Haus" in Köln. Die Entführung eines Flugzeuges der 'air France' Anfang August sei in Teheran geplant und vom 2.Sekretär der iranischen Botschaft in Bonn, Bigdeli, unter Mithilfe der „Islamischen Gesellschaft" in der BRD organisiert worden. Das „Iranische Haus" werde von dem früheren Folterknecht des berüchtigten iranischen Evin-Gefängnisses, Hossein Mozaffar, unter direkter Aufsicht der Bonner Vertretung geführt. Eine Woche vor der Entführung sollen sich drei Khomeiny-Vertraute im „Iranischen Haus" aufgehalten und die BRD erst kurz vor der Entführung wieder verlassen haben. Die Volksmodjahedin berichten weiter, daß die iranische Regierung schon länger ihre Agenten in Verbindung mit terroristischen Plänen in Schlüsselpositionen in die BRD schleust. Dazu gehören der Chef des Frankfurter 'Iran Air'-Büros und ein Angestellter in der Frachtabteilung der iranischen Fluggesellschaft (über den Flughafen werde eine bedeutende Menge an Kriegsmaterial nach Teheran gebracht).46 von den Studenten, die 1982 nach einer Schlägerei mit iranischen Oppositionellen in Mainz ausgewiesen wurden, seien inzwischen wieder in der BRD und hätten offizielle Posten im Zusammenhang mit der iranischen Botschaft inne. Die Krankenhäuser, in denen im Golfkrieg verletzte Soldaten behandelt werden, dienten gleichzeitig Geheimdienst- und Terroristen-Aktivitäten.(14) Schon im Februar 1982 hatten die Volksmodjahedin aus dem Teheraner Aussenministerium stammende Dokumente veröffentlicht, in denen es hieß: mit der Deutschen Welle sei vereinbart worden, „*daß die Beiträge des Senders zugunsten der islamischen Republik zensiert werden und zwar auf folgende Weise, daß ein oder zwei Personen mit Autorisierung der Botschaft die Beiträge kontrollieren*". Die iranische Botschaft in Bonn solle damit 50 Stunden nach der Absetzung Bani-Sadrs beginnen. (15) Als Khomeinys Beauftragter für Waffeneinkäufe, Sadegh Tabatai, wegen Rauschgiftschmuggels in der BRD vor Gericht stand, war er vor dem Zugriff der Behörden geschützt worden und konnte sich vor Abschluß des Verfahrens in den Iran absetzen.

Die besondere Rolle der BRD unter den westlichen Staaten wird auch daran deutlich, daß iranische Studenten in Westeuropa ein Studium in der BRD und in Italien beantragen dürfen. Die BRD kommt dem Iran auch entgegen: Die Entscheidung über die Zulassung iranischer Studenten an Hochschulen in der BRD wurde faktisch nach Teheran verlagert; eine iranische Hochschulzulassung (der eine unbeschreibliche Inquisition vorausgeht) ist Voraussetzung für ein Studium in der BRD (16).

Nicht zuletzt berichtete der britische „Observer", eine iranische Abordnung (u.a. drei Parlamentarier) habe, als Handelsdelegation getarnt, um die Jahreswende mit dem früheren Verteidigungsminister, ex-Admiral Madani, der in Paris lebt, gesprochen, um ihn um eine Rückkehr aus dem Exil zu bitten. Dieses Gespräch fand in der Bundesrepublik statt (ist er ein Favorit der BRD? Erst kürzlich stellte die „FR" ihn in einem Portrait vor)(17).

„Korrekturen des Iran-Bildes sind notwendig"

Im Folgenden dokumentieren wir in Auszügen die Haltung Norbert Gansels (SPD) gegenüber der Islamischen Republik, die er in Antworten auf Fragen der „taz" darstellte, sowie den Kommentar von Bahman Nirumand (Vertreter des Nationalen Widerstandsrats in der BRD und Österreich), der ebenfalls in der „taz" abgedruckt wurde (18). Wenn Gansels Äußerungen in großen Teilen denen von Regierungspolitikern ähnlich sind (Werner Marx, CDU, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses; Gottwald, Sprecher des Auswärtigen Amtes), so muß man zumindest Werner Marx ein größeres Maß an Realismus und Nicht-Verschleierung bescheinigen: Im Gegensatz zu Gansel geht er nicht davon aus, daß die Gespräche in Teheran irgendetwas an der Menschenrechtssituation im Iran noch an der Kriegswilligkeit der iranischen Führung ändern. (Hervorh. in den folgenden Zitaten — AK).

Auf die Frage nach den Menschenrechten geht Gansel zuerst auf den Krieg ein: „*Die größte Menschenrechtsverletzung ist der Krieg ... wer auch nur ein bißchen außenpolitische Verantwortung hat, darf die kriegführenden Staaten nicht in die Isolation treiben, sondern muß versuchen, auf ihre Regierung einzuwirken.*" Gansel ist „neutral" wie die BRD-Regierung auch: er habe auch schon mit irakischen Vertretern gesprochen. Gegenüber dem Saarländischen Rundfunk bezeichnete Gansel Genschers Reise als sinnvoll. Sie sei ein Beitrag für eine friedliche Lösung des Golfkrieges. Er kritisierte Frankreich, das durch seine Waffenlieferungen an den Irak nicht dazu beigetragen habe, daß eine friedliche Lösung näherrücken könne. Man müßte bei der Bewertung des Konflikts immer berücksichtigen, „*daß der Kriegsbeginn nicht von Iran ausgegangen ist, auch wenn Iran jetzt auf irakischem Boden kämpft*" (19). Daß ohne die massive Unterstützung durch die BRD und andere interessierte Staaten, an deren Kriegsgeschäften das Blut Hunderttausender klebt, der Krieg sowohl für Iran als auch für Irak schon lange nicht mehr führbar wäre, erwähnt Gansel nicht.

Ist diese Umkehrung der BRD-Mitverantwortung für die Fortdauer des Krieges in einen hilfreichen Akt zur Beendigung des Krieges schon schlimm genug, wird Gansel vollkommen zynisch und menschenverachtend, wenn es um die inneren Zustände im Iran geht:

„*Der Iran hat nach der Revolution einen quasi Bürgerkrieg durchgemacht mit Terror und Gegenterror von allen Seiten. Dabei ist es zu massenhaften und massiven Menschenrechtsverletzungen gekommen. Dazu gehören nicht nur willkürliche Hinrichtungen in Gefängnissen, sondern auch Bombenanschläge, so wie der einen Tag vor unserer Ankunft in Teheran auf dem Bahnhofsvorplatz mit 18 Toten und über 300 Verletzten, darunter viele Frauen und Kinder. Diese Phase ist also noch nicht beendet. **‚Ich habe aber den Eindruck, daß sich das System weiter konsolidiert hat. Die Bevölkerung macht nicht den Eindruck, eingeschüchtert, verängstigt und ausgebeutet zu sein**'*".

Der „FAZ"-Korrespondent Thomas Ross kann dies bestätigen: „*Im Alltag Teherans herrscht trotz der Tugend-Diktatur keineswegs allseits Angst und Schrecken.* ***‚Wer sich ruhig verhält und korrekt kleidet, wer nicht auffällt und das Regime kritisiert, dem passiert nichts'****, sagt uns ein iranischer Kaufmann.*" (20). Und der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Gottwald, zur „taz": „*Man muß ja auch sehen, daß in so einem Land, das seine Gegner sehr brutal unterdrückt, nur ein kleiner Teil der Bevölkerung akut leidet. Das ist schlimm genug, aber es ist wohl so, daß sich die Mehrheit der Iraner nicht unterdrückt fühlt*".

— Wen erinnert dies nicht an die Beschönigung der chilenischen Zustände nach dem Sturz Allendes vor allem durch die CDU/CSU, allen voran Bruno Heck mit der Äußerung, daß das Leben der KZ-Häftlinge „*bei sonnigem Frühlingswetter im Stadion von Santiago recht angenehm*" sei.

Gansel verwischt, auf wessen Kosten sich das Regime konsolidiert hat, indem er die Hinrichtungen von zig Tausenden und die (auch) von der Opposition durchgeführten Anschläge (d.h. staatlichen Terror und den Widerstand der Opposition) auf eine Ebene stellt, als hätten die Anschläge ein solches Vorgehen des Regimes nötig gemacht.

Nach dem Sturz des damaligen iranischen Staatspräsidenten Mitte 1981 fanden täglich 150-200 Hinrichtungen statt. Die Gefängnisse waren plötzlich überfüllt. Die Bevölkerung wurde in Angst und Schrecken versetzt. Das Regime nutzte dies, um seine Unterdrückungsinstrumente weiter auszubauen und die eigenen Kräfte mobilisieren und konzentrieren zu können. Die linken Organisationen wurden weitgehend zerschlagen. Unter den bis heute 30-40.000 Hingerichteten sind zum größten Teil Mitglieder und Sympathiesanten der Volksmodjahedin. Wenn ein Regime sich konsolidiert hat, zählt offensichtlich nur diese Tatsache, und nicht der blutige Weg, auf dem dies erreicht wurde — und noch wird.

Andere Länder, andere Sitten

„Tod denen, die die islamische Kleiderordnung nicht respektieren!" mit diesem Hetzruf stürzten sich in einer erneuten Kampagne seit dem 19. Juli Hezbollahs (Jünger Gottes) auf Frauen, die mehr als die Hände und einen Gesichtsausschnitt sehen ließen. Diese staatlich geförderten Terrortrupps prügelten Hunderte von Frauen krankenhausreif. Darauf angesprochen, meint Gansel: „*Es gibt christlichen Fundamentalismus und jüdischen Fundametalismus. Aus der taz weiß ich, daß es grünen Fundamentalismus gibt.* ***‚Es gibt auch islamischen Fundamentalismus, und das ist für uns der fremdeste Teil der Islamischen Republik.'*** *Die Formen der Zwangsislamisierung im öffentlichen Leben und vor allem gegenüber den nach westlichen Kriterien ‚modernen' Frauen ist für uns besonders bedrückend.* ***‚Sprechchöre bei Demonstrationen haben überall nur begrenzten Aussagewert'****. Es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß die Kleidungsvorschriften mit Gewalt durchgesetzt werden. Der Widerstand vieler Frauen dagegen ist erkennbar: mit bunter Kleidung, eleganten Schuhen, Make-up und lackierten Fingernägeln. Das sind im Straßenleben erkennbare Protestformen. Den noch gefährlicheren, opferreichen Protest kann man vermuten. Im übrigen ist im Gegensatz etwa zu Saudi-Arabien eine Frau am Steuer eines PKW in Teheran ein normales Bild. Die Frauen haben das Wahlrecht und im Parlament sind auch weibliche Abgeordnete.*" Bahman Nirumand dazu: „*Daß gerade dieser Fundamentalismus den eigentlichen Kern und Inhalt der Islamischen Republik darstellt, wird ebenfalls verschwiegen ... Es stimmt, im iranischen Parlament sitzen 3 weibliche Abgeordnete neben 270 Männern! ... Am Steuer sitzen dürfen sie auch. Hätte Gansel nicht Saudi-Arabien als Vergleich genommen, sondern irgendeinen Urwald in Afrika, wo nicht einmal Männer am Steuer sitzen, dann wäre das Privileg der iranischen Frauen noch deutlicher zum Ausdruck gekommen.*"

Gansel verweist darauf, daß er sich bei seinen Gesprächspartnern für einen Besuch von amnesty international eingesetzt habe: „*Die Reaktion war nicht schlichtweg negativ.*" Nirumand: „*Das ist doch wirklich was Handfestes! Gansel müßte öfter nach Teheran reisen. Und die iranische Opposition sollte seine Mahnungen beherzigen, sich ganz ruhig verhalten, keinen Widerstand leisten, um Verhandlungen nicht zu stören.*" Denn Gansel hält die Aktivitäten der iranischen Opposition, vor allem die bewaffneten, für schädlich: „*Eine Opposition des Attentats und des Gewehrfeuers geht nicht nur an der Stimmungslage der Bevölkerung vorbei, sondern ist auch für die Menschenrechte kontraproduktiv. Das gilt auch für schneidige Totalverurteilungen er Islamischen Revolution, wie sie Klaus Vack* (Komitee für Grundrechte und Demokratie — Anm. AK) *in seinem Brief an mich verlangt. Viele seiner Fragen habe ich mir auch gestellt. Würde man aber seinen Antworten folgen, müßte man sich aus jeder Politik im Nahen Osten abmelden. Und das kann man wohl im Interesse des Friedens und der Menschenrechte nicht wollen.*" Diese Meinung vertritt auch Marx von der CDU: „*Würde der deutsche Außenminister nur mit denjenigen Ländern sprechen, deren Moral der unseren vergleichbar ist, so müßten wir neun Zehntel des Auswärtigen Amtes stillegen ... Mein Wunsch wäre allerdings, daß bei anderen Staaten wie etwa Südafrika man nicht mit Maßstäben mißt, die man ür Iran nicht gelten läßt. Insoweit wäre es schon notwendig, daß man die außenpolitischen, die handelspolitischen Interessen offen darlegt, darüber aber nicht vergißt, daß es viele andere Dinge unter dem Stichwort Moral gibt.*"

Auf die Frage der „taz", ob Gansel den Weg der Islamischen Republik auch hinsichtlich der Unterdrückung der Opposition bejaht und ob die Bundesrepublik eine Vorreiterrolle in den Beziehungen zum Iran spiele, antwortet dieser: „*Ja, ich respektiere den Versuch einer autochthonen Islamischen Revolution, die sich weder am US-Kapitalismus noch am SU-Kommunismus orientieren will. Für die Bewertung des Versuchs ist die Geltung der Menschenrechte ein entscheidendes Kriterium. Aber wichtige Kriterien sind auch, ob wirkliche Blockfreiheit angestrebt wird und ob durch eine neue Wirtschaftsform mehr soziale Entwicklung und Gerechtigkeit erreicht werden kann.*" Wovon im Iran derzeit allerdings nicht die Rede sein kann: den breiten Bevölkerungsmassen geht es wesentlich schlechter als zu Schah-Zeiten. Gansel bejaht eine Vorreiterrolle der BRD — auch andere Länder müßten lernen, „*daß man eine Islamische Republik nicht an den Kriterien von Montesquieu oder Marx messen kann*". Wenn die Iran-Politik nicht nur ein Reflex auf den steigenden Export sei, sei er auch bereit, sie gegen Kritik der USA, der Sowjetunion, der Franzosen und der Grünen in Schutz zu nehmen.

Sehr wichtig scheint den BRD-Politikern die Betonung, daß man den Iran mit anderen Maßstäben zu messen habe. Auch der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Gottwald, findet den Terror im Iran höchstens diskussionswürdig: „*Für die Leute dort ist die Todesstrafe ein völlig legitimes Mittel — für uns nicht. Gerade diese völlig unterschiedliche Auffassung hat die Idee zu einem Kolloquium ausgelöst ... Ein Iraner würde Ihnen allerdings entgegnen, daß es sich nicht um eine Unterdrückung der persönlichen Freiheit handelt, sondern um eine* ***‚Ausgestaltung des Lebens'*** *nach dem Islam. Die Freiheit des Individuums gilt als Ausdruck westlicher Dekadenz und nicht als erstrebenswertes Ziel*". Nirumand: „*Sicher, andere Länder, andere Sitten. Die einen haben die Angewohnheit, Juden und Kommunisten in Konzentrationslagern zu vergasen, die anderen neigen eher zu Massenerschießungen und Verwendung von Galgen auf öffentlichen Plätzen. Ob diese unterschiedlichen Methoden tatsächlich mit der Kultur und Mentalität eines jeden Volkes zusammenhängen, wollen wir Genschers Kolloquium überlassen. Gansel möchte ich aber doch fragen, welche Kriterien er im Sinn hat, die man seiner Ansicht nach bei der Beurteilung von Massenerschießungen in den Gefängnissen, Abhacken von Beinen und Händen, Steinigungen und dergleichen anwenden müßte, um sie richtig beurteilen zu können. Wie soll man sich bei dem Mord an Zehntausenden von Kindern verhalten, die die Mullahs auf die Minenfelder geschickt haben? Kann man, soll man da schweigen? Ist der Widerstand dagegen wirklich verabscheuungswürdiger Terrorismus? ... Was uns iranische Exilanten betrifft, so muß ich feststellen, daß uns derlei Beschwichtigungsversuche deutscher Politiker schon aus der Schah-Zeit bekannt sind. Auch damals stellte das lukrative Geschäft mit dem Iran die Verbrechen des Regimes in den Schatten. Schon gut. Daß man aber solche Geschäftsreisen noch moralisch verkleiden will, finde ich, frei heraus, widerlich.*"

Nahost-Kommission



Parallelen sind erkennbar

Am 5.10.84 stimmte der Bundestag für die Fortsetzung der jährlichen Türkeihilfe in Höhe von 130 Mio. DM. Vorausgegangen war ein Antrag der Grünen, eine Delegation aller 4 Fraktionen in die Türkei zu entsenden, um an Ort und Stelle den Vorwürfen über Menschenrechtsverletzungen nachzugehen. Im Mai noch waren alle 4 Fraktionen sich über eine solche Delegation einig, die Türkei lehnte jedoch ab, eine Delegation mit diesem Auftrag zu empfangen. Bei der erneuten Abstimmung enthielt sich die SPD, die Regierungsparteien stimmten gegen den Antrag („taz", 6.10.84). Offensichtlich wurde sie nicht mehr für notwendig gehalten, nachdem die CDU-Bundestagsabgeordnete Ingeborg Hoffmann im Auftrag der CDU-Bundestagsfraktion die Türkei besucht hatte, die Investitionsmöglichkeiten in diesem Land für gut und die Situation in den Gefängnissen für in Ordnung befunden hatte. Man könnte den Türken allerdings keine Knäste bundesdeutschen Zuschnitts vorsetzen: „*Dann würden die Türken doch alle in die Gefängnisse gehen, weil es dort besser ist als bei sich zu Hause*" („taz", 2.10.84).

Nach diesen Beurteilungsgrundsätzen werden schon seit Jahr und Tag von bundesdeutschen Gerichten Asylanträge zurückgewiesen, indem politisch verfolgten oder gefolterten Kurden beispielsweise kein Asyl gewährt wird, da „*die Folter für Türken und Kurden gleichermaßen Alltag (ist), allgegenwärtig, ohne daß sie sichtbare Bestürzung hervorruft*". (Argumentation des VGH Mannheim, zit. nach AK 231, S. 9).

Anmerkungen

1) Industriemagazin, Nr. 10, 15.10.83
2) ein Vertreter der Deutschen Bank, zit. nach „FR", 19.1.84
3) Übersee-Rundschau, Nr. 2, Mai 83; „taz", 20.7.84
4) Hamburger Abendblatt, 20.2.84; Welt, 5.5.84; „FR", 13.7.84
5) „taz", 4.8.84
6) „FAZ", 25.4.84
7) „SZ", 6./7.10.84
8) „taz", 14.2.84
9) entfällt
10) Welt, 9.5.84
11) „taz", 21.11.83
12) „taz" und Welt, 23.7.84
13) Welt, 23.7.84
14) „FR", und „taz", 7.8.84
15) „taz", 20. und 28.7.84
16) „SZ", 13.10.83; „taz", 20.7.84; Le Monde, 19.4.84
17) „FR", 23.7. und 19.9.84
18) vgl. „taz", 11.-13.9.84; Gottwald-Interview, vgl. „taz", 24.7.84; Marx-Institut, vgl. Welt, 27.7.84
19) „FR", 23.7.84

Saudi-Arabien

»Ein lokaler Aufstand genügt, um die gesamte Struktur zu zerstören«

Die besondere Bedeutung des Mittleren Ostens für die imperialistischen Staaten liegt in deren Erdöl- und Erdgasreservoir. Westeuropa bezieht weit über 50 % seines Erdölimportes aus dem Mittleren Osten, die NATO-Armeen in Westeuropa sogar über 70 %. Ein Ausfall dieser Quellen hätte in einem Krieg verheerende Auswirkungen. In einem Kriegs- oder Krisenfall erscheint die Eroberung und Sicherung der Ölreservoirs von außen für die Imperialisten aber als sehr schwierig.

Nicht nur von wirtschaftlicher ...

Die extreme Störanfälligkeit der Infrastruktur der Erdölproduktion im Mittleren Osten stand bereits 1973 im Zentrum der veröffentlichten Meinung, als in den Medien im Rahmen der „Ölkrise" die Eroberung der Ölfelder geprobt worden war. 1979 verwies eine geheime Studie des Pentagons, der sog. Wolfowitz-Report darauf, daß damals 65 % des gesamten exportierten Golföls über nur drei Hafenanlagen verschifft wurden, für die zusammen acht zentrale Pumpstationen existierten. Bereits der Ausfall einer dieser Komponenten würde erhebliche, kurzfristig nicht zu beseitigende Störungen mit sich bringen (1). So ließ beispielsweise Saudi-Arabien, der größte Erdölproduzent der Welt, 1981 verkünden, es würde eher die Ölfelder sprengen als zuzulassen, daß sie in fremde Hände fielen (2).

Neben der Funktion als Öllieferant ist Saudiarabien aber auch der zweitgrößte Handelspartner der BRD in Übersee hinter den USA. Die arabische Wüstenmonarchie verfügt über ein Importvolumen von 40 Milliarden Dollar pro Jahr. 1983 exportierte das westdeutsche Kapital Waren im Werte von über 7 Milliarden Mark nach Saudiarabien. Zukunftsträchtig für das westdeutsche Kapital erscheinen vor allem Suche, Exploration und Export von Mineralien. Konzerne wie Lurgi, Preussag und Klöckner haben bereits ihr Ausbeutungsinteresse angemeldet (3).

Die Infrastruktur der schnellen Eingreiftruppe in Südwestasien

Die Infrastruktur der schnellen Eingreiftruppe in Südwestasien

Südwestasien: US-Stützpunkte und Zugangsmöglichkeiten

▭ Stützpunkte oder militärische Einrichtungen, zu denen US-Streitkräfte Zugang haben

Ägypten
Ras Banas - Flugplatz/Hafen

Bahrain
Flugplatz/Hafen (Heimathafen für das Mittelost-Geschwader der US-Marine; fünf Schiffe)

Britisches Territorium Indischer Ozean
Diego Garcia - Flugplatz/Hafen

Kenia
Mombasa - Hafen
Nairobi - Flugplatz
Nanyuki - Flugplatz

Oman
Khasab - Flugplatz/Hafen ?
Masirah - Flugplatz
Muscat - Flugplatz/Hafen
Salalah - Flugplatz
Seeb - Flugplatz/Hafen
Thumrait- Flugplatz

Saudi Arabien
Dhahran - Flugplatz

Seychellen
Mahe Island - Satellitenbodenstation

Somalia
Berbera - Flugplatz/Hafen
Mogadischu - Flugplatz/Hafen

Ausgewählte Übungen zum schnellen Eingriff

Übung	Häufigkeit	Kommandostelle[2]	Ort	Übungs-art[3]	Übungs-umfang
Gallant Knight	jährlich	CENTCOM	Ft. Bragg, North Carolina	CPX	Korps
Bright Star[1] oder	jährlich	CENTCOM	Südwestasien oder	FTX	Brigade
Gallant Eagle[1]	jährlich	CENTCOM	USA	FTX	Division
Fernmeldeübung[1]	jährlich	CENTCOM	unterschiedlich	COMMEX	
Jade Tiger	einmalig	CENTCOM	Oman/Sudan/Somalia	Luftverteidigung	
Bereitschafts-übungen	verschieden	CENTCOM	USA	Alarmübung mit Verlegung von Hauptquartierelementen	
Bold Eagle	zweijährlich	REDCOM	USA	CPX; FTX	
Bold Star	zweijährlich	REDCOM	USA	CPX; FTX	

1 Findet im darauffolgenden Jahr in den USA statt, wenn eine "Bright Star"-Übung in Südwestasien angehalten wurde

2 CENTCOM = Central Command; Oberkommando für Südwestasien
REDCOM = Readiness Command; Oberkommando für einen Teil der in den USA stationierten Land- und Luftstreitkräfte

3 CPX = Command Post Exercise; Gefechtsstandübung
FTX = Field Training Exercise; Gefechtsübung
COMMEX = Communication Exercise; Fernmeldeübung

aus: Militärpolitik Dokumentation Nr. 36

... sondern auch von militärischer Bedeutung

Neben und wegen der ökonomischen Bedeutung ist der Mittlere Osten aber auch von militärstrategischer Relevanz für die NATO: Hier liegt ein potentielles Aufmarschgebiet der NATO gegen die Sowjetunion als Verlängerungslinie der NATO-Front von der Türkei bis Asien. Dieses potentielle Aufmarschgebiet ist im Zusammenhang mit der Strategie der „horizontalen Eskalation" zu sehen. Kriegsminister Weinberger: *„Aber selbst wenn der Feind nur an einer Stelle angreifen würde,* tion" zu sehen. Kriegsminister Weinberger: „Aber selbst wenn der Feind nur an einer Stelle angreifen würde, *könnten wir wählen, uns nicht darauf zu beschränken, der Aggression an der unmittelbaren Front zu begegnen. Wir könnten uns entscheiden, unsere Kapazitäten auszudehnen, den Feind an vielen Orten zu verwickeln, oder unsere militärischen Kräfte und militärischen Aktivposten in einigen, aber den kritischsten Schauplätzen zu konzentrieren. Die geographische Verteilung unserer Aktivposten muß geleitet sein von der Aussicht, unsere vitalen Interessen zu beschützen und den Krieg zu gewinnen"* (4).

Aus diesen Gründen haben die imperialistischen Staaten natürlich zunächst ein primäres Interesse an „stabilen" politischen Verhältnissen in Saudi-Arabien. Ronald Reagan brachte die Sorgen der USA auf den Punkt: *„Die USA werden nicht zulassen, daß in Saudi-Arabien eine Lage entsteht wie im Iran."* Die politische Stabilität der saudischen Monarchie wird allerdings nicht als sehr hoch eingeschätzt. Der amerikanische Nah-Ost-Experte und Politikwissenschaftler Leonard Binder verglich Saudi-Arabien mit einer gestellten Pyramide: *„Ein lokaler Aufstand genügt, um die gesamte Struktur zu zerstören. Es gibt keine Wunderlösung für diese Verwundbarkeit des saudischen Regimes. Deswegen fördern die Vereinigten Staaten die Politik, die den Mittleren Osten sicher für Saudi-Arabien macht"* (5). Zu dieser Politik gehört u.a. auch ein kontrollierbarer Krieg zwischen dem Iran und dem Irak. Das entscheidende Problem für die Herrschaftssicherung der saudischen Monarchie ist, *„daß die sich stets vermehrenden Öleinnahmen eine Veränderung in der Sozialstruktur bedingen, die die gesamte Kultur des Landes erschüttert. Es handelt sich um einen Typ rapiden, sozialen Wandels, in dessen Verlauf die sozialstrukturellen Veränderungen weit schneller als die parallel erforderlichen Anpassungen vom Normensystem sind"* (6).

Um Entwicklungen zu begegnen, die die imperialistische Herrschaft in diesem Raum gefährden könnten, haben die USA u.a. ihre Schnelle Eingreiftruppe aufgebaut. Daß die RDJTF (Rapid Deployment Joint Task Force) insbesondere für die Golf-Region konzipiert wurde, zeigt sich allein daran, daß seit dem 1.1.1983 neben den fünf vorhandenen Regionalkommandos der US-Streitkräfte (Europa, Atlantik, Nordamerika, Pazifik, Lateinamerika) noch ein 6. Kommando für den Nahen und Mittleren Osten eingerichtet wurde. Diesem Zentralkommando (CENTCOM) ist die gesamte Eingreiftruppe unterstellt. Basen für den Einsatz der RDJTF befinden sich in Ägypten, Somalia, Kenia, Oman und Diego Garcia. Eine militärische Schlüsselrolle kommt den fünf saudischen AWACS zu, die zwar formal in saudischem Besitz sind, aber von US-Soldaten geflogen, gewartet, bedient und ausgewertet werden. Mit diesen AWACS wird nicht nur jede, auch noch so kleine militärische Bewegung im irakisch-iranischen Krieg registriert und analysiert, sondern jegliche Truppenbewegung, Waffenerprobung etc. im gesamten Nahen und Mittleren Osten. Neben diesen AWACS besitzt die saudische Luftwaffe u.a. noch 62 amerikanische Jagdbomber vom Typ F-15 sowie demnächst 40 europäische Tornado-Kampfflugzeuge. Damit wird — nach Einschätzung der sachkundigen „Europäischen Wehrkunde" — diese *„Kombination den saudischen Luftstreitkräften ein integriertes Luftkriegssystem an die Hand geben, das — von den USA abgesehen — kein anderes Land der Welt besitzt"* (7).

Problematisch für die USA ist jedoch, daß sie bei den arabischen Völkern nicht sonderlich beliebt sind. Bislang hat sich kein arabischer Staat offiziell bereiterklären können, den USA einen permanenten Stützpunkt in der Region anzubieten. In Saudi-Arabien besitzen die USA offiziell bislang nur Benutzungsrechte für den Flughafen in Dhahran. Es ist allerdings kaum feststellbar, wie stark die USA in Saudi-Arabien wirklich präsent sind:

— So sollen beispielsweise 1985/86 1.000 amerikanische Kampfpanzer vom Typ M1A1 in Saudi-Arabien für die Schnelle Eingreiftruppe eingelagert werden (8).
— So schwanken die Zahlenangaben über amerikanische „Militärberater" in Saudi-Arabien zwischen 3.500 und 12.000, wobei 10-12.000 als realistisch erscheint. Die Geter" in Saudi-Arabien zwischen 3.500 und 12.000, wobei 10-12.000 als realistisch erscheint. Die Ge-samtstärke des saudischen Heeres beträgt dagegen nur 40.000 Soldaten. Neben dem saudischen Heer existiert noch eine pakistanische Söldnertruppe von 10.000 bis 12.000 Soldaten unter saudischem Oberbefehl. Das Problem für das saudische Heer liegt in dem Auseinanderklaffen zwischen der geringen Personalstärke und dem niedrigen Ausbildungsstand einerseits und der Ausstattung dieser Armee mit supermodernen Waffensystemen andererseits.
— So wird selbst die Nationalgarde (die Bürgerkriegstruppe der Dynastie) von der amerikanischen Privatfirma Vinell Corporation ausgebildet. Die Vinell Corporation war übrigens auch an dem Bau von Militäranlagen in Südostasien wie auch an den Verhören gefangener Vietcongs beteiligt (9).

Die starke Dominanz der USA bezüglich des Waffentransfers und der entsprechenden Ausbildung hat sich aber seit Ende der 70er Jahre besonders auf Grund der amerikanischen, israelfreundlichen Nahost-Politik abgeschwächt. Mittlerweile kommen immerhin gut 25 % der Waffenexporte aus Westeuropa. Der Anteil der BRD an diesen Waffenexporten ist zwar noch bescheiden; jedoch scheint sich hier nach den Entwicklungen der letzten Monate eine entscheidende Wende zu vollziehen.

„Pax Americana" und die Aufgaben der BRD

Hintergrund für das verstärkte Engagement der BRD in Saudi-Arabien ist die oben skizzierte Bedeutung des Mittleren Ostens für die imperialistischen Staaten sowie die damit einhergehende Diskussion über die weltpolitischen Aufgaben und das arbeitsteilige Vorgehen der NATO. Bereits 1976 erkannte der derzeitige „Verteidigungs"minister Wörner: *„Die Pax Americana, jene im Rückblick großangelegte Schöpfung einer freien, blühenden Weltwirtschaft, gesichert durch einen Gürtel von Bündnissystemen, geht zu Ende. Sie mußte zu Ende gehen, weil mit dem Erstarken der Sowjetunion, der strategischen Parität, dem Auftauchen neuer wirtschaftlicher und damit auch politischer Machtzentren und dem weltweit wachsenden Druck ungelöster sozialer Probleme, die zur Befriedigung dieses globalen Problems erforderlichen Kräfte die inzwischen auch nicht mehr unbegrenzten Möglichkeiten der USA übersteigen. So muß denn künftig das Bündnis zwangsläufig dort seinen Aktionsradius erweitern, wo lebenswichtige Bündnisinteressen, die bislang von den USA allein wahrgenommen wurden, auf dem Spiele stehen"* (10).

Dieser Gedanke wurde auch von einer Studie der offiziösen außenpolitischen Forschungsinstitute der BRD, der USA, Frankreich und Großbritannien mit dem Titel „Die Sicherheit des Westens" aufgenommen. Um eine interventionsfähige Politik zu erreichen und befreundeten Staaten zu Hilfe kommen zu können, fordern die hochkarätigen Autoren der Studie, *„eine arbeitsteilige Politik einzuschlagen, mit der die Hauptlast für die Aufstellung einer Schnellen Eingreiftruppe auf die Vereinigten Staaten fällt, während die Europäer einen gewissen Beitrag an personellem und materiellem Einsatz leisten, wo dies angemessen ist (wie im Falle Frankreichs und Großbritanniens), und/oder Unterstützung für die amerikanische Schnelle Eingreiftruppe bereitstellen, sich um die Verstärkung westlicher Stützpunkte in der Region bemühen und durch Beibehaltung ihrer eigenen Verteidigungsausgaben in Europa die Möglichkeit schaffen, daß amerikanische Ressourcen für den Mittleren Osten freigesetzt werden."* Zu der Stärkung der westlichen Position gehöre auch „die vernünftige Handhabung der Rüstungsexporte" (11).

Ein weiterer Grundstein für die Durchsetzung militärischer Weltmachtpolitik wurde bei der Frühjahrstagung der NATO im Mai 1982 gelegt: *„Die Minister waren sich darin einig, daß es erforderlich werden kann, daß die Bündnispartner im Lichte von NATO-Konsultationen Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes unterstützen, die den vitalen Interessen aller die-* NATO-Konsultationen Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes unterstützen, die den vitalen Interessen aller die-*nen. Der Militärausschuß prüft zur Zeit Folgerungen, die sich für die NATO aus dem strategischen Konzept der Vereinigten Staaten für Südwestasien ergeben können"* (12). Zu diesen Folgerungen gehören:

— das mittlerweile bekannte „Wartime Host Nation Support"-Abkommen „über die Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise und Krieg";
— POMCUS (Prepositioned Overseas Material Configured in Unit Sets), d.h. die vorzeitige Einlagerung von schwerem Gerät und Waffen, deren Verfügbarkeit alljährlich in den Reforger-Manövern geübt wird (13).
— Die Ausweitung des Operationsgebietes der Bundesmarine ins europäische Nordmeer seit 1980, wodurch dort Kräfte der US-Navy freigesetzt wurden. Gleichzeitig durfte die westdeutsche Kriegsschiffindustrie wieder Kriegsschiffe beliebiger Tonnage bauen.
— Der Beschluß des WEU-Rates vom 27.6.84, der BRD wieder die Produktion strategischer Bomber und weitreichender Raketen zu „erlauben".
— Die jetzt erteilte Zustimmung der Bundesregierung, fast sechs Milliarden Mark für das NATO-Infrastruktur-Programm beizusteuern (14).
— Die „Europäisierung der NATO", die konventionelle Aufrüstung und die Stärkung der WEU. Auf dieser Linie liegt denn auch der Beschluß der Parlamentarischen Versammlung der WEU vom 29.11.83: *„Die Versammlung fordert die Regierungen der WEU-Staaten auf, im Falle von Entwicklungen außerhalb des NATO-Gebietes, die ihre lebenswichtigen Interessen berühren:*
a. durch alle notwendigen Maßnahmen innerhalb des Vertragsgebiets die Verlegung von Streitkräften eines beliebigen NATO-Landes nach außerhalb dieses Gebietes zu ermöglichen;
b. im Falle der Mitgliedsländer der WEU, die über die entsprechenden militärischen Fähigkeiten verfügen, an solchen Verlegungen teilzunehmen" (15).

„Hilfe zur Selbsthilfe"

Welchen konkreten Beitrag die BRD für die „Stabilität" im Mittleren Osten, speziell für Saudi-Arabien übernehmen könnte, hat der Staatssekretär

im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann umrissen:

,,*1. Die Aufstellung von militärischen Heeres-, Marine- und Luftwaffenverbänden, die als schnelle Eingreiftruppe von arabischem Land und amerikanischen, britischen und französischen Seebasen aus operieren können. Nach wie vor wird trotz unserer gegenteiligen Festlegung auch die Überlegung, deutsche Soldaten in diese Einheit mit einzubeziehen, als mögliche Lösung betrachtet. 2. Für den Fall, daß eine solche Eingreiftruppe ohne deutsche Soldaten aufgestellt und ggf. übrigens auch im Hinblick auf ihren Aktionsradius eingeengt würde, wird entweder die Übernahme von Aufgaben, die heute in Zentraleuropa von Amerikanern, Engländern und Franzosen wahrgenommen werden, durch Deutsche oder eine Beteiligung an der Finanzierung als notwendig erachtet. 3. Als Möglichkeit wird auch in Betracht gezogen, die Golf-Staaten bei ihren eigenen Bemühungen um die Gewährleistung ihrer Sicherheit zu unterstützen. Die Unterstützung für die Golf-Staaten würde sich auf die Bereitstellung von Ausbildung und moderner Ausrüstung für deren Armeen erstrecken.*'' (16).

Der westdeutsche Beitrag hat nach Möllemann aber auch noch einen besonderen Vorteil gegenüber der Schnellen Eingreiftruppe der USA: ,,*Die Aufstellung und Entsendung einer Schnellen Eingreiftruppe ... aber wird von den betroffenen Staaten als nicht erwünscht abgelehnt. Schon von daher dürfte dieses Konzept äußerst fragwürdig sein. Aus all diesen Gründen sollte vielmehr nach dem Prinzip 'Hilfe zur Selbsthilfe' verfahren werden: Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der Golfstaaten, Unterstützung der eigenen Anstrengung zur Gewährleistung ihrer Sicherheit, zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit durch Lieferung militärischer Ausrüstung und Ausbildung.*'' (17).

Wie aber sieht nun konkret diese ,,Hilfe zur Selbsthilfe'' aus?

Das Hin und Her um den Leopard II

Anfang Januar 1981 meldete der ,,Spiegel'': ,,*Helmut Schmidt will deutsche Waffen an Saudi-Arabien verkaufen*''. Aber nicht nur einfach westdeutsche Waffen, sondern auch noch ,,unser bestes Stück'': den Kampfpanzer Leopard II. Der ,,Spiegel'' hatte auch sofort das entsprechende propagandistische Kartenmaterial parat: eine Übersichtskarte mit sowjetischen Stützpunkten rund um Saudi-Arabien (18). Ins Gespräch kam der saudische Wunsch nach 300 Leopard II, 60 Gepard-Flak-Panzern, 30-40 Roland-Raketensystemen sowie dem Schützenpanzer Marder. Außerdem äußerten die Saudis Interesse an 200 Tornado-Mehrzweck-Kampfflugzeugen (19). Doch der Deal kam zunächst auf Grund innen- wie außenpolitischer Rücksichtnahmen nicht zustande. Kanzler Schmidt sagte im Mai '82 die Lieferung von Leopard II an die Saudis ab (20). Einen neuen Anlauf unternahm die CDU/CSU im April '83. In einem internen außenpolitischen Papier wurde festgeschrieben: ,,*Es besteht Einverständnis, daß in nächster Zukunft eine neue Konzeption über den Rüstungsexport entwickelt wird. Dabei sind auch die sicherheits- und finanzpolitischen Belange der Bundesrepublik zu berücksichtigen.*'' (21). Zwei Monate später berichtete die ,,FAZ'' dann von einem Pfingsttreffen Kanzler Kohls in seinem Ludwigshafener Privathaus mit dem saudiarabischen Verteidigungsminister (22). Es wurde mal wieder über den Kampfpanzer Leopard II verhandelt. Kohl wollte allerdings nur ,,*im Einvernehmen mit Israel und den Vereinigten Staaten als der im Mittleren Osten maßgeblichen Ordnungsmacht*'' eine Entscheidung treffen (23). Die Haltung Israels war eindeutig. Außenminister Shamir erklärte, Israel werde in der Frage des Verkaufs deutscher Waffen an arabische Staaten keine Kompromisse eingehen. Die israelische Armeeführung schob dann später folgende Begründung nach: Die Saudis würden westdeutsche Berater und Techniker für die modernen Waffensysteme benötigen, die auf Jahre in Saudi-Arabien bleiben müßten.

führung schob dann später folgende Begründung nach: Die Saudis würden westdeutsche Berater und Techniker für die modernen Waffensysteme benötigen, die auf Jahre in Saudi-Arabien bleiben müßten.

,,*Im akuten Spannungsfall aber wird die israelische Armee der Regierung empfehlen müssen, Tabuk (westsaudischer Militärstützpunkt) durch einen präventiven Angriff unserer Luftwaffe auszuschalten. Dies würde zwangsläufig Opfer unter dem deutschen Personal bedeuten.*'' (24).

Auch das ,,Einvernehmen'' mit den USA war in dieser Frage nicht ungebrochen: Die Amerikaner standen ihrerseits in Verhandlungen mit Saudi-Arabien über die Lieferung des amerikanischen M1-Kampfpanzers, der auf dem Waffen-Weltmarkt in harter Konkurrenz zum Leopard II steht (25).

So verkündete Kohl dann Anfang Oktober 1983 vor seiner Reise nach Saudi-Arabien den Verzicht auf die Lieferung des Leopard II (26). Stattdessen sollte Saudi-Arabien die Möglichkeit eingeräumt werden, jede andere Waffe in der BRD zu kaufen. Da der Kampfpanzer Leopard II eine Angriffswaffe ist, wollte Kohl — mit Rücksicht auf die Beziehungen zu Israel — nur ,,Waffensysteme defensiven Charakters'' liefern wie zum Beispiel die Panzer Gepard und Marder. Was hier von der Bundesregierung als Verkaufsangebot ,,nur defensiver Waffensysteme'' dargestellt wurde, war aber eine eindeutige Ausdehnung der bisherigen Waffenexportpolitik, die ja auch schon alles andere als ,,restriktiv'' war. Zwischen der BRD und Saudi-Arabien wurde nämlich folgende Vereinbarung getroffen: ,,*Beide Seiten verständigten sich darüber, auch Fragen des Verteidigungsbereiches in die Zusammenarbeit einzubeziehen.*'' (27). Dies bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die BRD zum ersten Mal außerhalb der NATO eine direkte militärische Kooperation übernimmt. Nicht zufällig ist gerade Saudi-Arabien der erste Staat, mit dem eine ,,Vereinbarung im Verteidigungsbereich'' abgeschlossen wurde.

Wie von Kohl während der Saudi-Arabien-Reise vereinbart, erschien dann Anfang Dezember 1983 eine saudische Militärdelegation in der BRD, um sich einzelne Waffensysteme vorführen zu lassen. Während die Saudis bei Heer, Luftwaffe und Marine sowie bei Krauss-Maffei, MBB, HDW, u.a. modernste Waffensysteme inspizierten, forderte Strauß eine Änderung der Waffenexportbestimmungen: ,,*Waffenexporte müssen unter den Gesichtspunkten Erhaltung und Sicherung heimischer Arbeitsplätze, Sicherung eines notwendigen politischen Einflusses und schließlich Sicherung der heimischen Rohstoffversorgung betrieben werden.*'' (28).

Bislang wurde allerdings noch nichts Neues über konkrete saudische Waffenwünsche in der BRD bekannt. Im Februar dieses Jahres ,,entdeckte'' die SPD jedoch, daß Leopard-Produzent Krauss-Maffei in Zusammenarbeit mit einer britischen Firma den Leopard in Ägypten produzieren will, um ihn dann von dort nach Saudi-Arabien zu verkaufen. Die Bundesregierung ließ dementieren (29).

Laufende Rüstungsbestellungen Saudi-Arabiens*
(Großwaffen)

Aus: Computerausdruck des Archivs des Stockholm International Peace Research Instituts (SIPRI), Januar 1984

Lieferland	Waffensystem	Jahr der Bestellung	Anzahl	bereits geliefert
USA	AIM-7F Sparrow, Luft-Luft-Rakete	1978	240	150

Lieferland	Waffensystem	Jahr der Bestellung	Anzahl	bereits geliefert
USA	AIM-7F Sparrow, Luft-Luft-Rakete	1978	240	150
USA	TF-15A Eagle, Kampfflugzeug	1978	15	15
USA	AIM-9L, Luft-Luft-Rakete	1981	1.177	400
USA	F-15C Eagle, Kampfflugzeug	1980	2	
Frankreich	Versorgungsschiff	1980	2	
Frankreich	Otomat-2, Schiffs-Schiffs-Rakete	1980	96 ?	
Frankreich	F-2000 Klasse, Fregatte	1980	4	
Spanien	C-212A Aviocar, Transportflugzeug	1979	40	
Frankreich	Mirage-4000, Kampfflugzeug	1984 ?		
USA	V-150 Kommando, gepanzerter Mannschaftstransporter	1980 ?	579	300
USA	E-3A Sentry, Frühwarnflugzeug	1981	5	
Frankreich	Crotale Naval, Schiffs-Luft-Rakete	1980	104 ?	
USA	KC-135, Tank/Transportflugzeug	1981 ?	6	
USA	AIM-9P, Luft-Luft-Rakete	1979	660 ?	
Großbritannien	FH-70 155mm, Haubitze	1982	100	
USA	BGM-71A TOW, Panzerabwehrrakete	1983	2.538	
USA	RF-5E Tigereye, Aufklärungsflugzeug	1982	10	
USA	F-5E Tiger-2, Kampfflugzeug	1982	4	
USA	F-5F Tiger-2, Trainingsflugzeug	1982	1	
Italien	VCC-1, gepanzerter Mannschaftstransporter	1982	200	50
Frankreich	Shahine, mobile Boden-Luft-Rakete	1983		
Frankreich	AMX-30 Shahine, Flugabwehr-Panzer	1983		
USA	M-198 155mm, Haubitze	1983	42	
USA	M-60-A3, Kampfpanzer	1983	100	
Brasilien	EE-11 Urutu, gepanzerter Mannschaftstransporter	1982 ?		
Frankreich	AMX-10P, Schützenpanzer	1982 ?	60 ?	
Frankreich	ATL-2, Seeaufklärer	1983 ?	2 ?	
USA	M-113-A2, gepanzerter Mannschaftstransporter	1983	394 ?	
USA	M-109-A2, 155mm, Haubitze auf Selbstfahrlafette	1983	18	
Großbritannien	SR-7, Luftkissenboot	1982	8	

aus: Militärpolitik Dokumentation Nr. 36

Table 1: US arms trade with the Arab states and Israel (Carter and Reagan Administrations)

Foreign military sales agreements in $ million

	Carter				Reagan			Carter	Reagan
	1977	*1978*	*1979*	*1980*	*1981*	*1982*	*1983*	*Average*	*Average*
Egypt	0.9	161.8	410.4	2,155.9	320.2	1,928.6	721.5	682.3	990.1
Israel	494.0	1,381.5	828.5	529.9	132.3	655.1	2,487.7	808.5	1,091.7
Jordan	94.2	66.5	73.4	303.4	346.9	140.6	52.2	134.4	179.9
Lebanon	16.6	69.0	23.1	31.0	52.9	9.3	428.7	34.9	163.6
Morocco	31.5	6.9	3.1	274.5	36.0	13.7	67.7	79.0	39.1
Tunisia	42.8	2.2	35.6	21.4	23.9	296.8	9.4	25.5	110.3
Bahrain	–	–	–	6.1	–	5.4	5.0	1.5	3.5
Kuwait	16.6	69.0	10.8	124.8	45.2	114.3	152.3	55.3	103.9
Oman	0.7	–	–	22.9	48.9	24.2	0.5	5.9	73.6
Saudi Arabia	1,312.0	1,874.8	5,724.2	2,983.2	1,289.0	5,446.8	1,938.4	2,973.6	2,891.4
UAE	–	–	2.7	–	10.9	–	663.2	0.7	224.7
Yemen (Sanaa)	1.9	1.3	167.1	1.5	17.8	16.6	8.8	43.0	14.4
Somalia	–	–	–	–	28.6	42.6	8.7	0.0	26.6
Sudan	84.6	–	5.4	–	34.9	90.2	24.6	22.5	49.9

Source: US Defense Security Assistance Agency, Data Management Division, 1984.

aus: Third World Quarterly 6/84, S. 649



Tornados und Export „Innerer Sicherheit"

Tornados und Export „Innerer Sicherheit"

Viel ruhiger und viel schneller verlief dagegen die Lieferung von 40 Tornado-Mehrzweckkampfflugzeugen an Saudi-Arabien. Der Tornado wird als Gemeinschaftsprojekt von der BRD, Großbritannien und Italien produziert. Vorausschauend war bereits im Mai 1983 der Tornado-Vertrag zwischen den Hersteller-Ländern geändert worden, sodaß seitdem offiziell jede Regierung allein über den Verkauf des Gemeinschaftsproduktes entscheiden kann; für die BRD eine Methode, innen- wie außenpoltische Schwierigkeiten zu umgehen. So machte die Öffentlichkeit hierzulande auch keinen großen Wirbel, als Mitte August die Lieferung von 40 Tornados von Großbritannien an Saudi-Arabien und von



Kampfpanzer „Leopard 2"



Flakpanzer „Gepard"

16 Tornados an Oman bekannt wurde (30). Dabei wiegt die strategische Bedeutung des Tornados ,,hundertmal schwerer als die von ein paar Hundert Kampfpanzern Leo II'' (31).

Außer den 40 Tornados wurden bislang von der BRD 72 Feldhaubitzen 155-1 (über Großbritannien), 1.500 Maschinengewehrhalterungen von Rheinmetall, eine Gewehrfabrik zur Produktion der ,,beliebten'' G-3-Gewehre, der Schützenpanzer VCI (über Argentinien) sowie RH-Zwillingskanonen an Saudi-Arabien geliefert. Momentan laufen wohl auch Verhandlungen zwischen MBB und den Saudis über die Lieferung des Panzerangriffhubschraubers PAH1 (32).

Neben dem Waffenexport machen westdeutsche Konzerne auch Profite beim Bau einer militärischen Infrastruktur. Mit den Baumaßnahmen für den Flughafen in Jeddah hat Hochtief AG 1983 mit insgesamt 10 Mrd. DM das größte Auslandsgeschäft bundesdeutscher Konzerne abgeschlossen. Auch im Oman konnte die Hochtief

das größte Auslandsgeschäft bundesdeutscher Konzerne abgeschlossen. Auch im Oman konnte die Hochtief

AG ein Milliardengeschäft verbuchen: Kurz vor Beginn der 'Straße von Hormuz' konstruierte Hochtief einen Militärhafen. ,,*Ausmaße der Anlage wie die zu bauende Infrastruktur lassen vermuten, daß der Hafen ein neuer amerikanischer Stützpunkt in der Golfregion werden wird.*'' (33).

Aber nicht nur im wirtschaftlichen Bereich blüht die Kooperation, sondern auch auf dem Gebiet der ,,Inneren Sicherheit''. So vereinbarten der damalige Innenminister Baum und sein saudischer Kollege Prinz Naif, daß die BRD Saudi-Arabien ,,*technische Ausrüstungen und Expertisen auf dem Gebiet der inneren Sicherheit zur Verfügung stelle, sowie bei der Ausbildung zusammenarbeite*'' (34). Diese Zusammenarbeit im Repressionsbereich wurde von Kohl während seiner Golf-Reise noch einmal ausdrücklich bestätigt.

Miho, Antimilitarismus-Kommission KB Göttingen

Anmerkungen:

1. Wolfgang Schwarz, Die NATO und der Nahe und Mittlere Osten, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Berlin (DDR), 1983
2. Foreign Affairs, Nr. 59, S. 1067
3. Handelsblatt, 18.1.84
4. Angriff als Verteidigung, Hg.: Die Grünen im Bundestag, Hamburg, Bonn, 1984, S.A 71
5. Bassam Tibi, Vom 'Zentrum der Revolution' zum 'Zentrum des Petro-Dollars', in: Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung, 1/84, S.101
6. Tibi, ebd., S.113
7. Europäische Wehrkunde, 6/84, S.343/344
8. Internationale Wehrrevue, 2/83
9. Militärpolitik Dokumentation, H. 36, Die Aufrüstung Saudi-Arabiens: Regionalmacht oder Stützpunkt?, S.37
10. Wehrkunde, 4/76
11. Die Sicherheit des Westens — Neue Dimensionen und Aufgaben, Bonn, 1981, S.40f
12. ,,NZZ'', 10.5.82
13. Angriff als Verteidigung, a.a.O., S.A 39ff
14. ,,FAZ'', 20.9.84
15. Konkret, 9/84, S.33
16. in: Thomas Nielebock (Hg.), Rüstungsexport, Tübingen, 1984, S.21 u.24
17. ebd.
18. Spiegel, 5.1.84
19. ,,FAZ'', 14.6.83
20. ,,FR'', 11.4.83
21. ebd.
22. ,,FAZ'', 14.6.83
23. ebd.
24. Die Welt, 15.2.84
25. So hat beispielsweise die Schweiz sich lange Zeit zwischen dem Leo und dem M1 nicht entscheiden können
26. Spiegel, 3.10.83
27. Spiegel, 17.10.83
28. ,,FR'', 3.12.83
29. ,,FR'', 6.2.84
30. ,,taz'', 20.8.84
31. Die Zeit, 17.8.84
32. ,,taz'', 12.3.83
33. Die Zeit, 28.1.83
34. Militärpolitik Dokumentation, a.a.O., S.48

Südafrika:

Militarisierung und Wahlboykott

Lohnkämpfe, Mietpreiserhöhungen, Zwangsumsiedlungen, vor allem aber die Verfassungsfarce haben in den letzten Monaten in Südafrika zu den größten Massenprotesten und Auseinandersetzungen seit den Soweto-Aufständen 1976 geführt. Das Rassistenregime reagierte mit dem Einsatz von Militär in einigen Gebieten; es gab Hunderte von Verhaftungen und mindestens 80 Todesopfer. Trotz vergangener außenpolitischer Erfolge und der Versuche, ihr Image in der Weltöffentlichkeit diplomatisch aufzubessern, ein wackeliger Start für die „Zweite Republik Südafrika".

Mit religiösen Zeremonien, Militärparaden und unter feierlicher Anteilnahme solch illustrer Ehrengäste wie der Sondergesandten Taiwans, Chiles und Uruguays — u.a. erlebte auch Jonas Savimbi, der Chef der reaktionären „Befreiungs"organisation UNITA in Angola seine offizielle Beförderuang zum „persönlichen Freund" des neuen Staatspräsidenten Botha — wurde am 14. September das endgültige Inkraft-

Angola seine offizielle Beförderuang
zum „persönlichen Freund" des neuen Staatspräsidenten Botha — wurde am 14. September das endgültige Inkraft-

treten der neuen südafrikanischen Verfassung und die Wahl P.W. Bothas zum „exekutiven Staatspräsidenten" begangen. Nach Gott ist Botha nun der mächtigste Mann im Land.

„Schritte in Richtung auf eine Demokratisierung" von oben, das beliebte Propagandaspiel der 80er, auch in Südafrika? Erstmals nämlich sollten die 2,8 Mio. Farbigen und die 0,8 Mio. Inder jeweils eine getrennte Kammer für „eigene Angelegenheiten" in das südafrikanische Parlament wählen — ein Parlament übrigens, in dem selbst die Abgeordneten der weißen „Herrenrasse" nicht mehr viel zu sagen haben (siehe Kasten).

Diejenigen, die das Aushängeschild für die „Reform" bilden sollten, hatten Bothas Imagepflege jedoch eine eindrucksvolle Abfuhr erteilt. Lediglich 60% der Wähler hatten sich in die Listen eingetragen, obwohl die Nichteintragung mit einer Geldbuße von 50 Rand (ca. DM 85,-) geahndet wurde. Tatsächlich gewählt haben davon ca. 20% der Farbigen und ca. 30% der Inder, insgesamt also höchstens 18%.

Trotz der massenhaften Boykottkampagne im Vorfeld der Wahl und obwohl diese vom UN-Sicherheitsrat als „hinterhältiges Manöver der weißen Minderheitsregierung zur Festigung ihrer Herrschaft" („NZZ", 21.8.) eindeutig verurteilt worden war, konnten es sich gewisse Organe der bürgerlichen Presse wieder einmal nicht verkneifen, P.W. Botha ein Interesse an „friedlichem Wandel" zu bescheinigen. Enttäuscht bemäkelte man im nachhinein die „Wahlunlust bei den Farbigen" und *„daß große Teile der südafrikanischen Mischlingsbevölkerung nicht gerade durch politische Lebhaftigkeit auffallen und daß hier Apathie weit verbreitet ist"* („NZZ", 25.8.). Geflissentlich „vergessen" wurde dabei das eigentliche „Neue" an der Verfassung: P.W. Botha hat das Amt des Staatspräsidenten erstmals mit diktatorischen Kompetenzen ausgestattet, die eines Pinochet oder eines Marcos würdig sind (siehe Kasten).

P.W. Bothas Politik steht für eine Verfestigung der Apartheid, die nur noch durch eine fortschreitende Militarisierung und unter Aufhebung bürgerlich-demokratischer Formen innerhalb der weißen Minderheit selbst gewährleistet zu sein scheint. Bereits als Kriegsminister hatte P.W. Botha Ende der 60er Jahre einen wesentlichen Anteil am Aufbau des südafrikanischen Rüstungsbetriebes Armscor, mit dem Erfolg, daß die südafrikanische

Anteil am Aufbau des südafrikanischen Rüstungsbetriebes Armscor, mit dem Erfolg, daß die südafrikanische

Armee heute eine der schlagkräftigsten der Welt und kaum noch auf Importe angewiesen ist. Er führte die allgemeine vierjährige Wehrpflicht ein und ließ erst kürzlich mehrere tausend in Südafrika lebende Weiße — meist Kinder von Angestellten ausländischer Firmen — zwangseinbürgern, um das Militär aufzufüllen. P.W, Botha steht für die Zwangsumsiedlung der Massen von Schwarzen in die „Homelands", wo sie unter menschenunwürdigsten Bedingungen zusammengepfercht angeblich autonome Teilstaaten bilden sollen. P.W. Bothas Politik hatte noch nie etwas mit Reformen zu tun. Das ANC-Führungsmitglied Joe Jole schätzte in einem Interview die neue Verfassung als eine Art militärischer Machtübernahme auf kaltem Wege ein: *„Südafrika hatte ein Stadium erreicht, in dem das Militär geneigt war — um den Vormarsch des Befreiungskampfes und die Opposition gegen das System aufzuhalten — ..., die Macht zu übernehmen, um jegliche Opposition auszuschalten und eine Juntaherrschaft mit Dekreten in Südafrika zu errichten. Um dies zu vermeiden — immerhin hatte man schon den vormaligen Verteidigungsminister als Premier — war es das Beste, eine Art unblutigen Coup durchzuführen, eine ruhige, geschickte Machtübernahme des Militärs und eine Ein-Mann-Diktatur herbeizuführen, die zumindest das Äußerste einer ‚zivilisierten' bzw. ‚demokratischen' Regierung besitzt, da man keine Opposition per Gesetz mundtot gemacht hat, d.h. keine weiße Opposition"* („AIB", 3/84). Die weiße Opposition innerhalb des Systems spiele so gut wie keine Rolle mehr.

Nicht nur die Furcht vor der unterdrückten Mehrheit hat die Rassisten dazu gebracht, sich auch innerhalb ihres eigenen Systems eine quasi-Diktatur zu wählen. Die Wirtschaftskrise ist am reichen Südafrika nicht vorbeigegangen. Der Goldpreisverfall, das Sinken der landwirtschaftlichen Produktion infolge einer anhaltenden Dürre und die Folgen einer wahnsinnigen Aufrüstung haben ihre Spuren hinterlassen und schweißen die Mehrheit der Weißen hinter einem starken Mann zusammen.

Gewachsener Widerstand

Die Verfassungs„reform" war nicht der einzige Anlaß für die Schärfe der Protestaktionen. Es hatte eine Reihe von Streiks für Lohnerhöhungen gegeben. Neue Zwangsumsiedlungen und vor allem die Errichtung einer Art Mietsteuer in den schwarzen Vorstädten, aus der sich sog. schwarze Kommunalverwaltungen finanzieren sollen, waren zusätzlich Zündstoff für die Empörung. Diese Kommunalverwaltungen werden von den meisten Schwarzen wegen ihrer Kollaboration mit dem weißen Regime boykottiert.

Es ist aber auch kein Zufall, daß es der radikalen Opposition gelungen ist, die vielfältigen Aktionen und manifestationen in der Phase dieser Wahlen zuzuspitzen. Einen wesentlichen Anteil daran hatte die UDF (United Democratic Front). Dieses neue Oppositionsbündnis aus verschiedenen, auch gemischtrassigen Bürgerrechtsorganisationen hatte sich Ende '83 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Verfassungsfarce gegründet und — neben einer allgemeinen Kampfansage an das Apartheidsregime — den erfolgreichen Boykott der Verfassungswahlen zum Hauptziel gesetzt. Mittlerweile haben sich ihr ca. 600 Organisationen angeschlossen — von kirchlichen Organisationen, Frauen- und Jugendorganisationen verschiedenen Kultur- und Sportverbänden bis zu etlichen Gewerkschaften.

Ihre aktive Massenbasis wird auf 2 Mio. geschätzt. Sympathiebezeugungen gibt es auch von den beiden Gewerkschaftsverbänden FOSATU und CUSA. Teile der NF (National Front), ein ebenfalls neues Bündnis, das aus der Tradition der Black Consciousness-Bewegung stammt, haben sich der UDF angenähert. Die NF hat die Boykottbewegung unterstützt. Die UDF bezieht sich nicht direkt auf den ANC. Aber indem sie sich auf die Freiheitscharta des ANC von 1955 beruft (1) und neben dem inhaftierten ANC-Führer Mandela etliche ANC-Veteranen zu ihren Ehrenpräsidenten gewählt hat, gibt sie zu erkennen, daß sie die Ziele der Befreiungsbewegung teilt. Sie will sich nicht als Ersatz für den ANC verstehen, sondern begreift ihre Rolle im Befreiungskampf auf der Ebene des gewaltfreien Massenprotestes. In gewisser Weise knüpft sie damit an die politische Linie an, die der ANC 1960 verlassen hatte, als er in den Untergrund gehen mußte und zu bewaffneten Aktionen überging. Sie lehnt jedoch konsequent jede Zusammenarbeit mit denjenigen Kräften ab, die unter Gewaltfreiheit eine schrittweise „Lösung" gemeinsam mit den Rassisten verstehen, wie etwa mit dem Inkatha-Führer und Chef des Kwazulu-„Homelands" Buthelezi. Dieser hatte vergeblich versucht, sich der UDF anzuschließen (2).

Der Erfolg der Boykottbewegung ist auch ein Erfolg gegen diejenigen kollaborierenden Strömungen, die sich als Aushängeschild für die Illusion eines friedlichen Übergangs hergeben.

Es ist das erste Mal seit dem Verbot von ANC und PAC 1960, daß das Rassistenregime wieder eine organisierte Opposition dulden muß. Die rasche Verbreiterung und die Verankerung der UDF auf den verschiedensten Ebenen (hinzu kommt, daß ihr einige weltweit bekannte kirchliche Führer wie A. Boesak und Bischof Tutu angehören), haben es bisher verhindert, sie zu illegalisieren.

Am Vorabend der ersten Wahlrunde waren jedoch bereits 31 UDF-Mitglieder verhaftet worden, darunter fast die gesamte Führung, ebenfalls einige Gewerkschaftsführer. Der Minister für Recht und Ordnung, le Grange, hatte die Aktion damit begründet, es bestehe in bestimmten Gebieten die Gefahr einer vorrevolutionären Situation. Es ist zu befürchten, daß das Regime, selbst wenn ein Verbot z.Zt. nicht opportun erscheint, den Bewegungsspielraum des Widerstands auf der legalen Ebene mit allen Mitteln eindämmen wird.

„Verfassung des Botha-Regimes"

„In demütiger Unterwerfung unter den allmächtigen Gott, der die Geschicke der Nationen und die Geschichte der Völker bestimmt, der unsere Vorfahren aus vielen Ländern herbeiholte und ihnen dieses hier zu eigen gab, der sie von Generation zu Generation geführt und sie auf wunderbare Weise aus den sie bedrohenden Gefahren errettet hat, erklären wir: ... Die Republik Südafrika bestehend aus den Provinzen Kap der Guten Hoffnung, Natal, dem Transvaal und dem Oranje-Freistaat, soll weiterhin als Republik unter diesem Namen existieren. Das Volk der Republik von Südafrika erkennt die Führung und Souveränität des allmächtigen Gottes an..."
(Aus der Präambel der neuen Südafrikanischen Verfassung)

Diese Verfassung war im November '83 der weißen Minderheit zur Abtimmung gestellt worden. 1,3 Mio. stimmten dafür, 0,7Mio. dagegen, 0,3 Mio. nahmen nicht teil. Es waren jahrelange Beratungen unter den Weißen und einigen auserwählten farbigen und indischen Kollaborateuren vorausgegangen. 1982 hatte sich aus Protest der äußerst rechte Rand der herrschenden Nationalen Partei um den klerikal-fanatischen Teurnicht abgespalten und eine Konservative Partei gebildet. Die oppositionelle weiße Progressiv-Föderative Partei, die eine Beteiligung der schwarzen Mehrheit befürwortet, lehnte eine Teilnahme ebenfalls ab. Sie spielt als tatsächliche Opposition kaum mehr eine Rolle.

Damit erreichte Botha eine Mehrheit für eine Verfassung, mit der er, zumindest für die Dauer seiner 5jährigen Amtszeit, quasi allein regieren kann. Das Kabinett ist nicht gewählt, sondern ernannt. Der Präsidialrat, Berater des Präsidenten und Vermittler zwischen den drei Kammern, ist mehrheitlich weiß, davon wiederum mehrheitlich ernannt. Ein Verfassungsgericht existiert nicht. Botha kann das Parlament auflösen und ohne Kontrollinstanz mit Notstandsdekreten regieren.

Die drei Kammern beraten über eigene Angelegenheiten jeweils getrennt, ohne daß ihre Beschlüsse für das gesamte Parlament bindend wären. Das Parlament soll auch gemeinsame Angelegenheiten beraten. Dabei sind die Weißen grundsätzlich immer in der Mehrheit. Zudem berät und beschließt man in getrennten Räumen. Zur Übermittlung von Vorschlägen und Beschlüssen ist ein Gewimmel von gemischten und getrennten Kommissionen und Ausschüssen vorgesehen, allesamt nahezu kompetenzlos.

Bewaffnete Aktionen des ANC

Die verbotene Befreiungsbewegung ANC, die die UDF als Bündnispartnerin begrüßt und als Bestandteil ihrer politischen Strategie auf der Massenebene begreift, hat sich darüberhinaus aus dem Untergrund mit einer Reihe von Anschlägen auf Regierungsgebäude und Versorgungseinrichtungen bemerkbar gemacht. In den vergangenen Monaten war mehrfach angekündigt worden, daß die Aktionen ihres bewaffneten Arms „Umkhonto We Sizwe" (Speer der Nation) von bisher einzelnen Sabotageakten in Richtung auf einen weitergehenden Volkskrieg ausgedehnt werden sollen. Inwieweit die Bedingungen dafür tatsächlich vorhanden sind, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Bekannt ist, daß der ANC z.B. die Verbindung von Massenprotesten und Gewerkschaftskämpfen längst nicht für ausreichend hält, um auf breitere Volkskämpfe zu orientieren.

Der Rückschlag der Verträge Südafrikas mit Angola und Mosambik, in deren Folge ihre Stützpunkte bedroht und etliche Verhaftungen erfolgt waren, scheint jedoch überwunden zu sein. Die Anzahl der Aktionen von Umkhonto We Sizwe sind jedenfalls nicht zurückgegangen.

bt./Hamburg

Anmerkungen:
1) Die Freiheitscharta ist ein Manifest für ein befreites Südafrika auf der Basis der Gleichheit aller Rassen und spiegelt über eine Deklaration der Menschenrechte hinaus programmatische Vorstellungen des ANC über eine volksdemokratische Regierung wider. Die Zustimmung zur Freiheitscharta gilt in Südafrika als Übereinstimmung mit der Perspektive des ANC.
2) Die Inkatha-Partei tritt zwar verbal gegen die Apartheid auf, stützt jedoch die „Homeland"-Politik der Rassisten, indem sie eine „Regierung" von Bothas Gnaden ohne tatsächliche wirtschaftliche und politische Macht trägt. Sie versuchte sich über Kwazulu hinaus zu einer Partei zu entwickeln, die für alle Schwarzen spricht. Unter anderem die Konrad-Adenauer-Stiftung unserer hiesigen CDU bemühte sich, sie als „letzte Hoffnung gegen Blutvergießen und Chaos" in der Weltöffentlichkeit aufzubauen.

Quellen:
Tagespresse August, September, November '84
Informationsbulletin des ANC, Nr.32/September '84
Materialband: Beiträge zur Konferenz Südliches Afrika, Oktober '84
„AIB", 10/83, 1/84, 3/84
„ISSA", 3/83, 1/84

Deklaration der Vereinigten Demokratischen Front

Die Vision eines geeinten, demokratischen Südafrika

Wir, freiheitsliebende Menschen Südafrikas, teilen der ganzen Welt mit einer Stimme mit, daß wir die Vision eines geeinten, demokratischen Südafrika hegen, das auf dem Willen des Volkes beruht, und daß wir nach der Einheit unseres gesamten Volkes durch gemeinsame Aktionen gegen die Übel der Apartheid und gegen wirtschaftliche wie alle anderen Formen von Ausbeutung streben, und daß wir uns auf unserem Marsch hin zu einem freien und gerechten Südafrika von diesen hohen Idealen leiten lassen:
Wir treten ein für die Schaffung einer wirklichen Demokratie, unter der alle Südafrikaner an der Regierung unseres Landes teilhaben werden.
Wir treten ein für ein einziges, nichtrassisches, nicht zersplittertes Südafrika, ein Südafrika frei von Bantustans und Volksgruppengebieten.
Wir sagen, daß alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung beendet werden müssen.

Wir sagen nein zum Verfassungsgesetz

In Übereinstimmung mit diesen hohen Idealen reichen wir – kommunale, Frauen-, Studenten-, religiöse, Sport- und andere Organisationen sowie Gewerkschaften – einander die Hände und sagen nein zur Apartheid.
Wir sagen nein zu der Republik des Verfassungsgesetzes von Südafrika – ein Gesetz, das lediglich eine weitere ungerechte Verfassungssituation in unserem Geburtsland schaffen wird.
Wir sagen nein zu den Koornhof-Gesetzesvorlagen, die immer mehr Afrikaner ihres Geburtsrechtes berauben werden.
Wir sagen ja zur Geburt der Vereinigten Demokratischen Front an diesem historischen Tag.
Wir sind uns bewußt, daß diese Regierung entschlossen ist, die Einheit unseres Volkes zu zerbrechen, daß unser Volk noch größere Mühsale zu gewärtigen hat, daß unser Volk, in rassisch abgetrennten Gebieten und umgesiedelt lebend, von dem Reichtum abgeschnitten sein wird, den es in den Städten produziert, daß Mieten und andere grundlegende Gebühren steigen und daß unser Lebensstandard fallen wird, daß die arbeitenden Menschen Rasse für Rasse, Städter von Landbewohner, Beschäftigter von Arbeitslosem, Männer von Frauen voneinander getrennt werden.
Niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Angriffe auf unsere Gewerkschaften werden fortbestehen, die Lernenden werden weiterhin unter einer ungleichen Ausbildung zu leiden haben, die geschaffen wurde, um ein Reservoir billiger Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben.
Ethnische Kontrolle und ungleiche Möglichkeiten werden bleiben, die Apartheid wird weiter in den Klassenzimmern zu spüren sein.
Das religiöse und kulturelle Leben unseres Volkes wird in Mitleidenschaft gezogen werden.
Die Sünden der Apartheid werden weiterhin der Kultur und den Religionen unseres Volkes den Stempel aufdrücken. Die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen wird weitergehen. Unter den neuen Paßgesetzen werden die Frauen noch stärker zu leiden haben, sie werden von ihren Kindern und ihren Familien getrennt werden.
Armut und Unterernährung werden weiterhin das Familienleben zerstören.
Die Hauptlast der Apartheid werden immer noch unsere Familien zu tragen haben. Der nichtrassische Sport wird in Mitleidenschaft gezogen werden, es wird weniger Geld für den Bau von Sportanlagen geben, und die forcierte Separierung wird dem nichtrassischen Sport einen weiteren Schlag versetzen.
Wir wissen, daß die Apartheid fortbestehen wird, daß weiße Herrschaft und Ausbeutung fortbestehen werden, daß Zwangsumsiedlungen, die Volksgruppengebiete und die Bantustans bleiben werden.
Wir wissen, daß es mit der ungleichen Verteilung von Land, Reichtum und Schätzen des Landes kein Ende haben, daß das Wanderarbeitersystem fortbestehen und das Familienleben zerstören wird.
Wir wissen, daß die Regierung immer falsche Führer benutzen wird, die ihre Juniorpartner werden und uns kontrollieren sollen.
Unser Leben wird weiterhin angefüllt sein mit Ängsten – vor Schikanen, Bann, Haft und Tod.
Eingedenk der Tatsache, daß die neuen Verfassungspläne und die Koornhof-Maßnahmen Apartheid und weiße Vorherrschaft noch tiefer verankern werden, verpflichten wir uns auf die Vereinigung unseres gesamten Volkes, wo immer auch es sich befindet – in den Städten wie auf dem Land, in Fabriken und Bergwerken, Schulen, Hochschulen und Universitäten, daheim und auf Sportplätzen, in Kirchen, Moscheen und Tempeln –, um für unsere Freiheit zu kämpfen.
Wir entschließen uns daher, in unserem gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter zu stehen und verpflichten uns, gemeinsam dafür zu arbeiten, alle kommunalen, Arbeiter-, Lernenden-, Frauen-, religiöse und andere Organisationen unter dem Banner der UDF zu organisieren und zu mobilisieren; unser Volk ständig und aufrichtig anzuhören und uns standhaft zu bemühen, seine Ansichten und Bestrebungen zu vertreten; alle über die auf uns zukommenden Gefahren und die Notwendigkeit der Einheit aufzuklären; alle Organisationen des Volkes aufzubauen und zu stärken, und in der Aktion gegen diese Gesetzesvorlagen und andere, unser Volk tagtäglich betreffende Probleme geeint zu sein.
Daher geloben wir jetzt, in dieser Vereinigten Demokratischen Front zusammenzukommen und Seite an Seite gegen die Verfassungspläne der Regierung und die Koornhof-Vorlagen zu kämpfen.
(Quelle: The Star, Johannesburg, 29.8.1983)



8. Die Agrarreform

Kannst Du mir sagen, welches die wichtigsten Maßnahmen auf dem Gebiet der Agrarreform gewesen sind und was sie für die bäuerliche Bevölkerung bedeuten?

Nach praktisch vier Jahren Agrarreform können wir sagen, daß wir, allgemein gesprochen, einen ziemlich erfolgreichen Veränderungsprozeß der vom Somozismus geerbten Eigentumsstrukturen durchgeführt haben. Gleichzeitig haben die von uns durchgeführten drastischen revolutionären Maßnahmen nicht zu einem Absinken der landwirtschaftlichen Produktion geführt. Vielmehr verzeichnen wir Jahr für Jahr eine Erholung und ein Anwachsen des Agrarsektors.

Ich glaube, daß diese beiden Bedingungen — Veränderung der Eigentumsstruktur und Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion — nicht immer einfach mit Erfolg zu kombinieren sind. Verantwortlich dafür sind: Die Anwendung der prinzipiellen politischen Fundamente unseres revolutionären Programms in der Agrarreform und eines Umwälzungsprogramms, das die sozio-ökonomischen Bedingungen, die Nicaragua charakterisieren, berücksichtigt. Aus diesem Grund ist es eine recht eigentümliche Agrarreform.

Ich will zunächst die politischen Grundsätze erläutern.

Wir haben ein Programm ausgearbeitet, das auf Pluralismus und Gemischter Wirtschaft beruht, das aber gleichzeitig einen revolutionären, antiimperialistischen Volkscharakter hat.

Grundsätze erläutern.

Wir haben ein Programm ausgearbeitet, das auf Pluralismus und Gemischter Wirtschaft beruht, das aber gleichzeitig einen revolutionären, antiimperialistischen Volkscharakter hat.

Das sind die Rahmenbedingungen, von denen unsere praktischen Schritte in der Agrarreform ausgehen. Die Agrarreform ist deshalb ein Mittel, ein Instrument, um diese Ziele zu erreichen, und nicht das Ziel an sich. Um das zu verstehen, ist es wichtig, sich die Entwicklung der unterschiedlichen Phasen der Agrarreform anzuschauen.

Es gab eine erste Phase — ich würde sie die antisomozistische Phase nennen - in der wir all das Land zurückholten, das der Somozismus durch Raub, Erpressung, Vertreibung etc. an Landbesitz angehäuft hatte. Unser erstes Gesetz zur Agrarreform war praktisch ein Dekret — der schon berühmte Erlaß Nr. 3 der Regierungsjunta für den nationalen Wiederaufbau — das die Somozisten enteignete. Dieses Dekret wurde später durch das Dekret Nr. 38 ergänzt, das die Maßnahmen auf jene ausdehnte, die dem Somozismus nahestanden.

Wir gewannen auf diese Weise ungefähr 1 Million Hektar, fast 20% des nationalen Landbesitzes. Dieses Land mußte notwendigerweise in Staatsbetrieben organisiert werden, da ja die große Mehrzahl der Farmen in Wirklichkeit agrarindustrielle Plantagen waren, wie Zuckerraffinerien, Kaffeeplantagen und moderne Reispflanzungen, die sich nicht zur Aufteilung unter Kleinproduzenten oder Kooperativen eigneten.

In dieser Phase entstand das, was wir das Volkseigentum nennen. Dessen Besonderheit bestand darin, einen Prozeß der Einbeziehung der Landarbeiter in die Verwaltung der Unternehmen einzuleiten. Der Aufbau dieses Sektors gab dem Staat eine wichtige Kontrolle über einen strategischen Teil der Wirtschaft.

Wir bemerkten schnell, daß das, was wir dem Somozismus genommen hatten, durch seinen technologischen Charakter und seine territoriale Ausdehnung uns bei der Lösung des Problems der Bauern ohne Land nicht viel weiterhalf. Es stimmt, daß wir Gesetze über die Zwangspacht und Senkung des Bodenzinses verabschiedet haben, die tausenden von Bauern, vertragslosen Pächtern, Landarbeitern und Pächtern von Parzellen zugutekamen.

NICARAGUA

Die große Herausforderung

Interview mit Jaime Wheelock Teil III

In dem folgenden und letzten Teil dieses Interviews äußert Jaime Wheelock sich über die ökonomischen und sozialen Probleme des revolutionären Aufbaus, des Aufbaus einer nationalen Wirtschaft in einem äußerst gering industrialisierten Land, unter Kriegsbedingungen und abhängig von der Entwicklung des Weltmarktes.

In den ersten beiden Teilen dieses Interviews, das die in Kuba im Exil lebende chilenische Journalistin Martha Harnecker 1983 mit Commandante Jaime Wheelock führte, sprach Wheelock über die Arbeitsweise der nationalen Leitung des FSLN, den Charakter der revolutionären Macht, die Rolle der Bourgeoisie (AK 249), die Kirche, die Pressefreiheit, die Ursachen der imperialistischen Aggression, und die Wahlen (AK 250).

dante Jaime Wheelock führte, sprach Wheelock über die Arbeitsweise der nationalen Leitung des FSLN, den Charakter der revolutionären Macht, die Rolle der Bourgeoisie (AK 249), die Kirche, die Pressefreiheit, die Ursachen der imperialistischen Aggression, und die Wahlen (AK 250).

Darüberhinaus haben wir eine großzügige Kreditpolitik in Angriff genommen, sodaß sich der Umfang der Agrarkredite, die den Bauern gewährt wurden, im Vergleich zum letzten Jahr des Somozismus verzehnfachte.

Nichtsdestotrotz waren diese Maßnahmen unzureichend, und wir begannen mit der Ausarbeitung eines umfangreichen Agrarreformgesetzes.

Der Zweck dieses Gesetzes — das die **zweite Phase** markierte — war es, den brachliegenden oder nur ungenügend bearbeiteten Landbesitz, der sich in den Händen der größten Großgrundbesitzer befand, an die landlosen Bauern zu übergeben, um kleinen, individuellen Landbesitz und vor allem Kooperativen zu schaffen. Ich würde dies die Anti-Latifundien-Phase nennen. Im Rahmen der Anwendung dieses Gesetzes haben wir ca. 600.000 Hektar zugunsten der Bauern und auch der Staatsbetriebe enteignet.

Das Ergebnis dieser beiden Phasen ist eine bedeutende Veränderung in der Struktur des Grundeigentums in Nicaragua. Vor dem Triumph der Revolution waren 2.000 Grundbesitzer Eigentümer von 50% des Bodens, während 120.000 Bauern kaum 3% besaßen.

Da wir vor allem gegen die Somozisten und Großgrundbesitzer vorgegangen sind, die ihr Land nicht bebauten, hat sich die Zahl dieser Grundbesitzer drastisch reduziert, und zum jetzigen Zeitpunkt besitzen sie nur noch 13% des Landes. Der Staat kontrolliert 23%, die Kooperativen und Kleinproduzenten 20% des Bodens.

Inzwischen haben wir eine breite Kooperativenbewegung, die aus mehr als 2.500 assoziierten Gruppen mit fast 70.000 Bauern besteht.

Es gibt eine ziemlich breite Schicht von mittleren Produzenten — in der Mehrzahl einfache Bauern und einige wohlhabendere — die mehr als 30% des Bodens besitzen. Auf der anderen Seite gibt es Großgrundbesitz von 100, 200 und 300 Hektar, der zum großen Privateigentum zählt. Es sind moderne, meist bewässerte Plantagen, die gewisse Eigenschaften des Großgrundbesitzes haben. Aber aufgrund ihrer Effizienz und Größe fallen sie nicht unter die Agrarreform. Schließlich besitzt der Staat nationales Land, d.h. nicht registriertes oder nicht parzelliertes Land, das die Hälfte des nationalen Terrotoriums ausmacht. Im Augenblick sind wir bei der Ausarbeitung der **dritten Phase** — in der es mehr um die Konsolidierung und Rationalisierung des Erreichten geht. In dieser Phase legen wir einen besonderen Schwerpunkt sowohl auf die Entwicklung der Kooperativen als auch auf die Erfüllung von Forderungen nach Land, die in den verschiedenen Teilen des Landes erhoben werden.

Ich sprach zu Anfang von den politischen Prinzipien wegen der Bedeutung, die diese für die Ausarbeitung und letztendlich für die Bestimmung unseres Umwälzungsprozesses haben.

Unsere Agrarreform hat — bei Berücksichtigung der nationalen Einheit und der gemischten Wirtschaft — dem Somozismus und dem unproduktiven Großgrundbesitz schwere Schläge versetzt. Aber sie tastet die Privatproduzenten nicht an, sofern sie effizient arbeiten und natürlich sofern sie mit der Revolution zusammenarbeiten. Gleichzeitig kamen den armen und landlosen Bauern eine Reihe politischer Maßnahmen zugute, die sie bevorzugt unterstützen und sie zu Investitionen ermutigen sollten. Z.B. durch billige Kredite, durch Subventionen, Preisgarantien für Mais und Bohnen, durch die Einrichtung von ländlichen Versorgungszentren, die sozialen Wohnungsprogramme, die ländliche Elektrifizierung und Gesundheitsversorgung, die Alphabetisierung, durch den Bau neuer Straßen etc. etc.

Wir haben wirklich das entfernt, was entfernt werden mußte: Das Krebsgeschwür, das unbedingt vernichtet werden mußte. Wir bewegen uns in einem Modell landwirtschaftlicher Entwicklung, indem sich der Staat, der als Vorreiter der Produktion fungiert und der die Spielregeln zu überwachen hat, sich auf die effizient arbeitende Privatproduktion, auf die Kooperativen und auf die tausenden von Bauern stützt, die jetzt Land besitzen. Gemeinsam steigern diese Sektoren die Produktion, sowohl in Bezug auf den nationalen Konsum als auch in Bezug auf den Export.

Das soll nicht heißen, daß das Werk schon vollendet wäre. Es bleibt noch viel zu tun, nicht nur was den Umwälzungsprozeß der Agrarstrukturen angeht, sondern auch was die Etablierung der neuen ökonomischen Entwicklung anbelangt, deren Schwerpunkt eben der landwirtschaftliche Sektor ist. Diese letzte Aufgabe wird mit Sicherheit sehr schwer sein. Erstens, weil die sozio-ökonomische Struktur Nicaraguas sehr ungleichmäßig entwickelt ist. Es gibt einen Modernisierungsschwerpunkt, den vor allem die ziemlich modernen Plantagen bilden. Aber daneben existieren noch starke Überreste der gutsherrschaftlichen Wirtschaft kolonialistischen Ursprungs, die noch nach dem Muster einer unrentablen Extensivkultur arbeitet. Vor allem in der primitiven und in gewisser Weise dahinvegetierenden Viehwirtschaft, die noch große Flächen im Inneren des Landes beherrscht, ist dies anzutreffen. Neben diesen großen Rinderzüchtern gib es den Sektor der winzigen bäuerlichen Subsistenzwirtschaft, der einen Anhang oder Tribut der herrschaftlichen Haciendas in verschiedenen Pachtformen darstellt. Dieser Teil setzt sich aus Siedlern, Pächtern usw. zusammen.

Zweitens, weil Nicaragua ein armes Land mit schwach entwickelten Produktivkräften ist. Wir haben keine eigene technologische Basis, um ein Entwicklungsprojekt, das auf Mechanisierung und Bewässerung beruht, durchzuführen. Das würden wir gerne vorantreiben.

Wie dem auch sei; mit der internationalen Kooperation und mit Hilfe der sozialistischen Länder und befreundeter Länder wie Mexico, arabische Länder, Niederlande, Frankreich und Spanien sind wir dabei, Projekte durchzuführen, die ich als ehrgeizig bezeichnen würde, und deren Durchführung für das Land einen qualitativen Sprung bedeuten würde. Im Landwirtschaftssektor führen wir gegenwärtig mehr als 20 Projekte durch, die zusammen ungefähr 1,2 Milliarden Dollar ausmachen. Darunter eine Zuckerraffinerie, zwei Palmölplantagen, vier Projekte für die Produktion von hellem Tabak, ein Bewässerungsprojekt von 20.000 Hektar Land für den Anbau von Grundnahrungsmitteln, zwei Projekte zur Milchproduktion, die jährlich 100 Millionen Liter Milch produzieren sollen, große Anlagen für die Geflügelzucht, Reisfelder etc.

Diese ganzen Investitionen machen wir inmitten einer internationalen Wirtschaftskrise. Das ist für uns nichts Ungewöhnliches, denn wir mußten das Zerstörte wieder aufbauen und die Grundbedürfnisse erfüllen, die der Somozismus niemals erfüllt hat, und wir müssen darüberhinaus die zukünftigen Bedürfnisse einer Bevölkerung berücksichtigen, die ständig anspruchsvoller wird.

9. Die Integration der Handwerker

9. Die Integration der Handwerker

Wenn man Nicaragua besucht, fällt einem die hohe Zahl an Kleinproduzenten und Kleinhändlern auf; Leute, die in die eigene Tasche arbeiten. Was wird die Revolution mit diesen Schichten tun? Wie versucht ihr, sie in den Plan einer im Aufbau befindlichen neuen Gesellschaft einzubeziehen?

Das Modell kapitalistischer Ausbeutung, das der Imperialismus unserem Land aufgezwungen hat, sah vor, daß neben den großen agrarexportierenden, hochtechnisierten Unternehmen ein riesiger Sektor primitiver, rückständiger, an Subsistenzwirtschaft grenzender landwirtschaftlicher Produktion existierte. Derselbe Prozeß spielte sich in der Industrie ab. Nicaraguanische Industrie gibt es erst seit kurzem. Ab 1960 gab es einen gewissen Industrialisierungsprozeß, der durch die sogenannte Politik der „Allianz für den Fortschritt" in Gang gesetzt wurde. Das war eine Politik, die die USA anwandten, um dem Beispiel der kubanischen Revolution etwas entgegenzusetzen. Im Zusammenhang mit der Gründung eines Gemeinsamen Mittelamerikanischen Marktes wurde versucht, einen Prozeß der Import-Ersetzung anzuregen. Aber in Wirklichkeit bestand diese Politik in nicht mehr als der Lieferung von schon veralteten Fabrikanlagen aus den USA, um Rohstoffe und halbverarbeitete Rohstoffe zu verarbeiten, die von dort geliefert wurden. Aber im Grunde war und ist unsere wirkliche industrielle Basis das Handwerk.

Wir haben eine umfangreiche landwirtschaftliche Kleinproduktion und eine breite handwerkliche industrielle Produktion. Ich werde dir zwei Zahlen nennen: Die große Agrarproduktion bestand aus 2.000 Produktionseinheiten. Von denen verfügten nicht mehr als 400 über einen gewissen Grad an Technologie, wovon wiederum der größte Teil aus Kaffee- und Baumwollpflanzern bestand. Rinderzucht war eine reine Extensivwirtschaft. Daneben gab es mehr als 130.000 kleine Produktionseinheiten, die mit völlig unentwickelten Mitteln das Land bebauten. In der Industrie gibt es nicht mehr als 120 Fabriken mit mehr als 50 Arbeitern und mehr als 15.000 Werkstätten mit weniger als fünf Arbeitern. Landwirtschaft und Handwerksindustrie haben zum größten Teil lokalen Charakter.

schaft und Handwerksindustrie haben zum größten Teil lokalen Charakter.

„Wir können nicht die Tortilla-Produktion nationalisieren"

Das alles zusammen zeigt, daß das Land noch unter dem starken Einfluß einer Ökonomie steht, die man als vorkapitalistisch bezeichnen kann. Je unterentwickelter und zurückgebliebener eine Gesellschaft ist, desto größer ist das Gewicht einer kaufmännisch-handwerklichen Ökonomie. In unserem revolutionären Projekt müssen wir deshalb all diese handwerklichen Formen eher in die Pläne zur Entwicklung nichtstaatlicher Kooperativen und Zusammenschlüsse als in die von Staatsbetrieben einfügen. Das bedeutet z.B. den Einsatz einer mittleren Technologie.

Die gegensätzliche Entwicklung der Produktivkräfte, die die Existenz eines abhängigen Kapitalismus in unserem Land charakterisierte, beeinflußt heute den Rhythmus und die Eigenarten der wirtschaftlichen Organisation. Wir müssen zwei Sachen in dem Prozeß der Veränderung miteinander kombinieren. Der staatliche Produktionssektor, der die am weitesten entwickelten und strategischen Bereiche der Wirtschaft umfaßt, muß nach und nach mit der starken handwerklichen Produktion verbunden werden, wobei wir versuchen, in diesem Sektor einen gewissen Grad an Gemeinschaftlichkeit durchzusetzen. Wir versuchen z.B., die landwirtschaftliche Familienproduktion in eine kooperative Produktion umzuwandeln.

Diese handwerkliche Ökonomie hat ihre kommunale Wurzel in der primitiven Gesellschaft. Sie basiert auf der Teilnahme der ganzen Gemeinschaft, mit sehr primitiven Formen gegenseitiger Kooperation. Spezialisierte Berufe, wie z.B. der Barbier, entstanden in einer der vielen durch die Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft entstandenen Gemeinden eher zum Zwecke der Kooperation als mit dem Ziel der Ausbeutung. Dasselbe passierte in den kleinen, sehr primitiven Küchen, in denen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite



aus „Unser Land, mit den Menschen, die wir lieben" (Ernesto Cardenal, Peter Hammer Verlag)

Tortillas hergestellt würden. Das Merkmal der Kooperation und der „einfachen" Spezialisierung ist eher Produkt der kommunalen Wirtschaft indianischer Gesellschaften als der Entwicklung des Kapitalismus. Wir können natürlich unter keinen Umständen die Nationalisierung der Tortilla-Produktion betreiben. Das wäre absurd.

Es ist wichtig, sich klar zu machen, daß das sozialistische Modell eine Lösung nur für die Widersprüche darstellt, die in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften anzutreffen sind. Aufgrund einer Reihe von Faktoren — darunter solchen politischen Charakters und anderen, die mit Hunger und Verzweiflung zu tun haben — haben einige Völker unter schwierigsten Bedingungen im Namen von Fortschritt und sozialer Entwicklung eine Revolution gemacht, um mit aller Kraft zu versuchen, diese Gesellschaft zu verändern und sie auf den Weg einer wirklichen Entwicklung zu bringen. So ist es in unserem Fall. Auch wenn wir sozialistische Prinzipien haben mögen — und wir haben sie — können wir bei der Veränderung unserer Gesellschaft nicht den Weg der Enteignung aller Produktionsmittel beschreiten. Das würde nicht zum Sozialismus führen, sondern es könnte im Gegenteil zur Zerstörung oder zum Auseinanderbrechen der Gesellschaft führen. Wir versuchen ein Modell zu verwirklichen, in dem die Speerspitze der Ökonomie, die sich aus den strategischen und am weitesten entwickelten Bereichen zusammensetzt, verbunden ist mit einem sozialen Bereich, in dem kooperative Formen der Arbeit — selbst in unentwickelter Form — vorherrschen. In unserem Land gibt es also einen wichtigen Sektor selbständig Beschäftigter und Kleinunternehmer. Aber die Vorherrschaft des ökonomischen Entwicklungsprozesses haben die neuen Produktionsverhältnisse, die die Revolution geschaffen hat. Eine Hegemonie, die erlangt wurde durch die Nationalisierung des Außenhandels, durch die Nationalisierung der natürlichen Reichtümer und der strategischen In-

sierung des Außenhandels, durch die Nationalisierung der natürlichen Reichtümer und der strategischen In-

dustriesektoren sowie durch die Nationalisierung der Banken. Mit diesen Maßnahmen haben wir für die Produktion und für das Management ein System geschaffen, das dominant ist und die Hegemonie besitzt, das aber in beachtlichem Maße mit Produktionsformen, die wir kapitalistisch nennen können und mit vorkapitalistischen Formen koexistiert.

Wir haben also innerhalb dessen, was wir die Gemischte Wirtschaft nennen, verschiedene Bereiche aufgebaut: den des Staatseigentums, den des großen, mittleren und kleinen Eigentums und den der Kooperativen. Unser Plan geht dahin, Staats- und Kooperativeneigentum zu den dominierenden Bereichen zu entwickeln, die gleichzeitig mit mittleren und kleinen und sogar großen Privatproduzenten koexistieren. Die rückschrittlichen kapitalistischen Eigentumsbeziehungen werden mit Sicherheit sekundär und untergeordnet sein. Das ist unsere Marschroute. Unser Marschtempo wird aber nicht nur von technologischen Fragen oder von Fragen der Produktivkraftentwicklung bestimmt, sondern auch durch politische Fragen ...

Und vielleicht durch das, was in Mittelamerika passiert, nicht wahr?

Genau, die Situation wäre anders, wenn es einen föderativen mittelamerikanischen Staat gäbe, mit einer Arbeitsteilung etc.

10. Die Verteidigung unserer Wirtschaft

Kannst Du mir sagen, wie heute, wo die weltweite Krise des Kapitalismus in besonderem Maße die unterentwickelten Länder trifft, die Situation Nicaraguas im Vergleich mit den anderen mittelamerikanischen Ländern ist?

Nicaragua wurden durch die internationale kapitalistische Krise schwere Schläge versetzt, was in der Verminderung der uns verfügbaren Devisen zum Ausdruck kommt. Nicaragua gehört zu den Ländern, die prädestiniert dafür sind, von dieser Krise besonders hart getroffen zu werden. Es ist ein sehr anfälliges Land. Diese Anfälligkeit entsteht in erster Linie dadurch, daß Nicaragua ursprünglich — nach der Unabhängigkeit — dazu ausersehen war, billige Konsumgüter für die Länder zu produzieren, die sich auf die Herstellung von Produktionsmitteln spezialisiert hatten, wie England. Wir wurden in die Dynamik industrialisierter Wirtschaften einbezogen, die bereits ein sehr hohes Entwicklungsniveau erreicht hatten — und die eben aufgrund ihrer Spezialisierung Nahrungsmittel für die ehemaligen Bauern brauchten, die jetzt Arbeiter waren und Industriegüter für den Weltmarkt herstellten. Ebenso brauchten sie Rohstoffe für diese Industrien. So fingen wir also an, Holz, Mineralien, Kaffee, Zucker etc. zu produzieren. In dieser internationalen Arbeitsteilung zwischen den Produzenten von Produktionsmitteln und den Produzenten von Konsumgütern gehörten wir zu den letzteren. Aber diese technische internationale Arbeitsteilung verwandelt

tionsmitteln und den Produzenten von Konsumgütern gehörten wir zu den letzteren. Aber diese technische internationale Arbeitsteilung verwandelt

sich in eine soziale. Denn der Austausch zwischen den beiden ökonomischen Sektoren war immer ungünstig für die Produzenten der Konsumgüter. So hat Nicaragua im Verlaufe seiner Geschichte große Werte und seine Fähigkeit zur Akkumulation verloren, und es blieb ein agrarisches Land mit einer, sagen wir, einfachen Entwicklung, ohne Möglichkeiten des Wachstums. Was waren wir schon? Ein Land von Baumwollpflückern, Zuckerarbeitern, mit einer kleinen Bürokratenschicht.

Davor hatte das Land ein wenig Handwerk besessen, und zwischen Handwerk und Landwirtschaft gab es enge Verbindungen. Das ortsansässige Handwerk produzierte für die Bauern, und die Bauern für die Handwerker, obwohl dieses Handwerk nur in der Herstellung von Körben, Holzgefäßen, Zaumzeug etc. bestand. Es war eine örtliche Heimindustrie, aber schließlich und endlich doch eine Industrie. Aber als Nicaragua anfing, sich um die Produktion von Rohstoffen zu kümmern, wurde seine im Entstehen begriffene Industrie durch Importe ersetzt. Das führte zur ersten größeren Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Eine Entwicklung, die nur Unterentwicklung und wachsendes Elend der städtischen und ländlichen Arbeiter mit sich brachte.

Aber später, nach dem Triumph der kubanischen Revolution, wurde dem Imperialismus klar, daß dieses Modell in der Krise steckte, daß dieses Modell eine revolutionäre Situation heraufbeschwor. Man mußte also das Modell verändern. So entwickelten sie ihre ganze Konzeption vom „Allianz für den Fortschritt". Im Fall Mittelamerika führte dieses Modell zur Förderung eines mittelamerikanischen Marktes, zur Agrarreform, zur Importersetzung und in gewisser Weise zu ein wenig Industrialisierung: Wir sollten nicht nur Baumwollverkäufer und Käufer von Colgate-Zahncreme, made in USA, sein, sondern Verkäufer von Baumwolle, die aber wenigstens auch Zahnpasta herstellen. Also begann El Salvador Zahnpasta zu produzieren, Guatemala Fruchtsäfte, Costa Rica Felgen, Honduras Plastik, und es begann das, was eine Industrialisierung zur Importersetzung genannt wurde. Aber worin bestand diese Industrialisierung? — Schlicht und einfach im Aufbau von Fabriken, die zwar die Endprodukte herstellten, aber die Einfuhr der benötigten Zwischengüter nicht ersetzen konnten. Es stimmt: wir importierten keine Zahnpasta mehr, dafür aber das gesamte Material zur Herstellung dieses Produkts. Uns wurde sogar Zahnpasta geschickt, die wir hier verpacken und mit der Aufschrift „Mittelamerikanisches Produkt, in Nicaragua hergestellt" versehen mußten. Das heißt, das Ganze war eine Fiktion.

Was ist passiert, und was passiert heute? Die Preise für die Rohstoffe, die unsere Industrie für die Herstellung der Endprodukte benötigt, sind enorm gestiegen. Weder das Modell einer Agrarexportwirtschaft, das Ende des letzten Jahrhunderts eingeführt wurde, noch das Modell der Importersetzung der 60er Jahre haben uns Wohlstand gebracht. Es war nur eine neue Form, Devisen abzuschöpfen, denn alles, was die Landwirtschaft an Devisen produzierte, schluckte die Industrie.

gebracht. Es war nur eine neue Form, Devisen abzuschöpfen, denn alles, was die Landwirtschaft an Devisen produzierte, schluckte die Industrie.

Die nicaraguanische Industrie produziert für 80 Millionen Dollars für den Export und importiert für 160 Mio. Dollars. Sie importiert mehr als sie exportiert und schluckt dabei vollständig die Erträge der Landwirtschaft. In unserem Land wirkt sich die Krise so aus, daß die Preise von allem, was an Konsumgütern produziert wird, spottbillig sind, während alles, was wir zur Produktion dieser Konsumgüter brauchen, unerschwinglich ist. Zur gleichen Zeit sind die Rohstoffpreise für die Importersatz-Industrien stark gestiegen. Das beschert uns Jahr für Jahr ein Defizit von 400-500 Mill. Dollar in der Zahlungsbilanz. Und jetzt fangen sie an, von der „Zahlungsunfähigkeit" unserer Ökonomien zu sprechen ...

Die Revolution entwickelt ein neues ökonomisches Modell. Es gründet sich auf der Suche nach einer neuen Rolle in der internationalen Arbeitsteilung. Wir können weiterhin Konsumgüter produzieren; allerdings keine einfachen Konsumgüter, sondern solche mit einem gewissen Veredelungsgrad. Wir wollen unsere Agrarprodukte verarbeiten, unsere Lebensmittel verpackt verkaufen, Möbel aus unserem Holz anfertigen ... Das ist der tiefere nationale Sinn der Revolution. Und das kann man nur machen, wenn man ein souveränes Land ist, dem nicht von außen ein ökonomisches Modell aufgezwungen wird, das gegen seine nationalen Interessen verstößt.

Während des Somozismus war die Wirtschaft Nicaraguas komplementär zur Wirtschaft der USA strukturiert, und die dachten an ihre, nicht an unsere nationalen Interessen: das Fleisch für Puerto Rico, das Holz für den Häuserbau in Louisiana, Baumwolle für die Uniformen der Soldaten in Korea, die Zuckerindustrie als Ersatz für die Quote, die sie Kuba gestrichen hatten.

Mit der Revolution dagegen können Nicaraguaner wieder über etwas scheinbar so einfaches bestimmen wie über die Frage: Was wollen wir produzieren? Das Land kann an andere Märkte denken, an befreundete Länder, an sozialistische Länder, an lateinamerikanische Länder. Wir können ein neues Handelssystem aufbauen und mit denen Handel treiben, die uns die vorteilhaftesten Bedingungen gewähren.

Das neue Modell, das im Aufbau begriffen ist, hat zur Folge, daß die Krise in unserem Land nicht so schwer ist wie in den übrigen mittelamerikanischen Ländern. Es stimmt zwar, daß sich die Krise in einem Mangel an verfügbaren Devisen zeigt, aber wir haben keine Fabriken geschlossen und keine Arbeiter in die Arbeitslosigkeit getrieben. Vielmehr führen wir wichtige Entwicklungsprojekte durch, die Nicaragua in seiner Geschichte niemals durchgeführt hat und die viele Arbeitsplätze schaffen. Als eine Folge der Revolution konnten wir ein System wirtschaftlicher Zusammenarbeit entwickeln, nicht nur mit den befreundeten Ländern Lateinamerikas und anderer Kontinente, sondern auch mit den sozialistischen Ländern.

Die Krise führt also nicht zur Arbeitslosigkeit, nicht zu einem Absinken der Investitionen, nicht zu einer galoppierenden Inflation wie in Costa Rica, weil der Staat sich der Krise mit einem Paket wirtschaftlicher Maßnahmen entgegengestellt hat.

Was in Nicaragua wirklich in der Krise steckt, ist das somozistische Entwicklungsmodell. Die Revolution arbeitet an einem neuen Modell, das schon positive Auswirkungen zeigt. Mit diesem Modell beschreiten wir einen Weg, der uns aus dem Elend, der Rückständigkeit und Ungerechtigkeit herausführen kann. Wir können eine dynamischere und realistischere Rolle in den internationalen ökonomischen Beziehungen spielen; eine andere Rolle als die von Produzenten des Desserts auf dem Tisch der internationalen Ökonomien — Kaffee, Kakao, Zucker und Bananen.

11. Das Unplanbare planen?

11. Das Unplanbare planen?

Habt ihr nicht im Rahmen des neuen Modells sehr übereilte Maßnahmen getroffen, die ihr später wieder zurücknehmen mußtet?

Ich glaube, daß wir bei fast allen Problemen in der Regel in einem angemessenen Tempo vorgegangen sind, gerade weil es in unseren Diskussionen immer unterschiedliche Meinungen gibt, und wir schließlich eine Position beziehen, die die Synthese aus allen Beiträgen, also eine ausgewogene Meinung der Mehrheit darstellt, die im allgemeinen auch die Meinung eines jeden Einzelnen ist. Ich würde also sagen, daß die Nationale Direktion der FSLN eher eine vorsichtige Führung ist, keine abenteuerliche oder eine, die die Dinge übers Knie bricht. Klar, wir haben natürlich einige Fehler gemacht. Zum Beispiel wir hier im Ministerium (für Agrarreform) wollten am Anfang ein viel zu rigoroses Planungssystem einführen, und das brachte uns einige Probleme. Danach wollten wir ein Buchführungsverfahren einführen, das sehr vielschichtig war, und es stellte sich ebenfalls als zu schwierig heraus. Auch die Einführung eines totalen Planungssystems funktionierte nicht, weil die Gesellschaft noch starke merkantile Traditionen besitzt, die die Planung nicht einfach machen.

Soll das heißen, daß ihr jede Form von Planwirtschaft ablehnt?

Nein. Wenn wir die makroökonomischen Bilanzen zugrunde legen, können wir eine gute Planung durchführen. Das ist möglich — was soll produziert werden, wie, wieviel, wo, für wen soll produziert werden? Dazu benötigen wir eine Aufrechnung der Ressourcen, die vorhanden sind und die gebraucht werden, um die technische und materielle Versorgung sicherzustellen. Ein Anlagefonds muß eingerichtet werden, über die Ausgaben muß Buch geführt werden, und die Ressourcen müssen unter den verschiedenen Sektoren der Gesellschaft verteilt werden. Das ist möglich. Ich glaube, auf dieser Ebene gibt es keine Probleme.

In dem Sektor des Volkseigentums können wir eine dataillierte ökonomisch-technische Planung durchführen, und in der Land- und Viehwirtschaft machen wir es bereits. In dem Kooperativensektor wären wir ebenfalls in der Lage, mit einer technisch-ökonomischen Planung zu arbeiten, sofern es sich um Produktionskooperativen handelt. Wir haben es bislang noch nicht getan, weil wir im Moment noch daran arbeiten, diesen Bereich zu organisieren. Es existieren hier Sektoren von Privatproduzenten, die in gewisser Weise bestimmten Planungsmechanismen unterworfen sind: Registrierung von Ländereien, Finanzierung, Produktionsverträge etc.

Aber die breite handwerkliche Produktion, die sich aus kleinen industriellen Produzenten und dem Dienstleistungssektor zusammensetzt, läßt sich nur in indirekter Weise planen.

In diesem Bereich setzen wir marktwirtschaftliche Hebel an, wie z.B. kreditpolitische Maßnahmen, finanzielle Anreize über Preise und Subventionen. Anfangs dachten wir an einen verbindlichen Plan, aber die Gesellschaft war auf so etwas nicht vorbereitet. Auf der anderen Seite waren wir noch dabei, den Sektor des Volkseigentums aufzubauen, und man konnte auch hier noch keine ausreichende Planung durchführen.

Ich glaube, wir haben — allgemein gesprochen — es geschafft, die Tauschgesetze und das Funktionieren einer Wirtschaft, die sich in einem Übergangsstadium, sagen wir, in einem provisorischen Stadium befindet, gut zu verstehen. So schreckt es uns nicht mehr, wenn hier vom Wertgesetz gesprochen wird. Die Entwicklungsgesetze existieren in der Regel unabhängig vom Willen der Menschen. Das wichtigste ist, dies zu erkennen und sie zu beherrschen — nicht zu versuchen, sie auf voluntaristische Art und Weise zum Verschwinden zu bringen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt versuchten wir zusammen mit einigen Sektoren der kommerziellen Produktion, das



aus „Unser Land, mit den Menschen, die wir lieben"

(Ernesto Cardenal, Peter Hammer Verlag)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Wertgesetz auszuschalten. Tatsächlich schalteten wir dabei fast die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln aus.

Wir versuchten, den Preis für Bohnen festzusetzen und alle Leute — selbst die Bauern — zu zwingen, sie zu diesem Preis zu verkaufen, um so zu einem Bohnenangebot auf niedrigem Preisniveau zu kommen. Was passierte? Nicht nur, daß durch den entstehenden Mangel die Preise sogar noch höher stiegen; das Produkt selbst verschwand vom Markt. Das war so ein voluntaristischer Eingriff in ein System, das sich über marktwirtschaftliche Gesetze reguliert. Wir nutzen die Marktgesetze, indem wir sie als Zugpferde behandeln, deren Zügel wir ziehen, wann immer es notwendig ist. Wir verbinden eine beinahe verbindliche technische und ökonomische Planung mit einer Planung, die eher hinweisenden Charakter hat.

Unsere Erfahrung war bislang die, daß jedesmal, wenn wir einen konkreten Plan aufgestellt hatten, ein Notplan gemacht werden mußte. Denn, abgesehen von der militärischen Aggression, die wir zu erleiden haben, sind unsere variablen Planungsfaktoren eine Funktion des Weltmarktes. Wir sind Teil eines allgemeinen Marktsystems, innerhalb dessen unsere eigenen Planungsmöglichkeiten nicht darüber entscheiden, ob der Plan funktioniert oder nicht. Wir können einen Plan machen und uns dabei einen bestimmten Verkaufspreis für unsere Produkte überlegen, z.B. 90 Dollar für einen Ballen Baumwolle. Aber wenn sich dieser Preis nicht behaupten kann, was nicht von uns abhängt, wenn die Baumwolle statt für 90 für 60 Dollar verkauft wird — und das ist mit anderen Exportprodukten geschehen — dann ist unser Plan hinüber. Es ist schwierig, in einem abhängigen Land zu planen, das offene internationale Beziehungen unterhält. Und es wird noch schwieriger, wenn zu den ökonomischen Gründen — die internationale Wirtschaftskrise eingeschlossen — noch politische Probleme und militärische Aggressionen hinzukommen.

Nichtsdestotrotz wollen wir die Planungsmechanismen weiterentwickeln. Wir haben ein nationales System, das sich zum ersten Mal auf die Zusammenarbeit aller Sektoren gründet: Banken, Landwirtschaft, Industrie, Baugewerbe etc.; wir haben eine regionale Planung, die nach und nach bis zu den Unternehmenseinheiten vordringen wird; wir haben Eventualpläne, die unter unseren besonderen Bedingungen ein wesentlicher Teil der Planung sind.

Das Planungsministerium arbeitet gegenwärtig an einem umfassenden System. Der Wille zu planen, zu ordnen und die Proportionen der Wirtschaft auszubalancieren setzt sich gegen die — wenn man so will — objektiven, anarchischen Tendenzen der alten Freihandelsgesellschaft durch.



aus „Unser Land, mit den Menschen, die wir lieben" (Ernesto Cardenal, Peter Hammer Verlag)

12. Die Aggression gegen Nicaragua

12. Die Aggression gegen Nicaragua

Die FSLN gewann mit Hilfe des Volkes den Krieg gegen Somoza und seine Armee. Aber heute kämpft ein großer Teil der Nationalgarde, vielleicht die Hälfte von ihr, erneut gegen euch, um die verlorene Macht zurückzuerobern. Warum habt ihr die massive Flucht dieser Elemente nicht verhindert?

Nach dem letzten Krieg Nicaraguas gegen den Imperialismus, als Sandino die nordamerikanischen Marines aus Nicaragua vertrieben hatte, führten die USA ein politisches Manöver mit dem Ziel durch, zwar ihre Armee abzuziehen, die politische und ökonomische Intervention aber aufrechtzuerhalten. Während der sieben Jahre, die der Kampf dauerte, stellte die US-Armee eine bewaffnete Truppe auf, die sie dann bei ihrem Abzug zurückließ: die Nationalgarde. Die direkte bewaffnete Intervention wurde eingestellt, aber die politische und ökonomische Intervention blieb bestehen, und die direkte Intervention versteckte sich hinter der Nationalgarde. Wir wiesen deshalb nur auf die geschichtliche Wirklichkeit hin, gegen die das nicaraguanische Volk kämpfte, als wir sagten, daß das somozistische Regime ein lokaler Ausdruck des Imperialismus sei. Und aus diesem Grund bedeutet unser revolutionärer Triumph in der Tat eine Niederlage für die bewaffnete nordamerikanische Intervention, die sich im Gewande der Nationalgarde abspielte. Letztlich kämpften wir nicht gegen Somoza, sondern gegen den Imperialismus.

„1979 haben wir eine Schlacht gegen den Imperialismus gewonnen, aber noch nicht den Krieg"

Aber um das Volk von der Rechtmäßigkeit des Kampfes zu überzeugen, mußten wir es notwendigerweise dazu aufrufen, gegen den unmittelbaren und gefährlichsten Feind zu kämpfen, d.h. gegen den konkreten und sichtbaren Ausdruck des Imperialismus in unserem Land, den Somozismus. Mit dem hatte es unser Volk jeden Tag zu tun; nicht mit einem abstrakten imperialistischen Konzept. Eine Zeitlang machten wir in dieser Frage einen Fehler, der strategische Bedeutung hatte. Weil wir in diesen Dingen nicht korrekt differenzierten, gelang es uns nicht, den tatsächlichen Feind herauszustellen. In einem bestimmten Moment wurde gesagt, daß der Hauptfeind der Imperialismus sei, und daß sich deshalb der bewaffnete Kampf nicht in einem Land allein entwickeln könne. Der bewaffnete Kampf müsse weltweit aufgenommen und 1,2,3,4,5,10 Vietnam müßten geschaffen werden. Der Krieg würde ein Krieg in ganz Mittelamerika sein. Im Rahmen dieser Theorie hatte es keinen Sinn, gegen Somoza zu kämpfen. Mit Carlos Fonseca begannen wir, unsere gesamte Arbeit an den Besonderheiten unseres Landes auszurichten. Wir können also sagen, daß wir nicht die historische Absicht des Imperialismus gebrochen haben, Nicaragua in seiner Gewalt zu halten; wir haben lediglich eine sehr wichtige Schlacht gewonnen, indem wir seine lokale Armee, die Nationalgarde Somozas, besiegten. Aber diese Armee verschwand nicht — und auch nicht der Wille des Imperialismus, das verlorene Terrain zurückzuerobern.

Was geschah also nach dem 19. Juli? Die Nationalgarde wurde politisch und militärisch geschlagen. Wir besiegten diese Armee nicht, indem wir sie physisch liquidierten, sondern indem wir ihr die Möglichkeit zur Durchsetzung strategischer Ziele nahmen. Der größte Teil der Soldaten der Nationalgarde blieb am Leben. Ungefähr 6.000 gingen nach Guatemala, El Salvador und Honduras. Andere Einheiten liefen auseinander, und es gelang uns, 3.500 Soldaten zu fassen.

Die USA suchten daraufhin alle Mitglieder der Nationalgarde, die das Land verlassen hatten, zusammen, um sie zu einer wirksamen Kraft aufzubauen, die ihnen in allen Aggressionsplänen gegen Nicaragua als Speerspitze dienen sollte. Und so wie sie es 1927 gemacht haben, haben sie die Nationalgarde erneut reorganisiert, bewaffnet, wiederbelebt und zum Dreh- und Angelpunkt ihrer umfassenden Pläne gemacht.

Ist nicht die Tatsache, daß der Imperialismus auf die Nationalgarde, den Somozismus, ein im Volk verhaßtes Regime zurückgreifen muß, ein Eingeständnis seiner Schwäche? Tatsächlich konnte er ja nicht die Unterstützung anderer Sektoren erlangen, die seiner Sache eine größere Legitimität verschafft hätte. Stattdessen muß er eine derartig besudelte Fahne schwenken ...

Ich sagte dir schon, daß der historische Kampf Nicaraguas nie etwas anderes war, als ein Kampf gegen die imperialistische Aggression, ein Kampf des nicaraguanischen Volkes gegen den lokalen politischen, ökonomischen und militärischen Ausdruck des Imperialismus, den Somozismus.

Am 19. Juli wurde dem Somozismus der Todesstoß versetzt, nicht aber den imperialistischen Plänen. Und ich hatte dir vorher erklärt, daß auf der anderen Seite die bürgerlichen Gruppen und reaktionären Parteien — so sehr sie es auch versuchten, sich als Alternative aufzubauen — dazu weder die ökonomisch-soziale Kraft noch die historische Gelegenheit hatten. Sie wurden von den revolutionären Kräften vollständig ausgebootet. Die Bourgeoisie hatte hier weder den Kampfgeist noch die Kraft, noch die Erfahrung und auch nicht den Wunsch gehabt, Nicaragua zurückzuerobern. Die Bourgeoisie verschwand nach Miami. Möglicherweise könnte sie einige ihrer aktivsten Vertreter für Direktorenposten bei der Konterrevolution zur Verfügung stellen, so, als handele es sich um die Führung einer Bank — mehr aber nicht. Der Imperialismus weiß sehr genau, daß hier niemals eine bürgerliche Armee entstehen könnte, die bereit wäre, gegen das Volk von Nicaragua zu kämpfen. Deshalb sieht sich der Imperialismus gezwungen, entgegen seinen eigenen Interessen, erneut auf die Söldnergruppe, die Nationalgarde, zurückzugreifen.

gen seinen eigenen Interessen, erneut auf die Söldnergruppe, die Nationalgarde, zurückzugreifen.

Wie ist es möglich, daß die Konterrevolutionäre so viele Kilometer weit in nicaraguanisches Territorium eindringen konnten?

Es gibt drei Faktoren, die erklären, warum die Banden so tief in unser Territorium eindringen konnten.

Erstens: Nicaragua hat eine Grenze von 580 Kilometern mit Honduras, und dieses Grenzgebiet ist vom Rest des Landes ziemlich abgeschlossen. Es gibt dort Hunderte von Kilometern ohne Kommunikations- und Transportmittel, weil die Gegend sehr bergig ist. Außerdem ist die nicaraguanische Seite weniger entwickelt als die honduranische und hat eine sehr geringe Bevölkerungsdichte. Es ist eine Region, die nicht vollständig in das Land integriert ist.

Der zweite Faktor ist die totale Unterstützung, die der Imperialismus in den bewaffneten Kräften Honduras und der Regierung dieses Landes gefunden hat. Sie stellt Versorgung, Logistik, Material, das Grenzgebiet, Basen etc. zur Verfügung. Das ist ein Gesichtspunkt, den ich für grundlegend halte, weil er es einer guttrainierten und gutbewaffneten Kraft erlaubt, in jedes beliebige Gebiet einzudringen und Kampfaufgaben durchzuführen.

Es gibt einen dritten, eher technischen Faktor. Die USA haben in dem Operationsgebiet dieser Banden ein verzweigtes Netz von Kommunikations- und Überwachungsgeräten aufgebaut, das ihnen die genaue Kenntnis der Stellung und Bewegung unserer Streitkräfte erlaubt. Sie fotografieren beständig unser Gebiet, und mit Radar und anderem empfindlichen Gerät zeichnen sie alle unsere Bewegungen auf. Das erlaubt es den Banden, zuweilen dort tief einzudringen und zu handeln, wo sie wissen, daß sie nicht auf unsere Streitkräfte stoßen, die sich ihnen entgegenstellen könnten.

Kann man sagen, daß sie nicht mit der Unterstützung der örtlichen Bevölkerung rechnen können?

Dazu kann man sagen, daß viele Mitglieder der Nationalgarde Familienan-

Dazu kann man sagen, daß viele Mitglieder der Nationalgarde Familienan-

gehörige im Grenzgebiet zu Honduras hatten. Das wird von der Konterrevolution ausgenutzt, die bei der Bildung ihrer Banden diese familiären Bindungen berücksichtigen. Außerdem kennen die Offiziere der Nationalgarde, die an der Spitze dieser Streitkräfte stehen, diese Region sehr gut, weil hier in der Vergangenheit die Anti-Guerrilla-Aktionen gegen uns durchgeführt wurden. Sie kennen jeden einzelnen ihrer früheren Kollaborateure, die wir bislang noch nicht unschädlich machen konnten — Gebietskontaktmänner, die der alten Ordnung angehören. Außerdem haben sie Unterstützung bei einigen Großgrundbesitzern und reichen Bauern gefunden, die mit dem Somozismus zusammenarbeiteten. Ebenso bei einigen rückschrittlichen Sektoren der armen Bauernschaft. Aber diese Unterstützung ist kein wesentlicher Faktor, denn wir haben es geschafft, sie aus allen Gebieten, in die sie eingedrungen waren, vollständig wieder hinauszuwerfen. In letzter Zeit sahen sie sich gezwungen, nicht mehr Taktiken einer Guerrilla, sondern reguläre Kampfformen anzuwenden und sich auf ein kleines Gebiet — Jalapa und Umgebung zu beschränken.

13. Fortschritte oder Rückschritte bei der Unterstützung des Volkes?

Eine letzte Frage: Hat die Revolution in der Bevölkerung an Unterstützung gewonnen oder verloren? Hat die Unterstützung nachgelassen, weil nicht alle Erwartungen der Bevölkerung erfüllt werden konnten?

Auf diesem Gebiet gibt es große Fortschritte. Erstens lebte das nicaraguanische Volk im Elend, in einem wachsenden Elend. Jahr für Jahr vergrößerte sich das Heer der Armen und der Besitzlosen. Sogar die Mittelschichten der Bevölkerung wurden von der Arbeitslosigkeit erfaßt. Die Armut auf dem Land war schrecklich. Im ganzen Land betrug die Kindersterblichkeitsrate 13 %; auf dem Land waren es 20 %. Die Menschen lebten in Hütten ohne Licht und Wasser. Fast alle Frauen auf dem Land waren Analphabetinnen. In den Städten gab es eine hohe Arbeitslosigkeit, große Not, und nur für die schmale Mittelschicht, die sich in Nicaragua entwickelt hatte, existierten soziale Nischen mit einem gewissen Wohlstand.

Ich kann dir also sagen, daß die Revolution der großen Mehrheit nur Vorteile gebracht hat. Wir haben nur die Interessen einer Minderheit eingeschränkt. Unsere Wirtschaftspolitik begünstigt die ländlichen Mittelschichten. Den städtischen Mittelschichten, die stark vom revolutionären Staat abhängig sind, garantiert sie Stabilität.

Politisch haben wir die Fähigkeit, 600.000 Menschen zu mobilisieren — in ihrer großen Mehrheit Mitglieder der revolutionären Massenorganisationen. Das ist eine ganze Menge, wenn wir die Tatsache berücksichtigen, daß die ökonomisch aktive Bevölkerung 900.000 Personen umfaßt.

Aber es ist nicht einfach, ein Land inmitten einer ökonomischen Krise zu führen. Wir kämpfen mit hohen Subventionen und Lebensmittelimporten für die Erhaltung des Reallohns der Arbeiter. Wir bemühen uns um die Erhaltung aller Arbeitsplätze, wir subventionieren die Unternehmen, und wir arbeiten 24 Stunden am Tag daran, alle Devisen so zu verteilen, daß keine Fabriken geschlossen werden müssen — das heißt für uns Verteidigung der Wirtschaft des Volkes.

Unser Volk weiß, daß wir den Preis für einen Liter Milch für jedes Einkommen erschwinglich halten: drei Cordobas, das sind fünf Cents, während z.B. in Costa Rica der Milchpreis zwanzigmal so hoch liegt. Fast alle alltäglichen Konsumgüter sind in Nicaragua billig. Und das Familieneipkommen — um ein Beispiel zu nennen — ist heute höher als in der Vergangenheit. In Familien, in denen früher nur einer arbeitete, arbeiten heute von fünf Familienmitgliedern vier und manchmal alle fünf. Daher sind heute die Familieneinkünfte höher. Daher kommt es, daß wir trotz Produktionssteigerungen im Vergleich zu der somozistischen Zeit Probleme mit der Versorgung haben.

Viele von denen, die früher nicht konsumiert haben, erscheinen nun als Komsumenten auf dem Markt, da sie nun über höhere Einkünfte verfügen oder eine feste Arbeit haben. Wir haben bei der Entwicklung des inneren Marktes Bevölkerungsschichten in den Konsum integriert, die vorher davon ausgeschlossen waren. Z.B. indem wir in den Bergen ländliche Versorgungszentren einrichteten. Auf diese Weise haben wir die Zahl der Konsumenten verdoppelt, während die Produktion nur langsam gestiegen ist.

Wir produzieren dreimal so viel Hühnerfleisch und dreimal so viel Eier; trotzdem sind Eier noch Mangelware, weil die Nachfrage viel höher ist. Außerdem ist die Bevölkerung im Vergleich zu 1979 um 20 % gestiegen, und die internationalen Bedingungen sind nicht die besten für einen ökonomischen Aufschwung.

Es gibt Unzufriedenheit und Ungeduld in der Bevölkerung wegen der Versorgungsprobleme. Aber diese Probleme unterscheiden sich nur wenig von den Unbequemlichkeiten, die ich auch in meinem eigenen Haus habe, wenn Seife fehlt, und man losgehen muß, um an vier verschiedenen Orten danach zu fragen. Diese Ungeduld bedeutet jedoch keine fehlende Unterstützung für die Revolution; sie ist in allen wesentlichen Fragen nach wie vor vorhanden. Es gibt sogar Kreise, die sich der Revolution genähert haben, als sie sahen, daß unser Land angegriffen wurde. Die Prüfungen, die dieses

sich der Revolution genähert haben, als sie sahen, daß unser Land angegriffen wurde. Die Prüfungen, die dieses

Land gegenwärtig durchmacht, haben diese Unterstützung gestärkt. Die aggressive Politik Reagans hat bei der Konsolidierung der Revolution geholfen.

Nicaragua ist ein Land, das seine Grenzen offenhält. Unsere Einwanderungsbehörden haben sehr viel zu tun. Unsere Flugzeuge fliegen täglich die USA an, und unsere Türen sind geöffnet, damit jeder gehen kann, der will. Nicaragua ist ein Land, das inmitten der Aggression trotz allem gut funktioniert, in einer Kriegssituation, in die in steigendem Maße Jugendliche, Arbeiter und Angestellte eingebunden sind, weil sie eine große Bereitschaft fühlen, die Nation, die Revolution zu verteidigen. In Nicaragua gibt es große Privatproduzenten, die sich entschieden haben, alle diese Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, weil sie Nicaraguaner sind.

Natürlich, wenn wir unseren Minister für den Binnenhandel als Kandidaten für das Bürgermeisteramt in Managua vorschlagen würden, bekäme er sicherlich keine einzige Stimme. Aber wenn unser Volk wüßte, daß der CIA gegen eben diesen Minister des Binnenhandels ein Attentat vorbereitete — so wie sie es bei Minister d'Escoto planten — würde das ganze Volk zu seiner Verteidigung hinter ihm stehen.

Zum Schluß will ich noch folgendes ergänzen: Der Imperialismus glaubte, daß es hier durch den Einsatz seiner Eingreiftruppen (der Contras, d.Ü.) zu Erhebungen und Aufständen kommen würde. Was sie tatsächlich erreicht haben, war, im Gegenteil, eine große nationale Mobilisierung gegen die Banden. Wer kämpft gegen diese Banden? Die Jugend, die Arbeiterklasse, die Intellektuellen, die Bauern, alle ... Sie kämpfen außerdem als Klasse, denn die Jugend nimmt als organisierte Kraft an diesem Kampf teil. Genauso verhält es sich mit der Bauernschaft. Wir organisieren unsere Streitkräfte nicht über wahllose Erhebungen, wie sie es in El Salvador machen, und wie sie es in Somozas Zeiten und bei jeder bürgerlichen Armee praktizieren. Wir machen es über die bewußte und freiwillige Beteiligung von Kämpfern, die in der einen oder anderen Massenorganisation des Landes organisiert sind.

Das gesamte Volk kämpft — und eben dieses Volk produziert, es studiert. Alle Nicaraguaner müssen gleichzeitig verschiedene Aufgaben der Revolution in Angriff nehmen: Verteidigung, Produktion, Fortschritt, Entwicklung. Dieses kleine Volk muß seine Anstrengungen vervielfachen, um die historische Herausforderung aufnehmen zu können, die Revolution bis zum Schluß durchzuführen.

(Übersetzung aus dem Spanischen)

Chile im September 1984

... und wann stürzt er endlich?

,,Sin protesta no hay cambio'' — ohne Protest(tage) kein Wechsel — standen die zehnten ,,Nationalen Protesttage'' am 4./5. September. Aber trotz der so breiten und kämpferischen Beteiligung ist Pinochet noch immer an der Macht und das hat er an diesen Tagen wieder brutal demonstriert: Neun Menschen, darunter ein französischer Priester, wurden von den Sicherheitskräften erschossen, weit über hundert verletzt und mehrere hundert Demonstranten verhaftet.

Wir wollen in diesem Artikel einen kurzen Überblick über diese bisher größten Proteste geben und, daran ansetzend, der Frage nachgehen, welche Faktoren für den augenblicklichen Stand der Opposition bestimmend sind. Das Zusammengehen aller oppositionellen Strömungen während der Protesttage ist dabei mehr Ausdruck eines sehr labilen Gleichgewichts zwischen diesen Kräfen als eine qualitative Weiterentwicklung der Proteste. Der Schwerpunkt dieses Artikels liegt auf der Skizzierung der Politik der bürgerlichen Kräfte.



Nel Son Leiva



Nel Son Leiva

Unmittelbar vor den Protesttagen war die Situation sehr angespannt. Es gab willkürliche Verhaftungen als Versuch der Einschüchterung, begleitet von ,,Mahnungen gegen die Gewalt''. Es explodierten einige Bomben, die gegen Hochspannungsmasten, manchmal auch gegen öffentliche Einrichtungen gerichtet waren.

Der wesentliche Protest fand in den poblaciones, den Elendsvierteln Santiagos und anderer großer Städte statt. Ab mittags wurden Barrikaden um die poblaciones gebaut, Feuer auf den Hauptstrassen angezündet, ,,miguelitos'' (Krähenfüsse) ausgestreut und die Hauptverkehrsadern versperrt. Die zahlreichen Stromausfälle wurden entweder durch Bomben gegen die Hochspannungsmasten oder durch sogenannte ,,cadenazos'' herbeigeführt, indem eine Kette über die Stromleitung geworfen wird. Busse werden gestoppt und verbrannt, ab und zu ein Supermarkt geplündert.

Im Zentrum finden Blitzaktionen, Versammlungen und Demonstrationen statt. Die Polizei fuhr mit ihren Fahrzeugen, teilweise Spezialpanzern, durch die Strassen und schoß dabei wahllos um sich — auf diese Weise gab es die vielen Todesopfer. Mit Tränengas und Schlagstöcken wurden die Demonstrationen auseinandergetrieben. Hubschrauber flogen über die poblaciones, leuchteten die Straßen mit riesigen Scheinwerfern aus, teilweise wurde auch geschossen.

Ziel der Proteste war, den Verkehr und das Geschäftsleben soweit wie möglich lahmzulegen, und das ist in grossen Teilen Santiagos erreicht worden. Santiago besteht aber nicht nur aus poblaciones und Chile besteht nicht nur aus Santiago, Conceptión und Valparaiso. Und die chilenische Gesellschaft besteht nicht nur aus wenigen Reichen und dem Heer der armen Massen, die zwar keinen Pinochet wollen, aber ebensowenig einen zweiten Allende. Das vergisst man leicht unter dem Eindruck der für unsere BRD-Verhältnisse so breiten und militanten Proteste.

Die Protesttage waren kein Streik. Zwar haben viele Geschäftsleute ihre Läden geschlossen, Transportunternehmen sind nicht gefahren, in Schulen und Universitäten fand kaum Unterricht statt, aber in den Fabriken ist weitgehend normal gearbeitet worden. Schon im April hatten die zentralen Gewerkschaftsgremien den ,,paro nacional'' — das ist kein reiner Generalstreik, sondern eine Mischung aus Streik und Protesten — für spätestens Juni/Juli beschlossen; trotzdem fand er bisher nicht statt. Dies hänge, so heißt es, mit dem starken Einfluß der Christ - (und auch Sozial-) demokraten in den Gewerkschaften und den zahlreichen Widersprüchen innerhalb der Christdemokratie und der ,,Demokratischen Allianz'' zusammen.

Probleme der bürgerlichen Opposition

Nach einer Phase relativer Ruhe von dem letzten Protesttag im März bis zum ,,Marsch für das Leben'', zu dem die Kirche Anfang August aufgerufen hatte, kennzeichnen die letzten Protesttage eine neue Zuspitzung. Aufgerufen hatte die Demokratische Allianz (AD), der Zusammenschluss der bürgerlichen und sozialdemokratischen Opposition (Christdemokraten, verschiedene Teile der zersplitterten Sozialistischen Partei, Sozialdemokraten, Radikale und christliche Linke) — gemeinsam mit dem Comando Nacional de Trabajadores, dem Zusammenschluß aller regimefeindlichen Gewerkschaften (mit christdemokratischer Dominanz). Die gesamte Opposition schloss sich dem Aufruf an, und die Protesttage wurden in einem gemeinsamen Komitee (Comite nacional de Protesta) vorbereit, in dem CNT-Gewerkschaften, AD, der sozialistische Block und MDP zusammenarbeiten.

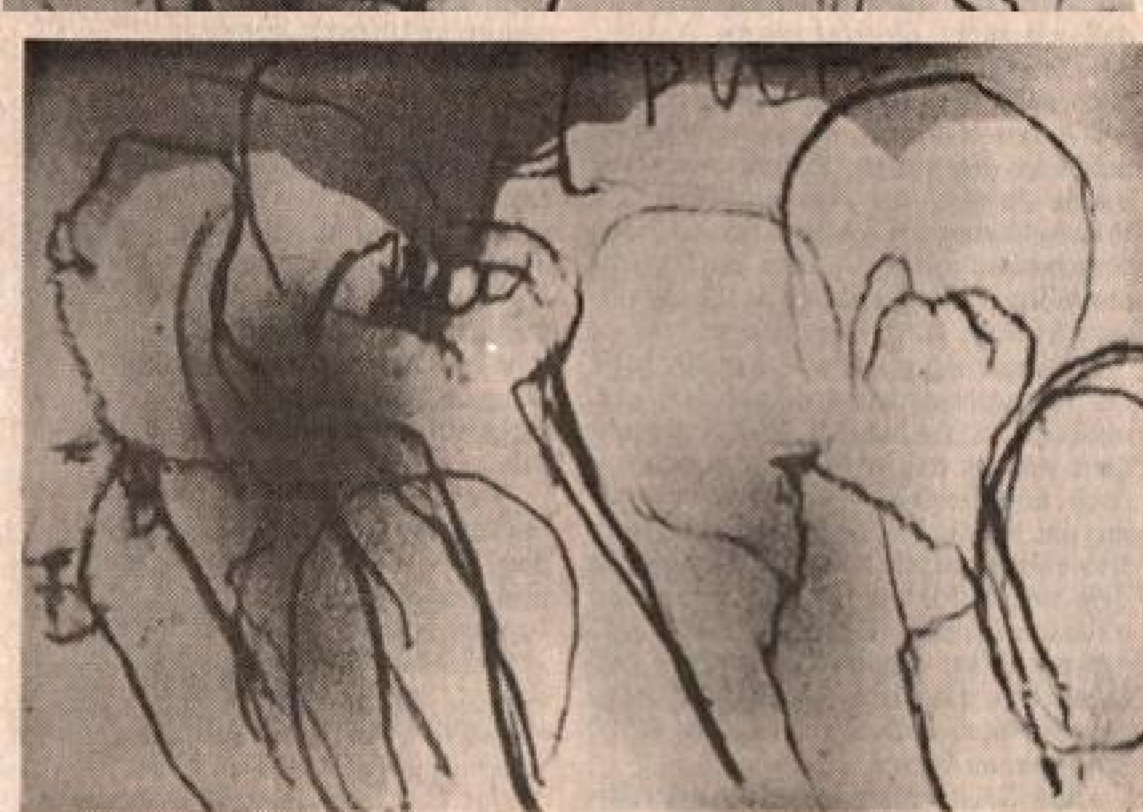
Ab Ende August begann in den Medien die Kampagne gegen die Proteste. AD wurde aufgefordert, die Proteste abzublasen wegen vorhersehbarer Gewalttätigkeiten, sich von den Linken zu distanzieren etc. Trotzdem hielt die Demokratische Allianz an ihrem Aufruf fest und hat sich auch im Nachherein nicht vom sogenannten ,,Vandalismus'' distanziert.

Das Problem der bürgerlichen Opposition besteht einfach darin, daß Pinochet nicht bereit ist abzutreten oder wenigstens zu verhandeln. ,,Sin protesta no hay cambio'' — ohne Protest kein Wechsel war die Parole für die Protesttage. Die Mobilisierung des Volkes ist notwendig, um die Diktatur unter Druck zu setzen. Dies nennt sich Politik der ,,sozialen Mobilisierung''. Zugleich will die Demokratische Allianz die Initiative und Kontrolle über die Massenproteste behalten, um kein Terrain an die Linke zu verlieren. ,,Wenn der Alte (Pinochet) nicht geht, dann kriegen wir hier ein neues Nicaragua'', das ist eine unter Christdemokraten verbreitete Sorge. Deswegen die ,,soziale Mobilisierung'', z. B. zu den letzten Protesttagen, deswegen aber zugleich die Verzögerung, Behinderung, Hinhalten der Vorbereitungen für den Paro Nacional, der wahrscheinlich eine weitere Radikalisierung bedeuten wird.

Zwei weitere Grundpfeiler der Politik der rechten Christdemokratie sind neben der sozialen Mobilisierung die Konstituierung einer demokratischen Regierungsalternative unter Ausschluss der KP (und des MIR natürlich sowieso) und die Bildung des sogenannten grossen demokratischen Komsens aller zivilen Kräfte, d. h. die Annäherung und Vereinigung mit dem rechten und faschistischen Lager. Der Christdemokrat Aylwin hat kürzlich vorgeschlagen, Pinochets Verfassung von 1980 anzuerkennen (was bislang von der gesamten Opposition abgelehnt wird), um auf dieser Grundlage zu Verhandungen zu kommen. Dies sei die einzige Möglichkeit für einen demokratischen und friedlichen Ausweg (und bedeutet letzlich eine ,,Lösung'' m i t Pinoche bis 1989). Andere Teile der Christdemokratie und der Demokratischen Allianz (vor allen der Gewerkschaftsblock um Seguel, die Kräfte des Sozialitischen Blocks, die christliche Linke) halten an den alten Grundforderungen fest: Weg mit Pinochet, Verfassungsgebende Versammlung, Übergangsregierung, wirtschaftlicher Notplan, und sie orientieren weiterhin auf die Zusammenarbeit mit der Linken. Die Auseinandersetzung dieser Strömungen ist in Bewegung, täglich gibt es neue Meldungen, und ein Ergebnis ist derzeit nicht absehbar.

Die Volksdemokratische Bewegung, MDP, sieht unter diesen Umständen ihre Aufgabe darin, den Paro Nacional und die weitere Mobilisierung des Volkes durchzusetzen. Im Oktober sollen auf jeden Fal — wenn nicht der Paro Nacional — ein Streik und Proteste stattfinden. Die kürzliche Abwertung des Peso, die unmittelbar zu enormen Preisteigerungen aller, aber auch wirklich aller Produkte geführt hat, wird mit dazu beitragen, daß dieses Jahr nicht ruhig und alltäglich zu Ende geht.





Guillermo Nunez

Die rechten Parteien und das Regime

Die Bestrebungen der Junta liefen in letzter Zeit darauf hinaus, sehr gezielt die Linken Kräfte zu verfolgen und zu isolieren und gleichzeitig Teile der bürgerlichen Opposition und die Rechte an sich zu binden. Dieser Versuch, die politische Rechte zu einem Bündnis zu formieren, das der Regierung politischen Rückhalt gibt, ist erst einmal gescheitert. Und dürfte auch für die Zukunft schwer herzustellen sein, da Verständigung und Verhandlung auf der Grundlage, wie sie das Regime will, kaum möglich ist. Dazu gibt es auch innerhalb dieser rechten Mafia zuviele ideologische und politische Widersprüche, die allerdings schwer zu durchschauen sind.

Die ,,Gruppe der Acht'' (ein Zusammenschluß der äußersten Rechten) ist auseinandergebrochen. Im Juli haben fünf recht obskure Gruppierungen von offenen Faschisten bis zu Ultrakonservativen eine ,,Nationale demokratische Übereinkunft'' — Adena — unterzeichnet. Die traditionelle Partei der Bourgeoisie (Partido nacional) hält sich davon aber fern und legt Wert auf ein regierungsunabhängigeres Profil. Die rechtere UDI (Unabhängige demokratische Union) hält sich ebenfalls auf Distanz, hat sich aber gerade dadurch hervorgetan, einen Prozeß anzustrengen, der die MDP als verfassungsfeindlich erklären, d.h. verbieten soll.

Während der Christdemokrat Aylwin im Prinzip bis 1989 eine Lösung m i t den Militärs anvisiert, hat sich am 23. September der Chef der Luftwaffe und Mitglied der Junta, General Matthei, mit einem eigenen ,,Versöhnungsvorschlag'' hervorgetan, der in eine etwas andere Richtung — zumindest verbal — zu gehen scheint: Einrichtung eines Kongresses v o r 1989, Rückzug der Militärs, sobald ein Kongress existiert und möglichst baldige Aufnahme von Verhandlungen zwischen allen demokratischen Kräften. Dies scheint ein Alleingang und weniger eine gezielte Politik der Junta zu sein, illustriert aber doch anschaulich die Unterschiedlichkeit der Initiativen des rechten Lagers. Bis auf die MDP, die diesen Vorschlag zu recht als ,,Sirenengesänge'' klar abgelehnt hat, haben alle anderen Parteien in der Opposition diesen Vorschlag mit mehr oder weniger großen Einschränkungen begrüßt.

Die Widersprüche reichen also bis in die Junta selbst hinein. So hat es auch Differenzen bzgl. des Parteiengesetzes gegeben, das seit Wochen als wesentlicher Schritt auf dem Weg zur Demokratie (im Jahre 2000 und soundsoviel) verkauft wird. In dieser Frage zeichnet sich jetzt eine Einigung ab,die es nichtmarxistischen Parteien unter einer Vielzahl von Auflagen ermöglichen soll, als solche anerkannt zu werden.

An der hatten Linie der Junta gegenüber der Opposition ändert das in der Praxis allerdings wenig. Innenminister Jarpa, der voriges Jahr als Minister des Dialogs und der demokratischen Offnung antrat, spricht heute von der Notwendigkeit einer neuen Ideologie, einer nationalistisch-völkisch-pinochetistischen Doktrin, die geeignet ist, den Kampf gegen den Marxismus und für die Respektierung der Verfassung zu führen. Pinochet selber macht es immer wieder deutlich, daß er vor 1989 nicht abtreten wird und gern auch noch länger zur Verfügung steht. In der ,,Rede ans Vaterland'' am 11. September hat er betont, daß der Marxismus noch lange nicht besiegt sei, daß es sich um einen ,,langandauernden Krieg'' handele.

Ganz auf dieser Linie liegt die seit einem halben Jahr wieder verschärfte Repression besonders gegen die linke Opposition (s. untenstehenden Artikel), die aber auch nicht vor führenden bürgerlichen Politikern halt macht. Diese Politik ist darauf angelegt, die Situation weiter zuzuspitzen — sie provoziert einen chilenischen ,,heißen Frühling''.

Lateinamerika-Kommission

Die Opposition im Wechsel von Zugeständnissen und Repression

Mit dem ,,Nationalen Protesttag'' am 27. März d.J. erreichte die oppositionelle Bewegung einen vorläufigen Höhepunkt. Das Regime sah sich gezwungen, einige Zugeständnisse zu machen. Sie wechselte den Finanz- und den Wirtschaftminister aus und besetzte diese Posten mit zwei Politikern, die genau wie der jetzige Innenminister Jarpa, schon unter AlessandriMinister waren und zu der Fraktion gerechnet werden, die die Linie der ,,demokratischen Öffnung'' vertreten. Es wurdeneine Steueramnestie für die schwer verschuldeten kleinen und mittleren Unternehmen erlassen und den Transportunternehmern Kredite eingeräumt . Politisch versprach die Junta, unter bestimmten Umständen vor 1989 abzutreten und ein Parteiengesetz zu entwickeln. Die ,,Gruppe der Acht'' (ein Bündnis der rechts von den Christdemokraten stehenden Parteien) wurde ins Leben gerufen, die die Funktion haben sollte, der Junta den Anschein einer sozialen Basis zu geben und bestimmte Sektoren der bürgerlichen und rechten Kräfte an sie zu binden. Diese Initiativen der Junta bewirkten eine gewisse Neutralisierung der bürgerlichen Opposition und schwächte ihre Stellung vorübergehend.

Gleichzeitig verstärkte die Junta die Repression gegen die linken Kräfte, im besonderen gegen die ,,Volksdemokratische Bewegung'' (MDP), CODEPU, den Dachverband der verschiedensten Organisationen, und gegen den MIR.

Die Büros der MDP und von CODEPU in verschiedenen Städten des Landes wurden wiederholt überfallen, die Einrichtungen zerstört und die Unterlagen gestohlen oder beschlagnahmt.

Ende Juni wurden der Vertreter des MIR in der nationalen Leitung der MDP, der Priester Maroto, und der amtierende Generalsekretär, Sanfuentas, für drei Monate innerhalb Chiles verbannt. Einen Monat später wurden ihre Vertreter, Juan Parra und Oziel Nunez, sowie zwei weitere führende Oppositionelle verhaftet und aus Chile ausgewiesen. Anfang Oktober wurden die z.Zt. einzigen öffentlichen Sprecher der MDP, die Vertreter der kommunistischen und der sozialistischen Partei, zusammen mit den anderen Organisatoren des letzten ,,Nationalen Protesttages'' verhaftet. Sie sind angeklagt wegen ,,Gefährdung der inneren

Nunez, sowie zwei weitere führende Oppositionelle verhaftet und aus Chile ausgewiesen. Anfang Oktober wurden die z.Zt. einzigen öffentlichen Sprecher der MDP, die Vertreter der kommunistischen und der sozialistischen Partei, zusammen mit den anderen Organisatoren des letzten ,,Nationalen Protesttages'' verhaftet. Sie sind angeklagt wegen ,,Gefährdung der inneren

Sicherheit''.

In den letzten Monaten sind mindestens 14 Menschen bei sogenannten ,,bewaffneten Zusammenstößen mit den Sicherheitsstreitkräften'' ermordet worden. Im Juli wurden fünf Menschen, unter ihnen Patricio Sobarzo, der Regionalvertreter von CODEPU in Santiago, Ende August neun Mitglieder des MIR auf offener Straße erschossen. Zwei Miristen droht die ,,legale Ermordung'', nachdem ein Kriegsgericht sie in der letzten Septemberwoche zum Tode verurteilt hat. Ähnliche Verfahren drohen den anderen Inhaftierten (s.a. AK 247).

Das ,,Köpfen'' der MDP-Führungsspitze in regelmäßigen Abständen, die verschärfte Repression gegen die sozialen- und Basisorganisationen, die wieder verstärkt angewendete Praxis der Ermordung auf offener Straße haben die linken Kräfte sehr geschwächt. Alle diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Führung der Linken auszuschalten, die Linke zu isolieren. Das ist der Junta so zwar bisher nicht gelungen, aber sie hat die Möglichkeiten der Linken, die spontane Massenbewegung zu organisieren und ihr gegenüber der bürgerlichen Opposition ein stärkeres Gewicht zu verleihen, erheblich eingeschränkt.

Im August hatte sich das Regime soweit stabilisiert, daß Pinochet alle politischen Zugeständnisse wieder zurücknehmen und sogar damit drohen konnte, das Massaker vom 11. September 1973 zu wiederholen, wenn ,,die Politiker'' jetzt nicht Ruhe gäben.

Sie gaben keine Ruhe: Am 4. und 5. September fand der bisher größte ,,Nationale Protesttag'' unter gemeinsamer Führung aller oppositionellen Bündnisse statt. ,,El va caer'' — er wird fallen, aber daß er dieses Jahr noch fällt, dagegen sprechen zu viele Faktoren.

Lateinamerika-Kommission

»Es muß eine breite Paralysierung des Landes geben«

Interview mit Reynaldo Saez, Nationalrat der MDP

Die Demokratische Volksbewegung hat die Protesttage vom 4./5. September als großen Erfolg eingeschätzt. Was unterscheidet diese Protesttage von den vorhergegangenen, worin bestehen die Fortschritte?

Die Protesttage vom 4./5. September zeichnen sich durch die breite und aktive Beteiligung der Bevölkerung aus. Alle Sektoren, die am 27. März teilnahmen, beteiligten sich jetzt auch, die Bewohner der Poblaciones, Frauen, Jugend, Studenten. Das Interessante ist aber, daß diesmal größere Teile der Mittelschichten aktiv teilnahmen, Transportunternehmer, Angestellte, Lastwagenfahrer, der Einzelhandel.

Ist die Beteiligung des Einzelhandels nicht hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Präsident ihres Verbandes wegen Steuervergehen verhaftet wurde und der Verband deswegen aus Protest zur Schließung der Geschäfte aufrief?

Die Sache mit Cumsille (Chef des Einzelhandelsverbandes) ist wichtig, aber sie erklärt nicht die schlechte Situation dieses Sektors. Es zeigt sich seit einiger Zeit eine aktivere Politik gegen die Regierung, die mit ihrer Restriktionspolitik den Konsum unmöglich macht und damit direkt die Geschäftsleute trifft. Das ist das objektive Problem, der Fall Cumsilla ist nur e i n Ausdruck der schwierigen Situation, hat aber auch mit zur Mobilisierung der Geschäftsleute beigetragen. Außerdem hatte die Regierung nach dem Protesttag am 27. März einige Maßnahmen angeboten, Verlängerung von Krediten, Erlassung von Geldstrafen u.a. dies hat die Geschäftsleute kurze Zeit beschwichtigt, es hat sich aber inzwischen deutlich gezeigt, daß sich dadurch die Lage des Handels nicht bessert. Deswegen haben so viele ihre Läden geschlossen und sich damit an den Protesttagen beteiligt.

Trotz der breiten Beteiligung haben aber die Fabriken an diesen Protesttagen gearbeitet.

Da haben wir den kritischen Punkt. Der Arbeiter, der Arbeit hat, ist noch nicht aktiv in den Kampf einbezogen. Das ist das Ergebnis der Repression, der Wirtschaftspolitik, d.h. der großen Arbeitslosigkeit, das zeigt aber auch, daß wir Fehler gemacht haben. Unsere Arbeit im Gewerkschaftsbereich hat viele Mängel, die MDP hat als Zusammenschluß verschiedener Organisationen bisher keine eindeutige und gemeinsame Arbeit in diesem Sektor entwickelt, was eine klare Weichenstellung verhindert hat.

Aber, soviel ich weiß, haben die wichtigsten Gewerkschaftsgremien doch schon im April den Beschluß gefaßt, einen Paro Nacional (Generalstreik im Sinne von Paralysierung des ganzen Landes) durchzuführen. Und zwar innerhalb von 60 Tagen, diese 60 Tage sind längst vorbei.

Das zeigt nur die Schwierigkeiten, die in diesem Bereich existieren. In den Gewerkschaften ist der Einfluß der Sozialdemokratie und der Christdemokraten stark. Innerhalb der Christdemokratie gibt es viele Widersprüche, die sich in die CNT (Gewerkschaftsverband aller oppositionellen Gewerkschaften — es gibt daneben noch die vom Regime selber gegründeten Gewerkschaften) hinein auswirken. Seguel und Bustos z.B. als Vertreter der fortschrittlicheren Linie sind für einen Paro Nacional, die rechteren Kräfte sind für partielle Einzelaktionen und vor allem skeptisch in Bezug auf eine engere Zusammenarbeit mit der Linken, mit MDP.

Das wesentliche ist, daß die CNT den Beschluß für einen Paro Nacional faßt und ihn möglichst für Oktober ausruft. Dafür arbeiten wir. Dafür arbeitet auch die CNS (Nationale Gewerkschaftskoordination), die die fortschrittlichsten Gewerkschaften des Landes (MDP und linke DC) zusammenschließt.

Das heißt, wenn CNT zum Paro Nacional aufruft, dann wird er auch befolgt?

Es geht nicht nur darum, daß CNT aufruft, natürlich ist das die wesentliche Voraussetzung, aber nicht die einzige. Entscheidend ist auch die Agitation und Propaganda für den Streik, das Kampfmittel des Streiks viel breiter zu verankern, mehr Sektoren dafür zu gewinnen. Außerdem gilt es, neben der CNT ebenso die Kräfte der Demokratischen Allianz (AD) für den Paro zu gewinnen. Viele Verbände der profesionales (Lehrer, Ärzte, Erzieher, gehobene Angestellte etc.), in denen die AD Einfluß hat, sind z.B. für einen Paro Nacional. Darauf kommt es an, daß so viele Kräfte wie möglich aktiv für die Mobilisierung und für den Paro Nacional eintreten. Wir arbeiten auf jeden Fall darauf hin, daß er im Oktober stattfindet.

Wie war die Zusammenarbeit in dem nationalen Organisationskomitee für die Protesttage, in dem alle Oppositionskräfte, Demokratische Allianz, Sozialistischer Block und Demokratische Volksbewegung einschließlich der Gewerkschaften (CNT) zusammengeschlossen waren?

Alle politischen Kräfte der Opposition waren sich in den vergangenen Monaten darüber einig, Protesttage auszurufen und sich dafür zu vereinigen. Die Demokratische Allianz hat dann beschlossen, auf eigenen Rechnung und allein aufzurufen. Aber das ist nicht so wichtig. Wenn die Demokratische Allianz Erfolge für sich in Anspruch nehmen will, beunruhigt uns das nicht. Wichtig ist, daß sie sich für die Mobilisierung der Massen und einen kämpferischen Weg zur Beseitigung der Diktatur einsetzt. Das nationale Protestkomitee wurde nach den Protesttagen nicht aufgelöst, sondern arbeitet weiter, das halten wir für einen wichtigen Schritt. Natürlich versucht das Regime, die rechten Kräfte in der AD zu stärken und die Zusammenarbeit mit dem Sozialistischen Block und MDP zu verhindern. Aber die Situation des Landes erfordert und fördert die Tendenz nach Einheit und nach einheitlicher Aktion.

Die Bürgerliche Opposition hat zu Protesttagen aufgerufen, wobei von vornherein klar war, daß es zu Konfrontationen kommen würde. Sie hat sich auch im Nachhinein nicht von den sogenannten „Ausschreitungen" oder „Vandalismus" distanziert. Das ist für westdeutsche Verhältnisse schwer vorstellbar.

Man muß einfach verstehen, daß Mobilisierung und Kampf des Volkes für zwei politische Lösungen nützlich sein können. Eine ist die kämpferische Lösung, der Bruch mit dem Regime (salida rupturista), für uns der einzige Weg, um die Demokratie zu erobern. Der Bruch ist notwendig, weil es keine Verständigung mit der faschistischen Diktatur geben kann. Zum zweiten kann die politische und soziale Mobilisierung natürlich auch den Kräften, einschließlich der Demokratischen Allianz, nutzen, die glauben, daß es möglich ist, mit diesem Regime zu verhandeln. Auch ihnen dient die Mobilisierung des Volkes, um die Bedingungen für Verhandlungen zu verbessern.

Welchen Einfluß hat der Plan von Aylwin (Anm.: rechter Christdemokrat, s. nebenstehenden Artikel) innerhalb der AD?

Ich glaube, er hat ein Gewicht, aber ich glaube nicht, daß er die Mehrheit in der AD hat. Pinochets letzte Rede vom 11.9. zeigt, daß er nicht abtreten will und in keiner Weise bereit ist zu verhandeln.

Man muß auch verstehen, daß die Christdemokratie aus verschiedenen Teilen besteht. Teile des Volkes, die sich durch die Christdemokratie repräsentiert fühlen, entwickeln eine politische Aktivität entsprechend ihren konkreten Interessen. Es war z.B. interessant zu sehen, wie Anhänger der Christdemokratie in den Poblaciones an den Protesten teilnehmen. Zunächst durch logistische Unterstützung, indem sie Material beschaffen usw. Oft sind es Leute, die in besseren ökonomischen Verhältnissen leben, sie besorgen dann z.B. die Nägel, aus denen Miguelitos (Krähenfüße) hergestellt werden. So reihen sie sich Schritt für Schritt ein und nehmen schließlich auch an den Auseinandersetzungen mit den Carabineros teil. Das wirkt sich natürlich auf die Haltung der Führung aus. Wir als Linke haben ein großes Interesse an der Zusammenarbeit mit den Christdemokraten. Natürlich ist es ebenso im Interesse der Rechten, einschließlich der Faschisten, die Christdemokraten in ihre Wirklichkeit hinüberzuziehen. Während der Unidad Popular war das gelungen, die Christdemokratie war der Politik und Taktik der Faschisten verbunden. Viele Christdemokraten bauten Barrikaden gegen die Regierung Allende. Die Barrikaden, die wir heute erleben, sind nicht dir ersten. In den letzten Tagen der Regierung Allende gab es überall im Zentrum von Santiago Barrikaden, und die zentralen Verkehrswege waren versperrt. Diese Leute nehmen heute eine andere Position ein, und wir sind daran interessiert, sie ans Volk zu binden.

Was sind die Hauptaktivitäten für die kommenden Wochen?

Die permanente Mobilisierung. Du hast gesehen, daß die Proteste nicht am 5. September vorüber waren. Es gab weitere Aktivitäten am 6., 7., am 11. September. Die Durchführung immer weiterer Aktionen, um immer mehr Kräfte anzusammeln. Eine wichtige Aufgabe ist, die Arbeit des nationalen Protestkomitees weiterzuführen. Außerdem die enge Zusammenarbeit mit der CNS (linke Gewerkschaftskoordination) zur Vorbereitung des Paro Nacional im Oktober und alle Anstrengungen innerhalb der CNT (allgemeines Gewerkschaftskommando einschl. rechte DC), damit es zu einem Aufruf im Oktober kommt.

Als MDP sind wir der Meinung, daß es eine sehr enge Verbindung gibt, zwischen den Protesten und dem Paro (Streik). Es muß eine breite Paralysierung des ganzen Landes geben, nicht nur den Streik in den Fabriken, sondern den Kampf des ganzen Volkes. Deswegen wird die MDP, wenn der Aufruf zum Streik herausgekommen ist, für den Tag vorher zu Protesten aufrufen, als Form der Agitation, Vorbereitung und Unterstützung für den Streik.

El-Salvador-Solidarität

Höchste Zeit für Initiativen

Seit fast einem Jahr werden weite Teile El Salvadors, koordiniert von US-amerikanischen Aufklärungsflugzeugen, mit massiven Luftbombardements überzogen. Das direkte Eingreifen von US-Soldaten ist soweit vorangeschritten, daß sie inzwischen wichtige Kommandostrukturen in der salvadorenischen Armee übernommen haben.

Trotz militärischer Erfolge ist die FMLN/FDR auf der anderen Seite international isolierter denn je. Gleichzeitig befindet sich die Solidarität mit El Salvador in einem Zustand der Lähmung. Der folgende Artikel untersucht die Bedingungen und Gründe, die zu diesem Rückgang geführt haben. Es wird die These aufgestellt, daß die Lähmung nur überwunden werden kann, wenn die diplomatisch/politische Orientierung der FMLN/FDR auch zu einem Instrument der praktischen Arbeit der Solidaritätskomitees gemacht wird.

Der Artikel steht im Zusammenhang mit der im ARBEITERKAMPF 247 veröffentlichten Untersuchung :„El Salvador 1984 — Man kann nicht die Revolution machen, die man gerne hätte, sondern nur die, die man machen muß."

Ein Thema der Bundeskonferenz der El Salvador-Solidaritätsgruppen (28. — 30.9.) war die gegenwärtige Schwäche der Solidaritätsbewegung. Eine grobe Bestandsaufnahme ergab folgendes Bild: Die Zahl der hauptsächlich zu El Salvador arbeitenden Komitees ging von 70 (1981) auf ca. 10 zurück. Desgleichen ging das Spendenaufkommen zurück: Auf das „Waffenkonto" bei der taz gingen von 1980 — 1981 1,4 Mio. DM ein; bis April 1982 waren es 2,9 Mio. DM, bis Ende 1983 3,4 Mio. DM. Der jetzige Stand liegt bei 3,6 Mio. DM. Damit ist das Spendenaufkommen der letzten zwei Jahre zum Vergleichszeitraum 1 980/81 enorm zurückgegangen. Nach Auskunft der Informationsstelle El Salvador wird zu der Kampagne „poder popular" nicht mehr gearbeitet. Die Spenden auf das zentrale Konto der FMLN/FDR in der BRD gehen gegen Null.

Außerhalb des näheren Komitee-Umfeldes existieren zwar nach wie vor die Christliche Initiative El Salvador (CIES), und auch medico international arbeitet weiterhin für medizinische Projekte in dem Land, dennoch muß festgestellt werden, daß sich auch die humanitären Organisationen eher in der Defensive befinden. So wurde Heiner Geißler 1982 noch von terre des hommes scharf kritisiert, als er zur Unterstützung Duartes bei den damaligen „Wahlen" zur Verfassunggebenden Versammlung aufrief. Zwei Jahre darauf konnte sogar die SPD die „Präsidentschaftswahlen" vom März 84 anerkennen und Duarte „demokratische Bemühungen" bescheinigen.

Wurde noch bis vor zwei Jahren die Völkermordpraxis des salvadorenischen Regimes und die ständigen Menschrechtsverletzungen in der liberalen Presse häufig angeprangert, so wird seit einem halben Jahr von eben dieser Presse die Bombardierung der von der FMLN kontrollierten Gebiete und der Einsatz von Napalm **systematisch verschwiegen.** Ein weiterer Ausdruck der politischen Schwäche der **gesamten El Salvador-Solidarität** ist die nahezu ohne Aufsehen erfolgte Wiederentsendung eines BRD-Botschafters nach San Salvador und die erneute Aufnahme der Entwicklungshilfe für das Duarte-Regime durch die Bundesregierung.

Die einzige, in diesem Zusammenhang positive Entwicklung, ist die kürzliche Rücknahme der Verlegungsabsichten der Flüchtlingslager in Honduras, die aber nicht nur auf internationale Proteste zurückzuführen ist, sondern wohl auch auf Veränderungen in Honduras selbst (1).

Zur Zeit haben wir es also nicht nur mit einem allgemeinen Rückgang des öffentlichen Interesses an El Salvador zu tun, sondern gleichzeitig befinden sich die organisierten Teile der El Salvador-Solidarität in einem Zustand, der als Krise, zumindest aber als Lähmung bezeichnet werden muß. Es hat Versuche gegeben, diese Lähmung zu durchbrechen .

Die Verbindung Nicaragua — El Salvador...

Bis 1982 konzentrierte sich die imperialistische Aggression tatsächlich auf El Salvador, während die strategische Vorbereitung der Vernichtung der Sandinistischen Revolution zunächst relativ unbemerkt vollzogen wurde. Erst mit den massiven Überfällen der Contra auf Nicaragua ab 1982, der Invasion auf Grenada im Oktober 1983 und der äußerst zugespitzten Lage zum Jahreswechsel, der anschließenden Verminung der Häfen durch die CIA, sowie der dann größten Contraoffensive wurde deutlich, wie akut bedroht Nicaragua von Anfang an ist. Der Eindruck der Jahre 80/81, die sandinistische Revolution sei „gesichert", während die nächste Entscheidungsschlacht in El Salvador unmittelbar bevorstehe, erwies sich auf dramatische Weise als falsch.

Der Ruf nach Verbindung der Solidaritätsaktionen zu Nicaragua mit El Salvador wurde ab dem Moment häufiger erhoben, als das öffentliche Interesse sich vermehrt auf Nicaragua richtete. Die erste Zuspitzung erreichte die Forderung in den Diskussionen um den Charakter der Entsendung von Arbeitsbrigaden. Das Westberliner El Salvador-Komitee veröffentlichte dazu den Aufruf „Waffen für El Salvador — Brigaden nach Nicaragua".

Tatsächlich lief diese Form der Verbindung aber eher auf eine Behinderungspolitik gegen die Arbeitsbrigadenkampagne selbst hinaus. Gleichzeitig wurde von anderer Seite versucht, die Einbeziehung der Unterstützung der FMLN/FDR in die Kampagne von vornherein zu verhindern.

Als Ergebnis der weiteren Auseinandersetzungen um die Arbeitsbrigaden und die zukünftige Mittelamerika-Solidarität wurde schließlich auf dem Bundestreffen der Nicaragua-Komitees vom März d.J. in Münster der Aufruf „Arbeitsbrigaden für das befreite Nicaragua — Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador" mit dem selbstgesetzten Ziel verabschiedet, 200.000 DM zu sammeln, die zur Hälfte an die FMLN/FDR sowie drei Aufbauprojekte in Nicaragua gehen sollen.

Wie sich auch auf dem Salvador-Bundestreffen herausstellte, ist mit diesem Aufruf praktisch nicht gearbeitet worden. Das, was als die endlich geschaffte Verbindung angesehen werden sollte, brachte, vom Spendenstand her gesehen, bis heute ganze 35.000 DM!

...bisher gescheitert

Wie kommt dieser Rückschlag zustande? In jedem Fall muß der Umstand berücksichtigt werden, daß es heute möglich ist, ein sehr breites Spektrum gegen die US-Intervention in Nicaragua zu mobilisieren, während dasselbe Spektrum nicht unmittelbar bereit ist, im selben Maße eine revolutionäre Bewegung zu unterstützen, die noch um die Macht kämpft. Nicaragua ist seit über fünf Jahren ein revolutionärer Staat. Er verfügt über eine Regierung, die — selbst unter Kriegsbedingungen — Erfolge vorweisen kann, zu denen die wenigsten Länder der „Dritten Welt" auch nur annähernd in der Lage

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite



„Deine Stimme zählt nicht!" Losung der FMLN zu den Wahlen

sind., Hinzu kommt, daß ein wichtiger Bestandteil der Sandinistischen Revolution die Durchsetzung und das Aufrechterhalten bürgerlich-demokratischer Prinzipien ist. Und dies bedeutet auch, daß die Imperialisten ihre vorgeblich eigenen Ideale fortwährend in Nicaragua zerstören und sich damit selbst in Widersprüche stürzen, konkret ihre Verlogenheit offensichtlich ist.

Ein weiterer Punkt ist, daß die aktuellen politischen Notwendigkeiten der Solidaritätsarbeit für Nicaragua unvergleichlich viel klarer erscheinen als gegenüber El Salvador: Alles für die Verteidigung der Revolution, gegen die Contra, gegen die Intervention! Diese Trennungslinie zur Konterzevolution ist um vieles leichter nachzuvollziehen , als die schwierige Lage, in der sich die revolutionäre Bewegung El Salvadors befindet und in der sie ihre Politik entwickelt.

Es ist der bürgerlichen Propaganda zwar nicht gelungen, El Salvador in das „Ost-West-Schema" zu pressen, aber es war möglich, das Bild eines schwer durchschaubaren „Bürgerkrieges" zu verbreiten. Hinzu kommt, daß das offensive Propagieren der Berechtigung und Notwendigkeit des bewaffneten Befreiungskampfes, gerade in einem langen Krieg, das von der Friedensbewegung in der BRD befestigte Dogma der Gewaltfreiheit gegen sich hat.

Die aktuell aber wohl größte Schwierigkeit für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit besteht darin, gegen das von der SPD mit durchgesetzte Trugbild vorzugehen, demzufolge mit den Präsidentschafts„wahlen" vom März bzw. Mai d.J. in El Salvador ein Demokratisierungsprozeß versucht werden: Der Christdemokrat Duarte stehe, wenn auch einigermaßen hilflos „zwischen den Fronten", trete für Frieden, Reformen und Dialog ein, wozu aber der „Terror von links und rechts" eingedämmt werden müsse. Der außenpolitische Sprecher der SPD, Uwe Holtz, hat anläßlich der Mittelamerika-Debatte des Bundestages im Sommer Duarte in genau diesem Sinne die Unterstützung der SPD zugesagt.

Tatsächlich steht diese, als Teil des Krieges gegen das salvadorenische Volk installierte Sichtweise im krassen Widerspruch zu der Wirklichkeit El Salvadors. Eine der ersten Amtshandlungen Duartes war die, nach Washington zu reisen und von dem Kongreß der USA für 61 Mio. Dollar Ver-

Salvadors. Eine der ersten Amtshandlungen Duartes war die, nach Washington zu reisen und von dem Kongreß der USA für 61 Mio. Dollar Ver-

nichtungswaffen zu verlangen. Im ersten Halbjahr 1984 zählte die FMLN 158 Luftangriffe auf die von ihr kontrollierten Gebiete. Allein im Juni und Juli, den ersten beiden Monaten der Präsidentschaft Duartes, gab es 74 massive Luftbombardements. (IDES, 5.10.84) Von der Bevölkerung, die in diesen Gebieten verblieben ist, sind im August Hunderte den 250-Kilo Bomben zum Opfer gefallen, die von den USA gelieferte Kampfbomber nach Aussagen der katholischen Kirche z.T. unterschiedslos abwerfen. Der Chef der US-Militärberater in El Salvador hatte bereits während der März-„Wahlen" im Beisein von taz-Korrespondenten zugegeben, daß sich die Zahl der abgeworfenen Bomben in den letzten Monaten verdreifacht habe. (taz, 21.8.)

Warum fällt es dennoch so schwer, die Vernebelungspraktiken der SPD und das Schweigen der bürgerlichen Presse zu durchbrechen?

Die eigene Verunsicherung über El Salvador

Der Versuch, die El Salvador-Solidarität über die Verbindung mit Nicaragua gewissermaßen zu „retten", ist nach Lage der Dinge gescheitert. (Das bedeutet natürlich nicht, den Kampf gegen Kräfte aufzugeben, die sich weigern, die Verbindung zwischen Nicaragua und El Salvador überhaupt herzustellen). Es hat aber den Anschein, daß diese Forderung nur zu einem Teil auf Grundlage des realen Zusammenhangs erhoben wird, der zwischen der Verteidigung der sandinistischen Revolution und dem Kampf für den Sieg der Revolution in El Salvador besteht: **Der zweite Entstehungsort der Forderung ist die Verwirrung und Hilflosigkeit weiter Teile der El Salvador-Solidarität gegenüber den Entwicklungen in El Salvador selbst. Genauer gesagt, das Unverständnis gegenüber der strategischen Orientierung, die die FMLN eingeschlagen hat.**

Ein deutliches Zeichen dafür sind die Reaktionen der Komitees auf den Programmvorschlag der FMLN/FDR vom Februar 1984 zur Bildung einer Provisorischen Regierung der breiten Beteiligung. Der Vorschlag wurde zeitgleich in Mexico, New York und El Salvador vorgestellt, d.h. er hat auch die Funktion eines internationalen diplomatischen Vorstoßes der FMLN. Allerdings haben es die Komitees und die Infostelle El Salvador nicht verstanden, diesen Vorschlag in Form einer politischen Kampagne aufzugreifen, die das Ziel hätte, die Position der FMLN/FDR für diesen Vorstoß zu stärken.

Daß es zu keiner derartigen Kampagne kam, liegt zum einen daran, daß der Vorschlag selbst für die meisten Komitees überraschend erfolgte. Es gab von seiten der FMLN/FDR keine oder nur unzureichende Informationen über die inhaltlichen Auseinandersetzungen, die im Vorfeld zwischen den Organisationen der Front geführt worden sind. So wurde über den Vorschlag zunächst nur spekuliert.

Auf der anderen Seite legte die Debatte, die darüber geführt wurde, die Schwächen offen, die innerhalb der Bewegung selbst existieren und die ihrerseits zum Rückgang der Solidarität mit El Salvador beitragen.

„Kritikpapier"

Im April veröffentlichte der IDES ein Kritikpapier des Salvador-Komitees Westberlin, in dem die einzelnen Punkte des Programmvorschlages eingehend behandelt wurden. Insgesamt wurde der FMLN-Vorschlag als „Rückschritt" gewertet, als Preisgabe revolutionärer Positionen, letztendlich

gehend behandelt wurden. Insgesamt wurde der FMLN-Vorschlag als „Rückschritt" gewertet, als Preisgabe revolutionärer Positionen, letztendlich

handele es sich dabei um eine „sozialdemokratische Lösung". Die Ernsthaftigkeit dieser „Schlußfolgerungen" muß aber wegen der mangelnden Auseinandersetzung mit der Situation in El Salvador angezweifelt werden. Es wird keine Analyse der Kräfteverhältnisse und der aktuellen und mittelfristigen Bedingungen des Krieges vorgenommen, vielmehr folgen am Ende des Papiers, fast wie Entschuldigungen, solche Bedingungen in Gestalt von Phrasen wie:„Wir wissen natürlich um die Invasionsgefahr..."; "Uns ist natürlich bewußt, in welch schwieriger...etc". M.E. betreiben Strömungen wie das Berliner El Salvador-Komitee mit ihrem „Kritikpapier" gerade nicht einen Kampf gegen „Einseitigkeit und Beschönigung" in der Solibewegung und noch viel weniger einen Versuch ernsthafter Kritik an der FMLN und ihrer Politik, sondern deren propagandistische Vernichtung in der Solibewegung.

Die Solidaritätskomitees vertreten in ihrer Mehrheit keineswegs solche drastischen Auffassungen zur FMLN. Es wäre nur eine Illusion zu glauben, die Schwäche der El Salvador-Solidarität in erster Linie dadurch überwinden zu wollen, daß sie mit Nicaragua in (die notwendige!) Verbindung gebracht wird. Keine gemeinsame Kampagne wird das grundlegende Mißtrauen beseitigen können, das gegenüber der Antiinterventionspolitik der salvadorenischen Revolutionäre nach wie vor herrscht. Dies wird auch dem neuen Aufruf für die Kampagne „Waffen für El Salvador" (so begrüßenswert er ist) nicht gelingen, solange nicht das gegenwärtig zentrale politisch/diplomatische Instrument der FMLN/FDR, der Programmvorschlag der FMLN/FDR, der Programmvorschlag zur Bildung der provisorischen Regierung, in unsere Praxis aufgenommen wird.

In der Antwort auf das Kritikpapier wurde der Programmvorschlag in folgenden Zusammenhang gebracht: „Die Intervention ist inzwischen das Grundproblem der salvadorenischen Revolution geworden. Es ist keine Lösung in keinem mittelamerikanischen Land möglich, für keins der grundlegenden sozialen und Strukturprobleme und um so weniger für die Machtfrage, ohne auf die Politik der USA zu stoßen. Im Fall El Salvador ist die Alternative klar: Die Revolution kann nur entweder über einen direkten militärischen Zusammenstoß mit den USA oder über eine Verhandlungslösung mit den USA erreicht werden. Die letztendliche Entscheidung darüber werden die USA treffen — das heißt aber keinesfalls, daß die salvadorenischen Revolutionäre (und die internationale Solidaritätsbewegung) nicht die Verantwortung hätten, auf diese Entscheidung Einfluß zu nehmen bzw. auf die Faktoren, die sie bestimmen werden. Die Strategie der FMLN ist eindeutig: Alles, was sie tut, die Intervention zu vermeiden, muß gleichzeitig dazu dienen, auch ihre Bekämpfung vorzubereiten. Das gilt fürs militärische, fürs politische und fürs diplomatische, das gilt generell.

...Die FMLN kann nicht damit rechnen, die Armee der USA zu besiegen.., wohl aber damit, ihr einen militärischen Sieg unmöglich zu machen, was die Intervention politisch besiegbar machen würde. Dazu ist eine Bündnispolitik notwendig und der Maßstab, an dem man selbige mißt, kann nicht sein, ob diese Bündnisse tatsächlich und kurzfristig zustandekommen. Es ist möglich, daß sie nicht zustandekommen, aber dennoch im Falle der Intervention eine entscheidende Rolle spielen: als aufgezeigte Möglichkeit, als Alternative zum Weg des sicheren Todes und der Zerstörung, die der Regionalkrieg mit sich brächte für viele, die bisher vom Krieg noch nicht wirklich substantiell betroffen wurden." (IDES 194)

Die FMLN/FDR braucht eine internationale Unterstützung, die es ihr ermöglicht, in dem Zusammenhang von Kämpfen und Verhandeln nur die Kompromisse und Bündnisse einzugehen, die aufgrund der Kräfteverhältnisse notwendig sind: Die Beziehung ist eben so, daß solche Kompromisse umso weitreichender werden, je geringer diese Unterstützung ausfällt.

Dazu ist es nötig, das politisch/ideologische roll back, das auf vielen Ebenen hier und weltweit gegen die FMLN/FDR betrieben wird, zu bekämpfen.

Der Programmvorschlag bietet gute Möglichkeiten, ihn als Waffe in diesem Kampf zu nutzen. Denn er steckt die Polarisationslinie ab zwischen den Kräften, die die US-Intervention und die Verschärfung des Krieges gegen das Volk wollen, und denen, die um ein menschenwürdiges Leben in El Salvador kämpfen.

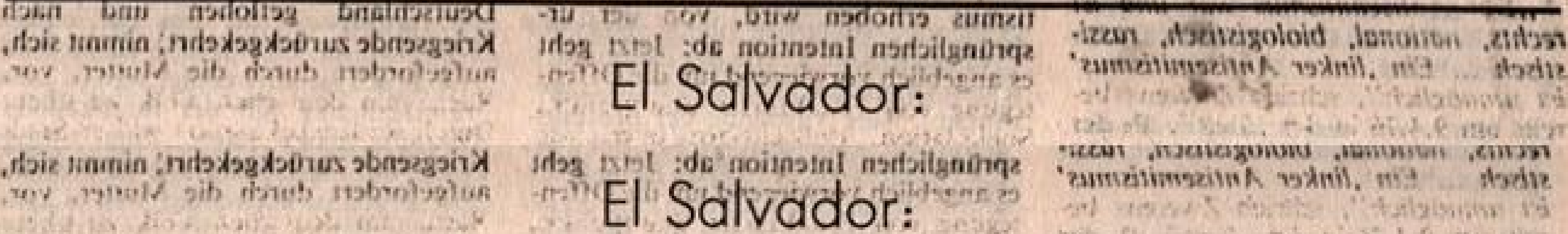
Duarte wird alles tun, um diese Konfrontationslinie zu unterlaufen. Er muß das tun, um weiterhin vorspiegeln zu können, er sei der Mann des Ausgleichs. Genau das ist die Funktion, die ihm die Imperialisten in ihrem militärischen Plan zugewiesen haben. Der Programmvorschlag ist dazu angetan, beides zu enthüllen.

Es reicht einfach nicht mehr aus zu fordern: Solidarität mit der FMLN! Sie braucht eine politische Kampagne, die die aktuellen Bedingungen und Notwendigkeiten ihres Kampfes einbezieht. Der nächste Schlag gegen die Befreiungsfront ist bereits angekündigt: „Wahlen" zur Nationalversammlung im kommenden Frühjahr!

hy, Internationalismus Kommission KB/Göttingen

Anmerkung

(1) Die Meldungen des letzten halben Jahres zu Honduras sind schwierig einzuschätzen. Die gesamte Armeeführung unter dem Kriegstreiber Alvarez wurde im Frühsommer ausgewechselt. Kürzlich proklamierte Suazo Cordoba „größere Unabhängigkeit von den USA". Honduras ist aber ein von den USA faktisch besetztes Land. Es ist deshalb weiterhin davon auszugehen, daß keine wichtigere politische Entscheidung ohne den US-Botschafter Negroponte getroffen wird.



El Salvador:

El Salvador:

Duarte spricht mit der FDR/FMLN

Die Presse ist der Einladung Duartes an den Verhandlungsort, der den friedlichen Namen La Palma trägt, mit über 1000 Journalisten gefolgt: „Überraschendes Friedensangebot"(Tagesspiegel), „Zeichen der Versöhnung" (NDR), „Optimismus nach der ersten Runde" (taz).

Die zeitliche Abfolge der tatsächlichen Ereignisse sieht so aus: **Montag, 8.10.** — In einer Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York schlägt Duarte ein Gespräch *„mit jenen, die in den Bergen kämpfen"* (TS,7.10.), also der FMLN vor. Der Zeitpunkt soll eine Woche darauf sein; Verhandlungsort die Stadt La Palma in der von der FMLN kontrollierten Nordprovinz Chalatenango. Mit der FDR-Führung will Duarte zu einem späteren Termin in Los Angeles zusammentreffen.

Vor der Küste El Salvadors beginnen die USA ein Seemanöver, das bis zum 22.10. andauert. Seit September finden in Honduras entlang der salvadorenischen Grenze gemeinsame „Übungen zur Guerillabekämpfung" (FAZ, 17.10) zwischen hondurenischen und Truppen der US-Armee statt.

Mittwoch, 10.10. — Die Befreiungsfront veröffentlicht ein Kommunique, in dem dem Vorschlag Duartes unter der Bedingung zugestimmt wird, daß sich ihre Delegation aus je 2 Vertretern der FMLN und der FDR zusammensetzt. Weiterhin soll der columbianische Staatspräsident Betancur als neutraler Vermittler teilnehmen.

US-Außenminister Shultz reist nach El Salvador, *„um mit Duarte den Vorschlag zu erörtern"* (FAZ, 11.10.) Die US-Botschaft in San Salvador reagiert „vorsichtig positiv". (TS, 12.10.)

Freitag, 12.10. — Die Ortschaft La Palma wird durch salvadorenisches Militär besetzt. Kurze Zeit später erhält der Kommandeur den Befehl, die Truppen zurückzuziehen. Die „Geheime Antikommunistische Armeee" (ESA) nennt die Gespräche *„Hochverrat"*, Duarte wird als *„Feind des Vaterlandes"* bezeichnet. (FAZ, 15.10.) Duarte bekräftigt seine Forderung an die FMLN, die Waffen niederzulegen und sich an Wahlen zu beteiligen.

Samstag, 13.10. — Duarte lehnt die Teilnahme Betancurs ab. Das Problem sei eines *„für Salvadorenen unter Salvadorenen und nur Salvadorenen werden anwesend sein."* (FAZ, 15.10.)

Montag, 15.10. — In der Kirche von La Palma beginnt die sechsstündige Unterredung zwischen den Commandantes Guardado und Cienfuegos von der FMLN, Ungo und Zamora von der FDR sowie Duarte, Armeeminister Casanova und Präsidialamtsminister Prendes. Als Beobachter fungiert Erzbischof Rivera y Damas. In einem kurzen Abschlußkommunique wird vereinbart, die Begegnung in der 2. Novemberhälfte fortzusetzen.

Dienstag, 16.10. — Ein hoher Beamter des State Department betrachtet das Zustandekommen der La Palma Konferenz als *„Rechtfertigung der amerikanischen Politik in dieser Weltgegend."* *„Offizielle Kreise in Washington"* geben der FAZ zu verstehen, *„daß sie fürchten, der Friedensprozeß in El Salvador werde sich ganz oder teilweise der amerikanischen Kontrolle entziehen. Weiter befürchten sie eine bewaffnete Rebellion innerhalb der salvadorenischen Armee."* (FAZ, 17.10.). Zur Erläuterung der Verhandlungen schickt Duarte seinen Sohn Alejandro nach Bonn.

Einiges spricht dafür, daß Duarte mit seinem Auftritt — immerhin vor der Volllversammlung der UNO — alle Beteiligten, insbesondere aber die FMLN, in Zugzwang gebracht hat. Der Befreiungsfront blieb in dieser Lage kaum etwas anderes übrig, als den Verhandlungen zuzustimmen, um auf diesem Weg den Programmvorschlag zur Bildung einer Provisorischen Regierung erneut in die Auseinandersetzung zu tragen.

Allerdings ist die Forderung Duartes, die Waffen niederzulegen und sich an Wahlen zu beteiligen, ebenso alt wie sie geeignet ist, Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Das „10-Punkte-Programm", das Duarte der FMLN/FDR am 15.10. vorlegte, ist gleichzeitig nur eine genauere Umschreibung dieser alten Fordrung. Aber die „10 Punkte" greifen in sehr demagogischer Weise — und nicht zufällig hat Duarte die Presse bestellt — Hoffnungen auf eine „Rückkehr der Aufständischen in ihre Familien" auf. Sie versprechen Sozialprogramme für die Versorgung von Invaliden und die „moralische, kulturelle, geistige und körperliche Wiederherstellung jener, die durch die Gewalt beeinträchtigt wurden", also der Opfer des von Duarte politisch geführten Krieges.

In Wirklichkeit sind dies keine Vorschläge an die FMLN, über die verhandelt werden könnte. Sie richten sich vielmehr an die Salvadorianer, die seit Monaten massiven Bombardierungen ausgesetzt sind. Es geht dabei nicht um „Ausgleich" wie die Medien kalkuliert glauben machen wollen, sondern darum, die Berechtigung und Notwendigkeit des Kampfes der FMLN/FDR massenwirksam zu vernichten. Dies sowohl in El Salvador selbst, als auch international. Die zweite Absicht ist nach wie vor der Versuch, die FDR von der FMLN abzutrennen als politische Begleitung zu der weiteren Verschärfung des Bombenkrieges.



Ungo (l.) und Zamora (r.)

»Das Judentum der Deutschen«

Zwerenz, Fassbinder und die Linke

„Hier sollte vorgestern ein Stück gegen die Juden, ‚Unser Verkehr' betitelt, erscheinen. Der Staatssekretär (Hardenberg) wurde aber sehr böse, und verbot die Aufführung, zuletzt mit eifriger Höflichkeit, weil Graf Brühl (der Intendant) sich nicht gleich wollte bedeuten lassen. Man sagt, Jacobsohn (Finanzmann) sei schon früh morgens zum Staatskanzler gefahren ... bei Tische beim Staatskanzler wurde gesagt, der und jener Jude sei in der letzten Schlacht geblieben, andere ehrenvoll verwundet, ob das eine Zeit sei, die alten schändlichen Vorurteile zu erneuern? Darüber sind nun aber viele Leute böse, denn Judenhaß und Adelsstolz flackern nun im Verlöschen noch zu guter letzt einmal recht auf!"
Am 3. Juli 1814 in einem Brief von Varnhagen an Rahel. (1)

Im Streit um die (Nicht-)Aufführung von Fassbinders Theaterstück **„Der Müll, die Stadt und der Tod"** hat sich die Linke einhellig hinter die ansonsten so stark umstrittenen Autoren Gerhard Zwerenz und Rainer Werner Fassbinder gestellt. Die im Vorfeld des Frankfurter Kommunalwahlkampfes zerstrittene linksgrüne Szene ist, zumindest in dieser Kontroverse, einmal vereint. Seien es die „fundamentalistischen" Römer-Grünen oder die „realpolitischen" Pflasterstrândler, die KBW-nahe Zeitschrift „Umbruch" oder Frankfurts Stadtmagazin „Auftritt", TAZ oder AK: Einmütig und geschlossen stellen sie sich gegen den Verbotsbeschluß, der die Aufführung des Fassbinder-Stücks in der Frankfurter Alten Oper untersagte, bewußt aber auch gegen „jüdische Vereinigungen" (Umbruch 7/84).

„Der Antisemitismus war und ist rechts, national, biologistisch, rassistisch ... Ein ‚linker Antisemitismus' ist unmöglich", schrieb Zwerenz bereits am 9.4.76 in der „Zeit", als der erste Streit um Fassbinder entbrannte. Mit dieser eigenwilligen griffigen Formel, die allerdings den historischen Fakten nicht standhält, glauben Zwerenz, Fassbinder und die Linke, sich jeder Kritik entziehen zu können.

Schlimmer noch: Da sich die Linken mit dem Phänomen des Antisemitismus (ganz zu schweigen vom aufklärerischen, progressiven = linken Antisemitismus) so gut wie nicht beschäftigt haben, wird der nationalsozialistische
mitismus) so gut wie nicht beschäftigt haben, wird der nationalsozialistische
Judenhaß zur objektiv einzig und real existierenden Erscheinungsform des Antisemitismus. Alles andere, besonders wenn es von „links" kommt, kann schon aufgrund dieser Definition „unmöglich" antisemitisch sein.

Fassanbass hat im AK 249 den Ball von Zwerenz aufgenommen und ebenfalls behauptet, der Vorwurf des Antisemitismus werde gegen Fassbinder nur deshalb erhoben, *um sich vor der Auseinandersetzung mit ganz anderen Dingen zu drücken"*. Der Kriegsfreiwillige Zwerenz, dessen antisemitischer Roman **„Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond"** die literarische Grundlage für Fassbinders Theaterstück lieferte, hatte die durchaus begründeten Kritiken, Fassbinders Stück und sein Buch zeichneten antisemitische Stereotype wider, abzuwehren versucht, indem er sich in die Pose des verfolgten Kritikers der gesellschaftlichen Verhältnisse stellte: *„Die kritischen Realisten werden kraft der geschilderten u n l e u g b a r e n F a k t e n* (Hervorh. Be.), *die sie beschreiben, zu westlichen Dissidenten ..."* (2). Diese Fakten, „um die sich die Kritiker drücken wollten, indem sie Zwerenz und Fassbinder des Antisemitismus beschuldigen, nämlich die kriminelle Spekulation in Frankfurt, eine korrupte Stadtpolitik und der Verfall einer Betonwüste, sind aber überhaupt nicht der eigentliche Kern der ganzen Auseinandersetzung.

Wohl mag es mehr als nötig sein, diese Zeit, in der Frankfurt zurecht als „Hochburg des Polizeiterrors" galt und von einer fanatischen SPD-Riege unter Rudi Arndt regiert wurde, in Erinnerung zu halten. Nötig ist zweifellos ebenfalls die Offenlegung der kriminellen Polizei- und Verwaltungspraktiken der Frankfurter SPD und (ab 1977) CDU, die Frankfurt zur neuen Hauptstadt des westdeutschen Neofaschismus zu küren versuchten. Wer erinnert sich nicht an Demonstrationsverbote für antifaschistische Protestdemonstrationen bei gleichzeitigem Polizeischutz für Nazis und Polizeiterror gegen Linke — übrigens lange bevor Wallmann den Römer übernahm. Sicherlich ist die Haltung der bürgerlichen Parteien gerade in einer, für ihre extreme Nazifreundlichkeit bekannten Stadt wie Frankfurt heuchlerisch und verlogen. Und dennoch: Allein mit dem Verweis auf eine rechtslastige CDU (Goethepreis für den Antisemiten Jünger, ein Rechtsradikaler (Mihm) als Stadtrat), eine korrupte und polizeisüchtige SPD (Polizeipräsident Müller, Rudi Arndt) und eine faschistoide FAZ (Ausländer- und Terroristenhetze), läßt sich der Vorwurf, in den Werken von Zwerenz und Fassbinder wären antisemitische Tendenzen erkennbar, nicht so leichtfertig und unbekümmert wegwischen, wie es beispielsweise in der TAZ und im AK unternommen wird.

Es ist im Gegenteil wichtig, deutlich zu machen, daß dieser jüngste „Antisemitismus-Streit", der in eine Zeit nationaler Erweckung in der Linken und Friedensbewegung fällt, nicht sonderlich viel mit Frankfurt und kommunalpolitischen Themen zu tun hat, dafür aber umso mehr mit dem, was der Klappentext des Zwerenz-Romans verspricht: *„Hier geht Zwerenz ein tabuisiertes Thema an: Das Judentrauma der Deutschen (!!) und das Deutschentrauma der Juden"* (3).

Zwerenz zur Intention seines Romans: *„Die traumatische Konfliktsituation zwischen den Juden und den Deutschen ist nur durch offene couragierte Auseinandersetzung überwindbar. Man heilt Krankheiten nicht dadurch, daß man sie ignoriert"* (4).

Während also bei der Veröffentlichung des Romans 1973 die eigentliche Absicht des Autors geradezu überdeutlich herausgestellt wurde, lenkt Zwerenz (und jetzt die Linke ebenso) sofort, wenn der Vorwurf des Antisemitismus erhoben wird, von der ursprünglichen Intention ab: Jetzt geht es angeblich vorwiegend um die Offenlegung von Frankfurter Stadtpolitik, Spekulation, Polizeiterror oder, wie für Fassanbass, um *„das Scheitern einer Liebe ... ohnehin ein Fassbinder'sches Lieblingsthema"*. Für Fassanbass ist die Rolle des „reichen Juden" nur noch sekundär und „im zweiten Glied" des Stücks angesiedelt — ein Liebesdrama angeblich *„beherrscht und organisiert das Stück"* (AK 249).

Auch hier wieder der Versuch, etwas anderes in das Stück zu interpretieren,
Auch hier wieder der Versuch, etwas anderes in das Stück zu interpretieren,
als Fassbinder ursprünglich beabsichtigte: Er wollte mit seinem Stück seine 28-jährige „Tabuisierung von Juden" endlich überwinden, wie er es 1976 ganz offen bekannte (5).

Wie wenig Fassbinder selbst an der Frankfurt-bezogenen Problematik, dafür umso mehr an der sog. Enttabuisierung von Juden interessiert war, beweist seine Reaktion auf die Ablehnung des auf dem Zwerenz-Roman basierenden Filmdrehbuchs durch die Filmförderungsanstalt: Jetzt wollte er Gustav Freytags „Soll und Haben" verfilmen, was ebenso scheitern sollte (6).

Auch diese Tatsache, Fassbinders krampfhafter Versuch, miese jüdische Charaktere wieder auf die deutsche Leinwand zu werfen, mag ausreichend belegen, wie sehr die Linke den jüngsten „Antisemitismus -Streit" verkennt oder umzudeuten und zu vernebeln versucht.

„Kritische Realisten"?

Zwerenz und Fassbinder waren immer stark darauf bedacht zu erwähnen, daß sie nur „unleugbare Fakten" oder die „Realität" darstellen würden.

„Der kritische Realismus ist unschuldig an seinen Gegenständen ..." (Zwerenz; „Zeit", 9.4.76). Obwohl der Klappentext seinen Roman richtigerweise als „eine Kombination aus hellwacher Phantasie und düsterer Realität" kennzeichnet, versucht Zwerenz, seinem Buch die Bedeutung einer objektiv-realistischen Dokumentation beizumessen. Auf der letzten Seite seines Romans heißt es dementsprechend: *„Anmerkung: Der Autor dankt allen, die ihn bewußt oder unbewußt versorgten mit Nachrichten, Hinweisen, Hintergrundberichten, mit Fotos oder anderen Beweisstücken"*. Diese „Gegenstände", „Beweisstücke" und „unleugbare Fakten" beschränken sich aber weder bei Zwerenz noch bei Fassbinder auf dokumentarisch belegbare Ereignisse Frankfurter Kommunalpolitik. Sie erstrecken sich bis in das Gedanken- und Gefühlsleben von jüdischen Personen, deren Handlungen und Gedankenwelt weniger der Realität, mehr jedoch der Phantasie der Autoren entspringen. So ist denn der „reiche Jude" bei Fassbinder nicht „nur" ein typisches Beispiel kapitalistischen Spekulantentums. Nein, d a s wäre viel zu trivial und langweilig. Der Jude hat eben ganz besondere Gründe, er will sich rächen, will quälen, töten usw., w e i l er Jude ist.

Dieses typisch antisemitische Klischee findet seine Ursprünge bereits in den Dramen des 15., 16. und 17. Jahrhunderts. Der Jude als Wucherer und Betrüger war schon damals eine der beliebtesten Figuren von Fastnachts- und anderen Schauspielen. Jedoch wurde der Jude selten als Wucherer im eigentlichen Sinne des Wortes dargestellt, also als ein Mensch, der Geld auf hohe Zinsen verleiht, *„sondern als derjenige, der seine christliche Umgebung auf irgendeine Weise betrügt und sich überall bereichern will. Deshalb dringt fast überall die Ansicht durch, daß der Jude der Ausbeuter des christlichen Volkes ist, daß er haßt und venichten würde, wenn ihm dazu nur die Möglichkeit gegeben wäre"* (7, Hervorh. im Original).

Ist der „reiche Jude" bei Fassbinder durchaus eine widersprüchliche Figur (unsympathisch-rachedurstig einerseits, mitleiderregend-„liebend" andererseits), so zeichnet Zwerenz mit dem Juden Abraham in seinem Roman *„das nach 1945 zunächst vehement durch Gegenzeichnung abgewehrte antisemitische Hetzbild des Nationalsozialismus, das archaische Schreckbild des Juden, scheinbar direkt aus dem ‚Stürmer' entnommen"* (8).

Der Jude Abraham, als Kind zusammen mit Mutter und Schwester aus Deutschland geflohen und nach Kriegsende zurückgekehrt; nimmt sich, aufgefordert durch die Mutter, vor, Rache am deutschen Volk zu üben: Durch Bodenspekulation will er Stadt und Menschen zerstören und bei diesem Rachefeldzug geht der Jude natürlich über Leichen. Bei Zwerenz wird Abraham zur durchgehend unmenschlichen und rücksichtslosen Gestalt, die sich allein von Rache- und Machtphantasien treiben läßt: *„Diese Landschaft voller jüdischer Friedhöfe solle ein einziger Riesenfriedhof lebendig begrabener Arier werden"*, läßt Zwerenz Abraham denken. Dieser angsteinflößende Rachedurst: *„Angst! Angst haben sollen sie! Angst, ja Angst müssen sie bekommen"*, mit dem Abraham von Zwerenz ausgestattet wird, ist heutzutage bereits Diskussionsthema der Friedensbewegung (9). Damit werden die gesellschaftlichen Ursachen von Spekulation, die vielen undurchschaubar erscheinen, endlich nebensächlich, die Rache Abrahams als eigentliches Motiv bestimmend: *„Abraham atmete heftig. Wir werden kämpfen müssen. Auge um Auge, Zahn um Zahn. Kampf bis ans Messer. Abraham gibt Anweisung. Ein weiteres Haus, das er gekauft hat, für das aber keine städtische Abbruchgenehmigung vorliegt, muß zugrunde gerichtet werden"* („Die Erde ...", S. 202).

In Fassbinders Stück spielt der Rachegedanke des „reichen Juden" eine nicht ganz so große Rolle wie bei Zwerenz. Fassbinders Jude — *„Bin ich ein Jud, der Rache üben muß an kleinen Leuten?! Es soll so sein und ziehmt sich auch!!"* — hat aber ebensolche Racheabsichten bei seinen Zerstörungswünschen. Fassanbass interpretiert dies folgerichtig: *„Es ging ihm (Fassbinder) um keinen einzelnen Spekulanten, sondern um das Problem eines zum Täter gewordenen Opfers an sich"* (AK 249).

Genau dieses Klischee des „zum Täter gewordenen Opfers", eines Opfers also, das nach erlebten Peinigungen und überlebten Abschlachtungen jetzt Rache üben will, stellt zweifellos d i e zentrale Legendenbildung der antisemitistischen Literatur dar. Die Annahme (zumeist eine wüste Beschuldigung), die Juden würden, wo immer Gelegenheit bestehe, aus Rache feindlich gegen ihre christliche Umwelt vorgehen, taucht seit den mittelalterlichen Massenausrottungen und Massakern an Juden ständig auf, und die neuerlichen Behauptungen, die amerikanischen Zionisten, also ehemalige Opfer des Nazismus, seien drauf und dran, aus Rache Deutschland zu vernichten (!!) (10), liegen exakt im selben Erklärungsmuster begründet, wie es in den Werken von Zwerenz und Fassbinder zu finden ist — mit dem einschränkenden Unterschied, daß die Juden bei Zwerenz und Fassbinder sich „nur" an der Frankfurter Bevölkerung rächen wollen. Aber auch hier gehen sie über Leichen!

„Zunächst erfolgt das Morden (an den Juden, Anm. Be.), *und aus Furcht vor der Rache erhebt man Anklagen; man legt seine eigenen aggressiven Absichten in die Opfer hinein und unterstellt ihnen seine eigene Grausamkeit"*, so beschreibt der Historiker Léon Poliakov dieses typische Strickmuster der Projektion, das immer nach blutigen Massakern an Juden auftauchen sollte (11).

Abraham ist bei Zwerenz — im Unterschied zu Fassbinder — vor allem auch ein Zionist. *„Er dachte an Israel, sah die Karte von Israel mit seinen Grenzen und war das erstemal in seinem Leben stolz auf Israel. Wir brauchen unheimlich viele Kanonen, Panzer, Flugzeuge, Bomben, dachte er"* (S. 169). Wie menschenverachtend so ein Jude und Zionist ist, soll Abrahams Reaktion belegen, die er beim Anblick von zusammengeschlagenen linken Demonstranten an den Tag legt — er denkt, ohne eine Regung des Gefühls, nur an deren anti-israelische Haltung.

Der Versuch von Zwerenz, jüdische Bräuche und orthodoxe Gesetzesregeln in widerlichster Form plakativ auszumalen, ist durch ziemliche Unkenntnis und Halbwahres gekennzeichnet. Zu guter Letzt ist sowohl Zwerenzens Abraham als auch Fassbinders „reicher Jude" (als arttypisches Klischee antisemitischer Literatur) ein potenter Sexprotz, dessen Geilheit auf arische Mädchen natürlich nicht fehlen darf.

In ihrem hervorragenden Buch **„Zur Gestaltung jüdischer Figuren in der deutschsprachigen Literatur nach 1945"** schreibt Christiane Schmelzkopf über Zwerenz: *„Der hier erzählt, gibt vor, völlig Bescheid zu wissen über die Vorgänge im Innern der verschiedenen Personen einschließlich Abrahams, und er nimmt sich gleichzeitig das Recht, deren Gedanken ständig von höherer Warte aus zu korrigieren, zu kommentieren oder spritzig zu zynisieren — es ist der totale Zugriff zur Wirklichkeit, entsprechend einem Weltbild, das den totalen Überblick zu haben und vermitteln zu können glaubt; ein Zugriff, der im 20. Jahrhundert sonst wohl nur noch vom Comic oder der Trivialliteratur beansprucht wird oder von der Propagandasprache totalitären Denkens.*

Das so Erzählte bemäntelt sich jedoch mit dem Anspruch eines die gesellschaftlichen Verhältnisse anklagenden Engagements: So wird es zur gehobenen Unterhaltungsliteratur, zur anspruchsvoll sich gebenden Lektüre fürs linke Kleinbürgertum" (12). Und an anderer Stelle spricht Christiane Schmelzkopf, die eine ausgezeichnete Analyse des Zwerenz-Romans und der Entwicklung der deutschsprachigen Literatur seit 1945 in bezug auf jüdische Figuren liefert, von dem Zwerenzschen Habitus, *„der zugleich soviel Menschenverachtung birgt wie er Macht*
Figuren liefert, von dem Zwerenzschen Habitus, „der zugleich soviel Menschenverachtung birgt wie er Macht
über Menschen zu gewinnen sucht, indem er Bedrohung ausmalt, Angst aufpeitscht, an Mitleid appelliert, verwirrt und über die Verwirrung dem Leser seine Interpretation aufzwingt. Daß seine ‚ratio' hier das genaue Abbild des alten Judenklischees, überdeutlich gefärbt von eigenen Ressentiments, präsentiert und dabei als o b j e k t i v e W i r k l i c h k e i t s a b b i l d u n g ausgibt, gibt zu denken: Israel und das Problem jüdischer Existenz zwingen wie nichts anderes durch ihre geschichtlich gewordene Eigenart zur Infragestellung von verfestigten Ideologien, zum Denken des Paradoxen, zum geschichtlich-relativierenden Denken — die abwehrende Mobilisierung der alten Angst vor dem Juden dürfte allererst ein Denken bloßstellen, dessen totalitärer Weltentwurf eine Infragestellung durch eine mehrdimensionale, Paradoxien umfassende Wirklichkeit fürchtet" (13).

Fassbinder und Zensur

Sowohl TAZ wie auch AK leugnen jede antisemitische Tendenz bei Fassbinder, indem sie sich auf seine Stellungnahme vom 28.3.76 beziehen. Der Vorwurf, Fassbinders Stück beinhaltete solcherlei Tendenzen, sei ein „Mißverständnis", schreibt Fassanbass in AK 249: *„Das kann als Unterstellung sicher nicht hingenommen werden, zumal nicht, da Fassbinder selbst nach Erscheinen des Stücks 1976 dazu eindeutig Stellung genommen hat: ‚Es gibt in diesem Stück auch Antisemiten; es gibt sie aber nicht nur in diesem Stück, sondern, beispielsweise, auch in Frankfurt'"*. Ist dies tatsächlich eine „eindeutige Stellungnahme", wie uns

Fortsetzung nächste Seite

„Albert Einstein"-Brunnenplastik von Jürgen Goertz auf dem Zeughausplatz in Ulm
Preisfrage: Was will uns der Künstler damit sagen?

Fortsetzung von vorheriger Seite

Deutscher Schattensprung ... verärgerte Replik

Fassanbass glauben machen will? Es gibt demnach in Frankfurt Antisemiten, und w e i l es die gibt, kann das Stück keine antisemitischen Tendenzen haben! Diese Logik ist schon verblüffend, neu hingegen ist sie nicht.

Wären dies nämlich die Kriterien, nach denen ein Werk in Hinblick auf antisemitische Akzente beurteilt werden könnte, wie dies die TAZ und der AK behaupten, so müßten wir zuguterletzt dem Nazi-Regisseur Veit Harlan auch Recht geben: Harlan, Regisseur des Hetzfilms ,,Jud Süß'', wurde 1947 aufgrund dieses Machwerks wegen ,,Verbrechens gegen die Menschlichkeit und Beleidigung von Juden durch den Film'' angeklagt (14). Harlan hatte daraufhin in einem Brief an Lion Feuchtwanger, den jüdischen Autor des Romans ,,Jud Süß'' (der die Geschichte des Finanzberaters des Herzogs Karl Alexander von Württemberg, Joseph Süß-Oppenheimer, erzählt), versucht, ihn zum eigentlich Verantwortlichen für die Entstehung des Nazifilms zu stempeln: ,,*Goebbels wäre nicht Goebbels gewesen, wenn er sich die Propaganda hätte entgehen lassen, die ihm sozusagen in den Schoß fiel. Denn es muß gesagt werden, daß Ihr Buch auch eine Propaganda war und zugunsten dieser Propaganda einen Verbrecher* (Joseph Süß Oppenheimer; Anm. Be.) *zu reinigen versuchte, nur weil er Jude war. Selbst wenn Ihr Bestreben von edlen Motiven ausgegangen sein mag und die von Goebbels von hassenswerten, so bleibt doch eine Unwahrheit eine Unwahrheit — und so nahm das Geschehen ,Jud Süß' jenen Verlauf, den die deutschen Künstler in keiner Weise hervorgerufen hatten*'' (15). Höhepunkt dieses ,,Verteidigungsbriefes'' war Harlans Unverfrorenheit, diesem antisemitischen Meisterwerk, das in Deutschland, besonders aber in Osteuropa dazu benutzt wurde, die Bevölkerung psychologisch auf die ,Endlösung' vorzubereiten, den antisemitischen Charakter abzusprechen: ,,*Der Film stellt den Kampf zwischen Antisemiten und Juden dar. Es ist also kein antisemitischer Film, wie Sie behaupten. Daß die Antisemiten Sätze wie die Nationalsozialisten sprechen und Rosenbergsche Ideologien vertreten, liegt in der Natur der Sache. Ich gebe zu, daß es natürlich überhaupt heute unerträglich ist, antisemitische Äußerungen zu hören; aber wie soll man Antisemiten darstellen, ohne sie entsprechend reden zu lassen*'' (16). Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Zwerenzens Buch und Fassbinders Stück sollen und können nicht mit diesem faschistischen Propagandawerk in eine Reihe gestellt werden. Wo sich die Autoren allerdings treffen, ist in ihrer ,,Verteidigungsargumentation'', mit der sie den Antisemitismus ihrer Werke bestreiten: Es gab eben den ,,Verbrecher'' Joseph Süß-Oppenheimer in der Realität ebenso wie den ,,Verbrecher'' Abraham. Sie sind reale (!) Figuren der Geschichte und die Werke der Autoren ,,kritischer Realismus''.

Bei der nachträglichen Betrachtung des Harlan-Prozesses wird aber noch mehr deutlich: wie unhaltbar das laute Geschrei der Linken (die Grünen allen voran) gegen ,,Zensur'' und für absolute ,,Freiheit der Kunst'' ist! Wenn also beispielsweise die Frankfurter Grünen ,,*sich scharf gegen alle Versuche von Politikern (wenden) — aus welchen Gründen auch immer (!!) — die Freiheit der Kunst einzuschränken*'', so wird hiermit explizit jedes antisemitische, faschistische oder ausländerfeindliche ,,Kunst''-Werk mit eingeschlossen. Wer sich hingegen etwas ernsthafter mit dem Nazismus und dabei besonders mit seinen ,,Kunst''-Werken beschäftigt, deren wesentliche Funktion die Förderung des Judenhasses (und Kommunistenhasses) war und die der Vorbereitung der ,,Endlösung der Judenfrage'' dienten, wird nicht mehr umhin kommen, sich der wieder aufblühenden Beliebtheit nazistischer Filmprodukte (gerade unter Jugendlichen) auch mit den Mitteln der Zensur zu erwehren, und dem Gerede von der uneingeschränkten ,,Freiheit der Kunst'' kritisch gegenüberstehen.

Ein letztes zu Fassanbass: Wer ernsthaft behauptet, ,,*gerade Ausgewogenheit und Pluralismus sind keine dramatischen Tugenden und die Darstellung eines ,bösen Juden' auf einer bundesdeutschen Bühne ist nicht antisemitisch, nur weil es keinen ,guten Juden' gibt*'', muß sich natürlich die Frage nach seinem Geschichts- und Theaterverständnis gefallen lassen. Denn nur im historischen Kontext wird deutlich, welche Konsequenzen eine solche naivunwissende (?) Haltung hatte und hat. Unausgewogenheit und Gleichschaltung, die also Fassanbass zufolge die dramaturgischen Qualitäten ausmachen, haben seit mehr als 700 Jahren das unausgewogene Bild des ,,ewigen Juden'' auf die Bühne gebracht. Im Gefolge so mancher Schauspiele mit ,,bösen Juden'', sei es während der mittelalterlichen Passionsspiele, sei es nach nazistischen Filmvorstellungen, hat es ungeheuerliche Massaker an der jüdischen Bevölkerung gegeben. Ja, der Antisemitismus als Massenphänomen wäre ohne das gleichgeschaltete, unausgewogene Bild des ,,bösen Juden'' auf der dramatischen Bühne überhaupt nicht vorstellbar. Wer heutzutage diese historisch gewachsenen Komponenten unbeachtet läßt und einer verschwommenen ,,Unausgewogenheit'' ausgerechnet in dieser Frage das Wort redet, sollte wirklich lieber im Kulturteil der TAZ oder des Pflasterstrand schreiben, da ist man ja solche ,,undogmatischen'' Bekundungen gewohnt.

Was soll das ganze Theater?

Verständlich wird das ganze Theater um Fassbinders Stück erst dann, wenn die Kontroverse eingereiht wird in die lange Kette von ,,Antisemitismus-Streits''. Da der Antisemitismus keineswegs als etwas definitiv Feststehendes betrachtet werden darf, sondern in seiner dynamisch-historischen Entwicklung, müssen Zwerenz-Roman und Fassbinder-Stück und die darum geführte Debatte in eben jener Entwicklungsgeschichte gesehen und beurteilt werden. Es hat im Nachkriegsdeutschland seit 1945 unterschiedliche Etappen in dieser Entwicklung gegeben — natürlich auch in der Linken.

Kennzeichnend ist vor allem die jahrelange Nichtbeschäftigung mit dem Antisemitismus gewesen. Die Linke analysierte den Nazismus in erster Linie unter Berücksichtigung ,,allgemeiner'' Gesetzmäßigkeiten und ließ den Antisemitismus des Nationalsozialismus fast unbeachtet — und das, obwohl der Antisemitismus das Kernstück der nazistischen Ideologie und der Holocaust das einzigartige Merkmal des Hitler-Faschismus waren. Spätestens jedoch seit 1982, als die israelische Armee im Libanon einmarschierte, ist eine größere Diskussion in der Linken entbrannt (die bereits durch die Ausstrahlung des Fernsehfilms ,,Holocaust'' leicht entflammte), die sich im wesentlichen um das Verhältnis der westdeutschen Linken zu Antisemitismus und dem Staat Israel dreht. Auch im KB hat es anfänglich eine überaus heftige Auseinandersetzung darüber gegeben, als der unerhörte Versuch unternommen wurde, die israelische Nahostpolitik mit dem Holocaust vergleichen zu wollen. Stichwort: ,,*Endlösung der Palästinenserfrage*'', wie damals eine AK-Schlagzeile hieß. Diese Kontroverse wurde aber schon in ihren Ansätzen beendet; stattdessen wurde über ein Jahr hinweg eine ausgesprochen informative Artikelserie über die ,,*Geschichte des Antisemitismus*'' veröffentlicht — einzigartig für eine linke westdeutsche Organisation.

Daß der KB offensichtlich, trotz aller Informationen, nicht stärker sensibilisiert wurde, zeigt der unwidersprochene Abdruck des Fassanbass-Artikels. Dabei hat sich in den letzten zwei Jahren Erhebliches ereignet: Erinnert sei nur an die vielen Diskussionen um Artikel von Wolfgang Pohrt (,,Entlastung für Auschwitz'', ,,Linksradikalismus und nationaler Befreiungskampf''; 17) oder an den Konflikt um das Heft 51 von ,,Ästhetik und Kommunikation'': ,,Deutsche, Linke, Juden''. Auch jüdisch-sozialistische Personen haben in den letzten zwei Jahren oftmals dieses Thema problematisiert (18).

Die nationalen Töne der Friedensbewegung, die ja auch vom KB heftig bekämpft werden, fanden einen gewissen Höhepunkt — im ... Antisemitischen: ,,Linke Friedensforscher'' versuchten zu beweisen, daß ,,rachedurstige'' Zionisten und US-amerikanische Militaristen ein psychologisch erkennbares Bedürfnis hätten, Deutschland zu bestrafen. Zitat: ,,*Angenommen, diese Menschen, die — zum großen Teil unbewußte, nicht eingestandene — Rachephantasien gegen die Deutschen hegen, entwerfen einen Plan: Deutschland, das die Juden gemordet hat und ausrotten wollte, soll seinerseits vernichtet werden. Der Erfinder der Neutronenwaffe, Samuel Cohen, hat wörtlich gesagt, sie sei für den Einsatz auf deutschem Boden bestimmt*'' (19).

Diese altbekannten antisemitischen Verschwörungs- und Vernichtungstheorien (diesmal im linken Gewand) erschienen folgerichtig auch in einer linken Zeitschrift namens ,,psychologie heute''. Daß es einen engen Zusammenhang von zunehmendem Nationalismus und zunehmendem Antisemitismus auch in der Linken gibt, ist zu offensichtlich. Daß sich der KB trotz allem noch immer nicht genötigt sieht, eindeutig und unzweifelhaft in dieser Diskussion Stellung zu beziehen, ist allerdings mehr als bedenklich. Schließlich ist dies keine neue Forderung, und die Fakten sind bekannt.

Aber vielleicht kann auch der KB noch nicht über seinen deutschen Schatten springen?

Benny, 5.10.84

Anmerkungen und Quellenangaben

1) „Juden und Ghetto in der deutschen Literatur bis zum Ausgang des Weltkrieges", W. Stoffers, Nymwegen 1939.
Die Posse „Unser Verkehr", die anfangs „Die Judenschule" hieß, wurde um 1814 von Karl Borromäus Alexander Sessa geschrieben. In diese Zeit fallen Franzosenherrschaft und Befreiungskriege; in weiten Kreisen war man sehr national gestimmt und hegte eine starke Abneigung gegen alle „fremden Elemente" — besonders gegen assimilationsbestrebte Juden. Die Hauptdarsteller zeigen alle stark „jüdische Charakterzüge", d.h. alle Juden zeichnen sich durch ihre große Geldgier aus. Börne schrieb damals, daß „*solche Darstellungen den jüdischen Glaubensgenossen mit Recht verwünschenswert*" seien, denn jedermann wisse, „*wie dieses beklagenswerte Volk auch darin stets mit Ungerechtigkeit behandelt worden ist, daß man alle in Zeit und Raum zerstreute Schlechtigkeiten, solche, welche Juden verschiedener Gegenden und verschiedener Zeiten eigen oder angedichtet waren, gesammelt und stets auf den einzelnen Kopf jedes nächst dastehenden Juden, als eine Tontine gehäuft hat*". Das Stück, das an manchen Orten große Skandale erregte, war für eine Zeitlang von den Behörden verboten. Trotzdem wurde es zu einem jahrelangen Kassenschlager (bis 1830!) und Vorbild vieler weiterer antisemitischer Theaterstücke.

2) „Zeit" v. 9.4.76.
Im Frankfurter Stadtmagazin „Auftritt" 8/84 vertritt Zwerenz sogar die Auffassung: „*So, wie früher in Deutschland die Juden zu Sündenböcken gestempelt worden sind, so werden jetzt mißliebige Intellektuelle und Künstler zu Sündenböcken gestempelt*" — sieht sich also ganz ähnlich verfolgt wie „früher" die Juden.
Wie unehrlich diese, auf linkes Mitleid spekulierende Selbstdarstellung des ehemaligen Kriminalpolizisten Zwerenz als „Dissident", „Sündenbock" und Kritiker polizeistaatlicher Repressionsmaßnahmen ist, soll folgende Begebenheit verdeutlichen: Im gleichen Jahr, in dem Zwerenz sich als emanzipatorischen Gesellschaftskritiker auszugeben versuchte, sprach er am 10.8.76 ausgerechnet auf einer Wahlkampfveranstaltung der Partei, von der er sich verfolgt fühlte: der SPD in Neu-Isenburg. An jenem Abend hatte eine Hundertschaft der Polizei etwa 100 Neu-Isenburger Jugendliche, die sich für einen von der SPD ursprünglich zugesagten Redebeitrag eingesetzt hatten, brutal aus dem Veranstaltungsraum geprügelt. Zwerenz hatte zuvor die Stimmung im Saal angeheizt. O-Ton Zwerenz: „Ihr wollt den Kräften der Reaktion nützen, ihr seid die Helfershelfer von Strauß und Dregger" und „Ich werde auch unter Polizeischutz reden, wenn ihr euch polizeiwidrig benehmt". Ein schöner „Dissident" und „Linker". Der Neu-Isenburger Juso-Vorstand trat aufgrund des Polizeieinsatzes geschlossen zurück (siehe AK 88).

3) „Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond", Gerhard Zwerenz, Frankfurt 1973; Klappentext.

4) ebenda

5) „*Ich meine, daß die ständige Tabuisierung von Juden, die es seit 1945 in Deutschland gibt, gerade bei jungen Leuten, die keine direkten Erfahrungen mit Juden haben, zu einer Gegnerschaft gegen Juden führen kann. Mir ist als Kind, wenn ich Juden begegnet bin, hinter vorgehaltener Hand gesagt worden: Das ist ein Jude, benimm dich artig, sei*

Fortsetzung nächste Seite

Mit Antisemitismus also haben wir deutschen Linken allgemein, ich, der Schreiber Fassanbass, konkret, uns so gut wie nicht beschäftigt. Kein Wunder also, daß die ,,im Vorfeld des Frankfurter Kommunalwahlkampfes zerstrittene linksgrüne Szene'' beim Thema ,,Fassbinderstück'' vereint sein muß: unhistorisch, borniert und was weiß ich nicht noch wie traten AK, taz, ,,Pflasterstrand'' und ,,Auftritt'' gegen die Nichtaufführung des acht Jahre alten Stückes an.

Schade eigentlich, daß ich als Mitwirkender an diesem Komplott wider die historische Vernunft das alles gar nicht mitbekommen habe. Ich erinnere eine ganz andere Geschichte: zum etwa sechsten Mal unternahm in der Stadt Frankfurt jemand den Versuch, das Fassbinder-Stück ,,Der Müll, die Stadt und der Tod'' zur Uraufführung zu bringen. Hoppla hopp tönte die im Vorfeld des Frankfurter Kommunalwahlkampfes zerstrittene bürgerliche Szene ,,Zeter und mordioh''. SPD, CDU, FDP sahen plötzlich in der Alten Oper den Antisemitismus wiederaufkeimen, den sie weder im Nazi-Buchladen entdecken konnten, noch bei Auftritten rechtsradikaler Grüppchen oder bei Ernst Jünger.

Die große Koalition setzte sich gegen die Aufführung des Stückes durch. Publizistisch wurde das Unterfangen erwartungsgemäß von der Zeitung, hinter der bekanntlich immer ein kluger Kopf steckt, flankiert. Joachim C. Fest (in dieser Thematik ebenfalls als Filmautor hervorragend bewandert) persönlich setzte sich an die Schreibmaschine, um sich gegen Fassbinders Antisemitismus zu verwahren und seine Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Superb: wenn schon nicht die Linke, die westdeutsche, schattenträchtige, aber wenigstens die Bourgeoisie hat die Lektion gelernt ... könnte ich böswillig formulieren, Be.'s Lieblingstechnik, die des Umkehrschlusses, gebrauchend. Ich lasse es. Be., denke ich, wird sich auch seine Gedanken über die eigentümliche Allianz, in die er mit seiner Replik hineingerät, gemacht haben. Schade, daß er sie uns nicht mitteilt. In der Tat ist es ja merkwürdig, wie seitenverkehrt die Auseinandersetzungen um das Fassbinder-Stück ausgetragen wurden (das hat auch die ,,taz'' bemerkt ...): hier die CDU, SPD, FDP als sich um die Vergangenheit und den Antisemitismus sorgende Parteien, dort Grüne, Spontis, KBW, KB ... der das Fassbinder-Stück verteidigende kleine Rest, um die Alte Oper geschart.

Nicht einmal das stimmt aber in dieser Eindeutigkeit: die Argumente **für** das Fassbinder-Stück oder **gegen** die Nichtaufführung (was beileibe nicht dasselbe zu sein braucht) sind keineswegs die gleichen: witterten die Römer-Grünen z.B. ein zionistisches Komplott gegen das Fassbinder-Stück, ging es mir, für jedermensch nachzulesen in AK 249, darum, daß die Uraufführung gerade dieses Theatertextes nicht verhindert werden darf — weil dadurch ein Stück um seinen eigentlichen Ort, das Theater, gebracht wird und deswegen bloß Gegenstand von Spekulationen sein kann. Angesichts der Vorwürfe (Antisemitismus) gegen und der Argumente (Aufarbeitung deutscher Vergangenheit, antifaschistisch) für das Stück ein Unding.

Daß die Beschäftigung der westdeutschen Linken mit Antisemitismus keineswegs so unzureichend ist, wie Be. das behauptet, mag ein kurzer Blick in die AKs 232/233 zeigen; dort ging es um den Antisemitismus in Heinar Kipphardts ,,Bruder Eichmann''.

Fehlende Trennschärfe

Im ersten Teil von Be.s Kritik spielt eine weitaus größere Rolle als das Fassbinder-Stück die Zwerenz'sche Romanvorlage. Von ihr ausgehend schließt Be. auf das Stück und sucht so seine stärksten Argumente zusammen. Meines Erachtens kein statthaftes, wenn auch sicher ein sehr ergiebiges Verfahren. Das Fassbinder-Stück hat sich in der Form, aber auch in den Inhalten seiner Handlung (Be. gesteht das für die Figur des ,,reichen Juden'', der bei Zwerenz noch Abraham heißt, selber ein) von der Vorlage weit entfernt, ist ein völlig eigenständiges, im Fassbinder'schen und nicht im Zwerenz'schen Werkzusammenhang zu verstehendes Stück. So wie Veit Harlans ,,Jud Süß'' nicht belegt, daß Feuchtwanger ein antisemitischer Autor ist, ist der Schluß vom Zwerenz-Roman auf das Fassbinder-Stück irreführend, wenn nicht ganz exakt am Stück entlang argumentiert wird. Genau das aber vermeidet Be.. Er behauptet zwar, daß ,,*eine korrupte Stadtpolitik und der Verfall einer Betonwüste ... überhaupt nicht der eigentliche Kern der Auseinandersetzung (sind)*'', fragt aber nicht, woran das liegt: am Stück oder an den Versuchen, seine Aufführung zu verhindern. Auch Be.'s Kritik an meiner Interpretation des Fassbinder-Stückes begründet sich nicht aus dem Stück, sondern aus einer Äußerung Fassbinders 1976. Das führt ins schwierige Gebiet der Werkexegese.

Ich bin, und das müßte Lesern meiner Artikel aufgefallen sein, kein besonders großer Freund biografisch orientierter Literaturwissenschaft. Äußerungen von Autoren zu ihren Stücken können, müssen aber nicht interessant sein. Wie dem auch sei — daß die ,,Tabuisierung von Juden'' von Fassbinder mit seinem Stück überwunden werden sollte, spricht nicht so sehr gegen meine Interpretation des Textes, wie Be. zu vermuten scheint. Die Beendigung einer ,,Tabuisierung der Juden'' (wenngleich ich das als Wortschöpfung wenig gelungen finde) muß ja nicht antisemitisch sein; ihr Ansatz richtet sich doch in erster Linie gegen den verlogenen Philosemitismus zum Beispiel der Springer-Presse — oder heute der nicht-grünen Römerparteien.

Die Richtung kann, das belegen die von Be. zitierten Äußerungen aus ,,psychologie heute'', aber auch manche Statements aus der ,,Bruder Eichmann''-Debatte, gefährlich werden. Darauf ist zu achten, allein: der wütende Rundumschlag gegen eine antisemitische westdeutsche Linke hilft da kaum weiter.

Miese, jüdische Charaktere

,,*Auch ... Fassbinders krampfhafter Versuch, miese jüdische Charaktere wieder auf die Leinwand zu werfen ...*'' belegt für Be. ,,ausreichend'', wie sehr die Linke den Antisemitismus-Streit verkennt. Lassen wir den ,,krampfhaften Versuch'' mal so stehen (obwohl es dazu manches zu sagen gäbe). Der ,,reiche Jude'' wird von Be. eindeutig für einen ,,miesen, jüdischen Charakter'' gehalten, für ein ,,typisch antisemitisches Klischee'': ,,Der Jude als Wucherer und Betrüger'', ,,er will rächen, will quälen, töten usw. weil er Jude ist''. Wäre das so — es wäre schlimm, es gäbe kaum ein Argument, auch keins das sich auf die Freiheit der Kunst berufen könnte, das die Aufführung eines solchen Stückes rechtfertigte. Nur — der Jude in Fassbinders Stück hat in der Tat besondere, allerdings ganz andere, Gründe als Be. behauptet: Er beschenkt Roma B., weil er ihren Vater erniedrigen will, er rächt sich nicht deshalb, weil er Jude ist, sondern weil seine Eltern im KZ ermordet worden sind. Er ist — in dem Stück — ein Opfer, das sich an den Tätern rächt, eine Konstruktion, die der in Shakespeares ,,Kaufmann von Venedig'' sehr ähnlich ist. Dadurch gewinnt auch die Beziehung des ,,reichen Juden'' zu ,,Roma B.'', die Be. nur als eine typische, klischeehafte Geilheit eines klischeehaften Juden auf eine arische Frau sieht, eine ganz andere Bedeutung. Roma B. ist, wenn man das Stück unter diesem, m.E. wirklich verkürzten Blickwinkel lesen will, Eine Vermittlerrolle zwischen Täter und Opfer.

Der ,,reiche Jude'' ist auch nicht nur ,,geil'' auf sie, er liebt sie und muß sie deshalb, und das ist eben das Fassbinder'sche Thema (die unmögliche bzw. vernichtende Liebe), vernichten.

Ausgewogenheit Gut/Böse

Marsch zurück ins Körbchen, Fassanbass! Kein Platz mehr im AK; künftig nur noch in der ,,undogmatischen'' taz und im ,,Pflasterstrand''. Ich denke, die entsprechenden Redakteurinnen und Redakteure werden schon begierig jiepern ...

Es ist wirklich verblüffend, wie verbreitet doch der Drang zur gepflegten Zensur noch immer ist. Hauptsache, mensch wähnt sich im Recht. Nun finde ich taz und PS weniger schlimm als Be.; ungern lasse ich mir allerdings sagen, daß ausgerechnet ,,Gleichschaltung'' für mich eine dramaturgische Qualität darstelle. In der Tat hat die Darstellung negativer Judenfiguren auf deutschen (aber nicht nur deutschen) Bühnen lange Tradition. Ich habe auch nicht gefordert, künftig weiterhin negative Klischeefiguren auftreten zu lassen. Ich meine allerdings, daß negative Klischeefiguren nicht durch positive Klischeefiguren in ihrer Wirkung aufgehoben werden können und sollen. Theater ist für mich immer ein Tendenzbetrieb und keine moralische Anstalt. Tendenz allerdings impliziert nicht Flachheit, impliziert auch nicht Unterordnung unter politische Richtungen etc.

An die Stelle des jahrhundertelangen Antisemitismus kann und soll also kein Philosemitismus treten. Ich bin auch nicht bereit, nun ausgerechnet aufgrund dieser Auseinandersetzung ,,Ausgewogenheit'' zum dramaturgischen Prinzip machen zu lassen. Aber das ist vielleicht mal Anlaß für eine ausführlichere Auseinandersetzung.

Fassanbass

Fortsetzung von vorheriger Seite

freundlich. Und das hat sich in gewissen Variationen fortgesetzt, bis ich 28 wurde und das Stück geschrieben habe. Ich konnte mir nie denken, daß das eine richtige Haltung ist"; R.W. Fassbinder in der „Zeit" v. 9.4.76.

6) Playboy 4/78
W. Stoffers (siehe Anm. 1) zum jüdischen Hauptdarsteller im Roman „Soll und Haben", den Freytag 1854 schrieb: „*In Veitel Itzig zeichnet Freytag einen besonders niederträchtigen Vertreter seiner Rasse ... Keine Mühe ist ihm zu schwer, aber auch kein Mittel zu schlecht, um reich zu werden ... Menschliche Gefühle wie Mitleid, Dankbarkeit sind ihm völlig fremd. Er gerät mit seinem alten Prinzipal Ehrental in Feindschaft, ruiniert den Baron Rothsattel, der seine Schuld nicht zum Termine zahlen kann, ja, Itzig wird an seinem Lehrer und Helfershelfer, der ihm gefährlich zu werden droht, zum Mörder und geht schließlich selbst elend zugrunde*".

7) Oskar Frankl: „Der Jude in den deutschen Dichtungen des 15., 16. und 17. Jahrhunderts", Leipzig 1905.

8) Christiane Schmelzkopf: „Zur Gestaltung jüdischer Figuren in der deutsch-sprachigen Literatur nach 1945", Georg Olms Verlag 1983; ein wichtiges Buch zum Verständnis von Zwerenz und Fassbinder, das, unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung seit 1945 und der sich dadurch verändernden Judengestalten in der deutschsprachigen Literatur, besonders das Zwerenz-Buch messerscharf und ausführlich analysiert und einer brillianten, emanzipatorischen Kritik unterzieht, die für die Literaturwissenschaft und Antisemitismusforschung viele neue Aspekte aufwirft! Sehr empfehlenswert.

9) In einigen Kreisen der Friedensbewegung wird seit Monaten der Versuch unternommen, die atomaren Vernichtungsängste der Deutschen in einen Zusammenhang mit den „ungesühnten" Verbrechen Nazi-Deutschlands zu stellen. So z.B. Arno Plack am 23.9.83 in der „Zeit": „*Unter Rolf Hochhuths aufrüttelnder Frage ‚Wann brennen wir endlich' ist erstmalig in einer überregionalen deutschen Zeitung der Zusammenhang hergestellt worden, der zwischen der Stigmatisierung der Deutschen zum Volk der KZ-Verbrecher und den Planspielen für einen begrenzten Atomkrieg auf deutschem Boden sich immer deutlicher abzeichnet*" (zitiert nach W. Pohrt, in Literatur Konkret 84/85). Wer noch immer nicht versteht, was hier gemeint ist, erfährt es spätestens in der ebenfalls „überregionalen deutschen Zeitung" PSYCHOLOGIE HEUTE vom Februar 1984: „*Gibt es nach zwei von Deutschland angezettelten Weltkriegen mit Abermillionen Toten und nach dem gnadenlosen Mord an sechs Millionen Juden nicht vielleicht heute noch Opfer, die — und sei es unbewußt — auf Rache gegen die Deutschen sinnen könnten?*" Diese rhetorische Frage wird von den beiden „Friedensforschern", Peter Rubeau und Wolfgang Westermann, positiv beantwortet: „*Wir können uns gut vorstellen und es auch nachvollziehen, daß die Gepeinigten anfänglich die Faust in der Hosentasche ballen, die Wut und den Haß gegenüber den ‚Barbaren' noch deutlich spüren, ihn dann aber aus ‚zweckrationalen Gründen' zur Seite packen bis er sich schließlich, da nie befriedigt, in Form einer sadistischen Militärpolitik Bahn bricht. Können wir hier nicht eine fatale Parallele sehen? Sowohl Opfer als auch Täter haben ihre Geschichte und ihre Gefühle verdrängt, und beides zeigt sich im Sadismus der Kriegsplanung und der entsprechenden deutschen Bereitschaft, sich bestrafen zu lassen*".

10) siehe Anm. 9

11) „Geschichte des Antisemitismus", Bd. 2, Leon Poliakov, Worms 1978. Hier heißt es:

und es auch nachvollziehen, daß die Gepeinigten anfänglich die Faust in der Hosentasche ballen, die Wut und den Haß gegenüber den ‚Barbaren' noch deutlich spüren, ihn dann aber aus ‚zweckrationalen Gründen' zur Seite packen bis er sich schließlich, da nie befriedigt, in Form einer sadistischen Militärpolitik Bahn bricht. Können wir hier nicht eine fatale Parallele sehen? Sowohl Opfer als auch Täter haben ihre Geschichte und ihre Gefühle verdrängt, und beides zeigt sich im Sadismus der Kriegsplanung und der entsprechenden deutschen Bereitschaft, sich bestrafen zu lassen".
10) siehe Anm. 9
11) „Geschichte des Antisemitismus", Bd. 2, Leon Poliakov, Worms 1978. Hier heißt es:

„*Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß derartige, blutige Massenmorde bei der Bevölkerung eine gewisse Verwirrung, eine abergläubige Unruhe und die Furcht vor einer Verfluchung auslösten; die Massen waren ja Zeugen, wenn nicht gar Komplizen dieser schrecklichen Taten gewesen. Darum tauchte die Frage auf: Werden die Juden nicht danach trachten, sich für diese Massenmorde zu rächen? Diese Befürchtungen riefen eine neue Legende hervor, die nachträglich eben jene begangenen Verbrechen rechtfertigen sollte*". Und wie lautete schon damals die Legende? Die Juden hätten sich zur völligen Vernichtung der gesamten Christenheit zu einer Verschwörung zusammengeschlossen — „*diese angebliche Ausrottung soll mit Hilfe einer sehr wissenschaftlichen und sehr genauen Technik erfolgen.*" Wundert es dann immer noch, daß diese Vernichtungslegende, wie sie auch heute wieder zu hören ist, schon damals, im 14. Jahrhundert, „*ausgerechnet nach einer Liquidation von Juden statt(findet), die keineswegs Legende, sondern blutige Wirklichkeit war*" (Poliakov).

12) Christiane Schmelzkopf, 1983, S. 226

13) ebenda, S. 234

14) „Jud Süß, Historisches und juristisches Material zum Fall Veit Harlan", Hamburg 1949. Das Hanseatische Oberlandesgericht in dem Beschluß des Vorverfahrens vom 14.12.1948: „*Die Anklage erblickt eine verleumderische Ehrenkränkung der Juden als Gesamtheit sowie der einzelnen deutschen Juden darin, daß der Film sämtliche in ihm geschilderten Schandtaten als typisch jüdische Handlungen darstellte und daraus die Folgerung ziehe, daß ein deutscher Staat um seiner Wohlfahrt willen alle Juden aus seinen Grenzen verbannen müsse. Eine Behauptung von Tatsachen läßt sich indes hieraus nicht entnehmen. Denn das wesentliche Moment der Darstellung ist nicht die Behauptung der geschehenen Schandtaten, sondern eine bestimmte Bewertung dieser Tatsachen als indiziell, ja, als typisch für die Wesensart aller Juden, ein Unwerturteil, das sich der Beweisbarkeit entzieht und daher nicht mehr als Tatsachenbehauptung angesprochen werden kann*".

15) „Jud Süß, Historisches und juristisches Material zum Fall Veit Harlan", S. 63

16) ebenda S. 64

17) siehe hierzu diverse Pohrt-Artikel in der TAZ sowie seine Bücher „Ausverkauf" (1980), „Endstation" (1982), „Kreisverkehr, Wendepunkt" (1984) und „Stammesbewußtsein, Kulturnation" (1984), die sich alle sehr eingehend mit „linker Vergangenheitsbewältigung" und zunehmendem Nationalismus auseinandersetzen.

18) „Die Verlängerung von Geschichte — Deutsche, Juden und der Palästinakonflikt", 1983.

19) „Psychologie heute", 2/84, siehe Anm. 9

Der »politische Minimalkonsens« der SOST

Abheften und Vergessen?

Eine große politische Bedeutung haben die SOST (Sozialistische Studiengruppen) innerhalb der Linken nie gehabt. Politisch setzten die SOST mal auf das eine, mal auf das andere Pferd (zunächst auf die DKP, zwischenzeitlich Sympathien für den Eurokommunismus, dann ein kleines Intermezzo bei den DS). Dennoch ist es nicht ganz unwichtig, wenn jetzt die SOST vollends und vehement auf eine regenerierte SPD setzen. Mit einem Beitrag unter dem Titel „*Wo bitte geht's zur Revolution?*" legten die SOST im letzten ARBEITERKAMPF ihre Überlegungen offen.

Das „neue Reformprojekt"

Als die SPD in Bonn endlich wieder in die Opposition geriet, war es eigentlich klar, daß sich Teile der Linken voll Zuneigung der nun wieder reformhungrigen SPD anschließen würden; zumal die Grüne Partei bereits einiges an euphorischen Erwartungen enttäuscht hat. Das „neue Reformprojekt" der SOST ist ein deutlicher und konsequenter Ausdruck dieser Tendenz, und man muß den SOST zumindest dafür dankbar sein, daß sie ohne taktische Skrupel die sozialdemokratische Hegemonie über die gesamte Linke propagiert. Ganz in alter JUSO-Manier behaupten die SOST, der Essener Parteitag der SPD habe „*gezeigt, daß die Sozialdemokratie nach neuen Antworten auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik sucht*" (AK 249, S. 46). Diese Antworten nun glauben die SOST mit ihrem „*politökonomischen Minimalkonsens*" (spätdeutsche Poesie!) liefern zu können, der von Arbeitszeitverkürzungen bis hin zu einem „Schuldenmoratorium auf dem Weltmarkt" diverse Reformideen addiert.

Über die politische Durchsetzbarkeit des „politökonomischen Minimalkonsens" wird angegeben, daß „*alternative Wirtschaftspolitik*" von Anfang an „*die ‚normalen' Strukturen der Kapitalverwertung angreifen*" müsse. Somit könne dann jener Minimalkonsens „*nicht nur das Kräfteverhältnis im Prozeß der Durchsetzung nach links verschieben, sondern auch eine grundlegende Reform der gesellschaftlichen Verhältnisse eröffnen*". „ ‚*Politischer*

denmoratorium auf dem Weltmarkt" diverse Reformideen addiert.
Über die politische Durchsetzbarkeit des „politökonomischen Minimalkonsens" wird angegeben, daß „*alternative Wirtschaftspolitik*" von Anfang an „*die ‚normalen' Strukturen der Kapitalverwertung angreifen*" müsse. Somit könne dann jener Minimalkonsens „*nicht nur das Kräfteverhältnis im Prozeß der Durchsetzung nach links verschieben, sondern auch eine grundlegende Reform der gesellschaftlichen Verhältnisse eröffnen*". „ ‚*Politischer*

Minimalkonsens' als politische Strategie heißt für uns (die SOST), *ein p o s i t i v e s Angebot zur Bewältigung der sozialen Probleme anzubieten ...*". Sprache ist mitunter tückisch. Ein „Angebot zur Bewältigung"! D.h. ganz einfach, daß die SOST unter Strategie nicht (mehr) eine politische Orientierung für die Linke oder weiter gefaßt für die oppositionellen Teile des Volkes verstanden wissen wollen, sondern ein Angebot an die nach Antworten suchende SPD. So erhoffen sich die SOST „*die Rückgewinnung der Hegemonie der Linken*".

Nun wissen die SOST so gut wie wir, daß es in der BRD niemals eine Hegemonie der Linken jenseits der SPD gegeben hat; sie können daher mit dieser Hegemonie nichts anderes meinen als die Hegemonie der SPD. Den SOST darf man im Gegensatz zu manchen modernen Strategen schon unterstellen, daß sie mit ihren Begriffen etwas meinen; schließlich verfügen die SOST über eine lange theoretische Tradition. Eine zentrale Prämisse für die SOST ist die Annahme, daß „*sich an der Frage, ob sich die Linke (selbstverständlich unter Einschluß der Grünen) auf eine auf dem minimalen Konsens basierende Antikrisenpolitik verständigen kann, entscheidet, in welche Richtung sich die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik verschieben werden*". Daß ein solcher Minimalkonsens der SPD abgetrotzt werden müßte, ist keineswegs Ansicht der SOST, sondern für die SOST bilden die Grünen das Hauptproblem: „*Allerdings müssen nach aller Erfahrung Zweifel angemeldet werden, ob die Grüne Partei bereit ist, sich auf einen derartigen Minimalkonsens zu beziehen.*"

Daß die SOST unter diesem Minimalkonsens u.a. die aktive Unterstützung des (industriellen) Kapitals verstehen, hat Joachim R. im AK 248 bereits nachgewiesen (vergl. „Annäherung an die Sozialdemokratie", AK 248, S. 25). Der reale Inhalt des „neuen Reformprojekts" der SOST als tatsächliches Reformkonzept verdient keine nähere Betrachtung, weil sein Inhalt gar zu unausgereift ist. Ernstzunehmen aber ist die politische Konsequenz des Ansatzes, mit dem sich die SOST aus der radikalen Linken verabschieden.

Ein Vorgeschmack auf die Bundestagswahlen

Es liegt auf der Hand, daß jede oppositionelle Strömung in der BRD sich auf die nächsten Bundestagswahlen zu konzentrieren hat. Dabei scheint niemand ernsthaft davon auszugehen, daß die SPD allein die absolute Mehrheit in Bonn bekommen könnte, und so spielt die mögliche Rolle der Grünen Partei als Mehrheitsbeschaffer einer sozialdemokratischen Regierung für die Strategen eine herausragende Rolle. Das SOST-Papier ist sehr hilfreich, um sich rechtzeitig mit dem politischen Druck auseinanderzusetzen, der auf die Grüne Partei in dieser Konstellation zukommt. Daß angesichts der vorhandenen Mehrheitsverhältnisse in der BRD und in den relevanten Massenbewegungen vor allem auf die Grünen ein massiver Druck ausgeübt werden wird, sich zu j e d e m Preis an die SPD auszuliefern, ist so gut wie sicher. Diese Konstellation hat ihre Wirkung nicht erst in den Wahlen und der folgenden Regierungsbildung, sondern bestimmt bereits jetzt die Debatte um die Taktik. Umso leichter ist es für Gruppierungen wie die SOST, einen imaginären Minimalkonsens mit der SPD zu beschwören, dem sich nur ganz verstockte Sektierer entziehen könnten. Dabei wissen die SOST so gut wie wir, daß ein wie auch immer gearteter Minimalkonsens mit der SPD keinesfalls die „normalen Verwertungsbedingungen des Kapitals" angreifen würde.

Minus
Langsam
verlieren wir das Bewußtsein
von unseren Verlusten
und so leiden wir
an Knappheit keinen Mangel.
(Günther Kunert)

Minus
Langsam
verlieren wir das Bewußtsein
von unseren Verlusten
und so leiden wir
an Knappheit keinen Mangel.
(Günther Kunert)

Auf solches Brimborium könnten die Neu-Sozialdemokraten von den SOST verzichten, denn schließlich wird es einfach um das „kleinere Übel" gehen bzw. darum, rechtzeitig den Grünen die Schuld an der nächsten CDU/CSU-Regierung zuzuschieben.

Die SPD profiliert sich vornehmlich auf zwei Gebieten gegen die CDU/CSU: erstens auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik, wobei die SPD nicht auf einen linken Minimalkonsens setzt, sondern auf die Konstanz einer sozialdemokratischen Entspannungspolitik, die die NATO-Zugehörigkeit notwendig einschließt; zweitens auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wobei das erklärte Ziel der Ersetzung des „Klassenkampfes von oben" durch bewährte Praktiken der Sozialpartnerschaft ist.

Von seinem Inhalt her ist der „politökonomische Minimalkonsens" der SOST ganz auf die SPD zugeschnitten: Arbeitszeitverkürzungen, „aktive Nachfrage- und Beschäftigungspolitik" sowie „Soziale Kontrolle der Produktion" (= Mitbestimmung) sind Ladenhüter sozialdemokratischer Reformversprechen. Das „Schuldenmoratorium auf dem Weltmarkt" kann die SPD lässig akzeptieren — wohlwissend, daß ein nationaler Alleingang unsinnig wäre und daß das Moratorium in EG und IWF ohnehin scheitern würde.

Ist dieser Minimalkonsens einerseits ganz auf die SPD zugeschnitten, so trifft er andererseits eine zentrale Schwäche der Grünen, die in Wirtschaftsfragen wenig zu bieten und in den Gewerkschaften einen äußerst geringen Einfluß haben. In diesen Fragen hat es die Grüne Partei bislang nicht geschafft, auch nur Ansätze eines Gleichgewichts zur SPD zu entwickeln. Bekanntlich trifft dies, wenn auch abgeschwächt, ebenso auf die Außen- und Sicherheitspolitik zu, wo man die grünen Positionen und Praktiken mit größtem Wohlwollen bestenfalls als vielschichtig bezeichnen könnte. Von einem geschlossenen Konzept kann jedenfalls nicht die Rede sein; auch nicht von einer Plattform, auf der sich die Linke einigen könnte. Die inhaltlichen Schwächen der Grünen machen den linken Sozialdemokraten das Geschäft erheblich leichter, als es aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der BRD ohnehin schon ist. Die SOST und mit ihnen die ganze linke Sozialdemokratie hoffen offensichtlich, daß von der Grünen Partei nichts weiter übrig bleibt als eine alternative FDP, die ihre Existenzberechtigung darauf reduziert, daß die SPD im Alleingang die nötige Mehrheit zur Regierungsbildung nicht erzielen kann.

Seit den Hessischen Verhältnissen können derartige Integrationsmodelle als realistisch gelten, wenngleich ein solches Verfahren auf der Bonner Ebene für die Herrschenden viel größere Probleme aufwirft als auf Landesebene. Diese Probleme werden allerdings nur dann überhaupt relevant, wenn die SPD ernsthaft auf eine Regierungsübernahme abzielt — und das ist keineswegs garantiert.

Am Ende des Lateins?

Mir scheint, die Darlegungen der SOST sollten als eine Warnung ernstgenommen werden. Die Umgestaltungen der Linken sind noch nicht abgeschlossen, und es hat mittlerweile auch keinen Sinn mehr, von einer Krise zu sprechen. In gewisser Weise ist die Krise entschieden, weil sich die Umgestaltungen nicht als kurzfristige Veränderung, sondern als ein echter Umbruch erwiesen haben. Dabei ist aktuell der Niedergang der MOZ ebenso signifikant wie die Heimführung der SOST in die SPD. Mit der Auflösung der MOZ erklärt der einzige organisierte linke Zusammenhang innerhalb der Grünen das Scheitern einer sozialistischen Politik, womit der Assimilationsprozeß dieser Strömung zu seinem Ende kommt. Damit verschlechtern sich die Bedingungen für eine linke Politik gegen das Hessische Modell innerhalb der Grünen.

Auf der anderen Seite zeigt der Kurswechsel der SOST, daß sich in dieser Konstellation Teile der Linken engagiert auf die Seite der SPD schlagen. Die sich abzeichnende Konstellation ist

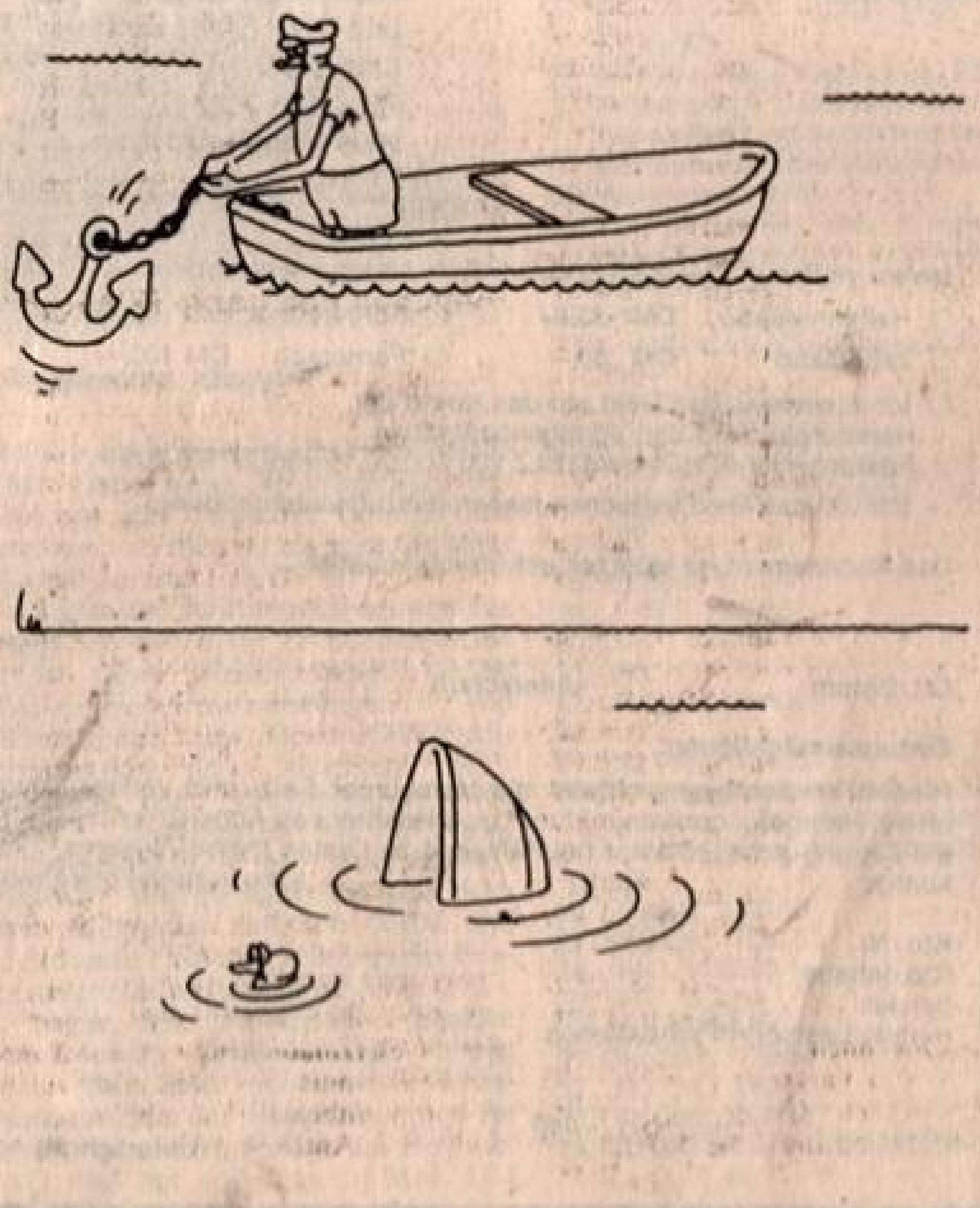
erklärt der einzige organisierte linke Zusammenhang innerhalb der Grünen das Scheitern einer sozialistischen Politik, womit der Assimilationsprozeß dieser Strömung zu seinem Ende kommt. Damit verschlechtern sich die Bedingungen für eine linke Politik gegen das Hessische Modell innerhalb der Grünen.
Auf der anderen Seite zeigt der Kurswechsel der SOST, daß sich in dieser Konstellation Teile der Linken engagiert auf die Seite der SPD schlagen. Die sich abzeichnende Konstellation ist

die, daß sich die politischen Auseinandersetzungen zunehmend auf das Aushandeln von „politökonomischen" und sonstigen Minimalkonsensen zwischen (linker) Sozialdemokratie und Grünen konzentrieren werden, wobei sich das Hessische Modell mit Naturnotwendigkeit zum Minimalkonsens zwischen grünen Real- und sozialdemokratischen Integrationspolitikern entwickeln wird. Unter diesem Druck von außen und innen werden die linken Grünen noch weniger als bislang in der Lage sein, der Grünen Partei den Stempel einer explizit linken Alternative zur SPD zu verleihen — im Sinne einer über den Parlamentarismus hinausgehenden Strategie. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß innerhalb einer parlamentarischen Strategie das Bündnis mit der SPD eine zwingende Notwendigkeit ist und daß weiterhin die SPD in einem solchen Bündnis der in jeder Hinsicht stärkere Partner ist. Bestenfalls werden die Grünen die konsequentere Reformpartei darstellen, aber selbst das muß auf einigen Politikfeldern als fragwürdig gelten. Es gibt zumindest Tendenzen dahin, die Grünen schon lange vor der Wahlzeit und schon lange vor irgendwelchen konkreten Verhandlungen auf einen sozialdemokratischen Minimalkonsens einzuschwören bzw. ihnen den Schwarzen Peter für das Scheitern eines Bündnisses zuzuweisen, noch bevor ein Bündnis überhaupt gefragt ist. Eben dieses Geschäft betreiben die SOST und unterstellen dabei einfach, daß a) sich die SPD ernsthaft in Richtung Reformpartei wandle und b) diese SPD ein ernsthaftes Interesse an einer Regierungsübernahme bei den nächsten Wahlen habe. Eben dies ist aber keineswegs gesichert, denn schließlich profitiert die SPD aktuell durchweg aus ihrer Rolle als Opposition, während ein Verschleiß als Regierungspartei nach französischem Vorbild ihr wenig Nutzen brächte. Schließlich würde die SPD — das ist bekannt — unter den gegebenen Umständen keine wesentlich andere Politik als die Kohl-Regierung betreiben; abgesehen davon, daß ihr manche Schnitzer vielleicht nicht passieren würden. Der ganze „politökonomische Minimalkonsens" und die damit verbundene Politik gegenüber den Grünen ist, wenn man sie ernst nimmt, als Regierungskonzept völlig ungeeignet; geeignet ist dieses Konzept überhaupt nur dazu, eine Tolerierungspolitik etwa nach Hamburger Vorbild von vornherein so weit als möglich zu erschweren und die Frage, ob es sinnvoll ist, eine SPD-Regierung zu tolerieren und unter welchen Bedingungen, zu verwandeln in die Frage, ob die Grünen „politikfähig" im Sinne der SPD sind. Was eine derartige Politik der SPD bringt, leuchtet ein. Bloß — was versprechen

sich die SOST davon? Doch wohl keiman sie ernst nimmt, als Regierungskonzept völlig ungeeignet; geeignet ist dieses Konzept überhaupt nur dazu, eine Tolerierungspolitik etwa nach Hamburger Vorbild von vornherein so weit als möglich zu erschweren und die Frage, ob es sinnvoll ist, eine SPD-Regierung zu tolerieren und unter welchen Bedingungen, zu verwandeln in die Frage, ob die Grünen „politikfähig" im Sinne der SPD sind. Was eine derartige Politik der SPD bringt, leuchtet ein. Bloß — was versprechen

sich die SOST davon? Doch wohl keinen Ministersessel? Es drängt sich der Verdacht auf, daß die SOST einfach verantwortungslos drauflos fabuliert haben, um i r g e n d e i n Konzept ans Licht der Welt zu bringen (irgendwas muß so ein Verein ja schreiben). Nur macht es das nicht besser, weil, wie Lenin ganz recht bemerkte, der naive Opportunismus von allen der gefährlichste ist.

Jan/Hamburg



Neue Deutsche Welle

Jetzt lassen wir die Sau raus

Ein Gutes haben sie also doch gehabt, die unglaublichen, hirnrissigen Pöbeleien eines übergeschnappten Mafioso namens Andreotti: nach Jahrzehnten alliierter Umerziehung und eingeschüchterten Demutsgebärden wird neben unseren Sekundärtugenden Wein, Weib und Gesang auch wieder der echt deutsche Größenwahn, um den man uns überall auf der Welt beneidet, offen zur Schau getragen. Daraus aber zu schlußfolgern, wir hätten einfach nichts dazu gelernt, ist übelste Verleumdung aus der kommunistischen Propagandamaschinerie. Man braucht nur eine Überschrifft zu lessen wie etwa **,,Deutsche Wirtschaftsbosse in Peking: So erobern wir den größten Markt der Welt!''**, um sich Rechenschaft über unsere Lernfähigkeit zu gebe. Dazu hat es bei Hitler, der eben letzten Endes doch nur ein rötlich angehauchter Dilletant war, niemals gereicht.



Worin der größte Diktator und Massenmörder nach Stalin allerdings wohl doch nicht so ganz unrecht hatte: die zutiefst skeptische Einschätzung seines italienischen Bundesgenossen. Der 2. Weltkrieg ist inzwischen fast so weit entfernt wie die letzte Zwischeneiszeit und unser Bundeskanzler war damals noch ein Kind, so daß ein offeneres Wort unter europäischen Partnern gestattet sein muß. Da kommt es genau richtig, wenn Heinz-Joachim Fischer in der ,,FAZ'' (11.10.) zu den antideutschen Rüpeleien Andreottis sachlich klarstellt:

> Andreotti vergaß zudem, daß die Italiener, die ihre Sonne Millionen von deutschen Urlaubern so freundlich zur Verfügung stellen, auch politisch sich um gutes Wetter bemühen sollten. Das geschichtliche Gedächtnis ist nicht so kurz, als daß sich in Deutschland keine Enttäuschung mehr darüber finden ließe, daß Italien trotz seiner Bündnisverpflichtungen 1915 in den Krieg gegen die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn eingetreten ist, daß es trotz eines ‚Stahlpaktes' zwischen Berlin und Rom den Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Alliierten beendete.

Das nehmen wir ihnen wirklich übel, auch wenn wir darum bisher nicht viele Worte gemacht haben. Man stelle sich einmal vor, wir Deutschen hätten uns mit der gleichen feigen, wortbrüchigen Gesinnung 1943 einfach aus dem Krieg verabschiedet. Was wäre die Folge gewesen? Ungefähr 20 Millionen Tote weniger! Und da sollen wir nicht enttäuscht sein? Nebenbei bemerkt — aber das verschweigt Heinz-Joachim Fischer mit jener zurückhaltenden Noblesse, um die uns die ganze Welt beneidet und durch die wir doch so oft schon den Kürzeren gezogen haben — die Italiener sind keineswegs die Einzigen, die zuerst zusammen mit uns ins Feld zogen und uns nachher als Verbündete unserer Feinde in den Rücken fielen. Genauso taten es Ungarn, Rumänen und Bulgaren. Man sollte sich daran erinnern, falls uns demnächst einer von diesen Herrschaften dumm kommen will.

Mit der noblen Zurückhaltung, die zu den schönsten Zügen unseres Nationalcharakters gehört, fährt der FAZ-Kommentator fort:

> Die Entscheidungen damals mögen dem begreiflichen Wunsch entsprungen sein, Territorialgewinn zu machen, der Partei der Sieger anzugehören oder einfach zu überleben. Darin jedoch politische Tugend zu sehen, fällt nicht nur Deutschen schwer, sondern irritierte offenbar auch die neuen Verbündeten Italiens, die weder nach 1918 noch nach 1945 Italien den Status einer Siegermacht zubilligten. Verständlich ist deshalb, daß man auf deutscher Seite erstaunt reagiert, wenn Italien nun

nach allem, was diese Herrschaften sich gegen uns an Verrat und Arglist in zwei Weltkriegen, die wir eigentlich beide nicht gewollt hatten, herausgenommen haben!

> auf deutsche Interessen und Empfindlichkeiten so wenig Rücksicht nimmt.

Weitere Interessen und Empfindlichkeiten werden wir bei Gelegenheit ansprechen, wenn antideutsche Frechheit uns wieder einmal dazu zwingt. Da wäre zum Beispiel unsere Enttäuschung über die perfide englische Kriegserklärung 1939. Oder unsere Verbitterung über den Verrat der Franzosen, die sich auf die Seite unserer Feinde stellten, obwohl ihre rechtmäßige Regierung in Vichy mit Deutschland einen Waffenstillstand geschlossen hatte. Ja, die Europäer diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs sind wieder einmal gut beraten, sich bei uns Deutschen um gutes Wetter zu bemühen. Wir sind die gutmütigsten Menschen der Welt, nur reizen sollte man uns lieber nicht.

Tk.